Entwicklungszusammenarbeit Bericht 2012

NACHHALTIGKEIT UND ENTWICKLUNG VERBINDEN



Der Entwicklungsausschuss: Wirksame Entwicklung ermöglichen

OECD

Entwicklungs-zusammenarbeit Bericht

2012

NACHHALTIGKEIT UND ENTWICKLUNG VERBINDEN

Bericht von J. Brian Atwood
Vorsitzender des OECD-Entwicklungsausschusses

OECD
BESSERE POLITIK FÜR EIN BESSERES LEBEN

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der Organisation oder der Regierungen ihrer Mitgliedstaaten wider.

Dieses Dokument und die darin enthaltenen Karten berühren nicht den völkerrechtlichen Status und die Souveränität über Territorien, den Verlauf der internationalen Grenzen und Grenzlinien sowie den Namen von Territorien, Städten und Gebieten.

Bitte zitieren Sie diese Publikation wie folgt:
OECD (2012), *Entwicklungszusammenarbeit Bericht 2012: Nachhaltigkeit und Entwicklung verbinden*, OECD Publishing.
http://dx.doi.org/10.1787/10.1787/dcr-2012-de

IISBN 978-92-64-20158-3 (Print)
ISBN 978-92-64-20159-0 (PDF)
http://dx.doi.org/10.1787/dcr-2012-de

Die statistischen Daten für Israel wurden von den zuständigen israelischen Stellen bereitgestellt, die für sie verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt unbeschadet des völkerrechtlichen Status der Golanhöhen, von Ost-Jerusalem und der israelischen Siedlungen im Westjordanland.

Originaltitel: Development Co-operation Report 2012: *Lessons in Linking Sustainability and Development* – Coopération pour le développement 2012 : *Comment intégrer durabilité et développement*
Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.

Foto(s): Deckblatt © Almagami/Dreamstine.com.

Korrigenda zu OECD-Veröffentlichungen sind verfügbar unter: *www.oecd.org/publishing/corrigenda*.

© OECD 2013

Die OECD gestattet das Kopieren, Herunterladen und Abdrucken von OECD-Inhalten für den eigenen Gebrauch sowie das Einfügen von Auszügen aus OECD-Veröffentlichungen, -Datenbanken und -Multimediaprodukten in eigene Dokumente, Präsentationen, Blogs, Websites und Lehrmaterialien, vorausgesetzt die OECD wird in geeigneter Weise als Quelle und Urheberrechtsinhaber genannt. Sämtliche Anfragen bezüglich Verwendung für öffentliche oder kommerzielle Zwecke bzw. Übersetzungsrechte sind zu richten an: *rights@oecd.org*. Die Genehmigung zur Kopie von Teilen dieser Publikation für den öffentlichen oder kommerziellen Gebrauch ist direkt einzuholen beim Copyright Clearance Center (CCC) unter *info@copyright.com* oder beim Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) unter *contact@cfcopies.com*.

VORWORT

von

Angel Gurría
Generalsekretär der OECD

Angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise sehen sich viele Länder nun mit einem trägen Wachstum, Haushaltsdefiziten und einer hohen Arbeitslosigkeit konfrontiert. In einem solchen wirtschaftlichen Kontext lässt sich nicht ohne weiteres gewährleisten, dass der Umweltschutz und der Erhalt der natürlichen Ressourcen weiter zu den obersten Prioritäten der Regierungen gehören. Wir wissen jedoch, dass wir es uns schlicht und einfach nicht leisten können, die Bewältigung dieser Herausforderungen hintanzustellen. Unser Planet ist immer weniger in der Lage, nachhaltige Lebensgrundlagen für eine rasch expandierende Weltbevölkerung zu bieten, während unsere Anforderungen an ihn zugleich immer weiter steigen. Wir sind auf Kollisionskurs mit der Natur!

In den vergangenen zwanzig Jahren konnten beachtliche Entwicklungserfolge verbucht werden. Während die Weltbevölkerung um ein Drittel gewachsen ist, hat sich das weltweite BIP verdreifacht, womit Millionen Menschen der Armut entkommen konnten. Auch im Umweltbereich konnten wir dank unserer Anstrengungen zur Verringerung der Luftverschmutzung, Erhöhung der Wasserqualität und Stärkung des internationalen Chemikalienmanagements sowie des Managements der Meeresumwelt auf lokaler und regionaler Ebene vielfach Verbesserungen herbeiführen. In vielerlei Hinsicht sind wir jedoch bei der Verwirklichung der Ziele gescheitert, die wir uns vor zwanzig Jahren in Rio gesetzt haben. Schwerwiegende Klimaänderungen und Schädigungen der natürlichen Ressourcen verursachen erhebliche Verluste, in Bezug auf Wirtschaftswerte ebenso wie auf die Lebensgrundlagen der Menschen. Wachsende soziale Disparitäten lassen die Gewinne aus dem Wirtschaftswachstum schrumpfen und begrenzen die Chancen vieler Bevölkerungsgruppen, insbesondere der schwächsten. Im OECD-Raum ist es zwar gelungen, das Wirtschaftswachstum vom Wachstum der Treibhausgasemissionen einigermaßen zu entkoppeln, auf globaler Ebene nehmen die Emissionen jedoch weiter zu – und dies rascher als je zuvor. Das hohe Wirtschaftswachstum geht auf Kosten der natürlichen Ressourcen und der Lebensgrundlagen vieler der ärmsten Bevölkerungsgruppen der Welt.

Es ist Zeit für einen radikalen Wandel. Schaffen wir es nicht, unsere Politik und unser Verhalten jetzt zu ändern, sind die Aussichten mehr als düster. Eine Milliarde Menschen muss heute immer noch mit weniger als zwei Dollar pro Tag auskommen, fast alle davon leiden an Unterernährung; 1,3 Milliarden Menschen haben keinen Sromanschluss, und fast eine Milliarde hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die derzeitigen demografischen und wirtschaftlichen Trends werden – sofern ihnen nicht entgegengewirkt wird – bedrohliche Folgen in Bezug auf vier globale Problembereiche haben: Klimawandel, biologische Vielfalt, Wasser und Gesundheit. Bleiben wir hier untätig, werden wir uns enormen Kosten und Konsequenzen gegenübersehen, in wirtschaftlicher ebenso wie menschlicher Hinsicht. Der OECD-Umweltausblick bis 2050 zeigt auf, dass im Fall des Ausbleibens sofortiger Maßnahmen u.a. mit folgenden Entwicklungen zu rechnen ist:

- *50%iger Anstieg der Treibhausgasemissionen mit katastrophalen Folgen für die Lebensqualität der Menschen in aller Welt;*
- *Verdoppelung der Zahl der vorzeitigen Todesfälle durch Feinstaub;*
- *Abnahme der terrestrischen Artenvielfalt um weitere 10%.*

Diese gewaltigen ökologischen Herausforderungen werden sich nicht getrennt voneinander bewältigen lassen. Sie müssen zusammen mit anderen globalen Herausforderungen, wie z.B. Ernährungs- und Energieversorgungssicherheit, Armutsbekämpfung und Chancengerechtigkeit, angegangen werden. Gut durchdachte Maßnahmen in einem bestimmten Bereich können außerdem helfen, andere Probleme zu mildern und Wachstum sowie Entwicklung zu fördern. Voraussetzung für die Bewältigung der verschiedenen miteinander verknüpften ökonomischen und ökologischen Herausforderungen für ein dauerhaftes, nachhaltiges Wachstum ist eine tiefgreifende Umorientierung hin zu umweltfreundlicheren und innovativeren Wachstumsquellen sowie nachhaltigeren Verbrauchs- und Produktionsmustern. Zudem können wir es uns angesichts der rasch voranschreitenden Globalisierung nicht leisten, nur die Situation in unseren eigenen Ländern im Auge zu haben. Es hat keinen Sinn, die Bedürfnisse der anderen Länder und der Menschen in diesen anderen Ländern zu ignorieren und den Blick nur auf unsere eigenen wirtschaftlichen und sozialen Anliegen zu richten, so dringend diese auch sein mögen. In unserer vernetzten, interdependenten Welt ist dies nicht mehr möglich – falls es das überhaupt jemals war.

Die potenziellen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Umweltdegradation wiegen in den Entwicklungsländern besonders schwer. Die Menschen sind dort am anfälligsten gegenüber Klimaänderungen und den Risiken extremer Wetterereignisse. Sie sehen sich ernsten Bedrohungen durch Umweltverschmutzung, eine unzureichende Wasserqualität, infolge von Klimaänderungen aufkommende Krankheiten sowie Energieversorgungs-, Ernährungs- und Wasserunsicherheit gegenüber. Zugleich sind sie zur Sicherung ihres Lebensunterhalts stärker als Menschen in Industrieländern auf natürliche Ressourcen angewiesen. Die fortgesetzte Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums von fossilen Energiequellen wird beispielsweise zu einem langfristigen Lock-in CO_2-intensiver Infrastrukturen führen, was kostspielig und ineffizient ist und den Entwicklungsländern potenzielle Geschäftschancen nimmt. Zusammen mit den schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen wird dies zu einer ernsten Gefahr für die Entwicklung.

Die Förderung eines umweltverträglichen Wachstums ist für OECD- ebenso wie Entwicklungsländer der einzig gangbare Weg, um eine nachhaltige Entwicklung zu erzielen. Wir müssen Fortschritte bei der Verwirklichung dieses grünen Wachstums machen, und wir müssen dafür sorgen, dass sich seine Nutzeffekte konkretisieren können. Unser Umweltausblick bis 2050 macht mit Nachdruck deutlich, dass wir auf allen Regierungsebenen eine umweltverträgliche Wachstumspolitik verfolgen und couragierte Politikoptionen einführen müssen, die den zuständigen staatlichen Stellen dabei helfen, die durch Umweltbelastungen verursachten Kosten zu reduzieren, umweltschädliche Subventionen zu beseitigen, einen Preis für die von natürlichen bzw. Ökosystemen erbrachten Leistungen festzusetzen und Umweltinnovationen zu fördern.

Wir sind uns bewusst, dass die einzelnen Entwicklungsländer ihren eigenen Weg hin zu einem umweltverträglichen Wachstum finden müssen, unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Bedürfnisse und Umstände, ihrer besonderen Chancen und ihrer komparativen Vorteile. CO_2-Steuern, Zahlungen für Ökosystemleistungen, Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien, nachhaltiges Rohstoffmanagement sowie Umweltinnovationen und -technologieinitiativen sind nur einige von vielen Optionen, die ihnen offen stehen.

Der Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit 2012 *informiert über zahlreiche Beispiele von Lösungsansätzen, mit denen Entwicklungsländer und ihre Entwicklungspartner versuchen, das Wirtschaftswachstum umweltverträglicher zu gestalten und zugleich eine nachhaltige und inklusive*

Entwicklung zu fördern. Anhand dieser Beispiele wird untersucht, welche Vorgehensweisen erfolgreich sind und welche nicht und welche Gründe dies hat. Zudem wird der äußerst positive Beitrag erörtert, den die OECD-Länder, multilaterale Organisationen, die Zivilgesellschaft und die Privatwirtschaft zur Förderung von Entwicklungsanstrengungen von und in Entwicklungsländern leisten können. Wir hoffen, dass diese Erkenntnisse gebührende Beachtung finden und dass die Prinzipien, auf denen diese Beispiele beruhen, enthusiastisch, gerecht und sachkundig umgesetzt werden, um die Zukunft zu sichern, die wir uns wünschen – jetzt. Die OECD ist bestrebt, ihre neue Entwicklungsstrategie in den Dienst der Schwächsten der Welt zu stellen und sich für die Gestaltung, Verbreitung und Umsetzung einer besseren Entwicklungspolitik für ein besseres Leben einzusetzen.



Angel Gurría
Generalsekretär der OECD

Dank

Bericht von J. Brian Atwood, Vorsitzender des DAC

Autoren

J. Brian Atwood
Michel Camdessus
Nick Chisholm
Lena Ek
Michael Herrmann
Heikki Holmås
Alice Akinyi Kaudia
André Laperrière
Joe Oteng-Adjei
Gérard Payen
Andris Piebalgs
Mary Robinson
Jeff Seabright
Achim Steiner
Izabella Teixeira
Pierre-Frédéric Ténière-Buchot
Tassew Woldehanna
Chaofei Yang
Bok-hwan Yu
OECD/DCD-Arbeitsgruppe Umwelt und Entwicklung
OECD/DCD-Abteilung Statistik

Projektleitung

Alexandra Trzeciak-Duval

Chefanalystin

Shannon Siyao Wang

Redaktionsleitung

Christine Graves

Lektorat

Fiona Hinchcliffe

Produktionsmanagement

Isabel Huber

Marie-Claire Tuzeneu

Umschlaggestaltung

Stephanie Coïc

Zahlreiche Mitarbeiter von Partnereinrichtungen leisteten einen wertvollen Beitrag zu diesem Bericht: Besonders danken möchten wir Zakari Bouraima (Water and Sanitation for Africa), Caroline Dickson (Schwedisches Umweltministerium), Jennifer Duggan (Mary Robinson Foundation – Climate Justice), Aidan Fitzpatrick (Irish Aid), Aniket Ghai, Nick Nuttall und Corli Pretorius (Umweltprogramm der Vereinten Nationen), Langner Joakim (Swedish Meteorological and Hydrological Institute), Jia Lei und Shen Xiaoyue (Policy Research Center for Environment and Economy, Chinesisches Umweltministerium), Tamara Mandras und Stina Soewarta (Europäische Kommission), Sergio Margulis (Brasilianisches Umweltministerium), Kari Hauge Riisoen (ehemaliger Vertreter Norwegens im DAC) und Asa Torkelsson (Weltbank, Kenia).

Talita Yamashiro Fordelone, Karen Jorgensen, Piera Tortora und Michael Ward aus der Direktion Entwicklungszusammenarbeit (DCD), Abteilung Prüfung, Evaluierung und Zusammenarbeit, leiteten die Arbeiten, auf denen die Länderprofile in Teil V basieren.

Julia Benn stellte zusammen mit Yasmin Ahmad, Elena Bernaldo, Olivier Bouret, Valérie Gaveau, Yeon-Su Kim, Aimée Nichols, Cécilia Piemonte und Ann Zimmerman aus der DCD-Abteilung Statistik wichtiges statistisches Material bereit.

Wertvolle Ratschläge und Kommentare kamen darüber hinaus von Shardul Agrawala, Jan Corfee-Morlot, Fredrik Ericsson, Raundi Halvorson-Quevedo, Lamia Kamal-Chaoui, Hildegard Lingnau, Earnan O'Cleirigh, Remy Paris, Serge Tomasi und Kenta Usui (OECD). Patti O'Neill und Concetta Miano (OECD) unterstützen die Arbeiten an diesem Bericht, und Maria Consolati (OECD) war für die Koordinierung zuständig.

Das Team möchte darüber hinaus all jenen danken, die hier nicht genannt wurden, aber dennoch ihren Beitrag dazu leisteten, dass dieser Bericht erscheinen konnte.

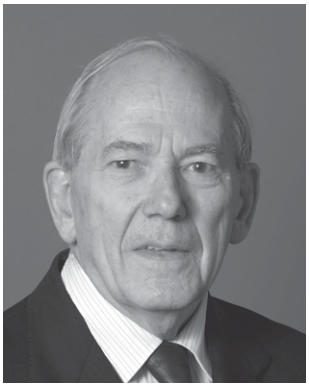
Kurzbiografien der Autoren

J. Brian Atwood [Einführung]



J. Brian Atwood wurde im Januar 2011 einstimmig zum Vorsitzenden des OECD-Entwicklungsausschusses gewählt. Atwood fungierte von 1993 bis 1999, während der Amtszeit Präsident Clintons, als Administrator der US-Behörde für Internationale Entwicklung (USAID). Zuvor leitete er das Transition Team im US-Außenministerium und war dort Leiter der Abteilung für Management. Während der Amtszeit von Präsident Carter war er Leiter des Referats für Congressional Relations im US-Außenministerium. 1981-1982 war er Dekan des Fachbereichs Professional Studies and Academic Affairs im Foreign Service Institute (FSI). Von 2002 bis 2010 war Atwood Dekan der Hubert Humphrey School of Public Affairs der University of Minnesota. Zuvor bekleidete er zudem das Amt des Vorsitzenden und Chief Executive Officers von Citizens International (1999-2002) und war Gründungsvorsitzender des National Democratic Institute of International Affairs (1985-1993). Im Jahr 2001 gehörte er der von VN-Generalsekretär Kofi Annan einberufenen Sachverständigengruppe für die Friedensmissionen der Vereinten Nationen an. Atwood trat 1966 in den Auswärtigen Dienst ein und war in den US-Botschaften in Côte d'Ivoire und Spanien tätig. Er war von 1972 bis 1977 Rechtsberater für Außenpolitik und Verteidigung von Senator Thomas F. Eagleton (Demokrat, Missouri). Atwood wurde 1999 mit dem Distinguished Service Award des US-Außenministeriums und 2011 mit dem President's Award for Outstanding Service der University of Minnesota ausgezeichnet.

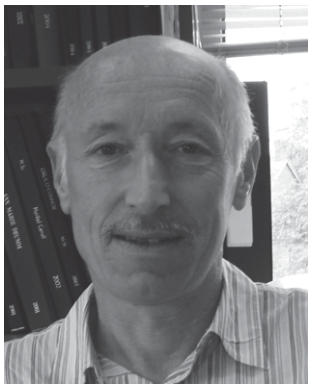
Michel Camdessus [Kapitel 7]



Michel Camdessus war einer der am längsten amtierenden Geschäftsführenden Direktoren des Internationalen Währungsfonds (IWF) und ist Ehrengouverneur der Banque de France. Er ist Absolvent des Institut d'études politiques (IEP) de Paris und der École nationale d'administration (ENA). Er begann 1960 seine Karriere im Schatzamt des französischen Finanzministeriums, wo er im Februar 1982 zum Direktor aufstieg. Von 1978 bis 1984 war Camdessus zudem Vorsitzender des Pariser Clubs und von Dezember 1982 bis Dezember 1984 Vorsitzender des Währungsausschusses der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, bevor er zum Gouverneur der Banque de France ernannt wurde. Er war in dieser Position tätig, bis er 1987 zum Geschäftsführenden

Direktor des IWF gewählt wurde – ein Amt, das er bis zum Jahr 2000 bekleidete. Michel Camdessus ist Mitglied des von Kofi Annan geleiteten Africa Progress Panel und des Beirats des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Wasser- und Sanitärversorgung. Er war außerdem Vorsitzender des World Panel on Financing Water Infrastructure (das im März 2003 den Bericht *Financing Water for All* herausgab).

Nick Chisholm [Kapitel 8]



Dr. Nick Chisholm ist Senior Lecturer für internationale Entwicklung an der Fakultät für Food Business and Development am University College Cork in Irland. Er promovierte am University College Dublin über den Zusammenhang zwischen Armut und Umwelt in Äthiopien. Er ist seit dreißig Jahren als Praktiker, Berater, Universitätsdozent und Wissenschaftler im Entwicklungsbereich tätig und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der sozioökonomischen Analyse im Hinblick auf Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit sowie Zusammenhänge zwischen Armut und Umwelt. Im Rahmen einer langjährigen Entwicklungstätigkeit in Bangladesch und Äthiopien wirkte Chisholm u.a. an dem EZ-Programm der irischen Regierung in Äthiopien mit, als die in Kapitel 8 beschriebenen Projekte zur Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten entwickelt wurden. Von 2000 bis 2005 vertrat er Irland im Environet des DAC. Er war Mitautor des *Hunger Task Force Report* (2008) der irischen Regierung und ist gegenwärtig an verschiedenen Forschungsprojekten im Bereich Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit beteiligt.

Lena Ek [Kapitel 6]



Lena Ek ist seit September 2011 schwedische Umweltministerin. Sie begann ihre berufliche Laufbahn als Dozentin und Rechtsforscherin an der Universität Lund in Südschweden. Später wurde sie als Mitglied und Abgeordnete der Zentrumspartei Gemeinderätin ihrer Heimatstadt Valdemarsvik in Mittelschweden. Von 1998 bis 2004 war Lena Ek Abgeordnete im schwedischen Parlament und von 2004 bis 2011 Mitglied des Europäischen Parlaments. Mit ihrem langjährigen Engagement in der schwedischen Politik und ihrem unermüdlichen Einsatz für nachhaltige Entwicklung als Mitglied des Europäischen Parlaments hat sich Lena Ek bei schwedischen und europäischen Umweltschützern einen Namen gemacht. Sie lebt mit ihrem Mann und vier Kindern in Valdemarsvik.

Michael Herrmann [Kapitel 4]



Michael Herrmann ist Wirtschaftsberater für den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (United Nations Population Fund – UNFPA) und Mitglied des United Nations Lead Economists' Network. Seine Aufgabe ist es, Zusammenhänge zwischen demografischem und wirtschaftlichem Wandel zu analysieren und den politischen Dialog über Entwicklungsprioritäten und -ziele mit sachdienlichen Informationen zu unterstützen. Seine Schwerpunktthemen sind nachhaltige Entwicklung, grünes und inklusives Wirtschaftswachstum, Armut, Beschäftigung, Renten- und Sozialversicherungssysteme, Wirtschaftstrends und Konjunkturaussichten, Verschuldung des Staats- und Privatsektors sowie makroökonomische Politik. Zuvor arbeitete Herrmann bei der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD), wo er als Mitautor am *Trade and Development Report* (2008-2009) und am *Least Developed Countries Report* (2000-2008) beteiligt war und an mehreren Ausgaben des *World Investment Report* der UNCTAD mitwirkte. Er war als Dozent im Bereich Wirtschaftspolitik und Entwicklung tätig und hat Publikationen zu diversen Themen, u.a. zu den wirtschaftlichen Folgen der Bevölkerungsalterung, internationalem Handel und Finanzwesen, Investition und Technologie, Rohstoffmärkten und Ernährungssicherheit sowie Beschäftigung und Armut, verfasst.

Heikki Holmås [Kapitel 9]



Heikki Holmås ist norwegischer Minister für internationale Entwicklung. Holmås hat Wirtschaftswissenschaften an der Norwegian School of Economics and Busines Administration sowie Volkswirtschaft an der Universität Oslo und Rechtswissenschaften an der Universität Bergen studiert. Seine politische Karriere begann 1996, als er für drei Jahre Vorsitzender der Sozialistischen Jugendliga Norwegens wurde. 2001 zog er als Abgeordneter der Sozialistischen Linkspartei für den Kreis Oslo in das norwegische Parlament ein. Von 2001 bis 2005 war Holmås Mitglied im Ständigen Ausschuss des norwegischen Parlaments für kommunale Angelegenheiten, gefolgt von einer vierjährigen Amtszeit als Mitglied im Ständigen Ausschuss für Finanzen und wirtschaftliche Angelegenheiten. Seit 2009 ist er Vorsitzender des Ständigen Ausschusses für kommunale Angelegenheiten und öffentliche Verwaltung. Bis zu seiner Ernennung zum Minister für internationale Entwicklung im März 2012 war er Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO.

Alice Akinyi Kaudia [Kapitel 11]



Alice Akinyi Kaudia ist Environment Secretary im kenianischen Ministerium für Umwelt und Bodenschätze. Nach einem Bachelor of Science in Agrarwissenschaften an der University of Nairobi schloss sie 1996 ihre Promotion im Bereich Forstwirtschaft und Entwicklung an der University of East Anglia im Vereinigten Königreich ab. Seither bekleidete sie verschiedene Positionen, u.a. als Regionaldirektorin für Ostafrika bei der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (IUCN), als technische Beraterin der Regierung von Sambia bei der Überarbeitung der forstwirtschaftlichen Lehrpläne, als Assistant Director des Kenya Forestry Research Institute, als Associate Research Officer beim World Agroforestry Center und als Program Officer an der Africa Academy of Sciences. Dr. Kaudia konzentriert sich in ihrer derzeitigen Forschungs- und Entwicklungstätigkeit auf Umweltschutz mit Schwerpunkt Klimawandel, internationale Umweltgovernance, grüne Ökonomie, Geschlechtergleichstellung, effiziente Ressourcennutzung und Förderung der Selbstbestimmung junger Menschen. Sie ist Mitglied im Vorstand des Kenya Agricultural Research Institute, im Lenkungsausschuss des International Resource Panel von UNEP sowie im Beratungsausschuss der Green Growth Knowledge Platform und eines der Gründungsmitglieder im Vorstand des World Resources Forum und des African Forest Forum.

André Laperrière [Kapitel 10]



André Laperrière ist Stellvertretender Geschäftsführer der Globalen Umweltfazilität (GEF). Er wurde in Kanada geboren, wo er ein Graduiertenstudium in Öffentlicher Verwaltung und Arbeitsbeziehungen absolvierte. Im Verlauf seiner Karriere war Laperrière in leitender Position an zahlreichen umfangreichen Entwicklungs-, Privatisierungs-, Fusions- und Strukturreformprojekten im Auftrag privatwirtschaftlicher Unternehmen (u.a. Price Waterhouse) und der Vereinten Nationen beteiligt. Als Experte für internationale Entwicklung verfügt er über weitreichende Erfahrungen in Afrika, Amerika, Europa, der Karibik und dem Nahen Osten, insbesondere in Entwicklungsländern und in Konfliktregionen. Laperrière bekleidete mehrere hochrangige Führungspositionen im Gemeinsamen System der Vereinten Nationen und war maßgeblich an der Konzeption und Umsetzung bedeutender Reformen in verschiedenen Institutionen beteiligt. Er war unter anderem der erste Exekutivdirektor des Treuhandfonds zu Gunsten der Opfer am Internationalen Strafgerichtshof, Direktor der Verwaltungs- und Finanzabteilung bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Koordinator aller von UNICEF verantworteten Wiederherstellungs- und Wiederaufbauaktivitäten im Irak.

Ing. Joe Oteng-Adjei [Kapitel 9]



Ing. Dr. Joe Oteng-Adjei ist Energieminister in Ghana. Er schloss sein Erststudium an der Kwame Nkrumah University of Science and Technology in Ghana mit einem Bachelor of Science in Elektrotechnik ab. Im Anschluss daran absolvierte er ein Master-Studium und eine Promotion an der University of Saskatchewan in Kanada, wo er sich auf Energiesysteme und Wirtschaftswissenschaften spezialisierte. 1999 erwarb er einen Master of Business Administration an der britischen Cranfield University. Er kehrte 1991 nach Ghana zurück, um dort für das Energieministerium zu arbeiten. 1997 wurde er zum Leiter der Abteilung für Stromerzeugung, -versorgung und -netze (Director of Power) im Energieministerium ernannt und bekleidete diese Position bis 2001, als er als technischer Berater an die Energiekommission entsandt wurde. 2002 kehrte Dr. Oteng-Adjei als Senior Lecturer für Finanzwesen und quantitative Methoden am Ghana Institute of Management and Public Administration (GIMPA) in den akademischen Bereich zurück. Im Jahr 2006 übernahm er als Academic Registrar die Leitung der akademischen Verwaltung. Er ist Autor von 15 Publikationen in den Bereichen Energie- und Ingenieurwesen und wurde 2012 zum Fellow der Ghana Institution of Engineers ernannt.

Gérard Payen [Kapitel 7]



Gérard Payen ist Mitglied des Beirats des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Wasser- und Sanitärversorgung sowie Präsident von AquaFed. Er beschäftigt sich seit über 25 Jahren mit Lösungen für Wasserprobleme in vielen Ländern weltweit. Von 1995 bis 2003 leitete er die Wassersparte bei Lyonnaise des Eaux (unter der Marke ONDEO, jetzt Suez Environnement) und trug dazu bei, den Konzern zu einem weltweit führenden Unternehmen im Bereich Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu machen. Jetzt setzt sich Payen für die Mobilisierung der internationalen Gemeinschaft zur Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung ein. Er übt diese Rolle vor allem als Berater des VN-Generalsekretärs, in seiner Funktion als Vorsitzender der Arbeitsgruppen für Monitoring und Finanzierung beim Beirat des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Wasser- und Sanitärversorgung (UNSGAB) sowie als Präsident von AquaFed, dem internationalen Verband der privaten Wasserwirtschaft, aus. Payen ist außerdem Verwaltungsratsmitglied und Vorsitzender des Strategierats der International Water Association. Er hat an jedem Weltwasserforum und an fast allen globalen Regierungskonferenzen zum Thema Wasser seit dem Jahr 2000 teilgenommen.

Andris Piebalgs [Kapitel 5]



Der EU-Entwicklungskommissar Andris Piebalgs ist ein erfahrener lettischer Politiker, der sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene politische Schlüsselpositionen bekleidet hat. Während der Amtszeit der ersten Barroso-Kommission ab November 2004 war er EU-Energiekommissar. In dieser Funktion arbeitete er an der Entwicklung eines wettbewerbsfähigeren, nachhaltigeren und sichereren europäischen Energiesystems, einer der wichtigsten Leistungen der Barroso-Kommission. 2011 wurde er als einziger Politiker in die Hochrangige Gruppe „Nachhaltige Energie für alle“ von VN-Generalsekretär Ban Ki-moon berufen, um dort die Arbeitsgruppe für universellen Zugang zu leiten. Vor seiner Ernennung zum EU-Kommissar bekleidete Andris Piebalgs im Verlauf seiner politischen Karriere verschiedene Ministerämter und setzte sich für Lettlands Rolle in der EU ein.

Mary Robinson [Geleitwort]



Mary Robinson ist Präsidentin der Mary Robinson Foundation – Climate Justice. Sie war von 1990 bis 1997 Präsidentin der Republik Irland und von 1997 bis 2002 Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte. Sie war außerdem Gründerin von Realizing Rights: The Ethical Globalisation Initiative, als deren Präsidentin sie von 2002-2010 fungierte. Die frühere Präsidentin der Internationalen Juristenkommission und frühere Vorsitzende des Council of Women World Leaders ist heute Ehrenpräsidentin von Oxfam International und gehört dem Beirat des Institute for Human Rights and Business an. Sie ist Mitglied im Vorstand verschiedener anderer Organisationen, darunter der Mo Ibrahim Foundation und der European Climate Foundation. 2011 wurde sie vom Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon zum Mitglied der Lead Group der Bewegung zur großflächigen Umsetzung von Ernährungsstrategien (SUN) ernannt. Mary Robinson ist darüber hinaus seit 1998 Kanzlerin der University of Dublin. Sie ist Mitglied der Elders und des Club of Madrid und hat zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen erhalten; unter anderem wurde ihr von US-Präsident Barack Obama die Presidential Medal of Freedom verliehen.

Jeff Seabright [Kapitel 12]



Jeff Seabright ist leitender Umweltbeauftragter (Chief Environmental Officer) der Coca-Cola Company. Er ist bei Coca-Cola zuständig für Umweltgovernance und Umweltmanagement weltweit. Dazu zählen Bereiche wie der verantwortungsvolle Umgang mit Wasser, nachhaltige Verpackung, Klimaschutz und nachhaltige Landwirtschaft. Seabright bekleidete in der Vergangenheit verschiedene Positionen in der Regierung und in der Wirtschaft, u.a. im Auswärtigen Dienst des US-Außenministeriums, als parlamentarischer Assistent im US-Senat, als Leiter der Umwelt- und Energieabteilung bei der US-Behörde für Internationale Entwicklung (USAID) und als Leiter der White House Task Force on Climate Change unter Präsident Clinton. Er war außerdem Vice President für Policy Planning bei Texaco. Seabright ist in beratender Funktion u.a. als Verwaltungsratsvorsitzender des World Environment Center und als Vorsitzender des Global Agenda Council on Water Security des World Economic Forum tätig und ist Mitglied im Environmental Technologies Trade Advisory Committee, das den US-Handelsminister berät. Er gehört zudem dem Verwaltungsrat von The Nature Conservancy (Georgia), Global Water Challenge, Pace Academy und dem National Council for Science and the Environment sowie dem Strategischen Beirat des Erb Institute der University of Michigan und dem Beirat des Center for Energy, Development and the Global Environment (EDGE) an der Duke University an.

Achim Steiner [Kapitel 13]



Achim Steiner ist Exekutivdirektor von UNEP und Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen. Er wurde 1961 in Brasilien geboren und hat die deutsche und brasilianische Staatsangehörigkeit. Steiner erwarb einen Bachelor of Arts an der University of Oxford und einen Master of Arts an der University of London. Seine Studienschwerpunkte waren Entwicklungsökonomie, Regionalplanung sowie internationale Entwicklungs- und Umweltpolitik. Im Anschluss daran studierte er am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Berlin und an der Harvard Business School. Steiner war von 2001 bis 2006 Generaldirektor der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (IUCN) und zuvor Generalsekretär der Weltkommission für Staudämme. Er war im Lauf seiner Karriere bei staatlichen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und internationalen Organisationen in verschiedenen Teilen der Welt tätig. Dabei hat er sowohl an der Basis als auch auf der höchsten Ebene internationaler Politikgestaltung an der Schnittstelle zwischen ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung gearbeitet.

Izabella Teixeira [Kapitel 1]



Izabella Mônica Vieira Teixeira ist brasilianische Umweltministerin. Sie wurde in Brasília geboren und schloss nach ihrem Biologiestudium an der Universidade de Brasília ein Master-Studium in Energieplanung und eine Promotion in Umweltplanung an der Bundesuniversität Rio de Janeiro ab. Sie ist Expertin für Umweltmanagementinstrumente wie Umweltprüfungen, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Umweltlizenzen. Seit Beginn ihrer Laufbahn als Staatsbedienstete in der brasilianischen Umweltbehörde im Jahr 1984 bekleidete sie verschiedene Führungspositionen in der Behörde sowie im Umweltministerium und in der Regierung des Bundesstaats Rio de Janeiro. Von 2007 bis 2008 war Teixeira stellvertretende Ministerin im Umweltministerium des Bundesstaats Rio de Janeiro, bevor sie zur Vizeministerin des brasilianischen Umweltministeriums ernannt wurde. Im Mai 2010 wurde sie Umweltministerin und im Januar 2011 wurde sie von der neuen brasilianischen Präsidentin erneut in dieses Amt berufen. Sie ist außerdem Mitglied der Hochrangigen Gruppe der Vereinten Nationen für globale Nachhaltigkeit.

Pierre-Frédéric Ténière-Buchot [Kapitel 7]



Pierre-Frédéric Ténière-Buchot ist Gouverneur des Weltwasserrats (Marseille) sowie Mitglied des Direktoriums und Finanzdirektor der französischen Wasserakademie. Ténière-Buchot schloss ein Studium als Bauingenieur an der École Centrale de Paris ab und ist *Docteur d'État* für angewandte Volkswirtschaftslehre (Universität Paris-Dauphine). Während seiner langjährigen Tätigkeit als Wasserbauingenieur war er u.a. Generaldirektor der Wasserbehörde Seine-Normandie. Von 1999 bis 2002 war er Berater für Wasserfragen beim Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP). Als Dozent am *Conservatoire national des arts et métiers* (CNAM) in Paris lehrte er Zukunftsstudien und technologische Innovation, Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung. Zu seinen weiteren Tätigkeiten zählen Positionen als Vizepräsident des *Programme Solidarité Eau* (pS-Eau), als Repräsentant des *Cercle Français de l'Eau* und als Mitglied im Verwaltungsrat der Think Tanks *Solidarité Eau Europe* und *Mouvement Universel de la Responsabilité Scientifique* (MURS).

Tassew Woldehanna [Kapitel 8]



Dr. Tassew Woldehanna ist Associate Professor für Wirtschaftswissenschaften an der School of Economics der Universität Addis Abeba und Senior Research Fellow am Ethiopian Development Research Institute. Als Entwicklungsökonom hat er sich in seiner Forschungsarbeit intensiv mit den Themen Kinderarmut sowie Bildung, Gesundheit und Ernährung, Mikrofinanzierung im Bereich des Arbeitsmarkts, Beschäftigung und Ernährungssicherheit sowie mit der Entwicklung von Klein- und Kleinstunternehmen für Äthiopien beschäftigt. Woldehanna promovierte an der Universität Wageningen in den Niederlanden im Bereich Haushaltsökonomie. Er ist einer der Mitbegründer der Young Lives Study, einer internationalen Langzeitstudie zur Kinderarmut, in der die Lebensumstände von 12 000 Kindern in Äthiopien, Indien, Peru und Vietnam über einen längeren Zeitraum verfolgt werden. Woldehanna ist Principal Investigator der Young Lives Study in Äthiopien. Er hat diverse Artikel zum Thema Armut und Kinder in internationalen Fachzeitschriften und -büchern veröffentlicht. Woldehanna hat die äthiopische Regierung bei der Entwicklung eines Monitoring- und Evaluationsrahmens für die Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung (Poverty Reduction Strategy Papers – PRSP) unterstützt und hat seit 1992 maßgeblich an den regelmäßigen nationalen Armutsstudien für das äthiopische Ministerium für Finanzen und Wirtschaftsentwicklung und die zentrale Statistikbehörde mitgewirkt.

Chaofei Yang [Kapitel 11]



Yang ist Vizepräsident der China Society of Environmental Sciences und verfügt über mehr als dreißig Jahre Erfahrung in der Umweltverwaltung. Nach seinem Master-Abschluss in Umweltrecht an der chinesischen Wuhan University war er in verschiedenen Funktionen im chinesischen Umweltschutzministerium tätig, darunter als Generaldirektor der Abteilung für Politik und Gesetzgebung, als Generaldirektor der Abteilung für den Schutz des Ökosystems und als Generaldirektor der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit. Danach wurde er Chefingenieur des Umweltschutzministeriums. Er hat maßgeblich an der Entwicklung diverser Umweltschutzmaßnahmen, -vorschriften und -richtlinien sowie einer Reihe bedeutender Forschungsprogramme, darunter das nationale Forschungsprojekt zum chinesischen Ökosystem, das nationale Ökozonenprojekt und das Forschungsprojekt zur Entwicklung einer ökologischen Makrostrategie für China, mitgewirkt.

Bok-hwan Yu [Kapitel 11]



Dr. Bok-hwan Yu ist Generalsekretär des koreanischen Präsidialausschusses für grünes Wachstum. Er verfügt über langjährige Erfahrung als politischer Entscheidungsträger im Wirtschafts- und Umweltbereich. Nach seinem Bachelor of Science in Politikwissenschaften und Diplomatie an der koreanischen Yonsei University schloss er einen Master of Arts in Volkswirtschaftslehre und eine Promotion in Wirtschaftspolitik an der University of Cambridge im Vereinigten Königreich ab. Von 2002 bis 2003 war er als Berater für den Exekutivdirektor bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung tätig. Er fungierte außerdem als Generaldirektor des politischen Koordinierungsbüros beim Ministerium für Strategie und Finanzen und als Prüfer beim Umweltministerium (2009-2010), bevor er im Januar 2012 zum Generalsekretär des koreanischen Präsidialausschusses für grünes Wachstum ernannt wurde. Er ist Verfasser zahlreicher Publikationen über Koreas Entwicklung, Umweltpolitik und grünes Wachstum und hat *Green is Money* veröffentlicht.

Verzeichnis der Abkürzungen

AfDB	Afrikanische Entwicklungsbank
AKP	Afrika, Karibik und Pazifik
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BNE	Bruttonationaleinkommen
BRICS	Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika
CO_2	Kohlendioxid
CO_2e	Kohlendioxidäquivalente
CPA	Länderprogrammierbare Leistungen
CRS	Creditor Reporting System (DAC)
DAC	Development Assistance Committee (Entwicklungsausschuss der OECD)
EIB	Europäische Investitionsbank
EITI	Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft
EPOC	OECD-Ausschuss für Umweltpolitik
EU	Europäische Union
EUEI	EU-Energieinitiative
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
GAVI	Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung
GEEREF	Global Energy Efficiency and Renewable Energy Fund (Globaler Dachfonds für Energieeffizienz und erneuerbare Energien)
GEF	Globale Umweltfazilität
GWh	Gigawattstunden
HIPC	Heavily indebted poor countries (Hochverschuldete arme Länder)
IADB	Interamerikanische Entwicklungsbank
IEA	Internationale Energie-Agentur
IPCC	Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen
IWF	Internationaler Währungsfond
KKP	Kaufkraftparitäten
LDC	Least developed countries (Am wenigsten entwickelte Länder)
MDG	Millennium Development Goal (Milleniumsentwicklungsziel)
MIC	Middle-income countries (Länder der mittleren Einkommensgruppe)
MW	Megawatt
NRO	Nichtregierungsorganisationen
ODA	Official development assistance (Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit)
PES	Payments for ecosystem services (Zahlungen für Ökosystemleistungen)
UNCBD	Übereinkommen der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt
UNCCD	Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen

UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNFCCC	Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen
UNHCR	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
USAID	Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung
WADA	Water and Development Alliance
WEF	World Economic Forum (Weltwirtschaftsforum)
WEP	Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort 3
Dank 7
Kurzbiografien der Autoren 9
Verzeichnis der Abkürzungen 19
Geleitwort 27
Zusammenfassung 31
Einführung: Politikoptionen integrieren zur Dynamisierung von Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung 39

TEIL I
Herausforderungen und Fortschritte seit dem Erdgipfel von Rio 1992

Kapitel 1 **Brasiliens Weg vom Erdgipfel bis Rio+20** 47
Welche Fortschritte haben wir seit dem Erdgipfel des Jahres 1992 erzielt? 48
Was bleibt noch zu tun? 49
Auf dem Weg zu einer inklusiven grünen Ökonomie 50
Der Weg in die Zukunft 51
Literaturverzeichnis 52

Kapitel 2 **Die Arbeit des DAC zur Integration von Umwelt und Entwicklung** 53
Die entscheidende Rolle des DAC bei der nachhaltigen Entwicklung 54
Der Weg in die Zukunft 58
Anmerkungen 59
Literaturverzeichnis 59
Anhang 2.A1 Wichtige Erklärungen und Arbeiten der OECD zu den Themen Umwelt und Entwicklung 60

Kapitel 3 **Trends bei den umweltbezogenen ODA-Leistungen, eine Komponente nachhaltiger Entwicklungsfinanzierung (1991-2011)** 63
Welche Arten von Aktivitäten zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung werden unterstützt? 65
Herausforderungen bei der Messung der ODA-Leistungen für ökologische Nachhaltigkeit 70
Nachverfolgung der multilateralen und Nicht-ODA-Leistungen für die Umwelt 73
Der Weg in die Zukunft 76
Anmerkungen 77
Literaturverzeichnis 78

TEIL II
Es steht viel auf dem Spiel für Menschen und natürliche Ressourcen

Kapitel 4 **Berücksichtigung der Bevölkerungsdynamik in Strategien für eine nachhaltige Entwicklung** 81
Der Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdynamik und nachhaltiger Entwicklung 82
Demografie ist kein Schicksal 84

Der Weg in die Zukunft ... 85
Literaturverzeichnis ... 86

Kapitel 5 **Nachhaltige Energie für alle erreichen** ... 87
Zugang zu moderner Energie ... 88
Die Energieinitiative der EU ... 90
Zugang und Integration ... 94
Herausforderungen und Hemmnisse ... 96
Der Weg in die Zukunft ... 97
Anmerkungen ... 98
Literaturverzeichnis ... 98

Kapitel 6 **Reduktion von Luftschadstoffen für einen lang anhaltenden Klimanutzen** 99
Umwelteffekte kurzlebiger Klimaschadstoffe ... 100
Was kann getan werden, um kurzlebige Klimaschadstoffe zu reduzieren? ... 102
Der Weg in die Zukunft ... 105
Literaturverzeichnis ... 107

Kapitel 7 **Stärkere Sensibilisierung für die lebenswichtige Rolle des Wassers** ... 109
Rückt Wasser auf der Entwicklungsagenda stärker in den Vordergrund? ... 110
Keine Entwicklung ohne Wasser ... 111
Entscheidende Maßnahmen zur Einbeziehung von Wasser in Strategien für eine nachhaltige Entwicklung ... 112
Der Weg in die Zukunft ... 117
Anmerkungen ... 121
Literaturverzeichnis ... 121

Kapitel 8 **Sicherung von Lebensgrundlagen durch die Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten in Äthiopien** ... 123
Was ist unter einer integrierten Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten zu verstehen und warum handelt es sich hierbei um ein nachhaltiges Konzept? ... 124
Die Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten in Tigray ... 125
Vom Pilotprojekt zur nationalen Strategie ... 129
Der Weg in die Zukunft ... 131
Anmerkungen ... 135
Literaturverzeichnis ... 136

Kapitel 9 **Den Ressourcenfluch in Ghana brechen** ... 137
Vierzig Jahre Erfahrung im Ölmanagement: Erkenntnisse aus Norwegen ... 138
Ghanas Erfolgsgeschichte: eine Vorzeige-Demokratie in Afrika ... 143
Der Weg in die Zukunft ... 146
Anmerkungen ... 146
Literaturverzeichnis ... 146

TEIL III
Umweltverträgliches Wachstum für eine nachhaltige Entwicklung

Kapitel 10 **Geschäftsmodell für umweltverträgliches Wachstum** ... 149
Die Nachfrage nach umweltverträglichem Wachstum steigern ... 151
Ausbau des Angebots an Inputs für umweltverträgliches Wachstum ... 155
Der Weg in die Zukunft ... 156
Literaturverzeichnis ... 157

Kapitel 11 **Umweltverträgliches Wachstum als nationales Projekt in China, Kenia und Korea** ... 159
Umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung in China ... 160

Kenias erste Schritte in Richtung einer grünen Wirtschaft 163
Umweltverträgliches Wachstum kurbelt Koreas Wirtschaft an 165
Der Weg in die Zukunft 169
Anmerkungen 170
Literaturverzeichnis 170

Kapitel 12 **Der Privatsektor als Triebfeder für umweltverträgliches Wachstum** 171
Aus Nachhaltigkeit ergeben sich Chancen 172
Gemeinsame Wertschöpfung und soziales Unternehmen als neue Geschäftsnormen 177
Der Weg in die Zukunft 178
Anmerkungen 179
Literaturverzeichnis 179

TEIL IV

Kurs auf die Zukunft, die wir wollen

Kapitel 13 **Zielgerichtete Anpassung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und Ökologisierung der Weltwirtschaft** 183
Strategische und kohärente ODA 185
Neuausrichtung der Weltwirtschaft 186
Literaturverzeichnis 187

Kapitel 14 **Die Entwicklungszusammenarbeit nach Rio+20 neu aufstellen** 189
Ziele für eine nachhaltige Entwicklung definieren und als Rahmen zur Orientierung der künftigen Entwicklungszusammenarbeit nutzen 191
Systematische Berücksichtigung der Prinzipien eines umweltverträglichen Wachstums in allen EZ-Aktivitäten 192
Die ODA effektiv einsetzen und als Katalysator für eine nachhaltige Entwicklungsfinanzierung nutzen 193
Verbesserung und Beschleunigung des Wissensaustauschs zur Verbesserung der institutionellen und Humankapazitäten 195
Investitionen in das Naturkapital tätigen 196
Der Weg in die Zukunft 197
Anmerkungen 198
Literaturverzeichnis 198

TEIL V

Politik und Leistungen der bilateralen Geber

ODA-Leistungen der Mitglieder des Entwicklungsausschusses im Jahr 2011 201
Ergebnisse der einzelnen Geber 202
Anmerkungen 208
Literaturverzeichnis 208

Australien 210
Belgien 212
Dänemark 214
Deutschland 216
Institutionen der Europäischen Union 218
Finnland 220
Frankreich 222
Griechenland 224
Irland 226

Italien ... 228
Japan ... 230
Kanada ... 232
Korea ... 234
Luxemburg ... 236
Neuseeland ... 238
Niederlande ... 240
Norwegen ... 242
Österreich ... 244
Portugal ... 246
Schweden ... 248
Schweiz ... 250
Spanien ... 252
Vereinigtes Königreich ... 254
Vereinigte Staaten ... 256

OECD/DAC-Länderprüfungen ... 259

Profile der anderen OECD-Geber ... 267

Nicht der OECD angehörende Geber ... 275

Statistischer Anhang ... 283

Technische Anmerkungen – Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen ... 303

Glossar entwicklungspolitischer Begriffe ... 307

Tabellen

3.1 Umweltbezogene ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder, 2005-2010 ... 67
3.2 ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder für Klimaschutz und -anpassung, 2010 ... 71
3.3 Vergleich zwischen den an das CRS gemeldeten Daten und den Prozentsätzen, die sich aus dem nationalen Haushalt ergeben, Finnland ... 75
5.1 Energiebezogene ODA nach Geber, 2005-2010 ... 92
8.1 ODA für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und sonstige Aktivitäten der Ernährungssicherung, 2005-2010 ... 133
9.1 Entwicklungsleistungen für den Förderbereich Bodenschätze und Bergbau nach Gebern, 2005-2010 ... 141
11.1 Rahmen für die Umsetzung der koreanischen Strategie für umweltverträgliches Wachstum ... 167
A.1 ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2011 ... 286
A.2 Nettogesamtleistungen der DAC-Mitglieder, nach Leistungsarten ... 287
A.3 Nettogesamtleistungen nach DAC-Mitgliedern ... 288
A.4 ODA-Nettoleistungen der einzelnen DAC-Mitglieder ... 289
A.5 Private Nettokapitalleistungen[1] der DAC-Mitglieder ... 290
A.6 Öffentliche Mittel zur Entwicklungsfinanzierung an Entwicklungsländer ... 291
A.7 ODA-Nettoleistungen der einzelnen DAC-Länder zu Preisen und Wechselkursen von 2010 ... 292
A.8 ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder an multilaterale Stellen (2010) ... 293
A.9 ODA-Leistungen nach Hauptverwendungszwecken, 2010 ... 294
A.10 Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach Einkommensgruppen ... 295
A.11 Geografische Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach DAC-Gebern ... 296
A.12 ODA von Nicht-DAC-Gebern ... 297
A.13 Vergünstigte und nicht vergünstigte Leistungen multilateraler Stellen ... 298

A.14 Deflatoren für die Leistungen der DAC-Geber (2010 = 100) 300
A.15 Jahresdurchschnittliche Dollar-Wechselkurse für die DAC-Mitglieder 301
A.16 Bruttonationaleinkommen und Einwohnerzahl der DAC-Mitgliedstaaten 302
B.1 Erlassene Nicht-ODA-Schulden 305
B.2 DAC-Liste der ODA-Empfänger 306

Abbildungen

3.1 Trends bei den umweltbezogenen ODA-Leistungen, 2001-2010 65
3.2 Sektorale Aufschlüsselung der umweltbezogenen ODA-Leistungen, 2009-2010 68
3.3 Umweltbezogene ODA-Leistungen nach Sektor, 2009-2010 68
3.4 Trends in den ODA-Leistungen hinsichtlich Biodiversität, Klimaschutz und Wüstenbildung, 2005-2010 70
3.5 ODA für Klimaschutz 72
3.6 ODA für Klimaanpassung 72
3.7 Überschneidungen in den mit dem Umweltmarker und den Rio-Markern gekennzeichneten ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder, 2009-2010 72
5.1 Weltweite Verteilung der Energiearmut, 2009 89
5.2 Tendenzielle Entwicklung der energiebezogenen ODA 91
5.3 Regionale Aufschlüsselung der energiebezogenen ODA, alle Geber 91
5.4 Subsektorale Aufschlüsselung der energiebezogenen ODA, alle Geber 93
5.5 Auf Umweltziele ausgerichtete ODA der DAC-Mitglieder im Bereich Energie 93
5.6 Energiebezogene ODA-Gesamtleistungen: Zuschüsse, Kredite zu vergünstigten und zu marktüblichen Bedingungen 94
7.1 Trends bei den ODA-Leistungen für Wasser- und Sanitärversorgung 118
7.2 Verteilung der ODA-Leistungen für Wasser- und Sanitärversorgung nach Regionen 118
7.3 Verteilung der ODA-Leistungen für Wasser- und Sanitärversorgung nach Einkommensgruppen 119
7.4 ODA-Leistungen im Wasser- und Sanitärversorgungssektor mit Bezug zum Klimawandel 119
7.5 ODA-Leistungen mit Ausrichtung auf Geschlechtergleichstellung 120
8.1 Tendenzielle Entwicklung der ODA für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung 132
8.2 Auf Umweltziele ausgerichtete ODA der DAC-Mitglieder im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung 133
8.3 Überschneidungen zwischen den verschiedenen Umweltzielen der Aktivitäten im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung 134
8.4 Auf Genderfragen ausgerichtete ODA im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung 135
9.1 Trends bei den Entwicklungsleistungen für den Förderbereich Bodenschätze und Bergbau 140
9.2 Regionale Aufschlüsselung der Entwicklungsleistungen für den Förderbereich Bodenschätze und Bergbau, alle Geber 140
11.1 Strategischer Rahmen für Chinas umweltverträgliche Entwicklung 161
11.2 Rahmenkonzept für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft in Kenia 164
11.3 Koreas Fünfjahresstrategie für grünes Wachstum: Drei Strategien und zehn Politikorientierungen 167
V.1 Komponenten der Netto-ODA der DAC-Geber, 2000-2011 202
V.2 ODA-Kürzungen in DAC-Ländern mit großen Haushaltsdefiziten, 2009 203
V.3 Zusammensetzung der bilateralen ODA der DAC-Mitglieder, 2010 204
V.4 Grad der Lieferaufbindung der ODA-Leistungen der DAC-Länder, 2010 (ohne Verwaltungskosten der Geber und Technische Zusammenarbeit) 205
V.5 ODA-Zusagen der DAC-Mitglieder insgesamt für die Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2002-2010 206
V.6 ODA-Zusagen der DAC-Geber insgesamt für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010 207
V.7 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Australien 210
V.8. Öffentliche Entwicklungsleistungen: Belgien 212
V.9 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Dänemark 214

V.10 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Deutschland 216
V.11 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Institutionen der Europäischen Union 218
V.12 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Finnland 220
V.13 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Frankreich 222
V.14 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Griechenland 224
V.15 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Irland 226
V.16 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Italien 228
V.17 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Japan 230
V.18 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Kanada 232
V.19 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Korea 234
V.20 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Luxemburg 236
V.21 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Neuseeland 238
V.22 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Niederlande 240
V.23 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Norwegen 242
V.24 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Österreich 244
V.25 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Portugal 246
V.26 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Schweden 248
V.27 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Schweiz 250
V.28 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Spanien 252
V.29 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Vereinigtes Königreich 254
V.30 Öffentliche Entwicklungsleistungen: Vereinigte Staaten 256
V.31 ODA-Eckdaten, 2010: Tschechische Republik 272
V.32 ODA-Eckdaten, 2010: Türkei 273
V.33 Konzessionäre Mittel der Länder für die Entwicklungsfinanzierung („ODA-ähnliche Mittel"), 2010 278
A.1 Nettogesamtleistungen der DAC-Mitglieder an Entwicklungsländer, 1970-2010 284
A.2 ODA-Nettoleistungen, 1960-2011 284
A.3 Anteile der einzelnen Geber an den ODA-Nettoleistungen, 1970-2010 285
A.4 Trends bei den sektorspezifischen Leistungen, 1971-2010 285

Dieser Bericht enthält ...



StatLinks

Ein Service für OECD-Veröffentlichungen, der es ermöglicht, Dateien im Excel-Format herunterzuladen.

Suchen Sie die *StatLinks* rechts unter den in diesem Bericht wiedergegebenen Tabellen oder Abbildungen. Um die entsprechende Datei im Excel-Format herunterzuladen, genügt es, den jeweiligen Link, beginnend mit ***http://dx.doi.org***, in den Internetbrowser einzugeben. Wenn Sie die elektronische PDF-Version online lesen, dann brauchen Sie nur den Link anzuklicken. Sie finden *StatLinks* in weiteren OECD-Publikationen.

Geleitwort

von

Mary Robinson

Vorsitzende der Mary Robinson Foundation – Climate Justice

Im vergangenen Jahr feierte der Entwicklungsausschuss der OECD sein 50jähriges Bestehen, was Anlass war, seine zahlreichen Errungenschaften im Rückblick zu betrachten. Jetzt müssen wir einen Blick nach vorn auf die kommenden fünfzig Jahre und die künftig zu bewältigenden Herausforderungen und zu ergreifenden Maßnahmen werfen.

Auch wenn in den vergangenen fünfzig Jahren erhebliche Entwicklungserfolge erzielt wurden, sind wir von einer weltweit inklusiven, gerechten und nachhaltigen Gesellschaft noch weit entfernt – eine Feststellung, die in den jüngsten Diskussionen anlässlich des vierten Hochrangigen Forums über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan[1] nochmals deutlich zum Ausdruck kam. Das globale BIP ist zwischen 1971 und 2010 zwar stetig gestiegen, zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern klafft jedoch immer noch eine große Lücke, und die sozialen Disparitäten nehmen in beiden Ländergruppen zu[2]. Auch heute noch leidet über eine Milliarde Menschen Hunger, und Millionen leben in bitterster Armut.

Dieses Jahr richtete sich besondere Aufmerksamkeit auf das Thema der nachhaltigen Entwicklung – und dies mit Recht, denn die Nachhaltigkeit ist die Basis aller Entwicklungskonzepte. Die drei Säulen des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung der Brundtland-Kommission – Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit und Umweltverträglichkeit – haben nichts an ihrer Bedeutung eingebüßt[3]. Dennoch ist die nachhaltige Entwicklung nach wie vor eben nur dies: ein Konzept, nicht etwas, das tatsächlich geschieht. Bislang galt das Augenmerk vor allem der wirtschaftlichen Säule, während die beiden anderen, nicht weniger wichtigen Aspekte soziale Gerechtigkeit und Umweltverträglichkeit im Hintergrund blieben.

In unserer modernen Welt besteht ein akuter Bedarf an sozialem Zusammenhalt. Allein in der Europäischen Union sind 24 Millionen junge Menschen arbeitslos. Wie kann Entwicklung nachhaltig sein, wenn sie jungen Menschen nicht die Hoffnung gibt, Arbeit zu finden?

Auch das Ziel der Umweltverträglichkeit bleibt illusorisch.

Die vorliegende Evidenz zeigt, dass wir die natürlichen Ressourcen unserer Erde nach wie vor in einer Weise nutzen, die alles andere als nachhaltig ist. Unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wächst weiter, womit wir dem Punkt, ab dem die Schäden irreversibel sind, immer näher rücken. Zudem nutzen wir diese Ressourcen in einer Weise, die weder inklusiv noch gerecht ist. Weltweit haben 1,3 Milliarden Menschen noch immer keinen Stromanschluss. Und was ist mit den kommenden Generationen? Wir nutzen unsere endlichen Ressourcen weiterhin ohne Rücksicht auf den Bedarf unserer Kinder und Kindeskinder.

Der Klimawandel hat in allen Regionen der Welt weitreichende Konsequenzen. Zugleich stellt sich mit ihm aber auch eine grundlegende Frage der Gerechtigkeit, da nur 19 Länder für 80% der weltweiten CO_2-Emissionen verantwortlich sind. Diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, sind diejenigen, die am meisten unter ihm zu leiden haben.

Ich bin der Überzeugung, dass ein auf dem Prinzip der Klimagerechtigkeit beruhender Ansatz die drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung zusammenführt, indem er Menschenrechte und Entwicklung zu einem am Menschen orientierten Konzept verbindet, die Rechte der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen schützt und eine gerechte und faire Teilung von Kosten und Nutzen von Klimawandel bzw. Klimaschutz ermöglicht. Klimagerechtigkeit ist ein wissenschaftlich fundiertes Konzept, das auf wissenschaftliche Anliegen antwortet und zugleich der Notwendigkeit einer gerechten Verwaltung der weltweiten Ressourcen Rechnung trägt.

Es ist an der Zeit, dass wir unsere bisherigen Formen der Entwicklung kritisch beleuchten und analysieren, wer von ihnen profitiert hat und welche Kosten dadurch entstanden sind. Die weltweite Wirtschaftskrise der letzten Jahre macht deutlich, dass wir anstatt eines marktorientierten einen am Menschen orientierten Ansatzes verfolgen müssen. Das High-Level Panel on Global Sustainability der Vereinten Nationen empfiehlt in seinem Bericht *Resilient People, Resilient Planet*[4], dass Entwicklung nicht mehr am BIP gemessen werden sollte, und fordert stattdessen, einen neuen Index bzw. Indikatorenkatalog zur Messung der nachhaltigen Entwicklung auszuarbeiten.

In diesem Bericht ist auch zu lesen, dass alle ernstzunehmenden Anstrengungen zu Gunsten einer nachhaltigen Entwicklung auch auf die Gleichstellung der Geschlechter abzielen müssen. Im Interesse der kommenden Generationen müssen wir die gesamte und nicht nur die Hälfte der weltweiten Intelligenz und Kapazität der Menschheit entwickeln und pflegen. Es ist gut möglich, dass die nächste Stufe des Wirtschaftswachstums der vollen wirtschaftlichen Teilhabe der Frauen zu verdanken sein wird. Geschlechtergleichstellung ist ein Grundprinzip der nachhaltigen Entwicklung und unerlässlich für ein inklusives und gerechtes Wachstum.

Der Erdgipfel von Rio 1992 war ein Meilenstein in der Geschichte. Zum ersten Mal wurde von Staats- und Regierungschefs aus aller Welt anerkannt, dass Umwelt und soziale Gerechtigkeit zusammen im Zentrum der Entwicklung stehen müssen. Rio+20 bot Gelegenheit, eine Bilanz der Fortschritte zu ziehen, die bei der Umsetzung der vor zwanzig Jahren eingegangenen Verpflichtungen zu Gunsten einer nachhaltigen Entwicklung erzielt wurden, brachte aber nicht die notwendigen politischen Impulse. Für unsere Bemühungen im Anschluss an Rio+20 brauchen wir umfassende Partnerschaften zwischen Staat, internationalen Einrichtungen, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft, um zu untersuchen, wie wir alle expandieren und unseren Wohlstand steigern können, ohne unsere begrenzten natürlichen Ressourcen zu stark zu strapazieren und die Lebensgrundlagen vieler im Interesse einiger weniger zu gefährden.

Es ist an der Zeit, dass wir die nachhaltige Entwicklung Wirklichkeit werden lassen. Wir sind moralisch verpflichtet, die grundlegenden Menschenrechte aller Bürger dieser Erde zu schützen und die kostbaren natürlichen Ressourcen unseres Planeten für die kommenden Generationen zu erhalten. Es ist an der Zeit, dass wir konkrete Vorstellungen über die Zukunft entwickeln, die wir uns für die neun Milliarden Menschen wünschen, die im Jahr 2050 auf diesem Planeten leben werden. Und es ist an der Zeit, dass wir sicherstellen, dass Entwicklung allen zugute kommt, ganz gleich, wer sie sind und wo sie leben. Wir müssen zusammenarbeiten, damit diese Vision Wirklichkeit werden kann.

In dieser Ausgabe des Berichts über die Entwicklungszusammenarbeit des DAC, des Entwicklungsausschusses der OECD, tauschen führende Denker und Fachleute ihre Kenntnisse und Ideen darüber aus, wie diese Herausforderungen bewältigt werden können. Ich hoffe, diese für Politikverantwortliche und Entscheidungsträger wichtige Publikation wird den DAC-Mitgliedern dabei helfen, in der Zeit nach Rio+20 auf die nachhaltige Zukunft hinzuarbeiten, die wir uns alle wünschen und die wir alle brauchen.

Anmerkungen

1. Viertes Hochrangiges Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, Busan, Korea, 29. November – 1. Dezember 2011.
2. UNCTAD (Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen) (2012), *Development and Globalization: Facts and Figures 2012*, UNCTAD, New York, *http://dgff.unctad.org/chapter2/2.1.html*.
3. Diese drei Aspekte wurden in dem Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ von 1987 der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED), bekannter unter der Bezeichnung Brundtland-Kommission, als die drei Hauptsäulen der nachhaltigen Entwicklung identifiziert.
4. United Nations Secretary-General’s High-Level Panel on Global Sustainability (2012), “Resilient People, Resilient Planet: A Future Worth Choosing”, *Overview*, Vereinte Nationen, New York.

Zusammenfassung

Der *Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit 2012* erscheint zu einem für unseren Planeten wichtigen Zeitpunkt. Im Jahr 2012 trafen Spitzenvertreter der Staaten und Tausende von Vertretern von Regierungen, des Privatsektors, von NRO und sonstigen Gruppen in Rio de Janeiro zusammen, um zu erörtern, wie wir die Armut bekämpfen, die soziale Gerechtigkeit fördern und den Umweltschutz gewährleisten können. Zwanzig Jahre nach dem Erdgipfel 1992 bekräftigte die Rio+20-Konferenz der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung die Notwendigkeit, die dringenden wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen zu bewältigen – Übergang zu umweltfreundlicherem Wachstum und Unterstützung der gemeinsamen Anstrengungen der Länder für nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung der Armut.

Der *Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit 2012* bietet in Einklang mit der Rio+20-Konferenz Erkenntnisse und Lehren zu der Frage, wie die Herausforderung der nachhaltigen Entwicklung mit Schwerpunkt auf Inklusivität bewältigt werden kann. Mary Robinson weist im Geleitwort deutlich darauf hin: Das globale BIP ist zwar stetig gestiegen, zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern klafft jedoch immer noch eine große Lücke, und die sozialen Disparitäten nehmen in beiden Ländergruppen zu. Die Armutsbekämpfung ist in vielen Teilen der Welt nach wie vor ein dringendes Anliegen. Über eine Milliarde Menschen leiden noch Hunger, Millionen leben in bitterster Armut, 1,3 Milliarden Menschen haben keinen Stromanschluss, und 1 Milliarde verfügt über keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die Nachfrage nach natürlichen Ressourcen hat sich seit 1966 verdoppelt, und unser Ressourcenverbrauch ist derzeit anderthalbmal so hoch, wie dies eigentlich erforderlich wäre. Der DAC-Vorsitzende Brian Atwood warnt in seiner Einführung, dass Umfang und Reichweite der für die Zukunft zu erwartenden Zerstörung natürlicher Ressourcen und die daraus resultierende zunehmende Knappheit – im Vergleich zur wachsenden Nachfrage nach diesen Ressourcen – zu einer Bedrohung für Entwicklung und Sicherheit werden. Wie können wir sicherstellen, dass unsere endlichen Ressourcen jetzt und in Zukunft gerecht zwischen den Menschen verteilt werden?

In dieser entscheidenden Phase unserer gemeinsamen Geschichte blickt dieser Bericht zurück – wie die gemeinsamen Anstrengungen der Entwicklungsgemeinschaft uns auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung unterstützt haben – und nach vorn, auf die Herausforderungen, mit denen wir noch konfrontiert sind. Die OECD ist entschlossen, die Länder bei der Umsetzung der auf der Rio+20-Konferenz getroffenen Entscheidungen zu unterstützen, um dazu beizutragen, *die Zukunft, die wir wollen* (weiter unten beschrieben) zu erreichen.

Der Blick zurück: Herausforderungen und Fortschritte seit dem Erdgipfel von Rio 1992

Die brasilianische Umweltministerin Izabella Teixeira eröffnet den *Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit 2012*, indem sie die wichtigsten wirtschaftlichen, sozialen

und ökologischen Veränderungen, die die Welt seit 1992 erlebt hat, zusammenfasst. In den zwanzig Jahren seit dem Erdgipfel hat sich das Welt-BIP verdoppelt, die absolute Armut ist zurückgegangen, und das Gesundheits- und das Bildungswesen haben sich weltweit verbessert. Zugleich nimmt der Druck auf die Belastbarkeit unseres Planeten zu. Im 20. Jahrhundert hat sich die Weltbevölkerung vervierfacht, die wirtschaftliche Produktionsleistung ist um das 22-Fache gestiegen, und der Verbrauch an fossilen Brennstoffen hat um das 14-Fache zugenommen. Der durch dieses Wachstum verursachte Wettbewerb um endliche Ressourcen kann eine Quelle von Konflikten und sozialer Instabilität sein.

Mehrere Kapitel dieses Berichts enthalten eine Bestandsaufnahme über die bisherigen Fortschritte in Bezug auf die Bewältigung der ökologischen Herausforderungen, die im Mittelpunkt einer nachhaltigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung stehen – Bevölkerungswachstum, Energie, Klima, Wasser, Land und Bodenschätze:

- **Bevölkerungsdynamik** und nachhaltige Entwicklung sind untrennbar miteinander verflochten. Die Weltbevölkerung hat mittlerweile die Marke von 7 Milliarden überschritten und könnte im hohen Szenario bis Ende des Jahrhunderts auf 16 Milliarden ansteigen. In Kapitel 4 betont Michael Herrmann vom Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, dass eine Verlagerung hin zu nachhaltigen Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten von geeigneten Politikmaßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels flankiert sein muss.
- Die Entwicklungsländer benötigen nachhaltige **Energie**, um ihr Wachstum zu fördern und die Menschen aus der Armut zu befreien. Weltweit haben 1,3 Milliarden Menschen nach wie vor keinen Stromanschluss, und viele Entwicklungsländer sind abhängig von umweltbelastenden Energiequellen mit hohen THG-Emissionen, wobei Frauen und Kinder besonders gefährdet sind. Die VN wollen sicherstellen, dass nachhaltige Energie bis 2030 für alle eine Realität wird. Wie von dem für Entwicklungsfragen zuständigen EU-Kommissar Andris Piebalgs in Kapitel 5 beschrieben wird, ist die von der EU im Jahr 2011 vorgelegte Agenda für den Wandel ein wichtiger Schritt zur Erreichung dieses Ziels – sie zielt darauf ab, das enorme Potenzial nachhaltiger Energie zu erschließen, um Beschäftigungschancen zu schaffen und einen Beitrag zur Beseitigung der Armut zu leisten.
- Der **Klimawandel** hat weitreichende Konsequenzen für alle Teile der Welt und wirft eine grundlegende Frage in Bezug auf die Gerechtigkeit auf. Wie Mary Robinson im Geleitwort betont, werden 80% der globalen CO_2-Emissionen von nur 19 Ländern ausgestoßen. Maßnahmen zur Reduzierung bestimmter starker, aber kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe, namentlich Methan und Ruß, könnten der einzige Weg sein, um die globale Erwärmung in einem kurzen Zeitraum so zu verlangsamen, dass die globale mittlere Erwärmung unter 2°C bleibt. In Kapitel 6 beschreibt die schwedische Umweltministerin Lena Ek einige laufende Initiativen, die darauf abzielen, diese Schadstoffe zu reduzieren und gleichzeitig in den Entwicklungsländern Chancen für einkommensgenerierende Luftreinhaltungsmaßnahmen zu schaffen. Dennoch sind weitere globale Maßnahmen erforderlich.
- Weltweit setzt sich jetzt auch immer mehr die Erkenntnis durch, dass **Wasser** eine Schlüsselrolle für die nachhaltige Entwicklung spielt. Nachdem das Thema Wasser früher ein Schattendasein unter den vielen Anliegen der Vereinten Nationen führte, wurde 2010 schließlich der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitärversorgung von den Vereinten Nationen als Menschenrecht anerkannt. Trotz erkennbarer Fortschritte durch die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) sterben jedes Jahr mehr als 2,2 Millionen

Kinder unter 14 Jahren durch verschmutztes Wasser. Michel Camdessus, Gérard Payen und Pierre-Frédéric Ténière-Buchot, drei anerkennte Experten im Bereich der Wasserpolitik, weisen darauf hin (Kapitel 7), dass der Weg in die Zukunft darin besteht, Wasser als eines der Schlüsselelemente für zukünftiges Wachstum zu betrachten und innovative und integrierte Methoden zur Wasserbewirtschaftung zu verwenden.

- Leitmotive dieses *Berichts über die Entwicklungszusammenarbeit 2012* sind Integration und ganzheitliches Denken. Versagt haben wir in der Tat vor allem insofern, als es uns nicht gelungen ist, Umweltbelange systematisch in der Politik und den Programmen für alle Sektoren zu berücksichtigen. In Kapitel 8, aus dem Lehren gezogen werden können, beschreiben Nick Chisholm und Tassew Woldehanna, Forscher aus Irland und Äthiopien, ein erfolgreiches Projekt zur integrierten Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten in Äthiopien, das inzwischen ausgeweitet und Teil einer nationalen Strategie für **Ernährungssicherheit wurde**. Äthiopiens „Climate-resilient Green Economy Strategy" profitiert ebenfalls von den Verbesserungen der Umweltsituation, die durch die Erfolgsgeschichte der Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten erzielt werden.
- Die Bewirtschaftung der **Bodenschätze** zum Wohle aller ist eine weitere Herausforderung, die sich für die Entwicklungsländer auszahlen kann, wenn sie über die richtigen Governance-Mechanismen verfügen. In Kapitel 9 beschreiben Heikki Holmås, Norwegens Minister für Internationale Entwicklung, und Joe Oteng-Adjei, Ghanas Minister für Energie, wie die Zusammenarbeit der beiden Länder eine wirtschaftlich, ökologisch und sozial verantwortliche Bewirtschaftung der Erdölressourcen Ghanas fördert.

Die Rolle des DAC in Bezug auf nachhaltige Entwicklung

Wie hat der OECD-Entwicklungsausschuss (DAC) auf diese Herausforderungen reagiert? Nachhaltige Entwicklung ist seit Anfang der 1990er Jahre ein wichtiger Schwerpunkt in der Arbeit des DAC, und diese Tendenz setzte bereits vor dem ersten Erdgipfel von Rio im Jahr 1992 ein. Wie in Kapitel 2 beschrieben wird, besteht die wichtigste Aufgabe des DAC darin, Politikorientierungen zu liefern, um den Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit zu helfen, nachhaltige Entwicklung in ihren bilateralen und multilateralen Politikmaßnahmen und Aktivitäten zu berücksichtigen. Die in Kapitel 3 und Teil V aufgeführten Abbildungen zeigen, dass sich diese Arbeit auszahlt – in den letzten zehn Jahren haben sich die speziell auf ökologische Nachhaltigkeit ausgerichteten bilateralen ODA-Leistungen mehr als verdreifacht und 2009-2010 einen Wert von 11,3 Mrd. US-$ erreicht. Der Zuwachs der ODA-Leistungen, die innerhalb anderer Sektoren auf ökologische Nachhaltigkeit abzielen, ist noch größer. Insgesamt war ökologische Nachhaltigkeit 2009-2010 bei EZ-Leistungen im Wert von etwa 25 Mrd. US-$ eines der Ziele. Außerdem wurden erhebliche Fortschritte dabei erzielt, umwelt- und entwicklungspolitische Maßnahmen stärker miteinander zu verzahnen und sicherzustellen, dass durch die DAC-Statistiken überprüft werden kann, ob die Ausgaben der Geber mit ihren Versprechungen übereinstimmen.

Aber trotz des Anstiegs der ODA-Leistungen für die Umwelt und trotz des Erfolgs der MDG, die es ermöglicht haben, Wandel herbeizuführen und Ressourcen zu mobilisieren, werden immer noch nicht alle Dimensionen der Entwicklung und des menschlichen Wohlergehens abgedeckt. Wir sind im Begriff, im Umweltbereich kritische Schwellen zu überschreiten, was möglicherweise zu irreversiblen Änderungen führen wird.

Wussten Sie das?

Der Blick zurück

- Die Millenniumsentwicklungsziele wurden durch die Arbeit des DAC geprägt und trugen dazu bei, die Entwicklungszusammenarbeit auf einige Schlüsselelemente der nachhaltigen Entwicklung zu fokussieren.
- China ist es gelungen, seine beeindruckende Wirtschaftswachstumsrate zwischen 2005 und 2010 mit einer Reduzierung des Energieverbrauchs um 19% zu verbinden.
- Im Jahr 2012 ist die Entwaldungsrate im Amazonasgebiet auf das niedrigste je verzeichnete Niveau gefallen.
- 2011 sank die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) der OECD-Länder in realer Rechnung zum ersten Mal seit 1997.
- Heute stammen 80% der Leistungen der Vereinigten Staaten an die Entwicklungsländer aus privaten Quellen, was eine dramatische Verschiebung in der Entwicklungslandschaft darstellt.

Der Blick nach vorn

- Jedes Jahr sterben immer noch mehr als 2,2 Millionen Kinder unter 14 Jahren durch verschmutztes Wasser.
- Bis 2050 wird mit einer Zunahme des globalen Wasserbedarfs um 50% gerechnet.
- Ohne unverzügliche Maßnahmen könnte die Weltbevölkerung bis 2100 auf 16 Milliarden ansteigen.
- Um nur 9 Milliarden Menschen zu ernähren, muss die landwirtschaftliche Produktion bis 2050 um 70% gesteigert werden.
- Die Spitzenvertreter der Staaten haben bis 2020 Klimafinanzierung aus öffentlichen und privaten Quellen in Höhe von 100 Mrd. US-$ pro Jahr zugesagt.

Der Blick nach vorn: Umweltverträgliches Wachstum und eine neue Ära für Entwicklung

Diese neuen Herausforderungen, vor denen die Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer stehen, erfordern neue Denk- und Handlungsweisen von Seiten der EZ-Akteure. Die OECD und damit auch der DAC wurde von den Mitgliedsländern aufgefordert, Arbeiten zum Thema umweltverträgliches Wachstum anzustrengen. In jüngster Zeit kam der Auftrag hinzu, besondere Aufmerksamkeit auf das Thema umweltverträgliches Wachstum in Entwicklungsländern zu legen. Wie Andrè Laperrière, Stellvertretender Geschäftsführer der Globalen Umweltfazilität, beschrieben hat, wird Nachhaltigkeit nicht mehr allein mit Umweltschutz gleichgesetzt, sondern von allen Ländern als potenziell wichtiges Antriebselement für Wirtschaftswachstum und Entwicklung gesehen. Er skizziert in Kapitel 10 ein solides „Geschäftsmodell" zur Förderung eines umweltverträglichen Wachstums, in dem umweltverträgliches Wachstum sich in Form greifbarer und nachhaltiger Vorteile für Mensch und Umwelt auszahlt. Dies wird unterstrichen durch die in Kapitel 11 aufgeführten Länderbeispiele hinsichtlich Strategien für umweltverträgliches Wachstum. In diesem Kapitel erläutern Politikverantwortliche aus China, Kenia und Korea, wie sie umweltverträgliches Wachstum zu einem nationalen Projekt gemacht und sowohl in die nationale Politik als auch in sektorspezifische Pläne Strategien eingebunden haben, um die Möglichkeiten zur Steigerung der Umweltverträglichkeit ihrer Entwicklungspfade zu nutzen.

- Chinas jüngster Entwicklungsplan zielt darauf ab, sich der umweltverträglichen wirtschaftlichen Entwicklung zu bedienen, um die Armut zu verringern, die soziale Entwicklung zu fördern und mindestens 5,3 Millionen „grüne" Arbeitsplätze zu schaffen.
- Korea, bis vor kurzem noch selbst ein Entwicklungsland, übernimmt heute eine Vorreiterrolle dabei, umweltverträgliches Wachstum als tragende Säule in die nationalen Strategien zu integrieren, und das Land unterstützt darüber hinaus Entwicklungsländer in ihrem Bemühen, eine umweltverträgliche Wachstumspolitik zu verfolgen.
- Kenia hat die traditionellen Wirtschaftsentwicklungsmodelle – die auf dem BIP als Messgröße für Wachstum beruhen – durch ein neues Modell ersetzt, bei dem soziale Aspekte der Entwicklungsfortschritte berücksichtigt werden.

Weltweit sind weitere hoffnungsvolle Ansätze für umweltverträgliches Wachstum festzustellen. Hierbei sind mehrere Beispiele zu nennen: Kambodscha hat einen nationalen Plan für umweltverträgliches Wachstum eingeführt; Mosambik hat auf der Rio+20-Konferenz angekündigt, dass das Land eine neue *Green Economy Roadmap* verabschieden wird; Botsuana, Kolumbien, Costa Rica, Madagaskar und die Philippinen bringen ihren nationalen Politikgestaltungsprozess voran, indem sie den Wert ihres Naturkapitals sowie die wahren Kosten des Wirtschaftswachstums in ihrer Bilanz berücksichtigen; Ruanda verfolgt einen klimakompatiblen Entwicklungspfad.

Der Blick über die Entwicklungszusammenarbeit hinaus

Durch öffentliche Entwicklungszusammenarbeit allein kann die Herausforderung der nachhaltigen Entwicklung eindeutig nicht bewältigt werden: Die gesamten ODA-Leistungen aller DAC-Mitgliedsländer sind seit 2000 zwar um 63% gestiegen und beliefen sich 2011 auf über 133 Mrd. US-$, dies bedeutete jedoch im Vergleich zu 2010, dem Jahr, in dem die ODA-Volumen ihren Höchstwert erreichten, in realer Rechnung (d.h. nach Abzug der Inflation) einen Rückgang um 2,7%. Dies war der erste Rückgang der Netto-ODA seit 1997, was darauf zurückzuführen ist, dass sich die angespannte Haushaltslage in mehreren DAC-Ländern auf ihre ODA-Budgets ausgewirkt hat.

Es wird erforderlich sein, den Privatsektor viel stärker einzubinden, sowohl im Hinblick auf die Investitionen als auch auf Finanzierungen. Die Vorteile werden beträchtlich sein: neue Märkte, neue produktive Partnerschaften, neue innovative Technologien für die Entwicklungsländer sowie höhere Einkommen und mehr Arbeitsplätze. Ein wichtiger Schritt wurde 2011 in Busan unternommen, als eine neue globale Entwicklungspartnerschaft gegründet wurde, die Vielfalt begrüßt und die unterschiedlichen Rollen anerkennt, die alle Akteure von der Zusammenarbeit zur Unterstützung der Entwicklung spielen können. Die Partnerschaft von Busan für wirksame Entwicklungszusammenarbeit – die seit Juni 2012 ihren Niederschlag in einer globalen Partnerschaft findet – bildet den Höhepunkt des Prozesses zur Verbesserung der EZ-Wirksamkeit, der 1995 vom Entwicklungsausschuss der OECD eingeleitet wurde. Sie steckt einen Rahmen ab, um unter Einbindung von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, die eine Agenda mitgestalten wollen, die bis vor kurzem von einer engen Gruppe von EZ-Akteuren beherrscht wurde, die Zusammenarbeit zu modernisieren, zu vertiefen und zu erweitern.

Einen Beitrag zur Vielfalt dieses *Berichts über die Entwicklungszusammenarbeit* leistet auch Jeff Seabright, der für Umwelt und Wasserressourcen zuständige Vizepräsident von Coca-Cola. Er beschreibt in Kapitel 12 eine Revolution, durch die die Initiative im Umwelt- und Entwicklungsbereich von den Regierungen auf den Privatsektor verlagert wird. Er skizziert eine Zukunftsvision, in der Unternehmen, öffentliche Stellen und Zivilgesellschaft ihre Kräfte bündeln, wobei sich jeder auf seine Stärken konzentriert, um durch Zusammenarbeit das zu erreichen, was allein nicht möglich wäre.

Es wird zunehmend wichtig sein, das Bewusstsein für die Entwicklungseffekte der in anderen Bereichen verfolgten Politik zu schärfen und diesen Fragen die nötige Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Die inklusive grüne Wirtschaft ist nicht etwas, das in der Natur der Märkte liegt – die Mehrzahl der vielen existierenden Optionen zur Steigerung des Wirtschaftswachstums ist nicht mit dem Imperativ der Nachhaltigkeit vereinbar. Spezielle Maßnahmen der öffentlichen Politik sind notwendig, um die Wirtschaft umweltfreundlicher zu gestalten. Im vorletzten Kapitel weist Achim Steiner, Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, darauf hin, dass eine echte und dauerhafte Lösung für diese Herausforderungen eine Anpassung des heutigen Wirtschaftsmodells erfordert, die zu einer wirtschaftlichen Entwicklung führt, bei der Ressourcen effizienter eingesetzt werden, die Umweltzerstörung begrenzt wird und Gerechtigkeit einen höheren Stellenwert erhält. Dies erfordert insbesondere:

- eine Reform der aktuellen Steuersysteme zu Gunsten langfristiger Anreize für nachhaltige Produktionsweisen, Konsumgewohnheiten und Investitionsentscheidungen,
- angemessene Preissignale, die der zentralen Bedeutung der ökologischen Ressourcen und Umweltdienstleistungen gerecht werden, damit die privaten Haushalte, der Privatsektor und die Entscheidungsträger die tatsächlichen Kosten und Vorteile ihrer Handlungen besser gegeneinander abwägen können, sowie
- neue Messgrößen für unseren Fortschritt, die – über die herkömmliche Messung des BIP hinaus – die Veränderungen im menschlichen Wohlergehen, in der Gerechtigkeit, im Naturkapital und in der Umwelt berücksichtigen.

Der Weg in die Zukunft

Das Ergebnis der Rio+20-Konferenz war *Die Zukunft, die wir wollen*. Dieses Dokument, der Höhepunkt zweijähriger Verhandlungen zwischen 190 Nationen, ist der neueste Fahrplan der Welt für nachhaltige Entwicklung. Darin wird ein Plan umrissen, um globale Ziele für eine nachhaltige Entwicklung sowie andere Maßnahmen für eine bessere Bewirtschaftung der Umwelt- und Naturressourcen, zur Armutsbekämpfung und zur Förderung eines umweltfreundlichen Wirtschaftsparadigmas für alle festzulegen. In der Erklärung werden die Bedeutung des Naturkapitals und sein Wert für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung bekräftigt. Ferner wird darin ein umfassenderer Entwicklungsansatz befürwortet, wobei allerdings eingeräumt wird, dass die Armutsminderung nach wie vor eine große Herausforderung darstellt. Darüber hinaus wird in dem Dokument eine Finanzierungsstrategie gefordert, die von technischer Hilfe und Kapazitätsaufbau flankiert wird, um eine angemessene Unterstützung der Entwicklungsländer zu sichern.

Wie kann die Entwicklungszusammenarbeit dazu beitragen, *die Zukunft, die wir wollen* zu verwirklichen – eine Zukunft, in der umweltverträgliches Wachstum eine Antriebskraft für nachhaltige Entwicklung ist? Im letzten Kapitel dieses Berichts, analysiert das DAC-Sekretariat die Maßnahmen, die in der Zeit nach Rio+20 für die Anbieter von EZ-Leistungen und die Entwicklungsgemeinschaft insgesamt von entscheidender Bedeutung sein werden:

- Unterstützung bei der Definition und Einbindung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung in die Agenda nach 2015 und Ausrichtung der künftigen öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA) und anderer Leistungen auf diese Ziele;
- Integration und systematische Berücksichtigung umweltverträglichen Wachstumsdenkens in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit und zeitnähere Unterstützung bei der Deckung des aufkommenden Bedarfs der Entwicklungsländer;

- Erfüllung der bestehenden ODA-Verpflichtungen und Erreichen des Ziels, den Entwicklungsländern bis 2015 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) als ODA zur Verfügung zu stellen;
- Umsetzung der DAC-Empfehlung „Recommendation on Good Pledging Practice", die EZ-Gebern dabei helfen soll, glaubwürdige und umsetzbare Zusagen zu machen und die Rechenschaftspflicht und Transparenz der ODA-Leistungen zu erhöhen;
- Beschleunigung des effektiveren Einsatzes öffentlicher Entwicklungsleistungen sowie Nutzung der ODA zur Kofinanzierung und Mobilisierung von Finanzmitteln aus anderen Quellen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung;
- Verbesserung und Beschleunigung des Informations-, Kompetenz- und Technologieaustauschs, um die Kapazitäten und die Resilienz in den Partnerländern zu stärken;
- Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Einführung der Bilanzierung von Naturkapital im Rahmen ihrer Entscheidungsfindungsprozesse und Unterstützung der Anbieter von EZ-Leistungen bei der Nutzung dieser Bilanzierung im Rahmen ihrer ODA-Investitionen;
- Erhöhung der Mittel für umweltbezogene Finanzierungen, jedoch ohne nichtklimaschutzbezogene Umweltanliegen, inklusives Wachstum und andere Entwicklungsprioritäten zu vernachlässigen; sowie
- Ausrichtung der gesamten Politik- und Finanzunterstützung der DAC-Mitglieder am Bedarf und an den Prioritäten der Partnerländer.

Vor allem jedoch brauchen wir Führungsinitiative von Seiten der Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer gleichermaßen. Der DAC-Vorsitzende Brian Atwood fordert eine globale Führungsinitiative, um politischen Willen zum Schutz und zur Verwaltung der globalen Gemeinschaftsgüter zu mobilisieren und zugleich dem unverzichtbaren Beitrag Rechnung zu tragen, den inklusives und nachhaltiges Wachstum sowie Armutsbekämpfung zur Lösung dieser Gleichung leisten können. Er fordert die Regierungschefs und Minister aus allen Ressorts auf, sich für langfristige nationale Umweltstrategien einzusetzen und weltweit aufeinander und auf ihre Nachbarländer einzuwirken, dies ebenfalls zu tun.

Nur wenn wir unsere Ideen und Erkenntnisse zusammenfügen und die Politikoptionen verwirklichen, die Innovationen in unseren Denkweisen, Institutionen, Verhaltensformen und Technologien ermöglichen, werden wir der *Zukunft, die wir wollen*, einen Schritt näher rücken.

Wichtige Fakten und Zahlen

Abschließend enthält dieser Bericht, ebenso wie die früheren *Berichte über die Entwicklungszusammenarbeit*, wichtige vom DAC ermittelte und analysierte Daten über die Leistung all seiner Mitglieder – sowie anderer Akteure – im Jahr 2010. Dies umfasst die EZ-Leistungen allgemein sowie Finanzierungen, die auf bestimmte Sektoren, namentlich Umwelt (die Rio-Marker) und Gender sowie Fortschritte bei der Aufhebung der Lieferbindung ausgerichtet sind.

Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2012
Nachhaltigkeit und Entwicklung verbinden
© OECD 2013

Einführung: Politikoptionen integrieren zur Dynamisierung von Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung

von

J. Brian Atwood

Vorsitzender des Entwicklungsausschusses

Der amerikanische Naturforscher des späten 19., frühen 20. Jahrhunderts John Muir prägte den Satz: „Alles ist mit allem verbunden". Doch was für die natürliche Welt sicherlich zutrifft, ist in der politischen Welt leider nicht der Fall, wo sich zahlreiche divergierende Ansichten, Ziele und Absichten gegenüberstehen – ganz besonders, wenn es um Umweltfragen geht. Wenn wir das gemeinsame Ziel der „nachhaltigen Entwicklung" erreichen wollen, ist mehr Kohärenz unverzichtbar. Der diesjährige *Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit* bringt die Ideen und Vorstellungen von Regierungsverantwortlichen, Denkern und Pionieren aus verschiedensten Politikbereichen und Disziplinen zusammen, die einen Beitrag dazu leisten, auch in dieser Sphäre alles mit allem zu verbinden.

Das nötige politische Interesse und den notwendigen politischen Willen für umfassende Aktionen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung insgesamt zu wecken, ist kein leichtes Unterfangen, wie sich 2012 einmal mehr auf der Konferenz Rio+20 gezeigt hat. Die nachhaltige Entwicklung hat zahlreiche Aspekte, und alle Disziplinen, die sich mit dieser Frage befassen, tendieren dazu, weniger das Ganze als vielmehr seine einzelnen Bestandteile zu betrachten. Zwar sind inzwischen schon Zeichen einer stärkeren Integration zu erkennen, doch erschweren disziplinäre Scheuklappen noch immer die Kommunikation und den Austausch von Konzepten. Bedenkt man, dass zu diesen Hindernissen noch kulturelle Unterschiede sowie politische und ideologische Gräben zwischen verschiedenen Gruppen von Ländern hinzukommen können, beginnt einem das Ausmaß der Herausforderung bewusst zu werden, vor der wir hier stehen.

Umfang und Reichweite der für die Zukunft zu erwartenden Zerstörung natürlicher Ressourcen und daraus resultierenden zunehmenden Knappheit – im Vergleich zur wachsenden Nachfrage nach diesen Ressourcen – werden zu einer Bedrohung für Entwicklung und Sicherheit werden. Hier stehen Naturwissenschaften und Umwelt unseren Entwicklungsmodellen gegenüber. Für uns stellt sich dabei die Frage, ob es uns gelingen

wird zusammenzuarbeiten oder ob wir weiter jeder für sich, losgelöst voneinander agieren werden. Auch wenn in jüngster Zeit einige positive Entwicklungen zu beobachten waren, war es traditionell nicht so, dass in den verschiedenen Disziplinen dieselbe „Sprache" gesprochen wurde. Ich konnte das vor einigen Jahren selbst erleben, als ich als Dekan der Humphrey School der University of Minnesota eine Konferenz über Klimawandel und Entwicklung veranstaltete. Keynote-Sprecher waren R.K. Pachauri, der als Vertreter des 2007 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Intergovernmental Panel on Climate Change auftrat (und der im Übrigen am letztjährigen Entwicklungsbericht der OECD mitgewirkt hat), sowie der ehemalige Leiter des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, Gus Speth. Sie trafen mit Entwicklungsexperten und Wissenschaftlern zu einem neuartigen, Denkanstöße liefernden Dialog zusammen, bei dem versucht werden sollte, Fragen des Klimaschutzes aus dem Blickwinkel der Entwicklung zu betrachten und umgekehrt.

Wir brachten damals einen Bericht[1] heraus, der wegen der Einzigartigkeit dieses Versuchs, eine Brücke zwischen den Disziplinen zu schlagen, großen Anklang fand. Mehrere Jahre später bemühten wir uns weiter, eine solche Brücke zu schlagen, nachdem die OECD einen Bericht mit dem Titel *Towards Green Growth* veröffentlicht hatte. Dieser Bericht befasste sich vor allem mit der Situation der Industrieländer und der aufstrebenden Volkswirtschaften und erwies sich in diesem Kontext als sehr hilfreich. Er berücksichtigte jedoch nicht hinreichend die Perspektive der Entwicklungsländer, die ihrem Wachstumsbedarf zumeist größere Bedeutung beimessen als der Sorge über Energieverbrauch und Klimawandel. Um diese Lücke zu schließen, arbeitet die OECD derzeit an einem neuen Bericht, der der spezifischen Situation der Partnerländer Rechnung trägt, und sie hat dazu einen Konsultationsprozess über die Entwurfsfassung dieses Berichts lanciert, der sicherstellen soll, dass die Sichtweisen und Realitäten dieser Länder in die Analysen und Politikempfehlungen zum umweltverträglichen Wachstum einbezogen werden.

Der diesjährige *Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit* wirft einen Blick auf praxistaugliche Methoden und Möglichkeiten, die von DAC-Mitgliedern und ihren Partnern gefunden wurden, um diesen Fragen zu begegnen. Er enthält Artikel verschiedener Autoren aus den Bereichen Umwelt, Wissenschaft, Wirtschaft und internationale Finanzen sowie aus verschiedenen Entwicklungssektoren, die sich für die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit, für eine größere Inklusion sowie für die Förderung umweltverträglichen Wachstums engagieren. Aus ihren Erfahrungen lassen sich viele wertvolle Erkenntnisse ziehen.

Die Autoren untersuchen, wie die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) eingesetzt werden kann, um Umweltzerstörung, Ressourcenknappheit und Treibhausgasemissionen entgegenzuwirken und armen Bevölkerungsgruppen dabei zu helfen, sich an den Klimawandel anzupassen und ihm gegenüber widerstandsfähiger zu werden. Sie befassen sich zudem mit einschlägigen Fragen der Finanzierung – insbesondere der Notwendigkeit, nicht nur die derzeitig verfügbaren ODA-Mittel zu nutzen, um Partnerschaften zu schaffen und andere Finanzierungsquellen zu mobilisieren, sondern auch unsere Anstrengungen zur Erfüllung unserer langjährigen ODA-Zusagen fortzusetzen, deren Bedeutung auf der Konferenz Rio+20 erneut betont wurde. Die Polemik um die Frage, wie wir die notwendigen Mittel zur Umsetzung der von uns angestrebten Lösungen finden sollen, wirkt als zusätzlicher Hemmschuh für politisches Handeln.

Die Nachfrage einer wachsenden Bevölkerung nach Energie, Nahrungsmitteln und Wasser sowie die Notwendigkeit des Erhalts dieser lebensspendenden (und wachstumsfördernden) Ressourcen werden zweifellos zu einer Zunahme der Spannungen zwischen reichen und armen Ländern, aber auch unter den armen Ländern selbst führen. Umwelt- ebenso wie Entwicklungsexperten sehen im nichtnachhaltigen Wachstum eine der Ursachen dieses

Problems. Die Entwicklungsländer werden Wachstum jedoch stets – verständlicherweise – für vorrangig halten. Sie verweisen darauf, dass die Industrieländer die Ressourcen ausbeuten und ihre Entwicklungsstrategien verfolgen konnten, ohne sich um Fragen der Knappheit und Nachhaltigkeit zu kümmern, und dass es ihnen so gelungen ist, den notwendigen Wohlstand zur Deckung der Bedürfnisse einer breiten Mittelschicht zu schaffen. Warum sollte es den Entwicklungsländern nicht ebenfalls gestattet sein, ihre natürlichen Ressourcen zu nutzen, um die Expansion ihrer Wirtschaft voranzutreiben? Wie können wir unter diesen Umständen die Debatte wieder auf die globalen Gemeinschaftsgüter und sonstigen kollektiven Ressourcen lenken, die gemeinsames – wenn auch differenziertes – Handeln erforderlich machen?

Eine Antwort auf diese Frage sind neue Methoden zur Definition und Messung des Wachstums – die Regierungsverantwortlichen auf nationaler Ebene müssen über das BIP als einzigen Fortschrittsindikator hinausblicken – sowie eine Einigung auf neue Ansätze zur Bewertung knapper Ressourcen. Darüber hinaus gilt es, Politikmaßnahmen anzupassen und zu stärken und entsprechende Marktmechanismen zu schaffen, um für die richtigen Anreize für nachhaltiges Verhalten auf allen Ebenen zu sorgen. Um das Vertrauen zwischen den Ländern zu festigen und aufeinander einzuwirken, muss auf oberster Ebene, wie vom VN-Generalsekretär vorgeschlagen, ein transparenter und strategischer Prozess zur Festlegung von Zielen für die nachhaltige Entwicklung gefördert werden. Wo zwischenstaatliche Prozesse ins Stocken kommen, müssen freiwillige Koalitionen und Partnerschaften den Stab übernehmen, wobei Peer Pressure und Rechenschaftsmechanismen für den nötigen Antrieb sorgen können.

Das Titelbild dieses Berichts soll das widerspiegeln: Mehrere Teile des Puzzles wurden bereits zusammengefügt, doch der Kreis ist noch nicht geschlossen. Welches ist das fehlende Teil? Wie können wir die Verbindung herstellen, die dafür sorgen wird, dass sich die verschiedenen Teile zu einem gemeinsamen Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ zusammenfügen? Wir brauchen globale Führungsinitiative, um politischen Willen zum Schutz und zur Verwaltung der globalen Gemeinschaftsgüter zu mobilisieren und zugleich dem unverzichtbaren Beitrag Rechnung zu tragen, den inklusives und nachhaltiges Wachstum sowie Armutsbekämpfung zur Lösung dieser Gleichung leisten können. Wir brauchen Regierungschefs und Minister aus allen Ressorts, die sich für langfristige nationale Umweltstrategien einsetzen und weltweit aufeinander und auf ihre Nachbarländer einwirken, dies ebenfalls zu tun. Dieser Bericht liefert mehrere Beispiele für solche Führungsinitiative.

Für die Menschen in Niedrigeinkommensländern ist es zumeist das Wichtigste, sich und ihre Familien ernähren zu können und ein sicheres Dach über dem Kopf zu haben. Sofern es sich nicht um Insel- oder Küstenstaaten handelt, wird ihre Regierung vermutlich die Ansicht vertreten, dass Wachstum wichtiger ist als die Verringerung der Treibhausgasemissionen oder der Schutz der Umwelt. Und doch drohen echte Gefahren, wenn die Konsequenzen einer solchen Denkweise übersehen werden, wie sich an folgenden Entwicklungen zeigt:

- Die Nachfrage nach **natürlichen Ressourcen** hat sich seit 1966 verdoppelt, und unser Ressourcenverbrauch ist derzeit anderthalbmal so hoch, wie dies bei einer nachhaltigen Ressourcennutzung eigentlich erforderlich wäre.
- In den zwanzig Jahren seit der ersten Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro ist die **Waldbedeckung der Erde** um 3 Mio. km² geschrumpft – was in etwa der gesamten Ausdehnung Indiens entspricht. Alles zusammengerechnet wurde ungefähr ein Drittel der gesamten Waldfläche, die in den vergangenen 10 000 Jahren verloren gegangen ist, in den letzten dreißig Jahren zerstört.

- Rund ein Drittel der **biologischen Vielfalt in Binnengewässern** ist bereits verschwunden, und bis 2050 ist mit einem weiteren Rückgang zu rechnen.
- Die **biologische Vielfalt** insgesamt ist zwischen 1970 und 2008 weltweit um rd. 30% und in den Tropen um 60% zurückgegangen.
- Umweltbelastungen, allen voran **Wasser- und Luftverschmutzung**, sind für fast 10% aller Todesfälle in Ländern der unteren und mittleren Einkommensgruppe verantwortlich.
- Auf die Landwirtschaft entfallen 70% des weltweiten Wasserverbrauchs, schätzungsweise 60% des **Bewässerungswassers** versickern jedoch noch immer, bevor sie die Anbaukulturen überhaupt erreichen.
- Das hohe Wirtschaftswachstum, das in den letzten Jahrzehnten in Asien verzeichnet wurde, hatte zur Folge, dass Asiens Anteil an den **weltweiten CO_2-Emissionen** zwischen 1990 und 2010 von 25% auf 44% gestiegen ist.

Die globale Herausforderung ist bereits akut, und wir benötigen Lösungen, die für verschiedene wichtige Akteure akzeptabel sind. Dazu gilt es, Prioritäten und Anreize auf intelligente Weise auszutarieren. Über einen Zeitraum von einem Jahr könnten zwei Hektar Land in Ruanda beispielsweise zwei ruandische Durchschnittsfamilien ernähren – oder zur Sequestrierung der CO_2-Emissionen eines europäischen Familien-Pkw genutzt werden. Welche Anreize hat die ruandische Familie, den Wald auf ihrem Land zu erhalten, wenn sie die Wahl hat zwischen ihrem eigenen Überleben und dem Schutz der Umwelt? Der globale Umweltschutz darf nicht zu einer Bedrohung für die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung werden – wir müssen Lösungen finden, die beiden Zielen gerecht werden.

Bei solchen Lösungen geht es auch um die Frage, wie Bedarfskonflikte bei begrenzten finanziellen Mitteln gelöst werden können. In einem in seiner Art bislang einzigartigen Bericht, der Anfang dieses Jahres veröffentlicht wurde, gab der DAC bekannt, dass seine Mitglieder 2010 rd. 22 Mrd. US-$ für Klimaschutzmaßnahmen ausgegeben hatten (obere Schätzung). Davon dürften bis zu 9 Mrd. US-$ auf die Adaptation, d.h. die Anpassung an den Klimawandel entfallen sein (im Gegensatz zur Mitigation, der Bekämpfung des Klimawandels), was Kritiker angesichts des wachsenden Bedarfs allerdings als unzureichend betrachten. Außerdem wird der Vorwurf erhoben, die ODA-Ausgaben für den Klimaschutz führten dazu, dass nicht genügend Mittel für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele im sozialen Bereich zur Verfügung stehen. Wenn jedoch nichts unternommen wird, um den Effekten des Klimawandels – und der Umweltzerstörung insgesamt – entgegenzuwirken, hat dies schwerwiegende Konsequenzen für Entwicklung und Sicherheit. Es bleibt uns also keine andere Wahl: Wir dürfen die ökologischen Herausforderungen nicht außer Acht lassen. Letztlich werden sie das Wachstum behindern bzw. bremsen – dies ist nur noch eine Frage der Zeit. Sollen wir also die langfristigen Konsequenzen ignorieren, um möglicherweise nur kurzfristige Gewinne zu erzielen? Die Projektionen des *Umweltausblicks* der OECD zeigen, dass es nicht nur in ökologischer Hinsicht, sondern auch wirtschaftlich rationell ist, jetzt zu handeln, um dem Klimawandel entgegenzuwirken und die natürlichen Ressourcen zu schützen. Investitionen in die Reduzierung der Luftverschmutzung in aufstrebenden Volkswirtschaften könnten Nutzeffekte bringen, die bis zu zehnmal höher wären als die Kosten. Und mit Investitionen in die Wasser- und Sanitärversorgung in Entwicklungsländern könnte ein Kosten-Nutzen-Verhältnis von bis zu 1:7 erzielt werden.

Wo werden wir angesichts der in den OECD-Ländern zu erwartenden künftigen Rezessionen und Wachstumsschwächen die nötigen zusätzlichen Mittel finden, um diesen Fragen zu begegnen? 2011 belief sich die ODA der DAC-Länder auf 133 Mrd. US-$, was in konstanten Dollar

2,7% weniger war als im Vorjahr. Die Ausgabenprojektionen deuten für die Zukunft auf eine Stagnation – wenn nicht sogar einen Rückgang – der ODA hin. Dies steht in starkem Kontrast zu anderen Projektionen, denen zufolge die ODA deutlich erhöht werden muss, damit die Zusagen erfüllt werden können, die die DAC-Mitglieder seit 2005 eingegangen sind – kaum etwas dürfte das Problem der Mittelkonflikte drastischer veranschaulichen als dies. Wo werden wir die nötigen Mittel finden, um die Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung, insbesondere im Zusammenhang mit dem Klimawandel, bewältigen zu können? Die ODA zu nutzen, um andere Mittel, z.B. Finanzierungen und Investitionen des privaten Sektors zu mobilisieren, ist eine wichtige Option – solange wir uns darüber im Klaren sind, dass Investitionsrisiken und -erträge für den privaten Sektor im richtigen Verhältnis zueinander stehen müssen. Zudem müssen wir innovativ darüber nachdenken, wie wir Mittel über unkonventionelle Kanäle mobilisieren können. Die Auktion von Zertifikaten für die Verringerung von Treibhausgasemissionen zur Finanzierung der Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern ist eine solche Idee.

In der Wirtschaftswissenschaft werden Effekte, die in den Marktpreisen nicht berücksichtigt werden, als „Externalitäten" bezeichnet. Dieses Konzept wurde mir während der Kabinettsdiskussionen über den Standpunkt der Vereinigten Staaten in den Verhandlungen über das Kyoto-Protokoll vor Augen geführt, als das US-Schatzamt ein Modell vorstellte, in dem den Abschreibungsraten der US-Kraftwerke großes Gewicht eingeräumt wurde. Aus diesem Modell wurde gefolgert, dass eine Einigung auf ein strenges Emissionsziel für diesen wichtigen Sektor der US-Wirtschaft eine erhebliche Belastung darstellen würde. Als ich nachfragte, ob die Gesundheitskosten des Klimawandels in dem Modell berücksichtigt wurden, antwortete man mir, dass diese Kosten mit der konventionellen Luftverschmutzung zusammenhingen und somit als „Marktexternalität" zu betrachten seien. Diese Gesundheitskosten sind jedoch nicht weniger reell, nur weil sie in diesem Modell nicht geschätzt oder erfasst wurden – und wären sie berücksichtigt worden, hätte das Ergebnis wohl anders ausgesehen. Den realen Kosten solcher Gesundheitsrisiken stehen direkte und indirekte wirtschaftliche Vorteile aus dem Schutz und der Verbesserung der menschlichen Gesundheit gegenüber. Zu diesen Vorteilen gehören eine produktivere Erwerbsbevölkerung und Einsparungen bei den Gesundheitsausgaben, durch die Mittel zur Finanzierung anderer Ausgaben mit höherer Rendite freigesetzt werden können.

Ein Teil unseres Problems rührt daher, dass die Kosten, die der Wirtschaft und den Menschen durch Umweltdegradation entstehen, in den meisten ökonomischen Modellen nicht berücksichtigt werden. Die ökonomische Bewertung natürlicher Ressourcen und Umweltleistungen wäre ein großer Schritt auf dem Weg zur Erfassung der tatsächlichen wirtschaftlichen Kosten und Vorteile alternativer Wachstumspfade, vor allem für Entwicklungsländer. Durch eine umfassendere weltweite Anwendung des Verursacherprinzips, das von der OECD 1972 verabschiedet wurde, könnten in allen Ländern Anreize für Verhaltensänderungen sowohl auf Ebene der Unternehmen als auch der Verbraucher geschaffen werden. Wenn CO_2-Emissionen mit einem Preis belegt werden, entstehen Anreize für die Unternehmen, ihre CO_2-Emissionen zu senken, und werden zugleich wichtige neue öffentliche Einnahmequellen erschlossen – und diese Ressourcen können den politisch Verantwortlichen wiederum die Möglichkeit geben, finanzielle Mittel zu mobilisieren und in Entwicklungsländer zu leiten, um dort Klimaschutzprojekte zu unterstützen. Eine Vielzahl von Marktmechanismen steht zur Verfügung, um dies zu erreichen, von der Abschaffung der Subventionen für fossile Brennstoffe bis hin zu CO_2-Emissionshandelssystemen. Der Technologietransfer und die Schaffung endogener Technologien könnten durch eine stärkere Nutzung von Marktmechanismen, wie z.B. des Clean Development Mechanism, ausgeweitet werden, um Anreize für CO_2-arme Projekte in Entwicklungsländern zu schaffen.

Wissenschaftliche und technologische Innovationen besitzen nach wie vor ein großes Potenzial. Es ist jedoch äußerst wichtig, dass wir einen integrierten Ansatz entwickeln, der die Wissenschaft näher an die Politiklösungen heranführt, nach denen wir suchen. Die „Erzeuger" wissenschaftlicher Forschungsergebnisse müssen die Fragen verstehen, vor denen politisch Verantwortliche und lokale Akteure stehen, damit sie die Pertinenz und den Nutzen ihrer Forschungsarbeiten erhöhen können. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Regierungsverantwortlichen auf nationaler Ebene der Innovation hohe Priorität einräumen und wenn Wissenschafts-, Umwelt- und Entwicklungsgemeinschaft zusammen mit den potenziellen Nutzern ihrer Arbeit in einem regelmäßigen interaktiven Dialog miteinander treten, um das gegenseitige Verständnis zu erhöhen, zusammenzuarbeiten und voneinander zu lernen.

Anstrengungen zur Förderung eines umweltverträglichen Wachstums und Umweltarbeiten in Entwicklungsländern müssen – worauf auch einige der Autoren dieses Berichts hinweisen – unter der Verantwortung dieser Länder selbst stehen. Die Prinzipien der EZ-Wirksamkeit von Paris, Accra und Busan[2] gelten hier genauso wie bei allen anderen Entwicklungsanstrengungen. Dies kommt klar in den Beiträgen zum Ausdruck, die China, Kenia und Korea zu diesem Bericht beisteuerten – Länder, die den Konzepten der grünen Ökonomie und des umweltverträglichen Wachstums als Modelle für ihre langfristige Entwicklung große Bedeutung beimessen. Wir müssen in diesem Bereich Wissen schaffen, das aus den Wurzeln der Gesellschaft stammt und den Wurzeln der Gesellschaft zugute kommt. Und wir müssen dieses Wissen nutzen, um bessere Entscheidungen zu treffen, die es uns gestatten, den Weg von einem technokratischen hin zu einem demokratischen Ansatz zu beschreiten. Der entscheidende Schritt besteht darin, Hypothesen neu zu durchdenken und klarer auszuformulieren und die in Betracht gezogenen Optionen anhand der vorliegenden Evidenz neu zu gestalten. Darüber hinaus brauchen wir einen funktionsfähigen globalen Governance-Rahmen, damit die Governance auf lokaler Ebene unter optimalen Bedingungen arbeiten kann.

Wir können es uns nicht mehr leisten, hinter disziplinären oder institutionellen Mauern zu arbeiten. Entwicklung und Nachhaltigkeit sind untrennbar miteinander verbunden. Die Botschaft, die ich hier überbringen möchte, ist, dass wir damit fortfahren müssen, unsere Ideen und Erkenntnisse zusammenzufügen und die Politikoptionen zu verwirklichen, die Innovationen in unseren Denkweisen, Institutionen, Verhaltensformen und Technologien ermöglichen werden. Dies ist das fehlende Puzzleteil, nach dem wir gesucht haben – und es liegt in greifbarer Nähe, wenn wir es schaffen, offener, inklusiver und kreativer über Gemeingüter nachzudenken. Dies ist die überwölbende Botschaft der Artikel der Vordenker aus aller Welt, die zu diesem Bericht beigetragen haben.

Anmerkungen

1. Konsensbericht aus der Reihe Humphrey Institute Workshop zu „Climate Change and Sustainable Development: Paths to Progress", Workshop 1: „The Developing World: The Global Climate and Economic Development", 14.-15. Oktober 2005.
2. Die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit wurde 2005 in Paris verabschiedet. Der Aktionsplan von Accra wurde 2008 in Accra, Ghana, verabschiedet. Die Partnerschaft von Busan für wirksame Entwicklungszusammenarbeit wurde 2011 im koreanischen Busan verabschiedet.

TEIL I

Herausforderungen und Fortschritte seit dem Erdgipfel von Rio 1992

Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2012
Nachhaltigkeit und Entwicklung verbinden
© OECD 2013

TEIL I

Kapitel 1

Brasiliens Weg vom Erdgipfel bis Rio+20

von
Izabella Teixeira
Umweltministerin, Brasilien

Der Erdgipfel von Rio im Jahr 1992 löste einen kulturellen Wandel aus, da sich Bürger und Regierungen gleichermaßen zunehmend bewusst wurden, dass mit der Expansion der Wirtschaft auch der Schutz der Umwelt immer wichtiger wird. Der Gipfel mündete in der Schaffung gesetzlicher und institutioneller Rahmen zum Schutz der Umwelt, und in der Tat waren seitdem Verbesserungen bei einer Reihe von Umweltindikatoren festzustellen, bedingt z.B. durch das Verbot von verbleitem Benzin und die deutliche Zunahme der Naturschutzgebiete. Dennoch gelingt es uns noch immer nicht, Umweltbelange systematisch in der Politik und den Programmen für alle Sektoren zu berücksichtigen, und in vielen Bereichen verschlechtert sich die Qualität der Umwelt. Das Fehlen eines kohärenten Konzepts hat ganz klar negative Auswirkungen, was sich besonders deutlich am Beispiel der Subventionen für fossile Brennstoffe zeigt, die in vielen Ländern nach wie vor üblich sind. Die Autorin dieses einführenden Kapitels zieht Bilanz aus den Erfahrungen ihres eigenen Landes – Brasilien –, das auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung beachtliche Fortschritte erzielt hat. Sie fordert eine Fokussierung auf eine „grüne", umweltfreundliche Wirtschaft, bei der es gilt, Ökologie und Ökonomie zu verbinden, mittel- und langfristige Notwendigkeiten und Herausforderungen zu berücksichtigen und der Verschiedenartigkeit der Länder, ihrem unterschiedlichen Entwicklungsniveau und der ungleichen Wohlstandsverteilung zwischen den Nationen Rechnung zu tragen. Ein solches Konzept ist indessen nicht etwas, das in der Natur der Märkte liegt – deshalb sind spezielle Maßnahmen der öffentlichen Politik notwendig, um die Wirtschaft umweltfreundlicher zu gestalten.

Auf Brasiliens Initiative hin veranstalteten die Vereinten Nationen im Juni 2012 „Rio+20“, eine Folgekonferenz zur VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) von 1992, auch bekannt als der „Erdgipfel“. Dahinter stand u.a. die Absicht zu beurteilen, was im Hinblick auf die Umsetzung der Verpflichtungen erreicht wurde, die die Nationen 1992 auf dem Erdgipfel zu Gunsten einer weltweit nachhaltigen Entwicklung eingegangen sind. In diesem einführenden Kapitel des Berichts über die Entwicklungszusammenarbeit 2012 möchte ich einen Blick zurückwerfen auf die Fortschritte, die im Verlauf der letzten zwanzig Jahre auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung erzielt wurden, um mich dann der Frage zuzuwenden, welche Hindernisse wir in Zukunft noch überwinden müssen. Dabei stütze ich mich zur Illustrierung sowohl der erzielten Fortschritte als auch der noch zu bewältigenden Herausforderungen auf das Beispiel meines eigenen Landes – Brasilien.

Welche Fortschritte haben wir seit dem Erdgipfel des Jahres 1992 erzielt?

> *In reichen ebenso wie armen Ländern sind sich die Menschen heute der Notwendigkeit des Umweltschutzes bewusst.*

Die vielleicht außergewöhnlichste Entwicklung der vergangenen zwanzig Jahre war der kulturelle Wandel, der sich weltweit in der Bevölkerung vollzogen hat. In reichen ebenso wie armen Ländern sind sich die Menschen bewusst geworden, dass mit der Expansion der Wirtschaft auch der Schutz der Umwelt immer wichtiger wird und dass die künftigen Generationen gleichermaßen ein Anrecht auf die natürlichen Ressourcen unserer Erde haben wie die heutigen.

Gesetzliche und institutionelle Rahmen zum Schutz der Umwelt

Die meisten Länder haben gesetzliche und institutionelle Rahmen zur Festlegung, Überwachung und Durchsetzung von Umweltnormen entwickelt. Auch wenn die Stärkung der institutionellen Kapazitäten vielerorts eine Herausforderung blieb, wurden doch Mindestregeln für den Umgang der Menschen, der Unternehmen und der Wirtschaft insgesamt mit den natürlichen Ressourcen ihrer Länder aufgestellt. Darüber hinaus wurden weltweit zahlreiche Abkommen und Vereinbarungen verabschiedet, die durch Verpflichtungen zur Bereitstellung technischer Zusammenarbeit und Unterstützung ergänzt wurden und sich auf verschiedenste Bereiche erstreckten, wie z.B. biologische Vielfalt, Ozeane, Ozonschicht, Wasserressourcen, Klimawandel und erneuerbare Energien.

Erhalt der Umwelt

In Bezug auf den Schutz und Erhalt der Umwelt wurden seit der Konferenz von Rio im Jahr 1992 auf vielen Gebieten beachtliche Fortschritte erzielt. Der jüngst erschienene Bericht des UNEP *Towards a Green Economy* stellt eine Reihe von Indikatoren vor, nach denen erhebliche Fortschritte erzielt wurden (UNEP, 2011). Beispiele hierfür sind: die fast vollständige Abschaffung aller die Ozonschicht schädigenden Stoffe weltweit und die damit einhergehende Verringerung des Risikos einer Zerstörung der stratosphärischen Ozonschicht;

die Ausdehnung der Naturschutzgebiete und die damit erzielte Erhaltung größerer Teile der biologischen Vielfalt der Erde; die Verbesserung der Luft- und Wasserqualität in vielen Regionen; die Abschaffung von verbleitem Benzin, durch die jährlich über 1,2 Millionen vorzeitige Todesfälle vermieden werden konnten (davon 125 000 Todesfälle von Kindern); die Abnahme des Tempos der Entwaldung.

Was bleibt noch zu tun?

Trotz dieser Fortschritte verschlechtert sich die Umweltqualität in vielen Regionen und Sektoren, nicht zuletzt was die Bedrohungen betrifft, die vom Klimawandel ausgehen. Häufigkeit und Ausmaß extremer Wetterlagen haben stetig zugenommen, besonders gefährdete und fragile Arten und Ökosysteme – z.B. Feuchtgebiete, Mangroven und Koralle – wurden weiter zurückgedrängt, und ihre Qualität hat sich verschlechtert, Wasserknappheit ist in immer mehr Gebieten zu einem Problem geworden, und die Zahl der vom Aussterben bedrohten Arten hat sich erhöht (OECD, 2012).

Einige Herausforderungen, die zur Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung bewältigt werden müssen, wurden 1992 noch nicht richtig eingeschätzt bzw. haben sich als komplexer erwiesen als erwartet. Erst in den letzten Jahren gelang es uns, Chancen zu nutzen, um durch eine gerechtere Verteilung der Ressourcen die gesellschaftliche Wohlfahrt zu erhöhen und mit Maßnahmen der Armutsbekämpfung positive Umwelteffekte zu erzielen. Komplexe politökonomische Kräfte bewirken jedoch immer noch häufig, dass überkommene Interessen unangetastet bleiben. Der private Sektor ist der leistungsstärkste Motor des Wachstums, und obgleich ein besser organisierter Dialog und stärkere Partnerschaften zwischen Staat und Privatwirtschaft ihre Wirksamkeit unter Beweis gestellt haben, sind sie als Instrumente der nachhaltigen Entwicklung nach wie vor unzureichend.

Auf dem Erdgipfel in Rio 1992 wurde erkannt, dass es sich bei der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen – bei der es auch um deren Erhalt geht – um eine entwicklungspolitische Frage handelt, die einen ökonomischen Ansatz voraussetzt. Die Länder haben zahlreiche Win-Win-Situationen zu nutzen gewusst, u.a. durch Energieeffizienz und Energieeinsparung, verbesserte industrielle und landwirtschaftliche Verfahren, nachhaltige Forstwirtschaft, neue Technologien usw. Es war durchaus sinnvoll, die Aufmerksamkeit zuerst auf diese „tiefhängenden Früchte", diese leichter zu nutzenden Potenziale zu richten. Jetzt allerdings, wo die dazu erforderlichen, relativ einfachen Einzelmaßnahmen eingeleitet wurden, müssen wir unsere Anstrengungen darauf konzentrieren, Umweltbelange systematisch bei allen Aspekten der Wirtschaftspolitik wie auch allgemein in der gesamten Entwicklungsagenda der Länder zu berücksichtigen.

> *Unser größter Misserfolg war, dass es uns nicht gelungen ist, Umweltbelange systematisch in der Politik und den Programmen für alle Sektoren zu berücksichtigen.*

Versagt haben wir seit 1992 vor allem insofern, als es uns nicht gelungen ist, Umweltbelange systematisch in der Politik und den Programmen für alle Sektoren zu berücksichtigen. Viele Ministerien hielten es nicht für nötig, sich mit Umweltfragen zu befassen, da sie der Ansicht waren, dies sei allein Sache der Umweltministerien. Das Resultat dieser losgelösten Denkweise sind Sektorpolitiken und -programme mit eindeutig negativen Umweltfolgen, was sich besonders deutlich am Beispiel der in vielen Ländern nach wie vor üblichen Energiesubventionen zeigt. Ähnliches ist auch für die soziale Sicherheit und Inklusion zu beobachten: Die Tatsache, dass diese Ziele von Ministerien verfolgt werden, die ausdrücklich zur Lösung sozialer Probleme geschaffen wurden, hat zur Folge, dass Themen wie soziale

Gerechtigkeit und Inklusion in anderen Bereichen und Programmen nicht genügend Beachtung finden. Der Querschnittscharakter sowohl sozialer als auch ökologischer Fragen verlangt ein hohes Maß an Koordination und Kooperation zwischen den verschiedenen Ministerien.

Während Weltbevölkerung und Weltwirtschaft weiter expandieren, wurde vergleichsweise wenig getan, um die Auswirkungen unserer Produktions- und Verbrauchsmuster auf die natürlichen Ressourcen zu verringern. Wenn es hier nicht zu deutlichen Veränderungen kommt, steht für die Zukunft wenig Gutes zu erwarten, was die Nachhaltigkeit unseres Planeten anbelangt. Doch während Veränderungen unerlässlich sind, ist auch klar, dass das Streben der Menschen nach einem höheren Lebensstandard – insbesondere in den Entwicklungsländern – weiterhin absolut legitim ist.

Auf dem Weg zu einer inklusiven grünen Ökonomie

Was können wir von Brasilien lernen?

Basilien verwirklichte das erste Millenniumsentwicklungsziel – die Halbierung der Zahl der in Armut lebenden Menschen – 2006, fast ein Jahrzehnt vor dem Zieltermin.

Brasilien hat beachtliche Fortschritte auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung erzielt. Dies ist das Resultat jahre-, wenn nicht jahrzehntelanger Anstrengungen, um die Wirtschaft auf einen nachhaltigeren Wachstumspfad zu lenken und zugleich entscheidende soziale Herausforderungen zu bewältigen, die Demokratie durch gut funktionierende Institutionen zu stärken und den Schutz und Erhalt der reichen natürlichen Ressourcenbasis des Landes zu gewährleisten. Brasiliens Pro-Kopf-Einkommen, das zwanzig Jahre lang stagnierte (und sich zwischen 1980 und 2002 nur von 9 520 US-$ auf 9 960 US-$ erhöhte), expandierte unter Lulas Präsidentschaft in den neun Jahren zwischen 2003 und 2011 auf 12 690 US-$. Brasilien verwirklichte das erste Millenniumsentwicklungsziel – die Halbierung der Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen im Vergleich zum Niveau von 1990 – bereits 2006, d.h. fast ein Jahrzehnt vor dem gesetzten Zieltermin 2015. Das Pro-Kopf-Einkommen der ärmsten 20% der Bevölkerung stieg dabei um mehr als 8% pro Jahr – bei dieser Rate ist es Brasilien möglich, die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen alle fünf Jahre nochmals um die Hälfte zu reduzieren. Zudem verringerte sich die Entwaldungsrate im Amazonasgebiet gegenüber dem durchschnittlichen Niveau, das 1988, bei Beginn der Aufzeichnungen, gemessen wurde – 18 500 km^2/Jahr –, zwischen 2006 und 2012 auf 6 200 km^2/Jahr, das niedrigste je verzeichnete Niveau.

Brasilien stand zudem an vorderster Front bei technologischen Entwicklungen, die in unserem gemeinsamen Streben nach nachhaltiger Entwicklung auch für andere Länder von großer Bedeutung sein können. Die wichtigsten und bekanntesten darunter betrafen den Energiesektor. 71% des brasilianischen Stroms kommen aus Wasserkraftwerken. Der übrige Stromverbrauch wird zwar großenteils durch fossile Brennstoffe gedeckt, Windenergie und Biomasse holen jedoch rasch auf. Strom- oder Kraftstoffsubventionen sind so gut wie inexistent, es gibt sie nur für die Energieversorgung sehr entlegener Gebiete oder die Förderung von Energieeffizienzprogrammen und erneuerbaren Energien. Das berühmte Ethanolprogramm, das derzeit keine Subventionen von staatlicher Seite erhält, hat dazu beigetragen, dass sich die Luftqualität in städtischen Räumen deutlich verbessert hat, und hat zugleich die CO_2-Emissionen des Verkehrssektors verringert*. Mit einem ähnlichen

* Brasiliens seit 37 Jahren laufendes Ethanolprogramm stützt sich auf die weltweit effizientesten Methoden für den Anbau von Zuckerrohr. 2010 wurde Brasiliens Zuckerrohrethanol von der US-Umweltbehörde EPA als „fortschrittlicher Biokraftstoff" eingestuft, da es gelungen ist, die Treibhausgasemissionen über seinen gesamten Lebenszyklus um 61% zu senken.

Programm wird jetzt durch steuerliche und finanzielle Anreize für die Erzeuger die Expansion der Biodieselherstellung gefördert. Das Preisverhältnis zwischen einer Tonne Rohöleinheiten (t RÖE) Biodiesel und 1 t RÖE traditionellem Diesel verringerte sich zwischen 2005 und 2010 von 46% auf ungefähr 10%, und inzwischen sind die Herstellungskosten so gut wie identisch.

Brasilien konnte sich darüber hinaus auch als weltweit führender Akteur in der Landwirtschaft behaupten, sowohl was das Produktionsniveau als auch was die Agrarforschung anbelangt. Brasilien hat ein Programm für die Landwirtschaft zur Unterstützung der Durchführung des nationalen Klimaschutzprogramms entwickelt, das die Wiedernutzbarmachung von degradiertem Weideland, die Einführung von agrosilvapastoralen Systemen, Direktsaatverfahren („Zero Tillage"), ein ehrgeiziges Programm für die biologische Stickstofffixierung sowie ein ambitioniertes Wiederaufforstungsprogramm beinhaltet. Der Großteil dieser Maßnahmen gründet sich auf wichtige Arbeiten im Bereich der angewandten Agrarforschung, die vom brasilianischen Landwirtschaftssektor finanziell gefördert werden.

Brasilien ist es gelungen, seine „tief hängenden Früchte" frühzeitig zu ernten, und es kann sich weiterhin auf eine sehr saubere und CO_2-effiziente Wirtschaft stützen; um solche Win-Win-Konstellationen jedoch auch in Zukunft nutzen zu können, sind neue Anstrengungen, neuer politischer Wille und neue Ideen notwendig. Das Land wird Mechanismen entwickeln müssen, um die Kosten und Vorteile einer nachhaltigen Nutzung seines reichen Schatzes an natürlichen Ressourcen ins richtige Gleichgewicht zu bringen. Mit der Expansion der Wirtschaft wächst auch die Mittelschicht, während die Armut immer weiter zurückgedrängt wird, und so ist zu erwarten, dass Brasiliens Verbrauch kontinuierlich steigen wird – mit allen damit einhergehenden positiven und negativen Begleiteffekten. In einer inklusiven grünen Wirtschaft muss der Verbrauch in Richtung umweltfreundlicherer Produkte und Dienstleistungen umgelenkt werden und müssen die Voraussetzungen für eine gerechtere, wohlhabendere Gesellschaft geschaffen werden. Dies wird jedoch nicht nur eine soziale und politische Leistung darstellen, sondern auch einen kulturellen Prozess voraussetzen, und es wird einige Zeit dauern, bis sich dieser Prozess in der gesamten Bevölkerung vollzogen hat.

Der Weg in die Zukunft

Mit der Festlegung und Vereinbarung einer Struktur, die Ökologie und Ökonomie verbindet, mittel- und langfristige Notwendigkeiten und Anforderungen berücksichtigt und der Verschiedenartigkeit der Länder, ihrem unterschiedlichen Entwicklungsniveau und der ungleichen Wohlstandsverteilung zwischen den Nationen Rechnung trägt, stehen wir vor einer schwierigen Herausforderung. Diese Herausforderung werden wir jedoch bewältigen müssen, denn schließlich haben wir nur einen Planeten, und das Leben auf diesem Planeten ist durch zunehmende Verflechtungen und wechselseitige Abhängigkeiten bestimmt. Es muss unser gemeinsames Ziel sein – das zugleich eine gemeinsame Verpflichtung ist –, sicherzustellen, dass wir auf diesem Planeten geeint und in Wohlstand leben können und seine natürliche Ressourcenausstattung bewahren. Auch wenn es im natürlichen Interesse der Länder liegt, ihre eigene Bevölkerung zu schützen, bedarf es hierzu doch eines hohen Maßes an Solidarität.

Die Verwerfungen an den Finanzmärkten des Jahres 2008 ebenso wie die Klimakrise bewirkten, dass Umweltfragen in vielen Ländern jetzt systematischer in der ökonomischen und politischen Agenda berücksichtigt werden. Rio+20 bot die Gelegenheit, die Prinzipien des Wirtschaftswachstums neu zu durchdenken und Wege zur Schaffung einer neuen Wirtschaftsstruktur zu finden, die auf der Grundlage neuer

Verbrauchsmuster umweltfreundlichere Produkte und Dienstleistungen hervorbringt. Eine solche Wirtschaftsstruktur wird Arbeitsplätze, Einkommen und soziale Wohlfahrt für eine wachsende Weltbevölkerung schaffen und zugleich Antworten auf die zunehmende „traditionelle" Konsumnachfrage bieten. Auch wenn diese Fragen vor allem in den reichen Ländern oberste Priorität erhalten müssen, liegt es doch in unser aller Interesse, unseren Planeten – den einzigen, den wir haben – zu schützen, und so müssen wir auch alle Verantwortung dafür tragen.

Heute sind die Finanzministerien wesentlich stärker involviert, als dies 1992 der Fall war.

Heute spielen die Finanzministerien angesichts der realen Bedrohungen, die vom Klimawandel ausgehen, sowie der Kosten einer umweltfreundlicheren Gestaltung der Weltwirtschaft eine wesentlich größere Rolle, als dies 1992 der Fall war. Das Konzept einer inklusiven grünen Ökonomie bietet eine Chance, Wirtschaftswachstum und soziale sowie ökologische Ziele miteinander zu vereinbaren. Es handelt sich um ein Instrument, mit dem das derzeitige Wirtschaftswachstum unter Nutzung technologischer Fortschritte auf eine nachhaltige Entwicklung hin ausgerichtet werden kann, und das auch gewährleistet, dass sozialen und ökologischen Themen künftig gleiche Bedeutung beigemessen wird wie ökonomischen Zielen. Die inklusive grüne Wirtschaft ist jedoch nicht etwas, das in der Natur der Märkte liegt, und die Mehrzahl der vielen existierenden Optionen zur Steigerung des Wirtschaftswachstums ist nicht mit dem Imperativ der Nachhaltigkeit vereinbar. Spezielle Maßnahmen der öffentlichen Politik sind notwendig, um die Wirtschaft „grüner", umweltfreundlicher zu gestalten.

Spezielle Maßnahmen der öffentlichen Politik sind nötig, um eine grüne Wirtschaft zu schaffen.

Literaturverzeichnis

OECD (2012), *OECD-Umweltausblick bis 2050: Die Konsequenzen des Nichthandelns*, OECD, Paris.

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) (2011), *Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication*, UNEP, Nairobi, *www.unep.org/greeneconomy*.

Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2012
Nachhaltigkeit und Entwicklung verbinden
© OECD 2013

TEIL I

Kapitel 2

Die Arbeit des DAC zur Integration von Umwelt und Entwicklung

von
der DAC-Arbeitsgruppe Umwelt und Entwicklung (OECD)

Dieses Kapitel beschreibt den prägenden Einfluss des Entwicklungsausschusses der OECD (DAC) bei der Gestaltung von Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung. Seit Anfang der 1990er Jahre gehören solche Maßnahmen zu den großen Prioritäten der Mitgliedsländer des Ausschusses. Der DAC hat eine ganze Reihe von Leitlinien aufgestellt, die Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) dabei helfen, Umweltbelange in ihre Politiken und Praktiken einzubeziehen. Nennenswerte Beispiele dafür sind u.a. die Aufnahme von Auflagen für die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen in Entwicklungsprojekte und die Einbindung der Ziele der drei Rio-Übereinkommen in die Entwicklungszusammenarbeit. In den letzten zwanzig Jahren stützten sich diese Anstrengungen zunehmend auf die Kooperation zwischen dem Entwicklungsausschuss und dem Umweltausschuss der OECD, um das Ziel nachhaltiger Entwicklung in die Entwicklungszusammenarbeit zu integrieren und sicherzustellen, dass die Maßnahmen kohärent sind und auf den jeweiligen Stärken der beiden Politikbereiche aufbauen. Das Hauptinstrument des DAC zur Verbreitung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung unter seinen Mitgliedern sowie unter den Entscheidungsträgern und Entwicklungsakteuren in den Partnerländern war die Aufstellung von Leitlinien für die Politik. So konnten viele Entwicklungsorganisationen auf der Grundlage der Leitlinien des DAC Fortschritte bei der Einbeziehung von Umweltanliegen in ihre Tätigkeit erzielen. Ein kritischer Punkt dabei ist jedoch zunehmend die Verfügbarkeit von Ressourcen und die Eigenverantwortung der Partnerländer.

Bei der nachhaltigen Entwicklung sind Umwelt und Entwicklung im Rahmen einer langfristigen Agenda zur Förderung und Sicherung des Wirtschaftswachstums, der ökologischen Nachhaltigkeit und der sozialen Entwicklung im Interesse der aktuellen und der künftigen Generationen untrennbar miteinander verbunden. Weltweit werden zunehmend Fortschritte dabei erzielt, umwelt- und entwicklungspolitische Maßnahmen stärker miteinander zu verzahnen, und dieser Trend muss sich fortsetzen. Wie uns die brasilianische Umweltministerin Teixeira in Kapitel 1 ins Gedächtnis ruft, sind spezielle Maßnahmen der öffentlichen Politik notwendig, um die Wirtschaft umweltfreundlicher zu gestalten. Dieses Kapitel beschreibt den prägenden Einfluss des Entwicklungsausschusses der OECD (DAC) bei der Gestaltung solcher Maßnahmen.

Der DAC wirkte schon vor dem Erdgipfel 1992 in Rio auf eine nachhaltige Entwicklung hin.

Die nachhaltige Entwicklung bildet schon seit 1991 einen der großen Schwerpunkte der Arbeit des DAC, der dabei zunehmend mit dem Umweltausschuss der OECD (EPOC) kooperiert. Die wichtigste Aufgabe dieser Ausschüsse besteht in diesem Kontext darin, Politikorientierungen zu liefern, um Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit zu helfen, Fragen der nachhaltigen Entwicklung in ihren bilateralen und multilateralen Maßnahmen und Aktivitäten anzugehen. Der statistische Überblick im nächsten Kapitel (Kapitel 3) zeigt den bedeutenden Effekt dieser Politikorientierungen im Hinblick auf die Erhöhung des Umfangs der auf nachhaltige Entwicklung ausgerichteten ODA-Leistungen. Ein vor einiger Zeit erschienener Synthesebericht[1] über die im Zeitraum 2009-2010 durchgeführten DAC-Länderprüfungen (OECD, 2011) stützt dieses Ergebnis mit qualitativen Daten, die belegen, dass die EZ-Akteure bei ihren Bemühungen, Anliegen des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung in ihrer Entwicklungszusammenarbeit gerecht zu werden, in der Tat Fortschritte erzielt haben (siehe auch Teil V).

Die entscheidende Rolle des DAC bei der nachhaltigen Entwicklung

Schon Anfang der 1990er Jahre – noch vor dem Rio-Erdgipfel – lenkte der DAC die Aufmerksamkeit auf weltweite Umweltfragen und die Erfordernisse des Kapazitätsaufbaus. 1991, ein Jahr vor der ersten Rio-Konferenz über nachhaltige Entwicklung, veröffentlichten die Entwicklungs- und die Umweltminister der OECD-Länder eine Grundsatzerklärung, mit der sie die nachhaltige Entwicklung zu einem „gemeinsamen Ziel" der Entwicklungszusammenarbeit machten. In der Folgezeit gab der DAC eine ganze Reihe von Leitlinien heraus, die wichtige ökologische und soziale Fragen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit behandelten. Hierzu gehörten z.B. Leitlinien zu Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie zu Maßnahmen in Bereichen wie Schädlingsbekämpfungsmittel, Vertreibung und Neuansiedlung von Flüchtlingen oder Katastrophenmanagement (wegen einer Übersicht über die wichtigsten DAC- und EPOC-Erklärungen und -Arbeiten zu Umwelt und Entwicklung, vgl. Anhang 2.A1 am Ende des Kapitels).

Die Millenniumsentwicklungsziele wurden durch die Arbeiten des DAC geprägt.

1996 machte der DAC in seinen Arbeiten zur nachhaltigen Entwicklung einen gewaltigen Sprung nach vorn, was in dem wegweisenden Bericht „*Das 21. Jahrhundert gestalten: Beitrag*

der Entwicklungszusammenarbeit" seinen Ausdruck fand. Dieser Bericht gab der Entwicklungszusammenarbeit eine neue Vision, indem er u.a. die Aufstellung nationaler Strategien für die nachhaltige Entwicklung in allen Ländern bis 2005 forderte. Diese Arbeiten bildeten letztlich die Grundlage der Millenniumsentwicklungsziele und insbesondere von Zielvorgabe 7.A: „Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren." Um dieses Engagement zu unterstützen, erarbeitete der DAC Leitlinien für Strategien nachhaltiger Entwicklung sowie für die Einbeziehung der Ziele der drei Rio-Übereinkommen (über die biologischer Vielfalt, über Klimaänderungen und zur Bekämpfung der Wüstenbildung) in die Entwicklungszusammenarbeit.

Gleichwohl wurden Umweltaspekte trotz der immer größeren Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Fragen der nachhaltigen Entwicklung und der zunehmenden Aufmerksamkeit, die dieses Thema fand, zehn Jahre nach der ersten Rio-Konferenz – und auch noch nach dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im Jahr 2002 – noch immer nur sehr begrenzt in nationalen Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsstrategien berücksichtigt. Wegen dieser begrenzten Fortschritte wurde 2006 – zum ersten Mal nach 15 Jahren – eine Zusammenkunft der Entwicklungs- und Umweltminister der OECD-Länder einberufen. Die Minister verabschiedeten auf dieser Tagung den *Rahmen für gemeinsame Aktionen auf der Grundlage gemeinsamer Ziele*, um die Fortschritte auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung zu beschleunigen (OECD, 2006), wobei sie drei wichtige Prioritäten hervorhoben: Anpassung an den Klimawandel, Kapazitätsaufbau sowie Wasser- und Sanitärversorgung. Der DAC und der EPOC kamen dem Auftrag, den die Minister ihnen damit erteilten, nach, indem sie gemeinsame Leitlinien für diese drei Bereiche ausarbeiteten. Parallel dazu stellte der DAC sicher, dass Umweltbelange in die verschiedenen Übereinkommen über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit – Paris, Accra und Busan[2] – Eingang fanden (vgl. Kapitel 14).

Nachhaltigkeit gilt heute als Motor für Wirtschaftswachstum und Entwicklung.

Von der Wirtschaftskrise des Jahres 2008 gingen zusätzliche Impulse für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung aus, da einige OECD-Länder begannen, die „grüne" Dimension der nachhaltigen Entwicklung als einen potenziellen Motor der Konjunkturerholung und des Wachstums zu betrachten. 2009 wurde die OECD und damit auch der DAC von den Mitgliedsländern aufgefordert, Arbeiten zum Thema umweltverträgliches Wachstum anzustrengen. In jüngster Zeit kam dabei der Auftrag hinzu, besondere Aufmerksamkeit auf das Thema umweltverträgliches Wachstum in Entwicklungsländern zu legen. Nachhaltigkeit wird somit nicht mehr allein mit Umweltschutz gleichgesetzt, sondern von allen Ländern als potenziell wichtiges Antriebselement für Wirtschaftswachstum und Entwicklung gesehen. Damit ist es zu einen deutlichem Wandel in den Denk- und Verhaltensweisen gekommen. 2012 verabschiedete der DAC eine Grundsatzerklärung für die Konferenz Rio+20, um sein Engagement für ein umweltfreundlicheres und inklusiveres Wachstum als Instrument nachhaltiger Entwicklung zu bekräftigen (OECD, 2012a). In dieser Grundsatzerklärung wird anerkannt, dass viele Entwicklungsländer im Hinblick auf eine verantwortungsvolle Nutzung natürlicher Ressourcen die Führungsrolle übernommen und aus den Unzulänglichkeiten herkömmlicher Entwicklungsmodelle gelernt haben. Besonders hingewiesen wird dabei auf die spezifischen Bedürfnisse der Entwicklungsländer, in denen „grünes Wachstum" im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung zur Verwirklichung der Ziele der nationalen Entwicklungsstrategien, der Armutsbekämpfung und der Arbeitsplatzschaffung beitragen muss.

Auf Worte Taten folgen lassen

Die Leitlinien des DAC hatten starken Einfluss auf die Entwicklungszusammenarbeit seiner Mitgliedsländer.

Der folgende kurze Überblick zeigt, wie der DAC mit seinen Leitlinien als dem zentralen Instrument seiner Arbeit kohärente und wirksame Konzepte für die nachhaltige Entwicklung förderte. Seit 1991 hat der DAC 17 Kataloge mit zielgerichteten Leitlinien zu verschiedenen Umwelt- und Entwicklungsfragen ausgearbeitet (vgl. Anhang 2.A1). Diese in enger Zusammenarbeit mit spezialisierten NRO und multilateralen Partnern erstellten Orientierungshilfen, die die Zustimmung aller DAC-Mitglieder erhalten haben, hatten großen Einfluss auf die Arbeit der Entwicklungsorganisationen, sowohl in den Entscheidungszentralen als auch vor Ort. Ziel der Leitlinien des DAC ist es nicht, festzulegen, was die Akteure der Entwicklungszusammenarbeit tun *sollten*, um die Probleme der Partnerländer zu lösen; vielmehr geht es darum, *Optionen* aufzuzeigen, mit denen die Geber den Partnerländern gemeinsam dabei helfen können, ihre Probleme selbst zu lösen. Die Leitlinien sind zunehmend auch darauf ausgerichtet, die politischen Entscheidungsträger und die EZ-Akteure in den Partnerländern zu unterstützen.

Die DAC-Leitlinien über die Einbeziehung der Umweltverträglichkeit in die Entwicklungszusammenarbeit lassen sich im Großen und Ganzen in zwei Gruppen unterteilen: Orientierungshilfen zu spezifischen Politikfragen und Orientierungshilfen zu Politikinstrumenten.

Orientierungshilfen zu Politikfragen: Für seine Leitlinienarbeit hat der DAC spezifische Umweltthemen ausgewählt, die er als für die Entwicklung besonders wichtig und relevant erachtet. Dazu gehören Fragen des Einsatzes von Schädlingsbekämpfungsmitteln, das Küstenmanagement, Naturressourcen und armutsminderndes Wachstum, die biologische Vielfalt, die Rio-Übereinkommen und die Anpassung an den Klimawandel. Die DAC-Leitlinien enthalten Grundsätze, mögliche Ansätze und Beispiele guter Praxis, um spezifische Umweltfragen im Wege der Entwicklungszusammenarbeit wirksam anzugehen.

Der Schwerpunkt hat sich dabei allmählich von lokalen Fragen (z.B. Schädlingsbekämpfungsmittel, Küstenmanagement) zu globalen Problemen hin verlagert (biologische Vielfalt, Klimawandel). Dies heißt nicht, dass sich die Bedeutung lokaler Umweltfragen verringert hätte, sondern spiegelt lediglich die Tatsache wider, dass globale Umweltprobleme, insbesondere der Klimawandel, in der heutigen Entwicklungsagenda zunehmend im Mittelpunkt stehen. In *Integrating Climate Change Adaptation into Development Co-operation* (OECD, 2009), die herausragende gemeinsame Publikation des DAC und des EPOC, wurde festgestellt, dass die Umweltzerstörung und die Auswirkungen extremer Witterungsverhältnisse arme Bevölkerungsteile und Länder am härtesten treffen werden. Diese Publikation ist zum Referenzdokument für die Förderung von Methoden zur Sicherung der Klimaverträglichkeit („Climate Proofing") von Aktivitäten und Projekten geworden, die durch Mittel der Entwicklungszusammenarbeit finanziert werden. Sie diente den DAC-Mitgliedern als Orientierungshilfe bei der Erneuerung ihrer Strategien zur Unterstützung der Entwicklungsländer beim Aufbau ihrer Kapazitäten zur Anpassung an den Klimawandel und hat zudem ihr Engagement verstärkt. Zu den Ergebnissen gehören u.a. erhöhte Mittel für Entwicklungsländer zum Aufbau klimaresistenter Infrastrukturen, langfristige Unterstützung für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie nachhaltige Boden- und Wasserbewirtschaftung wie auch eine stärkere Berücksichtigung der nachgeordneten Gebietskörperschaften und ihrer Verwaltungen bei der Umsetzung von Maßnahmen, die die Einkommen auf lokaler Ebene erhöhen und die Existenzgrundlagen verbessern sollen.

DAC und EPOC haben gemeinsam Orientierungshilfen erarbeitet, um die Kapazitäten zur Förderung einer umweltfreundlichen Entwicklung sowohl in den Partnerländern als auch in den für die Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Stellen auszubauen. Mit diesen Arbeiten wurde ein umfassendes Rahmenkonzept geschaffen, um sicherzustellen, dass neue Kapazitäten, z.B. für die Bilanzierung von Naturkapital, ein nachhaltiges öffentliches Beschaffungswesen und Investitionen in umweltverträgliche Energien voll und ganz in die Systeme der Länder eingebunden werden (OECD, 2012b).

Orientierungshilfen zu Politikinstrumente: Die zweite Art von Orientierungshilfen betrifft Politikinstrumente, die jeweils auf eine ganze Reihe unterschiedlicher Umweltfragen angewandt werden können. Zu diesen Instrumenten gehören ökologische Steuerreformen, Umweltverträglichkeitsprüfungen und strategische Umweltprüfungen.

Die Umweltverträglichkeitsprüfungen waren zweifelsohne der Ausgangspunkt für die Einbeziehung von Umweltanliegen in die Entwicklungszusammenarbeit. Die *Good Practices for Environmental Impact Assessment of Development Projects* der OECD (DAC) wurden 1991 herausgegeben, um sicherzustellen, dass negative Umwelteffekte oder soziale Auswirkungen bei Entwicklungsprojekten auf ein Mindestmaß begrenzt bleiben. Mit der Zeit zeigte sich aber, dass Umweltverträglichkeitsprüfungen auf Projektebene nicht ausreichen; solche Prüfungen müssen auch für die Politiken, Pläne und Programme auf regionaler und nationaler Ebene durchgeführt werden. Diese Erkenntnis führte zur Verabschiedung der prämierten[3] DAC-Leitlinien für die Strategische Umweltprüfung (OECD, 2006) – ein Instrument, das von einer zunehmenden Zahl von Entwicklungsländern und Industrieländern in gesetzliche Bestimmungen aufgenommen wurde und in der Praxis angewandt wird (siehe weiter unten).

Konkrete Ergebnisse

Die DAC-Leitlinien zu Umwelt und Entwicklung halfen den DAC- und EPOC-Mitgliedern, ihre Partnerländer bei der Lösung von im Verlauf ihres Entwicklungsprozesses auftretenden Umweltproblemen zu unterstützen. Dies kommt auch in den DAC-Länderprüfberichten aus dem Zeitraum 2009-2010 zum Ausdruck, für die sechs Länder (Deutschland, Japan, Österreich, Schweden, Schweiz und Vereinigtes Königreich) den Themenkomplex Umwelt und Klima als Sonderkapitel wählten. Der am deutlichsten sichtbare Fortschritt in dieser Ländergruppe war die Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und der Strategischen Umweltprüfung (SUP) in ihren Entwicklungsprogrammen. Unter Anwendung der *Good Practices for Environmental Impact Assessment of Development Projects* (OECD, 1992) kamen die Länderprüfberichte zu dem Schluss, dass alle sechs geprüften Länder die Durchführung von UVP bei EZ-Großprojekten zur Vorschrift gemacht hatten.

Bis 2010 wurden 50 strategische Umweltverträglichkeitsprüfungen von Maßnahmen, Plänen und Programmen durchgeführt.

Strategische Umweltprüfungen (SUP) werden zwar immer häufiger durchgeführt, der Einsatz dieses wichtigen Instruments zur Klärung von Umweltfragen in der Anfangsphase des Entscheidungsprozesses hat sich jedoch noch nicht allgemein durchgesetzt. Die europäischen Geber sind auf Grund der EU-Gesetzgebung verpflichtet, bei ihren Politikprozessen SUP durchzuführen; bei Nicht-EU-Gebern kommt dieses Instrument hingegen nur teilweise zum Einsatz. Gleichwohl wurden von Entwicklungsorganisationen bis 2010 fünfzig SUP auf der Basis der DAC-Leitlinien durchgeführt. Der Bericht *Strategic Environmental Assessment in Development Practice: A Review of Recent Experiences* (OECD, 2012c) veranschaulicht neun Fälle, in denen SUP dank gemeinsamer Anstrengungen von Seiten der für die Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Stellen und der Partnerländer vor Ort bedeutende Auswirkungen hatten. Diese Fallstudien legen den Schluss nahe,

dass weitere Bemühungen unternommen werden müssen, um die verschiedenen SUP-Konzepte zu harmonisieren – z.B. durch die Verknüpfung von SUP mit Budgethilfeprogrammen mehrerer Geber und die Anwendung von SUP bei Finanzierungsinitiativen für Klimaschutzmaßnahmen.

Die Einbeziehung von Umwelt- und Klimaschutz in die innerstaatlichen Rechtssysteme war ein weiterer Bereich, in dem Fortschritte erzielt wurden. Der Synthesebericht über die DAC-Länderprüfungen (OECD, 2011) informiert über solche Fortschritte:

> *Bei einer zu starken Ausrichtung auf den Klimaschutz besteht die Gefahr, dass andere wichtige ökologische Herausforderungen vernachlässigt werden.*

- In Japans Charta zur Entwicklungszusammenarbeit heißt es, dass Umwelt- und Entwicklungsziele parallel verfolgt werden sollen.
- In Österreich ist die Umwelt eines der drei gesetzlich verankerten Ziele der Entwicklungszusammenarbeit.
- In Deutschland hat das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein Aktionsprogramm „Klima und Entwicklung“ eingerichtet.
- In Norwegen hat das Außenministerium 2008 ein Handbuch zur Bewertung von Nachhaltigkeitsaspekten und wichtigen Risikofaktoren herausgegeben, um einen Rahmen für die Umwelt- und Klimarisikoprüfung aller neuen Projekte und Programme zu schaffen.
- In Schweden sind Umwelt und Klimawandel eines von drei Schwerpunktthemen der Entwicklungszusammenarbeit, und die Regierung hat ein Grundsatzpapier über Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes in der schwedischen Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet.
- Der *Außenpolitische Bericht* der Schweiz verlangt, dass die Entwicklungszusammenarbeit mit der nationalen Umweltpolitik im Einklang steht.
- Im Weißbuch des Vereinigten Königreichs mit dem Titel *Eliminating Poverty* spielt der Klimawandel eine wichtige Rolle.

Der Weg in die Zukunft

Aus den DAC-Statistiken im nächsten Kapitel lässt sich deutlich ein tendenzieller Anstieg der umweltbezogenen ODA-Leistungen ablesen, u.a. für den Klimaschutz, den Erhalt der biologischen Vielfalt und die Bekämpfung der Wüstenbildung. Dabei wird auch aufgezeigt, wo Umweltbelange in die Entwicklungszusammenarbeit in anderen Sektoren, z.B. Verkehr und Wasser, einbezogen werden. Was dies anbelangt, wurden bei der Umsetzung des Engagements des DAC zur Sicherung der Nachhaltigkeit deutliche Fortschritte erzielt.

Eine zunehmend wichtige und strittige Frage ist jedoch der offenbar bestehende „Wettbewerb“ zwischen der ODA für die Umwelt und der ODA für andere Bereiche, vor allem in Anbetracht des äußert starken Interesses der Politik an Fragen des Klimaschutzes. In den Entwicklungsländern herrscht allgemein Besorgnis darüber, dass die Fokussierung auf die „Klimafinanzierung“ – d.h. auf finanzielle Transfers für den Klimaschutz von Industrie- an Entwicklungsländer – dazu führen könnte, dass weniger OECD-Mittel für andere Bereiche zur Verfügung stehen. Der Synthesebericht über die DAC-Länderprüfungen (OECD, 2011) weist ebenfalls auf die Gefahr einer zu ausschließlichen Ausrichtung auf den Klimawandel hin, bei der andere wichtige Umweltprobleme wie der Verlust an biologischer Vielfalt und die Wüstenbildung vernachlässigt werden. Der Druck, der angesichts der angespannten Wirtschafts- und Haushaltslage auf den Entwicklungsbudgets lastet, verstärkt diese Besorgnis.

Im Zuge der rasch voranschreitenden Umorientierung zu Gunsten eines „grünen Wachstums“ ist es wichtig, dass die DAC-Mitglieder die Mittel für umweltbezogene Finanzierungen weiter erhöhen; dabei dürfen nichtklimaschutzbezogene Umweltanliegen, inklusives Wachstum und andere Entwicklungsprioritäten jedoch nicht vernachlässigt werden. Außerdem müssen die Regierungen der Entwicklungsländer, wenn eine auf lange Sicht nachhaltige Entwicklung erreicht werden soll, effektiv Eigenverantwortung für den Entwicklungsprozess tragen. Die Regierungen der Entwicklungsländer müssen bei der Aufstellung und Umsetzung ihrer nationalen Strategien für nachhaltige Entwicklung im Rahmen eines weitgefassten Konsultationsprozesses die Führung übernehmen. Und sie müssen sicherstellen, dass diese Strategien voll und ganz in die Politiken, Pläne und Programme für alle betroffenen Sektoren eingebunden werden. Das bedeutet, dass sich die gesamte Politik- und Finanzunterstützung der DAC-Mitglieder am Bedarf und an den Prioritäten der Partnerländer orientieren muss. Darüber hinaus wird es zunehmend wichtig sein, das Bewusstsein für die Entwicklungseffekte der in anderen Bereichen verfolgten Politik zu schärfen und diesen Fragen die nötige Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Viele dieser Herausforderungen werden im letzten Kapitel dieses Berichts behandelt (Kapitel 14), wo fünf entscheidende Herausforderungen aufgezeigt werden, vor denen die Entwicklungszusammenarbeit nach der großen VN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung in Rio im Juni 2012 (Rio +20) steht.

Anmerkungen

1. Jedes DAC-Mitgliedsland wird im Rahmen eines Peer-Review-Prozesses etwa alle vier Jahre einer Prüfung unterzogen, die vor allem zwei Zielen dient: 1. dem Land dabei helfen zu analysieren, in welchen Bereichen es seine EZ-Strategien und -Strukturen im Hinblick auf eine Steigerung der Wirksamkeit seiner Investitionen verbessern kann; 2. Beispiele guter Praxis im Bereich Entwicklungspolitik und -strategien identifizieren und verbreiten. Die Länderprüfungen werden jeweils von Prüfern aus zwei anderen DAC-Ländern geleitet.
2. Die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit wurde 2005 in Paris verabschiedet; der Aktionsplan von Accra wurde 2008 in Accra, Ghana verabschiedet; die Partnerschaft von Busan für wirksame Entwicklungszusammenarbeit wurde 2011 im koreanischen Busan verabschiedet.
3. Diese Leitlinien wurden 2006 mit einem Preis der International Association for Impact Assessment (IAIA) ausgezeichnet.

Literaturverzeichnis

OECD (1992), “Good Practices for Environmental Impact Assessment of Development Projects”, OECD, Paris, *www.oecd.org/dataoecd/37/25/1887592.pdf*.

OECD (2006a), “Rahmen für gemeinsame Aktionen auf der Grundlage gemeinsamer Ziele”, OECD, Paris.

OECD (2006b), *Applying Strategic Environmental Assessment: Good Practice Guidance for Development Co-operation*, OECD Publishing, Paris, *www.oecd.org/dataoecd/4/21/37353858.pdf*.

OECD (2009), *Integrating Climate Change Adaptation into Development Co-operation: Policy Guidance*, OECD Publishing, Paris, *www.oecd.org/dataoecd/0/9/43652123.pdf*.

OECD (2011), “Learning Through Peer Reviews – Special Themes (2009-2010) Synthesis Report”, OECD Publishing, Paris.

OECD (2012a), “OECD DAC Policy Statement for the RIO +20 Conference”, OECD Publishing, Paris, *www.oecd.org/dataoecd/52/29/50141822.pdf*.

OECD (2012b), *Greening Development: Enhancing Capacity for Environmental Management and Governance*, OECD Publishing, Paris.

OECD (2012c), *Strategic Environmental Assessment in Development Practice: A Review of Recent Experience*, OECD Publishing, Paris.

ANHANG 2.A1

Wichtige Erklärungen und Arbeiten der OECD zu den Themen Umwelt und Entwicklung

Die Grundsatzerklärungen, Leitlinien und sonstigen hier aufgezählten Texte sind aus den – häufig gemeinsam durchgeführten – Arbeitsprogrammen des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC) und des OECD-Ausschusses für Umweltpolitik (EPOC) hervorgegangen. Die Arbeit der Ausschüsse wurde von deren nachgeordneten Gremien unterstützt, dem DAC-Netzwerk Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit (ENVIRONET) und der EPOC-Arbeitsgruppe Globale und strukturelle Umweltfragen (WPGSP).

1991	**Tagung der Minister für Umwelt und Entwicklung der OECD-Länder**
	– Grundsatzerklärung
	– Good Practices for Country Environmental Surveys and Strategies (Empfehlenswerte Verfahren für Länder-Umweltstudien und -strategien)
	– Good Practices for Environmental Impact Assessment of Development Projects (Empfehlenswerte Verfahren für Umweltverträglichkeitsprüfungen von Entwicklungsprojekten)
	– Guidelines for Aid Agencies on Involuntary Displacement and Resettlement in Development Projects (Leitlinien für Entwicklungshilfestellen über die unfreiwillige Aus- und Umsiedlung im Rahmen von Entwicklungsprojekten)
	– Guidelines for Aid Agencies on Global Environmental Problems (Leitlinien für Entwicklungshilfestellen zum Thema globale Umweltprobleme)
1992	**Erdgipfel von Rio**
1993	– Guidelines for Aid Agencies on Chemicals Management (Leitlinien für Entwicklungshilfestellen über die Kontrolle chemischer Produkte)
1994	– Guidelines for Aid Agencies on Pest and Pesticide Management (Leitlinien über den Umgang mit Schädlingen und Schädlingsbekämpfungsmitteln)
	– Guidelines for Aid Agencies on Disaster Mitigation
	– Donor Assistance to Capacity Development in Environment. Development Co-operation Guidelines Series.
1995	– Guidelines for Improved Conservation and Sustainable Use of Tropical and Sub-Tropical Wetlands
	– Guidelines for aid agencies on global and regional aspects of the development and protection of the marine and coastal environment
1996	– Das 21. Jahrhundert gestalten: Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit
2001	**Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen**
	– Strategies for Sustainable Development – Guidance for Development Co-operation
2002	**Weltgipfel von Johannesburg über nachhaltige Entwicklung**
	– Integrating the Rio Conventions into Development Co-operation

2005	– Environmental Fiscal Reform for Poverty Reduction
	– Bridge Over Troubled Waters: Linking Climate Change and Development
2006	– Applying Strategic Environmental Assessment: Good Practice Guidance for Development Co-operation
	Tagung des Entwicklungsausschusses und des Ausschusses für Umweltpolitik der OECD auf Ministerebene
	– Declaration on Integrating Climate Change Adaptation into Development Co-operation (Erklärung über die Einbeziehung der Anpassung an die Klimaänderung in die Entwicklungszusammenarbeit)
	– Framework for Common Action around Shared Goals (Rahmen für gemeinsame Aktionen auf der Grundlage gemeinsamer Ziele)
2007	– Natural Resources and Pro-Poor Growth: The Economics and Politics
2008	– Policy Statement on Strategic Environmental Assessment (SEA)
	– Die Rio-Marker werden zu einem verbindlichen Bestandteil des DAC-Creditor-Reporting-System
2009	**Tagung des Entwicklungsausschusses und des Ausschusses für Umweltpolitik der OECD auf Ministerebene**
	– Integrating Climate Change Adaptation into Development Co-operation. Policy Statement
	– Integrating Climate Change Adaptation into Development Co-operation. Policy Guidance
	– Working Together For Environmental Sustainability – Report to Ministers: Progress Since the 2006 Joint Ministerial Meeting
	– Aufnahme des Adaptationsmarkers (Marker für die Anpassung an den Klimawandel) in das DAC-Creditor-Reporting-System
2010	– Policy Statement on Integrating Biodiversity and Associated Ecosystem Services into Development Co-operation
2012	**Rio+20**
	– Policy Statement for the Rio +20 Conference
	– Greening Development: Enhancing Capacity for Environmental Management and Governance
	– Green Growth and Developing Countries Report (Consultation Draft)
	– *Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2012. Nachhaltigkeit und Entwicklung verbinden*

Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2012
Nachhaltigkeit und Entwicklung verbinden
© OECD 2013

TEIL I

Kapitel 3

Trends bei den umweltbezogenen ODA-Leistungen, eine Komponente nachhaltiger Entwicklungsfinanzierung (1991-2011)

von

OECD – Statistikabteilung des DAC

Angesichts der in diesem Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit hervorgehobenen neuen Impulse für nachhaltige Entwicklung und umweltverträgliches Wachstum ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir über solide und glaubwürdige Methoden zur Messung der für die Verwirklichung dieser Ziele zugesagten und bereitgestellten Finanzmittel verfügen. In diesem vom Statistikteam des Entwicklungsausschusses der OECD erstellten Kapitel wird erläutert, wie die ODA-Leistungen für eine nachhaltige Entwicklung gemessen werden, wie sie im Lauf der Jahre gestiegen sind und welche Herausforderungen noch bestehen. Wie sich an den in diesem Bericht an anderer Stelle vorgelegten Statistiken zeigt, hat das derzeitige Marker-System bereits dazu beigetragen, in den Geberstellen das Bewusstsein für die Notwendigkeit zu schärfen, Umweltbelange in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit systematisch zu berücksichtigen. Mit Blick auf die Zukunft sind weitere Maßnahmen erforderlich, um die Nachverfolgung der öffentlichen und privaten Leistungen zur Unterstützung der Rio-Übereinkommen und der Umweltziele allgemein zu erleichtern.

Wie im vorhergehenden Kapitel dargelegt wurde, ist nachhaltige Entwicklung ein Schwerpunktthema für die Arbeit des Entwicklungsausschusses der OECD (DAC) und damit für die EZ-Programme der 24 DAC-Mitgliedsländer, zu denen viele der größten Geber von ODA-Leistungen an die Entwicklungsländer gehören. In diesem Kapitel analysieren die Mitglieder des statistischen Teams des DAC die Daten, um zu überprüfen, ob auf die Worte Taten folgen: Wird die ODA zunehmend für umweltbezogene Maßnahmen und für Aktivitäten, die eine nachhaltige Entwicklung ganz allgemein fördern, bereitgestellt? Bei der Beantwortung dieser Frage beschreiben die Autoren, wie die DAC-Statistiken in der Praxis eingesetzt werden, um die ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Geber in diesen Bereichen zu messen und zu vergleichen.

Kasten 3.1 **Von Umweltbelangen zu nachhaltiger Entwicklung: Ein kurzer Rückblick auf die Vorgehensweise des DAC bei der Messung der ODA-Leistungen**

Die ersten DAC-Diskussionen über die Umweltauswirkungen von ODA-finanzierten Projekten fanden in den 1980er Jahren statt. Seitdem wurden verschiedene Instrumente entwickelt, mit deren Hilfe überwacht werden soll, in welchem Ausmaß die Geber Umweltbelange in ihren ODA-Programmen berücksichtigen. Das erste Instrument war eine einfache Frage in dem statistischen Berichtsformular, mit der die Geber aufgefordert wurden, für jede einzelne Aktivität* anzugeben, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wurde. Der Schwerpunkt verlagerte sich rasch darauf, Aktivitäten zu identifizieren, die die ökologische Nachhaltigkeit fördern (im Gegensatz zur Vermeidung von negativen Auswirkungen), was dazu führte, dass seit 1991 Daten über „ODA, die spezifisch auf die Umwelt abzielt" und „ODA, die eine Umweltdimension einbezieht" erhoben wurden. 1997 wurde die Datenerhebungsmethodik überarbeitet. Seitdem wird ökologische Nachhaltigkeit als Politikziel der ODA betrachtet, das folgendermaßen definiert wird:

> Eine Aktivität sollte als umweltbezogen klassifiziert werden, wenn sie *a)* darauf abzielt, eine Verbesserung oder eine als Verbesserung angesehene Veränderung an der physischen und/oder biologischen Umwelt des Empfängerlands, der Empfängerregion oder der betroffenen Zielgruppe herbeizuführen oder *b)* spezifische Maßnahmen enthält, die darauf zielen, Umweltbelange über den Aufbau von Institutionen und/oder Kapazitäten in eine Reihe von Entwicklungszielen zu integrieren.

„Umweltschutz allgemein" wird in der DAC-Klassifizierung in Bezug auf den Sektor bzw. den Förderbereich der ODA seit 1995 als eigenständige Kategorie aufgeführt. Dazu gehören bestimmte Umweltschutzaktivitäten (z.B. Erhalt der biologischen Vielfalt), Umweltpolitik und -planung sowie Umweltforschung.

Das Mandat des DAC ist heute die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit und anderer Politiken, die zu einer nachhaltigen Entwicklung und insbesondere einem armutsmindernden Wachstum, zur Armutsbekämpfung und zur Verbesserung des Lebensstandards in den Entwicklungsländern beitragen und für eine Zukunft sorgen, in der kein Land mehr auf Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit angewiesen ist. Im Rahmen dieses Mandats hat der DAC die Aufgabe, die Bereitstellung von Mitteln, die, wie oben dargelegt, eine nachhaltige Entwicklung unterstützen, zu überwachen, zu beurteilen, zu erfassen und zu fördern, indem er Daten und Informationen über ODA und sonstige öffentliche und private Leistungen erhebt und analysiert (OECD, 2010).

* Der Ausdruck „ODA-Aktivität" erfasst alle Arten von ODA-Leistungen, darunter projektähnliche Maßnahmen, die Bereitstellung von technischer Hilfe, Budgethilfe, Lehrgänge, Beiträge zu Nichtregierungsorganisationen usw.

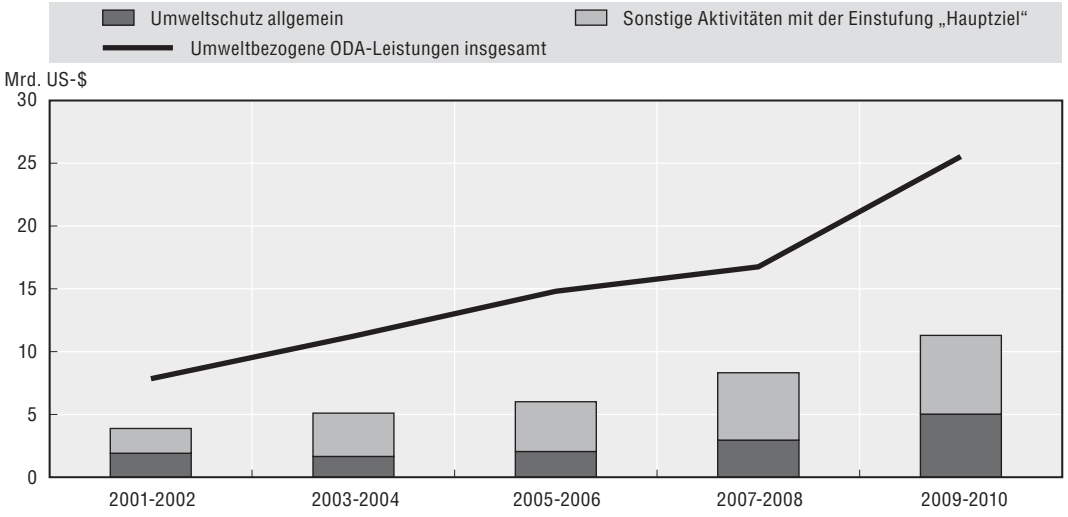
Welche Arten von Aktivitäten zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung werden unterstützt?

Umweltbezogene Leistungen

Ökologische Nachhaltigkeit war 2009-2010 ein Ziel in 25% der bilateralen sektorspezifischen ODA.

In den DAC-Statistiken werden umweltbezogene Leistungen seit 1991 gemessen. Ökologische Nachhaltigkeit ist seit 1997 ein Politikziel der ODA, über das in einem Marker-System berichtet wird (Kasten 3.1). Diese Messungen zeigen, dass bilaterale ODA-Leistungen[1], bei denen ökologische Nachhaltigkeit als „Hauptziel" angegeben wird, sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdreifacht haben und 2009-2010 einen Wert von 11,3 Mrd. US-$ erreichten (Abb. 3.1)[2]. Diese Kategorie umfasst sowohl allgemeine Umweltschutzmaßnahmen als auch umweltbezogene ODA-Leistungen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen, namentlich Energie und Wasser. Der Zuwachs der ODA-Leistungen, bei denen ökologische Nachhaltigkeit als „wichtiges Ziel" angegeben wird, ist noch größer (vgl. Kasten 3.2 wegen der Definitionen). Die Summe der mit der Einstufung „Hauptziel" oder „Wichtiges Ziel" gekennzeichneten Aktivitäten – bezeichnet als „oberer Schätzwert" der umweltbezogenen ODA-Leistungen – überstieg 2009-2010 einen Betrag von 25 Mrd. US-$, was einem Viertel der bilateralen sektorspezifischen ODA entspricht. Dieser Trend ist zwar offensichtlich auf die größten Geber zurückzuführen, eine Analyse der Zahlen aller Geber (Tabelle 3.1) zeigt jedoch, dass der Anstieg allgemeiner Natur ist.

Abbildung 3.1 **Trends bei den umweltbezogenen ODA-Leistungen, 2001-2010**
Bilaterale Zusagen, Jahresdurchschnitt, Mrd. US-$, konstante Preise von 2010



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932699801

Systematische Einbeziehung der ökologischen Nachhaltigkeit in die ODA-Aktivitäten

Die oben aufgeführten Daten bestätigen, dass alle DAC-Mitglieder in ihren ODA-Programmen zunehmend Umweltbelange berücksichtigen und folglich eine nachhaltige Entwicklung unterstützen, die auf drei Säulen basiert: Umweltschutz sowie soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Die Aktivitäten mit der Kennzeichnung „Wichtiges Ziel" helfen, die Aktivitäten zu identifizieren, die dafür sorgen, dass diese Säulen eine Einheit bilden.

Kasten 3.2 **Das Creditor Reporting System (CRS) des DAC und die „Policy Marker" zur Kennzeichnung der umweltbezogenen ODA-Leistungen**

Das Creditor Reporting System (CRS), die Datenbank des DAC über ODA-Aktivitäten, enthält Statistiken über die einzelnen ODA-Aktivitäten. Es umfasst die Aktivitäten aller 24 DAC-Mitglieder sowie die Aktivitäten der multilateralen Entwicklungsbanken, einiger VN-Einrichtungen und anderer Geber von Entwicklungsleistungen. Das CRS erfasst jedes Jahr über 100 000 neue Zuschuss- und Kreditzusagen und wird regelmäßig aktualisiert. Die Berichte enthalten deskriptive und Finanzinformationen. Das Ziel der CRS-Datenbank über ODA-Aktivitäten lautet, einen unmittelbar verfügbaren Katalog von grundlegenden Daten zur Verfügung zu stellen, die 1. es ermöglichen zu analysieren, wohin die ODA-Leistungen fließen, welchem Zweck sie dienen und welche Politikmaßnahmen damit umgesetzt werden sollen, und 2. zwischen allen ODA-Gebern vergleichbar sind.

Seit den 1980er Jahren wurden verschiedene Instrumente entwickelt, die dem DAC helfen, zu überwachen, in welchem Ausmaß die Geber in ihren ODA-Programmen umweltpolitische Anliegen berücksichtigen. Diese wurden im Lauf der Jahre weiterentwickelt, wobei umweltbezogenen Leistungen nach und nach mehr Aufmerksamkeit geschenkt wurde (Kasten 3.1). Heute verwenden die Geber einen „Policy Marker", um das ODA-Volumen zu identifizieren, das vollständig oder teilweise für Umweltaktivitäten bereitgestellt wird. Die Aktivitäten werden danach unterschieden, ob ökologische Nachhaltigkeit als „Hauptziel" oder als „Wichtiges Ziel" angegeben wird. Die Kategorie „Hauptziel" bedeutet, dass ökologische Nachhaltigkeit ein explizites Ziel der Aktivität und für die Konzeption dieser Aktivität von entscheidender Bedeutung ist (d.h. dass die Aktivität, z.B. ein Projekt für nachhaltige Waldbewirtschaftung, ohne dieses Ziel nicht durchgeführt worden wäre). Die Kategorie „Wichtiges Ziel" bedeutet, dass ökologische Nachhaltigkeit ein wichtiges, aber zweitrangiges Ziel der Aktivität ist (d.h. dass es nicht zu den Hauptgründen für die Durchführung der Aktivität gehört). Dieses Marker-System ermöglicht die Analyse der umweltbezogenen ODA-Leistungen in allen Wirtschaftssektoren. Das System hat jedoch den Nachteil, dass die Zahlen nur bestmögliche Schätzungen darstellen (die Daten für Aktivitäten mit der Kennzeichnung „Wichtiges Ziel" sind weniger genau als die Daten mit der Einstufung „Hauptziel")[1]. Die Analysen sollten im Allgemeinen beide Kategorien berücksichtigen, sie aber getrennt aufführen[2].

1. Es ist möglich, dass eine Aktivität mit der Einstufung „Wichtiges Ziel" nur teilweise auf ökologische Nachhaltigkeit abzielt, während sich der in der Datenbank aufgeführte Betrag auf die gesamte Aktivität bezieht.
2. Wenn geprüft wird, welcher Anteil der ODA eines Gebers auf ökologische Nachhaltigkeit abzielt, muss die Einstufung „keine Ausrichtung", die bedeutet, dass die Aktivität in Bezug auf ökologische Nachhaltigkeit gemessen wurde, jedoch nicht auf diese ausgerichtet ist, ebenfalls berücksichtigt werden (wobei zu beachten ist, dass Aktivitäten, die nicht an dem jeweiligen Ziel gemessen wurden, von dem Gesamtbetrag ausgenommen werden sollten).

Abbildung 3.2a zeigt, dass 2009-2010, abgesehen von Aktivitäten, die direkt auf Umweltschutz abzielen, die meisten umweltbezogenen ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung (19% des Gesamtbetrags) bereitgestellt wurden, gefolgt von Energieerzeugung und -versorgung (15%), Verkehr (14%) sowie Land- und Forstwirtschaft (13%). Bei Projekten im Bereich der Wasser- und Sanitärversorgung wird die ökologische Nachhaltigkeit meistens als Hauptziel angegeben, während im Energie- und Verkehrssektor die Einstufung „Wichtiges Ziel" vorherrscht (Abb. 3.3).

Umweltbezogene ODA-Leistungen im Verkehrssektor umfassen hauptsächlich die Schienenverkehrssysteme in Großstädten, bei denen es in der Tat wahrscheinlich ist, dass sie gemäß der Anforderung in der Definition des Umweltmarkers „eine Verbesserung der physischen Umwelt des betreffenden Landes herbeiführen"[3]. Im Energiesektor wird das

Tabelle 3.1 **Umweltbezogene ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder, 2005-2010**

Bilaterale Zusagen, Jahresdurchschnitt, Mio. US-$, konstante Preise von 2010

	Umweltschutz allgemein und sonstige Aktivitäten mit der Einstufung „Hauptziel“			Aktivitäten mit der Einstufung „Wichtiges Ziel“			In % der sektorspezifischen bilateralen ODA
	2005-2006	2007-2008	2009-2010	2005-2006	2007-2008	2009-2010	2009-2010
Australien	87	108	69	73	14	221	8
Belgien	54	91	171	190	185	192	29
Dänemark	151	138	154	371	208	272	32
Deutschland	715	1 132	1 482	1 273	1 523	2 338	43
EU-Institutionen	568	646	985	2 300	917	1 728	25
Finnland	60	107	175	155	85	193	45
Frankreich	228	720	1 423	259	681	687	32
Griechenland	4	9	8	14	12	2	5
Irland	2	7	2	0	49	69	16
Italien	120	112	33	5	157	201	36
Japan	2 667	3 512	3 701	1 930	1 698	3 706	56
Kanada	61	32	219	161	97	457	24
Korea	4	127	75	0	89	165	14
Luxemburg	2	4	7	0	20	44	27
Neuseeland	13	5	4	43	34	36	19
Niederlande	287	352	162	47	17	114	6
Norwegen	155	277	470	113	239	505	34
Österreich	25	23	24	38	56	31	15
Portugal	3	3	27	2	1	5	13
Schweden	315	204	317	848	613	650	52
Schweiz	37	37	63	0	0	100	18
Spanien	88	244	317	69	362	940	39
Ver. Königreich	85	106	842	510	457	551	23
Ver. Staaten	283	330	596	388	916	1 023	7
Insgesamt	**6 015**	**8 326**	**11 328**	**8 787**	**8 429**	**14 230**	**27**

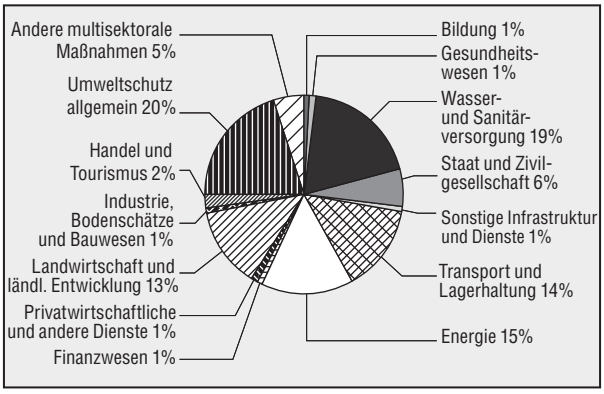
Anmerkung: In der obigen Statistik werden nicht nach Sektoren aufschlüsselbare ODA-Leistungen ausgeklammert, weil mehrere Mitglieder bei dieser Art von ODA den Umweltmarker nicht anwenden. Diese Kategorie umfasst Programmhilfe, z.B. allgemeine Budgethilfe, Schuldenerlasse und Nothilfe.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932699915

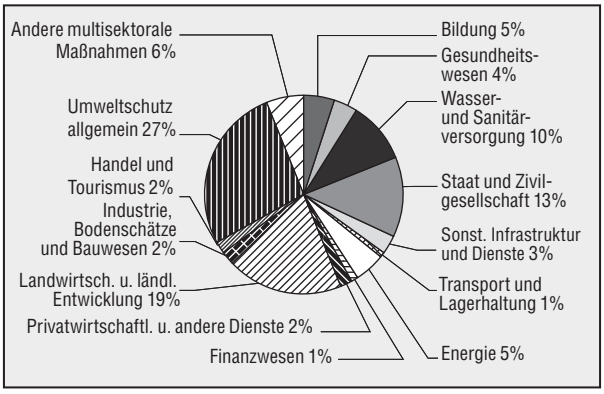
Hauptaugenmerk auf die Förderung eines nachhaltigen Einsatzes von Energieressourcen, z.B. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen (Wasserkraft, Geothermie, Solar- und Windenergie), und auf effizientere Energieübertragungsnetze gelenkt. Solche Aktivitäten fördern zwar die ökologische Nachhaltigkeit auf globaler Ebene (d.h. sie zielen auf den Klimaschutz ab), ihre Auswirkungen auf die physische Umwelt auf Landesebene sind jedoch weniger eindeutig (es gibt Beispiele von großen Wasserkraftprojekten, die verheerende Folgen für die biologische Vielfalt haben). Die in der Online-Datenbank (*www.oecd.org/dac/stats/idsonline*) verfügbaren deskriptiven Informationen über die gekennzeichneten Aktivitäten können als Ausgangspunkt für weitere Forschungsarbeiten in diesem Bereich verwendet werden.

Abbildung 3.2 **Sektorale Aufschlüsselung der umweltbezogenen ODA-Leistungen, 2009-2010**

Teil A. Aktivitäten mit der Einstufung „Hauptziel" und „Wichtiges Ziel"
In Prozent aller gekennzeichneten Aktivitäten
Die Berechnung basiert auf Beträgen in US-$

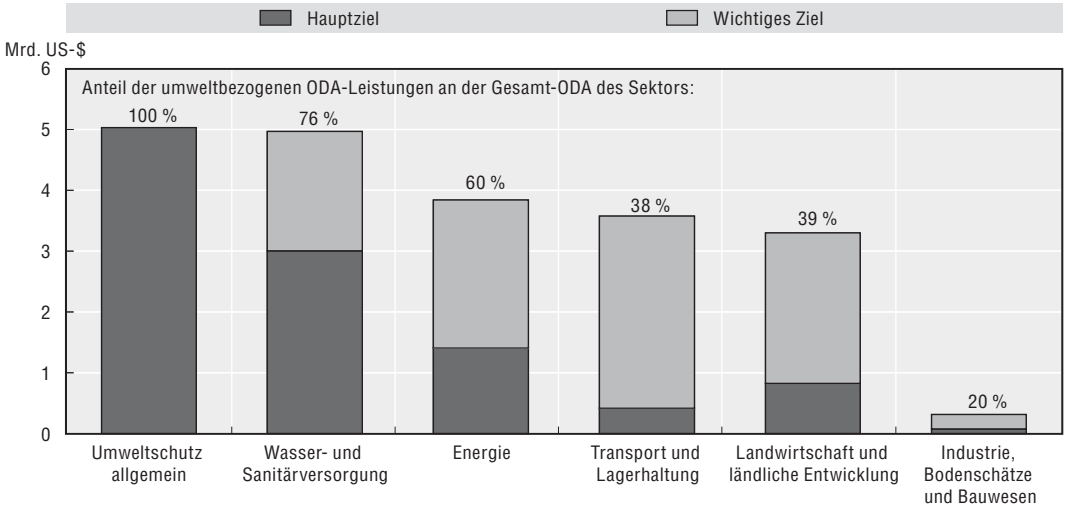


Teil B. Aktivitäten mit der Einstufung „Hauptziel" und „Wichtiges Ziel"
In Prozent aller gekennzeichneten Aktivitäten
Die Berechnung basiert auf der Zahl der Aktivitäten



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932699820

Abbildung 3.3 **Umweltbezogene ODA-Leistungen nach Sektor, 2009-2010**



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932699839

Umweltbelangen im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wird hohe Bedeutung beigemessen.

Aggregierte Daten der Art, wie sie in Abbildung 3.2a aufgeführt werden, können allerdings ein verzerrtes Bild von den Ansätzen der Geber zeichnen. Analysen, die sich nur auf Finanzdaten stützen, spiegeln die tatsächliche Höhe der Geberanstrengungen möglicherweise unzureichend wider, da kapitalintensive Investitionsprojekte in den Daten im Vordergrund stehen, wodurch kleinere, dem Kapazitätsaufbau dienende Aktivitäten verdeckt werden. Deshalb basiert die sektorale Aufschlüsselung der umweltbezogenen ODA-Leistungen in Abbildung 3.2b auf der Zahl der gemeldeten Projekte. Ein Vergleich mit Abbildung 3.2a zeigt, dass das hohe Volumen umweltbezogener ODA-Leistungen im Verkehrs- und Energiesektor aus nur wenigen Großprojekten besteht, die hauptsächlich

globale Umweltprobleme angehen. Die Geber fördern die ökologische Nachhaltigkeit jedoch durch zahlreiche andere Aktivitäten – u.a. im Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie in der staatlichen Verwaltung und in der Zivilgesellschaft; diese Aktivitäten werden in den aggregierten Statistiken, die auf dem ODA-Volumen basieren, kaum aufgeführt.

ODA-Leistungen in Bezug auf biologische Vielfalt, Klimaschutz und Wüstenbildung

Darüber hinaus beobachtet der DAC seit 1998 die ODA, die auf globale Umweltziele abzielt – das VN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt (UNCBD), das VN-Rahmen-übereinkommen über Klimaänderungen (UNFCCC) und das VN-Übereinkommen zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD). Auf Antrag der Sekretariate der Übereinkommen wurden drei neue „Rio-Marker“ [4] geschaffen, um ODA-Leistungen zu identifizieren, die Entwicklungsländern helfen, die Übereinkommen umzusetzen (vgl. Teil V dieses Berichts). Ein weiteres Ziel bestand darin, den DAC-Mitgliedern zu helfen, Finanzdaten in ihre nationalen Berichte (auch bekannt als nationale Mitteilungen) an das UNCBD, das UNCCD und das UNFCCC aufzunehmen und diese Daten so zu standardisieren, dass sie aggregiert und zwischen den einzelnen Gebern verglichen werden können.

Die DAC-Geber wurden gebeten, diese Rio-Marker auf Versuchsbasis bis 2007 in ihrer Berichterstattung zu verwenden, und seit 2008 werden diese Marker standardmäßig in den CRS-Meldungen erfasst. Die Sekretariate der Übereinkommen haben den DAC gebeten, diese Daten weiter zu erheben, da sie der einzige international vergleichbare und harmonisierte Datensatz zu den auf ihre Ziele ausgerichteten ODA-Leistungen sind. Die Sekretariate nutzen die auf diesen Markern basierenden Daten auf verschiedene Art und Weise:

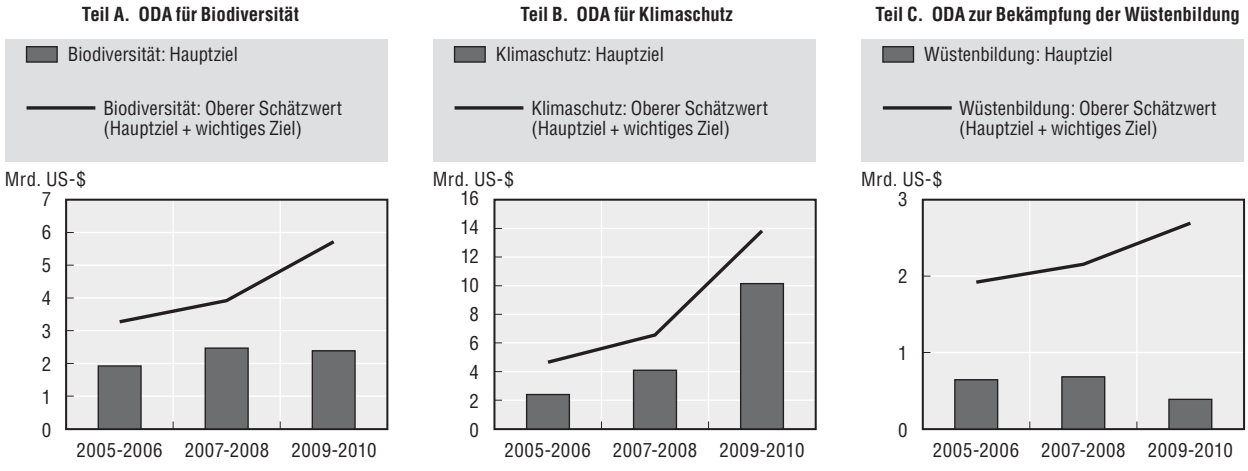
- zur Trendanalyse in verschiedenen Hintergrundpapieren für die Vertragsstaaten-konferenzen des UNCBD, des UNFCCC und des UNCCD;
- im Rahmen der Partnerschaft für Biodiversitätsindikatoren (Biodiversity Indicators Partnership) des World Conservation Monitoring Centre des Umweltprogramms der Vereinten Nationen;
- zur Überwachung der neuen UNCBD-Ziele für 2020 (verabschiedet auf der 10. Vertragsstaatenkonferenz – COP10);
- zur Aktualisierung des FIELD-Systems (Financial Information Engine on Land Degradation) und zur Erstellung aggregierter Statistiken für verschiedene Kommunikationszwecke sowie für die Beschlussfassung im Globalen Mechanismus (GM, der Finanzmechanismus des UNCCD);
- zur Analyse der finanziellen Leistungen (Finanzanhang der nationalen Mitteilungen für das UNCCD).

Die ODA in Bezug auf biologische Vielfalt, Klimaschutz und Wüstenbildung ist zwischen 2005 und 2010 angestiegen.

In Abbildung 3.4 werden Daten über die Trends der ODA in Bezug auf biologische Vielfalt, Klimaschutz und Wüstenbildung für den Zeitraum 2005-2010 aufgeführt (vgl. Kasten 3.3 wegen der Anpassung an den Klimawandel). Die Daten über Aktivitäten, bei denen diese Belange als „Hauptziel“ angegeben werden, zeigen einen erheblichen Anstieg der ODA in Bezug auf Klimaschutz, während die ODA-Ausgaben in Bezug auf biologische Vielfalt und Wüstenbildung stagnierten oder zurückgingen. Wenn die Informationen über Aktivitäten, bei denen diese Belange als „wichtiges Ziel“ angegeben werden, berücksichtigt werden (die grüne Linie in den einzelnen Schaubildern), ist jedoch bei allen drei Rio-Markern ein

Abbildung 3.4 **Trends in den ODA-Leistungen hinsichtlich Biodiversität, Klimaschutz und Wüstenbildung, 2005-2010**

Bilaterale Zusagen, Jahresdurchschnitt, Mrd. US-$, konstante Preise von 2010



Anmerkung: **ODA-Leistungen für Biodiversität** werden definiert als Aktivitäten, die eines der drei Ziele des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) fördern: Erhaltung der biologischen Vielfalt, nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und gerechter Vorteilsausgleich aus der Nutzung genetischer Ressourcen.

Anmerkung: **ODA-Leistungen für Klimaschutz** werden definiert als Aktivitäten, die zu dem Ziel beitragen, die Treibhausgaskonzentrationen (THG) in der Atmosphäre auf einem Niveau zu stabilisieren, das gefährliche anthropogene Eingriffe in das Klimasystem verhindert, indem Anstrengungen gefördert werden, THG-Emissionen zu reduzieren oder zu begrenzen oder die Sequestrierung von Treibhausgasen auszuweiten.

Anmerkung: **ODA-Leistungen zur Bekämpfung der Wüstenbildung** werden definiert als Aktivitäten, die die Wüstenbildung bekämpfen oder die Auswirkungen von Dürreperioden in ariden, semiariden und trockenen subhumiden Gebieten mildern, indem Landdegradation verhindert und/oder reduziert wird, teilweise geschädigte Flächen saniert werden oder zu Wüsten gewordene Böden wieder nutzbar gemacht werden.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932699858

Aufwärtstrend festzustellen. Kritiker könnten einwenden, dass diese Entwicklungen auf ODA-Leistungen zurückzuführen sind, bei denen die Geber im Eigeninteresse handeln (das wesentliche Ziel ist die Bewältigung einer großen globalen Gefahr, während die Sicherung der Lebensgrundlagen armer Menschen, beispielsweise in dürrebedrohten Regionen, nur eine untergeordnete Rolle spielt). Bei der Interpretation der Trends sollte jedoch auch berücksichtigt werden, dass zwischen den drei Rio-Übereinkommen ein Zusammenhang besteht, da einige Klimaschutzmaßnahmen auch der biologischen Vielfalt und der Bekämpfung der Wüstenbildung förderlich sind (siehe unten). Teil V dieses Berichts enthält Abbildungen, die für jeden einzelnen DAC-Geber zeigen, welche Beiträge von 2007 bis 2010 in Bezug auf die Ziele der Rio-Übereinkommen geleistet wurden.

Herausforderungen bei der Messung der ODA-Leistungen für ökologische Nachhaltigkeit

Datenüberschneidungen

Ein wichtiges Merkmal der Marker-Methodik besteht darin, dass eine Aktivität gleichzeitig auf mehrere Politikziele ausgerichtet sein kann, was zu Überschneidungen bei der Berichterstattung und dem Risiko von Doppelzählungen führen kann. Abbildung 3.7a zeigt die Überschneidungen bei den Daten für den Zeitraum 2009-2010. Sie zeigt, dass bei mehr als der Hälfte der gesamten umweltbezogenen ODA-Leistungen auch ein Bezug zu einem der Rio-Übereinkommen angegeben wurde. 23% der Klimaschutzmaßnahmen und 60% der Aktivitäten zur Bekämpfung der Wüstenbildung waren gleichzeitig mit der biologischen Vielfalt

Kasten 3.3 **Nachverfolgung der ODA-Leistungen für die Anpassung an den Klimawandel**

Im Dezember 2009 haben die Mitglieder des DAC einen „Policy Marker" zur Nachverfolgung der ODA für Aktivitäten zur Anpassung an den Klimawandel beschlossen. Er ergänzt den Klimaschutz-Marker, so dass wir jetzt ein umfassendes Bild von den gesamten ODA-Leistungen zeichnen können, die den Entwicklungsländern für die Bekämpfung des Klimawandels zur Verfügung gestellt werden.

Anpassungsbezogene ODA wird definiert als Aktivitäten, die darauf abzielen, die Anfälligkeit menschlicher oder natürlicher Systeme gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels und klimabezogener Risiken zu reduzieren, indem die Anpassungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit gesichert oder erhöht werden. Sie umfasst eine Reihe von Aktivitäten, von der Informations- und Wissensgenerierung bis zur Kapazitätsentwicklung sowie Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel.

Die ODA-Leistungen für Klimaschutz beliefen sich 2010 Schätzungen zufolge auf 17,6 Mrd. US-$, und die Leistungen für die Anpassung an den Klimawandel werden auf 8,9 Mrd. US-$ geschätzt. In bestimmten Fällen kommt es vor, dass eine Aktivität gleichzeitig als klimaschutz- und als anpassungsbezogen ausgewiesen wird. Diese Überschneidung beläuft sich auf etwa 3,9 Mrd. US-$ (vgl. Tabelle 3.2).

Tabelle 3.2 **ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder für Klimaschutz und -anpassung, 2010**

Mio. US-$, zu jeweiligen Preisen

	Auf Markern basierende Statistik über bilaterale Beiträge, Zusagen					
	ODA mit dem Ziel Klimaschutz		ODA mit dem Ziel Klimaanpassung		Zum Vergleich: ODA, die auf Klimaschutz und -anpassung abzielt	Klimawandel-bezogene ODA insgesamt
	Hauptziel	Wichtiges Ziel	Hauptziel	Wichtiges Ziel		
	(a)	(b)	(c)	(d)	(e)	(a + b + c + d – e)
Australien	130.9	216.1	104.2	348.3	288.3	511.2
Belgien	60.7	73.7	2.4	131.7	47.3	221.2
Dänemark	75.4	282.6	8.9	361.6	312.3	416.1
Deutschland	1 625.2	1 594.6	66.1	480.4	290.0	3 476.3
EU-Institutionen	317.4	469.8	114.0	572.2	263.9	1209.5
Finnland	21.9	128.1	17.2	186.4	93.3	260.3
Frankreich	2 502.3	92.5	435.5	0.0	257.1	2 773.2
Griechenland	2.7	0.6	4.4	0.0	3.4	4.4
Irland	0.0	0.8	0.2	23.2	0.0	24.2
Italien	1.3	35.7	1.5	3.5	2.4	39.7
Japan	5 980.3	151.8	1170.2	1 090.3	635.1	7 757.4
Kanada	24.0	69.0	26.6	10.2	0.4	129.4
Korea	23.5	36.5	82.1	160.5	38.8	263.9
Luxemburg	0.9	1.8	1.3	4.4	2.2	6.2
Neuseeland	1.0	4.6	2.2	29.0	2.2	34.5
Niederlande	128.5	39.9	26.2	621.2	37.8	778.0
Norwegen	762.0	109.5	68.1	86.3	79.5	946.4
Österreich	10.6	11.8	2.3	3.3	2.4	25.6
Portugal	0.1	52.8	0.0	2.0	1.4	53.5
Schweden	34.8	349.6	47.1	404.7	276.5	559.7
Schweiz	68.5	51.4	61.9	122.4	52.9	251.3
Spanien	204.6	225.4	68.1	830.2	217.7	1 110.5
Ver. Königreich	836.2	149.9	841.9	246.1	978.3	1095.8
Ver. Staaten	636.1	t.b.c.	t.b.c.	t.b.c.	0.0	636.1
Insgesamt	**13 448.8**	**4 148.5**	**3 152.3**	**5 717.9**	**3 883.0**	**22 584.5**

Anmerkungen: Die Angaben in dieser Tabelle beziehen sich in allen Fällen auf die direkten Beiträge der DAC-Mitglieder an Entwicklungsländer (einschließlich der über Klimainvestitionsfonds bereitgestellten Leistungen), aber nicht auf ihre Beiträge an multilaterale Stellen. Die Beiträge der EU-Mitglieder an die EU-Institutionen werden folglich bei den Zahlen in Bezug auf diese Länder nicht berücksichtigt, die Auszahlungen der EU-Institutionen an Entwicklungsländer werden dagegen in der entsprechenden Linie aufgeführt. In den Vereinigten Staaten sind Änderungen an der Rechnungslegung erforderlich, damit das Land die Berichterstattung auf der Basis der Marker durchführen kann; folglich besteht bei einigen Daten noch Klärungsbedarf. Es wird jedoch auf den Finanzbericht der Vereinigten Staaten über die „Fast Start"-Klimafinanzierung verwiesen, in dem für das Finanzjahr 2010 ein Zuschuss in Höhe von 1,6 Mrd. US-$ für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel ausgewiesen ist: *www.state.gov/faststartfinance*.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932699934

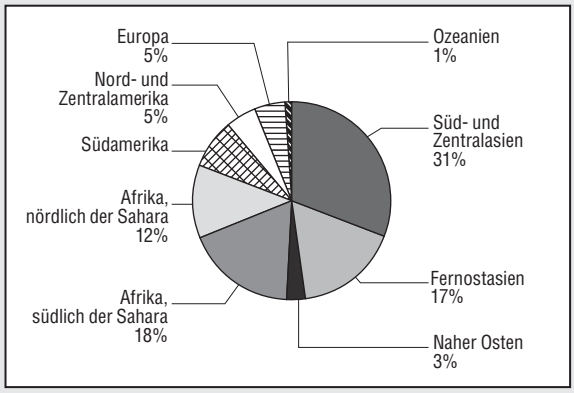
(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Die Abbildungen 3.5 und 3.6 verdeutlichen die geografische Verteilung der ODA-Leistungen hinsichtlich Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. Die von den Gebern für diese Ziele vorgesehene ODA wird hauptsächlich an Asien (51% für Klimaschutz und 41% für Anpassung an den Klimawandel) vergeben, gefolgt von Afrika (30% bzw. 37%) und Amerika (13% bzw. 14%).

Abbildung 3.5 **ODA für Klimaschutz**

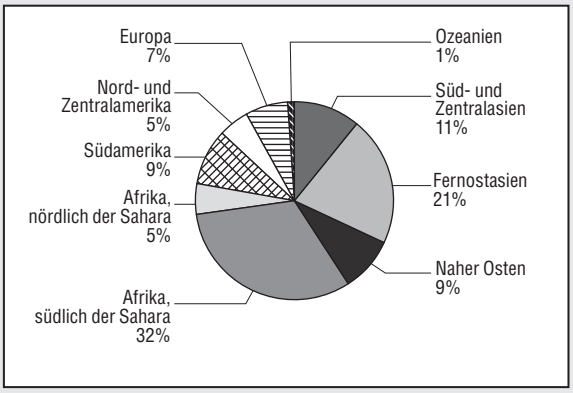
Mio. US-$, jeweilige Preise von 2010



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932699877

Abbildung 3.6 **ODA für Klimaanpassung**

Mio. US-$, jeweilige Preise von 2010

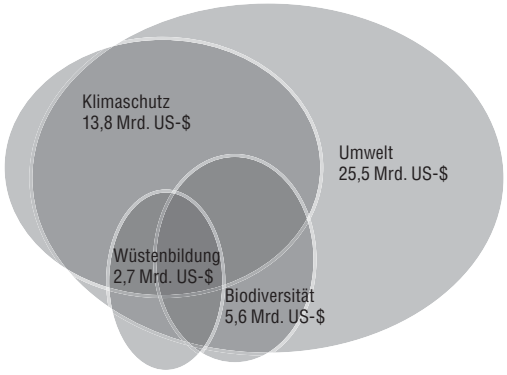


StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932699896

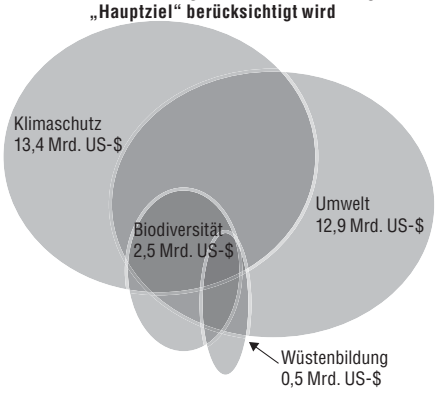
Abbildung 3.7 **Überschneidungen in den mit dem Umweltmarker und den Rio-Markern gekennzeichneten ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder, 2009-2010**

Jahresdurchschnittswerte, Mrd. US-$, konstante Preise von 2010

Teil A. Überschneidungen bei Berücksichtigung beider Kategorien: „Hauptziel" und „Wichtiges Ziel"



Teil B. Überschneidungen, wenn nur die Kategorie „Hauptziel" berücksichtigt wird



verbunden. Dies ist sicherlich zutreffend – die drei Rio-Übereinkommen verstärken sich gegenseitig –, die Überschneidungen stellen jedoch bei der Aggregierung der Daten hinsichtlich der drei Marker ein Problem dar. Um Doppel- oder Dreifachzählungen zu vermeiden, sollten die ODA-Leistungen in Bezug auf biologische Vielfalt, Klimawandel und Wüstenbildung deshalb *nicht* addiert werden.

Die Daten hinsichtlich der Rio-Marker sollten mit Vorsicht verwendet werden

Viele Geber verwenden die Rio-Marker für die Erfassung der Daten und die Meldung ihrer Zusagen im Rahmen der Rio-Übereinkommen. Können die auf den Rio-Markern basierenden Daten angesichts der oben beschriebenen Überschneidungsprobleme verwendet werden, um die finanzielle Unterstützung und die Kapazitätsaufbauhilfe für die Entwicklungsländer genau zu erfassen, beispielsweise in den nationalen Mitteilungen an das UNCBD, das UNFCCC und das UNCCD?

Die auf den Markern basierenden Daten eignen sich ziemlich gut, um die verschiedenen Aktivitäten der einzelnen Geber zu beschreiben, und wenn die nationalen Mitteilungen für jeden Industriestaat getrennt geprüft werden, stellen Überschneidungen kein Problem dar. Die Rio-Marker ermöglichen jedoch nicht die Identifizierung „neuer und zusätzlicher Mittel“[5], wie es in den Übereinkommen festgelegt ist[6], und es entsteht ein Problem, sobald Geberberichte zusammengefasst und miteinander verglichen werden oder wenn die Daten zur Überwachung der Zusagen verwendet werden (Kasten 3.4). Ohne einen international harmonisierten Ansatz für die Nachverfolgung „neuer und zusätzlicher Mittel“ kann jeder Geber seine eigene Definition verwenden.

Unsere Analyse zeigt, dass die Geber manchmal die gleiche Aktivität bei mehreren Zusagen anrechnen (Abb. 3.7a). So werden beispielsweise Aktivitäten, die als „Fast Start“-Klimafinanzierung angerechnet werden, außerdem als Aktivitäten angegeben, die hauptsächlich darauf abzielen, den Verlust an biologischer Vielfalt oder die Wüstenbildung zu bekämpfen. Dies erscheint unangebracht. Wenn nur die Einstufung „Hauptziel“ berücksichtigt wird, geht die Überschneidung zwischen den Rio-Markern zurück, verschwindet jedoch nicht vollständig (Abb. 3.7b). Um diesbezügliche Doppelzählungen zu vermeiden, sollte eine Regel eingeführt werden, die besagt, dass die Einstufung „Hauptziel“ nur für einen Marker angegeben werden kann.

Angesichts der mit den Marker-Daten für die Überwachung der Zusagen verbundenen Schwierigkeiten und des Bedarfs an genaueren quantitativen Daten auf nationaler Ebene haben einige Geber begonnen, das Bewertungssystem für ihre eigenen Zwecke zu verfeinern (Kasten 3.5). Die Analyse, bei der die interne Berichterstattung der Geber in zwei ökologisch sehr relevanten Sektoren, Forstwirtschaft und Wasser, mit ihren jeweiligen DAC-Statistiken verglichen wird, ist von besonderem Interesse (Tabelle 3.3). Sie bestätigt, dass die ODA-Aktivitäten, bei denen ökologische Nachhaltigkeit oder die Rio-Übereinkommen als wichtiges Ziel angegeben werden, hilfreich sind, um zu beschreiben, auf welch unterschiedliche Art und Weise die Geber sich für umweltpolitische Ziele einsetzen. Die Zahl selbst ist jedoch eine sehr grobe Schätzung, die einer sorgfältigen Erläuterung bedarf; in allgemeinen statistischen Übersichten sollte sie nur als Element für die Berechnung der oberen Schätzwerte der umweltbezogenen ODA aufgeführt werden. Eine Kernaussage der in Kasten 3.5 beschriebenen Arbeit ist, dass die nationalen Verwaltungen eine detailliertere Datenerhebung und -analyse durchführen können (unter Verwendung der Daten in den Projektdokumenten und -budgets). Dafür ist es jedoch erforderlich, einen Experten einzustellen, der die Projektbudgets ex post überprüft, oder die zusätzliche Datenerhebung auf andere Art und Weise in die Projektmanagementverfahren der zuständigen Referenten zu integrieren.

Nachverfolgung der multilateralen und Nicht-ODA-Leistungen für die Umwelt

Zusätzlich zu ihren bilateralen ODA-Leistungen stellen die Geber über multilaterale Stellen Mittel für Umweltaktivitäten bereit. Um ein umfassenderes Bild von den gesamten umweltbezogenen ODA-Leistungen eines Gebers zu erhalten, müssen wir auch den

Kasten 3.4 **DAC-Empfehlung über gute Zusageverfahren**

Zusagen sind politische Verpflichtungen der Geberregierungen, einen bestimmten Finanzierungsbetrag für einen bestimmten Zweck bereitzustellen. Zusagen werden normalerweise auf großen internationalen Konferenzen angekündigt, enthalten aber nur wenige konkrete inhaltliche Angaben. Der DAC hat eine neue Empfehlung über gute Zusageverfahren erarbeitet, um dazu beizutragen, die Klarheit, Vergleichbarkeit, Genauigkeit und Glaubwürdigkeit internationaler ODA-Zusagen zu erhöhen. Die Empfehlung wurde in den Rechenschaftsbericht des G8-Gipfels, der 2011 im französischen Deauville stattfand, aufgenommen und lautet folgendermaßen:

In dem Bewusstsein der Notwendigkeit, dafür Sorge zu tragen, dass die ODA-Zusagen der Geber glaubwürdig und durchführbar sind und angemessen überwacht werden, werden sich die DAC-Mitglieder* bemühen, in ihren zukünftigen Zusageverfahren in Bezug auf finanzielle Verpflichtungen gegenüber Entwicklungsländern so weit wie möglich die folgenden Grundsätze einzuhalten.

1. **Klarheit**: Die Zusagen sollten alle für die Beurteilung ihrer Umsetzung relevanten Parameter festlegen. Hierzu zählen unter anderem das Datum oder der erfasste Zeitraum, die Finanzierungsquelle und -bedingungen sowie die Vergleichsbasis, anhand derer die Additionalität gegenüber bestehenden Leistungen oder bestehenden Verpflichtungen beurteilt werden kann.
2. **Vergleichbarkeit**: Die Gesamtzusagen der Gebergemeinschaft sollten der Summe der einzelnen Geberzusagen tatsächlich entsprechen, und diese Zusagen sollten so weit wie möglich im Hinblick auf ihre Bedingungen, Daten, Ausgangsniveaus und Messgrößen kompatibel sein.
3. **Realismus**: Die Zusagen sollten für Zeiträume und Beträge gemacht werden, die die Zusagegeber ausreichend kontrollieren können und für die sie zuständig sind. Die Zusagen sollten angesichts der Haushalts- und Wirtschaftslage des Gebers angemessen und durchführbar sein.
4. **Messbarkeit**: Die Zusagen sollten nach Möglichkeit auf der Grundlage bestehender Messgrößen für ODA und andere Leistungen erfolgen. Falls die für die Überwachung einer Zusage erforderlichen Daten noch nicht vorliegen, sollten die Überwachungszuständigkeiten im Einzelnen zugewiesen werden.
5. **Rechenschaftslegung und Transparenz**: Die Zusagen sollten zeitnah und effizient auf die von den ODA-Empfängern identifizierten vorrangigen Bedürfnisse eingehen, und die Geber sollten ausreichend Informationen bereitstellen, damit die Begünstigten und Dritte die Ergebnisse nachverfolgen können.

* Die Empfehlung wurde von allen DAC-Mitgliedern mit Ausnahme Griechenlands, das sich enthielt, bestätigt.

Quelle: OECD (2011), „DAC Recommendation on Good Pledging Practice", OECD, Paris, *http://acts.oecd.org/Instruments/ListNoGroupView.aspx?order=title*.

Anteil der Beiträge schätzen, der über das multilaterale System, z.B. die multilateralen Entwicklungsbanken, die globalen Fonds oder VN-Organisationen, bereitgestellt wird. Eine Stärke des statistischen Berichterstattungssystems des DAC besteht darin, dass es unter Verwendung einer für alle Geber einheitlichen Methodik eine Extrapolation dieser multilateralen Allokationen für den Umweltschutz ermöglicht. So sollten die Statistiken über die Unterstützung der Geber für den Umweltschutz z.B. deren Beiträge zum Treuhandfonds der Globalen Umweltfazilität (GEF) umfassen. Um diesen spezifischen Betrag zu schätzen (er wird auch „rechnerisch ermittelter Betrag" genannt), wird der Anteil der auf Klimawandel abzielenden GEF-Auszahlungen (geschätzt als Summe der Ausgaben im Rahmen des „Schwerpunktbereichs Klimawandel" und des Anteilsbetrags an

Kasten 3.5 **Verbesserungen der Geber an der auf den Rio-Markern basierenden Datenanalyse**

Finnland und die Schweiz haben ihre mit dem Rio-Marker gekennzeichneten Aktivitäten überprüft und beurteilt, welcher Anteil ihrer Haushalte ausschließlich dem jeweiligen Ziel zugewiesen wird.

Die Schweiz hat die Daten über Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel überprüft. Eine Analyse des „klimaspezifischen" Anteils der Aufwendungen für die einzelnen Aktivitäten ergab, dass das Land 2010 insgesamt 105 Mio. US-$ für „klimaspezifische" ODA bereitgestellt hat (einschließlich der Auszahlungen der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit und der multilateralen Beiträge). Das ist weniger als die Hälfte des Betrages, den die Schweiz unter Heranziehung der Daten über die Verpflichtungen im Rahmen der Rio-Marker an das CRS gemeldet hat (251,3 Mio. US-$).

Finnland hat (auf der Grundlage einer eingehenden Analyse der Projektbudgets) überprüft, wie hoch der prozentuale Anteil der Beträge ist, die ausschließlich für Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, Biodiversität und Bekämpfung der Wüstenbildung aufgewendet wurden. Dabei zeigt sich für alle Marker ein großer Unterschied in den Gesamtbeträgen, insbesondere wenn viele Aktivitäten mit der Kennzeichnung „Wichtiges Ziel" an das CRS gemeldet wurden. Der Unterschied ist jedoch geringer, wenn die Aktivitäten mit der Kennzeichnung „Hauptziel" beurteilt werden und wenn alle Marker auf der Gesamtebene zusammen betrachtet werden.

Im internen finnischen System muss die Gesamtsumme der Prozentsätze für die Rio-Marker unter 100% liegen; dadurch werden Überschneidungen bewusst vermieden (vgl. Tabelle 3.3 wegen eines Beispiels aus den Sektoren Forstwirtschaft und Wasser). Im CRS-System dagegen müssen die Überschneidungen den Datennutzern sorgfältig erläutert und von den Gesamtbeträgen, die mehrere Rio-Übereinkommen erfassen, ausgeklammert werden.

Tabelle 3.3 **Vergleich zwischen den an das CRS gemeldeten Daten und den Prozentsätzen, die sich aus dem nationalen Haushalt ergeben, Finnland**

Teil A. Forstwirtschaft, Zusagen von 2010

Marker	Mio. US-$			In % der Gesamt-ODA für die Forstwirtschaft	
	DAC-Statistik auf Basis der Marker		Anwendung der internen finnischen Prozentsätze (%)	DAC-Statistik auf Basis der Marker (wichtiges Ziel und Hauptziel) (%)	Anwendung der internen finnischen Prozentsätze (%)
	Wichtiges Ziel	Hauptziel			
Ökologische Nachhaltigkeit	9.5	22.2	27.4	100%	86%
Rio-Marker					
Klimaschutz	31.7		14.4	100%	45%
Klimaanpassung	22.2	1.8	4.1	76%	13%
Biodiversität	31.1		4	98%	13%
Wüstenbildung	24.1	0	3.1	76%	10%
Um alle Marker berichtigter Gesamtbetrag, zur Vermeidung von Doppelzählungen	31.7		25.6	100%	86%

Teil B. Wassersektor, Zusagen von 2010

Marker	Mio. US-$			In % der Gesamt-ODA für den Wassersektor	
	DAC-Statistik auf Basis der Marker		Anwendung der internen finnischen Prozentsätze (%)	DAC-Statistik auf Basis der Marker (wichtiges Ziel und Hauptziel) (%)	Anwendung der internen finnischen Prozentsätze (%)
	Wichtiges Ziel	Hauptziel			
Ökologische Nachhaltigkeit	44.6	39.9	45.3	100%	54%
Rio-Marker					
Klimaschutz	19.7		3.7	23%	4%
Klimaanpassung	40.5	1.8	7.4	50%	9%
Biodiversität	17.3		3.6	20%	4%
Wüstenbildung	16.9	0.4	2.9	20%	3%
Um alle Marker berichtigter Gesamtbetrag, zur Vermeidung von Doppelzählungen	84.5		45.3	100%	54%

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932699953

„schwerpunktübergreifenden Projekten") auf die Beiträge der Geber an die GEF angewandt. Desgleichen können die spezifischen Beträge für jede multilaterale Stelle ermittelt werden, die in den DAC-Statistiken über ihre Ausgaben in Bezug auf Umwelt, biologische Vielfalt, Klimawandel oder Wüstenbildung berichtet[7], sofern die Beiträge der Geber zu den Kernhaushalten der betreffenden Organisation über eine Kodierung der Erbringungskanäle in den Daten identifiziert werden können[8].

Das DAC-Sekretariat arbeitet mit den multilateralen Entwicklungsbanken und anderen multilateralen Stellen an den Umwelt- und Rio-Markern, um die multilateralen Leistungen in Zukunft in alle Analysen der umweltbezogenen ODA aufnehmen zu können. Dazu gehörten auch Diskussionen mit der Arbeitsgruppe der multilateralen Entwicklungsbanken zur Nachverfolgung der Klimafinanzierung (Working Group on Tracking Climate Finance) über die Frage, wie die Rio-Marker am besten mit dem Ansatz der Banken verbunden werden können, der darin besteht anzugeben, ob eine Aktivität positive Nebeneffekte für den Klimaschutz oder die Anpassung hat, anstatt anzugeben, ob es sich dabei um ein Hauptziel oder ein wichtiges Ziel handelt[9]. Der Ausdruck „positiver Nebeneffekt" soll betonen, dass das primäre Ziel der multilateralen Entwicklungsbanken die Entwicklung ist, selbst wenn sie die Klimaauswirkungen ihrer Projekte zunehmend berücksichtigen, um dafür Sorge zu tragen, dass sie zu positiven Nebeneffekten für das Klima führen[10].

Der statistische Rahmen des DAC kann ebenfalls problemlos angepasst werden, um Daten über umweltbezogene Nicht-ODA-Entwicklungsfinanzierung zu erheben[11]. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde im Juni 2011 unternommen, als die DAC-Mitglieder beschlossen, die Anwendung der Rio-Marker auf marktübliche Finanzierungen der Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen auszudehnen. Da die Zusage in Bezug auf Klimafinanzierung in Höhe von 100 Mrd. US-$ sowohl Mittel aus öffentlichen Quellen als auch Mittel aus privaten Quellen erfasst, stellt sich die Frage, wie die Einhaltung dieser Zusagen überprüft werden kann. Der DAC arbeitet mit der Expertengruppe des UNFCCC für Klimawandel (CCXG) zusammen, um *a)* die sektorspezifischen Daten über Exportkredite zu verbessern und so dazu beizutragen, die Kredite zu identifizieren, die möglicherweise dem Klimaschutz dienen, *b)* die Definitionen verschiedener Kategorien privater Leistungen zu klären und *c)* neue statistische Kategorien für die Maßnahmen des öffentlichen Sektors, die private Mittel mobilisieren, einzuführen.

Der Weg in die Zukunft

In Bezug auf die Messung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit haben wir hinsichtlich Transparenz und Genauigkeit einen weiten Weg zurückgelegt. Während der Schwerpunkt in den 1990er Jahren auf aggregierte ODA-Statistiken gelegt wurde und die Berichterstattung auf der Ebene der Aktivitäten auf die Hauptstellen der Entwicklungszusammenarbeit begrenzt war (wodurch viele Programme der Technischen Zusammenarbeit ausgeklammert wurden), wurden in den letzten zehn Jahren allgemein verstärkte Anstrengungen unternommen, um die Transparenz der ODA zu erhöhen. Seit 2001 erfassen die Meldungen der DAC-Geber an die CRS-Datenbank, die die ODA-Aktivitäten erfasst, die gesamten bilateralen ODA-Leistungen. Ihre Berichterstattung über die Policy Marker hat sich allmählich verbessert, was hauptsächlich auf die internationalen Umweltübereinkommen sowie auf die Notwendigkeit zurückzuführen ist, den verschiedenen Interessengruppen in den Geberländern zu zeigen, dass die ODA auch globale Ziele verfolgt, namentlich die Bekämpfung des Klimawandels, des Verlusts an biologischer Vielfalt oder der Wüstenbildung.

Alles in allem ist das Policy-Marker-System des DAC Teil eines soliden statistischen Rahmens, der noch weiter entwickelt werden kann, um detailliertere Angaben über ODA-Leistungen zur Förderung umweltpolitischer Ziele aufzunehmen, sobald diese Daten in den internen Systemen der Geber verfügbar sind. Da die ersten Ergebnisse der aktiven Zusammenarbeit mit den multilateralen Entwicklungsbanken und anderen beteiligten Akteuren ermutigend sind, werden die Anstrengungen fortgesetzt, um die Nachverfolgung der internationalen öffentlichen und privaten Leistungen zu Gunsten der Rio-Übereinkommen und der Umweltziele ganz allgemein zu erleichtern. Wie sich an den in diesem Bericht an anderer Stelle vorgelegten Statistiken zeigt, hat allein das Bestehen des Marker-Systems bereits dazu beigetragen, in den Geberstellen das Bewusstsein für die Notwendigkeit zu schärfen, den Umweltschutz in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit systematisch zu berücksichtigten.

Anmerkungen

1. Bilaterale ODA wird direkt von einem Geberland an ein ODA-Empfängerland vergeben, wohingegen von multilateraler ODA gesprochen wird, wenn ein Geberland Beiträge zum Kernhaushalt einer multilateralen Stelle, wie z.B. der Weltbank, leistet.
2. Die Verbesserung der Berichterstattung der Geber über umweltbezogene ODA-Leistungen ist zwar zu begrüßen, die Fortschritte in Bezug auf den Umfang der von der Datenbank erfassten Angaben erschweren jedoch die Analyse der langfristigen Trends. Die weiter unten aufgeführten Daten konzentrieren sich deshalb auf die letzten zehn Jahre, in denen die erfassten Daten vollständig und die Marker-Daten der DAC-Mitgliedsländer hinreichend konsistent sind.
3. Ökologische Nachhaltigkeit wird in der Berichterstattung über ODA folgendermaßen definiert: „Eine Aktivität sollte als umweltbezogen klassifiziert werden, wenn sie: *a)* darauf abzielt, eine Verbesserung oder eine als Verbesserung angesehene Veränderung an der physischen und/oder biologischen Umwelt des Empfängerlands, der Empfängerregion oder der betroffenen Zielgruppe herbeizuführen, oder *b)* spezifische Maßnahmen enthält, die darauf zielen, Umweltbelange über den Aufbau von Institutionen und/oder Kapazitäten in eine Reihe von Entwicklungszielen zu integrieren.“ (Berichterstattungsregeln des CRS, Anhänge 6 und 7).
4. Die Industriestaaten, die die drei Rio-Übereinkommen 1992 unterzeichnet haben, haben sich verpflichtet den Entwicklungsländern bei der Umsetzung dieser Übereinkommen zu helfen. Der DAC überwacht seit 1998 im Rahmen seines Creditor Reporting System (CRS) die ODA-Leistungen, die auf die Ziele der Rio-Übereinkommen ausgerichtet sind, wobei die sogenannten „Rio-Marker“ Anwendung finden. Jede dem CRS gemeldete ODA-Aktivität sollte hinsichtlich der Frage geprüft und gekennzeichnet werden, ob die Übereinkommen: *a*) ein „Hauptziel“ oder „wichtiges Ziel“ sind oder *b)* kein Ziel sind.
5. Im Fachjargon wird von „Additionalität“ gesprochen.
6. In einem Kurzbericht an die 10. Vertragsstaatenkonferenz (COP10) des UNCBD stellt BirdLife International fest, dass es nur eine Handvoll biodiversitätsbezogener ODA-Programme gibt, während ein großer Teil der bilateralen Ausgaben im Rahmen bereits zugesagter Entwicklungszusammenarbeit erfolgt und deshalb weder neu noch zusätzlich ist. Die Überschneidungen in den Marker-Daten bestätigen dies (Abb. 3.7).
7. Bisher berichtet nur die Weltbank über die Rio-Marker. Die Interamerikanische Entwicklungsbank wird ihre Berichterstattung über den Rio-Marker „Klimaschutz“ hinsichtlich der Leistungen des Jahres 2011 voraussichtlich Ende 2012 beginnen.
8. Erbringungskanäle identifizieren die Durchführungspartner der ODA-Programme auf der ersten Ebene, die Kodierung der Erbringungskanäle dient dazu, zwischen verschiedenen Durchführungspartnern, d.h. öffentlicher Sektor, NRO, öffentlich-private Partnerschaften, multilaterale Stellen und Privatsektor, zu unterscheiden. Die Kodierung der Erbringungskanäle ermöglicht also die Identifizierung der Beiträge zu den Kernhaushalten bestimmter multilateraler Organisationen.
9. Die Weltbank wendet dieses System auf der Ebene der Projektkomponenten an, was es ermöglicht, für alle Projekte den prozentualen Anteil des Budgets zu schätzen, der dem Klimaschutz dient.

10. In Bezug auf die Anpassung an den Klimawandel ist die Methodik der multilateralen Entwicklungsbanken noch nicht abgeschlossen.
11. Viele DAC-Mitglieder vergeben öffentliche Finanzmittel an Entwicklungsländer, die nicht als ODA ausgewiesen werden, entweder weil die Aktivitäten eindeutig nicht auf Entwicklung abzielen (z.B. exportbezogene Aktivitäten) oder weil die Finanzmittel zu marktüblichen Bedingungen bereitgestellt werden (z.B. nicht vergünstigte Kredite von bilateralen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen). Vgl. Teil V wegen weiterer Informationen.

Literaturverzeichnis

OECD (2010), "DAC Mandate 2011-2015", OECD Publishing, Paris, *www.oecd.org/officialdocuments/displaydocumentpdf/?cote=DCD/DAC(2010)34/FINAL&doclanguage=en*.

OECD (2011), "DAC Recommendation on Good Pledging Practice", OECD, Paris, *http://acts.oecd.org/Instruments/ListNoGroupView.aspx?order=title*.

TEIL II

Es steht viel auf dem Spiel für Menschen und natürliche Ressourcen

Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2012
Nachhaltigkeit und Entwicklung verbinden
© OECD 2013

TEIL II

Kapitel 4

Berücksichtigung der Bevölkerungsdynamik in Strategien für eine nachhaltige Entwicklung

von

Michael Herrmann

Wirtschaftsberater, Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
(United Nations Population Fund – UNFPA)

Obwohl sich das Bevölkerungswachstum in den meisten Ländern verlangsamt hat, ist die Wachstumsrate der Weltbevölkerung weiterhin hoch. Ohne einen schnellen und deutlichen Rückgang der Geburtenrate könnte die Weltbevölkerung den neuesten Projektionen der Abteilung Bevölkerungsfragen der Vereinten Nationen zufolge bis zum Jahr 2100 auf 16 Milliarden steigen. Unsere Bemühungen, die Armut zu verringern, Arbeitsplätze zu schaffen, für Ernährungs-, Wasser- und Energiesicherheit zu sorgen und zugleich die Umwelt zu schützen, erhalten durch das Bevölkerungswachstum, gepaart mit höherem Konsum, eine noch größere Tragweite. Diese Fakten waren bereits vor fast zwanzig Jahren bekannt, als kurz nach der Rio-Erklärung von 1992 das Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung von 1994 einen zweigleisigen Ansatz zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung skizzierte. Dieser Ansatz forderte nachhaltigere Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten, flankiert von geeigneten Politikmaßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels. Die Umsetzung lässt jedoch auf sich warten. Um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, müssen Entwicklungsländer und ihre Partner folgende Voraussetzungen schaffen: a) *universeller Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung und Familienplanung,* b) *Investitionen in Bildung mit besonderem Schwerpunkt auf Geschlechterparität,* c) *Stärkung der Position von Frauen und* d) *systematische Einbeziehung von Bevölkerungsprojektionen in Entwicklungsstrategien und -politikmaßnahmen.*

Der Mensch steht im Zentrum der nachhaltigen Entwicklung.

Die Menschen stehen im Mittelpunkt der Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung (Rio-Erklärung, 1992, Grundsatz 1). Bei der Förderung einer nachhaltigeren Entwicklung müssen Bevölkerungsaspekte berücksichtigt werden – die Zahl, geografische Verteilung und Altersstruktur der Bevölkerung sowie ihre Lebensbedingungen, Zielsetzungen und Chancen (IIASA und UNFPA, 2011). Eine Fokussierung auf die Menschen ist auch eine Grundvoraussetzung für ein besseres Verständnis der Zusammenhänge zwischen der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Umweltentwicklung sowie für eine enge und wirksamere Integration dieser Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung.

Der Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdynamik und nachhaltiger Entwicklung

Bevölkerungsdynamik und nachhaltige Entwicklung sind eng und untrennbar miteinander verflochten. Die Weltbevölkerung hat mittlerweile die Marke von 7 Milliarden überschritten und wird den Projektionen der Vereinten Nationen zufolge weiter wachsen. Das Bevölkerungswachstum erhöht die Tragweite unserer Bemühungen, die Armut zu verringern, Arbeitsplätze zu schaffen, für Ernährungs-, Wasser- und Energiesicherheit zu sorgen und gleichzeitig die Umwelt zu schützen (WEF und UNFPA, 2012).

Um 9 Milliarden Menschen zu ernähren, muss die landwirtschaftliche Produktion um 70% gesteigert werden.

Durch das Bevölkerungswachstum und den steigenden Konsum verstärkt sich der Druck auf alle natürlichen Ressourcen. Weltweit leiden über 1 Milliarde Menschen unter Armut und Ernährungsunsicherheit. Es sind gewaltige Entwicklungsanstrengungen erforderlich, um diese Menschen aus der Armut zu befreien und eine menschenwürdige Lebensqualität für nachfolgende Generationen sicherzustellen. Es ist nicht nur wichtig, für eine gerechtere Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen zu sorgen, was angesichts der wachsenden Ungleichheit in der Welt immer schwieriger wird; es ist auch eine Steigerung der wirtschaftlichen Produktionsleistung erforderlich (Herrmann, 2012). Um eine Weltbevölkerung von 9 Milliarden zu ernähren, die voraussichtlich noch vor Mitte dieses Jahrhunderts erreicht werden wird, ist den Berechnungen der FAO (2010) zufolge eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um insgesamt rd. 70% notwendig. Neben der Produktionsleistung des Landwirtschaftssektors muss aber auch das Produktionsvolumen vieler anderer lebensnotwendiger Güter und Dienstleistungen gesteigert werden. Menschen brauchen Kleidung, Wohnraum, Wasser, sanitäre Einrichtungen und Infrastruktur; darüber hinaus besteht beispielsweise Bedarf an Gesundheits- und Bildungsleistungen. Die Zielsetzung, die Armut zu verringern und die Lebensverhältnisse für eine wachsende Weltbevölkerung zu verbessern, wird den Druck auf alle natürlichen Ressourcen, wie etwa Klima, Wasser, Land und Wälder, verstärken.

Die Bevölkerung der am wenigsten entwickelten Länder wird sich bis 2050 verdoppeln.

Die am wenigsten entwickelten Länder der Welt sind zwar am unmittelbarsten betroffen, doch die zu bewältigenden Herausforderungen erfordern globale politische Maßnahmen. Die ärmsten Länder haben die höchsten Bevölkerungszuwachsraten, sind am stärksten von Armut und Ernährungsunsicherheit betroffen und haben bei der Erhöhung und Sicherung der Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit und Bildung für ihre wachsende Bevölkerung die größten Herausforderungen zu bewältigen. Zudem ist in diesen Ländern, in denen es kaum Arbeitslosenunterstützung gibt, zwar nur ein vergleichsweise niedriger Anteil der Bevölkerung offiziell arbeitslos, eine große Mehrheit ist jedoch von unproduktiver und oft prekärer Unterbeschäftigung sowie von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen betroffen (ILO, 2011). Bis zum Jahr 2050 wird sich die Bevölkerung dieser Länder verdoppeln, und ihre verfügbare erwerbsfähige Bevölkerung wird sich zusammengenommen um rd. 33 000 junge Menschen pro Tag erhöhen (UNFPA, 2011a). Die Bedürfnisse ihrer bestehenden und zukünftigen Bevölkerung zu decken und zugleich eine ökologisch nachhaltige Entwicklung zu fördern, stellt für viele der ärmsten Länder weltweit eine zunehmend schwierige Aufgabe dar.

Obwohl die ärmsten Länder der Welt bisher am wenigsten zu den globalen Treibhausgasemissionen beigetragen haben, leiden sie überproportional stark unter dem Klimawandel. Dieser verstärkt potenzielle Klimarisiken, wie etwa die Veränderung der Niederschlagsmuster und die zunehmende Desertifikation, die direkte Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben. Der Druck auf landwirtschaftliche Nutzflächen, Wald- und Wasserressourcen ist jedoch nicht nur auf den Klimawandel zurückzuführen, sondern auch auf Produktions- und Konsumstrukturen in den ärmsten Ländern selbst. Viele dieser Länder setzen zur Steigerung ihres Wirtschaftswachstums in hohem Maße auf die Verwertung ihrer natürlichen Ressourcen – insbesondere durch Rohstoffförderung sowie großflächige land- und forstwirtschaftliche Produktion –, und viele der ärmsten Haushalte sind für ihren täglichen Bedarf auf Holz und andere natürliche Ressourcen angewiesen. Der UNFPA (2011a) wies unlängst darauf hin, dass die am wenigsten entwickelten Länder der Welt am meisten unter einer rapiden Degradation und Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen leiden und dass dadurch faktisch ein nachhaltiges Aufschließen zu stärker entwickelten Ländern erschwert wird (vgl. auch UNCTAD, 2011). Zwischen 2000 und 2008 war die durchschnittliche Rate des realen Wirtschaftswachstums in den am wenigsten entwickelten Ländern fast so hoch wie in anderen Entwicklungsländern (6,5%, verglichen mit 6,6%); nach Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums sowie der Umweltdegradation und -ausbeutung war ihre Wachstumsrate nur noch etwas mehr als halb so hoch wie in anderen Entwicklungsländern (2,5%, verglichen mit 4,7%) (UNFPA, 2011a).

Obwohl sich die Auswirkungen der Bevölkerungszunahme und der Umweltzerstörung in den am wenigsten entwickelten Ländern in Subsahara-Afrika und Südasien am stärksten bemerkbar machen, haben diese Herausforderungen unweigerlich gravierende globale Konsequenzen, die eine global koordinierte Reaktion erfordern. Die Welt ist nicht nur durch internationale Handels- und Finanzströme verbunden, sondern auch durch die globalen Auswirkungen ökologischer und demografischer Veränderungen. So sind etwa alle Länder weltweit von den Anstrengungen betroffen, den rapide steigenden Bedarf an Wasser, Nahrungsmitteln und Energie zu decken. Ebenso verhält es sich mit den Bemühungen, die Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen, die Armut zu bekämpfen, die Lebensstandards zu verbessern und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen – scheitern diese, so sind Stabilität, Sicherheit und Nachhaltigkeit der ganzen Welt bedroht.

In dem bei der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) in Kairo 1994 verabschiedeten Aktionsprogramm wurden Politikprioritäten für eine nachhaltige Entwicklung formuliert. In der Präambel werden der Schwerpunkt und die Zielsetzungen dieses richtungsweisenden Übereinkommens klar umrissen: „Die Bevölkerungs- und Entwicklungsziele und -maßnahmen des vorliegenden Aktionsprogramms werden sich kollektiv mit den entscheidenden Herausforderungen und Wechselwirkungen zwischen der Bevölkerungsentwicklung und einem dauerhaften Wirtschaftswachstum im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung auseinandersetzen“ (Ziffer 1.9). In Anlehnung an die Rio-Erklärung von 1992 (Grundsatz 8) skizziert das ICPD-Aktionsprogramm (Grundsatz 6) einen zweigleisigen Ansatz zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, und zwar insbesondere durch nachhaltigere Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten – Markenzeichen einer grünen Wirtschaft – sowie die Entwicklung und Umsetzung geeigneter Politikmaßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels.

Demografie ist kein Schicksal

Wenn wir nicht sehr bald handeln, könnte die Weltbevölkerung bis 2100 auf 16 Milliarden steigen.

Ob die Weltbevölkerung zur Mitte des Jahrhunderts 9 Milliarden überschreiten und sich zum Ende des Jahrhunderts bei etwa 10 Milliarden einpendeln wird oder stattdessen bis zur Mitte des Jahrhunderts auf über 10 Milliarden wachsen und zum Ende des Jahrhunderts rd. 16 Milliarden erreichen wird, hängt von den Politikmaßnahmen ab, die jetzt ergriffen werden. Letztlich ist es nur eine Differenz von 0,5 Kindern pro Frau, die den Unterschied zwischen den mittleren und den hohen Bevölkerungsprojektionen der Vereinten Nationen ausmacht (UNFPA, 2011b; VN, 2010). Jedes Jahrzehnt, um das sich die Senkung der Geburtenrate auf Bestandserhaltungsniveau verzögert, bedeutet für viele weitere Jahrzehnte einen erheblichen Bevölkerungszuwachs (VN, 2011).

Alle Länder, besonders die ärmsten, müssen Bevölkerungsdaten und -projektionen in ihren Entwicklungsstrategien berücksichtigen.

Der Bevölkerungsdynamik kann durch wirksame, auf den Menschenrechten basierende Politikmaßnahmen und sorgfältige Planung begegnet werden. Universeller Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung, freiwillige Familienplanung, Investitionen in die Bildung junger Menschen, insbesondere Mädchen, und die Stärkung der Position der Frauen können zusammengenommen eine große Wirkung erzielen. Diese Maßnahmen tragen nicht nur zur Verbesserung der Lebensqualität bei, indem sie die Säuglings-, Kinder- und Müttersterblichkeit reduzieren, die Ausbreitung ansteckender Krankheiten eindämmen und ungewollte Schwangerschaften junger Frauen verringern, sondern sie tragen auch zur Senkung der Geburtenrate und des Bevölkerungswachstums bei. Selbst wenn aber die Geburtenrate schnell auf Bestandserhaltungsniveau fallen sollte, würde die Bevölkerung allein auf Grund der hohen Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter noch jahrzehntelang weiter wachsen. In den ärmsten Ländern wird die Stadtbevölkerung noch schneller wachsen als die Landbevölkerung. Es ist unerlässlich, dass alle Länder, auch die ärmsten, systematisch Bevölkerungsdaten und -projektionen in ihren Entwicklungsstrategien berücksichtigen. Durch entsprechende Vorausplanung können die Länder den zahlreichen Herausforderungen, die mit einer rapiden Urbanisierung einhergehen, begegnen und die bedeutenden Chancen nutzen, die dieser Prozess für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung bietet. Demografische Veränderungen können Chancen für eine nachhaltige Entwicklung

schaffen. Die Abwanderung aus ländlichen Gegenden in die Städte kann den Druck auf die natürlichen Ressourcen vermindern und den Menschen eine Anpassung an Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds und der Umweltbedingungen ermöglichen. Auf diese Weise kann die Zunahme der Stadtbevölkerung – die in vielen der ärmsten Länder durch erhebliche Migrationsbewegungen beschleunigt wird – positiv zur nachhaltigen Entwicklung beitragen. Bei wachsenden Bevölkerungszahlen ist es ökonomisch und ökologisch sinnvoll, wenn die Menschen in städtischen Gebieten in größerer räumlicher Nähe leben, wo sie – einkommensbereinigt – in der Regel weniger Energie verbrauchen als in ländlichen Gebieten. Besonders groß sind die Energieeinsparungen im städtischen Wohnungsbau- und Verkehrssektor, wo der Staat grundlegende Infrastruktur- und Dienstleistungen zu geringeren Kosten pro Einwohner bereitstellen kann als in ländlichen Gebieten.

Demografische Veränderungen können Chancen für eine nachhaltige Entwicklung schaffen.

Ein Rückgang der Geburtenrate wird eine vorübergehende Verringerung der Abhängigenquotienten bewirken und dadurch den Ländern und den privaten Haushalten die Möglichkeit bieten, die Investitionen in ihre produktiven Ressourcen zu erhöhen. Höhere Investitionen in junge Menschen beispielsweise können zu einer gesünderen, besser ausgebildeten und produktiveren Erwerbsbevölkerung beitragen; wenn diese jungen Menschen Arbeitsplätze finden, wird dadurch ein höheres und dauerhafteres Wirtschaftswachstum erzielt. Das ICPD-Aktionsprogramm wies darauf hin, dass „ein langsameres Bevölkerungswachstum in vielen Ländern mehr Zeit für die Anpassung an das zukünftige Bevölkerungswachstum erkauft hat. Dadurch sind die Länder besser in der Lage, die Armut zu bekämpfen, die Umwelt zu schützen und wiederherzustellen und die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung in der Zukunft zu schaffen. Bei der Senkung der Geburtenrate auf Stabilisierungsniveau kann selbst der Unterschied, den ein einziges Jahrzehnt ausmacht, bereits einen bedeutenden positiven Einfluss auf die Lebensqualität haben" (ICPD, 1994).

Der Weg in die Zukunft

Die untrennbare Verflechtung von Bevölkerungsdynamik und nachhaltiger Entwicklung bringt konkrete Politikimplikationen für Entwicklungsländer und ihre bilateralen und multilateralen Entwicklungspartner mit sich. Mittlerweile herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass Bevölkerungsbelange eine wichtige Rolle für die nachhaltige Entwicklung spielen und dass die Implikationen dieser Wechselwirkungen genau erfasst werden müssen, um eine glaubwürdige Agenda zu entwickeln. Um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, müssen Entwicklungsländer und ihre Partner folgende Voraussetzungen schaffen: *a)* universeller Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung und Familienplanung, *b)* Investitionen in Bildung mit besonderem Schwerpunkt auf Geschlechterparität, *c)* Stärkung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen und *d)* systematische Berücksichtigung von Bevölkerungsprojektionen in Entwicklungsstrategien und -politikmaßnahmen. Eine vorausschauende Planung, die den prognostizierten Veränderungen der Bevölkerungszahlen und Altersstrukturen bzw. der Migration und Urbanisierung Rechnung trägt, ist die Grundvoraussetzung für eine nachhaltige ländliche, städtische und nationale Entwicklung sowie für Bemühungen zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel sowie zur Reduzierung des Katastrophenrisikos. Staaten, die es versäumen, diese demografischen Veränderungen in ihre Planungen einzubeziehen und deren Vorteile zu nutzen, werden gezwungen sein, in einem permanenten Krisenmodus zu handeln und auf die demografischen Herausforderungen zu reagieren, wenn sie eintreten – was in der Regel kostspieliger und weniger effektiv ist.

Literaturverzeichnis

FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation) (2010), *Growing Food for 9 Billion*, FAO, Rom.

Herrmann, M. (2012), "Human Well-being, Economic Prosperity and Environmental Protection", Beitrag zur Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung, Rio de Janeiro, Brasilien, 20.-22. Juni 2012.

ICPD (Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung) (1994), "Programme of Action", Bericht der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung, 5.-13. September 1994, UNFPA, Kairo.

IIASA und UNFPA (Internationales Institut für angewandte Systemanalyse und Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen) (2011), "The Laxenburg Declaration on Population and Sustainable Development, Statement of a Global Expert Panel", Oktober 2011, Laxenburg.

ILO (Internationale Arbeitsorganisation) (2011), "Growth, Employment and Decent Work in the Least Developed Countries", Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation für die vierte Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder, Istanbul, 9.-13. Mai 2011, ILO, Genf.

UNCTAD (Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen) (2011), "The Least Developed Countries Report 2011: The Potential Role of South-South Co-operation for Inclusive and Sustainable Development", UNCTAD, Genf und New York.

UNFPA (2011a), "Population Dynamics in the Least Developed Countries: Challenges and Opportunities for Development and Poverty Reduction", *Beitrag zur vierten Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder*, Istanbul 9.-13. Mai 2011, UNFPA, New York.

UNFPA (2011b), "Population Matters for Sustainable Development", UNFPA, New York.

VN (Vereinte Nationen) (2011), *World Population Prospects: The 2010 Revision*, Population Division im Department of Economic and Social Affairs des Sekretariats der Vereinten Nationen, New York.

WEF (Weltwirtschaftsforum) und UNFPA (2012), "The Missing Link in Sustainable Development: A Call to Integrate Population in the Water, Food, Energy Nexus", *Statement of a Global Expert Panel*, März 2012, UNFPA, New York.

Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2012
Nachhaltigkeit und Entwicklung verbinden
© OECD 2013

TEIL II

Kapitel 5

Nachhaltige Energie für alle erreichen

von
Andris Piebalgs
EU-Kommissar für Entwicklung

Die Entwicklungsländer benötigen nachhaltige Energie, um ihr Wachstum zu fördern und die Menschen aus der Armut zu befreien. Weltweit haben 1,3 Milliarden Menschen nach wie vor keinen Sromanschluss, und bis zu eine weitere Milliarde muss im besten Fall mit einem unzuverlässigen Zugang auskommen. Insbesondere das ländliche Subsahara-Afrika hat eine Elektrifizierungsrate von nur 12%, und die Gesamtzahl der Personen ohne Stromanschluss nimmt kontinuierlich zu. Die Vereinten Nationen (VN) streben im Rahmen ihrer Initiative „Nachhaltige Energie für alle" an, bis zum Jahr 2030 den Zugang aller Bürger zu modernen Energiedienstleistungen zu sichern. In diesem Kapitel beschreibt der Autor, wie die Europäische Union, die über die Hälfte der weltweiten öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA) bereitstellt, ihren Beitrag zur Initiative der VN leistet, wobei der Schwerpunkt auf dem Zugang zu modernen Energiedienstleistungen, der regionalen Integration – unter Fokussierung auf Projekte mit regionaler Reichweite – sowie auf der breitbasierten Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien liegt. Dennoch merkt er an, dass die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit diese Herausforderung nicht allein wird bewältigen können. Der private Sektor wird sich viel aktiver einbringen müssen, sowohl durch Investitionen als auch durch die Bereitstellung von Finanzmitteln. Der Lohn wird beträchtlich sein: neue Märkte, neue produktive Partnerschaften, neue innovative Technologien für die Entwicklungsländer sowie höhere Einkommen und mehr Arbeitsplätze.

Die Entwicklungsländer benötigen Energie, um ihr Wachstum zu fördern und die Menschen aus der Armut zu befreien. Sie benötigen nachhaltige Entwicklung, und dies bedeutet nachhaltige Energie. Wie sollen die Regierungen der Entwicklungsländer ohne Elektrizität jeden Bürger mit sauberem Wasser versorgen können? Wie können sie eine gute Bildung gewährleisten? Wie eine medizinische Grundversorgung bieten oder neue Arbeitsplätze schaffen? Und dennoch haben viele der Ärmsten der Welt heute nach wie vor keinen Zugang zu einer verlässlichen Stromversorgung.

> *Wenn die Welt bis 2030 nachhaltige Energie für alle erreichen will, müssen wir heute handeln.*

Im September 2011 lancierte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, die Initiative „Nachhaltige Energie für alle". Bis 2030 sollen folgende Ziele erreicht werden: 1. Sicherung des Zugangs aller Bürger zu modernen Energiedienstleistungen, 2. Verdoppelung der Geschwindigkeit, mit der die Energieeffizienz weltweit verbessert wird, und 3. Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am weltweiten Energiemix. Dies stellt eine gewaltige Herausforderung dar, die enorme Investitionen und konzertierte Bemühungen seitens aller beteiligten Parteien erfordert. Und es ist jetzt an der Zeit, zu handeln.

Präsident Kagame aus Ruanda brachte dies gegenüber seinen Ministern eloquent auf den Punkt: „Warum haben unsere Bürger keinen Strom? Wir brauchen Strom, keine Geschichten über Strom. Davon haben wir genug gehabt, und ich will, dass wir diesbezüglich tätig werden. Wir können nicht länger warten."

Wir in der EU sind bereit, unseren Beitrag zur Unterstützung der Initiative zu leisten, indem wir unsere Tätigkeit verstärken. Dort, wo es ein starkes Engagement seitens der Regierungen gibt, müssen wir als Partner bereitstehen – mit unseren Entwicklungsleistungen und mit Unterstützung unseres privaten Sektors.

Zugang zu moderner Energie

Die Entscheidung Ban Ki-moons für die Vision, bis zum Jahr 2030 nachhaltige Energie für alle zu erreichen, wurde nicht leichtfertig getroffen. Sie erwuchs aus einer Erkenntnis, die seit dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2002 in Johannesburg stetig gewachsen war, nämlich, dass Energiearmut ein entscheidendes Hindernis für wirtschaftliche Entwicklung und die Beseitigung der Armut in den Entwicklungsländern ist.

Der Zugang zu modernen Energiequellen verbessert das Leben der Menschen auf vielfältige Art und Weise. Am wichtigsten ist, dass er ihre Fähigkeit steigert, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und der Subsistenzwirtschaft zu entkommen. Ohne angemessenen Zugang zu erschwinglicher Energie können die Menschen in Armut gefangen sein, da ihnen die Mittel fehlen, sich durch Arbeit daraus zu befreien. Der wichtige Zusammenhang zwischen der Beseitigung der Armut und der produktiven Nutzung von Energie ist in jüngster Zeit in zahlreichen Studien hervorgehoben worden (Practical Action, 2010; EU Energy Initiative und GIZ, 2011). Die Landwirtschaft – die Hauptaktivität, auf die sich nahezu die Hälfte aller Menschen in den Entwicklungsländern für ihren Lebensunterhalt stützt – bietet klare

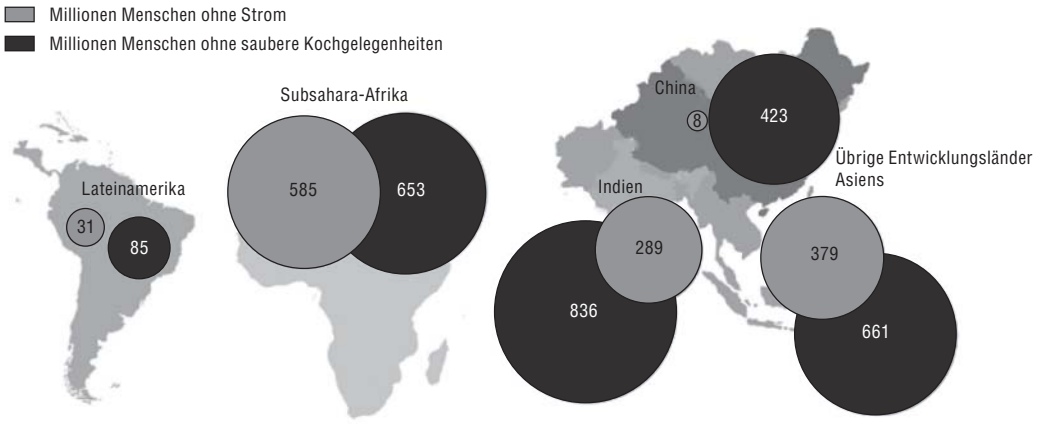
Beispiele: Ein besserer Zugang zu Energie hat auf allen Stufen der Wertschöpfungskette beträchtliche Auswirkungen auf die Produktivität und die Erträge, von der Erzeugung über die Verarbeitung und die Lagerung nach der Ernte bis hin zur Vermarktung.

Ohne weitere Anstrengungen wird sich die Zahl der Menschen, die keinen Stromanschluss haben, im Jahr 2030 weiterhin auf über eine Milliarde belaufen.

In den vergangenen Jahrzehnten haben einige Länder bemerkenswerte Fortschritte bei der Verbesserung des Zugangs ihrer Bürger zu modernen Energiedienstleistungen erzielt. Die Elektrifizierung in China ist das herausragende Beispiel, aber auch viele andere Länder in Asien, ebenso wie einige in Afrika, haben diesbezüglich gute Ergebnisse erreicht. Und dennoch zeigen aktuelle Analysen, dass die Zahl der Menschen ohne Stromanschluss im Jahr 2030 weiterhin bei über einer Milliarde liegen wird, wenn wir unsere Anstrengungen nicht noch weiter intensivieren, und auch die Zahl der Menschen, die nicht über saubere Kochgelegenheiten verfügen, wird ansonsten nicht sinken.

Energiearmut ist auf der Welt nicht gleichmäßig verteilt. In ihrem jährlich erscheinenden *World Energy Outlook* macht die Internationale Energie-Agentur von den begrenzt verfügbaren Datenquellen Gebrauch, um die Fortschritte zu verfolgen und zu analysieren. Die aktuellsten Daten sind in Abbildung 5.1 dargestellt.

Abbildung 5.1 **Weltweite Verteilung der Energiearmut, 2009**



Quelle: IEA (Internationale Energie-Agentur) (2011), *World Energy Outlook 2011*, OECD Publishing, Paris.

Eine krasse statistische Maßzahl geht aus dieser Abbildung hervor: Über 95% der Menschen, denen der Zugang zu modernen Energiedienstleistungen verwehrt ist, leben entweder in Subsahara-Afrika oder in den Entwicklungsregionen Asiens.

In Subsahara-Afrika haben mindestens 88% der ländlichen Bevölkerung keinen Stromanschluss.

Es ist von ganz wesentlicher Bedeutung, dass unsere Bemühungen zur Bewältigung des Problems des Energiezugangs einen besonderen Schwerpunkt Afrika beinhalten. Die meisten Armen in Afrika leben in ländlichen Gebieten, in denen lediglich 23% über einen Stromanschluss verfügen. Die Zahl für das ländliche Subsahara-Afrika ist noch niedriger und beläuft sich auf magere 12%. In Subsahara-Afrika insgesamt besitzen weniger als 30% der Bevölkerung einen Stromanschluss. Darüber hinaus ist dies die einzige Region der Welt, in der die Gesamtzahl

der Personen ohne Stromanschluss stetig steigt; leider wird sich dieser beunruhigende Trend voraussichtlich fortsetzen. Und schließlich beläuft sich der Bevölkerungsanteil, der sich auf Biomasse als Primärenergieträger zum Kochen stützt, in Teilen Subsahara-Afrikas auf 90%.

Die Energieinitiative der EU

Die EU gehörte zu den Ersten, die sich an die Bewältigung des Problems des Energiezugangs gemacht haben, indem sie beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (2002) die EU-Energieinitiative (EUEI) lancierte. Die im Zusammenhang mit dem Gipfel veröffentlichte Publikation *Energy for the Poor* (DFID, 2002) bot den Kontext für die EUEI, indem sie den starken Zusammenhang zwischen Energiezugang und Armutsbekämpfung unterstrich und Energie als das fehlende Millenniumsentwicklungsziel identifizierte. Die EUEI verfolgte ein dreifaches Ziel: die politische Sensibilisierung von Politikverantwortlichen auf hoher Ebene, die Erzielung von Kohärenz und Synergien bei energiebezogenen Aktivitäten sowie die Mobilisierung neuer Ressourcen (Kapital, Technologie und Personal) des privaten Sektors, von Finanzinstituten, der Zivilgesellschaft sowie der Endverbraucher. Die EU richtete die Partnership Dialogue Facility[1] der EUEI ein, um die Bemühungen der Entwicklungsländer zu unterstützen, das Thema Energie in ihre Strategien zur Armutsbekämpfung einzubinden, und initiierte die erste AKP[2]-EU-Energiefazilität[3], um einen Bottom-up-Ansatz bei der Bewältigung des Problems des Energiezugangs zu verfolgen.

Der Schwerpunkt auf Energie in Afrika erhielt im Dezember 2007 in Lissabon starken Auftrieb, als die EU und Afrika beschlossen, die Afrika-EU-Energiepartnerschaft[4] (AEEP) als Teil der Gemeinsamen Strategie EU-Afrika zu schaffen. Die AEEP baut unmittelbar auf der EU-Energieinitiative auf und wurde als langfristiger Rahmen konzipiert, der für Struktur im politischen Dialog und in der Zusammenarbeit zwischen Afrika und der EU in strategischen Energiefragen sorgen soll und sowohl den afrikanischen als auch den europäischen Bedürfnissen Rechnung trägt. Ich nahm an der Hochrangigen Tagung der Energiepartnerschaft EU-Afrika in Wien (September 2010) teil, wo wir uns mit unseren afrikanischen Partnern auf drei gemeinsame Ziele verständigten: bis 2020 zusätzliche 100 Millionen Menschen mit modernen Energiedienstleistungen zu versorgen, die Kapazität der grenzüberschreitenden Stromverbundnetze in Afrika sowie zwischen Afrika und Europa zu verdoppeln sowie zusätzliche 10 000 MW an Wasserkraft-, 5 000 MW an Windkraft- und 500 MW an Solarenergieanlagen zu bauen. Somit waren wir mit der AEEP schon vor dem Start der Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ auf dem richtigen Weg.

2010 erhöhte die EU ihre Mittel für Energiezugangsprojekte in Afrika.

Im Mai 2009 legte der Rat der Europäischen Union in seinen Schlussfolgerungen zu Energie und Entwicklung[5] besonderes Augenmerk auf die Förderung eines besseren Zugangs zu modernen Energiedienstleistungen in den ländlichen und periurbanen Gebieten Afrikas, wobei im Mittelpunkt dieser Förderung dezentrale Lösungen und erneuerbare Energien stehen. In Reaktion auf diese Schlussfolgerungen des Rates wurden die finanziellen Mittel für die AKP-Energiefazilität von 200 Mio. Euro auf 400 Mio. Euro erhöht.

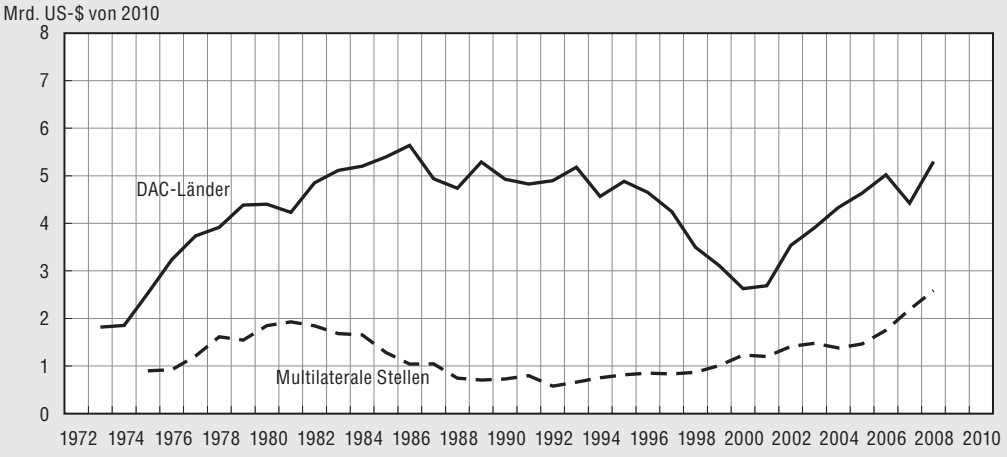
Insgesamt hat die Europäische Kommission in den vergangenen sieben Jahren[6] im Durchschnitt rd. 315 Mio. Euro jährlich ausgegeben, um den Zustand des Energiesektors in den Entwicklungsländern zu verbessern, Bemühungen zur Verbesserung des Zugangs zu modernen Energiedienstleistungen eingeschlossen (Kasten 5.1). Ein neues Kombiinstrument wurde 2010 geschaffen, mit dem die Zuschussmittel der EU mit Krediten europäischer Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen kombiniert werden, um die durch die Energiefazilität

Kasten 5.1 **Trends in der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit: Energie**

Zwischen Mitte der 1980er und Anfang der 2000er Jahre sank der Anteil der öffentlichen Entwicklungsleistungen im Energiebereich von über 8% der sektorspezifischen Leistungen auf rd. 4%. Im vergangenen Zehnjahreszeitraum ist er indessen wieder gestiegen und liegt nunmehr in realer Rechnung nahe bei seinem Höchststand Mitte der 1980er Jahre. Der Rückgang begann, als das „Vorschlagspaket für Helsinki" 1992 in Kraft trat. Dieses verhinderte die Nutzung gebundener Entwicklungsleistungen für wirtschaftlich bestandsfähige Projekte, was zu einem Rückgang der öffentlichen Entwicklungsleistungen für Energieprojekte und einer Verlagerung zum Kapazitätsaufbau (z.B. als Beitrag zur Ausarbeitung energiepolitischer Maßnahmen) führte, wofür geringere ODA-Mittel benötigt wurden. Die öffentlichen Entwicklungsleistungen im Energiebereich begannen Anfang der 2000er Jahre wieder zu steigen, nachdem das Kyoto-Protokoll das Interesse der Geber an Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien hervorgerufen hatte.

Abbildung 5.2 **Tendenzielle Entwicklung der energiebezogenen ODA**

Zusagen 1973-2010, gleitender Fünfjahresdurchschnitt, konstante Preise von 2010

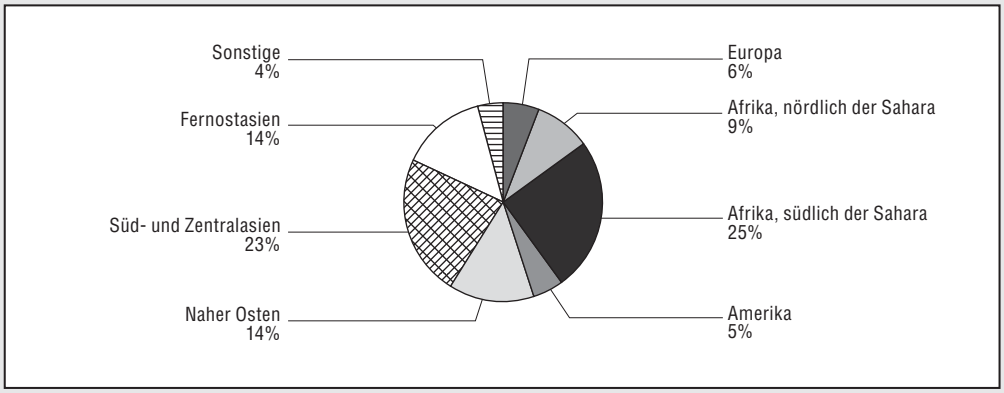


Anmerkung: Gleitender Fünfjahresdurchschnitt, z.B. 2008 = Durchschnitt von 2006-2010.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932699972

Abbildung 5.3 **Regionale Aufschlüsselung der energiebezogenen ODA, alle Geber**

Zusagen 2005-2010



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932699991

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Tabelle 5.1 **Energiebezogene ODA nach Geber, 2005-2010**

Jahresdurchschnittliche Zusagen und Auszahlungen, Anteile an den gesamten sektorspezifischen Leistungen, in konstanten Preisen von 2010

	Zusagen, Mio. US-$			In % der sektorspezif. Leistungen			Auszahlungen, Mio. US-$		
	2005-06	2007-08	2009-10	2005-06	2007-08	2009-2010	2005-06	2007-08	2009-10
Australien	10	25	14	1	1	0	7	15	14
Belgien	5	30	59	1	3	5	3	5	36
Dänemark	53	47	17	4	5	1	45	51	28
Deutschland	558	849	1 582	10	12	18	239	470	1 040
Finnland	38	6	58	8	1	7	4	10	14
Frankreich	106	108	304	3	2	5	94	126	105
Griechenland	0	1	1	0	0	1	0	1	1
Irland	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Italien	197	27	3	24	3	0	102	78	41
Japan	1 415	1 848	2 065	13	14	16	980	1 435	1 469
Kanada	16	11	3	1	0	0	14	9	11
Korea	2	127	161	1	11	10	17	15	46
Luxemburg	1	2	1	0	1	0	1	2	1
Neuseeland	3	1	1	1	0	0	1	1	0
Niederlande	66	139	168	2	4	4	43	80	105
Norwegen	84	186	203	4	8	7	127	256	134
Österreich	8	9	15	3	2	4	5	9	12
Portugal	1	0	25	0	0	10	1	0	25
Schweden	45	59	69	2	4	4	46	51	57
Schweiz	23	22	27	3	2	3	25	17	14
Spanien	41	261	271	3	9	8	52	73	306
Ver. Königreich	114	37	97	3	1	2	63	42	108
Ver. Staaten	1 269	1 476	940	7	7	4	1 629	1 108	605
DAC-Mitglieder insg.	**4 052**	**5 272**	**6 084**	**7**	**7**	**7**	**3 496**	**3 854**	**4 172**
Kuwait (KFAED)	..	..	243	..	..	47	..	..	111
Ver. Arabische Emirate	..	..	112	..	..	9	..	..	9
Andere bilaterale Geber	**..**	**..**	**356**	**..**	**..**	**20**	**..**	**..**	**120**
AfDF	57	204	345	4	14	14	43	41	101
Arabischer Fonds (AFESD)	..	316	538	..	46	46	..	198	431
AsDF	39	77	352	3	5	18	..	..	46
EU-Institutionen	508	445	272	5	5	3	153	252	319
GEF	..	..	67	..	..	11	..	7	2
IDA	717	1361	1627	8	11	12	469	782	992
IDB Sonderfonds	20	23	59	4	8	9	..	..	27
Isl.Entwicklungsbank	..	..	6	..	..	3	..	..	0
Nord. Entwicklungsfond	..	..	15	..	..	30	..	..	1
OFID	..	..	104	..	..	17	..	..	25
Sonstige VN-Stellen	1	6	25		11	0	1	3	13
Multilaterale Leistungen insg.	**1 342**	**2 433**	**3 410**	**6**	**9**	**10**	**665**	**1 285**	**1 957**
Nachrichtlich: EU-Institutionen + EU-Mitgliedstaaten[1]	1 739	2 021	2 942	5	5	6	849	1 250	2 197
Insgesamt	**5 393**	**7 705**	**9 850**	**6**	**8**	**8**	**4 160**	**5 138**	**6 249**

Anmerkung: Daten zu den auf Umweltbelange ausgerichteten Leistungen der DAC-Mitglieder werden mit Hilfe des Policy-Markers zur umweltbezogenen ODA erfasst. Die DAC-Mitglieder prüfen alle ihre Entwicklungsaktivitäten und kennzeichnen sie in ihrer Berichterstattung gegenüber dem Creditor Reporting System (CRS) entsprechend als *a)* auf die Umwelt als „Hauptziel" oder als „wichtiges Ziel" ausgerichtet oder *b)* nicht auf die Umwelt ausgerichtet. „Hauptziel" bedeutet, dass Umweltbelange ein explizites Ziel der Aktivität darstellen und wesentlicher Bestandteil ihrer Konzeption sind. „Wichtiges Ziel" heißt, dass die Umwelt ein bedeutendes, aber nur sekundäres Ziel der Aktivität ist.

1. In der Zeile *Nachrichtlich:* „EU-Institutionen + EU-Mitgliedstaaten" ist die Summe der von den EU-Mitgliedsländern an die Entwicklungsländer geleisteten Beiträge und der Mittelabflüsse der „EU-Institutionen" an die Entwicklungsländer angegeben.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700067

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

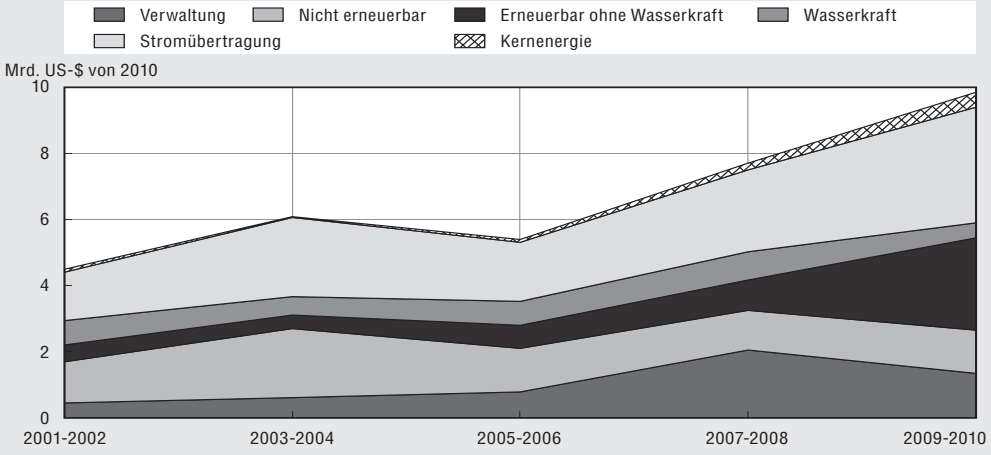
2009-2010 beliefen sich die jährlichen ODA-Zusagen im Energiebereich im Durchschnitt insgesamt auf nahezu 10 Mrd. US-$. Unter den DAC-Mitgliedern waren Japan (2 Mrd. US-$) und Deutschland (1,6 Mrd. US-$) im Zeitraum 2009-2010 die größten Geber. Auf multilateraler Ebene ist die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), die für die Weltbank zinsverbilligte Kredite vergibt, die maßgebliche Stelle (1,6 Mrd. US-$).

Im Zeitraum 2005-2010 flossen ODA-Leistungen im Energiebereich primär nach Asien, einschließlich dem Nahen Osten (51%), gefolgt von Afrika (34%).

Im vergangenen Zehnjahreszeitraum haben die Geber ihre ODA von nicht erneuerbaren zu erneuerbaren Energiequellen hin verlagert. Bis 2009-2010 wurden Umweltbelange in über der Hälfte der ODA-Programme der DAC-Mitglieder im Energiesektor entweder als wichtiges Ziel oder als Hauptziel berücksichtigt.

Abbildung 5.4 **Subsektorale Aufschlüsselung der energiebezogenen ODA, alle Geber**

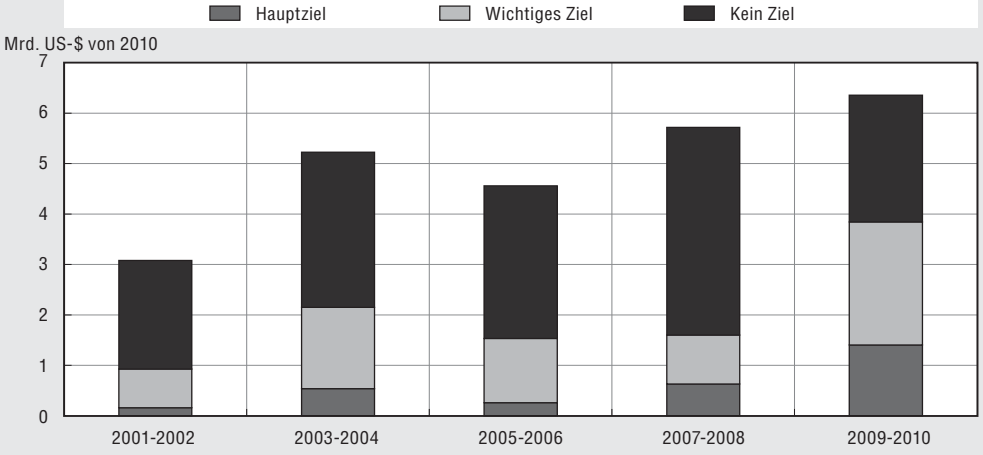
Jahresdurchschnittliche Zusagen, konstante Preise von 2010



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700010

Abbildung 5.5 **Auf Umweltziele ausgerichtete ODA der DAC-Mitglieder im Bereich Energie**

Jahresdurchschnittliche Zusagen, konstante Preise



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700029

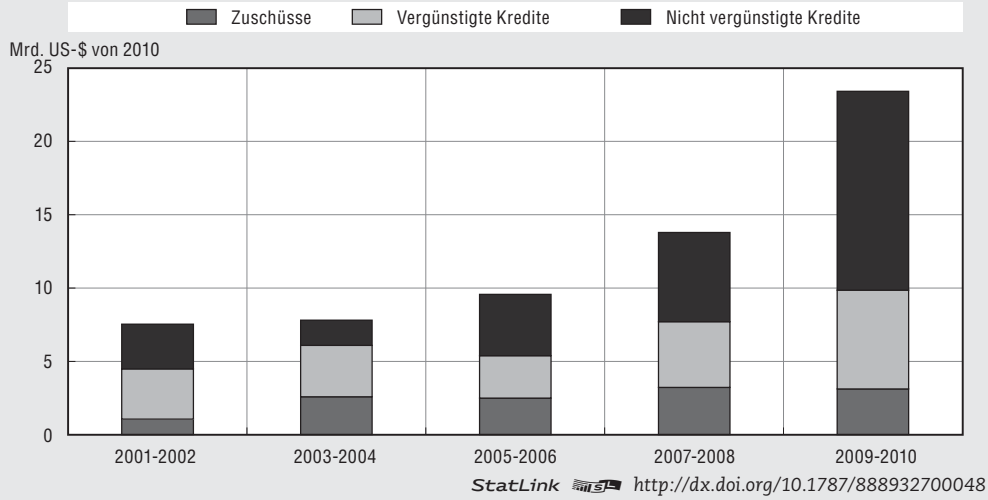
(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Während die ODA-Leistungen im Energiebereich zunahmen, stieg die Finanzierung zu marktüblichen Bedingungen im Energiebereich sogar noch stärker: Diese Finanzströme erhöhten sich von 22% der gesamten Finanzierung im Energiesektor im Zeitraum 2003-2004 auf 58% im Zeitraum 2009-2010. Multilaterale Stellen sind die Hauptquelle dieser nicht vergünstigten Leistungen.

Abbildung 5.6 **Energiebezogene ODA-Gesamtleistungen: Zuschüsse, Kredite zu vergünstigten und zu marktüblichen Bedingungen**

Jahresdurchschnittliche Zusagen, konstante Preise



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700048

Quelle: www.oecd.org/dac/stats/energy.

geförderten Projekte zur Verbesserung des Energiezugangs aufzustocken. Darüber hinaus ist Energie eine Priorität der Europäischen Investitionsbank (EIB), was dazu geführt hat, dass den Entwicklungsländern in den vergangenen Jahren Milliarden von Euro in Form zinsgünstiger Darlehen gewährt wurden.

In ihrer *Agenda für den Wandel* (Europäische Kommission, 2011) schlägt die EU eine stärkere Fokussierung auf Maßnahmen und Aspekte vor, die ein inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördern. Nachhaltige Energie ist für ein solches Wachstum von zentraler Bedeutung. Die Erschließung des enormen Potenzials nachhaltiger Energie wird Beschäftigungschancen schaffen und zugleich den Schutz wichtiger Naturressourcen – sowie Investitionen in diese – ermöglichen, zu CO_2-armen und ressourceneffizienten Lösungen führen und einen Beitrag zur Beseitigung der Armut leisten. In Anerkennung der Tatsache, dass ohne Zugang zu Energie keine echte Entwicklung möglich ist, wird mit der *Agenda für den Wandel* versucht, Energie in den Dienst der Entwicklung zu stellen.

Zugang und Integration

> *Nachhaltige Energie ist für ein inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum von zentraler Bedeutung.*

Um nachhaltige Energie für alle bis 2030 zu realisieren, muss an allen Aspekten der Stromversorgung gearbeitet werden – von der Stromerzeugung und -übertragung bis zur Endverteilung und dem effektiven Anschluss der Kunden. Ferner werden die

Bemühungen verstärkt werden müssen, die Kochenergien zu modernisieren und produktive Verwendungszwecke für Energie zu entwickeln. Die Europäische Kommission hat ihren Erfahrungsschatz und Finanzierungsinstrumente eingebracht, die sich auf alle drei Ziele auswirken, die im Rahmen der Afrika-EU-Energiepartnerschaft definiert wurden, nämlich Zugang zu modernen Energiedienstleistungen, regionale Integration und breitbasierte Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen.

Energiezugang. Über die AKP-EU-Energiefazilität ist die EU an über 130 Projekten in den AKP-Ländern beteiligt. Zusätzlich zu den zugesagten rd. 340 Mio. Euro hat die Fazilität etwa denselben Betrag an Fremdmitteln von anderen öffentlichen und privaten Quellen mobilisiert. Insgesamt konnten die beteiligten Länder zwischen 12 und 13 Millionen Menschen mit modernen Energiedienstleistungen versorgen. Die Projekte haben uns darüber hinaus geholfen, wertvolle Erfahrungen zu sammeln, aus denen zahlreiche gute Beispiele für die Verbesserung der Stromversorgung und die effizientere Nutzung von Biomasseressourcen hervorgingen. Das von der GIZ[7] kofinanzierte Projekt „Providing Access to Modern Energy in Northern Uganda" (PAMENU) in Uganda ist hierfür ein Beispiel. Das Projekt arbeitet mit sehr begrenzten Mitteln und hat über eine Million Menschen mit modernen Energiedienstleistungen versorgt, einschließlich 220 sozialer Einrichtungen sowie kleiner und mittlerer Unternehmen. Zu den angewendeten Technologien gehören effiziente Kochherde, Kleinstwasserkraftanlagen und Photovoltaiksysteme.

Eine unzuverlässige Stromversorgung kann eine Volkswirtschaft zwischen 1% und 2% des BIP kosten.

Regionale Integration. Auf Grund der schlecht miteinander verbundenen nationalen Stromsysteme in Afrika ist die Verlässlichkeit der Stromversorgung gering; die Strominfrastruktur bietet zudem nur einen Bruchteil der Dienstleistungen, die es in anderen Teilen der Welt gibt. Die wirtschaftlichen Kosten einer unzuverlässigen Stromversorgung können sich leicht auf 1-2% des BIP belaufen.

Projekte mit regionaler Reichweite können bei der Verbesserung der Vernetzung eine zentrale Rolle spielen. Dies ist beim Treuhandfonds für die Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika[8] der Fall, einem Finanzierungsinstrument, das der Förderung von Infrastrukturinvestitionen mit regionalen Auswirkungen dient. Der Fonds, der seine Arbeit im Juni 2007 aufnahm, kombiniert Zuschussmittel der Europäischen Kommission und der EU-Mitgliedstaaten mit den Kreditvergabemöglichkeiten der EIB, europäischer Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen sowie der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB). Seit seiner Einrichtung hat der Treuhandfonds für die Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika Mittel in Höhe von nahezu 400 Mio. Euro aufgebracht. Von den bisher zugesagten 300 Mio. Euro entfallen rd. 50% auf den Energiesektor, mit denen etwa 30 große Energieprojekte gefördert und Investitionen im Umfang von über 1 Mrd. Euro mobilisiert werden. Eines der ersten unterstützten Projekte war das Wasserkraftwerk in Félou am Senegalfluss. Bei einer Leistung von 60 MW und Kosten in Höhe von rd. 200 Mio. Euro wurde das Kraftwerk vom Treuhandfonds für die Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika kofinanziert. Bei dieser als Laufwasserkraftwerk (d.h. ohne Staudamm) errichteten Anlage wird die natürliche Kraft der Félou-Wasserfälle des Senegalflusses nutzbar gemacht, die rd. 15 km stromaufwärts der Stadt Kayes in Mali liegen. In diesem von chronischen Stromausfällen geplagten Gebiet erzeugt das Kraftwerk kostengünstigen Strom aus Wasserkraft für Mali, Mauretanien und Senegal.

Dem Projekt in Félou sind viele andere gefolgt. So ist beispielsweise die Caprivi-Verbundleitung eine 970 km lange Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitung

mit einer Kapazität von 300 MW; sie verbindet Sambia mit Namibia und unterstützt auch die Elektrifizierung des ländlichen Raums im Norden Namibias. Der Treuhandfonds für die Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika hat ferner eine Fazilität zur Abschwächung der finanziellen Risiken bei der Entwicklung von Geothermiekraftwerken in drei ostafrikanischen Ländern gefördert. Regionale Projekte wie diese werden zur Verbesserung der Energiesicherheit, der Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel sowie der Verlässlichkeit der Energieversorgung beitragen.

Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien, in deren Rahmen privates Kapital mobilisiert wird, sind hervorragende Beispiele für besonders hilfreiche ODA-Programme.

Und schließlich hat die EU zur Mobilisierung privater Investitionen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz Finanzmittel für den mit 108 Mio. Euro dotierten Globalen Dachfonds für Energieeffizienz und erneuerbare Energien (Global Energy Efficiency and Renewable Energy Fund – GEEREF)[9] bereitgestellt, der eingerichtet wurde, um Marktversagen bei der Finanzierung kleiner und mittlerer Projekte in den Entwicklungsländern entgegenzuwirken. Als Ankerinvestor schafft und unterstützt der GEEREF Regionalfonds, die wiederum Risikokapital in Form von Eigenkapital für Projekte zur Verfügung stellen. Der GEEREF investiert weltweit, räumt den weniger entwickelten Ländern jedoch Priorität ein. Eine seiner wichtigsten Aufgaben ist die Förderung des Entstehens einer neuen Klasse von Fondsmanagern, die sich auf die Erhöhung des Zugangs zu nachhaltiger Energie und die Bekämpfung des Klimawandels auf einer soliden finanziellen Grundlage spezialisieren. Über seine Fazilität für Technische Hilfe ist der GEEREF außerdem in der Lage, in der Gründungsphase der Regionalfonds entscheidende Unterstützung zu leisten. Zu seinem Portfolio gehören derzeit Wasserkraft-, Windkraft- und Biomasseprojekte in Asien und Afrika. Im Rahmen dieser Projekte wurde ein hoher Betrag an privatem Kapital aufgenommen, was ein hervorragendes Beispiel für besonders hilfreich eingesetzte ODA darstellt.

Herausforderungen und Hemmnisse

„In Niedrigeinkommensländern muss die Ausweitung des Zugangs unsere Priorität sein. Wir benötigen private Finanzierungsmittel in noch nie dagewesenem Ausmaß. Wir benötigen einen Wandel, der die Energieerzeugung, -übertragung und -verteilung erhöht, sowie die Einführung netzferner („Off-grid"-)Technologien, und zwar nicht in der Größenordnung von zehn oder zwanzig Gigawatt, sondern von Hunderten von Gigawatt. Und wir müssen uns auf Länder und Regionen wie Subsahara-Afrika konzentrieren, wo das Zugangsdefizit am größten ist." (Erklärung von Vijay Iyer, Direktor der Abteilung Nachhaltige Energie der Weltbank, während des World Energy Future Summit im Februar 2012 in Abu Dhabi)

Diese Erklärung erinnert uns an die gewaltigen Herausforderungen, die vor uns liegen. In Anbetracht der 1,3 Milliarden Menschen, die nach wie vor keinen Sromanschluss haben, und bis zu einer weiteren Milliarde, die im besten Fall mit einem unzuverlässigen Stromanschluss zurechtkommen muss, ist es klar, dass wir unsere Anstrengungen verstärken müssen. Nachhaltige Energie für alle bis 2030 zu verwirklichen, erfordert eine beträchtliche Steigerung der Investitionen, der Stromerzeugung, der Energieübertragung sowie ihrer Verteilung.

Öffentliche Entwicklungsleistungen werden nicht ausreichen, um die Herausforderungen im Bereich der nachhaltigen Energie zu bewältigen.

In Anbetracht des gigantischen finanziellen Engagements, das benötigt wird, um die Ziele der Initiative „Nachhaltige Energie für alle" zu erreichen, sind die Wechselwirkungen

zwischen Politikmaßnahmen und finanziellen Ressourcen von überragender Bedeutung. Die öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA) werden, so wichtig sie auch sind, nicht ausreichen, um diese Herausforderung zu bewältigen. Der Erfolg wird von der Fähigkeit abhängen, den privaten Sektor in weitaus größerem Maße einzubinden, sowohl im Hinblick auf Investitionen als auch auf Finanzierungen. Wenn wir das Entwicklungspotenzial von Energie weitmöglichst erschließen wollen, wird es für unsere Partner in den Entwicklungsländern von entscheidender Bedeutung sein, institutionelle und rechtliche Strukturen zu bieten, die die Transparenz und die Rechenschaftspflicht bieten, die für die Mobilisierung umfangreicher privater Investitionen erforderlich sind. Sie werden ferner die Fähigkeit haben müssen, finanzierungsfähige Projekte zu definieren und vorzubereiten.

Die *Agenda für den Wandel* der EU betont die Notwendigkeit, die ODA-Leistungen bestmöglich einzusetzen und Zuschüsse zu nutzen, um private Finanzmittel zu mobilisieren. Die oben genannten Beispiele zeigen zwar, dass wir diesen Ansatz in die Tat umsetzen, wir müssen unsere Bemühungen nunmehr jedoch wesentlich steigern. Es lohnt sich überdies, sich daran zu erinnern, dass Investitionen im Energiebereich nicht immer umfangreiche Hilfen in Form von Zuschüssen benötigen. Tatsächlich können Investitionen in diesem Bereich reguläre Erträge generieren, wenn geeignete Management- und Kostendeckungsmechanismen vorhanden sind. Dies reicht zwar u.U. nicht immer aus, um alle anfänglichen Finanzierungskosten zu decken, zeigt jedoch, dass auch mit relativ begrenzten Mitteln Leistungen generiert werden können, die hohe Erträge bringen.

Mit ihrem ambitionierten Energieprogramm „20-20-20“[10] ist die EU gut gerüstet, um Fachwissen und technische Unterstützung zu bieten. Die EU ist auf dem Gebiet der erneuerbaren Energietechnologie und -effizienz führend und verfügt über wertvolle Erfahrungen im Hinblick auf die rechtlichen und administrativen Maßnahmen, die notwendig sind, um Investitionen in moderne Energietechnologie zu mobilisieren – sei es in Form von erneuerbarer Energie, fortschrittlichen Netzwerken oder Energieeffizienz.

Technologie allein wird indessen keine Investitionen bewirken. Die Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ bietet unseren Partnerländern zwar Chancen, sie stellt diese jedoch auch vor Herausforderungen – z.B. beim Festlegen von Prioritäten, dem Stellen der richtigen politischen Weichenstellungen sowie der Schaffung eines günstigen Unternehmensumfelds. Dies wird von entscheidender Bedeutung sein, wenn die Entwicklungsländer ein Klima des Vertrauens schaffen wollen, das dem privaten Sektor sowie Investoren behagt – und dieses Klima muss von festem politischem Willen getragen werden.

Die EU steht bereit, um dies in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zu erreichen. Die Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ bietet möglicherweise einige der größten Chancen des 21. Jahrhunderts – sowohl für die EU als auch für unsere Partnerländer – in diesen finanziell schwierigen Zeiten. Was die weitere Zukunft betrifft, werden indessen neue Märkte geschaffen und neue produktive Partnerschaften geschlossen werden, unsere Partnerländer werden sich neuer innovativer Technologien bedienen, und dies wird direkt und indirekt zu höheren Einkommen sowie mehr Arbeitsplätzen führen. Was wir hier erleben, ist tatsächlich nichts weniger als eine Energierevolution.

Der Weg in die Zukunft

Die Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ der VN erfordert konzertierte Bemühungen seitens aller Beteiligten. Die EU, die über die Hälfte der weltweiten ODA erbringt, steht vorbehaltlos hinter den drei Zielen dieser Initiative und setzt sich nachdrücklich für ihre Erreichung ein. Tatsächlich stimmen sie weitgehend mit den Zielen und Politikmaßnahmen überein, die die EU bereits selbst verfolgt.

Investoren benötigen ein Klima des Vertrauens, das von festem politischem Willen getragen wird.

Mit dem nötigen politischen Willen sind die Ziele des Generalsekretärs der Vereinten Nationen voll und ganz erreichbar, was mit echten Vorteilen verbunden wäre. Wir bei der EU sind entschlossen, diese Vorteile durch die Schaffung von Synergien zwischen binnen- und außenpolitischen Maßnahmen für unsere Partnerländer zu realisieren. Wir stehen zu unserer Verpflichtung, eine wichtige Rolle bei der Erreichung der Ziele zu spielen und dabei auf unseren Erfahrungsschatz und unser Fachwissen zurückzugreifen sowie den Versprechungen Ergebnisse und finanzielle Mittel folgen zu lassen.

Jetzt muss die harte Arbeit tatsächlich beginnen. Als Partner müssen wir uns auf die praktischen Aspekte der raschen Ausarbeitung eines endgültigen konkreten, aber ambitionierten Aktionsplans konzentrieren, der Ergebnisse liefern wird. Wir müssen zusammenarbeiten, um so bald wie möglich die nationalen Strategien im Bereich des Energiezugangs in den Entwicklungsländern aufzustellen. Und die Eigenverantwortung der Empfängerländer muss der Grundpfeiler unserer Initiative sein.

Mit klaren und transparenten Zusagen, deren Umsetzung kontrolliert wird, lassen sich selbst die ambitioniertesten Pläne in die Tat umsetzen – die EU weiß dies aus eigener Erfahrung. Was noch vor wenigen Jahren in den EU-Mitgliedsländern als höchst ambitioniert galt, wird heute als selbstverständlich betrachtet und wird zunehmend zum Tagesgeschäft. Haben wir daher keine Angst vor ambitionierten Plänen. Was nachhaltige Energie für alle betrifft, müssen wir daran glauben, dass die Möglichkeiten grenzenlos sind.

Anmerkungen

1. *www.euei-pdf.org*.
2. AKP: Afrika, Karibik und Pazifik.
3. *http://ec.europa.eu/europeaid/where/acp/regional-cooperation/energy*.
4. *www.africa-eu-partnership.org*.
5. Council conclusions on access to sustainable energy sources at the local level in developing countries, Brüssel, 19. Mai 2009.
6. Zugesagte ODA-Leistungen im Energiebereich, 2005-2011, interne Datenbank der Europäischen Kommission.
7. Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit.
8. *www.eu-africa-infrastructure-tf.net*.
9. *http://geeref.com*.
10. Bis 2020: Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 20%, Deckung des Energieverbrauchs der EU zu 20% aus erneuerbaren Quellen und Verringerung des Primärenergieverbrauchs durch Verbesserung der Energieeffizienz um 20%.

Literaturverzeichnis

DFID (UK Department for International Development) (2002), *Energy for the Poor, Underpinning the Millennium Development Goals*, DFID, London.

EU Energy Initiative und GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) (2011), *Productive Uses of Energy – A Manual for Electrification Practitioners*, EU Energy Initiative, Brüssel.

Europäische Kommission (2011), *Für eine EU-Entwicklungspolitik mit größerer Wirkung: Agenda für den Wandel*, Europäische Kommission, Brüssel, *http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0637:FIN:DE:PDF*.

IEA (Internationale Energie-Agentur) (2011), *World Energy Outlook 2011*, OECD Publishing, Paris.

Practical Action (2010), *Poor People's Energy Outlook 2010*.

Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2012
Nachhaltigkeit und Entwicklung verbinden
© OECD 2013

TEIL II

Kapitel 6

Reduktion von Luftschadstoffen für einen lang anhaltenden Klimanutzen

von
Lena Ek
Umweltministerin, Schweden

Kurzlebige Klimaschadstoffe sind Chemikalien, die nur wenige Tage oder höchstens wenige Jahrzehnte in der Atmosphäre verbleiben. Dazu gehören Rußpartikel (bzw. Ruß, der z.B. bei Holzfeuerung freigesetzt wird), Methan (bei der Öl- und Gasförderung und von Siedlungsabfällen) und troposphärisches Ozon (von Kraftfahrzeugen). Neben der Tatsache, dass es starke Treibhausgase sind, handelt es sich um gefährliche Luftschadstoffe mit verschiedenen schädlichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, die Landwirtschaft und die Ökosysteme. Dennoch wird die Öffentlichkeit für die von diesen Chemikalien ausgehende Gefahr wenig sensibilisiert. Maßnahmen zur Verringerung kurzlebiger Klimaschadstoffe stellen u.U. die einzige Möglichkeit dar, die globale und regionale Erwärmung auf kurze Sicht (10-30 Jahre) zu verlangsamen und gleichzeitig einen unmittelbaren Nutzen für die Luftqualität herbeizuführen. In diesem Kapitel führt die Autorin Beispiele für laufende Initiativen an, um diese Schadstoffe zu reduzieren und den Entwicklungsländern gleichzeitig Nutzeffekte zu bringen. Viele dieser Maßnahmen sind kostengünstig, da die anfänglichen Investitionen durch die Kostenersparnis in der Folgezeit kompensiert werden, z.B. durch den geringeren Brennstoffverbrauch oder den Einsatz von rückgewonnenem Methan. Globale Aktionen sind erforderlich, um das Bewusstsein zu schärfen, nationale und regionale Initiativen zu ermöglichen und zu fördern sowie die allgemeine Umsetzung von Maßnahmen zur Reduktion kurzlebiger Klimaschadstoffe zu unterstützen. Im März 2012 gründeten Schweden, Bangladesch, Kanada, Ghana, Mexiko und die Vereinigten Staaten die Koalition für Klima und saubere Luft (Climate and Clean Air Coalition), eine globale Partnerschaft, die den Entwicklungsländern dabei hilft, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung kurzlebiger Klimaschadstoffe zu intensivieren.

Umwelteffekte kurzlebiger Klimaschadstoffe

Die weltweiten Kohlendioxidemissionen (CO_2) sind weiter im Steigen begriffen, sie erreichten 2010 ein Rekordniveau von 32 Mrd. Tonnen. Wir nähern uns rasch den Konzentrationsniveaus langlebiger Treibhausgase, die den Projektionen zufolge bis zum Jahr 2100 zu einer jährlichen und globalen mittleren Erwärmung von über 2°C führen. Die besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse deuten darauf hin, dass wir die weltweiten CO_2-Emissionen bis 2015 erheblich reduzieren und sie bis 2050 um mindestens 50% senken müssen, wenn wir eine Chance haben wollen, die globale Klimaerwärmung auf 2°C zu begrenzen.

Die Reduktion kurzlebiger Klimaschadstoffe könnte von entscheidender Bedeutung sein, um die globale Erwärmung auf unter 2°C zu begrenzen.

Das Augenmerk auf kurzlebige Klimaschadstoffe (Kasten 6.1) zu legen, ist ein wirkungsvolles Mittel, um die Auswirkungen des Klimawandels auf kurze Sicht zu mindern – ohne dabei die grundlegende Bedeutung der Emissionssenkung langlebiger Treibhausgase außer Acht zu lassen. Kurzlebige Klimaschadstoffe tragen nach CO_2 in erheblichem Maße zu der vom Menschen verursachten (anthropogenen) Verstärkung des globalen Treibhauseffekts bei. Die neuesten wissenschaftlichen Befunde bestätigen, dass die Reduzierung kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe in 10-30 Jahren einen beträchtlichen Effekt auf den Klimawandel haben könnte, was unerlässlich ist, wenn wir die globale Erwärmung bis 2100 auf 2°C begrenzen wollen (UNEP, 2011a).

Kurzlebige Klimaschadstoffe sind auch gefährliche Luftschadstoffe mit verschiedenen schädlichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, die Landwirtschaft und die Ökosysteme (Kasten 6.2). Einer neueren Studie zufolge, die vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP, 2011a) durchgeführt wurde, könnte die allgemeine Umsetzung der 16 existierenden Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe bis 2030 folgende Nutzeffekte haben:

- 4 Millionen vorzeitige Todesfälle durch Luftverschmutzung im Freien und weitere 1,6 Millionen Todesfälle durch Luftverschmutzung in Innenräumen könnten jedes Jahr vermieden werden.
- Jährliche Ernteausfälle in Höhe von 52 Mio. Tonnen Reis, Mais, Sojabohnen und Weizen pro Jahr könnten durch eine geringere Konzentration des bodennahen Ozons verhindert werden.
- Die Erderwärmung könnte bis 2050 um bis zu 0,5°C verringert werden, die Erwärmung in der Arktis könnte bis 2040 um 0,7°C reduziert werden.

Die Verringerung von Ruß- und Methangasemissionen kann Leben retten, Geld sparen und die Entwicklung voranbringen.

In vielen Entwicklungsländern ist die Notwendigkeit, die Emissionen kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe zu mindern, von wesentlicher Bedeutung, insbesondere was die Gesundheit und die Nahrungsmittelproduktion anbelangt. Gleichzeitig verfügen die Entwicklungsländer über die geringsten finanziellen Ressourcen, um Emissionsminderungsmaßnahmen

Kasten 6.1 **Was sind kurzlebige Klimaschadstoffe?**

Kurzlebige Klimaschadstoffe sind Chemikalien, die nur wenige Tage oder höchstens wenige Jahrzehnte in der Atmosphäre verbleiben. Dazu gehören Ruß, Methan und troposphärisches Ozon.

Ruß, der in der Atmosphäre in Partikelform vorkommt, hat einen Erwärmungseffekt auf das Klima, der 460-1 500-mal stärker ist als der von CO_2. Angesichts einer Lebensdauer, die von einigen Tagen bis zu einigen Wochen reicht, ist schwarzer Kohlenstoff ein wichtiger Bestandteil von Ruß und entsteht bei einer unvollständigen Verbrennung von fossilen Energieträgern und Biomasse. Rußablagerungen auf Eis- und Schneeflächen führen sowohl zur Erwärmung der Atmosphäre als auch zur Beschleunigung des Schmelzprozesses. Ruß beeinflusst zudem die Wolkenbildung und wirkt sich auf die regionale atmosphärische Zirkulation und die Niederschlagsmuster aus. Darüber hinaus ist Ruß ein wesentlicher Bestandteil des Feinstaubs bei der Luftverschmutzung, die wichtigste umweltbedingte Ursache vorzeitiger Todesfälle weltweit.

Methan (CH_4), ein Treibhausgas, besitzt ein über 20-mal stärkeres Treibhausgaspotenzial als CO_2. Angesichts seiner Verweildauer in der Atmosphäre von rd. 12 Jahren entsteht Methan durch natürliche Prozesse (z.B. die Zersetzung von pflanzlichen und tierischen Abfällen) und es wird auch von anthropogenen Quellen emittiert, u.a. von Kohlebergwerken, Erdgas- und Ölsystemen sowie Mülldeponien. Methan beeinflusst das Klimasystem auf direktem Wege und hat auch indirekte Folgen für die menschliche Gesundheit und die Ökosysteme, insbesondere durch seine Rolle als Vorläufer des troposphärischen Ozons.

Troposphärisches oder bodennahes Ozon (O_3) ist in der untersten Schicht der Atmosphäre (bis zu 10-15 Kilometer über dem Boden) zu finden und ist für einen Großteil der anthropogenen Verstärkung des globalen Treibhauseffekts verantwortlich. Angesichts einer Lebensdauer, die von einigen Tagen bis zu einigen Wochen reicht, wird es nicht direkt freigesetzt, sondern vielmehr durch die durch das Sonnenlicht ausgelöste Oxidation anderer Substanzen, die sogenannten Ozonvorläufer, erzeugt: Dabei handelt es sich vor allem um Methan (CH_4), aber auch um Kohlenmonoxid (CO), flüchtige organische Verbindungen ohne Methan (NMVOC) und Stickoxide (NO_x). Troposphärisches Ozon ist ein gefährlicher Schadstoff, der schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Pflanzen hat und zu starken Ernteausfällen führt.

Quelle: Climate and Clean Air Coalition Website: *http://hqweb.unep.org/ccac/ShortLivedClimatePollutants/tabid/101650/Default.aspx*, Zugriff am 11. Juni 2012.

Kasten 6.2 **Regionale Auswirkungen kurzlebiger, klimarelevanter Schadstoffe**

Viele Regionen der Welt leiden unter dem beschleunigten Klimawandel. Hierzu zählen der Arktische Raum, Südasien, Teile Afrikas und verschiedene gebirgige oder dicht besiedelte Gebiete der Welt. So stellen beispielsweise kurzlebige Klimaschadstoffe in Südasien eine Gefahr für die regionalen Klimasysteme, wie Monsune, und den Wasserhaushalt dar, was sowohl Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit als auch die Wasserversorgung hat. In der Arktis lagern sich die Emissionen von kurzlebigen klimarelevanten Schadstoffen – vor allem Rußemissionen –, die in hohen Breitengraden durch die Atmosphäre transportiert werden, auf Schnee- und Eisflächen ab, wo sie einen schädigenden Effekt auf die Bodenalbedo in Form von Erwärmung und zunehmendem Abschmelzen haben. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Rußemissionen im Arktischen Raum erhöhen, da die Nordost- und Nordwestpassage häufiger für die Schifffahrt geöffnet werden, wodurch sich das Phänomen der Erwärmung und des Abschmelzens wiederum weiter beschleunigen wird.

durchzuführen. Daher ist es besonders wichtig, Maßnahmen zu finden, mit denen tatsächlich Geld gespart werden kann. Angesichts der zusätzlichen Ersparnis, die in den Bereichen der öffentlichen Gesundheit und der Nahrungsmittelproduktion erzielt werden kann, ist dies ein stichhaltiges Argument dafür, dass Maßnahmen zur Senkung der Emissionen kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe in die Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsstrategie der einzelnen Länder eingebunden werden.

In Regionen, die insbesondere Maßnahmen zur Verringerung von Rußemissionen ergreifen würden, wären unmittelbare positive Effekte für die Gesundheit festzustellen. Ferner würden sie erheblich von einer geringeren regionalen Erwärmung, einer geringeren Störung der regionalen Wettermuster und einer deutlichen Reduzierung der Ernteverluste auf Grund hoher Ozonwerte profitieren. Eine Verringerung der Emissionen in Innenräumen, die allein von Kochherden ausgehen, hätte auch bedeutende Folgen für die Gleichstellung von Mann und Frau, da es sich bei dem Teil der Bevölkerung, der diesen Emissionen am stärksten ausgesetzt ist, hauptsächlich um Frauen und Kinder handelt.

Was kann getan werden, um kurzlebige Klimaschadstoffe zu reduzieren?

Laut UNEP (2011b) existiert eine Reihe von Maßnahmen zur Verringerung von Ruß und Ozonvorläufersubstanzen, die umgehend zum Schutz des Klimas, der öffentlichen Gesundheit, des Wassers, der Ernährungssicherheit und der Ökosysteme eingesetzt werden könnten. Dazu gehören die Rückgewinnung von Methan bei der Kohle-, Öl- und Gasförderung ebenso wie aus dem Verkehr, die Abscheidung von Methan beim Abfallmanagement, der Einsatz von sauber brennenden Öfen beim Kochen und Dieselpartikelfiltern in Fahrzeugen sowie das Verbot der offenen Verbrennung von Agrarabfällen. Die vollständige Umsetzung dieser Maßnahmen ist mit der vorhandenen Technik erreichbar, würde aber beträchtliche strategische Investitionen und institutionelle Vorkehrungen erfordern.

Rund 50% der Verringerung der Methangas- und Rußemissionen können durch Maßnahmen erzielt werden, die über ihre Anwendungsdauer in einer Nettokostenersparnis (als globaler Durchschnitt) resultieren. Diese Ersparnis kommt dadurch zustande, dass die anfänglichen Investitionen z.B. durch den geringeren Brennstoffverbrauch oder den Einsatz von rückgewonnenem Methan kompensiert werden. Ein weiteres Drittel der Reduzierung der Methangasemissionen insgesamt könnte zu verhältnismäßig moderaten Kosten erzielt werden.

Die Entwicklungsländer können sich auf die wichtigsten Quellen kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe konzentrieren und dabei davon ausgehen, dass die Nutzeffekte zahlreich sein werden.

In den Entwicklungsländern können die Anstrengungen zur Verringerung kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe auf den bereits existierenden Institutionen, Politikmaßnahmen und Regulierungsrahmen für die Luftreinhaltung und gegebenenfalls den Klimawandel aufbauen. In vielen Entwicklungsländern können diese Anstrengungen mit den Entwicklungszielen verknüpft und systematisch in die Entwicklungspolitik und die Nachhaltigkeitsstrategien einbezogen werden. Maßnahmen, in deren Rahmen häusliche Kochherde durch neue, effiziente Herde ersetzt werden, sind ein gutes Beispiel für eine Politikentscheidung mit sichtbaren Nutzeffekten im Bereich der Entwicklung.

Die Länder können jetzt handeln und rasch Maßnahmen zur Minderung der offensichtlichsten Quellen kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe einführen, wohl wissend, dass daraus zahlreiche Nutzeffekte resultieren werden. Anstrengungen zur Bekämpfung kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe sind nicht neu. Projekte und Programme auf globaler,

regionaler und lokaler Ebene werden von den OECD-Mitgliedsländern und internationalen Organisationen seit mehreren Jahrzehnten unterstützt. Einige davon werden nachstehend kurz beschrieben. Die aus diesen Initiativen gewonnenen Erkenntnisse können den Ländern dabei helfen, ihre Anstrengungen zu intensivieren und nationale Aktionspläne zur Reduktion kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe in prioritären Bereichen zu erarbeiten.

Kochmethoden verbessern, um Rußemissionen zu mindern. Bei der Global Alliance for Clean Cookstoves handelt es sich um eine öffentlich-private Initiative, um Leben zu retten, die Lebensgrundlagen zu verbessern, die gesellschaftliche Stellung der Frauen zu stärken und den Klimawandel zu bekämpfen, indem ein florierender globaler Markt für saubere und effiziente häusliche Kochmethoden geschaffen wird. Sie umfasst eine Reihe von Organisationen – von Klein- bis Großbetrieben –, die saubere, effiziente, erschwingliche und vom Nutzer gewünschte Herde und Brennstoffe in großem Maßstab anbieten und kontinuierlich innovieren, um die Konzeption und Leistung zu verbessern und die Kosten zu senken.

Wir verfügen bereits über die Technologie zur Verwertung von bis zu 88% der globalen Methangasemissionen. Was wir jetzt brauchen, sind koordinierte globale Anstrengungen.

Methanabscheidung. Weltweit geben Festabfälle große Mengen an Methan ab. Schätzungen zufolge waren Mülldeponien 2010 die drittgrößte Quelle der gesamten anthropogenen Methangasemissionen, auf sie entfielen 11% der Gesamtemissionen (GMI, 2011). Methangas wird bei der Zersetzung von biologisch abbaubaren organischen Stoffen in Mülldeponien freigesetzt. Dieses Gas, das auch Naturgas genannt wird, kann verwertet werden, und liefert wertvolle, saubere Energie. Bis zu 88% der weltweiten Methangasemissionen könnten rückgewonnen werden, indem auf bereits heute verfügbare Techniken zurückgegriffen wird (a.a.O.), Technologien und Praktiken dafür sind bereits weltweit in unterschiedlichem Maße bekannt und im Einsatz.

Die Global Methane Initiative (GMI) geht näher auf die existierenden Anstrengungen ein, um die Reduktion, die Rückgewinnung und die Nutzung von Methan voranzubringen. Sie bringt gemeinsame Ressourcen und Fachwissen der 41 Teilnehmerländer zusammen, um den Transfer von Technologie, den Aufbau von Kapazitäten und die Entwicklung eines Markts zu erleichtern. 34 dieser Länder fördern auch Deponiegas-Energieprojekte und arbeiten daran, bewährte Technologien und Praktiken zu ermitteln, die an unterschiedliche örtliche Bedingungen angepasst sind.

Die OECD-Länder sind für 30% der globalen Methangasemissionen verantwortlich.

Abgesehen von der GMI gibt es jedoch keine koordinierten globalen Anstrengungen zur Methanrückgewinnung aus Mülldeponien, und folglich dürften die Emissionen zunehmen. Es wird damit gerechnet, dass der OECD-Raum mit 30% der Gesamtemissionen bis 2030 die Region bleibt, die die meisten derartigen Emissionen ausstößt (OECD, 2012). Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass die Entwicklungsländer – angesichts ihrer expandierenden Wirtschaft und ihrer wachsenden und stark steigenden städtischen Bevölkerung – zunehmend entsprechende Emissionen verursachen werden. Das wird durch die Tatsache erschwert, dass erstens parallel zu den hohen anfänglichen Kapitalkosten der Umsetzung der Maßnahmen zur Methangasrückgewinnung der Preis für aufgefangenes Methan niedrig ist, obgleich durch den geringeren Brennstoffeinsatz und die minimalen Wartungskosten eine langfristige Ersparnis erzielt werden kann, und zweitens die Trennung organischer Stoffe von anderen Abfällen eine Verhaltensänderung in der Gesellschaft voraussetzt.

Partnerschaften für saubere Luft. Bei der UNEP Partnership for Clean Fuels and Vehicles (PCFV) handelt es sich um eine öffentlich-private Partnerschaft mit über 120 Partnern weltweit. Ihr Ziel besteht darin, die Luftverschmutzung in Entwicklungsländern durch technologische Verbesserungen im Verkehrssektor und die Einführung von Strategien für saubere Kraftstoffe und Fahrzeuge zu reduzieren. Durch die PCFV-Initiative ermutigt das UNEP die nationalen Regierungen, Maßnahmen für bleifreies Benzin und schwefelarmen Kraftstoff umzusetzen, die in den regionalen Übereinkommen Afrikas vorgesehen sind. Es besteht erhebliches Potenzial, dass diese Prozesse Aktionen im Hinblick auf kurzlebige Klimaschadstoffe fördern.

Das Forum Globale Luftverschmutzung (GAP Forum) führt regionale Netzwerke, internationale Organisationen und sonstige Betroffene zusammen, um wirksame Politikmaßnahmen und Programme zu entwickeln, die die öffentliche Gesundheit und die Umwelt vor den schädlichen Folgen der Luftverschmutzung schützen. Das GAP-Forum wurde 2004 als gemeinsame Initiative der International Union of Air Pollution Prevention and Environmental Protection Associations (IUAPPA) und des Stockholmer Umweltinstituts (SEI) gegründet.

Das Schwedische Amt für internationale Entwicklungszusammenarbeit (Sida) unterstützt seit über zehn Jahren Arbeiten zur Luftqualität in Asien und Afrika, u.a. das GAP-Forum und das ABC-Projekt (siehe weiter unten). Es unterstützt zudem das Projekt Regional Air Pollution in Developing Countries (RAPIDC), um die Luftverschmutzung in Südasien und Afrika zu mindern. Ferner unterstützt es das ENERGIA-Netzwerk, das sich mit den Verflechtungen zwischen Energie und der Rolle von Frauen in der Gesellschaft, einschließlich verbesserten Kochherden, befasst. In der Hindukusch-Region des Himalaya unterstützt Schweden das regionale Programm des Internationalen Zentrums für integrierte Gebirgsentwicklung (ICIMOD) zur Verringerung der Auswirkungen von Ruß und sonstigen kurzlebigen Klimatreibern.

Die atmosphärische „braune Wolke" bekämpfen

Bei der atmosphärischen braunen Wolke handelt es sich um eine Schicht der *Luftverschmutzung*, die beispielsweise immer wieder Teile Südasiens, namentlich den nördlichen Indischen Ozean, Indien und Pakistan, bedeckt. Auf den *Satellitenfotos* erscheint die Wolke als gigantischer brauner Fleck, der jedes Jahr zwischen Januar und März in der Luft über großen Teilen Südasiens und des Indischen Ozeans hängt. Atmosphärische braune Wolken entstehen durch verschiedene Schwebeteilchen und Schadstoffe bei Brennvorgängen (z.B. Holzfeuer, Fahrzeuge und Fabriken), der Verbrennung von *Biomasse* und industriellen Verfahren.

Im Rahmen des gemeinsamen Projekts – Atmospheric Brown Cloud (ABC) – des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und des Asian Institute of Technology werden die Auswirkungen dieser Wolken auf die menschliche Gesundheit, den Wasserhaushalt und die Landwirtschaft auf regionaler Ebene bewertet. Durch das Projekt hat sich der Kenntnisstand über die Effekte der Luftverschmutzung auf das Klima in Südasien verbessert. Als Komponente des ABC-Projekts zielt das Projekt Surya in Indien auf eine Minderung der regionalen und globalen Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels ab, indem die atmosphärische Konzentration von Ruß, Methangas und Ozon durch den Einsatz kostengünstiger, solarbetriebener und sonstiger energieeffizienter Kochherde im ländlichen Indien unmittelbar und nachweislich reduziert wird.

Sauberere Ziegel produzieren, um sauberere Luft zu erhalten

Es hat sich gezeigt, dass ein besserer Brennstoffeinsatz bei der Ziegelherstellung für den Bau von Gebäuden die Luftverschmutzung erheblich verringern kann und gleichzeitig zu umfangreichen Einsparungen im Bereich der Energie und Minderungen

der Treibhausgasemissionen führen kann. Derzeit findet der Großteil der weltweiten Ziegelproduktion in Asien statt (China produziert schätzungsweise 50% des weltweiten Gesamtvolumens, gefolgt von Indien mit 10%). Die Struktur, Größe und Zahl der Produktionsstätten ebenso wie die Art des eingesetzten Brennstoffs variieren von Region zu Region und sogar zwischen und in den einzelnen Ländern. So gibt es beispielsweise rd. 100 000 große Produktionseinheiten in Indien, in Mexiko werden rd. 20 000 handwerkliche, nicht mechanisierte, vorwiegend kleine und mittelgroße, Ziegelöfen gezählt, in Bangladesch handelt es sich bei den meisten der 6 000 Einheiten um alte Großöfen mit festen Kaminen. Mehrere lokale und regionale Projekte, die von der Globalen Umweltfazilität (GEF) und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) unterstützt werden, sind auf die Verbesserung der Energieeffizienz bei der Ziegelproduktion ausgerichtet.

Der Weg in die Zukunft

Es besteht allgemeine, auf wissenschaftlichen Kenntnissen beruhende Übereinstimmung, dass kurzlebige Klimaschadstoffe sich auf das Klima, die menschliche Gesundheit und die Ernteerträge auswirken. Daher muss mehr getan werden. Die Synergieeffekte der Reduktion kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe sind erheblich, und die Nutzeffekte treten unmittelbar ein. Die Minderung langlebiger Treibhausgasemissionen ist zwar unerlässlich, um den Klimawandel unter Kontrolle zu bringen, Maßnahmen zur Reduktion kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe bieten aber eine Möglichkeit von unschätzbarem Wert, um in diesem Kampf wertvolle Zeit zu gewinnen. In der Tat stellt dies u.U. die einzige Möglichkeit dar, die globale und regionale Erwärmung auf kurze Sicht (10-30 Jahre) zu verlangsamen und gleichzeitig einen unmittelbaren Nutzen für die Luftqualität herbeizuführen.

Für die Entwicklungsländer ist eine Emissionsminderung bei kurzlebigen klimarelevanten Schadstoffen mit einer Verbesserung der Gesundheit, Zuwächsen bei der Nahrungsmittelproduktion und der Vermeidung vorzeitiger Todesfälle durch Luftverschmutzung verbunden. Diese Verbesserungen werden wiederum der Entwicklung zugute kommen.

Der Begriff „kurzlebige Klimaschadstoffe“ muss auf breiterer Ebene stärker bekannt gemacht werden.

Eine große Herausforderung ist jedoch das mangelnde Bewusstsein in der Öffentlichkeit für die schädlichen Effekte kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe auf die menschliche Gesundheit, die Nahrungsmittelproduktion und das Klima – und was dagegen getan werden kann. „Kurzlebige Klimaschadstoffe“ ist noch kein geläufiger Begriff wie Klimawandel oder Luftverschmutzung, es ist daher dringend erforderlich, das Bewusstsein einer Reihe von Akteuren, insbesondere von Regierungen, internationalen Organisationen, der allgemeinen Öffentlichkeit und nicht zuletzt des privaten Sektors, für die Hauptaussagen über kurzlebige Klimaschadstoffe zu schärfen.

Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist besonders wichtig, um eine grundlegende Akzeptanz für Maßnahmen zu schaffen, die auf die eine oder andere Art das Leben der Menschen beeinflussen. Zu den großen Hindernissen gehören kulturell bedingte Gewohnheiten (z.B. die Präferenz für den Geschmack von Brot, das in traditionellen, rauchigen Öfen gebacken wird, oder die kulturelle Bedeutung von traditionellen Grillfeiern). Ein Großteil der bisherigen Arbeit zur Bewusstseinsbildung und Überwindung der Hindernisse wurde von Nichtregierungsorganisationen geleistet, und diese können in der Zukunft weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Die einzelnen Ministerien – von Gesundheit über Umwelt bis hin zu Landwirtschaft – müssen gemeinsam eine Strategie zur Reduktion kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe entwickeln.

In vielen Ländern können die institutionellen Strukturen ebenfalls Hindernisse für die Einbeziehung von Maßnahmen zur Emissionsminderung kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe in den Entscheidungsprozess der Regierungen darstellen. Im Einzelnen unterliegen die diversen Sektoren, die einbezogen werden müssen, häufig der Verantwortung verschiedener Ministerien und staatlicher Stellen, und die institutionellen Vorkehrungen und Maßnahmen im Hinblick auf Klimafragen und Luftverschmutzung sind oft voneinander getrennt. Ein ressortübergreifender Ansatz ist erforderlich, um es den für Umwelt, Landwirtschaft und Gesundheit zuständigen Ministerien zu ermöglichen, bei der Aufstellung einer umfassenden, sektorübergreifenden Strategie zur Reduktion kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe zusammenzuarbeiten.

Die OECD-Länder können einen Beitrag leisten, indem sie jetzt Maßnahmen zur Verringerung der inländischen Emissionen kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe ergreifen und gleichzeitig Maßnahmen zur Emissionsminderung kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe in den Entwicklungsländern unterstützen. Die Koalition für Klima und saubere Luft bietet eine Plattform für diese Maßnahmen (Kasten 6.3).

Kasten 6.3 **Die Koalition für Klima und saubere Luft**

Im März 2012 gründeten Schweden, Bangladesch, Kanada, Ghana, Mexiko und die Vereinigten Staaten die Koalition für Klima und saubere Luft (Climate and Clean Air Coalition – CCAC), eine globale Partnerschaft, die die Entwicklungsländer dabei unterstützt, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe zu intensivieren. Die Partnerschaft zielt darauf ab:

- das Bewusstsein für die Vorteile der Emissionsminderung kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe zu erhöhen;
- gemeinsame Strategien für neue Maßnahmen zu ermitteln und zu erörtern oder von anderen Organisationen ergriffene Maßnahmen zu fördern und zu verstärken;
- die Entwicklung nationaler oder regionaler Aktionspläne zu fördern und die Aufstellung von Programmen und Verpflichtungen weiterzuverfolgen;
- Mittel zur Emissionsminderung kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe zu mobilisieren;
- Mittel für regionale Plattformen und die Erhöhung der Investitionen des privaten Sektors in die Emissionsminderung zu mobilisieren.

Die Koalition wird die Arbeit zur Verringerung der Emissionen langlebiger Klimatreiber gemäß dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen ergänzen. Gleichzeitig zeigt sie eine neue Art des Arbeitens auf: einen Bottom-up-Ansatz, bei dem jedes Teilnehmerland in seinem Bereich Maßnahmen durchführt, die mit denen vergleichbar sind, die auf globaler Ebene gefördert werden. Um der Koalition beizutreten, müssen sich die Länder die Emissionsminderungsziele der Koalition zu eigen machen und bereit sein, die Arbeiten im Hinblick auf ihre Erreichung zu unterstützen. Nichtregierungsorganisationen und Vertreter des Unternehmenssektors sind ebenfalls willkommen, sich unter den gleichen Bedingungen zu beteiligen.

Das UNEP wird im Rahmen dieser Partnerschaft eine wichtige Rolle spielen, da es das Sekretariat bei sich aufnehmen, mit Detailanalysen wissenschaftlicher Ergebnisse einen Beitrag leisten und ihre Aktivitäten fördern wird.

Die Koalition für Klima und saubere Luft verfügt über einen koordinierten Ansatz zur Bekämpfung kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe, der auf existierenden institutionellen Vorkehrungen aufbauen kann und in dessen Rahmen finanzielle Unterstützung geleistet wird, die entsprechenden Kapazitäten ausgebaut werden und Technische Zusammenarbeit auf nationaler Ebene erbracht wird. Globale Initiativen wie diese können das Bewusstsein schärfen sowie nationale und regionale Aktionen ermöglichen und fördern, um die allgemeine Umsetzung von Maßnahmen zur Reduktion kurzlebiger klimarelevanter Schadstoffe zu unterstützen.

Literaturverzeichnis

GMI (Global Methane Initiative) (2011), "Global Methane Emissions and Mitigation Opportunities Factsheet", *www.globalmethane.org/documents/analysis_fs_en.pdf*.

OECD (2012), *OECD-Umweltausblick bis 2050*, OECD Publishing, Paris.

UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) (2011a), *Near Climate Protection and Clean Air Benefits: Actions for Controlling Short-Lived Climate Forcers*, UNEP, Nairobi, *www.unep.org/pdf/Near_ Term_Climate_ Protection_%26_Air_Benefits.pdf*.

UNEP (2011b), *Integrated Assessment of Black Carbon and Tropospheric Ozone*, UNEP, Nairobi, *www.unep. org/ dewa/Portals/67/pdf/BlackCarbon_report.pdf*.

Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2012
Nachhaltigkeit und Entwicklung verbinden
© OECD 2013

TEIL II

Kapitel 7

Stärkere Sensibilisierung für die lebenswichtige Rolle des Wassers

von
Michel Camdessus
Mitglied des Africa Progress Panel und des Beirats des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Wasser- und Sanitärversorgung
Gérard Payen
Mitglied des Beirats des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Wasser- und Sanitärversorgung sowie Präsident von Aquafed
Pierre-Frédéric Ténière-Buchot
Gouverneur des Weltwasserrats (Marseille) sowie Mitglied des Direktoriums und Finanzdirektor der französischen Wasserakademie

Weltweit setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass Wasser eine Schlüsselrolle für die nachhaltige Entwicklung spielt. Nachdem das Thema Wasser früher als das Aschenputtel unter den vielen Anliegen der Vereinten Nationen galt, wurde 2010 schließlich der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitärversorgung von den Vereinten Nationen als Menschenrecht anerkannt. Dies geschah keinen Moment zu früh: Den Modellrechnungen der OECD zufolge werden bei einer Fortsetzung der gegenwärtigen Entwicklung bis zum Jahr 2050 weitere 2,3 Milliarden Menschen in Flusseinzugsgebieten leben, in denen extremer Wasserstress herrscht. Trotz erkennbarer Fortschritte durch die Millenniumsentwicklungsziele sind die Wasserstatistiken weiterhin alarmierend: So sterben beispielsweise Jahr für Jahr mehr als 2,2 Millionen Kinder unter 14 Jahren an den Folgen verunreinigten Trinkwassers. Dieses von drei hochrangigen Entscheidungsträgern aus dem Bereich der Wasserpolitik verfasste Kapitel plädiert für ein grundlegendes Umdenken in unserem Umgang mit der Wasserkrise. Unter anderem wird gefordert,

- *Wasser als eines der Schlüsselelemente für zukünftiges Wachstum zu betrachten,*
- *innovative Finanzierungsmethoden einzusetzen, um im Verlauf der nächsten zwanzig Jahre Mittel in Höhe von 1-2% des BIP aller Länder zur Finanzierung des Wassersektors zu erhalten,*
- *beim Wasserressourcenmanagement einen integrierten Ansatz zu verfolgen,*
- *verschiedene Partner und Akteure an einen Tisch zu bringen, um die Wasserbewirtschaftung in dezentralisierte und transparente Governance-Strukturen einzubetten und*
- *diese innovative Wasserpolitik in den Gesamtkontext anderer Entwicklungsmaßnahmen zu integrieren.*

Unsere Welt stößt allmählich in immer mehr Lebensbereichen an ihre Grenzen. Wasser, das in jeder Kultur weltweit als Quelle des Lebens anerkannt wird, stellt keine Ausnahme dar. Aus diesem Grund rückt es bei Diskussionen darüber, wie die Menschheit mit dem Konflikt zwischen steigendem Bedarf und unzureichenden oder schwindenden Ressourcen umgehen soll, zunehmend in den Mittelpunkt.

Die internationale Gemeinschaft bemüht sich zusehends, das bislang vorherrschende Silodenken durch einen systemischen Ansatz abzulösen, indem alle Schlüsselkomponenten einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie im Zusammenhang betrachtet und die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Komponenten analysiert werden. Dieses Umdenken ist der – wenn auch späten – Einsicht zu verdanken, dass ein fragmentierter Ansatz nur suboptimale Lösungen hervorbringen kann.

Bis 2050 wird mit einer Zunahme des Wasserbedarfs um 50% gerechnet.

Daher muss zum einen der zentrale Stellenwert der Wasserpolitik anerkannt werden und zum anderen über die bislang unzureichenden Fortschritte bei der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele Bilanz gezogen werden. Erst nach der Anerkennung von Wasser als Menschenrecht und der entscheidenden Rolle, die es für die großen Herausforderungen unserer Zeit (Klima, Nahrungsmittel, Gesundheit, Energie, Sicherheit, usw.) spielt, können wir geeignete Maßnahmen entwickeln.

Die nachstehenden Ausführungen verstehen sich als Denkanstöße für die Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell und konzentrieren sich insbesondere auf den Sonderfall Afrika, wo die Probleme im Wassersektor besonders akut sind.

Rückt Wasser auf der Entwicklungsagenda stärker in den Vordergrund?

Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts wurde viel unternommen, um die Trinkwasser- und Sanitärversorgung in Entwicklungsstrategien einzubeziehen. Die stärkere Fokussierung auf den Wassersektor war vor allem auf zwei entscheidende Schritte zurückzuführen: die Aufnahme des Zugangs zu Trinkwasser sowie, im Anschluss daran, grundlegenden sanitären Einrichtungen in die Millenniumsentwicklungsziele sowie die Anerkennung des Zugangs zu Wasser als allgemeines Menschenrecht durch die Vereinten Nationen im Jahr 2010.

Mittlerweile stellt Wasser ein zentrales Anliegen des Systems der Vereinten Nationen dar, während es zum Ende des letzten Jahrhunderts nur als Thema von sekundärem Interesse galt. Zugleich werden ideologische Konflikte um Wasser – beispielsweise im Hinblick auf die Rolle des Staates und des Privatsektors bei der Wasserbewirtschaftung und Preisgestaltung oder die Zweckmäßigkeit großer Staudämme – allmählich überwunden. Dadurch entstehen günstige Bedingungen für ambitioniertere Investitionsstrategien, bei denen alle Akteure miteinbezogen werden. Dafür wurde es höchste Zeit.

Den Erkenntnissen des Weltklimarats IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) zufolge müssen die bisherigen Bemühungen dringend verstärkt werden, insbesondere in Afrika sowie in Zentral- und Südasien. Gemäß den Projektionen der OECD werden

bis zum Jahr 2050 weitere 2,3 Milliarden Menschen in Flusseinzugsgebieten mit hohem Wasserstress leben (OECD, 2012a). Bis zur Mitte des Jahrhunderts wird auf Grund des Bevölkerungswachstums, der Industrieproduktion, der thermischen Energieerzeugung sowie der Wassernutzung im Haushalt und in der Landwirtschaft ein Anstieg des Wasserbedarfs um insgesamt rd. 50% erwartet. Für Afrika wird mit einer extrem angespannten Lage gerechnet – zu den Risiken zählen hier unter anderem der Schwund der Grundwasservorkommen, Wachstumshemmnisse in bestimmten Sektoren und die Zerstörung von Ökosystemen.

Diese Erkenntnis hat die meisten Akteure mobilisiert. Beim G8-Gipfel 2003 in Evian wurde ein globaler Aktionsplan für Wasser verabschiedet[1]. Zudem bildete sich im Rahmen mehrerer Multistakeholder-Konferenzen zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, die vom Entwicklungsausschuss der OECD (DAC) 2005 in Paris, 2008 in Accra und 2011 in Busan abgehalten wurden, ein internationaler Konsens zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) heraus[2]. Dieser Konsens umfasst vier Grundsätze mit besonderer Relevanz für den Wassersektor: Eigenverantwortung der Empfängerländer für die Entwicklungsprioritäten, Ergebnisorientierung, Offenheit der Entwicklungspartnerschaften für alle sowie Transparenz und gegenseitige Rechenschaftspflicht.

Im Zuge dieser Initiativen hat sich der Anteil des Wassersektors an den ODA-Leistungen deutlich erhöht; dem Creditor Reporting System des DAC zufolge stieg der Anteil dieses Sektors von weniger als 4% im Jahr 1980 auf 7% in den Jahren 2009-2010 (d.h. von 2 Mrd. US-$ im Jahr 1980 auf 8 Mrd. US-$ in den Jahren 2009-2010). 40% dieser Leistungen waren für die ärmsten Länder bestimmt; fast ein Drittel der Mittel ging nach Afrika. Somit hat das Thema Wasser mittlerweile einen angemessenen Stellenwert in den internationalen Entwicklungsstrategien erlangt.

1990 hatten 23% der Weltbevölkerung keinen Zugang zu verbesserten Trinkwasserquellen – heute liegt ihr Anteil bei 11%.

Ende 2010 hatten eine Milliarde mehr Menschen Zugang zu einer verbesserten Trinkwasserquelle als ein Jahrzehnt zuvor. Heute wird die Zahl der Menschen ohne Zugang zu einer verbesserten Trinkwasserquelle nur noch auf 780 Millionen oder 11% der Weltbevölkerung geschätzt, verglichen mit 23% im Jahr 1990. Fortschritte wurden auch bei der Verbesserung der sanitären Versorgung erzielt. Der prozentuale Anteil der Bevölkerung ohne sanitäre Grundversorgung (hygienische Toiletten im Haushalt) hat sich von 51% im Jahr 1990 auf nunmehr 37% verringert, wenngleich damit das Millenniumsentwicklungsziel noch lange nicht erreicht ist[3]. Im Zuge der verstärkten Bemühungen zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele konnten durch Erfahrungsaustausch Innovationen und Fortschritte in vielen verschiedenen Bereichen erzielt werden, selbst wenn es sich manchmal nur um bescheidene Verbesserungen handelt.

Keine Entwicklung ohne Wasser

Zwar wurden dank dieser erneuten Anstrengungen echte Fortschritte erzielt, die Frage ist jedoch, ob wir mit dem bisher Erreichten wirklich zufrieden sein können? Die Antwort lautet „nein".

Die Anerkennung des Zugangs zu Trinkwasser und Sanitärversorgung als grundlegendes Menschenrecht ist zwar von elementarer Bedeutung, aus einem anderen Blickwinkel betrachtet stellt sich die Lage jedoch eher tragisch dar. Die Definition von „Zugang zu einer verbesserten Wasserquelle" ist recht minimalistisch und bedeutet lediglich, dass das Wasser nicht mit Tieren

geteilt wird. Legt man eine strengere Definition zu Grunde, so kommt man zu dem Ergebnis, dass 2 Milliarden Menschen nach wie vor nur Zugang zu ungesundem Wasser haben und 3-4 Milliarden – etwa die Hälfte der Weltbevölkerung – weiterhin Wasser von zweifelhafter Qualität trinken. Zudem wird angesichts des starken Wachstums der städtischen Siedlungsräume die Wasser- und Sanitärinfrastruktur nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten können.

Jedes Jahr sterben 2,2 Millionen Kinder, weil sie verschmutztes Wasser trinken.

Das Ergebnis ist schweigend erduldete, grausame Ungerechtigkeit:

- Für Frauen stellt die Wasserbeschaffung eine erhebliche Belastung dar.
- Mädchen gehen nicht zur Schule, weil sie ihren Müttern bei der Hausarbeit (z.B. beim Wasserholen) helfen oder weil keine geeigneten Schultoiletten vorhanden sind.
- Jedes Jahr sterben 2,2 Millionen Kinder unter 14 Jahren an den Folgen von verunreinigtem Trinkwasser.
- Die Hälfte aller Krankenhausbetten in Afrika wird von Menschen belegt, die an einer wasserbedingten Krankheit leiden.
- Slumbewohner zahlen bis zu 20-mal so viel für Wasser wie ihre Nachbarn, die an das Trinkwassernetz angeschlossen sind.

Darüber hinaus haben Verzögerungen bei der Verbesserung des Zugangs zu Trinkwasser und Sanitärversorgung Auswirkungen, die weit über die unmittelbaren Lebensbedingungen der Menschen hinausreichen. Verzögerungen bei Investitionen in die Verbesserung der Wasserversorgung in ländlichen Gegenden Afrikas können als nahezu gleichbedeutend mit Verzögerungen bei der Anpassung Afrikas an den Klimawandel angesehen werden. Die internationale Staatengemeinschaft, die sich zunehmend bewusst wird, dass ihre Strategien dem Prinzip der Fairness entsprechen müssen, kann eine derartige Situation nicht hinnehmen.

Wie können wir von blühenden Landschaften und einem neuen Wachstumsmodell für das kommende Jahrzehnt träumen, wenn durch unser Versäumnis, jetzt die notwendigen Maßnahmen für ein Erreichen der vergleichsweise bescheidenen Millenniumsentwicklungsziele für den Zugang zu Wasser zu ergreifen, die Entwicklung auf breiter Front untergraben wird? Wie können wir von grünem Wachstum sprechen, wenn durch unser Versäumnis, die Anpassung an den Klimawandel voranzutreiben, unzählige „Klimamigranten“ gezwungen werden, das Land ihrer Vorfahren zu verlassen und stattdessen die Bevölkerungszahlen in Slums an der Küste weiter in die Höhe zu treiben oder sich unter großen Gefahren als Flüchtlinge in ein Land im Norden durchzuschlagen? Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren.

Entscheidende Maßnahmen zur Einbeziehung von Wasser in Strategien für eine nachhaltige Entwicklung

Ohne „Blau“ kein „Grün“: Wasser ist eine entscheidende Voraussetzung für Wachstum.

Die oben dargelegte Einschätzung legt den Schluss nahe, dass eine „grüne Wirtschaft“ ohne eine zentrale Rolle der Wasserpolitik nicht vorstellbar ist: Ohne Blau wird es auch kein Grün geben. Um die Wasserressourcen und den Zugang zu diesen Ressourcen auf

Kasten 7.1 **Einbeziehung von Gleichstellungsbelangen in die Wasserpolitik in Kenia**

Trotz seiner Bedeutung für die Entwicklung und Armutsbekämpfung ist gerade im Wassersektor die Diskrepanz zwischen dem, was Frauen leisten, und dem Einfluss, den sie haben, bisher so groß wie in kaum einem anderen Bereich. In Kenia sind Frauen in den Verwaltungsstrukturen im Wassersektor nach wie vor auf allen Ebenen unterrepräsentiert, obwohl sie am meisten von den negativen Auswirkungen mangelnder Wasserverfügbarkeit betroffen sind. Die Weltbank, das kenianische Ministerium für Wasser und Bewässerung, das globale Water and Sanitation Program und lokale Nichtregierungsorganisationen haben eine gemeinsame Initiative gestartet, um eine deutlich stärkere Berücksichtigung der Gleichstellung von Mann und Frau bei Aktivitäten und Politikmaßnahmen im Wassersektor zu erreichen. Durch diese Partnerschaft wurden die Gender-Mainstreaming-Kompetenzen bedeutend ausgebaut und geschlechtergerechte Reformen im Wassersektor initiiert. Beispiele sind eine Aufschlüsselung nach Geschlechtern beim Projektmonitoring, um den prozentualen Anteil von Männern und Frauen zu ermitteln, die den Zugang zu Wasser als zufriedenstellend beurteilen, sowie die Berücksichtigung von Gleichstellungsbelangen im Rahmen der Arbeit der Wasserregulierungsbehörde.

Kapazitätsaufbau im Bereich der Geschlechtergleichstellung. Zur Stärkung der Kapazitäten von Ansprechpartnern für Gleichstellungsfragen (sog. Gender Focal Points) im Wassersektor wurde ein Capacity-Building-Modell entwickelt und vielerorts kopiert, u.a. bei städtischen Wasserversorgungsunternehmen, in ländlichen Gebieten, den italienischen Büros für Entwicklungszusammenarbeit und bei örtlichen Wasserbeauftragten in Trockengebieten. Darüber hinaus wurden Informationsreisen zur Förderung des Süd-Süd-Erfahrungsaustauschs zu Genderstrategien im Wasser- und Sanitärsektor durchgeführt. Eine ähnliche Capacity-Building-Initiative findet mit Unterstützung durch das Gender and Energy Program der Weltbank auch im Energiesektor statt.

Erste Ergebnisse. Mittlerweile wird eine rasche und nachhaltige Verbesserung des Zugangs von Frauen zu Wasser verzeichnet. Gründe dafür sind der Verzicht auf die Vorlage von Eigentumsurkunden als Bedingung für einen Wasseranschluss, eine Senkung der Anschlussgebühren und die Einführung von Möglichkeiten zur Ratenzahlung. Auch die Beteiligung von Frauen an der Planung von Wasserversorgungsleistungen sowie an bezahlter Arbeit in der Wasser- und Sanitärinfrastrukturentwicklung hat sich erhöht. Unter Führung des Ministeriums für Wasser und Bewässerung hat die entstehende praxisbezogene Gemeinschaft (CoP) für Geschlechtergleichstellung und Wasser auf diese Erfahrungen zurückgegriffen, um Genderaspekte bei der aktuellen Reform des Wassersektors zu berücksichtigen.

Nachhaltigkeit der geschlechtergerechten Ansätze. Kenias Gender Sector Coordination Group führt alle wichtigen Entwicklungspartner des Landes unter Führung der kenianischen Regierung zusammen, um die Abstimmung und Komplementarität mit Aktivitäten im Genderbereich sicherzustellen. Die Erfahrungen aus diesen Aktivitäten wurden durch eine Wissensstrategie verbreitet, so dass sich vielfältige Möglichkeiten ergaben, diese zu kopieren, andere Aktivitäten daraus abzuleiten und weitere Partnerschaften zu schließen.

die Erfordernisse einer nachhaltigen globalen Entwicklung abzustimmen, müssen die folgenden zentralen Punkte, bei denen es sich keineswegs um eine abschließende Liste handelt, berücksichtigt werden:

- Wir brauchen neue Zielsetzungen für die Wasser- und Sanitärversorgung, die über die Millenniumsentwicklungsziele hinausreichen.
- Wir brauchen neue Finanzierungsmethoden.
- Wir brauchen einen neuen, auf Wassereinzugsgebieten basierenden Ansatz.

Neue Zielsetzungen zur Erfüllung des Menschenrechts auf Wasser

Die Zielvorgaben, die für den Wassersektor aufgestellt werden, werfen die Frage nach der schwierigen Balance zwischen kurz- und langfristigen Zielen auf. Das langfristige Ziel (das aber dennoch so schnell wie möglich erreicht werden muss) muss der Zugang für alle Menschen, als Menschenrecht, zu wirklich trinkbarem Wasser und geeigneter Sanitärversorgung unter akzeptablen Bedingungen sein. Der afrikanische Wasserministerrat (African Ministers' Council on Water – AMCOW) hat das Ziel formuliert, bis 2025 universellen Zugang zu Trinkwasser zu schaffen[4]. Zwar wird diese Frist wahrscheinlich verlängert werden müssen, doch die Zielsetzung trägt der Tatsache Rechnung, dass nicht einfach nur verbessertes Wasser, sondern vielmehr gesundes Wasser gebraucht wird, sowie parallel dazu Maßnahmen, die den Zugang zu Wasser mit Sanitärversorgung verbinden. Um dieses Ziel zu erreichen, wird es sicherlich nötig sein, bei den kurzfristigen Bemühungen zur Erfüllung der Millenniumsentwicklungsziele in ihrer aktuell definierten Form das Tempo anzuziehen.

Wenn die ursprüngliche Zielvorgabe erreicht ist, müssen die Anstrengungen verstärkt werden, um so bald wie möglich das Ziel des universellen Zugangs zu Wasser zu erreichen. Dies ist eine notwendige Voraussetzung für die vollständige Umsetzung eines grünen und nachhaltigen Wirtschaftsmodells, sowohl im Hinblick auf die gesellschaftliche Teilhabe als auch auf die Wirtschaftsentwicklung.

Neue Finanzierungsmethoden

Afrika könnte durch effizientere Wassernutzung jedes Jahr 2,7 Mrd. US-Dollar sparen.

Die erforderlichen Mittel könnten das Drei- oder sogar Vierfache der aktuell mobilisierten Summen betragen (Kasten 7.4). Demnach müssten also nicht Mittel in Höhe von 1,6 Mrd. US-$ für Afrika bereitgestellt werden, sondern mindestens 6 Mrd. US-$. Dazu müssten über den Zeitraum der nächsten zwanzig Jahre höchstwahrscheinlich Mittel in Höhe von rd. 1-2% des BIP aller Länder verfügbar gemacht werden. Durch zügiges Handeln in den folgenden Bereichen sind jedoch Einsparungen möglich:

- Hohes Ersparnispotenzial durch Bekämpfung von Verschwendung und Ineffizienz. Der Betrag, der im Wassersektor gegenwärtig auf Grund von mangelnder Effizienz weltweit verschwendet wird, wurde in einem Bericht der Weltbank und der Französischen Entwicklungsagentur aus dem Jahr 2010 auf rd. 2,7 Mrd. US-$ beziffert.
- Neue Partnerschaften für innovative Finanzierungsprogramme (wie z.B. ein freiwilliger Beitrag in Form eines Aufschlags von 1% auf den Wasserpreis in Industriestaaten, dessen Erlöse an Wasserprojekte in Entwicklungsländern gehen). Derartige Finanzierungsprogramme sollten als Ergänzung (nicht als Ersatz) für die oben angesprochenen Mechanismen der Entwicklungszusammenarbeit in Betracht gezogen werden. Sie bieten außerdem die Gelegenheit, die Öffentlichkeit stärker für das Thema zu sensibilisieren, und ermöglichen es lokalen Gemeinden, im Geiste der gegenseitigen Rechenschaftspflicht zusammenzuarbeiten, um dezentralisierte Kooperationsprogramme umzusetzen.
- Nord-Süd- und Süd-Süd-Dreiecksfinanzierungen, wie auf der Konferenz zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan Ende 2011 empfohlen[5]. Das heißt, dass Leistungen der DAC-Geber durch innerafrikanische Solidarleistungen ergänzt werden, indem stark wachsende afrikanische Länder ihre Nachbarstaaten, die noch keine so robuste Wirtschaftsentwicklung aufweisen, unterstützen (Kasten 7.2).

Kasten 7.2 **Hilfe aus Afrika für Afrika**

Beim 6. Weltwasserforum in Marseille (12.-17. März 2012) erklärten sich erstmals acht afrikanische Länder bereit, als Geberländer zu Entwicklungsleistungen für weniger begünstigte Nachbarstaaten beizutragen. Dieser Beitrag, Bestandteil der laufenden Reform der zwei Wasserfazilitäten der Afrikanischen Entwicklungsbank (Rural Water and Sanitation Initiative und Afrikanische Wasserfazilität), ist darauf ausgerichtet, den bisherigen angebotsbasierten Finanzierungsansatz durch einen nachfrageorientierten Ansatz zu ersetzen. Der neue Ansatz orientiert sich am Bedarf konkreter Projekte vor Ort. Dabei werden lokale und nationale Leistungen von der Afrikanischen Entwicklungsbank aufgestockt und dann durch ausländische Leistungen von DAC-Mitgliedern, multilateralen Stellen sowie einer Reihe von afrikanischen Ländern ergänzt. Dadurch bleiben die erheblichen nachteiligen Effekte von Top-down-Ansätzen aus, die größtenteils von den Zielsetzungen der Geberländer bestimmt werden und wenig Raum für lokale Prioritäten lassen. Durch diese Strategieänderung wird die Rolle der Zentralregierung in keiner Weise geschwächt.

Dank ihrer Einkünfte aus dem Handel mit Öl, Bodenschätzen, landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Holz konnten viele afrikanische Länder in den letzten Jahren ein anhaltendes Wirtschaftswachstum verzeichnen. Dadurch könnte sich zwar der akute Bedarf dieser Länder an ODA-Leistungen aus dem Ausland verringern, sie sollten jedoch das Thema Wasser als Priorität nicht aus den Augen verlieren.

- Maximierung des Einnahmepotenzials aus Gebühren, Steuern und Transferzahlungen. Dies könnte dazu beitragen, Anreize für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen zu schaffen.
- Entwicklung eines Finanzmarktes in Afrika – ein Bereich, der zu lange vernachlässigt wurde. Dieses Vorhaben sollte ohne weiteren Aufschub verfolgt werden, zumal wir uns am Beginn einer Phase intensiver Infrastrukturinvestitionen befinden.

Neue integrierte Ansätze der Wasserbewirtschaftung

Es ist allgemein bekannt, dass jede nationale Wasserpolitik mindestens zwei komplementäre Bestandteile umfasst: Trinkwasser und Sanitärwesen einerseits und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen andererseits. Durch die Koordinierung von Projekten im Rahmen einer integrierten Wasserressourcenpolitik könnten nationale oder, im Fall eines gemeinsamen Wassereinzugsgebiets, grenzüberschreitende Wasserpolitiken an Bedeutung gewinnen. Dadurch würde die Unterscheidung in städtische und ländliche Wasserversorgung, die aus hydrologischer Sicht wenig Sinn macht, in den Hintergrund rücken. Ein umfassenderer Ansatz, der die Entwicklung großer Städte mit der Modernisierung ländlicher Gebiete verbindet, würde sowohl städtischen als auch ländlichen Gebieten zugute kommen.

Rund fünfzig afrikanische Länder teilen sich ein Wassereinzugsgebiet mit mindestens einem anderen Land.

Fast 50 Länder in Subsahara-Afrika teilen sich etwa ein Dutzend Fluss- und Seeneinzugsgebiete. Daher müssen die Grundsätze des Integrierten Wasserressourcenmanagements (IWRM) so systematisch wie möglich angewendet werden, anstatt diese Ressourcen aus der begrenzten Sichtweise der jeweiligen nationalen Wasserversorgung der einzelnen Länder zu bewirtschaften. Dem grenzüberschreitenden Wasserressourcenmanagement und den dafür zuständigen Stellen kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Zu diesem Zweck brauchen

wir ein stärkeres Engagement der Regierungen und geeignete Mechanismen, die über den nationalen Rahmen der Wasserbewirtschaftung hinausreichen. Wasser macht nicht an Landesgrenzen Halt – egal, ob es sich um Oberflächengewässer oder Grundwasser handelt. Solidarität zwischen den Anrainern am Oberlauf und am Unterlauf eines Einzugsgebiets, sei es im Hinblick auf die verfügbaren Wassermengen oder den Umgang mit Abwässern, erfordert ein koordiniertes Ressourcenmanagement durch die zuständigen nationalen Akteure (vgl. Beispiel aus Äthiopien in Kapitel 8). Dasselbe gilt für den Zugang zu Wasser aus einem grenzüberschreitenden Grundwasserleiter.

Daraus müssen gesetzliche und finanzielle Konsequenzen auf regionaler und lokaler Ebene (Kasten 7.3), aber auch im Hinblick auf internationale ODA-Leistungen gezogen werden. Die Unterzeichnung eines Pakts für die bessere Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten (Pact for Better Basins Management) zum Abschluss des Weltwasserforums in Marseille auf Initiative des internationalen Netzwerks der Flussgebietsorganisationen (International Network of Basin Organisations – INBO) ist ein positiver Schritt. Das gilt auch für das Übereinkommen über das Recht der nichtschifffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe (Convention on the Law of the Non-navigational Uses of International Watercourses) aus dem Jahr 1997

Kasten 7.3 **Eine afrikanische Institution für Wasser und Sanitärversorgung**

Die von Afrikanern geführte panafrikanische zwischenstaatliche Einrichtung Water and Sanitation for Africa (WSA) entwickelt nachhaltige und innovative Lösungen für die Wasser- und Sanitärversorgung, um das Leben von Menschen in Afrika zu verbessern. Water and Sanitation for Africa (WSA)[1] trägt mit seinen 22 afrikanischen Mitgliedstaaten zur Entwicklung in afrikanischen Ländern bei, indem es Initiativen im Wasser- und Sanitärsektor fördert und internationale Finanzmittel mobilisiert.

Warum ist das so wichtig? Obwohl der Zugang zu sauberem Wasser und Sanitärversorgung als fundamentales Menschenrecht anerkannt ist, hat über ein Drittel der Bevölkerung Afrikas nach wie vor keinen Zugang zu diesen grundlegenden Versorgungsleistungen. Diese Situation hat gravierende negative Auswirkungen für afrikanische Staaten, nicht nur im Hinblick auf das öffentliche Gesundheits- und Bildungswesen, sondern auch aus ethischen, wirtschaftlichen, ökologischen und Produktivitätsgesichtspunkten. Die Auswirkungen auf die arme Bevölkerung in periurbanen und ländlichen Gebieten – vor allem Kinder, Frauen und ältere Menschen – sind besonders verheerend. Zweifellos wird es vielen afrikanischen Ländern nicht gelingen, das 7. Millenniumsentwicklungsziel bis 2015 zu erreichen.

WSA hat erkannt, dass neue Verfahrensweisen und Kenntnisse notwendig sind. Technologische und verfahrensbezogene Entscheidungen müssen mehr als je zuvor auf den Grundsätzen der Chancengleichheit und gesellschaftlichen Teilhabe beruhen. Um Verhaltensänderungen in der Bevölkerung zu bewirken, müssen innovative Ansätze, wie z.B. Community-Led Total Sanitation (CLTS)[2], genutzt werden. Die Wirtschaftsmodelle der Sanitärversorgung müssen so umgestaltet werden, dass sie die ganze Wertschöpfungskette abdecken und neben der Entsorgung auch für den Schutz der Umwelt und Lebensbedingungen sowie die Schaffung von Geschäftschancen und Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft sorgen.

WSA ist seit mehr als zwanzig Jahren als maßgebliche Institution für Wasser- und Sanitärbelange auf dem afrikanischen Kontinent etabliert und setzt sich für die Förderung eines dauerhaften und nachhaltigen Zugangs zu Wasser und Sanitärversorgung für die ärmsten Mitglieder der Bevölkerung in Afrikas periurbanen und ländlichen Gebieten ein.

Anmerkung: Wegen weiterer Informationen vgl. *www.wsafrica.org*.

1. Der offizielle französische Name der Organisation lautet: Organisation Eau et Assainissement pour l'Afrique (EAA).
2. Vgl. *www.communityledtotalsanitation.org/page/clts-approach*.

und die lang erwartete Ratifizierung dieses Übereinkommens von genügend Ländern, um Eingang in die nationale Gesetzgebung der einzelnen Länder zu finden.

Der Weg in die Zukunft

Maßnahmen in den drei oben beschriebenen Bereichen sind unerlässlich, um die Versorgung mit gesundem und produktiv nutzbarem Wasser sicherzustellen, von der grünes Wachstum und nachhaltige Entwicklung abhängen. Dies deckt sich mit den Empfehlungen, die die OECD in ihrer Studie *Meeting the Water Reform Challenge* (OECD, 2012b) ausgesprochen hat. Eine entscheidende Rolle kommt dabei auch der Kohärenz der Governance und der strategischen Ausrichtung zu:

- **Stärkere Anerkennung von Wasser als Grundpfeiler des zukünftigen Wachstums.** 2015 sollte die Wasser- und Sanitärversorgung nicht mehr nur einen bescheidenen Bestandteil des 7. Millenniumsentwicklungsziels, sondern eine eigenständige Priorität darstellen.
- **Ausbau dezentralisierter und transparenter Governance-Strukturen.** Verschiedene Partner und Akteure aus dem Bereich der Wasserbewirtschaftung sollten in einer vertrauensbildenden Atmosphäre gemeinsam an einen Tisch gebracht werden.
- **Integration innovativer Wasserpolitik in den Gesamtkontext anderer Politikmaßnahmen.** Dies ist sowohl für Maßnahmen in den Bereichen Energie, Nahrungsmittel, Gesundheitswesen und Umwelt als auch für die Wasserpolitik erfolgsentscheidend. Wenn die zahlreichen systemischen Verknüpfungen zwischen diesen Bereichen bei ihrer Ausrichtung auf die zukünftige Entwicklung berücksichtigt werden, ist vernünftiges, kohärentes Wachstum möglich (vgl. Kasten 7.1).
- **Abstimmung öffentlicher, privater und zivilgesellschaftlicher Institutionen.** Die Einbindung dieser Institutionen in die Bemühungen um eine kohärente Strategie wird dazu beitragen, in allen Ländern, die zu diesem wichtigen Schritt bereit sind, bestmögliche Governance-Strukturen zu erreichen.

Kasten 7.4 **Trends in der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit: Wasser- und Sanitärversorgung**

Nach einem vorübergehenden Rückgang in den 1990er Jahren sind die ODA-Leistungen für Wasser- und Sanitärversorgung seit 2001 mit einer durchschnittlichen realen Jahresrate von 5% gestiegen, wobei sich die bilateralen Leistungen um 7% pro Jahr und die multilateralen Leistungen um 3% pro Jahr erhöht haben (Abb. 7.1). 2009-2010 beliefen sich die jährlichen ODA-Zusagen für Wasser- und Sanitärversorgung im Durchschnitt auf insgesamt 8,3 Mrd. US-$, was 7% der gesamten sektorspezifischen Leistungen entspricht. Größte bilaterale Geber waren 2009-2010 Japan (durchschnittlich 2,4 Mrd. US-$ pro Jahr), Deutschland (768 Mio. US-$) und Frankreich (624 Mio. US-$). Obwohl die ODA-Leistungen für Wasser- und Sanitärversorgung in den letzten Jahren gestiegen sind, erscheinen diese Beiträge angesichts des hohen Mittelbedarfs immer noch als unzureichend*.

Zielgerichtete geografische Verteilung der Ressourcen

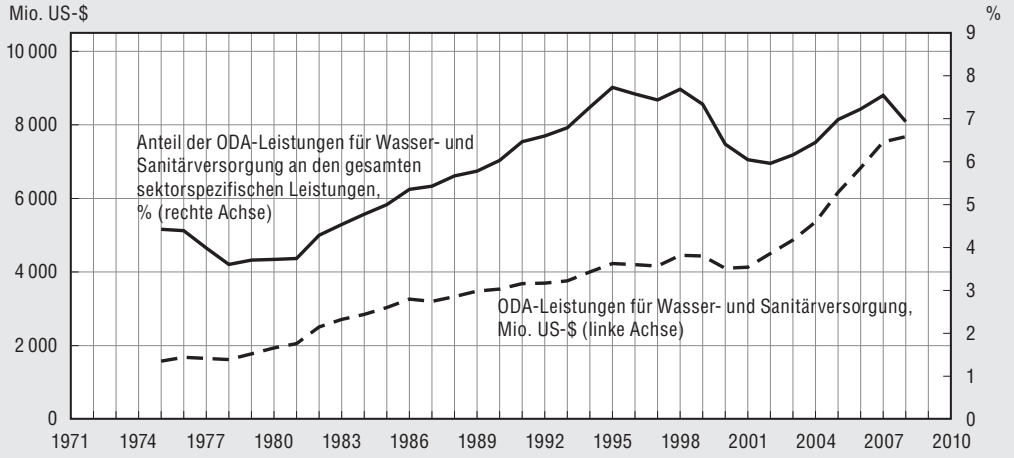
ODA-Leistungen für Wasser- und Sanitärversorgung werden naturgemäß vorrangig für arme Länder in Trockenregionen entrichtet: **Auf Subsahara-Afrika entfielen 26% der gesamten ODA-Leistungen für diesen Sektor, auf Süd- und Zentralasien 21%**. Länder der unteren Einkommensgruppen (die am wenigsten entwickelten Länder und sonstige Niedrigeinkommensländer) erhielten **41%** der gesamten ODA-Leistungen.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Abbildung 7.1 **Trends bei den ODA-Leistungen für Wasser- und Sanitärversorgung**

Zusagen 1971-2010, gleitender Fünfjahresdurchschnitt, konstante Preise 2010

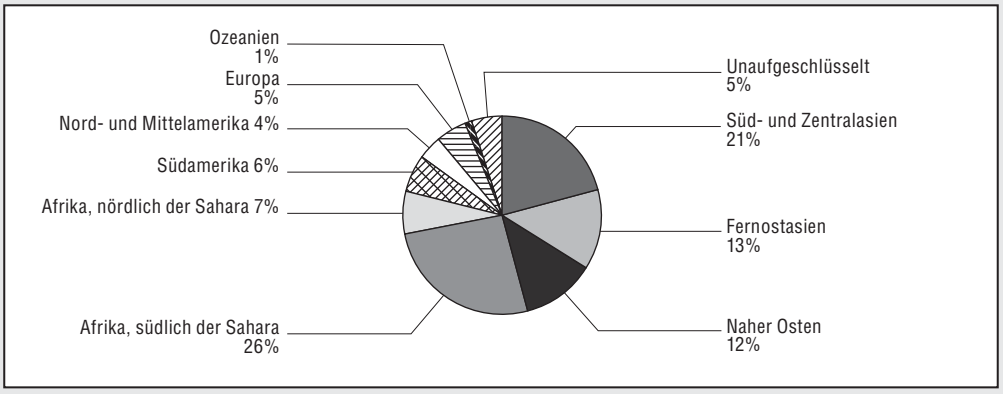


Anmerkung: Gleitender Fünfjahresdurchschnitt, z.B. 2008 = Durchschnitt von 2006-2010

StatLink *http://dx.doi.org/10.1787/888932700086*

Abbildung 7.2 **Verteilung der ODA-Leistungen für Wasser- und Sanitärversorgung nach Regionen**

Zusagen 2009-2010, konstante Preise 2010



StatLink *http://dx.doi.org/10.1787/888932700105*

Dem Fortschrittsbericht 2011 zu den Millenniumsentwicklungszielen zufolge hat sich der Zugang zu sauberem Trinkwasser in allen Regionen verbessert. In Subsahara-Afrika stieg der Bevölkerungsanteil mit Zugang zu einer verbesserten Trinkwasserquelle von 49% im Jahr 1990 auf 60% im Jahr 2008. Bei der Sanitärversorgung hingegen wurden deutlich langsamere Fortschritte verzeichnet, und die Zielvorgabe für die sanitäre Grundversorgung kann bis 2015 wohl kaum erreicht werden.

ODA-Leistungen für Wasserversorgung und Klimawandel

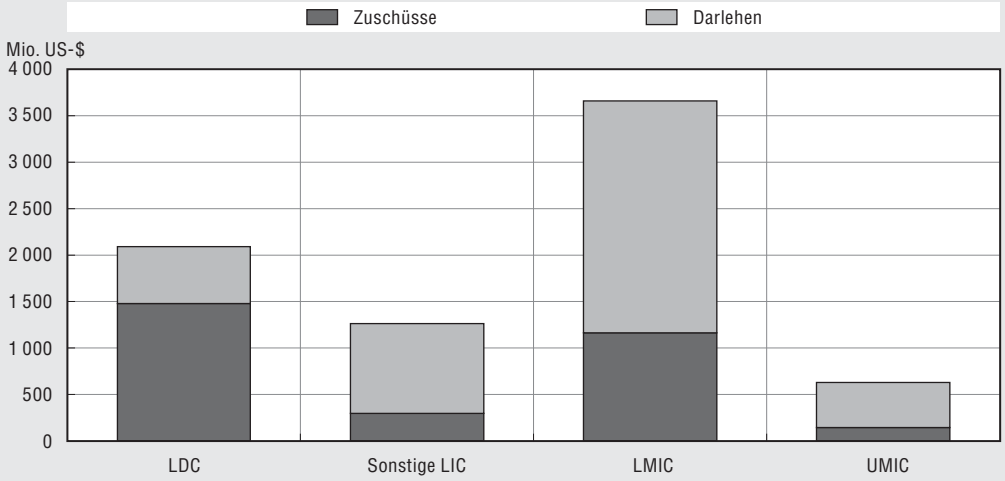
Durch den Klimawandel und seine Auswirkungen auf Wasserverfügbarkeit und Wasserbedarf könnten die Wasserprobleme in den Entwicklungsländern künftig noch gravierender werden. Es ist daher wichtig zu überwachen, inwiefern die Geberländer Klimabelange in ihren Programmen für die Wasser- und Sanitärversorgung berücksichtigen. Der Entwicklungsausschuss der OECD überwacht seit 1998 die ODA-Leistungen für den Klimaschutz und seit 2010 die ODA-Leistungen für die Anpassung an den Klimawandel. Die beim Monitoring

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Abbildung 7.3 **Verteilung der ODA-Leistungen für Wasser- und Sanitärversorgung nach Einkommensgruppen**

Zusagen 2009-2010, konstante Preise 2010

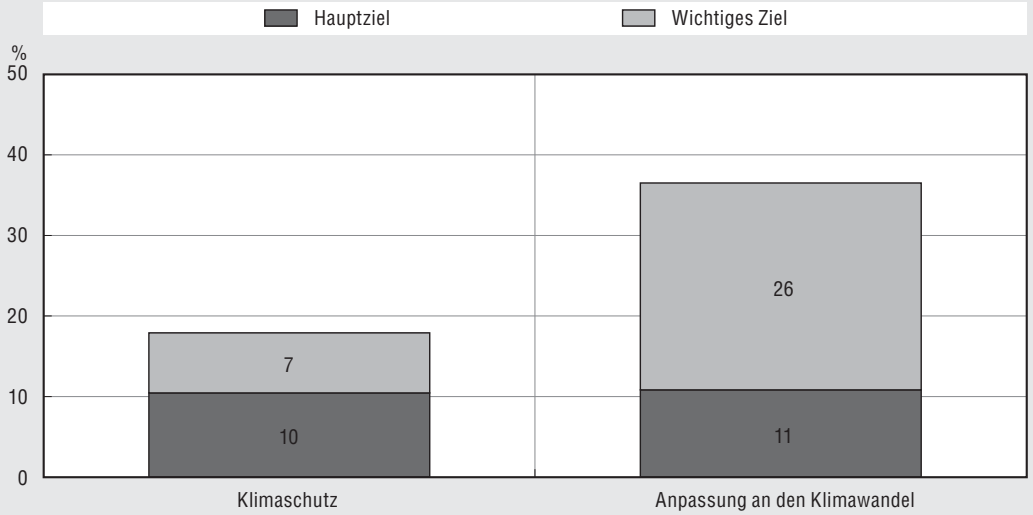


StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700124

dieser Leistungen verwendete Marker-Methodik wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) festgelegt. ODA-Aktivitäten, bei denen Klimabelange (d.h. Klimaschutz oder Anpassung an den Klimawandel) als „Hauptziel" ausgewiesen sind, wären ohne dieses Ziel nicht durchgeführt worden; Aktivitäten mit der Einstufung „wichtiges Ziel" haben andere primäre Ziele, wurden aber so formuliert bzw. angepasst, dass sie zur Erfüllung von Klimazielen beitragen. Wegen näherer Einzelheiten vgl. *www.oecd.org/dac/stats/rioconventions*.

Abbildung 7.4 **ODA-Leistungen im Wasser- und Sanitärversorgungssektor mit Bezug zum Klimawandel**

Anteil an den Zusagen der DAC-Mitglieder 2010



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700143

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

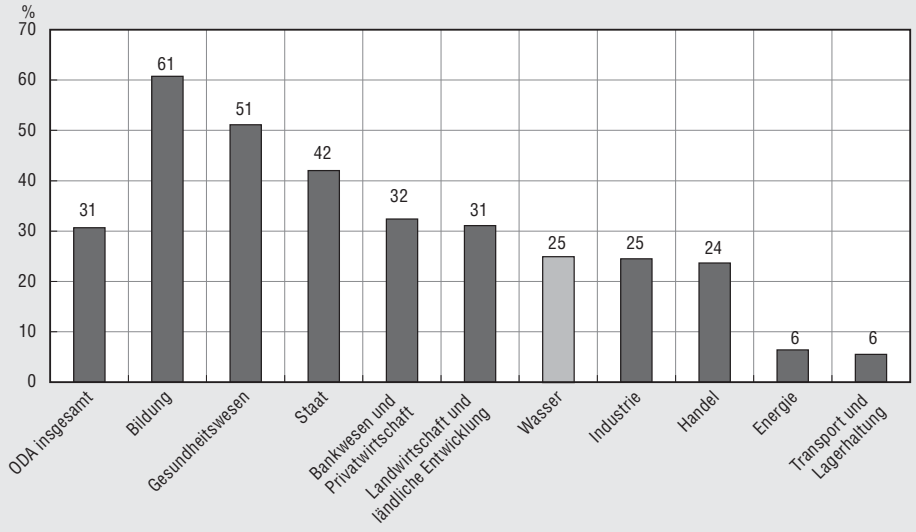
Im Jahr 2010 war mehr als ein Drittel (37%) der Aktivitäten der DAC-Mitglieder im Wassersektor Aspekten im Zusammenhang mit der Anpassung an den Klimawandel, wie z.B. der Weiterverwendung von geklärtem Abwasser, gewidmet. Ein kleinerer Anteil (17%) diente dem Klimaschutz, wie z.B. die Reduzierung der Treibhausgasemissionen durch Abfallwirtschaftssysteme mit geringen Methanemissionen. Einige Aktivitäten (10%) hatten sowohl den Klimaschutz als auch die Anpassung an den Klimawandel zum Ziel; insgesamt wiesen 44% der ODA-Leistungen im Wassersektor einen gewissen Klimabezug – entweder Klimaschutz oder Anpassung an den Klimawandel – auf.

Bei der Mehrzahl der Klimaschutzprojekte war der Klimaschutz das Hauptziel, während die Anpassung an den Klimawandel in den meisten Fällen nur als wichtiges Ziel ausgewiesen war. Insgesamt standen **2,6 Mrd. US-$** an ODA-Leistungen für den Wassersektor zu einem gewissen Grad im Zusammenhang mit dem Klimawandel (1,9 Mrd. US-$ für die Anpassung an den Klimawandel, 1 Mrd. US-$ für den Klimaschutz, mit einer Überschneidung von 0,3 Mrd. US-$ für Projekte, die sowohl die Anpassung an den Klimawandel als auch den Klimaschutz zum Ziel hatten).

ODA-Leistungen für Wasserversorgung und Geschlechtergleichstellung

Abbildung 7.5 **ODA-Leistungen mit Ausrichtung auf Geschlechtergleichstellung**

Anteil nach Sektoren, Zusagen der DAC-Mitglieder 2009-2010, konstante Preise 2010



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700143

Initiativen, mit denen Frauen dabei unterstützt werden, ihre Arbeit im Haushalt effizienter zu erledigen, wie z.B. die Versorgung mit Leitungswasser, sorgen dafür, dass sie weniger Zeit mit beschwerlicher Arbeit wie dem Wasserholen verbringen müssen und stattdessen mehr Zeit für Bildung, Erwerbsarbeit sowie zur Teilnahme am Gemeinschaftsleben und an Entscheidungsprozessen haben (OECD, „Women's Economic Empowerment", *Diskussionspapier*, 2011). Allerdings wird der Aspekt der Geschlechtergleichstellung bei Wasserprogrammen oft außer Acht gelassen: Lediglich ein Viertel der ODA-Leistungen im Wassersektor war Gleichstellungsbelangen gewidmet, während bei den ODA-Leistungen insgesamt der Anteil bei fast einem Drittel (31%) liegt. In anderen sozialen Sektoren ist der Anteil deutlich höher als im Wassersektor: Im Bildungswesen liegt er bei 61%, im Gesundheitswesen bei 51% und im Bereich Staat und Zivilgesellschaft bei 42%. Auch in einigen Produktionssektoren wie der Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums ist der Anteil höher (31%). Wegen näherer Einzelheiten vgl. *www.oecd.org/dac/stats/gender*.

* Schätzungen zufolge sind für den Ausbau der Wasserversorgung in Entwicklungsländern rd. 18 Mrd. US-$ pro Jahr erforderlich, um die Millenniumsentwicklungsziele für die Wasser- und Sanitärversorgung zu erreichen. Für die Instandhaltung der bestehenden Wasserinfrastruktur sind pro Jahr weitere 54 Mrd. US-$ an Investitionen notwendig.

Quelle: OECD (2011), *Meeting the Challenge of Financing Water and Sanitation: Tools and Approaches*, OECD Publishing, Paris.

Anmerkungen

1. *www.g8.fr/evian/english/navigation/2003_g8_summit/summit_documents/water_-_a_g8_action_plan.html*.
2. *www.oecd.org/document/32/0,3746,en_2649_3236398_46582624_1_1_1_1,00.html*.
3. Eine der Zielvorgaben des Millenniumsentwicklungsziels 7 lautet: Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben.
4. African Vision, AMCOW.
5. Viertes Hochrangiges Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, Busan, Korea, November-Dezember 2011, *www.oecd.org/document/12/0,3746,en_2649_3236398_46057868_1_1_1_1,00.html*.

Literaturverzeichnis

OECD (2011), *Meeting the Challenge of Financing Water and Sanitation: Tools and Approaches*, OECD Publishing, Paris.

OECD (2012a), *OECD-Umweltausblick bis 2050: Die Konsequenzen des Nichthandelns*, OECD Publishing, Paris.

OECD (2012b), *Meeting the Water Reform Challenge*, OECD, Paris, *www.oecd.org/dataoecd/60/54/49839058.pdf*.

Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2012
Nachhaltigkeit und Entwicklung verbinden
© OECD 2013

TEIL II

Kapitel 8

Sicherung von Lebensgrundlagen durch die Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten in Äthiopien

von
Nick Chisholm
Senior Lecturer für internationale Entwicklung am University College Cork, Irland
Tassew Woldehanna
Associate Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Addis Abeba
und Senior Research Fellow am Ethiopian Development Research Institute

Das Konzept und die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung werden seit mehreren Jahrzehnten allgemein als zentrales Element des gesellschaftlichen Fortschritts anerkannt. Dennoch ist uns die Umstellung auf ein wirklich nachhaltiges Entwicklungsmodell noch immer nicht gelungen. Dieses Kapitel berichtet über nachhaltige Entwicklung in der Praxis anhand des Beispiels eines Projekts zur integrierten Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten in Äthiopien, an dem die Autoren selbst beteiligt waren. Durch dieses Projekt wurden natürliche Ressourcen regeneriert und aufgewertet, die Einkommenssituation und die Ernährungssicherheit der Bevölkerung verbessert sowie vielerlei soziale Nutzeffekte erzielt. Zudem hat es die Widerstandskraft der Bevölkerung gegenüber dem Klimawandel gestärkt und zur Bindung von Kohlendioxid beigetragen. Der Erfolg dieses Konzepts der Einzugsgebietsbewirtschaftung rührt daher, dass es sich nicht um einen rein technischen Ansatz handelte. Von grundlegender Bedeutung war vielmehr die volle Einbindung der Ressourcennutzer vor Ort, ergänzt durch Sozialkapital und ein günstiges institutionelles Umfeld. Der Projektansatz wurde inzwischen auf die nationale Ebene ausgedehnt, womit er entscheidende Bereiche der nationalen Politik beeinflusst, insbesondere das „Productive Safety Net Programme" und Äthiopiens Strategie für eine grüne Wirtschaft. Allzu häufig kommen Konzepte der nachhaltigen Entwicklung nie über das Pilotprojektstadium hinaus; umso wichtiger ist daher die Erkenntnis, die sich aus dieser Erfahrung ziehen lässt, nämlich dass ein erfolgreicher Ansatz zwar auf nationaler Ebene angewandt werden kann – und auch angewandt werden sollte –, dass es dazu aber institutionellen und politischen Engagements von Seiten der staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft bedarf sowie ausreichender Investitionen, um eine solche Ausweitung möglich zu machen. Insofern dieses Projekt ursprünglich durch ähnliche Arbeiten in Indien angeregt wurde, zeigt sich an ihm zudem die Bedeutung des Erfahrungsaustauschs.

Seit dem Erdgipfel von Rio im Jahr 1992 wurden zahllose Programme und Maßnahmen auf der Basis der Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung entworfen und umgesetzt. Dennoch ist die Situation in den Entwicklungsländern immer noch durch ein hohes Maß an extremer Armut, Ernährungsunsicherheit und Zerstörung natürlicher Ressourcen sowie wachsende Gefahren durch den Klimawandel und dessen bedrohliche Begleiterscheinungen gekennzeichnet. All dies macht deutlich, vor welch gewaltiger Herausforderung unsere Gesellschaft bei der Umstellung auf ein wirklich nachhaltiges Entwicklungsmodell steht.

Viele Kleinprojekte der nachhaltigen Entwicklung sind zwar erfolgreich, um diesen Erfolg jedoch in einem größeren Rahmen wiederholen zu können, müssen wir untersuchen, wie wir aus diesen Projekten Erkenntnisse für die nationale Politik ziehen können, die u.U. weiter nicht nachhaltige Vorgehensweisen unterstützt bzw. sogar Anreize dafür schafft. In diesem Kapitel wird über Erfahrungen mit der Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten in Äthiopien berichtet, wo die bei einem Pilotprojekt in der Region Tigray gewonnenen Erkenntnisse als Grundlage für die Gestaltung wichtiger Aspekte der nationalen Politik dienten, insbesondere im Zusammenhang mit der Frage der Ernährungssicherheit sowie der Strategie des Landes für eine grüne Wirtschaft. Das Pilotprojekt stützte sich seinerseits auf andernorts – genauer gesagt in Indien – gewonnene Erfahrungen, woran sich zeigt, welche Möglichkeiten der Wissensaustausch bietet und welche Bedeutung ihm zukommt.

Die Einbindung der örtlichen Bevölkerung ist für eine integrierte Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten unerlässlich.

Was ist unter einer integrierten Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten zu verstehen und warum handelt es sich hierbei um ein nachhaltiges Konzept?

Die Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten ist eine landschaftsbezogene Strategie, bei der Ressourcenmanagementsysteme in solcher Weise eingesetzt werden, dass sie zu verbesserten Lebensbedingungen führen und den Erhalt sowie eine nachhaltige Nutzung und Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen fördern. Viele Länder sehen in der integrierten Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten (*Integrated Watershed Management* – IWM) eine erfolgversprechende Strategie zur Steigerung der Produktivität und Förderung einer nachhaltigen Intensivierung der Landwirtschaft (Shiferaw et al., 2008).

Die integrierte Einzugsgebietsbewirtschaftung beinhaltet Formen des Schutzes und der Sanierung von Wassereinzugsgebieten, durch die sich die Produktion steigern lässt und kurz- ebenso wie langfristige Vorteile für die im jeweiligen Einzugsgebiet lebende Bevölkerung geschaffen werden können, wobei zugleich sichergestellt wird, dass den flussabwärts lebenden Menschen keine Nachteile durch die Landnutzungsformen in den Wassereinzugsgebieten entstehen. Die Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten entspricht den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung und verbindet ökologische Nutzeffekte (Erhalt natürlicher Ressourcen) mit wirtschaftlichen Gewinnen (aus einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft, gesunden Ökosystemen und dadurch geschaffenen Erzeugnissen) sowie

sozialen Vorteilen (gestärktes Sozialkapital, geringere Migrationsbewegungen, verbesserte Ernährungssituation, Einkommenssteigerungen und verringerte Arbeitslast für Frauen). Bei diesem Konzept der nachhaltigen Intensivierung bestehen keine Zielkonflikte zwischen einer erhöhten Produktion und der Bereitstellung von Ökosystemleistungen[1].

Die Umweltschutzaktivitäten im Rahmen der integrierten Bewirtschaftung von Einzugsgebieten zielen in der Regel auf den Boden- und Gewässerschutz, die Aufforstung und die Einrichtung von Schutzgebieten ab, in denen sich die Vegetation regenerieren kann. Diese Aktivitäten verbessern das Grundwasserangebot für die Landwirtschaft, erhöhen die Biomasseverfügbarkeit und die biologische Vielfalt und führen zu einer Verringerung der Überschwemmungs- und Verschlickungsgefahr flussabwärts, womit sie dort die wirtschaftlichen Einbußen reduzieren.

Unabdingbar bei einem solchen integrierten Konzept ist die volle Einbindung der Ressourcennutzer vor Ort. Auch wenn die verschiedenen Wassereinzugsgebiete unterschiedlich groß sind, werden sie alle von zahlreichen Haushalten bewohnt, darunter vielen armen Kleinbauern. Um die Vorteile der Einzugsgebietsbewirtschaftung zu realisieren, bedarf es der Mitwirkung aller Ressourcennutzer, auch der flussabwärts gelegenen Gemeinden, die die Auswirkungen der Landnutzung flussaufwärts zu spüren bekommen. Den unterschiedlichen Anforderungen dieser verschiedenen Akteure kann durch eine Kombination aus Strukturen für gemeinsames Handeln auf lokaler Ebene (z.B. Vereinbarungen zwischen Vertretern der flussabwärts und flussaufwärts gelegenen Gemeinden), institutionellen Regelungen für die Lösung potenzieller Konflikte auf lokaler Ebene (z.B. Strafen bei nicht nachhaltigem Verhalten) und ökologischen Instrumenten wie beispielsweise Zahlungen für Ökosystemleistungen entsprochen werden[2].

Ein entscheidender Punkt bei der Einzugsgebietsbewirtschaftung – und der nachhaltigen Entwicklung im Allgemeinen – ist die Notwendigkeit, Zielkonflikte zwischen kurzfristigen und langfristigen Nutzeffekten zu lösen, vor allem wenn die Ressourcennutzer arm und auf sofortige Erträge angewiesen sind. In der Anfangsphase der Regenerierung natürlicher Ressourcen ist es beispielsweise möglich, dass es den Menschen auf kurze Sicht wirtschaftlich schlechter geht, weil Teile des Gebiets eine Zeitlang z.B. nicht als Weideland genutzt werden können. Solchen Problemen muss im Gestaltungs- und Verwaltungsprozess begegnet werden. Beim Tigray-Projekt wurden sie durch Konzepte vom Typ „Nahrungsmittel gegen Arbeit“ gelöst (siehe weiter unten).

Vor dem Start des Projekts gingen in Tigray jährlich 100 t Boden je Hektar durch Erosion verloren.

Die Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten in Tigray

1997 begann das irische Programm für Entwicklungszusammenarbeit (Irish Aid) Initiativen für die Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten in der Tigray-Region zu unterstützen; von anfänglich fünf Gebieten wurde das Konzept auf zwölf ausgedehnt und letztlich auch auf nationaler Ebene angewandt. Die ausgewählten Pilotgebiete sind in der Regel rd. 1 000 ha groß und beherbergen mindestens 500 Haushalte. Diese Gebiete sind zwar jeweils Teil größerer Wassereinzugsgebiete, da lokale Strukturen für gemeinsames Handeln jedoch auf Gemeindeebene am besten zu funktionieren scheinen, setzt eine nachhaltige Bewirtschaftung von Einzugsgebieten sinnvollerweise hier an.

Zu Projektbeginn waren Konzepte der integrierten Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten, die Ziele der Ertragssteigerung mit solchen des Umweltschutzes verbinden,

in Äthiopien so gut wie inexistent. Für den Boden- und Gewässerschutz einerseits und die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion andererseits wurden jeweils unterschiedliche Entwicklungskonzepte eingesetzt. Dieser dissoziierte Ansatz drückte sich auch im Organisationsaufbau und in den Arbeitsweisen des Ministeriums für Landwirtschaft und Naturressourcen aus: Ergebnisse wie die Zahl der gebauten Dämme und Geländeterrassen sowie der als Schutzgebiete ausgewiesenen Hänge (Keeley and Scoones, 2003) wurden als vollwertige Entwicklungsresultate behandelt, während bei Ansätzen zur Förderung der Landwirtschaft das Augenmerk auf der Bereitstellung standardisierter Inputs zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion lag und kaum auf das Potenzial zur Ertragssteigerung geachtet wurde, das durch die Grundwasserneubildung in Wassereinzugsgebieten entsteht.

Dieses Auseinanderklaffen der Entwicklungskonzepte erklärte sich z.T. aus der Geschichte der Tigray-Region. Nach zahlreichen Dürreperioden und chronischen bzw. immer wieder auftretenden Phasen der Ernährungsunsicherheit wurde die Region zu einem der Zentren der verheerenden Hungerkatastrophe der Jahre 1984-1985. Während vieler Jahrzehnte hatten Armut, soziale Ausgrenzung und Konflikte einer zunehmenden Umweltzerstörung Vorschub geleistet. Das Ausmaß dieser Umweltzerstörung wurde in der *Ethiopian Highlands Reclamation Study* der FAO drastisch vor Augen geführt; den Schätzungen dieser Studie zufolge waren mehr als 50% der Landfläche durch Erosion stark geschädigt, der jährliche Nettoverlust an Ackerland durch Erosion wurde mit 100 t/ha beziffert (FAO, 1986)[3].

Die Analysen in der *Ethiopian Highlands Reclamation Study* rechtfertigten großangelegte technische Bodenschutzmaßnahmen, bei denen Programme vom Typ „Nahrungsmittel gegen Arbeit“ (*Food for Work* – FFW) Einsatz fanden, die vom Welternährungsprogramm (WEP) unterstützt wurden. Dieser Ansatz wurde jedoch von der damaligen äthiopischen Regierung, dem „Derg“, nach dem Top-down-Prinzip umgesetzt, ohne dass die Bauern selbst wirklich in das Projekt einbezogen worden wären. In der Übergangszeit bis zum Amtsantritt der neuen Regierung im Jahr 1991 wurden viele der im Rahmen des Programms erbauten Schutzstrukturen von den Bauern zerstört (Admassie, 1995)[4]. Diese rein technischen Ansätze zur Lösung des Problems der Bodenerosion scheiterten also großenteils, weil die lokale Bevölkerung nicht sinnvoll einbezogen wurde.

Eine der positiven Folgen der Mobilisierung der Bevölkerung in der Tigray-Region während des Kampfs gegen den Derg war die Schaffung eines Systems von Entwicklungskomitees auf Ebene der Dörfer (sog. Baitos), die für das nötige Sozialkapital für die Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten und andere Entwicklungsaktivitäten sorgten. Dennoch wurden für Ressourcenschutz und Ertragssteigerung weiterhin zumeist getrennte Ansätze verfolgt. Dies änderte sich erst mit der Einrichtung des von Irish Aid unterstützten Pilotprojekts.

Das neue Programm, das vom Amt für Landwirtschaft und Naturressourcen der Region Tigray (Bureau of Agriculture and Natural Ressources – BoA&NR) umgesetzt wurde, stützte sich auf in Indien gewonnene Erfahrungen mit der partizipatorischen Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten (Kasten 8.1).

Geldleistungen helfen Landwirten, ihre „Investitionsarmut“ zu überwinden.

Um das Potenzial dieses Konzepts für die Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten voll auszuschöpfen, waren ergänzende Investitionen von staatlicher Seite notwendig. Der Prozess der Zertifizierung von Landrechten in Tigray war vermutlich ein weiterer Faktor, der die Umsetzung des Projekts erleichterte, indem er den Landwirten Eigentumssicherheit und Anreize bot, auf ihrem Grund in Bewässerung und Baumkulturen zu investieren. Eine direktere Förderung erfolgte durch die Bereitstellung von Saatgut, Informationskampagnen

Kasten 8.1 **Die Geschichte der partizipatorischen Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten in Indien**

Bei der Einrichtung des äthiopischen Projekts wurden Erkenntnisse aus Indien genutzt, das über eine besonders reiche Erfahrung mit der partizipatorischen Einzugsgebietsbewirtschaftung verfügt, wobei NRO häufig eine wichtige Rolle spielen. Die indische Regierung betrachtet die Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten als eine entscheidende Strategie für die ländliche Entwicklung, vor allem in unter Dürren leidenden Regionen mit Regenfeldbau (d.h. Gebieten, deren agroklimatische Merkmale denen der Tigray-Region ähneln). Analysen der Effekte der Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten in Indien (z.B. Shiferaw et al., 2008; Kerr et al., 2001) ergaben, dass gesellschaftliche Initiative und kollektives Handeln die wichtigsten Voraussetzungen für konkrete Resultate sind.

Mitarbeiter der Regionalverwaltung Tigray besichtigten Projekte in Indien, und ein erfahrener Fachmann aus Indien erteilte den Mitarbeitern des BoA&NR umfassende Schulungen, bei denen besonders auf die Vorteile eingegangen wurde, die entstehen, wenn in Planung und Umsetzung sowohl Fachleute auf dem Gebiet des Ressourcenschutzes als auch Landwirte einbezogen werden, wobei auch die Beteiligung der Gemeinden eine wichtige Rolle spielt. Die beiden Länder entschieden sich zwar für unterschiedliche Konzepte, die verfolgten Ansätze waren jedoch in beiden Fällen integrativ und partizipatorisch.

Die indische Erfahrung lieferte stichhaltige Belege für die wirtschaftlichen Nutzeffekte eines „Water harvesting" (Sammlung und Rückführung des Regenwasserabflusses) im oberen Teil des Einzugsgebiets, das eine rasche Grundwasserneubildung im unteren Teil ermöglicht. Durch diese Methode konnten Gebiete, in denen die Landwirtschaft zuvor ganz von unsicheren Niederschlägen abhängig war, rasch in Gebiete mit Bewässerungsfeldbau verwandelt werden, wobei die Mikrobewässerung auf Ebene der einzelnen Betriebe in kurzer Zeit deutlich zunahm, da die Landwirte eigene Brunnen* zu graben begannen und teilweise auch in kleine Motor- oder Fußpumpen investierten. Andere Konzepte des Water harvesting wurden ebenfalls getestet, z.B. mit dem Bau von Mikrodämmen (für maximal 100 ha) und abgedichteten Teichen; diese Konzepte waren jedoch im Allgemeinen nicht erfolgreich, wenn dabei kein integrierter Ansatz verfolgt wurde.

* In einigen Pilotgebieten wurden bis zu 200 Brunnen gegraben.

zur Unterstützung des bewässerten Gemüse- und Obstanbaus sowie des Getreideanbaus, die Einführung neuer Arten von Bienenstöcken zur Erhöhung der Honigproduktion und von neuen Hühnerrassen sowie Unterstützung bei der Einrichtung von Brutgeräten für Hühnereier. Damit wurde eine positive Wirkungskette aus landwirtschaftlicher Diversifizierung, Einkommenssteigerungen[5] und höheren Investitionen in Gang gesetzt.

Frauen wurden aktiv in die Boden- und Gewässerschutzanstrengungen im Wassereinzugsgebiet einbezogen und konnten aus dieser Arbeit großen Nutzen ziehen:

- Viele der wirtschaftlichen Aktivitäten, die durch das Konzept der Einzugsgebietsbewirtschaftung angeregt wurden, darunter die Honig- und Eierproduktion, werden großenteils von Frauen wahrgenommen.
- Die Diversifizierung der Produktion hat zu einer größeren Ernährungsvielfalt und damit auch zu einer gesünderen Ernährung für Frauen und Kinder geführt.
- Der Arbeits- und Zeitaufwand der Frauen für Wasserholen und Feuerholzsammeln hat sich deutlich verringert.

Das Projekt setzte eine positive Wirkungskette aus landwirtschaftlicher Diversifizierung, Einkommenssteigerungen und höheren Investitionen in Gang.

Begünstigt wurden diese Nutzeffekte durch den insgesamt fortschrittlichen Ansatz der äthiopischen Regierung in der Frage der Gleichstellung der Geschlechter, die Existenz starker Frauenverbände auf zahlreichen Ebenen und die starke Ausrichtung des Programms von Irish Aid auf die Geschlechtergleichstellung. Damit diese Nutzeffekte voll zum Tragen kommen konnten, mussten jedoch die potenziellen Zielkonflikte zwischen kurz- und langfristigen Vorteilen gelöst werden. In Tigray gestattete das starke Sozialkapital, das durch das Baito-System geschaffen wurde, eine massive Mobilisierung von Arbeitskräften für die Rehabilitierung natürlicher Ressourcen. Diese Form der Mobilisierung von Arbeitskräften hat jedoch ihre Grenzen, und so spielten Geld- und Nahrungsmittelleistungen eine wichtige Rolle bei der Deckung des unmittelbaren Nahrungsbedarfs, während sie den Menschen zugleich einen Anreiz gaben, Aktivitäten des Ressourcenschutzes zu unternehmen. Irish Aid unterstützte zu Beginn die Geldleistungen als eine Form von Zahlungen für Umweltleistungen in einem Kontext chronischer Ernährungsunsicherheit. Diese Geldleistungen halfen bei der Überwindung des von einigen Beobachtern aufgezeigten Problems der „Investitionsarmut" (vgl. beispielsweise Vosti and Reardon, 1997), das Landwirte daran hindert, Anstrengungen zum Ressourcenschutz zu unternehmen, obwohl sie sich der langfristigen Vorteile solcher Bemühungen bewusst sind. In späteren Stadien, als das Konzept im Rahmen des „Productive Safety Net Programme" ausgedehnt wurde (siehe weiter unten), kamen Programme vom Typ „Nahrungsmittel gegen Arbeit" (FFW) und „Geld gegen Arbeit" (CFW) zum Einsatz. Die neuen FFW-Programme unterschieden sich von ihren Vorläufern durch: *a)* das partizipatorische Verfahren, das auf dem schon geschaffenen Sozialkapital aufbaute, *b)* die rasche Erzielung wirtschaftlicher Vorteile durch die Nutzung von Möglichkeiten für die Bewässerung und *c)* den stärker integrierten Ansatz, der vom BoA&NR verfolgt wurde.

Die Resultate

Zu den unmittelbaren Resultaten der Maßnahmen zur Bewirtschaftung der Wassereinzugsgebiete gehören die Rehabilitierung natürlicher Ressourcen, einschließlich der Auffüllung der Grundwasservorräte, die Aufforstung der flussaufwärts gelegenen Gebiete, die Verringerung der Bodenerosion und der damit verbundenen Verschlickung flussabwärts sowie die Regenerierung der Vegetation. Diese Resultate tragen wiederum zu einem Anstieg der Agrarproduktion[6], einer Diversifizierung der Nahrungs- und Einkommensquellen, einer Reduzierung der Migrationsbewegungen sowie einer größeren biologischen Vielfalt bei. Dies hat Entwicklungseffekte in Form einer größeren Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit, einer Verbesserung der Stellung der Frauen, einer Verringerung der Armut und besserer Umweltbedingungen zur Folge (Kasten 8.2). Diese Resultate und Effekte werden zu geringen Kosten erzielt und erfordern keine komplizierten Technologien, sie setzen jedoch das Vorhandensein von Sozialkapital, günstigen institutionellen und politischen Rahmenbedingungen sowie letztlich Finanzierungsmitteln für Investitionen in die landwirtschaftlichen Betriebe voraus.

Auf den Erfolgen der Anfangszeit aufbauend werden in der Tigray-Region immer wieder neue Nutzeffekte erzielt. Einige Gemeinden verpachten Landflächen auf ihrem Gebiet an Gruppen landloser Jugendlicher, womit sich die Zahl der Menschen erhöht, die von dem Projekt profitieren. In zwei der Gebiete unterstützt Irish Aid ein zusätzliches Programm, das zur Identifizierung und Prüfung möglicher neuer Anbaukulturen und Viehzuchtmethoden ein Konzept anwendet, bei dem die Landwirte im Mittelpunkt stehen und das darauf abzielt, erfolgreiche Ansätze einem größeren Kreis von Nutzern zur Kenntnis zu bringen.

Kasten 8.2 **Die Naturressourcenmanagement-Initiative von Abrha Atsbha**

Jedes Jahr werden mit dem vom UNDP gestifteten Äquator-Preis 25 lokale Lösungen für nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet, die Mensch und Natur zugute kommen und die örtlichen Gemeinden Bedrohungen gegenüber widerstandsfähiger machen. 2012 wurde die Gemeinde Abrha Atsbha, eines der von Irish Aid unterstützten Wassereinzugsgebiete, unter mehr als 800 Kandidaten aus aller Welt für diesen Preis ausgewählt. Damit wurden die Leistungen der Gemeinde bei der Urbarmachung von Land durch ein gezieltes Wasser-, Boden- und Forstmanagement anerkannt, das u.a. das Pflanzen von Bäumen und die Einrichtung von Auffangbecken und Bodenschutzanlagen umfasste. Durch diese Maßnahmen gelang es, die Bodenqualität zu verbessern, die Ernteerträge zu steigern, die Produktion von Biomasse zu erhöhen, die Grundwasservorräte aufzufüllen und Überschwemmungen zu verhindern. Im Verlauf von drei Jahren stieg die Honigproduktion um 300%, und die Einnahmen aus dem Gemüse- und Gewürzanbau verdreifachten sich ebenfalls. Die Landwirte haben Agroforstsysteme entwickelt, in denen sie Ackerkulturen mit hochwertigen Baumkulturen – Avocado, Zitronen, Mango, Kaffee usw. – verbinden, um so ihre Einkommens- und Ernährungssituation zu verbessern. Das Beispiel von Abrha Atsbha zeigt, wie mit nur relativ geringen Investitionen, dafür aber einem starken Engagement der Bevölkerung und technischer Unterstützung zahlreiche Vorteile für Mensch und Natur erzielt werden können.

Darüber hinaus hat sich Irish Aid für die Bildung eines Zusammenschlusses wichtiger landwirtschaftlicher Akteure eingesetzt, der zentrale Probleme lösen soll. Im Lauf der Zeit werden diese „Zweitrundennutzeffekte“ zu einer Vervielfachung der ursprünglichen Erträge aus den Investitionen in die Einzugsgebietsbewirtschaftung führen.

Vom Pilotprojekt zur nationalen Strategie

In den vergangenen Jahren hat Äthiopien die Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten zu einem zentralen Bestandteil zweier wichtiger auf nationaler Ebene eingeleiteter Programme gemacht, des „Productive Safety Net Programme“ (PSNP) und der Strategie für eine klimaresiliente grüne Wirtschaft („Climate-resilient Green Economy Strategy“ – CRGE).

Das Productive Safety Net Programme

Das erweiterte Programm unterstützt bis zu 8 Millionen Menschen pro Jahr.

Das PSNP wurde 2005 in 262 Woredas (Distrikten) gestartet, die unter chronischer Ernährungsunsicherheit leiden. Es handelt sich um ländliche Gebiete in folgenden Regionen: Amhara, Oromia, Region der südlichen Nationen, Nationalitäten und Völker sowie Tigray. Das PSNP ist eines der größten Sozialschutzprogramme Afrikas und erhält nicht nur erhebliche Aufmerksamkeit von Seiten der äthiopischen Regierung, sondern auch von Gebern wie der Weltbank, der britischen Entwicklungsbehörde DFID, der United States Agency for International Development (USAID), der EU, dem Schwedischen Amt für internationale Entwicklungszusammenarbeit Sida sowie Irish Aid. Es unterstützt derzeit zwischen 7,5 und 8 Millionen Menschen jährlich, indem es die Einkommens- und Ernährungssicherheit bedürftiger Haushalte durch verlässliche Geld- oder Sachleistungen – im Allgemeinen über einen Zeitraum von sechs Monaten pro Jahr – verbessert. Gleichzeitig schafft das PSNP Vermögenswerte auf lokaler Ebene durch die Rehabilitierung natürlicher Ressourcen sowie den Boden- und Gewässerschutz. Darüber hinaus unterstützt es den Bau und die Instandhaltung sozialer Infrastrukturen wie Schulen, Gesundheitszentren, landwirtschaftlicher Schulungszentren und Abfallentsorgungseinrichtungen.

Die Aktivitäten des Boden- und Gewässerschutzes, die im Rahmen des PSNP in den letzten sieben Jahren eingeleitet wurden, werden in integrierter Weise nach dem Konzept der Einzugsgebietsbewirtschaftung durchgeführt. In dieser Abkehr von den früheren Programmen vom Typ „Nahrungsmittel gegen Arbeit" drückt sich die Überzeugung aus, dass Investitionen, die in integrierter und partizipativer Weise vorgenommen und durch Unterstützung auf Ebene der einzelnen Haushalte ergänzt werden, positive, ertragssteigernde Auswirkungen auf die natürlichen Ressourcen haben. Das PSNP soll auf lange Sicht nachhaltige Lebensgrundlagen schaffen und auf kurze Sicht die Ernährungsunsicherheit verringern.

Mit seinen großangelegten Initiativen kann das PSNP potenziell erhebliche Entwicklungseffekte erzielen. 2005, in der Anfangsphase, beliefen sich die Ausgaben auf 674 Mio. äthiopische Birr (ETB) (39 Mio. US-$); bis 2009 hatten sie sich auf 2 Mrd. ETB (115 Mio. US-$) erhöht[7]. Die Erfahrungen, die bei Pilotprojekten wie der Einzugsgebietsbewirtschaftung in Tigray gewonnen wurden, gestatteten es, die Entwicklungswirksamkeit bei der Ausdehnung des Programms zu steigern.

Das PSNP wird durch ein anderes Programm für die Ernährungssicherheit (OFSP) sowie ein Vermögensbildungsprogramm für private Haushalte (HABP) ergänzt: Diese wichtigen Programme dienen der Unterstützung von Investitionen auf Haushaltsebene sowie von im Rahmen des PSNP geschaffenen öffentlichen Infrastrukturen. Eine jüngst erschienene Folgenabschätzungsstudie ergab, dass sich diese Programme positiv auf die Ernährungssicherheit der Haushalte ausgewirkt haben (Berhane et al., 2011). Die Studie zeigte, dass Haushalte, die durch das PSNP unterstützt wurden, den Zeitraum, während dessen ihre Ernährungssicherheit gewährleistet war, pro Jahr um 1,05 Monate ausdehnen konnten; Haushalte, die in den Genuss von Leistungen aus allen drei Programmen kamen, konnten diesen Zeitraum sogar um 1,53 Monate verlängern; die Ernteerträge und die Viehbestände erhöhten sich, und die Kinder konnten in der mageren Zeit während zusätzlichen 0,15 Monaten regelmäßige Mahlzeiten erhalten. Empfänger des PSNP, die auch am OFSP und am HABP teilnahmen, verwendeten mit fast 20% höherer Wahrscheinlichkeit Düngemittel und investierten mit 13% größerer Wahrscheinlichkeit in mit Steinmauern abgestützte Anbauterrassen (a.a.O.). Die mit diesen Programmen zur Erhöhung der Ernährungssicherheit erzielten Verbesserungen der Vermögens-, Einkommens-, Ertrags- und Ernährungssituation der Haushalte gründen sich auf die integrierte Herangehensweise, die im Rahmen des Pilotprojekts zur Einzugsgebietsbewirtschaftung entwickelt wurde.

Eine Strategie für eine klimaresistente grüne Wirtschaft

Auch Äthiopiens „Climate-resilient Green Economy Strategy" (CRGE) (FDRE, 2011) profitiert von den Verbesserungen der Umweltsituation, die durch die integrierte Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten erzielt werden. Diese Strategie ruht auf vier Säulen: erhöhte Ernte- und Viehzuchterträge, Forstschutz und Aufforstung, Ausdehnung der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien sowie Einführung sauberer Technologien in Verkehr, Industrie und Baugewerbe. Das Konzept der integrierten Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten leistet einen direkten Beitrag zu den ersten drei Säulen und hat zudem positive Entwicklungseffekte.

> *Das Potenzial zur Verringerung der Treibhausgasemissionen der äthiopischen Green Economy Strategy beläuft sich auf 40 Mio. t CO_2e.*

Der größte klimarelevante Vorteil der Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten im Rahmen der CRGE besteht in der Verringerung der Kohlendioxidemissionen des Bodens: „Bei diesem Programm spielen umfangreiche, auf verschiedenen Instrumenten basierende

Bodenschutzaktivitäten auf Gemeindeebene zur Entwicklung von Wassereinzugsgebieten und des Naturressourcenmanagements eine große Rolle. Durch die Einführung solcher emissionsärmerer Techniken entsteht ein Emissionsminderungspotenzial in der Größenordnung von 40 Mt CO_2e" (FDRE, November 2011). Weitere Vorteile sind die CO_2-Bindung durch Aufforstung, die Reduzierung der Stickoxidemissionen infolge fruchtbarerer Böden sowie eine Verringerung der Verschlickungs- und Sedimentierungsgefahr flussabwärts, die auch eine Gefahr für die Tragfähigkeit der Investitionen in den sich entwickelnden äthiopischen Wasserkraftwerkssektor darstellt.

Abgesehen von diesen Klimaschutzeffekten ist es den Landwirten dank der positiven Auswirkungen der Einzugsgebietsbewirtschaftung – darunter z.B. ein verbessertes „Water harvesting", die Regenerierung der Vegetation sowie mikroklimatische Effekte – auch möglich, sich besser an den Klimawandel anzupassen und ihm gegenüber widerstandsfähiger zu werden.

Die Strategie für eine grüne Wirtschaft deckt sich mit den Engagements, die die äthiopische Regierung im Rahmen ihres jüngsten „Growth and Transformation Plan" (GTP) eingegangen ist, dem zufolge das Land Luftschadstoffemissionen vermeiden und einen sauberen Entwicklungspfad verfolgen will (MOFED, 2010). Voraussetzung für die Umsetzung dieses Plans ist eine Mobilisierung der Bevölkerung, wie sie im Rahmen des Projekts zur Einzugsgebietsbewirtschaftung in Tigray zu beobachten war, sowie eine Koordinierung mit nichtstaatlichen Akteuren, um vollen Nutzen aus der gesellschaftlichen Dynamik Äthiopiens zu ziehen.

Der Weg in die Zukunft

Um ein umweltverträgliches Wachstum und eine nachhaltige Entwicklung zu erzielen, sind Maßnahmen auf mehreren Ebenen notwendig. Es ist äußerst wichtig, dass wir untersuchen, was sich auf lokaler Ebene als wirkungsvoll erwiesen hat, um diese Erkenntnisse dann auf nationaler und internationaler Ebene in Politik und Praxis einfließen zu lassen, wie dies im Fall des hier beschriebenen äthiopischen Projekts geschehen ist.

Die integrierte Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten ist ein Beispiel für nachhaltige Entwicklung in der Praxis. Sie ist ein Konzept der nachhaltigen Entwicklung mit dreifachen Nutzeffekten: Sie ermöglicht die Regenerierung und Aufwertung natürlicher Ressourcen, verbessert die Einkommens- und Ernährungssicherheit und bringt zudem eine Reihe sozialer Vorteile. Ferner hat sie Vorteile in Bezug auf den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel, dessen negative Effekte sie auf verschiedene Weise verringert, z.B. indem sie die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung gegenüber den Folgen des Klimawandels verbessert und zur Bindung von Kohlendioxid beiträgt. Gerade vor dem Hintergrund von Rio+20 empfiehlt es sich, das Augenmerk auf solche Konzepte der nachhaltigen Entwicklung zu richten und andere Maßnahmen zu identifizieren, die ähnliche mehrdimensionale Nutzeffekte versprechen.

Bei der integrierten Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten handelt es sich um ein System nachhaltiger Landwirtschaft und Ernährungssicherung, wie es zur Entwicklung einer umweltfreundlichen, grünen Wirtschaft nötig ist. Zudem bieten sich mit ihr Möglichkeiten der Klimafinanzierung, z.B. über CO_2-Bindung und nachhaltiges Nährstoffmanagement, was die äthiopische Regierung klar erkannt hat. Um vollen Nutzen aus Investitionen in die Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten zu ziehen, sind jedoch Sozialkapital und gemeinsames Handeln notwendig, verstärkt durch Finanzinvestitionen sowie technische Unterstützung und ergänzende Investitionen auf Ebene der privaten Haushalte. Die Erträge, die mit solchen Investitionen erzielt werden können, sind hoch.

Voraussetzung dafür, dass solche Projekte in eine nationale Politik überführt werden können, ist institutionelles und politisches Engagement von Seiten der staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft, unterstützt durch Investitionen in einer Größenordnung, die eine Ausweitung der Projekte ermöglicht. In Äthiopien wurde diese Voraussetzung ganz klar geschaffen. Jetzt sind Engagements und Mittelbereitstellungen von Regierungen sowie von der internationalen Gebergemeinschaft notwendig, um Projekte nach diesem Vorbild weltweit umzusetzen (Kasten 8.3).

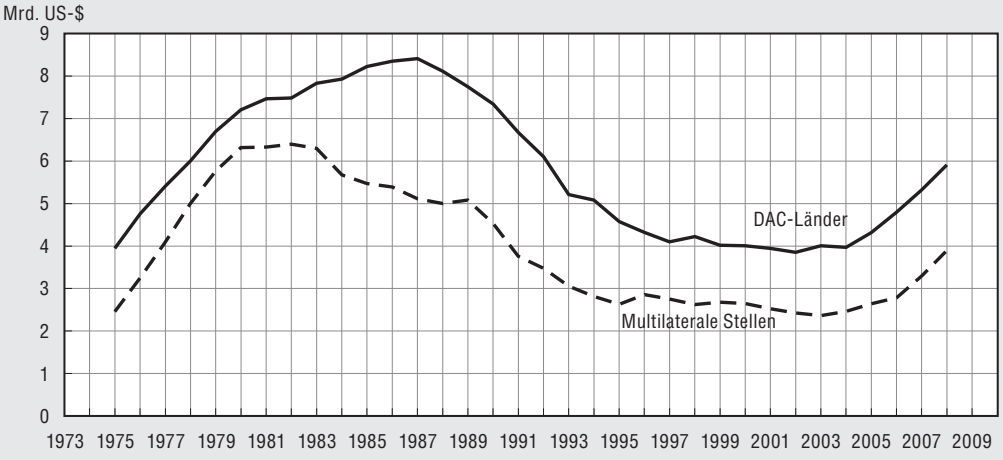
Kasten 8.3 **Trends bei den Leistungen für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung**

Die ODA für die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung verringerte sich von 23% der gesamten sektorspezifischen Leistungen gegen Mitte der 1980er Jahre auf nur 9% heute, was einem Zusagevolumen von jahresdurchschnittlich insgesamt 11,8 Mrd. US-$ entspricht. Dieser in den 1980er und 1990er Jahren verzeichnete Rückgang hatte mindestens zwei große Ursachen. Zunächst war es das offenbare Scheitern der großen integrierten Projekte der ländlichen Entwicklung der 1970er Jahre, unter dessen Eindruck sich die Geber von der Landwirtschaft abwandten. Ab Anfang der 1980er Jahre richten die Geber ihr Augenmerk dann stärker auf die Schaffung von Sozialkapital und die Unterstützung fragiler Staaten, womit es zu einem deutlichen Anstieg der ODA für Governance-Anstrengungen kam. In den letzten Jahren hat die ODA für die Landwirtschaft allerdings wieder zugenommen. Dies hing z.T. mit dem Anstieg der ODA insgesamt zusammen, der seit 2002 zu beobachten ist, war aber auch eine Reaktion auf zunehmende Bedenken über die Ernährungssicherheit sowie Ausdruck eines wieder gewachsenen Interesses an Agrartechnologien für arme Bevölkerungsgruppen.

Unter Einbeziehung der entwicklungsorientierten Nahrungsmittelhilfe und der Nahrungsmittelsoforthilfe belief sich die ODA für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und sonstige Aktivitäten der Ernährungssicherung 2009-2010 auf 16,9 Mrd. US-$.

Abbildung 8.1 **Tendenzielle Entwicklung der ODA für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung**

Zusagen 1971-2010, gleitender Fünfjahresdurchschnitt, konstante Preise von 2010



Anmerkung: Gleitender Fünfjahresdurchschnitt, z.B. 2008 = Durchschnitt von 2006-2010.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700181

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Tabelle 8.1 **ODA für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und sonstige Aktivitäten der Ernährungssicherung, 2005-2010**

Zusagen, Jahresdurchschnittswerte, Mrd. US-$, konstante Preise von 2010

	2005-2006	2007-2008	2009-2010
DAC-Länder			
Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft	3.6	5.1	5.9
Ländliche Entwicklung	0.7	0.8	0.9
Entwicklungsorientierte Nahrungsmittelhilfe	1.1	1.3	1.5
Nahrungsmittelsoforthilfe	2.2	2.4	2.6
DAC-Mitglieder insgesamt	**7.7**	**9.6**	**10.8**
Multilaterale Stellen			
Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft	1.8	2.5	3.4
Ländliche Entwicklung	0.6	0.9	1.6
Entwicklungsorientierte Nahrungsmittelhilfe	1.0	0.5	0.6
Nahrungsmittelsoforthilfe	0.3	0.6	0.4
Multilaterale Stellen insgesamt	**3.6**	**4.4**	**6.0**
Insgesamt	**11.3**	**14.0**	**16.9**

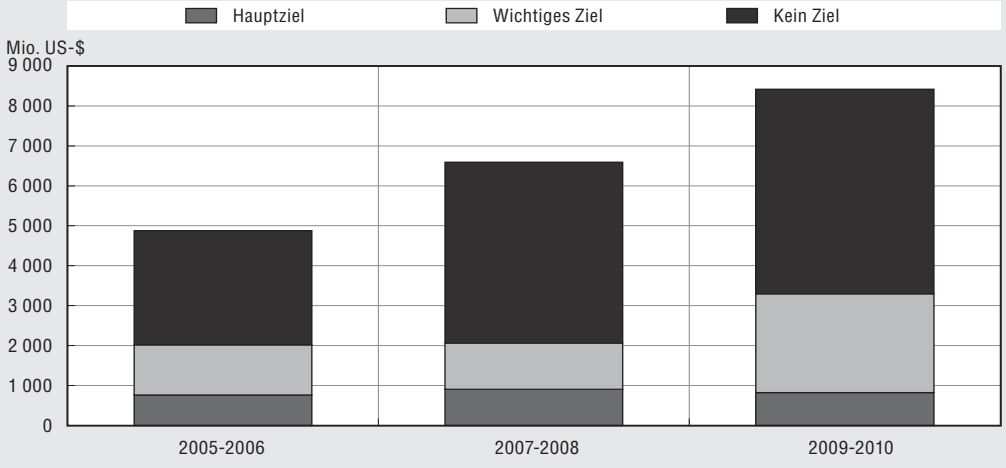
StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700238

Fokussierung auf die ökologische Nachhaltigkeit im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Daten zu den auf Umweltbelange ausgerichteten Leistungen der DAC-Mitglieder werden mit Hilfe des Policy-Markers zur umweltbezogenen ODA erfasst. Die DAC-Mitglieder prüfen alle ihre Entwicklungsaktivitäten und kennzeichnen sie in ihrer Berichterstattung gegenüber dem Creditor Reporting System (CRS) entsprechend als *a)* auf die Umwelt als „Hauptziel" oder als „wichtiges Ziel" ausgerichtet oder *b)* nicht auf die Umwelt ausgerichtet. „Hauptziel"

Abbildung 8.2 **Auf Umweltziele ausgerichtete ODA der DAC-Mitglieder im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung**

Zusagen 2005-2010, Durchschnittswerte, konstante Preise von 2010



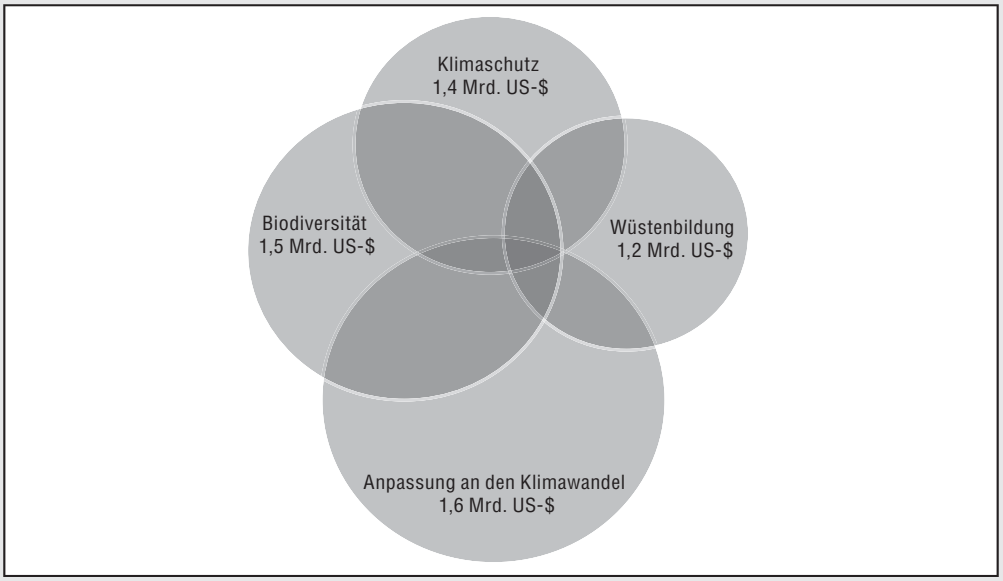
StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700200

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Abbildung 8.3 **Überschneidungen zwischen den verschiedenen Umweltzielen der Aktivitäten im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung**

Zusagen 2010



bedeutet, dass Umweltbelange ein explizites Ziel der Aktivität darstellen und für ihre Gestaltung maßgeblich waren. „Wichtiges Ziel" heißt, dass die Umwelt ein bedeutendes, aber nur sekundäres Ziel der Aktivität ist.

Im Zeitraum 2009-2010 waren Umweltbelange bei 41% der ODA-Aktivitäten der DAC-Mitglieder im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung entweder das Hauptziel oder ein wichtiges Ziel. Die sogenannten „Rio-Marker" gestatten eine genauere Identifizierung der jeweiligen Umweltbelange. 18% der ODA für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung waren auf den Erhalt der biologischen Vielfalt ausgerichtet, 14% auf die Bekämpfung der Wüstenbildung, 15% auf die Eindämmung des Klimawandels und 21% auf die Anpassung an den Klimawandel (nur Daten für 2010). Zwischen diesen verschiedenen Zielen gibt es Überschneidungen, und manche Aktivitäten können auf mehrere Ziele zugleich ausgerichtet sein.

ODA für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und Geschlechtergleichstellung

Im Zeitraum 2009-2010 waren 31% der von den DAC-Mitgliedern bereitgestellten ODA im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung auf Fragen der Geschlechtergleichstellung ausgerichtet, etwa der gleiche Anteil wie bezogen auf die ODA insgesamt.

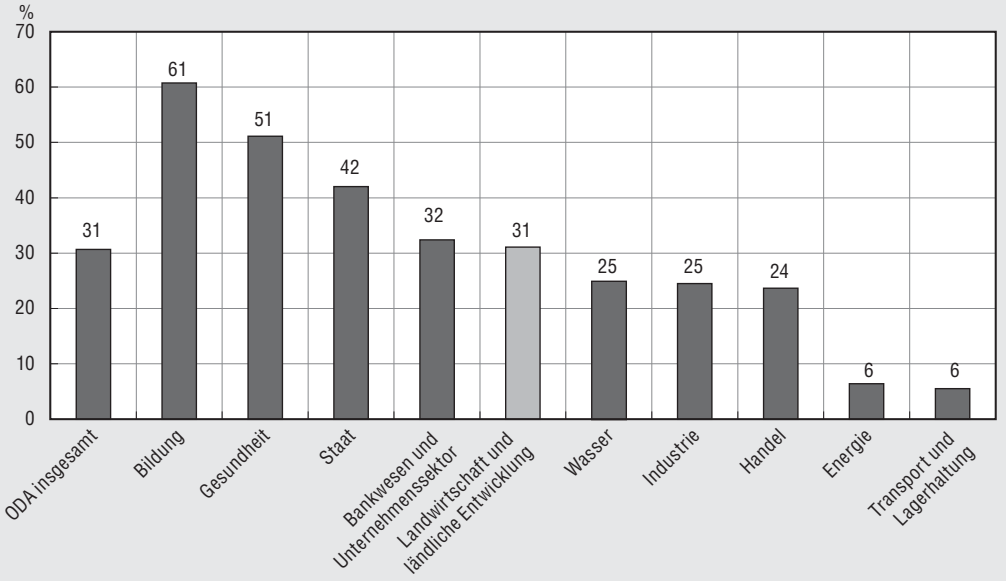
In den Fertigungssektoren ist die Ausrichtung auf die Geschlechtergleichstellung zwar geringer, im Banken- und Unternehmenssektor fördern Mikrokredite jedoch die unternehmerische Tätigkeit von Frauen, und der große Teil der ODA für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, der auf Genderfragen abzielt, ist ein Zeichen dafür, dass Frauen als wesentliche Akteure dieses Sektors anerkannt werden, da sie den Großteil der Nahrungsmittel produzieren und in ländlichen Regionen für die Sicherheit der Haushalte verantwortlich sind.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Abbildung 8.4 **Auf Genderfragen ausgerichtete ODA im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung**

Zusagen der DAC-Mitglieder, Durchschnittswerte 2009-2010, konstante Preise von 2010



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700219

Anmerkungen

1. Eine kürzlich erschienene Gemeinschaftspublikation des UNEP und des IWMI fordert eine bessere Analyse der enormen wirtschaftlichen Bedeutung der Ökosysteme und der breiten Palette der von ihnen erbrachten Leistungen. So liefern gut bewirtschaftete Agrarökosysteme z.B. nicht nur Nahrung, Textilfasern und tierische Erzeugnisse, sondern erbringen auch wichtige Leistungen, indem sie z.B. Überschwemmungen begrenzen, die Grundwasserneubildung erleichtern, die Erosion eindämmen und Lebensräume für Pflanzen, Vögel, Fische und andere Tiere bieten (UNEP/IWMI, 2011).
2. Das Konzept der Zahlungen für Ökosystemleistungen wird bei der Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten zunehmend eingesetzt, vor allem in Lateinamerika und der Karibik (Pagiola, 2008; UNEP/IWMI, 2011). Die Zahlungen der Versorgungsunternehmen und der Gemeinden dienen dort zur Förderung eines nachhaltigen Bodenmanagements flussaufwärts, zur Bereitstellung von sauberem Wasser für Haushalte und Gewerbebetriebe sowie zur Verhinderung von negativen Auswirkungen flussabwärts, wie Verschlickungen und Überschwemmungen. In ländlichen Gebieten, in denen flussabwärts keine größeren Wirtschaftsakteure angesiedelt sind, sind solche Systeme nicht immer tragfähig; in solchen Fällen ist ein Management auf Gemeindeebene unerlässlich, u.a. mit lokalen Institutionen für die Streitbeilegung.
3. Diese Zahl wurde in der Folge von anderen Wissenschaftlern in Zweifel gezogen. Bojo und Cassells (1995) stützten ihre Analyse der wirtschaftlichen Einbußen durch Bodenerosion auf Schätzungen von Hurni (1988), der die durchschnittlichen jährlichen Bodenverluste mit 42 t/ha bezifferte (im Vergleich zu einer „normalen" Bodenregenerationsrate von 3-7 t/ha pro Jahr). Einige Beobachter sahen den Grund für die Erosion in einer falschen Landnutzung, die ihrerseits eine Folge des Bevölkerungswachstums und der Ausdehnung der Anbauflächen war. Andere Analysen stellten hingegen andere Erklärungen in den Vordergrund, darunter Topografie, Bodenbeschaffenheit, Armut und unsichere Eigentumsverhältnisse, eine ungleiche Kräfteverteilung zwischen Regierung und Bauern sowie die Folgen ökologischer Schocks (vgl. z.B. Rahmato, 2001).
4. Ein partizipatorischerer Ansatz, der „Local Level Participatory Planning Approach", wurde Anfang der 1990er Jahre vom WEP und dem damaligen Ministerium für Naturressourcenentwicklung und

Umweltschutz eingeleitet, doch auch bei diesem Ansatz lag das Hauptaugenmerk noch auf dem Bodenschutz und der Aufforstung.

5. Auf Grund des Fehlens klarer Daten über das Ausgangsniveau ist es schwierig, den Umfang der Einkommenszuwächse zu schätzen; von der Universität Mekelle durchgeführte Untersuchungen deuten jedoch darauf hin, dass das durchschnittliche jährliche Haushaltseinkommen in den Wassereinzugsgebieten auf 4 000 ETB (230 US-$) oder darüber gestiegen und sich somit im Vergleich zur Zeit vor dem Start des Projekts verdoppelt hat. Auch die Fähigkeit der Haushalte, ihren Nahrungsmittelbedarf durch die eigene Produktion zu decken, verbesserte sich deutlich. Einigen innovativen Haushalten mit größeren Anbauflächen (einschließlich gepachtetem Land) ist es inzwischen gelungen, ihre Einnahmen durch integrierte, sehr ertragsstarke agrosilvopastorale Systeme (die Acker- und Baumkulturen sowie Viehzucht kombinieren) deutlich zu steigern.
6. In einigen Gebieten beobachteten Landwirte laut eigener Aussage einen Mikroklimaeffekt, der von der Regenerierung der natürlichen Ressourcen auszugehen scheint und sich in günstigeren lokalen Niederschlagsmustern und der Möglichkeit des Anbaus ertragsstärkerer lokaler Sorten äußert.
7. Im Durchschnitt (bezogen auf die Ausgaben für das PSNP im Zeitraum 2005-2009) ging der größte Teil des Budgets an die Amhara-Region (39%), gefolgt von Oromiya (22%), der Region der südlichen Nationen, Nationalitäten und Völker (21%) und Tigray (17%); ein geringerer, aber zunehmender Anteil ging an Dire Dawe, Harari, Afar und Somali.

Literaturverzeichnis

Admassie, Y. (1995), *Twenty Years to Nowhere: Property Rights, Land Management and Conservation in Ethiopia*, Department of Sociology, Uppsala University, Uppsala.

Berhane, G., J. Hoddinott, N. Kumar und A. Taffesse (2011), *The Impact of Ethiopia's Productive Safety Nets and Household Asset Building Programme: 2006-2010*, Internationales Forschungsinstitut für Agrar- und Ernährungspolitik (IFPRI), Washington, D.C.

Bojo, J. und D. Cassells (1995), "Land Degradation and Rehabilitation in Ethiopia: A Reassessment", *AFTES Working Paper*, No. 17, Weltbank, Washington, D.C.

FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation) (1986), *Highlands Reclamation Study*, Äthiopien, Final Report, Vol. I, FAO, Rom.

Federal Democratic Republic of Ethiopia (2011), *Ethiopia's Climate-Resilient Green Economy: Green Economy Strategy*, November 2011, Government of Ethiopia, Addis Abeba.

Hurni, H. (1988), "Degradation and Conservation of the Resources in the Ethiopian Highlands". *Mountain Research and Development*, 8(2/3): 123-130.

Keeley, J. und I. Scoones (2003), *Understanding Environmental Policy Processes: Cases from Africa*, Earthscan Publications, London.

Kerr, J., G. Pangare, V. und P. George (2001), "Sustainable Agriculture and Natural Resource Management in India's Semi-Arid Tropics", in Lee, D. und C. Barrett (Hrsg.), *Tradeoffs or Synergies? Agricultural Intensification, Economic Development and the Environment*, CABI Publishing, Wallingford, Vereinigtes Königreich.

MOFED (Ministry of Finance and Economic Development), (2002), *Poverty Profile of Ethiopia*, März 2002, Government of Ethiopia, Addis Abeba.

MOFED (2006), *Ethiopia: Building on Progress: A Plan for Accelerated and Sustained Development to End Poverty* (PASDEP) (2005/06-2009/10), Vol. II, Policy Matrix, MOFED, Government of Ethiopia, Addis Abeba.

MOFED (2010), *Growth and Transformation Plan (GTP): 2010/11-2014/15*, Government of Ethiopia, Addis Abeba.

Pagiola, S. (2008), "Payments for Environmental Services in Costa Rica", *Ecological Economics*, Vol. 65, No. 4: 712-724, Elsevier B.V.

Rahmato, D. (2001), "Environmental Change and State Policy in Ethiopia: Lessons from Past Experience", *Forum for Social Studies Monograph Series 2*, Addis Abeba.

Shiferaw, B., T. Kebede und V. Reddy (2008), "Community Watershed Management in Semi-Arid India: The State of Collective Action and its Effects on Natural Resources and Rural Livelihoods", *CAPRi Working Paper*, No. 85, Internationales Forschungsinstitut für Agrar- und Ernährungspolitik (IFPRI), Washington, D.C.

UNEP und IWMI (Umweltprogramm der Vereinten Nationen und International Water Management Institute) (2011), *An Ecosystem Services Approach to Water and Food Security*, UNEP, Nairobi und IWMI, Colombo.

Vosti, S.A. und T. Reardon (1997), "Poverty and Environmental Change: Preliminary Evidence and a Framework for Assessing the Links", in M.W. Rosegrant et al. (Hrsg.), *Agricultural Sustainability, Growth, and Poverty Alleviation in East and Southeast Asia: Issues and Policies*, Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE), Feldafing.

Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2012
Nachhaltigkeit und Entwicklung verbinden
© OECD 2013

TEIL II

Kapitel 9

Den Ressourcenfluch in Ghana brechen

von
Heikki Holmås
Minister für Internationale Entwicklung, Norwegen
Joe Oteng-Adjei
Minister für Energie, Ghana

In vielen Ländern kann Reichtum an Erdöl, Erdgas, Diamanten, Gold und anderen Mineralien eher ein Fluch als ein Segen sein. Eine schlechte Bewirtschaftung eines solchen Reichtums an natürlichen Ressourcen kann zu einer schlechten Wirtschaftsleistung, einem schwachen und unausgewogenen Wachstum, Armut, Konflikten, Umweltschäden und einer ineffizienten oder autoritären Regierung führen. In diesem Kapitel vertreten die Autoren die Ansicht, dass der Ressourcenfluch jedoch nicht unvermeidlich ist. Sie liefern eine ausführliche Beschreibung, wie die Zusammenarbeit zwischen Norwegen (einem Land mit vierzig Jahren Erfahrung in der Verwaltung großer Ölreserven) und Ghana dem afrikanischen Land dabei geholfen hat, sein Erdöl zu Gunsten der gesamten Bevölkerung zu bewirtschaften. Basierend auf Norwegens Programm „Erdöl für Entwicklung" und seinen Grundsätzen der guten Staats- und Regierungsführung bemüht sich Ghana, ein wirtschaftlich, ökologisch und sozial verantwortliches Management seiner Erdölressourcen zu gewährleisten. Die ghanaische Regierung konzentriert sich auf die Erarbeitung und Verbesserung einschlägiger Gesetzesbestimmungen, die Schaffung und Entwicklung von Institutionen und den Aufbau von Kompetenzen. Durch Partnerschaften zwischen Einrichtungen des öffentlichen Sektors in Ghana und ihren Schwesterinstitutionen in Norwegen konnten Kontinuität, Nachhaltigkeit und ein ganzheitlicher Ansatz sichergestellt werden. Indem das Schwergewicht auf die Grundsätze der Transparenz, Rechenschaftspflicht und Korruptionsbekämpfung gelegt wird, liefert die Erfahrung praktische Erkenntnisse, die sich für andere Länder als hilfreich erweisen können.

Es ist allgemein bekannt, dass der Reichtum an natürlichen Ressourcen nicht automatisch mit Wachstum und Entwicklung einhergeht. In der Tat sind natürliche Ressourcen in vielen Ländern inzwischen eher ein Fluch als ein Segen. Wenn Reichtum an Erdöl, Erdgas, Diamanten, Gold und anderen Mineralien nicht richtig bewirtschaftet wird, kann er zu schlechter Wirtschaftsleistung, schwachem und unausgewogenem Wachstum, Verarmung der Bevölkerungen, Verschärfung von Konflikten, Umweltschäden und einer ineffizienten oder autoritären Regierung beitragen.

Die Gründe für diesen Fluch sind zahlreich. Ein Mangel an Demokratie, Rechenschaftspflicht und Transparenz kann ein Streben nach unangemessenen Einkommensvorteilen (rent seeking) fördern. Eine Fokussierung auf den Reichtum an natürlichen Ressourcen kann die politisch Verantwortlichen dazu veranlassen, das Verarbeitende Gewerbe und den Agrarexportsektor zu vernachlässigen, indem ihre Wettbewerbsfähigkeit zunichte gemacht wird (das Problem der sogenannten „Holländischen Krankheit"). Die allseits bekannte Volatilität der Ölpreise kann eine Volkswirtschaft destabilisieren. Reichtum an natürlichen Ressourcen kann zu Korruption ermutigen, sich negativ auf die Qualität von Institutionen auswirken, eine übermäßige Kreditaufnahme fördern und zur Subventionierung nicht wettbewerbsfähiger Industriezweige führen. Darüber hinaus kann der nicht nachhaltige Abbau von Ressourcen ohne angemessene Präventions- und Korrekturmaßnahmen der Umwelt ernsthaft schaden. All dies sind unterschiedliche Ausprägungen des Ressourcenfluchs.

> *Ressourcen, Infrastruktur, Staats- und Regierungsführung, Zivilgesellschaft und Transparenz müssen parallel zueinander entwickelt werden.*

Der Ressourcenfluch ist jedoch nicht unvermeidlich. Neuere Studien haben frühere Annahmen in Frage gestellt, denen zufolge ein Reichtum an nicht erneuerbaren Ressourcen, insbesondere Erdöl, zwangläufig den Wachstumsaussichten von Entwicklungsländern schadet (Luong und Weinthal, 2010). Die Bestimmungsfaktoren hier, wie bei anderen Entwicklungsherausforderungen, sind die Qualität der betreffenden Governance-Mechanismen und Einrichtungen sowie letztlich die Denkweise der Staats- und Regierungschefs eines Landes. Grundlegende Entscheidungen, die in einem frühen Stadium getroffen werden, sind von zentraler Bedeutung dafür, ob die Bürger von der Erschließung der natürlichen Ressourcen profitieren werden. Es ist unerlässlich, dass Ressourcen, Infrastruktur, Staats- und Regierungsführung, Zivilgesellschaft und Transparenz parallel zueinander entwickelt werden. In diesem Kapitel wird der Fall zweier Länder präsentiert: Norwegen, das in der Verwaltung seines Ölreichtums zu Gunsten seiner Bürger über vierzig Jahre Erfahrung verfügt, und Ghana, das mit Norwegens Hilfe gerade den Weg einer verantwortlichen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen eingeschlagen hat.

Vierzig Jahre Erfahrung im Ölmanagement: Erkenntnisse aus Norwegen

Öl wurde in den 1960er Jahren auf dem norwegischen Festlandsockel entdeckt. Mit einer Tagesförderleistung von über 2,1 Mio. Barrel Öl steht Norwegen heute unter den Ölexporteuren an siebter und unter den Ölproduzenten der Welt an vierzehnter Stelle. Außerdem war es 2009 der zweitgrößte Gasexporteur und der fünftgrößte Gasproduzent weltweit.

Der norwegische Staat bezieht rd. 25% seiner Gesamteinnahmen aus dem Erdöl.

Norwegen hat einen Rahmen geschaffen, der im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum des Landes und die Finanzierung des Wohlfahrtsstaats eine umsichtige Verwendung seiner Öleinnahmen sicherstellt (Kasten 9.1). Über mehr als vierzig Jahre hinweg hat die Ölförderung das BIP des Landes um rd. 1 600 Mrd. US-$ erhöht. 2010 entfielen auf die Mineralölwirtschaft 21% der gesamten Wertschöpfung des Landes, und die Öleinnahmen des Staates machten ungefähr ein Viertel seiner Gesamteinnahmen aus.

Kasten 9.1 **Fahrplan für die optimale Nutzung des Reichtums an natürlichen Ressourcen**

Professor Paul Collier (Oxford University) hat zusammen mit einem internationalen Team eine sehr nützliche Charta für natürliche Ressourcen (*Natural Resource Charter*) erstellt – einen Fahrplan dafür, wie Regierungen mit nicht erneuerbaren Ressourcen umgehen sollten. Die Charta enthält 12 einfache Grundsätze, die sich auf den gesamten Förderprozess erstrecken, von der Entscheidung, die Ressourcen zu erschließen, bis hin zu Entscheidungen, die die Verwaltung der Einnahmen zu Gunsten der ganzen Bevölkerung betreffen. Die Charta wird von Norwegen unterstützt, obgleich sie aufgestellt wurde, lange nachdem in Norwegen Erdöl entdeckt wurde. Im Rückblick wird klar, dass Norwegen trotz der begangenen (und berichtigten) Fehler die Grundsätze der Charta weitgehend eingehalten und in der Tat gewissermaßen als Modell gedient hat.

Quelle: The *Natural Resource Charter* ist verfügbar unter *www.naturalresourcecharter.org*.

Norwegens Öleinnahmen werden in seinem staatlichen Pensionsfonds (Government Pension Fund Global) deponiert. Ende 2011 belief sich der Wert des Fonds auf weit über 500 Mrd. US-$, was mehr als 100 000 US-$ je Einwohner entspricht. Es besteht breites politisches Einvernehmen im Hinblick auf die Regel, der zufolge Norwegens strukturelles Haushaltsdefizit den aus dem Fondskapital erwarteten Ertrag nicht übersteigen darf, der sich im Durchschnitt auf geschätzte 4% pro Jahr beläuft; der Gedanke dahinter ist, die Öleinnahmen im Interesse der künftigen Generationen und unabhängig von Preisschwankungen nachhaltig in die Wirtschaft fließen zu lassen.

Norwegen hat 300 Mio. US-$ ausgegeben, um anderen Ländern bei der nachhaltigen Verwaltung ihrer Öleinnahmen zu helfen.

Vier Jahrzehnte Erfahrung in der Mineralöl- und Gaswirtschaft haben Norwegen ein einzigartiges Fachwissen in der Bewirtschaftung dieser Ressourcen verschafft. In den frühen 1980er Jahren hat die Regierung entschieden, diese Erfahrung mit den Entwicklungsländern zu teilen. Dies führte zu einem EZ-Programm für ölbezogene Fragen, an dem letztlich mehr als 30 Länder beteiligt sind; die Ausgaben belaufen sich bisher auf 300 Mio. US-$ (Kasten 9.2).

Erdöl für Entwicklung

Norwegens aktuelles EZ-Programm, „Erdöl für Entwicklung“ (Oil for Development), wurde 2005 ins Leben gerufen[1]. Sein umfassender Ansatz erstreckt sich auf das Ressourcen-, Einnahme- und Umweltmanagement. Die wesentlichen Grundsätze der guten Staats- und Regierungsführung – Transparenz, Rechenschaftspflicht und Korruptionsbekämpfung – werden im ganzen Programm hervorgehoben, und in seinem Rahmen wird Unterstützung

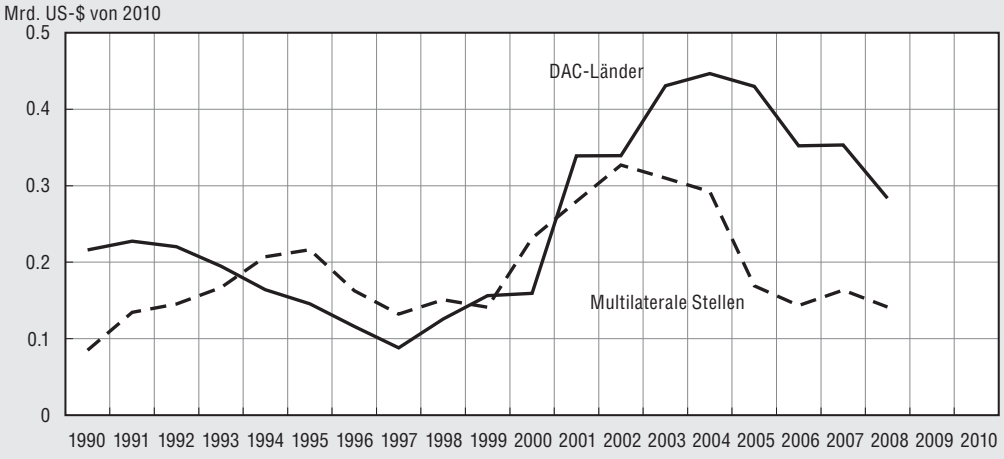
Kasten 9.2 **Trends in der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit: Bodenschätze und Bergbau**

Die DAC-Definition von Entwicklungsleistungen für den Förderbereich Bodenschätze und Bergbau umfasst Politikmaßnahmen und Programme für den Bergbau und die Bodenschätze, die Geologie sowie die Förderung von Erzen, Mineralien und Brennstoffen. Sie deckt jedoch nicht das ganze Spektrum des von Norwegen beschriebenen Ansatzes „Oil for Development" ab, der sich auch auf Interventionen in den Bereichen Energieerzeugung und -versorgung, Verarbeitendes Gewerbe (Energieverarbeitung einschließlich Erdölraffinerien), Regierung und Zivilgesellschaft (Gesetzgebung) sowie allgemeiner Umweltschutz erstreckt.

Auf den Förderbereich Bodenschätze und Bergbau entfällt ein kleiner Teil der ODA, d.h. weniger als 1% der gesamten sektorspezifischen Leistungen. 2009-2010 beliefen sich die jährlichen ODA-Zusagen in diesem Sektor im Durchschnitt insgesamt auf 461 Mio. US-$. Dieser lukrative Sektor zieht ausreichend Ressourcen von privaten Investoren und Unternehmen an und wird nicht als traditioneller Interventionssektor der EZ-Stellen gesehen.

Abbildung 9.1 **Trends bei den Entwicklungsleistungen für den Förderbereich Bodenschätze und Bergbau**

Zusagen 1984-2010, gleitender Fünfjahresdurchschnitt, konstante Preise 2010

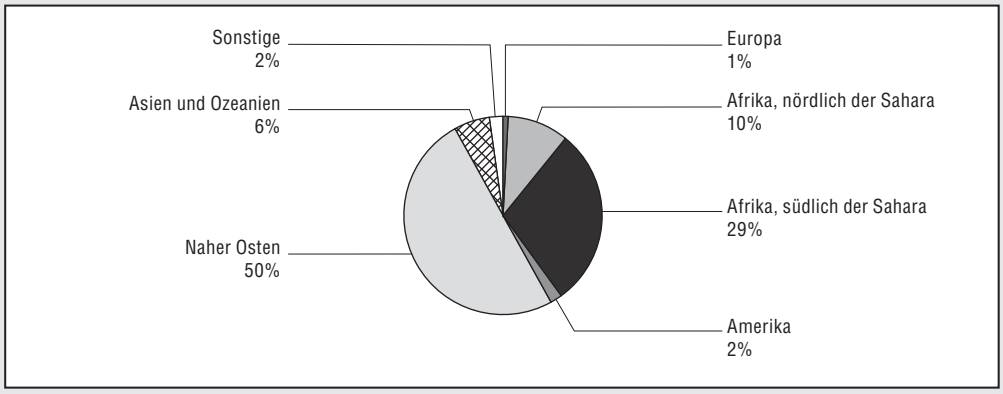


Anmerkung: Gleitender Fünfjahresdurchschnitt, z.B. 2008 = Durchschnitt von 2006-2010.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700257

Abbildung 9.2 **Regionale Aufschlüsselung der Entwicklungsleistungen für den Förderbereich Bodenschätze und Bergbau, alle Geber**

Zusagen 2005-2010



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700276

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Der Rückgang der bilateralen Entwicklungsleistungen in den 1990er Jahren war durch die Umsetzung des „Helsinki Package" bedingt, das den Einsatz von Entwicklungsleistungen für wirtschaftlich lebensfähige Projekte ausschloss und zu einer erheblichen Verringerung der Entwicklungsleistungen für Infrastrukturen, u.a. im Bergbau, führte. Das wirkte sich nicht auf die multilateralen Leistungen an diesen Sektor aus, bei denen die wirtschaftliche Lebensfähigkeit immer berücksichtigt wurde und Leistungen für kleinere Projekte mit einer Fokussierung auf die Armutsbekämpfung reserviert wurden.

Tabelle 9.1 **Entwicklungsleistungen für den Förderbereich Bodenschätze und Bergbau nach Gebern, 2005-2010**

Jahresdurchschnittliche Zusagen, in konstanten Preisen von 2010, Mio. US-$

	Zusagen		
	2005-2006	2007-2008	2009-2010
Australien	0.40	0.40	0.7
Belgien	0.50	1.90	1.2
Dänemark	0.00	0.60	0.1
Deutschland	4.20	1.70	0.1
Finnland	0.02	0.90	3.4
Frankreich	0.00	0.50	158.9
Irland	0.00	0.03	0.0
Italien	0.00	0.10	0.0
Japan	22.10	295.70	18.2
Kanada	1.30	4.30	0.9
Korea	0.10	0.30	1.2
Neuseeland	0.00	0.00	0.0
Norwegen	8.50	14.00	39.5
Portugal	0.60	0.10	0.1
Schweden	0.10	0.20	1.7
Schweiz	0.00	000	2.6
Spanien	3.00	0.60	1.6
Ver. Königreich	28.80	1.90	4.2
Ver. Staaten	478.20	14.80	2.0
DAC-Mitglieder insgesamt	**548.00**	**338.00**	**236.0**
AfDF	4.50	0.00	0.0
Arabischer Fonds (AFESD)	0.00	5.10	0.0
AsDF	0.00	0.00	2.5
EU-Institutionen	65.60	2.10	3.1
IDA	70.80	72.1.	219.3
UNDP	0.03	0.5.	0.2
Multilaterale Leistungen insgesamt	**141.00**	**80.00**	**225.0**
Nachrichtlich: EU-Institutionen + EU-Mitgliedstaaten zusammengenommen[1]	*112.00*	*25.00*	*214.0*
Insgesamt	**689.00**	**418.00**	**461.0**

1. Die Zeile nachrichtlich „EU-Institutionen + EU-Mitgliedstaaten" zeigt die Summe der von den EU-Mitgliedsländern an die Entwicklungsländer geleisteten Beiträge und der Mittelabflüsse der „EU-Institutionen" an die Entwicklungsländer.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Im Zeitraum 2005-2010 zog der Nahe Osten die Hälfte der ODA-Leistungen auf sich, was hauptsächlich auf Projekte für Erdölpipelines im Irak in den Jahren 2005 und 2008 zurückzuführen war. Der andere große Empfänger dieser Leistungen war Afrika, das nahezu 40% der gesamten ODA-Leistungen für Bergbau und Bodenschätze erhielt.

Im Zeitraum 2005-2010 waren die Vereinigten Staaten, die IDA und Japan die Geber, die am meisten ODA-Leistungen für den Förderbereich Bodenschätze und Bergbau zur Verfügung stellten.

Von den 439 neuen Zusagen, die von den DAC-Mitgliedern im Zeitraum 2009-2010 im Förderbereich Bodenschätze und Bergbau gemacht wurden, bezogen sich nur neun Aktivitäten auf die Abschwächung der Folgen des Klimawandels. Eine davon, die von Frankreich in Marokko finanziert wurde, war von beachtlichem Umfang (318 Mio. US-$) und bestand aus einem ODA-Darlehen zur Finanzierung eines Transportsystems für Phosphate.

An das Internationale Sekretariat der Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI) geleistete Beiträge sind als bilaterale ODA entsprechend den verschiedenen Sektoren (Bodenschätze und Bergbau, aber auch Staats- und Regierungsführung, Energie oder Handel) zu erfassen. Sie können im Creditor Reporting System (CRS) des DAC über eine bestimmte 2009 eingeführte Kodierung der Erbringungskanäle separat identifiziert werden und sind in den in Tabelle 9.1 gezeigten Zahlen berücksichtigt.

Beispiele für Norwegens Beiträge im Rahmen des Programms „Oil for Development", wie im CRS erfasst

In diesem Kapitel beschreibt Norwegen sein Programm „Oil for Development", das mit dem Ziel konzipiert wurde, Norwegens Fachkenntnis auf diesem Gebiet weiterzugeben und den Entwicklungsländern, die Zugang zu Ölressourcen haben, die Entwicklungserträge zu maximieren.

- 2010: Zusagen in Höhe von 15 Mio. US-$ zur Unterstützung Ghanas bei der Umsetzung eines Langzeitprogramms für erdölbezogenes Umweltmanagement, an dem sich viele norwegische öffentliche Einrichtungen beteiligten.
- 2008: Zusagen in Höhe von 11 Mio. US-$ zur Unterstützung Timor-Lestes bei der Bewirtschaftung von Erdölressourcen.
- 2008: Zusagen in Höhe von 375 Mio. US-$ zur Unterstützung Boliviens im Erdöl- und Erdgassektor: juristische Bewertung des bolivianischen Erdöl- und Erdgasgesetzes im Hinblick auf die Energiegesetzgebung und Produktionsabsprachen.

für staatliche Einrichtungen ebenso wie die Zivilgesellschaft geleistet. Ziel ist es, eine wirtschaftlich, ökologisch und sozial verantwortliche Bewirtschaftung von Erdölressourcen zu fördern und gleichzeitig die Bedürfnisse künftiger Generationen zu schützen.

Das Programm „Oil for Development" wird in Zusammenarbeit mit einer Reihe von internationalen Einrichtungen durchgeführt, dazu gehören die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI), der Internationale Währungsfonds, die Weltbank – im Rahmen ihrer *Petroleum Governance Initiative* und der Partnerschaft zur weltweiten Verminderung des Abfackelns von Gas *(Global Gas Flaring Reduction Partnership)* – sowie das African Centre for Economic Transformation. Das Programm kommt auch in der internationalen Zusammenarbeit bei Umweltaspekten zum Einsatz, z.B. mit der International Association for Impact Assessment.

Unter den aufstrebenden Volkswirtschaften, die über große Ölreserven verfügen, besteht erhebliche Nachfrage nach Norwegens Unterstützung, die im Rahmen von „Oil for Development" erbracht wird. Heute läuft das Programm in über 20 Ländern weltweit, davon 14 in Afrika, wo Ghana, Uganda, der Sudan, der Südsudan und Mosambik die wichtigsten Partner sind.

Die norwegisch-ghanaische Partnerschaft ist ein gutes Beispiel dafür, wie das Programm „Oil for Development" aufstrebenden Ölförderländern wie Ghana dabei hilft, ihre Ressourcen nachhaltig zu nutzen. Wir hoffen, dass die Geschichte unserer Zusammenarbeit anderen Ländern einige praktische Erkenntnisse liefern und ihnen als Inspiration dienen kann.

Ghanas Erfolgsgeschichte: eine Vorzeige-Demokratie in Afrika

Ghana ist bei der Bewirtschaftung des Reichtums an natürlichen Ressourcen kein Neuling. Diese aufstrebende westafrikanische Nation der mittleren Einkommensgruppe mit rd. 24 Millionen Einwohnern ist nach wie vor einer der wichtigsten Goldproduzenten der Welt. Darüber hinaus stellen Kakao, Holz, Diamanten, Bauxit und Mangan andere wichtige Deviseneinnahmequellen dar.

Im Lauf der Jahre hat sich Ghana zu einer soliden Demokratie entwickelt, was auch das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und gut funktionierende Institutionen umfasst. Die demokratischen Wahlen 2008, die fünften seit Ende der Militärherrschaft im Jahr 1992, erwiesen sich als die am besten organisierten und friedlichsten Wahlen in der Geschichte Afrikas. John Atta Mills errang bei den Präsidentschaftswahlen einen knappen Sieg, lobenswerterweise akzeptierte die Verliererpartei das Verdikt der Wähler. Es war das zweite Mal, dass in Ghana die Opposition an die Macht gekommen ist (das erste Mal war im Jahr 2000), was die Position des Landes als Flaggschiff-Demokratie Afrikas bestätigt.

Ghana ist sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht eine afrikanische Erfolgsgeschichte.

Noch immer sticht Ghana als eine afrikanische Erfolgsgeschichte hervor, und das nicht nur in politischer Hinsicht. Die Wirtschaft verzeichnet seit vielen Jahren ein kräftiges Wachstum, das sich weiter fortsetzt und sich 2011 auf 13% belief. Diese Entwicklung geht mit einem Rückgang des Bevölkerungswachstums und des Anteils der in Armut lebenden Menschen einher. Über 90% aller ghanaischen Kinder im schulpflichtigen Alter besuchen die Schule, und über 70% der Bevölkerung haben heute Zugang zu Strom. Die Lebenserwartung ist gestiegen, und die Kindersterblichkeit ist gesunken.

Nachhaltiges und gerechtes Ölmanagement

Ghanas Ölreserven dürften dem Land jedes Jahr über 1 Mrd. US-$ an Einnahmen einbringen.

2007 wurden in Ghanas Offshore-Ölfeld Jubilee umfangreiche Erdölvorkommen entdeckt. In der Tat war das Jubilee-Ölfeld die größte Einzelentdeckung der Welt in diesem Jahr. Das erschließbare Vorkommen des Ölfelds beläuft sich schätzungsweise auf über 700 Mio. Barrel, mit einem maximalen Förderpotenzial von 1,8 Mrd. Barrel. Die wirtschaftliche Förderung begann im Dezember 2010, und 2011 betrug die durchschnittliche Tagesfördermenge rd. 78 200 Barrel Rohöl. Ghanas Erdöleinnahmen dürften ab 2012 jedes Jahr 1 Mrd. US-$ übersteigen. Im Vergleich dazu betrugen die internationalen Entwicklungsleistungen an das Land 2010 1,7 Mrd. US-$. Dennoch sind Ghanas Ölreserven im Weltvergleich verhältnismäßig gering. Selbst wenn sie am oberen Ende der Schätzungen liegen sollten, würde Ghana nur den 50. Platz auf der Weltrangliste der erwiesenen Ölreserven belegen, weit hinter den großen Ölproduzenten wie Nigeria, Angola und Norwegen.

Als das Jubilee-Ölfeld entdeckt wurde, war Ghanas Fördermethode nicht gerade nachhaltig. Vor diesem Hintergrund – und um einen Erdölfluch zu vermeiden – trat der frühere UN-Generalsekretär und ghanaische Staatsbürger Kofi Annan im Hinblick auf eine Zusammenarbeit im Rahmen des Programms „Oil for Development“ an Norwegen heran. Im Februar 2008 unterzeichnete die ghanaische Regierung eine Grundsatzvereinbarung mit der norwegischen Regierung, die zunächst auf die Bewirtschaftung des Jubilee-Ölfelds

ausgerichtet war. In dieser Grundsatzvereinbarung kamen Norwegens Ministerien für Erdöl und Energie sowie für Umwelt, sein Petroleum Directorate, das Sekretariat von „Oil for Development" und Petrad (ein Ausbildungszentrum) überein, die Ghana National Petroleum Company (GNPC), das Präsidialamt, die Ministerien für Energie und für Umwelt, Wissenschaft und Technologie sowie die Umweltschutzbehörde auf verschiedene Weise zu unterstützen, um die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen.

Ein erster wichtiger Schritt war die Veröffentlichung eines Weißbuchs zu Ghanas Erdölpolitik; dieses lieferte die Basis für eine neue Gesetzgebung und die Entwicklung eines Erdöl-Masterplans. Nach der Wahl 2008 entschied die neue ghanaische Regierung, die Zusammenarbeit im Rahmen von „Oil for Development" mit Norwegen zu intensivieren. Die ghanaischen Regierungsvertreter, angeführt vom Minister für Energie (Koautor dieses Artikels) und dem Minister für Umwelt, Wissenschaft und Technologie, reisten nach Norwegen, um an einer Reihe von Seminaren teilzunehmen und verschiedene norwegische Institutionen zu besuchen. Mit der Zeit beteiligten sich immer mehr norwegische Einrichtungen, wie die Petroleum Safety Authority, das Directorate for Nature Management, die Climate and Pollution Agency, die Mapping Authority, das Institute of Marine Research, die Coastal Administration und das unabhängige Forschungsinstitut SINTEF.

Ghanas Aufnahme in die EITI-Liste bedeutet, dass die Rohstoffwirtschaft die Prinzipien der Transparenz und Rechenschaftspflicht befolgt.

Im zweiten Halbjahr 2010, ein paar Wochen vor Beginn der Ölförderung im Jubilee-Ölfeld, qualifizierte sich Ghana im Hinblick auf seine Erdöl- und Erdgasaktivitäten als EITI-konform (der Bergbau war bereits vorher qualifiziert)[2], womit die Grundlage für Transparenz und Rechenschaftspflicht zwischen Mineralölunternehmen, der Regierung und der Zivilgesellschaft gelegt wurde.

Im Dezember 2010 wurden zwischen Ghana und Norwegen zwei Fünfjahresabkommen für institutionelle Zusammenarbeit im Bereich Ressourcen- und Umweltmanagement unterzeichnet. Diese Abkommen gehen direkt auf die Herausforderungen ein, die sich bei der nachhaltigen Förderung der entdeckten Tiefseeerdölvorkommen Ghanas stellen. Insbesondere zielen sie darauf ab, in folgenden Bereichen Unterstützung zu leisten:

- nachhaltige Exploration, Erschließung und Förderung von Ghanas Öl- und Gasressourcen,
- umsichtige Verwaltung der Öl- und Gaseinnahmen zu Gunsten und zum Wohlergehen aller Ghanaer,
- Indigenisierung des damit verbundenen Wissens sowie der entsprechenden Fachkenntnis und Technologie, um die Eigenverantwortung der lokalen Akteure zu erhöhen.

Es dauerte 25 Jahre, bis Norwegen einen Ölfonds für die Zukunft eingerichtet hatte: Ghana schaffte dies in 25 Tagen.

In einigen Bereichen sehen diese Abkommen die Koordinierung von Aktivitäten mit anderen Entwicklungspartnern vor. Die wichtigsten Elemente der Zusammenarbeit sind:

- **Politik- und Rechtsetzungsberatung**. Wirksame Maßnahmen und Regelungen sind von entscheidender Bedeutung, um beim Ressourcenmanagement Nachhaltigkeit und bei der Einnahmeverteilung Gerechtigkeit zu gewährleisten. Zu diesem Zweck erbringen das norwegische Ministerium für Erdöl und Energie und das norwegische Petroleum Directorate zusammen mit externen norwegischen Sachverständigen umfassende

Beratungsleistungen im Bereich Ressourcenmanagement für das ghanaische Ministerium für Energie und die GNPC. Außerdem hat Norwegen Ghana bei der Umsetzung des jüngst gebilligten Gesetzes zur Verwaltung der Öleinnahmen (Petroleum Revenue Management Act) geholfen. Dieses Gesetz basiert weitgehend auf seinem norwegischen Pendant und es dient somit als gutes Beispiel für die Nutzeffekte des Lernens von anderen. Es dauerte 25 Jahre, bis Norwegen den Government Pension Fund Global eingerichtet hatte, wohingegen es Ghana in rd. 25 Tagen ab Beginn der Ölförderung gelang, einen ähnlichen Fonds zu gründen. Es sind weitere gesetzliche Regelungen erforderlich, um das Investitionsumfeld zu verbessern und gleichzeitig nationale Kontrolle sicherzustellen. Zu diesem Zweck steht eine überarbeitete Fassung des Petroleum Exploration and Production Bill nunmehr kurz vor der Fertigstellung. Norwegen ist Ghana auch dabei behilflich, Bestimmungen für die Raum- und Flächennutzungsplanung im westlichen Ghana zu erstellen, wo sich bis auf weiteres die meisten Anlagen zur Erdölexploration befinden werden. Das Ziel besteht darin, die nachhaltige Entwicklung der Region in sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht zu gewährleisten.

- **Stärkung der Kapazitäten**. Seminare für die ghanaischen Parlamentsausschüsse für Energie, Umwelt und Finanzen wurden sowohl in Ghana als auch in Norwegen abgehalten. Die Seminare waren darauf ausgerichtet, das Wissen der Gesetzgeber zu vertiefen und ihnen die Möglichkeit zu geben, die vorgeschlagenen Gesetzesbestimmungen zu prüfen, um sicherzustellen, dass die Ressourcen der Nation nachhaltig gefördert werden.

- **Technische Zusammenarbeit**. Das norwegische Petroleum Directorate hat Ghana dabei geholfen, das National Petroleum Data Repository zu schaffen, und bietet technische Hilfe und Schulungen für geologische, geophysische und auf den Untergrund bezogene Fragen und Datensysteme an. Das hat dazu beigetragen, die Kapazität der Regierung im Bereich der Überwachung von Offshore-Aktivitäten aufzubauen. Die Weltbank wird diese Anstrengung durch die Finanzierung der Beschaffung von technischer Ausrüstung ergänzen. Das norwegische Umweltministerium berät das ghanaische Umweltministerium in Umwelt- und Rechtsangelegenheiten und unterstützt ferner Ghanas Umweltschutzbehörde bei Fragen der organisatorischen Entwicklung, strategischen Umweltverträglichkeitsprüfungen und Krisenvorsorge. Letztlich wurde technische Unterstützung geleistet, um Basisdaten für das Umwelt-Monitoring von Erdölexplorationsaktivitäten zu ermitteln.

- **Stärkung der Institutionen**. Indem es den Empfehlungen zum Entwurf von Gesetzesbestimmungen folgte, richtete Ghana eine Erdölkommission (Petroleum Commission) ein, die an ähnliche Prinzipien angelehnt ist, wie das norwegische Petroleum Directorate; die Kommission ist auch zu Schulungszwecken nach Norwegen gereist. Die Unterstützung der National Gas Task Force, die vom Präsidenten ernannt wurde, um die Verwendung von Erdgas aus dem Jubilee-Ölfeld zu fördern, ebnete den Weg für die Gründung der staatlichen Ghana National Gas Company im Jahr 2011.

- **Förderung der Industrie**. Im Januar 2011 unterzeichnete Norad (die Norwegische Behörde für Entwicklungszusammenarbeit) ein Dreijahresabkommen mit SINTEF (der Stiftung für naturwissenschaftliche und industrielle Forschung beim Norwegischen Technologieinstitut), um Ghana dabei zu helfen, seine erdölbezogene Zulieferindustrie zu entwickeln. Zehn ghanaische Unternehmen werden an einem Programm zur Steigerung ihrer Kapazität teilnehmen, um Aufträge im Zusammenhang mit erdölbezogenen Maßnahmen zu gewinnen. SINTEF arbeitet auch eng mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen in Ghana zusammen, um die Tragfähigkeit der ghanaischen Mineralölwirtschaft zu erhöhen.

Ghana ist entschlossen, seinen Ölreichtum für die Entwicklung des Landes und zu Gunsten seiner Bevölkerung einzusetzen.

Aus dem Vorstehenden geht hervor, welche Bedeutung die ghanaische Regierung der Erarbeitung und Verbesserung von Gesetzesbestimmungen, der Schaffung und Entwicklung von Institutionen sowie dem Aufbau von Kompetenzen für die Verwaltung seiner Mineralölindustrie beimisst. Es nutzt die Erkenntnisse aus Norwegens Erfahrung optimal, indem es sie an den ghanaischen Kontext anpasst. Partnerschaften zwischen Einrichtungen des öffentlichen Sektors in Ghana und ihren Schwesterinstitutionen in Norwegen tragen dazu bei, Kontinuität, Nachhaltigkeit und einen ganzheitlichen Ansatz sicherzustellen.

Dank des soliden Fundaments, das durch die ghanaisch-norwegische Zusammenarbeit gelegt wurde, hat das neue Ölzeitalter in Ghana gut angefangen. Auch wenn noch viel zu tun bleibt und noch viele Herausforderungen zu bewältigen sind, engagiert sich Norwegen nachdrücklich, Ghana dabei zu helfen, das Leben der Ghanaer zu verbessern, indem die Eigenverantwortung der lokalen Akteure und die Beteiligung in der Mineralölindustrie sichergestellt und die Entwicklung der Infrastrukturen, der Gesundheitsversorgung, des Bildungswesens und der Lebensverhältnisse allgemein unterstützt wird.

Der Weg in die Zukunft

Viele andere Entwicklungsländer kennen den Segen (oder den Fluch), über einen großen Reichtum an Bodenschätzen oder Erdöl zu verfügen. Die Zusammenarbeit zwischen Norwegen und Ghana liefert diesen Ländern viele nützliche Ideen. Was Ghana von vielen anderen Ländern in Afrika und dem Rest der Entwicklungsländer unterscheidet, ist der Konsens und die Verpflichtung seiner politischen Entscheidungsträger, den Ölreichtum des Landes für die Entwicklung des Landes und zu Gunsten seiner Bevölkerung einzusetzen. Diese Einigkeit im Hinblick auf das Ziel zusammen mit nichtpolitischer Unterstützung von Industriestaaten wie Norwegen wird es Ländern wie Ghana ermöglichen, dem Fluch der natürlichen Ressourcen zu entfliehen und für alle ihre Bürger Wohlstand zu gewährleisten.

Anmerkungen

1. Wegen weiterer Informationen vgl. *www.norad.no/en/thematic-areas/energy/oil-for-development*.
2. Die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI) erhöht die Transparenz in Bezug auf die Zahlungen von Unternehmen aus dem Öl- und Bergbausektor an die Regierungen und an regierungsnahe Organe ebenso wie die Transparenz in Bezug auf die Einnahmen der Regierungen der Empfängerländer. Um als EITI-konform eingestuft zu werden, müssen die Länder mindestens einen Abstimmungsbericht vorlegen, um die Prüfung der von den Unternehmen an die Regierungen gezahlten Einnahmen zu ermöglichen.

Literaturverzeichnis

Luong, P. und E. Weinthal (2010), *Oil is Not a Curse: Ownership Structure and Institutions in Soviet Successor States*, Cambridge University Press, Cambridge.

TEIL III

Umweltverträgliches Wachstum für eine nachhaltige Entwicklung

Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2012
Nachhaltigkeit und Entwicklung verbinden
© OECD 2013

TEIL III

Kapitel 10

Geschäftsmodell für umweltverträgliches Wachstum

von

André Laperrière

Stellvertretender Generaldirektor (Chief Executive Officer) des Finanzierungsmechanismus Globale Umweltfazilität

Die Strategien für umweltverträgliches Wachstum sind ein logisches und natürliches Instrument zur Bewältigung vieler der vor uns liegenden großen Herausforderungen: höhere Warenpreise, Arbeitslosigkeit, Ressourcenknappheit, Nahrungsmittelmangel, hohes Krankheitsrisiko und zunehmende Instabilität. In diesem Kapitel skizziert der Autor ein solides Geschäftsmodell zur Förderung eines umweltverträglichen Wachstums. Seiner Meinung nach müssen mehrere Bedingungen erfüllt sein: 1. Gewährleistung hinreichender und zeitgerechter Erträge/Nutzeffekte (finanzieller, politischer und sozialer Natur), damit sich die Investitionen lohnen und nachhaltig sind; 2. Inklusion, d.h. die Zielgruppen werden in die Konzeption der Initiativen für umweltverträgliches Wachstum einbezogen, um sicherzustellen, dass diese in kultureller, technischer und sozialer Hinsicht angemessen sind und das Engagement langfristig ausgerichtet ist; 3. Partnerschaften unterschiedlicher Art, nicht nur öffentlich-private Partnerschaften, die die notwendige finanzielle Hebelwirkung, Risikoteilung, technische Unterstützung und Befähigung zur Übernahme größerer Verantwortung (Empowerment) der Partner bieten. Auf der „Angebots"-Seite der Gleichung für umweltverträgliches Wachstum sollten die Erschließung neuer Märkte, die Ankurbelung der Innovationstätigkeit (häufig in Form einer Anpassung des von der Bevölkerung vor Ort erworbenen Wissens) sowie der Einsatz vor Ort verfügbarer Ressourcen stehen. Diese Grundelemente, die für die Schaffung und Erhaltung eines umweltverträglichen Wachstums erforderlich sind, werden in diesem Kapitel anhand zahlreicher Beispiele erfolgreicher, von der Globalen Umweltfazilität finanziell unterstützter Projekte veranschaulicht.

Jüngsten Schätzungen zufolge wird die Weltbevölkerung bis 2050 um mehr als 40% von 7 Milliarden Menschen im Jahr 2012 auf mindestens 10 Milliarden gestiegen sein (Kapitel 4 und VN, 2004). Dieses Wachstum wird zwangsläufig einen bedeutenden Druck auf die Versorgung mit grundlegenden Ressourcen wie sauberem Wasser, Nahrungsmitteln und Energie ausüben. Es wird aber auch unsere wohl labilste Ressource bedrohen – die Weltwirtschaft. Mit dem demografischen Druck werden effektive Herausforderungen in Form von höheren Warenpreisen, Arbeitslosigkeit, wachsender Ressourcenknappheit, Nahrungsmittelmangel, hohem Krankheitsrisiko und zunehmender Instabilität einhergehen. Ohne die Ergreifung konkreter Maßnahmen werden wir alle die Leidtragenden sein. In diesem Kontext ist umweltverträgliches Wachstum der logische und natürliche Weg in die Zukunft (Kasten 10.1).

Kasten 10.1 **Umweltverträgliches Wachstum: Was ist das?**

Laut OECD-Definition bedeutet umweltverträgliches Wachstum, Wirtschaftswachstum und Entwicklung zu fördern und gleichzeitig sicherzustellen, dass Naturgüter weiter die Ressourcen und Umweltleistungen liefern können, die Voraussetzung für unser Wohlergehen sind. Um dies zu erreichen, müssen Investitionen und Innovationen herbeigeführt werden, die ein dauerhaftes Wachstum unterstützen und neue wirtschaftliche Chancen entstehen lassen. Das umweltverträgliche Wachstum soll nicht an die Stelle der nachhaltigen Entwicklung treten, sondern ist eher als Unteraspekt davon zu betrachten. Auf internationaler Ebene ist das Konzept enger gefasst. Um dem gerecht zu werden, sollten parallel zu diesen Strategien Initiativen umgesetzt werden, die auf den breiter angelegten sozialen Pfeiler der nachhaltigen Entwicklung abzielen.

Mit der OECD-Strategie für umweltverträgliches Wachstum wird ein handlungsorientierter Politikrahmen entwickelt, der so beschaffen ist, dass er flexibel an die unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Ländern und deren unterschiedlichen Entwicklungsstand angepasst werden kann. Er gewährleistet eine starke Fokussierung auf die Förderung der notwendigen Voraussetzungen für Innovationen, Investitionen und Wettbewerb, woraus sich neue Quellen wirtschaftlichen Wachstums entwickeln können, die mit widerstandsfähigen Ökosystemen vereinbar sind. Gegenwärtig arbeitet die OECD mit den Entwicklungsländern daran, ihren Kenntnisstand zum Konzept des umweltverträglichen Wachstums zu verbessern und sicherzustellen, dass umweltverträgliches Wachstum zur Erreichung ihrer nationalen Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsziele beiträgt.

Quelle: OECD (2011), *Auf dem Weg zu umweltverträglichem Wachstum: Zusammenfassung für politische Entwicklungsträger,* OECD, Paris, www.oecd.org/greengrowth/48634136.pdf.

Umweltverträgliches Wachstum hat der Umwelt zwar sicherlich viel zu bieten, doch werden die anderen Vorteile, die es mit sich bringt, häufig übersehen. Daher untersuche ich in diesem Kapitel das umweltverträgliche Wachstum aus der Perspektive der Wirtschaft, ein Blickwinkel, der zu oft durch emotionsgeladene Äußerungen und die Leugnung wissenschaftlicher Evidenz, die die sehr erregten Debatten über Realität und Auswirkungen des Klimawandels begleitet haben, in den Schatten gestellt wurde.

Viele der Begriffe, die den in den Bereichen Umwelt und Entwicklung Tätigen vertraut sind, ergänzen sich mit dem im Investitionsumfeld und in der Geschäftswelt verwendeten Vokabular oder sind sogar austauschbar. Ich werde die Bedeutung des Begriffs „ergebnisorientierte Investitionen" im Kontext des umweltverträglichen Wachstums näher erläutern, ebenso wie die Notwendigkeit eines tragfähigen Geschäftsmodells mit ausreichenden und zeitgerechten Investitionsrenditen, um nicht nur ökologische Nutzeffekte zu erzielen, sondern auch für wirtschaftliche Tragfähigkeit zu sorgen. Es werden Beispiele angeführt, in denen das Engagement der lokalen Bevölkerungen für Programme, die gemäß dem Grundsatz der Inklusion konzipiert wurden, für den Erfolg von ganz entscheidender Bedeutung ist. Ich gehe ferner darauf ein, wie wichtig eine klare und überzeugende Vermittlung politischer Schlüsselbotschaften ist, um dieses Engagement zu sichern und Partnerschaften zu entwickeln, die der Aufteilung der Risiken – und Vorteile – von Programmen für umweltverträgliches Wachstum förderlich sind.

Veranschaulicht werden diese Konzepte anhand von Beispielen aus zahlreichen von der Globalen Umweltfazilität (GEF)* finanzierten Projekten, die greifbare, messbare und positive Ergebnisse erzielten.

> *Umweltverträgliches Wachstum ist mehr als ein Plan für das Überleben der Menschheit; es ist der Weg zu Wohlstand und guter Lebensqualität für alle.*

Auch wenn verschiedene Pfade zu umweltverträglichem Wachstum führen, habe ich in dieser Diskussion versucht, sie in die beiden Wirtschaftskategorien Angebot und Nachfrage einzuteilen, da auf beiden Seiten Handlungsbedarf besteht.

Die Nachfrage nach umweltverträglichem Wachstum steigern

> *Umweltverträgliches Wachstum zahlt sich in Form greifbarer und nachhaltiger Vorteile für Mensch und Umwelt aus.*

Die ökonomischen Nachfragegesetze folgen grundlegenden biologischen Prinzipien: genauso wie Durst den Wunsch nach Trinken auslöst, zieht die Aussicht auf (politische, operationelle oder finanzielle) Rentabilität Investitionen nach sich. Ein Investor lässt sich aber nur überzeugen, wenn ihm nachgewiesen wird, dass sich die Investition lohnt. Mit anderen Worten muss die Nachfrage auf Fakten basieren. Daher benötigen wir bessere Geschäftsmodelle, die denjenigen, die in umweltverträgliches Wachstum investieren, solide Renditen garantieren. Ferner müssen unsere Geschäftsmodelle derart konzipiert sein, dass sie die Kontinuität der Vorteile (Erträge) gewährleisten, um Nachhaltigkeit und Wachstum zu sichern.

Die Globale Umweltfazilität hat in den vergangenen zwanzig Jahren Tausende von – großen und kleinen, einfachen und komplexen – Projekten unterstützt; bei all diesen Projekten stand die Nachhaltigkeit im Mittelpunkt unserer Maßnahmen, und folglich war die Investitionsrendite (in Form greifbarer, nachhaltiger Ergebnisse) immer Teil der Gleichung.

* Die Globale Umweltfazilität (GEF) ist ein unabhängiger Finanzierungsmechanismus, der Entwicklungsländern und Transformationsländern Zuschüsse für Projekte bereitstellt, die der globalen Umwelt zugute kommen, indem sie lokale, nationale und globale Umweltherausforderungen verknüpfen und nachhaltige Lebensgrundlagen fördern. Sie wurde 1991 gegründet und ist heute der größte Finanzierungsträger von Projekten zur Verbesserung der globalen Umwelt. Sie vereint 182 Mitgliedsregierungen – in Partnerschaften mit internationalen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und dem privaten Sektor.

Zahlungen für Ökosystemleistungen

Die GEF leistete im Bereich der Zahlungen für Ökosystemleistungen (Payments for Ecosystem Services – PES) Pionierarbeit – bei dieser Praxis werden Landwirten oder Grundbesitzern für umweltschonendere Bewirtschaftungsmethoden finanzielle Anreize geboten. In diesem Rahmen wissen die Käufer genau, was sie erwerben, und die Verkäufer sichern die Bestandsfähigkeit ihres Unternehmens, indem sie zum Schutz und Erhalt ihrer wichtigsten Ressourcen proaktive Strategien anwenden. Bis heute hat die GEF 222 Mio. US-$ investiert und 900 Mio. US-$ zusätzlich für diese Systeme mobilisiert (GEF, 2010a).

Fallstudie zum umweltverträglichen Wachstum

Die Regional Integrated Silvopastoral Management Initiative in Kolumbien, Costa Rica und Nicaragua ist aus einem GEF-Pilotprojekt heraus entstanden. Bei diesem Programm werden Farmer dafür bezahlt, dass sie zur Erhöhung der biologischen Vielfalt (vor allem der Vögel), Kohlenstoffsequestrierung (durch Bäume und den geringeren Einsatz von Düngemitteln) und Verbesserung der Wasserqualität die Viehzucht mit dem Anbau von Futtermitteln und verholzten Mehrjährigen kombinieren. Obwohl einige Farmer in der Gegend bereits vor der Lancierung des Projekts silvopastorale Praktiken eingesetzt hatten, bestand der Boden zu etwa 63% aus extensiven Weideflächen mit minimalem Baumbestand. Auf Grund der relativ hohen Startkosten, der geringen Ertragsaussichten und der langen Zeitspanne zwischen Investition und Erträgen waren die meisten Farmer vom Übergang zu Waldweidepraktiken zunächst nicht angetan. Mit der Bezahlung der Landnutzer für den Übergang zu silvopastoralen Praktiken half das Projekt ihnen bei der Überwindung dieser anfänglichen Hindernisse. Der Gesamteffekt auf die Landschaftsstruktur war eine Zunahme der effektiven Waldbedeckung auf 31% der Fläche. Da die meisten Farmer zu der Erkenntnis gelangten, dass dieses Modell der Landnutzung sehr viel rentabler ist als die althergebrachte Praxis des Anbaus auf degradiertem Weideland, nutzten die meisten unter ihnen diese Praxis selbst nach Beendigung des PES-Programms weiter. Hierbei handelt es sich um ein Win-Win-Beispiel für ein solides Geschäftsmodell, dem eine einfache, innovative Idee zu Grunde liegt. Es zeigt, wie Sicherung des Lebensunterhalts und Umweltverbesserung Hand in Hand gehen können.

Zeitnahe Erträge

Um den Klimawandel zu bewältigen, müssen Politiker und wirtschaftliche Führungskräfte den Mut aufbringen, in die mittel- bis langfristige Zukunft zu investieren. Gleichzeitig haben arme Bevölkerungsgruppen – vor allem jene in den am wenigsten entwickelten Ländern – sofortigen Hilfebedarf. Extreme Armut zwingt Menschen manchmal dazu, Wege einzuschlagen, die auf Dauer nicht tragfähig sind; hierzu zählt beispielsweise der Einsatz ineffizienter Agrarmethoden auf bereits ausgelaugten Böden, die Entwaldung von Landflächen für die Gewinnung von Brennholz und Holzkohle oder die Schaffung von Anbauflächen, die Überfischung bereits dezimierter Fischbestände und so weiter. Unter derartigen Umständen wirken mangelnde Entwicklungskapazitäten auf die Umwelt wie der Deckel eines fest verriegelten Schnellkochtopfs, der den Druck auf ein untragbares Niveau steigen lässt.

Damit umweltverträgliches Wachstum auch in den am wenigsten entwickelten Ländern Sinn ergibt, muss es sich in einem Tempo auszahlen, das den dringendsten Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird.

Fallstudie zum umweltverträglichen Wachstum

2001 startete die GEF in der vom Fischfang lebenden Gemeinde Punta Allen in Mexiko ein Projekt, um den Einwohnern zu helfen, das Problem der durch Überfischung bedingten schrumpfenden Hummerfänge und zerstörten Meeresumwelt zu lösen. Dank einer moderaten finanziellen Unterstützung der GEF konnte die Gemeinde zu einer tragfähigeren Fangtechnik übergehen (Karten der Hummerfanggründe, Hummer-Fallen, tägliche Fangstatistiken sowie Ortungssysteme). Gleichzeitig hat sie ihre Kapazitäten im Bereich des Managements und der Regulierung sowohl ihrer Meeres- als auch ihrer finanziellen Ressourcen verstärkt, mit dem Ergebnis, dass 95% der Fischfangnetze entfernt wurden, die Korallenriffe erhalten werden konnten und die Dorfbewohner Mehreinnahmen in Höhe von 30% erzielten. Die Umstellung auf nachhaltige Fangmethoden trägt dazu bei, sowohl unbeabsichtigte Zerstörungen der Korallenriffe und Rückzugsgebiete der Fische als auch Beifang zu verhindern.

2005 regte das in Punta Allen angewandte Modell die Kooperative Bahia del Espiritu Santo in Cozumel, Mexiko, zur Verbesserung ihrer Praktiken und des Ökosystems an. Dank dieses Projekts konnte die Kooperative aufzeigen, dass eine Kombination aus besseren Fischfangtechniken, dem Einsatz von Ortungssystemen und einer systematischen Aufzeichnung der täglichen Fangmengen zu nachhaltigen, rentablen Ergebnissen sowohl für die Fischer als auch für die Umwelt führt. Durch die mit den beiden Projekten realisierten konkreten Ergebnisse konnte sich das Konzept dank des Erfahrungsaustausches unter Fischern und Behörden aus Belize, Guatemala, Honduras und Panama, um nur einige wenige zu nennen, in der Region ausbreiten. Auch hier wurde die Nachfrage nach einem langfristig ausgerichteten umweltverträglichen Wachstum erfüllt und die gewonnenen Erkenntnisse konnten weiter genutzt werden.

Mehr Eigenverantwortung der Bevölkerung durch inklusive Strategien

Zu viele Entwicklungsprojekte sind an Top-down-Konzepten gescheitert, die den spezifischen Bedürfnissen der Empfängergemeinde nicht Rechnung tragen oder denen es an den notwendigen finanziellen und organisatorischen Kapazitäten mangelt, um ein Projekt über die Anfangsphase hinaus zu unterstützen, oder, was noch stärker ins Gewicht fällt, denen das Engagement auf Seiten der Zielgruppen fehlt.

Inklusive Strategien – d.h. Strategien, die die Zielgemeinschaften in die Konzepte zur Förderung des umweltverträglichen Wachstums einbeziehen – sind der einzige Weg, um zu gewährleisten, dass alle Voraussetzungen erfüllt sind: angemessene Technologien, Kapazitätsaufbau und bedingungslose Akzeptanz auf Seiten der Zielgruppen.

Fallstudie zum umweltverträglichen Wachstum

In Panama leitete das Comité de Salud unter Einsatz sehr geringer Mittel aus dem Kleinzuschüsseprogramm der Globalen Umweltfazilität ein Projekt zur Erschließung des hydrologischen Potenzials der Agrarregion Darien bei gleichzeitiger Förderung des Walderhalts für die Erzeugung erneuerbarer Energien. Im Wassereinzugsgebiet von Darien rief das Comité de Salud zunächst einen Verwaltungsausschuss ins Leben, um den Bau von zwei mikrohydroelektrischen Kraftwerken und einem kleinen Stromnetz zu überwachen. Ferner richtete es ein Honorierungssystem ein, um die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Projekts zu garantieren.

Heute werden dank dieser kleinen Initiative 43 Haushalte und eine Gemeindeschule kontinuierlich mit Strom versorgt, d.h. sie kommt insgesamt 190 Menschen zugute, darunter 68 Kindern. Unter Umweltaspekten betrachtet erzeugt die Mikroeinrichtung 42 000 kWh saubere Energie, d.h. über den Lebenszyklus des Projekts können 1 657 t CO_2 vermieden und zahlreiche Walderhaltungsprojekte verwirklicht werden.

Die lokale Bevölkerung kam in den Genuss einer zuverlässigen, konstanten Stromversorgung und konnte außerdem ihre monatlichen Energieausgaben für gesundheitsschädliches Kerosin, Einweg-/Wegwerfbatterien und Kerzen um zwei Drittel reduzieren. So wurden Mittel frei für Bedarfsgüter, die sie sich zuvor nicht leisten konnte. Garantiert wird die Nachhaltigkeit des Projekts nicht nur dank der Ersparnisse, die diese Familien jeden Monat realisieren, sondern auch dank der Zahlungen, die sie bereitwillig für den Strom leisten, was die Wartung der Mikrogeneratoren und des Netzes ermöglicht. Der Erfolg des Projekts ist so groß, dass die zuständigen Stellen in Panama beschlossen haben, die Initiative in anderen wichtigen Wassereinzugsgebieten des Landes zu wiederholen.

Investitionspartnerschaften

Für jeden von der GEF aus Mitteln der Geberländer investierten Dollar werden aus anderen Quellen weitere 10 Dollar mobilisiert, wodurch die Risiken gestreut und die Effekte verstärkt werden.

Die mit Investitionen in umweltverträgliches Wachstum – und insbesondere in neue Technologien – verbundenen Risiken werden in der Regel höher eingestuft als in anderen Bereichen, so dass sich das finanzielle Engagement häufig in Grenzen hält. Finanzielle Partnerschaften helfen bei der Überwindung dieses Engpasses, indem sie das Spektrum an verfügbaren Finanzierungsquellen erweitern und die Risiken auf eine größere Investorenzahl verteilen. Ein weiterer Aspekt dieser Partnerschaften ist die finanzielle Hebelwirkung, die den an diesen Geschäftsmodellen Beteiligten zugute kommt. Das jüngste vom GEF-Verwaltungsrat verabschiedete Arbeitsprogramm veranschaulicht diese „Hebelwirkung“: Für jeden vom GEF aus Mitteln der Geberländer investierten Dollar werden aus anderen Quellen zusätzliche 10 US-$ mobilisiert (ein Verhältnis von 1:10), was den Effekt deutlich verstärkt.

In der Gleichung für umweltverträgliches Wachstum sorgt die finanzielle Hebelwirkung zwar für die Ausweitung der finanziellen Mittel, doch erzeugen die Partnerschaften einen Mehrwert, indem sie den Zielgruppen technisches Fachwissen vermitteln, zu dem diese ansonsten keinen Zugang hätten.

Fallstudie zum umweltverträglichen Wachstum

In Mexiko hat eine GEF-Investition von weniger als 10 Mio. US-$ die Finanzierung einer Initiative zur Steigerung der Energieeffizienz im Wert von 860 Mio. US-$ ermöglicht.

In Mexiko bewirkte eine GEF-Investition von weniger als 10 Mio. US-$ ein Programm im Umfang von 700 Mio. US-$ zur Steigerung der Energieeffizienz in privaten Haushalten, in dessen Rahmen alte Klimaanlagen und Kühlschränke ersetzt und für die Beleuchtung Energiesparlampen und -systeme eingesetzt wurden. Die Weltbank steuerte 250 Mio. US-$ in Form eines Darlehens bei, weitere 50 Mio. US-$ wurden vom Clean Technology Fund zur Verfügung gestellt. Die Nationale Entwicklungsbank Mexikos, NAFIN, mobilisierte 127 Mio. US-$. Der Saldo kam vom privaten Sektor, einschließlich der Endverbraucher. Im Rahmen dieser Partnerschaft erhalten die Kunden vom nationalen Stromversorger Gutschriften, um ihnen den Austausch ihrer Geräte zu ermöglichen. Zurückgezahlt werden die Kredite über die reguläre Stromrechnung. Selbst unter Berücksichtigung der Tilgungen fallen die Stromrechnungen niedriger aus als zuvor.

Bis 2015 werden 45 Millionen ineffiziente Glühbirnen durch Kompaktleuchtstofflampen und 1,7 Millionen Kühlschränke und Klimaanlagen durch effizientere Modelle ersetzt worden sein, ein Prozess, der gleichzeitig zum Aufbau neuer Produktionskapazitäten und zur

Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen dürfte. In den ersten fünf Jahren des Projekts werden diese Maßnahmen für einen deutlichen Rückgang der CFC-Emissionen und gleichzeitig eine Minderung der CO_2-Emissionen um über 5 Mio. t und die Einsparung von 9 300 Gigawattstunden Strom sorgen. Das entspricht 25% des nationalen Energieeffizienzziels Mexikos für diesen Zeitraum. In finanzieller Hinsicht wird diese Investition in umweltverträgliches Wachstum den Projektionen zufolge eine Gesamtrendite von 40% erzeugen, und ihr Nettogegenwartswert beläuft sich selbst in der Anfangsphase des Projekts auf 860 Mio. US-$.

Ausbau des Angebots an Inputs für umweltverträgliches Wachstum

Wie im vorstehenden Abschnitt erörtert wurde, sind solide Geschäftsmodelle, zeitgerechte Investitionsrenditen, Inklusion und Partnerschaftsmodelle grundlegende Voraussetzungen für die Schaffung und Wahrung einer ergebnisorientierten Nachfrage nach Dienstleistungen zu Gunsten eines umweltverträglichen Wachstums. Da es natürlich keine Nachfrage nach Produkten, Technologien oder Fachwissen geben kann, die nicht existieren, werde ich nun näher auf die Angebotsseite der Gleichung für umweltverträgliches Wachstum eingehen.

Erschließung neuer Märkte

Weiter oben habe ich auf die entscheidende Rolle von Partnerschaften hingewiesen, um der Nachfrage nach umweltverträglichem Wachstum begegnen zu können. Partnerschaften spielen auch bei der Einrichtung von Netzwerken von Menschen und Organisationen eine Rolle, die ein gemeinsames Interesse an umweltverträglichem Wachstum teilen. Sie erleichtern den Austausch von Wissen, die Erzielung von Skaleneffekten sowie die Innovationstätigkeit in und unter den Industrie- und Entwicklungsländern.

Fallstudie zum umweltverträglichen Wachstum

Das Solarthermie-Hybridprojekt der GEF in Ägypten zielt auf die Konzentration von Solarenergie zur Stromerzeugung ab. Diese im Vergleich zur traditionellen Gasturbinentechnologie interessantere Technik dürfte die nationale Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien jährlich um schätzungsweise 33,4 GWh erhöhen; ferner wird sie die CO_2-Emissionen während der Projektdauer von 25 Jahren um 500 000 t reduzieren. Dieses Projekt hat nicht nur gezeigt, dass die Konzentration von Solarenergie in Ägypten tragfähig ist, sondern auch zur Bildung eines neuen Markts für lokale Anbieter diverser Komponenten beigetragen und das Land zu einer internationalen Quelle von Fachwissen und Ausrüstungsgütern werden lassen.

Andernorts hat die GEF 1998 in Tunesien ein Projekt ins Leben gerufen, um der Regierung bei der Konzipierung und Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung des Einsatzes energieeffizienter Kühlschränke zu helfen. Dieses Projekt mündete nicht nur in die Verabschiedung von drei Gesetzen zur Steigerung der Energieeffizienz und Energieverbrauchskennzeichnung, sondern hatte auch zur Folge, dass sich der Stromverbrauch Tunesiens jährlich um 560 GWh reduziert, was 10% des nationalen Stromverbrauchs im Jahr 1994 entspricht. Zusätzlich zu diesen ökologischen Nutzeffekten haben die Hersteller und Einzelhändler in Tunesien mittlerweile für diese Haushaltsgeräte nationale und internationale Absatzmärkte entwickelt und damit gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen und erhalten.

Lokale Innovation

Allzu häufig scheitern Projekte daran, dass es vor Ort nicht gelingt, die notwendigen Voraussetzungen für die Umsetzung neuer Technologien zu schaffen. Dabei reicht es eigentlich, sich das über Jahre hinweg von der lokalen Bevölkerung erworbene Wissen

zunutze zu machen, um einfache, verlässliche und tragfähige Lösungen zu finden. Durch die Anpassung dieses Wissens an moderne Techniken und Materialien kann ein breites Spektrum an neuen Technologien entstehen: von preisgünstigen Kochern mit hoher Leistungsfähigkeit über die Valorisierung von Biomasse bis zu geothermischer Energie.

Fallstudie zum umweltverträglichen Wachstum

In Bangladesch bietet die Ziegelherstellung Millionen von Arbeitsplätzen. Die GEF hat in ein Projekt investiert, das den großflächigen Einsatz von energieeffizienten Ziegelbrennöfen und energiesparenden Praktiken fördert. Dank dieser Initiative konnten der Verbrauch an fossilen Brennstoffen verringert und die Treibhausgasemissionen sowie die lokale Luftverschmutzung reduziert werden (vgl. Kapitel 6), bei gleichzeitiger Senkung der Kosten und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit.

Umweltgerechte Innovationen müssen nicht unbedingt Hochtechnologie beinhalten: einfache, kostengünstige Ideen sind oft wesentlich wirksamer und besser an die örtlichen Gegebenheiten angepasst.

Häufig können Innovationen einfachen, kostengünstigen Ideen entspringen, die keine ausgeklügelte oder kostenaufwendige Technologie voraussetzen, sondern nur eine andere Betrachtungs- und Handlungsweise benötigen. Das oben beschriebene Waldweideprojekt ist ein gutes Beispiel: Die meisten Bäume werden nun nicht mehr gefällt, um Platz für Weideland zu schaffen, sondern bleiben erhalten, damit ihre Früchte geerntet werden können. Das Vieh kann weiter grasen und sogar von dem zusätzlichen, durch die Bäume gebotenen Schutz profitieren, die ihrerseits auf natürliche Weise mit Viehmist gedüngt werden (statt mit teurem, umweltbelastendem chemischen Dünger). So bringt eine einfache Idee große Vorteile.

Lokale Ressourcen

Umweltverträgliches Wachstum ist am nachhaltigsten, wenn es den Einsatz vor Ort verfügbarer Ressourcen optimiert. Der Einsatz von Biomasse zur Strom- und Wärmeerzeugung veranschaulicht diesen Ansatz.

Seit 2001 hat die Globale Umweltfazilität Projekte zur Stromerzeugung aus Biomasse in 37 Ländern finanziert. In Thailand bestand das Ziel beispielsweise darin, Angebot und Nachfrage durch die Aufstellung guter Finanzierungsmodelle, die Erweiterung des Zugangs zur marktüblichen Finanzierung von Biomasseprojekten und die Bereitstellung von Informationen für potenzielle Investoren anzukurbeln. Bei Abschluss des Projekts 2009 hatte es die Installation von 398 Megawatt Stromerzeugungskapazität erleichtert, die Machbarkeit unter Beweis gestellt und Wissen in einem Projekt gebündelt, das nun von anderen interessierten Parteien nachgeahmt wird.

Der Weg in die Zukunft

Die demografische Realität erfordert eine steigende und nachhaltige ökologische Produktivität …

Die Erfahrungen, die die Globale Umweltfazilität bei der Gestaltung und Durchführung von Geschäftsmodellen für umweltverträgliches Wachstum gesammelt hat, bestätigen, dass sie denjenigen, die in diese Modelle investieren und sich von ihnen inspirieren lassen, zu nachhaltigeren Lebensgrundlagen verhelfen. Das gilt insbesondere – aber nicht ausschließlich – für Menschen in Entwicklungsländern. Neben der Schaffung der erhöhten und nachhaltigen ökologischen Produktivität, die die demografische Realität erfordert, kann umweltverträgliches Wachstum auch durch Umweltverbesserungen, die für alle neue und größere

wirtschaftliche Chancen mit sich bringen, zu einer insgesamt besseren Lebensqualität beitragen.

... ohne die anderen Imperative zu vergessen, wie Arbeitsplätze, Gesundheit und Sicherheit

Die in diesem Kapitel erörterten Grundsätze liefern einen klaren Geschäftsplan für den Übergang zu einem echten, nachhaltigen, umweltverträglichen Wachstum, das auf Seiten der Nachfrage wie auch des Angebots die Erfüllung bestimmter Bedingungen voraussetzt.

Nachfrage

- Verbesserung der Kommunikation über umweltverträgliches Wachstum – ein für viele wenig bekanntes oder abstraktes Konzept – durch die Hervorhebung der Vorteile, die ökologisches Wachstum über den alleinigen Umweltbereich hinaus bietet, wie u.a. Arbeitsplätze, Gesundheit und Sicherheit.
- Sicherstellung, dass allen Initiativen für umweltverträgliches Wachstum ein gutes Geschäftsmodell zu Grunde liegt, das hinreichende und zeitgerechte Erträge/Nutzeffekte (finanzieller, politischer und sozialer Natur) gewährleistet, damit sich die Investitionen lohnen und nachhaltig sind.

Angebot

- Einbeziehung der Zielgruppen in die Gestaltung von Initiativen für umweltverträgliches Wachstum: 1. um zu gewährleisten, dass sie in kultureller, technischer und sozialer Hinsicht angemessen sind, und 2. um sicherzustellen, dass das notwendige Engagement für eine langfristige Tragfähigkeit vorhanden ist.
- Betrachtung der Partnerschaften als eine der wichtigsten Säulen für nachhaltiges umweltverträgliches Wachstum. Öffentlich-private Partnerschaften sind dabei nur eine der vielen Möglichkeiten, die ausgeschöpft werden können und sollten, um die Elemente zu bieten, die gute Projekte zur Förderung eines umweltverträglichen Wachstums auszeichnen: finanzielle Hebelwirkung, Risikoteilung, Vermittlung von technischem Fachwissen und Befähigung zur Übernahme stärkerer Eigenverantwortung auf Seiten der Partner.

Neben der Schaffung der erhöhten und nachhaltigen ökologischen Produktivität, die die demografische Realität erfordert, kann umweltverträgliches Wachstum auch durch Umweltverbesserungen, die für alle neue und größere wirtschaftliche Chancen mit sich bringen, zu einer besseren Lebensqualität beitragen.

Literaturverzeichnis

GEF (Globale Umweltfazilität) (2010a), *Payment for Ecosystem Services*, GEF, Washington, D.C.

GEF (2010b), *Financing the Stewardship of Global Biodiversity*, CDB COP10 Special edition, GEF, Washington, D.C., *www.thegef.org/gef/sites/thegef.org/files/publication/Bio-Nagoya.pdf*.

GEF (2010c), *Behind the Numbers: A Closer Look at GEF Achievements*, GEF, Washington, D.C., *www.thegef.org/gef/sites/thegef.org/files/publication/BehindTheNumbers_English.pdf*.

GEF/UNDP, *The GEF Small Grants Programme*, *http://sgp.undp.org*.

OECD (2011), *Auf dem Weg zu umweltverträglichem Wachstum: Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger*, OECD, Paris.

VN (Vereinte Nationen) (2004), *World Population to 2300*, VN, New York.

Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2012
Nachhaltigkeit und Entwicklung verbinden
© OECD 2013

TEIL III

Kapitel 11

Umweltverträgliches Wachstum als nationales Projekt in China, Kenia und Korea

von

Alice Akinyi Kaudia
Environment Secretary, Ministerium für Umwelt und Bodenschätze, Kenia

Chaofei Yang
Vizepräsident, China Society of Environmental Sciences[1]

Bok-hwan Yu
Generalsekretär, Präsidialausschuss für nachhaltiges Wachstum, Korea

In diesem Kapitel wird über drei Länder berichtet, die verschiedene, für ein umweltverträgliches Wachstum entscheidende Aspekte in die nationalen Politiken und Sektorpläne einbinden, um auf konkrete Ergebnisse hinzuarbeiten: China, Kenia und Korea.

In China dient eine umweltfreundliche Wirtschaftspolitik der Armutsbekämpfung und der Förderung des sozialen Fortschritts. Beispielsweise verfolgt China das Ziel, in den kommenden zwei bis drei Jahren durch Energieeinsparungen, die Verringerung der Umweltverschmutzung, die Anpassung der Industriestruktur, technische Innovationen sowie Biogasprojekte mindestens 5,3 Millionen „grüne" Arbeitsplätze zu schaffen.

Kenia hat die traditionellen auf dem BIP beruhenden Wirtschaftsentwicklungsmodelle durch ein neues Modell ersetzt, bei dem soziale Aspekte der Entwicklungsfortschritte berücksichtigt sind. Mit seinem Schwerpunkt auf sektorbezogener Umsetzung unter Aufsicht eines interinstitutionellen nationalen Lenkungsausschusses zielt das Land darauf ab, mittels eines breiten, partizipativen Ansatzes für eine umweltfreundliche, grüne Wirtschaft eine langfristig tragfähige Entwicklung zu erreichen.

Korea hat sich zum Ziel gesetzt, auf der Grundlage von Umwelttechnologie und sauberen Energien Wachstumsmotoren und Arbeitsplätze zu schaffen. Konkret möchte Korea bis 2030 die CO_2-Emissionen um 30% verringern und die Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen vervierfachen. Korea stellt darüber hinaus „umweltbezogene ODA" bereit, um Partnerländer zu unterstützen.

Die Förderung umweltverträglichen Wachstums ist eine wertvolle Investition in das Naturkapital einer Nation. In Anbetracht der Expansion der Wirtschaftstätigkeit und des Wachstums der Weltbevölkerung lassen sich damit der technische und der wirtschaftliche Fortschritt, Arbeitsplätze sowie die Entwicklung fördern und zugleich Lösungen für den Klimawandel, den Verlust an biologischer Vielfalt, die Beschleunigung der Urbanisierung, die Energieunsicherheit sowie die Rohstoffknappheit finden. In Anerkennung der wichtigen Rolle, die umweltverträgliches Wachstum bei der Verwirklichung nationaler Eigeninteressen spielen könnte, nehmen viele Länder bei verschiedenen Initiativen im Bereich des umweltverträglichen Wachstums bereits eine klare Führungsrolle ein und nutzen inländische Politikmechanismen – z.B. marktwirtschaftliche Instrumente und Regulierungsmaßnahmen –, um konkrete Ergebnisse zu erzielen.

In diesem Kapitel erläutern Politikverantwortliche aus China, Kenia und Korea, wie sie umweltverträgliches Wachstum zu einem nationalen Projekt gemacht und sowohl in die nationale Politik als auch in sektorspezifische Pläne Strategien eingebunden haben, um die Möglichkeiten zur Steigerung der Umweltverträglichkeit ihrer Entwicklungspfade wahrzunehmen. Darüber hinaus hat Korea als aufstrebendes Geberland in der Entwicklungsgemeinschaft und neuestes DAC-Mitgliedsland seine Bemühungen durch die Bereitstellung umweltbezogener ODA ausgeweitet, um sicherzustellen, dass die koreanischen Entwicklungsleistungen die Partnerländer bei der Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung unterstützen.

Umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung in China

> *Trotz seiner beeindruckenden Wirtschaftswachstumsrate sank Chinas Energieverbrauch im Zeitraum 2005-2010 um 19%.*

Seit der Reform und der Öffnung Chinas Ende der 1970er Jahre ist die Wirtschaft des Landes mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 9% gewachsen. Der Umweltschutz hat ebenfalls beachtliche Fortschritte erzielt: Im Zeitraum 2005-2010 sank der Energieverbrauch je BIP-Einheit um 19,1%, der chemische Sauerstoffbedarf nahm um 12,5% ab, und die Schwefeldioxidemissionen verringerten sich um 14,3%.

Trotz dieser Fortschritte war das rasche Wirtschaftswachstum in China mit Nachteilen für die Umwelt verbunden, wobei die Luftverschmutzung, die Bodendegradation und der Verlust an biologischer Vielfalt dramatisch gestiegen sind. Die rasche Wirtschaftsentwicklung hat ferner zu großen und grundlegenden sozialen Veränderungen geführt. China ist nunmehr in einem Teufelskreis gefangen, in dem Ressourcenknappheit, Umweltdegradation und soziale Unruhen gravierende wirtschaftliche Probleme verursachen und das stetige und nachhaltige Wirtschaftswachstum beeinträchtigen. Ein umweltverträglicher Umbau der chinesischen Wirtschaft wäre die optimale strategische Wahl, wenn das Land die Ressourcenknappheit sowie die Umweltdegradation verringern und zugleich die wirtschaftliche Effizienz, soziale Inklusion und Stabilität verbessern soll.

Chinas 12. Fünfjahresplan der nationalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung legt den strategischen Rahmen für die Verwirklichung eines umweltverträglichen Wachstums und nachhaltiger Entwicklung fest. Dieser Plan für eine umweltverträgliche Entwicklung gibt sowohl für den von dem Plan abgedeckten Fünfjahreszeitraum (2011-2015) als auch mittel- bis langfristig die Richtung vor. Das darin verfolgte strategische Gesamtziel ist die Erreichung einer inklusiven, umweltverträglichen und wettbewerbsfähigen wirtschaftlichen Entwicklung.

Chinas Plan für eine umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung beruht auf zwei strategischen Säulen: Transformation und Innovation (Abb. 11.1). Bei der Transformation gilt das Augenmerk dem Wachstumsmodell und der Rolle des Staats, wobei eine effektive Arbeitsteilung sowie die Partnerschaft zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor betont werden. Im Zentrum des Bereichs Innovation stehen Technologie, institutionelle Governance-Strukturen und Politikmaßnahmen, einschließlich der Schaffung von Fiskal- und Steuersystemen, die der transformativen wirtschaftlichen Entwicklung förderlich sind, die Unterstützung innovativer Politikmaßnahmen in den Bereichen Finanzen, Industrie und Handel sowie die Stärkung der Umweltaufsicht, um die Entwicklung einer umweltfreundlichen, grünen Wirtschaft zu schützen.

Abbildung 11.1 **Strategischer Rahmen für Chinas umweltverträgliche Entwicklung**



In der nachhaltigen Waldbewirtschaftung könnten bis 2020 in China 20 Millionen Arbeitsplätze entstehen.

Der wissenschaftliche und technische Fortschritt wird wiederum die Energiebasis für eine umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung nach den Prinzipien der „grünen Ökonomie" bieten, so dass die Armut verringert und die soziale Entwicklung gefördert werden kann. Chinas umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung wird die Beschäftigungschancen in mehreren Bereichen verbessern, u.a. im Bereich der erneuerbaren Energien, im Naturschutz, im Umweltdienstleistungssektor und in der Umweltschutzbranche. Einer durch die Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften durchgeführten und von der Internationalen Arbeitsorganisation geförderten Studie zufolge werden durch Investitionen in Energieeinsparungen, die Verringerung von Schadstoffemissionen, die Anpassung der Industriestruktur sowie den technischen Fortschritt und Biogas über zwei bis drei Jahre mindestens 5,3 Millionen „grüne" Arbeitsplätze entstehen (Chinese Academy of Social Sciences, 2010).

Darüber hinaus dürfte der umweltverträgliche Umbau der chinesischen Wirtschaft die Armut durch die Schaffung „grüner" Arbeitsplätze – insbesondere in der Forstwirtschaft – reduzieren. Von 2005-2020 könnten in China in der Aufforstung, der Wiederaufforstung

sowie der Waldbewirtschaftung 20 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, was über 1 Million Arbeitsplätzen pro Jahr entspricht. Auch wenn diese Tätigkeiten überwiegend zeitlich befristet sind, dürften sie den ländlichen Wanderarbeitern sowie gegenwärtig arbeitslosen Personen beispiellose Möglichkeiten bieten und damit sozial gefährdeten Gruppen helfen sowie die Armut in unterentwickelten Regionen verringern.

Prioritäre Bereiche und Fortschrittsindikatoren

China wird voraussichtlich zum größten Markt der Welt für umweltverträgliche Technologien, Produkte und Dienstleistungen aufsteigen.

Die Regierung hat u.a. folgende prioritäre Bereiche für die umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung identifiziert:

- **Ländliche Räume**: Verbesserung der Ernährungssicherheit, strategische Anpassung der Agrarstruktur und Verbesserung der modernen Agrarindustrie, Steuerung des Pestizid-, Düngemittel-, und Kunststofffolieneinsatzes sowie anderer Verschmutzungsquellen, Prävention und Kontrolle der Umweltverschmutzung durch die Viehzucht, Trinkwasserschutz im ländlichen Raum, Beschleunigung der Umsetzung zentraler Abfallbehandlung im ländlichen Raum sowie ein striktes Verbot der Ausdehnung städtischer und industrieller Verschmutzung auf ländliche Räume.
- **Industrie**: Umbau und Modernisierung traditioneller Fertigungsbranchen durch technologische Innovationen, verbesserte Energieeffizienz und Prüfungen der Umweltschutzergebnisse, Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, Förderung und Entwicklung strategischer aufstrebender Industriezweige (z.B. in den Bereichen Energieeinsparungen und Umweltschutz, der nächsten Generation von Informations- und Kommunikationstechnologien, der Biotechnologie, der Fertigung hochwertiger Ausrüstungsgüter, erneuerbarer Energien, neuer Quellen der Materialproduktion sowie von Elektro- und Hybridfahrzeugen). 2015 dürften diese strategischen aufstrebenden Industriezweige in China 8% des BIP ausmachen.
- **Dienstleistungen**: Beschleunigung der Entwicklung des Dienstleistungssektors sowie Förderung der Integration von Dienstleistungen und moderner Fertigung (zu den konkreten Maßnahmen zählen die Ausweitung des Finanzdienstleistungssektors, die energische Entwicklung eines modernen Logistikmanagements und Hightech-Dienstleistungen sowie die Standardisierung und Verbesserung der Praktiken bei Unternehmensdienstleistungen. Während des von dem Plan abgedeckten Zeitraums werden die im Bereich Energieeinsparungen tätigen Industriezweige und die Umweltschutzbranche in China den Projektionen zufolge mit einer Rate von 15-20% expandieren, und China wird voraussichtlich zum weltweit größten Markt für umweltverträgliche Technologien, Produkte und Dienstleistungen werden.
- **Verbrauch**: Schaffung von Anreizen zur Förderung eines nachhaltigen Verbrauchs (z.B. für den Erwerb von Produkten mit sparsamem Energie- bzw. Wasserverbrauch, umweltfreundlichen Kraftfahrzeugen und energieeffizienten Wohngebäuden mit sparsamem Flächenverbrauch, die Verringerung der Nutzung von Einwegprodukten sowie die Reduzierung des Erwerbs von übermäßig verpackten Produkten), Steigerung der Verfügbarkeit von Wiederverwertungsanlagen sowie Umsetzung von Verordnungen zum umweltfreundlichen öffentlichen Beschaffungswesen.

Der Plan enthält insgesamt acht „grüne" Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung, die unmittelbar mit der makroökonomischen und ökologischen Entwicklung zusammenhängen, u.a. eine Reduzierung des Energieverbrauchs (Kohle) je BIP-Einheit, des Wasserverbrauchs, des chemischen Sauerstoffbedarfs, der Schwefeldioxid-, Ammoniumstickstoff- und Stickoxidemissionen, der CO_2-Intensität sowie eine Steigerung des Anteils der aus nichtfossilen Energieträgern gewonnenen Energie am Primärenergieverbrauch und der Waldbedeckungsquote.

Kenias erste Schritte in Richtung einer grünen Wirtschaft

„Kenia ist der Ansicht, dass das Konzept der grünen Ökonomie kein Ersatz für eine nachhaltige Entwicklung ist, sondern eine Richtungsverlagerung mit Blick auf eine Zukunft, in der das Augenmerk dem Naturkapital sowie den Ökosystemleistungen gilt" (Präsident Mwai Kibaki, 2011).

„Auch Kenia hat sich zum Ziel gesetzt, den Übergang zu einer CO_2-armen, ressourceneffizienten grünen Wirtschaft des 21. Jahrhunderts mitzugestalten" (Premierminister Raila Amolo Odinga, 2011).

Kenias politische Führung glaubt daran, dass ein umweltfreundlicher Rahmen für die wirtschaftliche Entwicklung das Potenzial bietet, zugleich das Wachstum als auch die ökologische Nachhaltigkeit zu unterstützen, wie sich an diesen Erklärungen ablesen lässt, die anlässlich der 26. Tagung des Verwaltungsrats/Globalen Ministerforums Umwelt des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) im Jahr 2011 abgegeben wurden.

Diese Erklärungen haben den Wandel in den Umweltgovernance-Systemen des Landes wesentlich vorangetrieben und eine rasche Reaktion staatlicher und nichtstaatlicher Akteure gleichermaßen bewirkt, um den Ressourceneinsatz und den Verbrauch am Konzept einer grünen Ökonomie neu auszurichten.

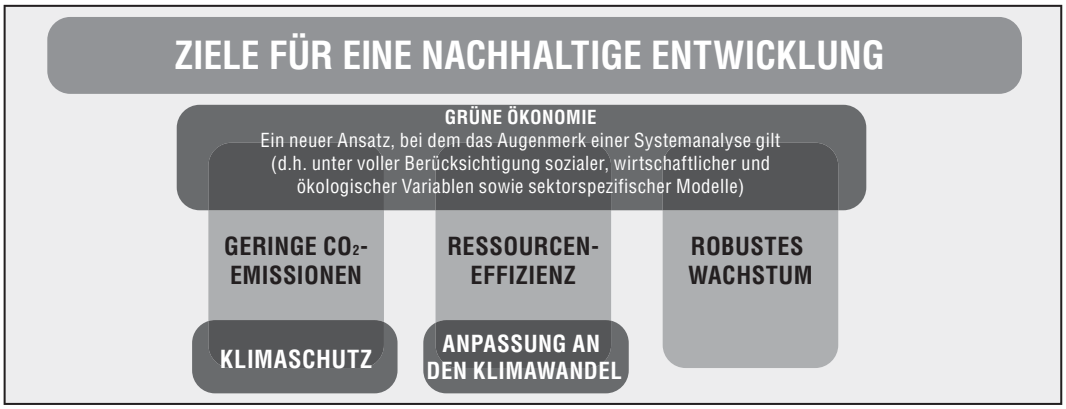
Kenias Programm für eine grüne Wirtschaft ist in seiner Verfassung verankert.

Infolgedessen bildet die umweltfreundliche, grüne Wirtschaft nunmehr die Grundlage für Kenias Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung, die als nationale Wertvorstellung in Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe d der kenianischen Verfassung von 2010 verankert ist (Government of Kenya, 2010). Tatsächlich war die Verfassung maßgeblich für den konzeptuellen Rahmen und den Prozess zur Ausarbeitung des kenianischen Programms für eine umweltfreundliche Wirtschaft. Besonders wichtig sind die Artikel, die das Recht der Menschen auf eine saubere und sichere Umwelt, auf eine gute Lebensqualität und auf die Teilhabe an der Governance betreffen – einschließlich der Konzipierung von Maßnahmen, Gesetzen und Entwicklungsprogrammen.

Das nationale Programm für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft wurde im Januar 2011 lanciert. Es stützt sich auf eine breite Beteiligung unter Leitung eines interinstitutionellen nationalen Lenkungsausschusses, der sich aus Vertretern der für Wasserressourcen, Energie, Umwelt, Infrastruktur, Verkehr, Forstwirtschaft, Jugend, Geschlechtergleichstellung, Kultur und Kinderangelegenheiten zuständigen Ministerien, des Verbands des privatwirtschaftlichen Sektors „Kenya Private Sector Alliance" sowie von Organisationen der Zivilgesellschaft zusammensetzt.

Bei der Konzipierung dieses Rahmens wurden, wie in Abbildung 11.2 dargestellt, die alten Wirtschaftsentwicklungsmodelle – die auf dem BIP als Messgröße für das Wachstum beruhten – mit einem neuen Modell verglichen, in dem soziale Aspekte der Entwicklung berücksichtigt sind.

Abbildung 11.2 **Rahmenkonzept für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft in Kenia**



Quelle: Green Economy Consultative Workshop, 15. Februar 2012, *www.unep.org/french/greeneconomy/Servicesconsultatifs/VersuneEconomieverteauKenya/tabid/101210/Default.aspx*.

Kenias Ziel einer Jahreswachstumsrate von 10% wird nur durch die nachhaltige Bewirtschaftung seiner Naturgüter realisiert werden können.

Entscheidende Maßnahmen auf Sektorebene

Im Grundkonzept für die nationale Entwicklung, Kenya Vision 2030, ist das Ziel einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 10% jährlich festgelegt[2]. Damit kann Kenia bis 2030 zu einem Land der mittleren Einkommensgruppe aufsteigen. Diese Wachstumsrate wird kontinuierlich durch das Schwinden der Naturressourcen wie Wasser, Energie und biologische Vielfalt gefährdet werden. Damit Kenia erfolgreich eine umweltfreundliche, grüne Wirtschaft aufbauen kann, werden die folgenden sektorbezogenen Maßnahmen daher von entscheidender Bedeutung sein:

Energie:

- Durchführung von Machbarkeitsstudien für erneuerbare Energietechnologien mit hohem Potenzial, z.B. Biomasse, die Energiegewinnung aus Abfall, Geothermie und Windkraft
- Stärkung des Zugangs zu Finanzierungen für erneuerbare Energien, u.a. durch die African Carbon Asset Development Facility
- Umsetzung des Energiegesetzes, zusammen mit Kapazitätsaufbau für Energiemanager, Anwendung der Energieeffizienzverordnung sowie Drängen auf Erreichung des Ziels, bis 2013 Geothermiekapazitäten im Umfang von 2 GW zu installieren

Umweltfreundliche Gebäude und nachhaltiger Wohnraum:

- Unterstützung geeigneter Bauzentren, u.a. durch die Sustainable Construction and Building Initiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen
- Konzipierung und Umsetzung einer nachhaltigen Bauordnung
- Schaffung eines Beirats für umweltverträgliches Bauen und Förderung der Vernetzung mit anderen Beiräten für umweltverträgliches Bauen

Tourismus:

- Aufbau einer Plattform für Akteure und Beteiligte

- Entwicklung einer Strategie für nachhaltigen Tourismus, einschließlich Fragen im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Klimawandels auf den Tourismus, wie sie die Arbeitsgruppe für einen nachhaltigen Tourismus im Rahmen des Marrakesch-Prozesses propagiert[3]

  Wasser:

- Zusammenarbeit mit anderen Ministerien bei der Erfassung des Ressourcenbestands und -verbrauchs, aufbauend auf den bisher entwickelten Systemen, insbesondere im Hinblick auf die Wiederherstellung aller Arten von Wassereinzugsgebieten und einheimischen Waldlandschaften wie den fünf „Wassertürmen" Kenias (d.h. dem Mau-Komplex, Mount Elgon, Mount Kenya, den Cherengani Hills und der Aberdare Range)

Darüber hinaus wird sich Kenia auf Ausbildungsmaßnahmen und den Kapazitätsaufbau in den Bereichen Umweltrechnungslegung und Evaluierung konzentrieren.

Kenia ist sich bewusst, dass der Klimawandel eine wesentliche Triebfeder für Veränderungen ist und Möglichkeiten für den Handel mit terrestrischem Kohlenstoff bietet, um Einnahmen zu Gunsten der Entwicklung zu erzielen. Im Rahmen von Programmen zur Kompensation von CO_2-Emissionen können ressourcenarme Gemeinden ferner die Baumzucht als Geschäftstätigkeit mit geringen Investitionskosten aufnehmen.

Herausforderungen und Lösungen

Die Entwicklung und Förderung einer umweltfreundlichen Wirtschaft in Kenia ist nicht frei von Herausforderungen gewesen. Eine der größten war die verfassungsrechtliche Vorschrift, während der Programmentwicklung öffentliche Konsultationen abzuhalten, was ein kostspieliger Prozess ist. Andere Herausforderungen, die bislang zu Tage traten, sind z.B. der Mangel an Koordinierung zwischen den zahlreichen Aktivitäten sowie das Fehlen klarer Vorgaben, was genau unter einer „grünen Wirtschaft" zu verstehen ist. Das Ministerium für Umwelt und Bodenschätze ist darum bemüht, eine Datenbank einzurichten, mit der Technologien und gute Praktiken in den 47 Bezirken (*counties*), die an der Verwirklichung der Ziele der grünen Ökonomie arbeiten, systematisch erfasst werden.

Der politische Wille auf der höchsten Ebene wird von ganz wesentlicher Bedeutung sein, um den Übergang zu einer umweltfreundlichen Wirtschaft in Kenia zu stützen. Ebenfalls grundlegend wird das Verständnis der Fragen im Zusammenhang mit der Schaffung und Stützung einer solchen Wirtschaft sein, einschließlich der empirischen Befunde für das Potenzial zur Lösung praktischer Herausforderungen im Zusammenhang mit knappen Umweltressourcen, sowie der Folgen für die Entwicklung, das Wachstum, die Beschäftigungsschaffung und die Beseitigung der Armut in Kenia.

Für Korea ist umweltverträgliches Wachstum eine ökonomische Notwendigkeit.

Umweltverträgliches Wachstum kurbelt Koreas Wirtschaft an

Im August 2008 erklärte der neu gewählte Präsident Lee Myung-bak in seiner Rede anlässlich des 60. Jahrestags Koreas das umweltverträgliche, grüne Wachstum für die kommenden sechzig Jahre zum Paradigma der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der modernen Republik. Seitdem ist die Konkretisierung und Förderung eines umweltverträglichen Wachstums zu einer der wichtigsten Prioritäten des Landes geworden. Im Wesentlichen ist umweltverträgliches Wachstum in Korea ein handlungsorientierter Ansatz zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung auf der Grundlage des Know-hows und der Erfahrungen, die im Rahmen der konzentrierten wirtschaftlichen Entwicklung des Landes selbst gewonnen wurden.

Koreas nationale Vision und Strategie für ein umweltverträgliches, grünes Wachstum ist gewissermaßen aus der Not geboren, da die Erträge aus dem Wachstumsmodell, das der koreanischen Halbinsel in den sechzig vorangegangenen Jahren nahezu märchenhaft hohe Wachstumsraten beschert hatte, rasch zu sinken begonnen hatten. Tatsächlich waren seit Anfang der 1990er Jahre, als keine angemessenen neuen Arbeitsplätze mehr geschaffen werden konnten, neue Wachstumsmotoren notwendig geworden.

Koreas Mangel an Energieversorgungssicherheit deutete ebenfalls darauf hin, dass umweltverträgliches Wachstum ein sinnvolles Entwicklungsparadigma sein könnte. Korea ist der sechstgrößte Erdölimporteur der Welt; dennoch liegt die Energieeffizienz des Landes unter dem OECD-Durchschnitt (UNEP, 2010). Gleichzeitig sind die globale Erwärmung sowie Umweltbelastungen im Inland auf Grund der raschen Industrialisierung und Urbanisierung Probleme, die Korea mit vielen anderen Ländern gemein hat.

All dies macht das Konzept des umweltverträglichen, grünen Wachstums zu einer tragfähigen nationalen Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, wobei Politikmaßnahmen umgesetzt werden, die den derzeitigen und künftigen Bedarf mit politischer Entschlossenheit und Verpflichtung verbinden. Wie Präsident Lee Myeng-bak erklärte: „Umweltverträgliches Wachstum bedeutet, nachhaltiges Wachstum durch Verringerung der Treibhausgasemissionen und der Umweltdegradation zu erzielen. Es stellt ein neues nationales Entwicklungsparadigma dar, das neue Wachstumsmotoren und neue Arbeitsplätze aus umweltverträglichen Technologien und sauberen Energien zu schaffen versucht“ (Myung-bak, 2008).

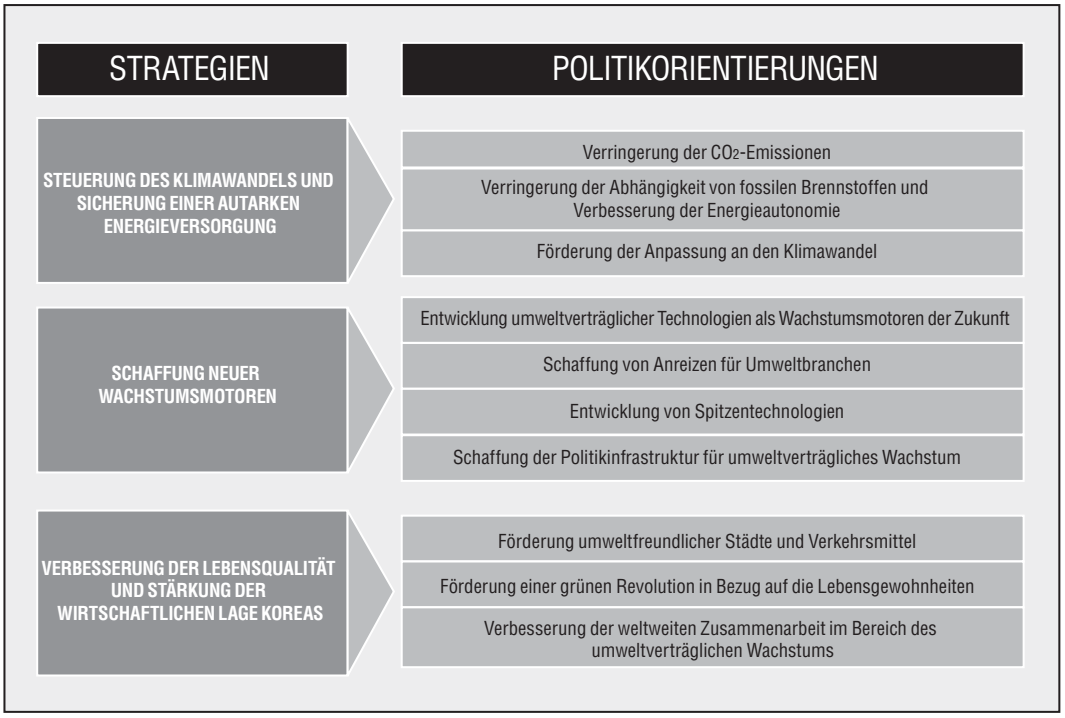
Koreas Entscheidung für den Begriff „grünes Wachstum“ anstelle von „grüne Wirtschaft“ soll die Synergien hervorheben, die das Land zwischen seinen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Wachstumszielen anstrebt. Diese Synergien werden Einkommenssteigerungen und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern, einen Beitrag zur Armutsminderung leisten und die Lebensqualität verbessern sowie das Sozialgefüge stärken. Diese Philosophie wurde in Koreas nationaler Strategie für ein grünes Wachstum verankert, in der drei entscheidende Strategien und zehn Politikorientierungen identifiziert wurden (Abb. 11.3).

Der sektorübergreifende Charakter der Politikmaßnahmen Koreas zu Gunsten eines umweltverträglichen, grünen Wachstums setzt einen ganzheitlichen Ansatz voraus. Das Rahmengesetz des Landes über ein CO_2-armes grünes Wachstum bietet die rechtliche Grundlage für die Entwicklung und Überwachung der nationalen Strategie für nachhaltiges Wachstum. Der Fünfjahresplan für grünes Wachstum (2009-2013) ist das Grundkonzept für das staatliche Handeln (Tabelle 11.1).

Da umweltverträgliches Wachstum einen breiten Wandel erfordert, ist die koreanische Strategie als nationale Wachstumsagenda ausgerichtet und nicht nur als sektorbezogene Agenda. Die Umsetzungsplanung beinhaltet folgende Punkte: Festlegung konkreter nationaler Ziele für umweltverträgliches Wachstum, Schaffung entwicklungsförderlicher Rahmenbedingungen, namentlich nachfrage- und angebotsseitige Politikmaßnahmen, Errichtung eines robusten rechtlichen und institutionellen Rahmens für die Umsetzung sowie regelmäßige Messung und Evaluierung der Fortschritte.

Zu den Zielen Koreas für die Verringerung der Treibhausgasemissionen, die nach Konsultation der verschiedenen beteiligten Parteien festgelegt wurden, zählt die freiwillige Senkung der CO_2-Emissionen um 30% bis zum Jahr 2020, wie auf der Klimakonferenz in Kopenhagen (COP15) 2009 angekündigt. Korea ist ferner bestrebt, bis 2050 zu 100% unabhängig von Energieimporten zu sein. Um dies zu erreichen, soll das erneuerbare Energieaufkommen des Landes bis 2030 vervierfacht werden. Um günstige Rahmenbedingungen für ein umweltverträgliches Wachstum zu schaffen, sind nachfrage- und angebotsseitige Maßnahmen ergriffen worden, einschließlich der Festsetzung eines Preises für CO_2-Emissionen sowie der Festlegung von Regeln und Normen.

Abbildung 11.3 **Koreas Fünfjahresstrategie für grünes Wachstum: Drei Strategien und zehn Politikorientierungen**



Quelle: Nach Präsidialausschuss für grünes Wachstum.

Tabelle 11.1 **Rahmen für die Umsetzung der koreanischen Strategie für umweltverträgliches Wachstum**

Element	Maßnahme	Datum
Vision	Der Präsident verkündet die Vision des Landes, die die Entwicklung während der kommenden 50 Jahre orientieren wird: „Geringe CO_2-Emissionen/Umweltverträgliches Wachstum“	September 2008
	Ankündigung der Nationalen Strategie für umweltverträgliches Wachstum bis 2050	Juli 2009
Institutioneller Rahmen	Einrichtung des Präsidialausschusses für grünes Wachstum und seines Sekretariats	Januar 2009
	Schaffung lokaler Ausschüsse für umweltverträgliches Wachstum in allen 16 Metropolregionen und Provinzen	November 2009
	Beginn der monatlichen Tagungen über die Evaluierung der Umsetzung unter dem Vorsitz des Premierministers	September 2011
Mittelfristiger Plan	Lancierung des Fünfjahresplans für umweltverträgliches Wachstum (2009-2013)	Juli 2009
Emissions-minderungsziel	Ankündigung einer Zielvorgabe für die Verringerung der Treibhausgasemissionen um 30% im Vergleich zum Szenario bei gleichbleibender Politik bis 2020	November 2010
	Festlegung von Emissionsminderungszielen nach Sektor und Branche	Juli 2011
Rechtsgrundlage	Verabschiedung des Rahmengesetzes über das CO_2-arme umweltverträgliche Wachstum	Januar 2010
	Verabschiedung des Gesetzes zur Einführung eines Emissionshandelssystems im Jahr 2015	Mai 2012

Quelle: Präsidialausschuss für grünes Wachstum.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700314

Von der Strategie zur Umsetzung

Damit eine Strategie erfolgreich sein kann, kommt es jedoch entscheidend auf die Umsetzung an. Das koreanische Rahmengesetz für CO_2-armes grünes Wachstum ist ein wesentlicher Schritt in diese Richtung. Um Konsistenz zu gewährleisten, richtete die Regierung darüber hinaus den Präsidialausschuss für grünes Wachstum ein, um die Politikmaßnahmen im Bereich des umweltverträglichen Wachstums zu planen, zu koordinieren und zu evaluieren. In Anerkennung der Bedeutung der Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten innerhalb und außerhalb der Regierung sind die Strategien für grünes Wachstum in enger Partnerschaft mit den nachgeordneten Gebietskörperschaften und anderen Beteiligten, einschließlich NRO und Unternehmen, umgesetzt worden.

Korea wird 2% seines BIP jährlich in sein umweltverträgliches Wachstum investieren.

Und schließlich wird ein ohne Finanzmittel ausgestatteter Plan nichts erreichen. Die koreanische Regierung hat zugesagt, im Zeitraum 2009-2013 2% des jährlichen BIP des Landes (insgesamt 90 Mrd. US-$) zu investieren, um private Investitionen in Umweltbereichen als zentralen Wachstumsmotor zu mobilisieren.

Vom Entwicklungsland zum „grünen" Geber

Korea wurde 2010 Mitglied des Entwicklungsausschusses der OECD und brachte wertvolle Erkenntnisse aus seiner eigenen erfolgreichen Transformation von einem der am wenigsten entwickelten Länder der Welt zu einem Geberland mit. Korea hat nunmehr begonnen, eine Reihe von Initiativen umzusetzen, um umweltverträgliches Wachstum systematisch in alle Bereiche seiner Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen. Diese konzentriert sich auf zweierlei Arten von Partnerschaft mit den Entwicklungsländern: finanzielle Zuwendungen und Technische Zusammenarbeit. Korea beabsichtigt, seine öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA) von 0,1% des Bruttonationaleinkommens (BNE) im Jahr 2009 auf 0,25% des BNE im Jahr 2015 aufzustocken; darüber hinaus wird das Land seinen Anteil an umweltbezogener ODA von 12,4% im Jahr 2009 auf 30% im Jahr 2020 ausweiten (Kasten 11.1).

Kasten 11.1 **Koreas umweltbezogene ODA und weltweite Entwicklungsinitiativen**

Die ODA umweltfreundlicher zu gestalten, ist eines der wichtigsten Vorhaben Koreas. Zu diesem Zweck lancierte die Regierung 2008 die mit 200 Mio. US-$ dotierte Initiative „East Asia Climate Partnership" (EACP) für den Fünfjahreszeitraum 2008-2012. Die EACP umfasst 29 Projekte in fünf Bereichen des umweltverträglichen Wachstums: Wasserbewirtschaftung, CO_2-arme Energie, CO_2-arme Städte, Abfallbehandlung sowie Aufforstung und Biomasse. Durch die EACP stieg der Anteil der umweltbezogenen ODA Koreas von 11,3% der gesamten bilateralen ODA-Leistungen im Jahr 2007 auf 13,6% im Jahr 2010. Korea hat ferner seine Beiträge an verschiedene umweltbezogene multilaterale Fonds erhöht.

Im Hinblick auf die Technische Zusammenarbeit war Korea im Jahr 2010 bei der Errichtung des Global Green Growth Institute (GGGI) federführend. Dieses Forschungszentrum verbreitet Wissen über empfehlenswerte Praktiken im Zusammenhang mit umweltverträglichem Wachstum und unterstützt Entwicklungsländer bei der Konzipierung von Modellen zur Förderung umweltverträglichen Wachstums, die wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklungsziele berücksichtigen. Bisher hat die Organisation Australien, Dänemark, Japan und die Vereinigten Arabischen Emirate als wichtige Geber gewonnen und an der Planung umweltverträglichen Wachstums in Entwicklungsländern wie Brasilien, Kambodscha, Äthiopien, Indonesien, Kasachstan, der Mongolei, den Philippinen und Thailand gearbeitet. Korea beabsichtigt, das GGGI zu einer auf Verträgen beruhenden internationalen Organisation zu machen.

Um umweltverträgliches Wachstum auf globaler Ebene zu unterstützen, ist die Förderung der weltweiten Zusammenarbeit einer der zehn wichtigsten Politikbereiche der Strategie Koreas für umweltverträgliches Wachstum. Als Korea 2010 den Vorsitz der G20 führte, schlug das Land vor, die Entwicklungszusammenarbeit in die Agenda der G20 zu integrieren, und spielte eine führende Rolle bei der Verabschiedung des Entwicklungskonsenses für gemeinsames Wachstum („Seoul Development Consensus for Shared Growth") sowie des mehrjährigen Aktionsplans für Entwicklung („Multi-Year Action Plan on Development"). Korea wird seine Arbeit zur systematischen Berücksichtigung umweltverträglichen Wachstums in allen Bereichen als zentrale Agenda für die Entwicklungszusammenarbeit der G20 sowie in anderen Foren der Entwicklungszusammenarbeit fortsetzen, was das feste Engagement des Landes für die systematische Berücksichtigung umweltverträglichen Wachstums in die weltweite Zusammenarbeit zeigt, ebenso wie seine Entschlossenheit, als globaler Partner bei der optimalen Nutzung der enormen Chancen zu agieren, die von umweltverträglichem Wachstum geboten werden.

Der Weg in die Zukunft

Es herrscht weithin Einvernehmen darüber, dass es keine Standardformel für umweltverträgliches Wachstum gibt, die sich auf alle Nationen anwenden lässt. Unterschiedliche Politikinstrumente und -ziele werden unterschiedliche Effekte und Rückwirkungen haben, die von der wirtschaftlichen Lage und dem Kontext der Länder abhängig sind, und die einzelnen Länder werden jeweils ihren eigenen Weg zu einem umweltverträglichen Wachstum wählen, um eine nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen.

Die drei oben vorgestellten Fälle bieten inspirierende Beispiele für umweltverträgliches Wachstum in Aktion sowie für umweltbezogene Zukunftsvisionen. Sie bringen viele interessante Ideen ein, aus denen andere Länder, und nicht nur Entwicklungsländer, auswählen können, wenn sie ihren eigenen Weg des umweltverträglichen Wachstums zur nachhaltigen Entwicklung erwägen.

- Eine umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung wird als Notwendigkeit für Chinas langfristiges Wachstum angesehen und ist mit enormen praktischen Chancen für das Land verbunden, seine Ziele im Bereich der nachhaltigen Entwicklung zu erreichen. Zusammen mit gleichgesinnten Ländern auf der ganzen Welt hat sich China verpflichtet, diesen Weg weiterzugehen und die Herausforderungen zu bewältigen sowie sicherzustellen, dass dieses Entwicklungsparadigma seiner ganzen Bevölkerung zugute kommt.
- Kenias nationales Programm für eine grüne Wirtschaft befindet sich zurzeit noch in der Formulierungsphase, das Land ist jedoch fest entschlossen, eine umweltfreundliche Wirtschaft als Weg zur Erreichung der im Grundkonzept für die nationale Entwicklung, Kenya Vision 2030, ausgedrückten Ziele umzusetzen. Staatliche und nichtstaatliche Akteure, insbesondere der private Sektor, übernehmen bereits heute Technologien und Innovationen, die die Effizienz des Ressourceneinsatzes, die Schaffung „grüner Arbeitsplätze" sowie den Umweltschutz durch Senkung des Abfallaufkommens fördern.
- Korea glaubt, dass der Übergang zu einem umweltverträglichen Wachstum das Potenzial bietet, neue Chancen in Bereichen wie Armutsbekämpfung, Beschäftigungsschaffung, Umweltsanierung sowie Aufbau einer gerechteren Gesellschaft zu schaffen. Das Land beabsichtigt, dies durch eine ressourceneffizientere und katastrophenfestere Infrastruktur für seine Bevölkerung, die Entwicklung produktiver und klimabeständiger Lebensgrundlagen, die Reduzierung von durch Umweltdegradation bedingten Gesundheitsschäden sowie die Ausweitung des Zugangs zu kostengünstigerer Energie umzusetzen.

Kontext und Herausforderungen dieser drei Länder nehmen sich zwar jeweils unterschiedlich aus, es gibt jedoch einige gemeinsame Faktoren, auf denen die Stärke ihrer Initiativen für umweltverträgliches Wachstum beruht. Dazu gehören: 1. der politische Wille auf höchster Ebene, das Wachstum umweltverträglicher zu gestalten, und 2. die Entwicklung nationaler Rahmen für umweltverträgliches Wachstum, einschließlich einer klaren Vision, die sich auf rechtliche Grundlagen, gut strukturierte Pläne, Institutionen zur Koordinierung und Kontrolle der Umsetzung, messbare Zielvorgaben sowie Finanzierungszusagen stützt.

Anmerkungen

1. Autorenteam: Shen Xiaoyue, Leiterin der Abteilung Umweltpolitik, Forschungsstelle für Umwelt und Wirtschaft, Ministerium für Umweltschutz; Jia Lei, Forschungsassistent, Forschungsstelle für Umwelt und Wirtschaft, Ministerium für Umweltschutz, China.
2. Wegen weiterer Informationen vgl. *www.vision2030.go.ke*.
3. Wegen weiterer Informationen vgl. *www.unep.fr/scp/marrakech/taskforces/tourism.htm*.

Literaturverzeichnis

Chinese Academy of Social Sciences (2010), *Low Carbon Development and Green Employment Research of China*, Institute for Urban and Environmental Studies, Beijing.

Government of Kenya (2010), *Constitution of Kenya 2010*, Government of Kenya, Nairobi.

H.E. Hon. Mwai Kibaki (2011), Rede anlässlich der offiziellen Eröffnung der 26. Tagung des UNEP-Verwaltungsrats/Globalen Ministerforums Umwelt, United Nations Complex, Nairobi, Kenia, *www.unep.org/gc/gc26/in_Statements.asp*.

Myung-bak, Lee (2008), Ansprache zum 63. Jahrestag der nationalen Befreiung und zum 60. Jahrestag der Gründung der Republik Korea, *http://english.president.go.kr/pre_ activity/speeches/speeches_view.php?uno=270&board_no=E03&search_key=&search_value=&search_cate_ code=&cur_page_no=15*.

R.T. Hon. Raila, Amolo Odinga (2011), Rede anlässlich der 26. Tagung des UNEP-Verwaltungsrats/Globalen Ministerforums Umwelt, Nairobi, 22. Februar 2011, *www.primeminister.go.ke/docs/Global%20governing%20council.pdf*.

UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) (2010), *Overview of Korea's National Strategy for Green Growth*, UNEP, Nairobi, *www.unep.org/PDF/PressReleases/201004_unep_national_strategy.pdf*.

Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2012
Nachhaltigkeit und Entwicklung verbinden
© OECD 2013

TEIL III

Kapitel 12

Der Privatsektor als Triebfeder für umweltverträgliches Wachstum

von
Jeff Seabright
Leitender Umweltbeauftragter bei Coca-Cola

Im Unternehmensbereich findet eine Revolution statt: Soziales und umweltpolitisches Engagement sind für viele führende Unternehmen weltweit nicht mehr nur eine Frage der Einhaltung von Vorschriften und der Ressourceneffizienz, sondern es geht vielmehr darum, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. In diesem Kapitel beschreibt der Autor eine Zukunftsvision, in der die Wirtschaft, der Staat und die Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, wobei sich jeder auf seine Stärken konzentriert, um Ziele zu verwirklichen, die nur gemeinsam erreicht werden können. Er gibt viele Beispiele für solche Partnerschaften, namentlich die Water and Development Alliance (WADA) zwischen dem Unternehmen Coca-Cola und der Internationalen Entwicklungsbehörde der Vereinigten Staaten (USAID), von der weltweit mehr als eine halbe Million Menschen profitieren. Dem Unternehmenssektor stehen verschiedene umweltverträgliche Lösungen offen: systematische Integration der Ressourceneffizienz in die Geschäftsabläufe, angemessene Bewertung des Naturkapitals und Mobilisierung von öffentlichen Mitteln durch Mittel des privaten Sektors, um einen Multiplikatoreffekt zu erzielen. Der freie Austausch von kreativem Wissen und Fachkenntnissen durch Partnerschaften ist eine entscheidende Antriebskraft für die sozialen und ökologischen Veränderungen, die erforderlich sind, um eine dynamische und erfolgreiche Zukunft zu sichern.

Der Privatsektor steht heute – vielleicht mehr als je zuvor – wahrscheinlich im Begriff, eine wirkliche Antriebskraft für nachhaltige Entwicklungslösungen zu werden.

Heute stammen 80% der Leistungen der Vereinigten Staaten an die Entwicklungsländer aus privaten Quellen, was eine dramatische Verschiebung der Entwicklungslandschaft darstellt.

Die Landschaft der Entwicklungszusammenarbeit hat sich seit den 1960er Jahren dramatisch verändert, da die Bedeutung des Privatsektors erheblich gestiegen ist. In diesem früher von staatlichen Stellen beherrschten Bereich spielen führende Privatunternehmen eine immer wichtigere Rolle. Vor dreißig Jahren wurden 70% der Leistungen der Vereinigten Staaten an die Entwicklungsländer in Form öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) vergeben. Heute stammen 80% dieser Leistungen aus privaten Quellen, was die zunehmende Bedeutung des Privatsektors im Entwicklungsprozess unterstreicht (USAID, 2007). Die wachsende Bedeutung der Privatunternehmen zeigt sich auch in der zunehmenden Anzahl von Gruppen, die – wie das World Environment Centre – Unternehmen, NRO, Regierungen und andere wichtige Akteure zusammenbringen, um Nachhaltigkeit und Leistungsqualität in vielen Bereichen zu stärken.

Aus Nachhaltigkeit ergeben sich Chancen

„Ohne das Engagement des Privatsektors werden wir unsere Ziele nicht erreichen. Die Unternehmenslogik hat sich ebenfalls dramatisch verändert … Immer mehr Unternehmensleiter erkennen, dass Prinzipien und Gewinne Hand in Hand gehen" (VN-Generalsekretär Ban Ki-moon, 2010).

In dem wegweisenden Buch mit dem Titel „*Green to Gold – How Smart Companies Use Environmental Strategy to Innovate, Create Value, and Build Competitive Advantage*" (Esty und Wilson, 2009) stellt Dan Esty fest, dass im Bereich des ökologischen Fortschritts eine Revolution stattfindet, die sich darin zeigt, dass die Hauptrolle von den Regierungen auf den Privatsektor übergeht. Führende Unternehmen verbessern ihre Wettbewerbsfähigkeit erheblich, indem sie umweltverträgliches Wachstum erzielen und bahnbrechende Technologien und Geschäftsmodelle entwickeln.

Esty zufolge gehört der Zugang zu natürlichen Ressourcen, niedrigen Arbeitskosten und Kapital in einer globalisierten Welt nicht mehr zu den Hauptantriebskräften für Wettbewerbsvorteile, da diese Faktoren heute für alle verfügbar sind. Die Unternehmen müssen deshalb neue Wege suchen, um sich zu differenzieren. Die Unternehmen können sich vor allem durch Innovation, die Integration der Nachhaltigkeit in die Lieferketten und Anreize für besseres Konsumentenverhalten von der Konkurrenz absetzen und differenzieren.

Die Unternehmen setzen sich für umweltverträgliche Entwicklung ein, um Wettbewerbsvorteile zu gewinnen, und nicht nur, um Vorschriften einzuhalten.

In unserem Geschäftsbereich zeigt sich diese Verlagerung von einer vorschriftenorientierten zu einer chancenorientierten Einstellung bei unseren Lieferanten und Kunden sowie

bei den Konsumenten unserer Produkte. Dies führt zu einem grundlegenden Wandel. Während Unternehmen in zunehmendem Ausmaß dazu beitragen, nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale und gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen, verbessern die Regierungen die Rahmenbedingungen für weiteres Wachstum. In den letzten fünf Jahren haben 85% der Länder weltweit Maßnahmen ergriffen, um die Unternehmenstätigkeit zu erleichtern (Weltbank, 2011). Mit zunehmendem Wachstum müssen die Unternehmen jedoch auch verstärkt die Prinzipien der Nachhaltigkeit berücksichtigen. Der wachsende Einfluss, den Unternehmen über ihre Marken, Produkte und Dienstleistungen hinaus auf die Entwicklung und das allgemeine gesellschaftliche Wohlergehen ausüben, verdeutlicht die Bedeutung der Privatwirtschaft für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung. Die führenden Unternehmen setzen sich nicht länger nur aus Gründen der Compliance und der Ressourceneffizienz für umweltverträgliche Entwicklung ein, sondern sie verfolgen dabei das Ziel, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Das Konzept, Wettbewerbsvorteile durch nachhaltige Entwicklung zu gewinnen, verwischt die klare Linie, die in der Vergangenheit Philanthropie und Geschäftsinteressen voneinander trennte. Michael Porter verdeutlicht dies sehr anschaulich in seinem Artikel im Harvard Business Review: „Wenn ein gut geführtes Unternehmen seine enormen Ressourcen, Fachkenntnisse und Managementfertigkeiten nutzt, um Probleme zu lösen, mit denen es vertraut ist und von denen es selbst betroffen ist, kann es größere soziale Verbesserungen bewirken als jede andere Institution oder Wohltätigkeitsorganisation“ (Porter und Kramer, 2006, S. 92). In dem Maß, in dem führende Unternehmen neue Modelle sozialer Investitionen integrieren, die traditionelle Geschäftspraktiken aufgreifen – Fokussierung auf Kunden-/Lieferantenbeziehungen, Netzwerke und Marktkompetenz – verwirklichen sie das Konzept der gemeinsamen Wertschöpfung. Dabei geht es darum, hohe wirtschaftliche Renditen zu erzielen und gleichzeitig Werte für die Gesellschaft zu schaffen, indem soziale Bedürfnisse und Herausforderungen angegangen werden (Porter und Kramer, 2011). Weiter unten erörtern wir, wie sich dies auf die Ressourceneffizienz von Unternehmen und ganzen Wertschöpfungsketten auswirkt, indem die Nutzung von Naturkapital bezahlt und verbucht wird und indem die Kräfte von Partnerschaften freigesetzt werden.

Ressourceneffizienz

Heute werden in den Geschäftsabläufen, in der Produktion und in den Einzelhandelsgeschäften innovative Technologien entwickelt, um Ressourcen einzusparen. Ob es sich um bewegungsempfindliche Beleuchtungssysteme handelt oder um Systeme, die den Wasserverbrauch reduzieren, Unternehmen nehmen bei der Förderung einer umweltfreundlichen, grünen Wirtschaft eine Führungsrolle ein (Kasten 12.1). Die innerbetriebliche Ressourceneffizienz ist nicht nur eine Frage der Einhaltung von nationalen oder internationalen Standards, sondern hat darüber hinaus Auswirkungen auf den erzielten Gewinn. Energie-, Wasser- und Rohstoffeinsparungen bedeuten niedrigere Betriebskosten und folglich höhere Gewinne. Unternehmen, und heute auch Staaten[1], betrachten die Frage der Ressourceneffizienz aus dem Blickwinkel des Risikos, wobei die Ressourceneffizienz einen Mehrwert bedeutet, der durch die Vermeidung von Ressourcenverlust erreicht wird.

Neue Systeme und effiziente Technologien dieser Art reduzieren den Energieverbrauch der Unternehmen und geben Anreize für Verbesserungen in allen Geschäftsbereichen. Darüber hinaus bieten Unternehmen, die zu einem effizienteren Ressourcenmanagement übergehen, weltweit für ihre Beschäftigten Schulungen an, was zu einer Verbreitung von Fähigkeiten und Kenntnissen führt. Indem sie eine Führungsrolle einnehmen und ihre eigenen Erkenntnisse umsetzen, verbreiten diese Unternehmen weltweit eine Kultur größerer Ressourceneffizienz.

Kasten 12.1 **Unternehmensbeispiele für die Einsparung von Ressourcen und Geld**

Von 2000-2010 hat der Autohersteller Ford den Wasserverbrauch weltweit um etwa 40 Milliarden Liter – 62% seines Wasserverbrauchs insgesamt – reduziert. Diese Reduzierung wurde teilweise durch den Einsatz von Minimalmengenschmierung, auch bekannt als Trockenbearbeitung, in mehreren Motorenfabriken weltweit erreicht*. Das Unternehmen erwartet, die für die Herstellung eines Fahrzeugs benötigte Wassermenge bis 2015 von dem Niveau des Jahres 2000 in Höhe von 9,5 m^3 auf etwa 3,5 m^3 senken zu können (Ford, 2012).

Im Einzelhandel ist die Beleuchtung für etwa 70% des Energieverbrauchs verantwortlich. Levi Strauss maximiert die Effizienz des Ressourceneinsatzes durch die Installation hocheffizienter Leuchtsysteme in seinen Einzelhandelsgeschäften, was es dem Unternehmen ermöglicht, die Einnahmen zu erhöhen und gleichzeitig die Energiebilanz zu verbessern. Die neuen Beleuchtungsvorrichtungen dürften den für die Beleuchtung erforderlichen Gesamtenergieverbrauch um 30-50% reduzieren, und weil durch diese Leuchtsysteme darüber hinaus im Sommer der Kühlungsbedarf verringert wird, können Gesamtenergieeinsparungen von bis zu 40% erreicht werden.

* Bei der Minimalmengenschmierung wird das Schneidewerkzeug im Gegensatz zu herkömmlichen Methoden, die Millionen Liter an Metallbearbeitungsflüssigkeiten erfordern, um die Schneidewerkzeuge zu kühlen und zu schmieren und Metallspäne von den Maschinen zu entfernen, mit einer sehr geringen Menge Öl geschmiert.

Da die Lieferketten die ganze Welt umspannen, können gute Praktiken bei der Beschaffung und Verarbeitung erhebliche Auswirkungen haben.

Nachhaltige Wertschöpfungsketten

Wenn in der gesamten Wertschöpfungskette eines Unternehmens Verfahren zur Einsparung von Ressourcen eingesetzt werden, gehen sie über die Geschäftstätigkeit des Unternehmens hinaus und erfassen die gesamte Lieferkette. Im heutigen Wirtschaftsumfeld kann sich die Lieferkette eines Unternehmens von einem ländlichen Agrarbetrieb in Brasilien bis zu einem Zulieferer in einer semiurbanen Region in China erstrecken. Durch die Entwicklung gemeinsamer Modelle übertragen die führenden Unternehmen den Imperativ eines umweltverträglichen Wachstums über ihre eigene Geschäftstätigkeit hinaus auch auf ihre Lieferketten und Kunden sowie auf die Konsumenten ihrer Produkte, was dazu führt, dass täglich Milliarden von Menschen davon erfasst werden.

Die Ausweitung der Verfahren des Ressourcenmanagements auf die Lieferkette eines Unternehmens kann ebenfalls weltweite Auswirkungen haben. Die Unternehmen schließen sich immer häufiger zusammen, um Standards und Verpflichtungen in Bezug auf die Beschaffung innerhalb der Lieferkette festzulegen und so einen kritischen Punkt zu erreichen, der die Zulieferer zwingt, diese neue und steigende Nachfrage nach „grünen" Gütern zu befriedigen.

Die Wertschöpfungskette geht zudem über nachhaltige Beschaffung hinaus und erfasst, was Ernst & Young „die dritte Milliarde" nennt: Frauen[2]. Frauen stellen den dynamischsten aufstrebenden Markt dar, da sie mehr Unternehmen gründen als Männer und dadurch zum sozialen Gefüge der Entwicklung beitragen. Bei Coca-Cola arbeiten wir über unsere „5 BY 20"-Initiative mit Unternehmerinnen zusammen. Dabei nutzen wir unsere Wertschöpfungskette, um bis 2020 fünf Millionen Unternehmerinnen zu befähigen, am Franchise-System von Coca-Cola teilzunehmen, indem wir ihnen Zugang zu Finanzierung, kaufmännischen Kompetenzen, Mentoren und Unternehmensnetzwerken bieten. Indem wir mehr Frauen in die Lage versetzen, ihr Potenzial auszuschöpfen, leisten wir einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung, unterstützen wir Familien, stärken wir Gemeinwesen und inspirieren wir andere, diesem Beispiel zu folgen.

Kasten 12.2 **Ausbreitung der Nachhaltigkeit über die weltweiten Wertschöpfungsketten**

Das Consumer Goods Forum (das 400 global tätige Konsumgüterhersteller zusammenführt) hat sich 2009 verpflichtet, die Netto-Abholzung bis 2020 auf null zu senken. Dieses ehrgeizige Ziel wird erreicht durch die nachhaltige Beschaffung wichtiger Rohstoffe, die sonst zur Vernichtung von Waldbeständen beitragen könnten, namentlich Palmöl, Soja, Rindfleisch, Bauholz und Holzfaser. Um die Vision „Verbesserung der Lebensbedingungen durch Verbesserung der Geschäftspraktiken" umzusetzen, haben die an dem Forum beteiligten Hersteller gemeinsame Standpunkte zu wichtigen strategischen und operationellen Fragen entwickelt, in denen empfehlenswerte Praktiken für die gesamte Wertschöpfungskette festgelegt werden. Auf Grund des Gewichts und des Gesamtumsatzes (mehr als 2,8 Bill. US-$) der führenden Unternehmen, die hinter dieser Initiative stehen, wird der Wandel tiefgreifend sein (CGF, 2010).

BONSUCRO (ehemals bekannt unter dem Namen *Better Sugar Cane Initiative*) bietet der Industrie eine gemeinsame Plattform für Fortschritte auf dem Gebiet der nachhaltigen Produktion und Beschaffung im Zuckersektor. BONSUCRO dient NRO, Regierungen und Unternehmen – darunter Coca-Cola – als Forum für einen konstruktiven Dialog mit dem Ziel, praktikable und überprüfbare leistungsorientierte Messgrößen und Referenzwerte für die Produktion und Erstverarbeitung von Zuckerrohr zu definieren und zu entwickeln und Anreize für deren Annahme und Umsetzung zu schaffen. Dadurch fördern Unternehmen, die in ihren Produkten Zucker verwenden, weltweit eine nachhaltigere Zuckerbeschaffung. Langfristig investieren sie in ihren zukünftigen Ressourcenbedarf*.

* Vgl. die Website von Bonsucro, *www.bonsucro.com*.

Bewertung des Naturkapitals

Einige Unternehmen gehen über die systematische Einbeziehung der Ressourceneffizienz in ihre Geschäftstätigkeit hinaus und versuchen, die Bewertung der natürlichen Ressourcen in ihre Buchführungszyklen und -systeme zu integrieren (Kasten 12.3). Der zukunftsweisende Ansatz der Zahlungen für Umweltleistungen zielt darauf ab, die von gesunden Ökosystemen erbrachten Leistungen zu bezahlen und ihnen einen Marktwert zuzuweisen (vgl. Kapitel 10). Der europäische CO_2-Markt ist ein erfolgreiches Beispiel dafür, wie Naturkapital durch den Handel mit CO_2-Gutschriften in das herkömmliche Rechnungswesen integriert werden kann. Wenn ein Unternehmen beginnt, den Wert der Ökosystemleistungen zu beurteilen und in den eigenen Finanzentscheidungen zu berücksichtigen, stärkt es seine Wettbewerbsfähigkeit.

Kasten 12.3 **Bezahlung und Verbuchung von Naturkapital**

FEMSA, das größte Getränkeunternehmen Lateinamerikas und der größte Abfüller von Coca-Cola, investiert in den Wert der natürlichen Ressourcen. 2008 gründete FEMSA in Partnerschaft mit der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) den AquaFund, ein gutes Beispiel für die Art von progressivem Denken, das erforderlich ist, um die Vision der gemeinsamen Wertschöpfung umzusetzen. Der Fonds investiert in vorgelagerte Umweltleistungen, namentlich ländliche Wasserinfrastruktur, Abwasserbehandlung und Bewirtschaftung der Wasserressourcen, um sowohl für die lokale Bevölkerung als auch für den kommerziellen Einsatz eine ausreichende Wasserqualität und -quantität zu sichern. Der AquaFund hat 20 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 11 Mio. US-$ an verschiedene Länder vergeben, um ihnen zu helfen, Wasserinfrastrukturprojekte im Wert von 1 Mrd. US-$ vorzubereiten und deren Finanzierung durch die IDB und bilaterale Geber zu sichern*.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

PUMA, ein führendes Sportartikel- und Lifestyle-Unternehmen, hat eine ökologische Gewinn- und Verlustrechnung eingeführt. Diese GuV-Rechnung verdeutlicht die Umweltauswirkungen von Treibhausgasemissionen, Wasserverbrauch, Flächennutzung, Luftverschmutzung und Abfallaufkommen in PUMAs gesamter Lieferkette. Die in Partnerschaft mit PricewaterhouseCoopers entwickelte Analyse ergibt für 2020 Gesamtauswirkungen in Höhe von 94,4 Mio. Euro, wobei auf Treibhausgase 47 Mio. Euro und auf Wasser 47,4 Mio. Euro entfallen. Die Identifizierung der wichtigsten Umweltauswirkungen wird PUMA in die Lage versetzen, Lösungen für diese Fragen zu entwickeln und dadurch sowohl die Geschäftsrisiken als auch die Umweltfolgen so weit wie möglich zu reduzieren. Die PPR-Gruppe, PUMAs Mehrheitsaktionär, hat angekündigt, diese Methode der ökonomischen Bewertung bis 2015 in allen Sportartikel-, Lifestyle- und Luxusmarken – namentlich Gucci, Yves Saint-Laurent und Cobra Golf – einzuführen.

* IDB-Website: *AquaFund in Action, www.iadb.org/en/topics/water-sanitation/aquafund-in-action,2356.html*, Zugriff am 29. März 2012.

Die Kraft der Partnerschaft

Neben ihren eigenen Geschäftsabläufen prüfen die führenden Unternehmen neue Partnerschaftsmodelle, um sich mit dringenden sozialen und ökologischen Fragen auseinanderzusetzen. Wenn der Geschäftssinn des Privatsektors mit dem politischen Sachverstand der staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft kombiniert wird, kann ein wesentlich größerer Effekt erzielt werden als durch isolierte Anstrengungen (Kasten 12.4). Durch die Auseinandersetzung mit Themen, die für ihre Geschäftstätigkeit, die Konsumenten ihrer Produkte und die Lieferketten von zentraler Bedeutung sind, gehen führende Unternehmen auf Partner in allen Teilen der Gesellschaft zu, um einen Multiplikatoreffekt zu erzielen.

Kasten 12.4 **Die Kraft von Partnerschaften freisetzen**

Die Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung (Global Alliance for Vaccines and Immunisation – GAVI) gehört heute zu den erfolgreichsten Partnerschaften für die Mobilisierung von Ressourcen des Privatsektors auf der Grundlage von Mitteln des öffentlichen Sektors. Die GAVI wandelt langfristige Mittelzusagen der Regierungen über die Internationale Finanzierungsfazilität für Impfprogramme (International Finance Facility for Immunisation – IFFIm) in sofort verfügbare Barmittel um, indem sie auf den Kapitalmärkten „Impf-Anleihen" begibt. Unterstützt wird die IFFIm von den Regierungen Australiens, Frankreichs, Italiens, der Niederlande, Norwegens, Spaniens, Schwedens, Südafrikas und des Vereinigten Königreichs (denen sich vor kurzem Brasilien angeschlossen hat), die zugesagt haben, der IFFIm innerhalb von 23 Jahren insgesamt über 6,3 Mrd. US-$ bereitzustellen. Diese langfristigen Regierungszusagen werden genutzt, um die IFFIm-Anleihen zurückzuzahlen. Dieser Mechanismus hat es der GAVI ermöglicht, die für Impfprogramme zur Verfügung stehenden Mittel zu verdoppeln. Darüber hinaus bündelt die Allianz die spezifischen Kompetenzen ihrer Partner zu einer einheitlichen schlüssigen Agenda, anstatt Doppelarbeit zu leisten und die gleichen Leistungen zu bieten wie die vielen im Bereich der Gesundheit und der Impfstoffe tätigen Akteure. Die GAVI hat bisher durch die Mobilisierung von 7,2 Mrd. US-$ weltweit die Impfung von mehr als 280 Millionen Kindern ermöglicht.

Quelle: GAVI-Website, *GAVI Facts and Figures, www.gavialliance.org/advocacy-statistics*, Zugriff am 26. Juni 2012.

Wir haben bei Coca-Cola in unserer eigenen Arbeit festgestellt, welche enormen Zukunftsaussichten diese neuen Partnerschaftsmodelle bieten. Unser Ansatz der gemeinsamen Wertschöpfung konzentriert sich auf Wasser, und wir haben weltweit erhebliche Zusagen gemacht. Coca-Cola hat gemeinsam mit seinen Partnern fast 400 lokale Wasserprojekte in 94 Ländern mit einer Gesamtinvestition von fast 250 Mio. US-$ unterstützt. Etwa zwei Drittel dieser Investitionen stammen von unseren Partnern, darunter Stellen der Vereinten Nationen, bilaterale Geber sowie Akteure aus dem Privatsektor. Allein in Afrika wird die *Coca-Cola Africa Foundation* bis 2015 über die *Replenish Africa Initiative* zwei Millionen Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser ermöglichen.

Der Aufbau innovativer Partnerschaften ist ein Grundpfeiler unserer Strategie. Ein bezeichnendes Beispiel ist die *Water and Development Alliance* (WADA), die 2005 in Zusammenarbeit mit USAID gegründet wurde. Die WADA ermöglicht eine Aufstockung der Investitionen des Unternehmens in Wasserpartnerschaften auf Gemeindeebene, da die US-Regierung noch einmal den gleichen Betrag beisteuert. Wir nutzen darüber hinaus die Netzwerke unseres zivilgesellschaftlichen Partners *Global Environment and Technology Foundation*, um das Leben der Menschen und die Gesundheit des Ökosystems in 23 Ländern weltweit, davon 18 in Afrika, positiv zu beeinflussen. Letztlich werden weltweit mehr als eine halbe Million Menschen von dieser Partnerschaft profitieren.

Gemeinsame Wertschöpfung und soziales Unternehmen als neue Geschäftsnormen

> „Um neben dem wirtschaftlichen Wert auch einen sozialen Wert zu schaffen, der die Bedürfnisse und Herausforderungen der Gesellschaft berücksichtigt [...], müssen die Unternehmen den geschäftlichen Erfolg wieder mit sozialem Fortschritt in Einklang bringen“ (Porter und Kramer, 2011).

Damit hat Michael Porter sein Rezept für gemeinsame Wertschöpfung leicht verständlich formuliert. Wenn Unternehmen neue Partnerschaftsmodelle prüfen oder die Ressourceneffizienz in der Wertschöpfungskette verbessern, verfolgen sie proaktiv das Ziel der gemeinsamen Wertschöpfung. Die Unternehmen achten sowohl bei den Geschäftsentscheidungen als auch bei den Nachhaltigkeitsinvestitionen immer stärker darauf, dass eine Verbesserung des Geschäftsergebnisses mit einer Verbesserung der sozialen Auswirkungen einhergeht. Die gemeinsame Wertschöpfung zeigt sich auch darin, dass die Unternehmen für ihre Nachhaltigkeitsinvestitionen einen Portfolioansatz entwickeln und eine Kombination aus unternehmerischem Handeln und Sozialinvestitionen gegenüber der traditionellen Philanthropie bevorzugen. Soziale Unternehmen nutzen das Humankapital sowie das technische und finanzielle Kapital traditioneller Geschäftsmodelle für die Bewältigung ernster ökologischer und sozialer Herausforderungen und schaffen dadurch sowohl auf lokaler als auch auf globaler Ebene Märkte für nachhaltige Entwicklung.

Das soziale Unternehmen WaterHealth International erzielt Einnahmen, indem es einen dringenden sozialen Bedarf deckt: die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser für über fünf Millionen Menschen in Entwicklungsländern.

Ein gutes Beispiel ist WaterHealth International (WHI). Dieses gewinnorientierte Unternehmen verkauft Wasser an Gemeinwesen zu einem bezahlbaren Preis, indem es dezentrale Wasseraufbereitungs- und -versorgungsanlagen baut. Wie jedes herkömmliche Unternehmen stützt WaterHealth seine Standortwahl für die Wasseranlagen auf eine genaue Analyse, um sicherzustellen, dass die durch den Markt bestimmten Preise eine

erfolgreiche Unternehmensführung ermöglichen. WaterHealth unterscheidet sich jedoch von der Norm darin, dass seine Haupteinnahmequelle einen dringenden sozialen Bedarf von fast 800 Millionen Menschen deckt, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Zusätzlich zur Deckung dieses Bedarfs schafft WHI Beschäftigung vor Ort und Chancen für weitere Unternehmen in angeschlossenen Bereichen wie der Wasserversorgung. Da Menschen vor Ort beschäftigt werden, um Wasser zu filtern und zu verkaufen, sind Ausbildung und Mitwirkung der Gemeinwesen nicht nur angenehme Nebeneffekte sondern eine Grundvoraussetzung für den geschäftlichen Erfolg dieses sozialen Unternehmens.

Der Weg in die Zukunft

Mit Blick auf die Zukunft eröffnen sich neue Möglichkeiten, die vielfältigen Stärken des Privatsektors für umweltverträgliches Wachstum und nachhaltige Entwicklung zu nutzen. Es ist zwar anzuerkennen, dass wir seit dem ersten Rio-Gipfel vor 20 Jahren große Fortschritte erzielt haben, wir sollten aber dennoch eine Haltung der „konstruktiven Unzufriedenheit" gegenüber dem Status quo einnehmen und weiterhin neue Geschäftsmodelle zur Förderung der Entwicklung entwerfen.

> *Kreatives Denken ist die Zukunft des globalen Markts für nachhaltige Entwicklung.*

Tatsache ist, dass die Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, viel größer sind als die Lösungen, die wir zurzeit vorschlagen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, werden andauern, und der Druck auf unsere natürlichen Ressourcen wird noch zunehmen. Wir haben in diesem Kapitel einen Blick auf eine Zukunft geworfen, die wir alle teilen werden: Gemeinsame Wertschöpfung und soziale Unternehmen müssen die neuen Geschäftsnormen werden. Zwei entscheidende Schritte werden uns helfen, auf dem Weg in diese Zukunft Fortschritte zu erzielen: die Zusammenarbeit dynamischer gestalten und neue Plattformen für soziale Unternehmen schaffen.

Die Zusammenarbeit dynamischer gestalten

„Wir müssen die drei Hauptakteure – Unternehmen, öffentliche Stellen und die Zivilgesellschaft – in einem *goldenen Dreieck* zusammenführen, in dem sich jeder auf seine Stärken konzentriert und alle ihre Kräfte bündeln, um durch Zusammenarbeit das zu erreichen, was allein nicht möglich wäre." (Muhtar Kent, Präsident und Vorsitzender des Verwaltungsrats von Coca-Cola)[3].

Wir haben das Potenzial einer solchen dynamischen Zusammenarbeit gesehen. Die beiden Organisationen WADA und GAVI haben auf ihre Art den Status quo verändert, indem sie mit ehemals unvereinbaren Akteuren zusammenarbeiten und innovative Finanzierungsmodelle anwenden. Die Einbeziehung der Kapitalmärkte in die Bekämpfung der Kindersterblichkeit durch Impfschutz ist auf den ersten Blick nicht naheliegend, ergibt heute jedoch durchaus Sinn. Eine solche kreative Auseinandersetzung mit der Frage, wie unterschiedliche Akteure ermutigt werden können, ihr Fachwissen beizutragen – weil das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile –, ist die Zukunft des globalen Markts für nachhaltige Entwicklung.

Neue Plattformen für soziale Unternehmen schaffen

Wenn Geschäftsmodelle und betriebswirtschaftliche Regeln als Antriebskraft für sozialen Fortschritt und die Entwicklungsagenda genutzt werden, entstehen neue Chancen für Innovation und Wachstum. WaterHealth International nutzt sein Modell des sozialen

Unternehmens, um Organisationen wie Diageo, die Internationale Finanz-Corporation, lokale westafrikanische Stiftungen und Coca-Cola in einer neuen Plattform für nachhaltige Unternehmen zusammenzubringen. WaterHealth wird über die *Safe Water for Africa Partnership* bis 2013 mehr als zwei Millionen Westafrikaner erreichen. Dies zeigt eindeutig, welches Potenzial freigesetzt werden kann, wenn die Kraft sozialer Unternehmen durch den Katalysator innovativer Partnerschaften mobilisiert wird.

Wie wird die Welt in zwanzig Jahren, am 40. Jahrestag der ursprünglichen Rio-Konferenz, aussehen? Die Agenda der nachhaltigen Entwicklung wird durch Geschäftsmodelle bestimmt werden. Optimale Ressourceneffizienz wird de facto der Standard für alle Unternehmen sein. Wie Melinda Gates in ihrer bemerkenswerten Rede feststellte, wird die Vorgehensweise, auf der der Erfolg eines Unternehmens wie Coca-Cola basiert, routinemäßig angewendet werden, um soziale Verbesserungen herbeizuführen (Gates, 2010). Dieser auf Partnerschaft basierende freie Austausch von Wissen und Fachkenntnissen kann und muss die Antriebskraft für die sozialen und ökologischen Veränderungen sein, die wir brauchen, um eine dynamische und gedeihliche Zukunft zu sichern.

Anmerkungen

1. Vgl. Intelligence Community Assessment on Global Water Security, *www.dni.gov/nic/ICA_ Global%20 Water%20Security.pdf*.
2. The Third Billion, Preparing Women to Drive Global Economic Growth, *www.thethirdbillion.org*.
3. Muhtar Kent, Präsident und Vorsitzender des Verwaltungsrats von Coca-Cola, bei einer Ansprache in der Colorado State University über gemeinsame Wertvorstellungen für eine nachhaltige Zukunft, *www.today.colostate.edu/story.aspx?id=6472*, Zugriff am 29. März 2012.

Literaturverzeichnis

CGF (Consumer Goods Forum) (2010), "Consumer Goods Industry Announces Initiatives on Climate Protection", CGF, Issy-les-Moulineaux, Frankreich, *www.unilever.com/images/Consumer%20Goods%20 Industry%20Announces%20Iinitiatives%20on%20Climate%20Protection_tcm13-261804.pdf*.

Esty, D.C. und A. Wilson (2009), "Green to Gold – How Smart Companies Use Environmental Strategy to Innovate, Create Value, and Build Competitive Advantage", John Wiley & Sons Ltd., London.

Ford (2012), "Ford Targets 30 Per Cent Water Reduction Per Vehicle", *media.ford.com/article_display. cfm?article_id=35777*.

Gates, M.F. (2010), TED TALKS, Melinda French Gates: What Nonprofits Can Learn from Coca-Cola, *www.ted.com/talks/melinda_french_gates_what_nonprofits_can_learn_from_coca_cola.html*.

Moon, B.K. (2010), "Remarks at Welcoming Session for Global Compact Leaders Summit", *www. unglobalcompact.org/docs/summit2010/SGgcsummitwelcome.pdf*.

Porter, M.E. und M.R. Kramer (2006), "Strategy and Society", *Harvard Business Review*, Dezember 2006, Harvard Business Publishing, *http://hbr.org/product/strategy-and-society-the-link-between-competitive-/ an/R0612D-PDF-ENG*.

Porter, M.E. und M.R. Kramer (2011), "Creating Shared Value", *Harvard Business Review*, Januar 2011, Harvard Business Publishing, *hbr.org/2011/01/the-big-idea-creating-shared-value*.

Reilly, W.K. (1992), "The Road from Rio: The Success of the Earth Summit Depends on How Well We Follow Through on its Principles and Programs", *EPA Journal*, Sept./Okt. 1992, *www.epa.gov/history/ topics/summit/01.html*.

USAID (United States Agency for International Development) (2007), "US Total Resource Flows to the Developing World in 2005: The Private Revolution in Financing Development", USAID, Washington, D.C, *http://pdf.usaid.gov/pdf_docs/PNADI889.pdf*.

Weltbank (2011), *Doing Business 2011*, Weltbank, Washington, D.C, *www.doingbusiness.org/~/ media/ fpdkm/doing%20business/documents/annual-reports/english/db11-fullreport.pdf*.

TEIL IV

Kurs auf die Zukunft, die wir wollen

Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2012
Nachhaltigkeit und Entwicklung verbinden
© OECD 2013

TEIL IV

Kapitel 13

Zielgerichtete Anpassung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und Ökologisierung der Weltwirtschaft

von

Achim Steiner

Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen
und Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen

Eine echte und dauerhafte Lösung für die in diesem Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit 2012 beschriebenen Herausforderungen kann nur durch eine wirtschaftliche Entwicklung erzielt werden, bei der Ressourcen effizienter eingesetzt werden, die Umweltzerstörung begrenzt wird und Gerechtigkeit einen höheren Stellenwert erhält. In diesem Kapitel vertritt der Autor den Standpunkt, dass wirtschaftlicher Fortschritt nur in Kombination mit ökologischem und sozialem Fortschritt in der Lage ist, eine wirklich fortschrittliche, gerechte und armutsfreie Zukunft herbeizuführen. Er betont einerseits, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass durch die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit die drei Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung gleichermaßen strategisch und kohärent gefördert werden. Er plädiert zudem für eine Neuausrichtung der Weltwirtschaft durch die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen, die Reform der Steuersysteme zu Gunsten langfristiger Anreize für nachhaltige Produktionsweisen, Konsumgewohnheiten und Investitionen, die Festlegung angemessener Preissignale, die der zentralen Bedeutung der ökologischen Ressourcen und Ökosystemdienstleistungen gerecht werden, sowie die Verwendung neuer Messgrößen für den Fortschritt, die auch das menschliche Wohlergehen, Gerechtigkeit, das natürliche Kapital und die Umwelt berücksichtigen.

Vierzig Jahre nach der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen in Stockholm* und 20 Jahre nach dem Erdgipfel von Rio 1992 haben wir Grund zum Feiern, aber auch zur Sorge. Wir haben erhebliche Fortschritte bei der Errichtung der für eine nachhaltige Entwicklung erforderlichen institutionellen, rechtlichen und wissenschaftlichen Infrastruktur erzielt, mit richtungsweisenden Abkommen zu Themen von Artenschutz und gefährlichen Abfällen bis hin zu Klimawandel, Biodiversität und Landdegradation. In der Zwischenzeit konnten dank der Globalisierung und der rasanten Wirtschaftsentwicklung Millionen Menschen der Armut entkommen, insbesondere in Ländern wie Brasilien, China und Indien.

Natürliche Ressourcen können fast 90% des BIP der armen Bevölkerung ausmachen.

Das hat allerdings dazu geführt, dass die Welt nun die ökologische Rechnung für die Schäden präsentiert bekommt, die der Atmosphäre, den Süßwasserreserven, dem Erdboden und den Weltmeeren zugefügt wurden. Diese Rechnung wird insbesondere von armen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen bezahlt, die besonders abhängig von natürlichen oder auf der Natur basierenden Ressourcen sind. In einigen Staaten machen diese Ressourcen fast 90% des BIP der armen Bevölkerung aus. Doch viele der Lebensgrundlagen der Erde – von Wäldern über Süßwasser und Korallenriffe bis hin zu fruchtbarem Ackerland – stehen kurz vor ihrem Tipping Point. Das heißt, dass sie – und damit auch die von ihnen erbrachten Ökosystemdienstleistungen im Wert von vielen Billionen Dollar – schon durch geringfügige zusätzliche Belastungen dramatische Produktivitätseinbußen oder irreversible Zerstörung erleiden könnten.

Die gegenwärtigen Entwicklungsansätze haben dazu geführt, dass viele arme und benachteiligte Länder in der Kategorie der am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries – LDC) verblieben sind. In den letzten dreißig Jahren schafften nur drei Länder den Aufstieg aus dieser Kategorie, während sich die Gesamtzahl der LDC verdoppelte. Ein besonders beunruhigender Trend ist die anhaltende Ressourcendegradation und -erschöpfung, mit der die Schaffung von Wohlstand in armen Ländern untergraben wird. Dem *Least Developed Countries Report 2010* zufolge sind, bereinigt um die Ressourcenerschöpfung, die gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse der LDC seit den späten 1990er Jahren zurückgegangen und 2008 bei nahezu null angelangt.

Ein ressourcenintensives Entwicklungsmodell wird auch weiterhin zu Kostensteigerungen, Produktivitätseinbußen und Störungen des Wirtschaftsgeschehens führen. Schätzungen auf Basis des „Global Economic Linkages"-Modells der Internationalen Arbeitsorganisation deuten darauf hin, dass in einem Szenario mit gleichbleibender Politik das Produktivitätsniveau bis zum Jahr 2030 gegenüber dem heutigen Stand um 2,4% und bis zum Jahr 2050 um 7,2% sinken wird.

* Die Stockholmer Umweltkonferenz, eine vom 5.-16. Juni 1972 von den Vereinten Nationen abgehaltene internationale Konferenz, war die erste große Konferenz der Vereinten Nationen zu globalen Umweltbelangen und stellte einen Wendepunkt in der Entwicklung der internationalen Umweltpolitik dar. Im Rahmen der Konferenz wurde auch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) ins Leben gerufen.

Es gibt auch Anlass zu zunehmenden gravierenden Sorgen über die soziale Entwicklung, und zwar in reichen ebenso wie in weniger reichen Ländern – wie das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zeigt. Die Frage, wie man für die gegenwärtig unterbeschäftigten oder arbeitslosen 1,3 Milliarden Menschen sowie die halbe Milliarde, die voraussichtlich im nächsten Jahrzehnt Arbeit suchen wird, menschenwürdige Arbeitsplätze schaffen kann, beschäftigt die Regierungen weltweit in wachsendem Maß. An den Arbeitsmärkten vollzieht sich jedoch ein rasanter Wandel, der in vielen Teilen der Welt die Schaffung neuer menschenwürdiger Arbeitsplätze in Aussicht stellt. Der Bericht *Working Towards Sustainable Development* (ILO, 2012) beziffert die Beschäftigung im Bereich Umweltgüter und -dienstleistungen in den Vereinigten Staaten im Jahr 2010 auf 3,1 Millionen Beschäftigte (2,4%), Tendenz steigend, während in Brasilien im gleichen Jahr 2,9 Millionen „grüne" Arbeitsplätze (6,6% der formellen Beschäftigung) in Sektoren, die eine Verringerung von Umweltschäden zum Ziel haben, gezählt wurden. Der Sektor der erneuerbaren Energien, in dem Entwicklungsländer über beträchtliches Potenzial verfügen, verzeichnete ein besonders starkes Beschäftigungswachstum von global 21% pro Jahr.

Heute brauchen wir angesichts der wachsenden Erkenntnis, dass die Weltbevölkerung von aktuell 7 Milliarden bis 2050 auf über 9 Milliarden ansteigen wird (vgl. Kapitel 4), vor allem ein dringendes, ernsthaftes und frisches Engagement, Politikmaßnahmen und Investitionsentscheidungen neu auszurichten und neue Chancen für eine nachhaltige Entwicklung zu nutzen. Wirtschaftlicher Fortschritt ohne ökologischen und sozialen Fortschritt kann keine wirklich fortschrittliche, gerechte und armutsfreie Zukunft herbeiführen, sondern wird stattdessen zusätzliche und zunehmend gravierende Krisen heraufbeschwören.

> *Wirtschaftlicher Fortschritt ohne ökologischen und sozialen Fortschritt führt in eine Sackgasse.*

Aus diesem Grund unterstützen viele Länder zwei Jahrzehnte nach dem Erdgipfel von Rio das Konzept einer grünen Wirtschaft als Weg zur Nachhaltigkeit. Einige Länder, wie China, Kenia und Korea, haben für ihre heimische Wirtschaft ambitionierte politische Gesamtkonzepte entworfen, um in weiten Teilen ihrer Volkswirtschaften ein grünes Wachstum zu erzielen (vgl. Kapitel 11). Andere Länder und Staatenbündnisse, darunter die Europäische Union (vgl. Kapitel 5), stellen auch ihre ODA-Leistungen auf eine neue, nachhaltigere Grundlage. Gerade in Anbetracht der Arbeit des Entwicklungsausschusses der OECD (DAC) seit seiner Gründung vor über fünfzig Jahren ist es wichtig, auf diese Fortschritte hinzuweisen. Initiativen wie diese können dazu beitragen, die Millenniumsentwicklungsziele im Bereich der Armutsbekämpfung bis zum Zieltermin 2015 zu erreichen; sie können auch Impulse liefern für die bei der Rio+20-Konferenz vereinbarte Ausarbeitung von handlungsorientierten universell gültigen Nachhaltigkeitszielen (vgl. Kapitel 14).

Der internationalen Staatengemeinschaft steht eine Reihe anderer Instrumente zur Verfügung, die vielfach bereits ihr Potenzial unter Beweis gestellt haben, die nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Volkswirtschaften zu beschleunigen, wenn sie stärker unterstützt und auf breiterer Basis eingesetzt werden.

Strategische und kohärente ODA

Um die Chancen der Umstellung auf eine grüne Wirtschaft realisieren zu können, müssen *alle* Staaten dafür gewonnen werden – dazu gehört auch eine Neuausrichtung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) auf die Förderung von grüner Wirtschaft und grünem Wachstum in Entwicklungsländern. Für ärmere Länder sind die Hürden jedoch

nach wie vor hoch; sie reichen von komplexen Sachverhalten wie der Verbesserung der Governance-Strukturen bis hin zu einfachen Realitäten, wie etwa den Wechselkursrisiken, die den Enthusiasmus der Investoren bremsen, so groß das Potenzial eines Wind- oder Solarenergieprojekts auch sein mag. Von umsichtig und strategisch eingesetzter öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit könnte bei der Überwindung einiger dieser Hindernisse eine Katalysatorwirkung ausgehen – ebenso wie von der Umsetzung und finanziellen Unterstützung eines Green Climate Fund.

Viele Industriestaaten und Entwicklungsländer haben bereits Programme für eine entsprechende Umstellung gestartet. Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit kann eine Rolle bei der Beschleunigung und Intensivierung der bereits eingeleiteten Veränderungen spielen. Länder, die diesen Kurswechsel vollziehen möchten, werden technische Unterstützung, Kapazitätsausbau und sachgerechte Politikberatung brauchen. Die Ökologisierung der ODA-Leistungen einiger Länder signalisiert ein umfangreicheres Engagement. So sagte beispielsweise der koreanische Präsident Lee Myung-bak beim Global Green Growth Summit in Seoul im Mai 2012 zu, den Anteil der umweltbezogenen ODA auf 30% der gesamten ODA-Leistungen seines Landes zu erhöhen (vgl. Kapitel 11). Indem diese Länder die Instrumente für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung bereitstellen, schlagen sie einen Kurs ein, der für Wachstum und Beschäftigung sorgt, ohne mit dem ökologischen Fußabdruck der Menschheit die Tragfähigkeit des Planeten zu überschreiten.

Neuausrichtung der Weltwirtschaft

> *Ein Großteil der weltweit für Subventionen ausgegebenen 1 Billion US-$ fördert den ökologischen und sozialen Niedergang.*

Eine Fokussierung der ODA mit dem Ziel einer merklich nachhaltigeren Gestaltung nationaler, regionaler und globaler Volkswirtschaften kann die Bemühungen zur Neuausrichtung der Weltwirtschaft verstärken. Eine grundlegende Neuorientierung bei öffentlichen und privaten Investitionen ist entscheidend, um nachhaltigere Wachstums- und Entwicklungsmuster durchzusetzen. Der *Green Economy Report* (UNEP, 2011) ist zu dem Schluss gelangt, dass mit zusätzlichen Investitionen in Höhe von 2% des globalen BIP in wirtschaftliche Schlüsselsektoren menschenwürdige Beschäftigung, inklusives Wirtschaftswachstum und größere ökologische Nachhaltigkeit geschaffen werden können.

Gegenwärtig werden über 1 Billion US-$ an Subventionen für Wirtschaftsbereiche von der Fischerei über Düngemittel bis hin zu fossilen Brennstoffen ausgegeben. Ein großer Teil dieser Subventionen verstärkt Umweltschäden wie den Klimawandel, bringt den Zusammenbruch von Fischbeständen und Schäden an Küstensystemen mit sich und verschärft soziale und wirtschaftliche Spannungen. Eine Abschaffung dieser verzerrenden, umweltschädlichen und sozial unausgewogenen Subventionen würde die bestehende Anreizstruktur völlig verändern; sie würde nachhaltige Konsumgewohnheiten und Produktionsprozesse fördern und Jahr für Jahr Einsparungen in Höhe von 1-2% des globalen BIP einbringen, die es den Regierungen ermöglichen würden, die für grundlegende soziale Bedürfnisse bereitgestellten Mittel aufzustocken. Ghanas Reform der Treibstoffsubventionen und die gleichzeitige Neuausrichtung der staatlichen Ausgaben mit Schwerpunkt auf medizinischer Grundversorgung und Bildung (vgl. Kapitel 9) liefern ein Beispiel dafür, wie knappe Ressourcen besser genutzt werden können, um den Armen zu helfen.

In der Regel entfallen auf das öffentliche Beschaffungswesen für Waren und Dienstleistungen weltweit 8-30% des BIP. Folglich könnte ein nachhaltiges öffentliches

Beschaffungswesen für Industriestaaten wie Entwicklungsländer gleichermaßen ein wirkungsvolles Instrument darstellen, um sowohl auf lokaler als auch auf internationaler Ebene die Schaffung von Märkten und Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich ökologisch nachhaltiger Produkte zu stimulieren.

Darüber hinaus sollte die Festlegung angemessener Preissignale – wie etwa eine CO_2-Steuer oder Umweltabgaben, um den wahren Wert der Ressourcen und Dienstleistungen unserer Umwelt zu erfassen – unterstützt und auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene ausgebaut werden. Dies könnte den Haushalten, dem Privatsektor und den politischen Entscheidungsträgern dabei behilflich sein, Kosten und Nutzen ihrer Handlungen besser gegeneinander abzuwägen.

Ein weiterer erwähnenswerter Aspekt ist, dass das BIP nahezu einvernehmlich als *der* Indikator schlechthin für den Wohlstand einer Nation angesehen wird. Viele Regierungen sind überzeugt, dass ein breiter gefasster Indikator, der sowohl wirtschaftliche als auch nichtwirtschaftliche Messgrößen des menschlichen Wohlergehens umfasst, einiges dazu beitragen könnte, die gegenwärtigen auf einer sehr eingeschränkten Basis beruhenden Entscheidungsprozesse zu verbessern. Ein neuer Wohlstandsindikator, der ökologischen und sozialen Fortschritt miteinbezieht, könnte unter Umständen auch zu einer nachhaltigeren Gestaltung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit beitragen.

Seit der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen 1972 und dem Erdgipfel von Rio 1992 wurde viel erreicht. Zugleich hat unser Wissen um die Komplexitäten und Herausforderungen einer Umstellung auf nachhaltige Entwicklung zugenommen. Dieses Wissen muss jedoch auch angewendet und umgesetzt werden. Die Ergebnisse der Rio+20-Konferenz und das Konzept der grünen Ökonomie bieten zahlreiche Möglichkeiten, dieses Wissen in die Tat umzusetzen. Eine zielgenauere Anpassung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und eine zukunftsfähigere Ausrichtung der Weltwirtschaft sind dabei entscheidende Schritte auf dem Weg in eine gemeinsame nachhaltige Zukunft.

Literaturverzeichnis

ILO (Internationale Arbeitsorganisation) (2012), *Working Towards Sustainable Development: Opportunities for Decent Work and Social Inclusion in a Green Economy*, ILO, Genf, *www.ilo.org/global/publications/ books/ WCMS_181836/lang–en/index.htm*.

UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) (2011), *Towards a Green Economy-Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication*, UNEP, Nairobi, *www.unep.org/greeneconomy*.

Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2012
Nachhaltigkeit und Entwicklung verbinden
© OECD 2013

TEIL IV

Kapitel 14

Die Entwicklungszusammenarbeit nach Rio+20 neu aufstellen

von

der DAC-Arbeitsgruppe Umwelt und Entwicklung (OECD)

In diesem letzten Kapitel werden die Auswirkungen der Rio+20-Konferenz auf die Entwicklungszusammenarbeit untersucht. Im Ergebnisdokument der Rio+20-Konferenz – Die Zukunft, die wir wollen – werden ein Plan zur Festlegung globaler Ziele für eine nachhaltige Entwicklung sowie andere Maßnahmen zur Stärkung der Bewirtschaftung der Umwelt- und der natürlichen Ressourcen, zur Armutsbekämpfung und zur Förderung eines grünen Wirtschaftsparadigmas für alle umrissen. In der Erklärung werden die Bedeutung des Naturkapitals und sein Wert für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung bekräftigt. Ferner wird darin ein umfassenderer Ansatz zur Förderung der Entwicklung befürwortet, während anerkannt wird, dass die Armutsminderung nach wie vor eine große Herausforderung darstellt. Darüber hinaus wird in dem Dokument eine Finanzierungsstrategie gefordert, zusammen mit Technischer Zusammenarbeit und Kapazitätsaufbau, um eine angemessene Unterstützung der Entwicklungsländer zu sichern. Die erfolgreiche Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung macht Maßnahmen des öffentlichen und des privaten Sektors ebenso wie der Zivilgesellschaft erforderlich. Weitere freiwillige Verpflichtungen wie diejenigen, die anlässlich von Rio+20 initiiert wurden, sind notwendig und begrüßenswert.

Akteure der Entwicklungszusammenarbeit werden auf Grund dieser Ergebnisse neue Denk- und Handlungsweisen annehmen müssen. Unter anderem muss die Entwicklungszusammenarbeit künftig in folgenden Bereichen tätig werden:

- *Unterstützung bei der Einbindung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsrahmen nach 2015 sowie ihrer Nutzung zur Orientierung der künftigen öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA) und anderer Finanzströme;*
- *systematische Berücksichtigung umweltverträglichen Wachstumsdenkens in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit sowie zeitnähere und gezieltere Unterstützung bei der Deckung des Bedarfs unterschiedlicher Arten von Entwicklungsländern – von den ärmsten Ländern bis zu den sich rasch entwickelnden Ländern der mittleren Einkommensgruppe;*
- *Beschleunigung des effektiveren Einsatzes öffentlicher Entwicklungsleistungen unter dem Eindruck der zahlreichen in Rio erfolgten freiwilligen Verpflichtungen sowie Nutzung der ODA zur Kofinanzierung und Mobilisierung von Finanzmitteln aus anderen Quellen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung;*
- *Verbesserung und Beschleunigung des Informations-, Kompetenz- und Technologieaustauschs, um die Kapazitäten und die Resilienz in den Partnerländern zu stärken;*
- *Unterstützung der Einführung der Bilanzierung von Naturkapital durch die Entwicklungsländer im Rahmen ihrer Entscheidungsprozesse sowie ihre Nutzung durch Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen ihrer eigenen EZ-Investitionen.*

Die Rio+20-Konferenz endete am 22. Juni 2012 mit dem Ergebnisdokument *Die Zukunft, die wir wollen* (UNCSD, 2012a), einem 50 Seiten langen Bericht, der alle Nationen bei der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung leiten soll. Das Dokument war der Kulminationspunkt der sich über zwei Jahre hinziehenden Verhandlungen von 190 Ländern sowie einer zweiwöchigen Konferenz mit über 40 000 Teilnehmern, die auf dem Erdgipfel von Rio im Jahr 1992 aufbaute. In *Die Zukunft, die wir wollen* wird ein Plan umrissen, um globale Ziele für eine nachhaltige Entwicklung sowie andere Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, zur Stärkung des weltweiten Umweltmanagements, zum Schutz aller Arten von Naturressourcen, zur Verbesserung der Ernährungssicherheit und zur Förderung einer umweltfreundlichen, grünen Wirtschaft für alle festzulegen.

Würden wir alle das Konsumverhalten von Amerikanern oder Europäern an den Tag legen, hätten wir drei Erden nötig, um unser Auskommen zu sichern.

Es muss dringend gehandelt werden, um die Herausforderungen zu bewältigen, die auf der Rio+20-Konferenz hervorgehoben wurden, und auf viele von ihnen wird in diesem *Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit 2012* eingegangen. Heute müssen nach wie vor 1,4 Milliarden Menschen mit weniger als 1,25 US-$ pro Tag auskommen, und nahezu eine Milliarde Menschen ist immer noch von Ernährungsunsicherheit betroffen; 1,3 Milliarden haben keinen Stromanschluss und eine Milliarde verfügt über keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Gleichzeitig leben wir weit über unsere Verhältnisse, und der Klimawandel sowie die Umweltdegradation bedrohen die künftigen Fortschritte bei den Entwicklungszielen. Würden wir alle das Konsumverhalten von Amerikanern oder Europäern an den Tag legen, hätten wir drei Erden nötig, um unser Auskommen zu sichern (WWF, 2012).

Umweltziele und Ziele für eine nachhaltige Entwicklung werden seit langem in Programme der Entwicklungszusammenarbeit einbezogen (Kapitel 2). Eine entscheidende Frage, der wir uns an diesem Punkt gegenübersehen, lautet indessen: Wie sollten die Ergebnisse von Rio+20 die Funktionsweise der Entwicklungszusammenarbeit verändern? Was sollten die Erbringer der Entwicklungszusammenarbeit nunmehr anders machen?

Nach Rio+20 werden in diesem Kapitel fünf entscheidende Arbeitsbereiche umrissen, auf die sich die Entwicklungszusammenarbeit konzentrieren sollte:

1. Hilfestellung bei der Definition und Vereinbarung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung sowie ihre Nutzung als Orientierung für die öffentlichen Entwicklungsleistungen und anderweitige Entwicklungsaktivitäten;
2. systematische Berücksichtigung des umweltverträglichen Wachstums in allen Politikmaßnahmen und Aktivitäten im Entwicklungsbereich;
3. Verstärkung der Anstrengungen zur Erhöhung der Effektivität der öffentlichen Entwicklungsleistungen und zur Mobilisierung anderer Finanzierungsquellen zur Unterstützung der Entwicklung;
4. Verbesserung und Beschleunigung des Informations-, Kompetenz- und Technologieaustauschs zur Stärkung der Resilienz und Kapazität in den Entwicklungsländern;

5. Unterstützung der Einführung der Bilanzierung von Naturkapital durch die Entwicklungsländer in der Entwicklungsplanung sowie ihre Nutzung bei Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

Ziele für eine nachhaltige Entwicklung definieren und als Rahmen zur Orientierung der künftigen Entwicklungszusammenarbeit nutzen

Eine der wichtigsten Vereinbarungen auf der Rio+20-Konferenz bestand darin, einen Prozess für den Entwurf universeller Ziele für eine nachhaltige Entwicklung für Industriestaaten und Entwicklungsländer gleichermaßen zu entwickeln. Die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung werden nach 2015 voraussichtlich mit den Millenniumsentwicklungszielen zusammengeführt werden. Spitzenvertreter von Staaten aus aller Welt forderten, dass die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung „handlungsorientiert, prägnant und leicht vermittelbar, zahlenmäßig begrenzt, ambitioniert, globaler Natur und universell auf alle Länder anwendbar sein und zugleich den unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten, Kapazitäten und Entwicklungsständen Rechnung tragen sowie die nationalen Politiken und Prioritäten respektieren“ sollten (UNCSD, 2012a).

Die Millenniumsentwicklungsziele haben den für Entwicklungsarbeit zuständigen Stellen seit dem Jahr 2000 bei der Verteilung ihrer EZ-Ressourcen und dem Aufbau internationaler Partnerschaften zur Armutsminderung als Richtschnur gedient. Sie haben dazu beigetragen, die politische Aufmerksamkeit auf internationaler Ebene auf die Bekämpfung des Hungers und der Kindersterblichkeit sowie die Verwirklichung des universellen Zugangs zu Bildung und die Steuerung der ökologischen Nachhaltigkeit zu lenken. Es sind zwar bereits einige Fortschritte erzielt worden, insbesondere im Hinblick auf die Armutsbekämpfung und die Verbesserung des Zugangs zu Trinkwasser, der vereinbarte Termin für die Verwirklichung aller Millenniumsentwicklungsziele ist jedoch 2015, und das Tempo des Wandels muss erhöht werden, wenn sie tatsächlich erreicht werden sollen (VN, 2012).

Richten wir den Blick über die Millenniumsentwicklungsziele hinaus, so erkennen sowohl die Geber als auch die Empfänger von EZ-Leistungen an, dass sich für die Zukunft neue Herausforderungen abzeichnen. Beispielsweise gefährden die gravierenden Auswirkungen des Klimawandels und der Verschlechterung des Zustands der natürlichen Ressourcen in zahlreichen Entwicklungsländern Wirtschaftsgüter sowie die Existenzgrundlagen der lokalen Bevölkerung, die Verschärfung des sozialen Gefälles schwächt die positiven Effekte des Wirtschaftswachstums ab und begrenzt die Möglichkeiten für benachteiligte soziale Gruppen, und die Verschiebungen bezüglich der geografischen Verteilung der Armen – von Niedrigeinkommensländern zu Ländern der mittleren Einkommensgruppe sowie von ländlichen zu städtischen Räumen – verstärken den Wettbewerb um Land, Wasser und die zum Überleben notwendigen Nahrungsmittel und erhöhen zugleich die Forderungen nach mehr Gerechtigkeit. Die Auswirkungen der Umweltdegradation und des Klimawandels könnten das Wachstumspotenzial in Ländern der mittleren Einkommensgruppe drastisch einschränken, sofern das Augenmerk nicht in angemessener Weise auf die Anpassung ihrer ressourcenintensiven, herkömmlichen Mustern folgenden Entwicklungspfade gerichtet wird.

Was bedeuten diese Herausforderungen also für die Entwicklungsgemeinschaft? Wie können wir das richtige Gleichgewicht herstellen zwischen unserer Unterstützung der armen ländlichen Bevölkerung in der Sahel-Region – die häufig von Ernährungsunsicherheit bedroht ist – und der armen periurbanen Bevölkerung in Ländern wie Indonesien, die die negativen Folgen der massiven Verstädterung und extremen Wetterlagen zu spüren bekommt? Wie können wir einerseits gewährleisten, dass unsere begrenzten ODA-Leistungen

die gegenwärtige Elektrifizierungsrate in Subsahara-Afrika von 12% steigern, um ein größeres Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, und gleichzeitig Länder wie Thailand unterstützen, in denen äußerst wichtige Entscheidungen im Hinblick auf die Wahl eines nachhaltigen Entwicklungspfads anstehen, namentlich über die Verwendung von ODA zur Mobilisierung von Investitionen des privaten Sektors in erneuerbare Energien? Und am allerwichtigsten: Wo finden wir zusätzliche Entwicklungsressourcen, um den Ländern mit starkem Engagement zur Verfolgung eines umweltverträglichen Wachstums- und Entwicklungsmodells dabei zu helfen, diesen potenziellen Nutzen zu verwirklichen?

Die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung werden an diesem kritischen Zeitpunkt für die Bewältigung der sich verändernden globalen Herausforderungen zu einem wichtigen Rahmen werden. Hierfür werden sie wahrscheinlich Elemente aller drei Säulen einer nachhaltigen Entwicklung umfassen: Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und soziale Nachhaltigkeit. Die Erbringer von Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit müssen sich in Anbetracht ihrer früheren hilfreichen Rolle bei der Konzipierung der Millenniumsentwicklungsziele aktiv in die Gestaltung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung einbringen und gleichzeitig ihre künftigen Strategien bei der Zuteilung von Ressourcen auf prioritäre Bereiche und Länder überdenken. Die ODA-Leistungen sollten breiter ausgerichtet werden, um auf allgemeinere Fragen der nachhaltigen Entwicklung einzugehen, wobei das Hauptaugenmerk einem breiteren Spektrum von Entwicklungsländern gelten sollte und Ziele der Armutsbekämpfung, der sozialen Gerechtigkeit und der menschlichen Entwicklung Vorrang haben sollten. Partnerschaften und Klimafinanzierung müssen integrale Bestandteile des Entwicklungsfinanzierungskonzepts nach 2015 sein. Bei Betrachtung der Politikmaßnahmen und Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Entwicklung, werden sich die Erbringer von EZ-Leistungen insbesondere an den neuen Prioritäten ihrer Partnerländer ausrichten müssen.

Konkreter könnte bei der Allokation von Entwicklungsressourcen eine Entwicklung von den derzeitigen sektorspezifischen Ansätzen hin zu ressortübergreifenden Ansätzen vollzogen werden – was bedeutet, dass der Großteil der Finanzmittel zur Finanzierung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien vorgesehen wird anstatt sektorbezogene Budgets an die Landwirtschafts- und Energieministerien zu überweisen. Dies könnte den Entwicklungsländern dabei helfen, in umfassenderer Art und Weise auf Fragen der nationalen Entwicklung einzugehen, was wiederum eine Umwidmung der ODA in Kombination mit anderen Ressourcen und unter Nutzung des vollen Spektrums an Finanzierungsinstrumenten und ODA-Modalitäten erforderlich machen könnte, um sicherzustellen, dass dem dringenden Bedarf der Partner zeitnah Rechnung getragen wird.

Systematische Berücksichtigung der Prinzipien eines umweltverträglichen Wachstums in allen EZ-Aktivitäten

Auf der Rio+20-Konferenz wurde das Konzept der grünen Ökonomie als entscheidendes Instrument zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung anerkannt. Dies bedeutet, dass dringende Maßnahmen erforderlich sind, um nicht nachhaltigen Produktions- und Konsumstrukturen Einhalt zu gebieten. Alle Länder sollten ihre Fähigkeit zur nachhaltigen und weniger umweltschädlichen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, zur Steigerung der Ressourceneffizienz und zur Verringerung des Abfallaufkommens verbessern. Einige Entwicklungs- und Schwellenländer sind Vorreiter der „grünen Welle“, da sie bereits weit fortgeschritten darin sind, die Chancen einer umweltverträglichen wirtschaftlichen Entwicklung und eines umweltfreundlichen Wirtschaftswachstums zu erkennen. Äthiopiens Strategie für

eine klimaresistente grüne Wirtschaft, Kambodschas nationaler Plan für umweltverträgliches Wachstum und Ruandas klimakompatibler Entwicklungspfad sind, zusammen mit den in diesem Bericht beschriebenen Fällen (China, Kenia und Korea, Kapitel 11), nur einige Beispiele für das feste Engagement der Länder, ein umweltverträgliches Wachstum für eine bessere Zukunft zu verfolgen.

Erbringern von EZ-Leistungen kommt durch die Einbettung von Konzepten der grünen Ökonomie bzw. des umweltverträglichen Wachstums in ihre Programme eine wichtige Rolle zu. Die *OECD/DAC-Grundsatzerklärung für die Konferenz Rio+20* verpflichtet die DAC-Mitglieder zur Unterstützung der systematischen Berücksichtigung solcher Aspekte, um den Partnerländern eine nachhaltigere Zukunft zu ermöglichen (OECD, 2012b; vgl. auch Kapitel 2). Beispielsweise stellt die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen nunmehr einen prioritären Schwerpunkt zahlreicher bilateraler Hilfsprogramme dar, und Umweltverträglichkeitsprüfungen sind eine Standardvorschrift für alle bedeutenden ODA-finanzierten Infrastrukturvorhaben in den Entwicklungsländern. Darüber hinaus war auch eine signifikante Zunahme der Nutzung Strategischer Umweltprüfungen zur Erleichterung der Entscheidungsfindung auf höherer Ebene zu beobachten. Der Beitrag der ODA zum umweltverträglichen Wachstum in den Entwicklungsländern lässt sich weiter stärken, indem gewährleistet wird, dass Ansätze zur Sicherung der Klimaverträglichkeit (*climate proofing*) und der Katastrophenrisikominderung bei ODA-finanzierten Investitionen systematisch berücksichtigt werden, um Fehlanpassungen zu vermeiden – also ein Szenario, bei dem die Entwicklung nach dem bisherigen Schema die Exposition und Anfälligkeit gegenüber dem Klimawandel unbeabsichtigt verstärkt.

Ebenso müssen ODA-Leistungen zur Armutsbekämpfung Existenzgrundlagen fördern, die sicher und widerstandsfähig gegenüber Klimawandel und Umweltdegradation sind. Die Entwicklungszusammenarbeit sollte darauf abzielen, bei großen entwicklungsbezogenen Veränderungen zu helfen, beispielsweise bei der Urbanisierung, wo der Umfang der notwendigen Infrastrukturinvestitionen groß ist und einer nachhaltigen Flächennutzungsplanung besondere Bedeutung zukommt, um das umweltverträgliche Wachstum voranzubringen. Und nicht zuletzt sollten die Technische Zusammenarbeit und die Anstrengungen im Bereich des Kapazitätsaufbaus angepasst und verstärkt werden, so dass die wachsende Nachfrage der Entwicklungsländer nach Hilfestellung bei der umweltverträglichen Entwicklung zeitnah gedeckt werden kann.

Die ODA effektiv einsetzen und als Katalysator für eine nachhaltige Entwicklungsfinanzierung nutzen

2011 war die ODA der OECD-Länder zum ersten Mal seit 1997 rückläufig.

Rio+20 hat darüber hinaus die Notwendigkeit verstärkt, den Einsatz, die Quellen und die Wirksamkeit von ODA-Leistungen und anderer Entwicklungsfinanzierung zu identifizieren und zu prüfen, um die nachhaltigen Entwicklungspfade der Entwicklungsländer zu unterstützen. 2010 belief sich die von den OECD-Ländern geleistete ODA auf nahezu 130 Mrd. US-$ und war vorwiegend auf die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele ausgerichtet. Dies entsprach einem Anstieg um über 60% seit dem Jahr 2000. Das Augenmerk galt darüber hinaus zunehmend ökologischen Herausforderungen, wobei sich die ODA für den Umweltschutz seit 2001-2002 nahezu verdreifacht hat und sich im Zeitraum 2009-2010 auf 5,1 Mrd. US-$ jährlich belief; die Unterstützung anderer ODA-Aktivitäten im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit stieg im selben Zeitraum auf 20,3 Mrd. US-$ (Kapitel 3). In

Anbetracht der derzeitigen angespannten wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten in vielen Geberländern könnte es schwierig sein, die ODA-Leistungen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zu erhöhen. 2011 ging die ODA in realer Rechnung um 2,7% zurück – der erste Rückgang seit 1997. Daher lauten die entscheidenden Fragen, wie ein effektiverer Einsatz der gegenwärtigen ODA-Mittel für eine nachhaltige Entwicklung sichergestellt werden kann und welche anderen Finanzierungsquellen durch ODA mobilisiert werden könnten.

Auf der Rio+20-Konferenz schlugen die Entwicklungsländer einen mit 30 Mrd. US-$ pro Jahr dotierten globalen Fonds für nachhaltige Entwicklung vor. Dieser Vorschlag wurde zwar aus dem endgültigen Text gestrichen, in *Die Zukunft, die wir wollen* wird jedoch anerkannt, dass es von entscheidender Bedeutung sein wird, dass die Industriestaaten ihre bestehenden Verpflichtungen erfüllen und das Ziel erreichen, bis 2015 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) als ODA zur Verfügung zu stellen (vgl. Teil V), einschließlich des Unterziels von 0,15-0,2% des BNE als ODA für die am wenigsten entwickelten Länder.

In *Die Zukunft, die wir wollen* wird ferner zur Fortsetzung der Anstrengungen zur Verbesserung der Qualität der ODA und zur Steigerung ihrer Effekte und Wirksamkeit im Dienst der Entwicklung aufgerufen. Ein zwischenstaatlicher Prozess wird eingerichtet werden, um den Finanzierungsbedarf zu prüfen, die Wirksamkeit, Konsistenz und Synergien der bestehenden Instrumente und Rahmen abzuwägen sowie Initiativen zu evaluieren, um eine effektive Finanzierungsstrategie für die nachhaltige Entwicklung zu definieren (Kasten 14.1).

ODA kann sowohl im Hinblick auf die Förderung der Entwicklung des privaten Sektors als auch die Stimulierung von Investitionen und Handel als Katalysator wirken. Die zunehmend komplexen Herausforderungen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung könnten stärkere Bemühungen erforderlich machen, ODA-Leistungen durch Kredite und Bürgschaften mit privatem Kapital zu kombinieren, um private Investitionen zu mobilisieren. Viele Kapitel in diesem Bericht haben die erfolgreichen Erfahrungen bei der Nutzung öffentlicher Gelder, einschließlich ODA, zur Mobilisierung anderer Finanzierungsquellen für nachhaltige Entwicklung veranschaulicht. Eine Initiative der jüngsten Zeit ist die beim Business-20-(B20-)Gipfel im Juni 2012 in Los Cabos lancierte Green Growth Action Alliance[1]. Diese Initiative, an der sich

Kasten 14.1 **Die Busan-Arbeitsgruppe für eine kohärente Klima- und Entwicklungsfinanzierung**

Ein erster Schritt in Richtung eines effektiveren Einsatzes aller Finanzierungsquellen für eine nachhaltige Entwicklung wurde auf dem Vierten Hochrangigen Forum zur EZ-Wirksamkeit in Busan, Korea (Dezember 2011), getan. Dort vereinbarten die Länder, die Kohärenz der Klimafinanzierung und anderer Entwicklungsleistungen über die Busan-Arbeitsgruppe zur Klimafinanzierung und Entwicklungswirksamkeit zu steigern. Heute beteiligen sich bereits 27 Länder und Institutionen an dieser Partnerschaft, um Klimaschutzmaßnahmen als integralen Bestandteil der übergeordneten nationalen Entwicklungspläne der Entwicklungsländer zu fördern und sicherzustellen, dass die damit zusammenhängenden Mittelzuweisungen im Einklang mit international vereinbarten Grundsätzen der EZ-Wirksamkeit eingesetzt werden. Nepal, Indonesien und Honduras verfügen bereits über Pilotprojekte in diesem Bereich, in deren Rahmen sie aus dem Ausland erhaltene Mittel wirkungsvoll in die nationalen Haushalte integrieren, um den Klimawandel zu bekämpfen, und die ODA zugleich zur Mobilisierung anderer inländischer Quellen nutzen.

Quelle: OECD (2012), „Busan Building Block: Climate Finance and Development Effectiveness", OECD, Paris, *www.oecd.org/dataoecd/63/39/50145480.pdf*.

nahezu 50 Unternehmen, internationale Organisationen und Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen beteiligen, zielt darauf ab, Investitionen des privaten Sektors zu mobilisieren und zu nutzen; darüber hinaus sollen Möglichkeiten identifiziert werden, um innovative öffentliche Finanzierungen zur Risikominderung und anderweitigen Förderung von Investitionen in saubere Energie, Verkehr, Landwirtschaft und andere Sektoren des umweltverträglichen Wachstums zu nutzen. Die Mobilisierung von Entwicklungsfinanzierung durch innovative Kanäle kann ebenfalls dazu führen, dass Politikmaßnahmen zur Förderung einer grünen Wirtschaft in einem breiten Spektrum von Entwicklungsländern aufgegriffen werden – dies ist etwa bei der bekannten Internationalen Klimaschutzinitiative[2] (IKI) der Fall. Die von der deutschen Bundesregierung lancierte IKI hat seit Beginn ihrer Arbeit 556 Mio. Euro aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten eingenommen. Diese Mittel wurden zur Finanzierung von 256 Projekten (Stand November 2011) in allen Regionen eingesetzt, um eine klimafreundliche Wirtschaft aufzubauen, die Klimaresilienz zu stärken und einen Beitrag zur Bekämpfung der Entwaldung und Walddegradation zu leisten.

Verbesserung und Beschleunigung des Wissensaustauschs zur Verbesserung der institutionellen und Humankapazitäten

Kapazitäten und Resilienz sind für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung von zentraler Bedeutung. Solche Kapazitäten sind notwendig, um ökologische Herausforderungen und Prioritäten zu identifizieren, ökonomische Argumente für umweltverträgliches Wachstum zusammenzustellen, Umweltrisikoabschätzungen durchzuführen, die jeweils am besten geeigneten umweltfreundlichen Technologien anzupassen und einzusetzen sowie Umweltfragen in die ressortübergreifende Entscheidungsfindung, insbesondere in mehrjährige nationale und sektorbezogene Planungs- und Haushaltsprozesse, einzubinden. Kapazitäten aufzubauen, um die Planungsprozesse mit Blick auf die nachhaltige Entwicklung zu steuern, kann ferner dazu beitragen, die Beteiligung der Zivilgesellschaft sowie des privaten Sektors sicherzustellen und darüber hinaus die für die Finanzen, die Planung sowie für einzelne Sektoren zuständigen Ministerien und nachgeordneten Gebietskörperschaften einzubeziehen. Außerdem können Aktivitäten zum Kapazitätsaufbau so gestaltet werden, dass sie die Entwicklungsländer bei der Einführung kohärenterer ressortübergreifender Politikmaßnahmen unterstützen. Die Entwicklungszusammenarbeit kann dies durch Politikdialog, die Verbesserung des Wissensaustauschs innerhalb von und zwischen Ländern sowie gezielte Technische Zusammenarbeit fördern. Um nur einige Beispiele zu nennen: Das von der EU finanzierte „Programm zum Auf- und Ausbau der Leistungsfähigkeit im Bereich ökologisch und sozial verantwortlicher Tourismus“ stärkt die Kapazität des vietnamesischen Ministeriums für Tourismus sowie der Tourismusverwaltung in den Provinzen im Hinblick auf die Planung, Markenpflege, Produktentwicklung und Vermarktung eines nachhaltigen Tourismus, bei dem das Augenmerk auf Aspekten der ökologischen Nachhaltigkeit und der Armutsminderung liegt[3]. Das Latin American and Caribbean Environmental Economics Programme (LACEEP) ist eine weitere Initiative dieser Art. Mit Unterstützung der Schwedischen Behörde für Internationale Entwicklungszusammenarbeit und des kanadischen International Development Research Centre stellt LACEEP Forschungszuschüsse im Bereich Umwelt- und Ressourcenökonomik in der Region Lateinamerika und Karibik zur Verfügung, um Humankapital zur Verbesserung der Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen auf allen Regierungsebenen, in NRO und im privaten Sektor aufzubauen und dadurch ein besseres Verständnis davon zu gewinnen, wie eine nachhaltige Umwelt zu rascherem Wirtschaftswachstum beitragen kann[4].

Zugleich können die für Entwicklungsarbeit zuständigen Stellen einen Beitrag zur Förderung von Innovation und zur Beschleunigung der Verbreitung umweltfreundlicher Technologien leisten, indem sie partnerschaftlich mit den Entwicklungsländern zusammenarbeiten, um einen günstigen Regulierungsrahmen sicherzustellen, der den Handel von Umweltgütern und -dienstleistungen sowie Innovation und Technologietransfer fördert. Forschungsarbeiten bestätigen, dass es weltweit nach wie vor zahlreiche tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse gibt, die den freien Verkehr von Umweltgütern behindern. Die Agenda der handelsbezogenen Entwicklungszusammenarbeit empfiehlt die Handelsliberalisierung sowie eine angemessene Abfolge von Projekten zum Kapazitätsaufbau und Handelsreformen[5]. Durch die Umsetzung ressortübergreifender Ansätze kann eine solche Agenda zur Verbesserung der Handelspolitik beitragen, die ein umweltverträgliches Wachstum andernfalls möglicherweise behindern könnte. Dennoch müssen die EZ-Fachleute für „grünen" Protektionismus sensibilisiert werden und mit den Partnerländern zusammenarbeiten, um diesen zu verhindern.

Investitionen in das Naturkapital tätigen

Die Teilnehmer der Rio+20-Konferenz vereinbarten die Prüfung von Möglichkeiten, der Natur einen größeren Wert beizumessen, darunter die Verwendung alternativer Messgrößen zum BIP zur Messung des Wohlstands – Messgrößen, die ökologischen und sozialen Faktoren stärker Rechnung tragen. Sie vereinbarten ferner, Anstrengungen zu unternehmen, um Umweltdienstleistungen zu bewerten und für diese zu bezahlen, etwa in den Bereichen Kohlenstoffsequestrierung und Schutz von Lebensräumen. Die Anerkennung des Werts der Naturgüter für die Entwicklungsländer – und ihre Rolle bei der Förderung ihrer Entwicklung und der Armutsminderung – hat bedeutende Auswirkungen auf die Entwicklungszusammenarbeit. Insbesondere müssen die Entwicklungspartner die Entwicklungsländer in folgenden Bereichen unterstützen:

- Einführung von Messgrößen des Wohlergehens, die dem Naturkapital Rechnung tragen;
- Steigerung des vom Naturkapital abgeleiteten Werts und gesellschaftlichen Wohlergehens durch nachhaltige Bewirtschaftung der Naturressourcen und Erkundung von Wertschöpfungsaktivitäten;
- Entwicklung von Märkten und Zahlungsmechanismen für die Bewahrung und Verbesserung von Ökosystemleistungen;
- Steigerung der Staatseinnahmen und gerechte Verteilung der Einnahmen aus der Nutzung und dem Abbau natürlicher Ressourcen;
- Entwicklung umfassenderer Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, um im Zeitverlauf ein glaubwürdiges und belastbares Monitoring zu bieten (Kasten 14.2).

Investitionen in Naturkapital bieten eine größere soziale Rendite als Investitionen in CO_2-intensive Infrastruktur.

Die Erbringer von EZ-Leistungen sollten dem Wert des Naturkapitals in ihren Entwicklungsportfolios ebenfalls besser Rechnung tragen. In Anbetracht der Begrenztheit der Ressourcen, die vielen Stellen heute zur Verfügung stehen, müssen Entscheidungen getroffen werden, ob mehr Entwicklungsfinanzierung in Sach-, Natur- oder Humankapital investiert werden soll. Es ist zunehmend Evidenz dafür vorhanden, dass Investitionen in Naturkapital die Entwicklungsländer bei der Armutsminderung unterstützen könnten; andererseits bieten Investitionen in CO_2- und/oder ressourcenintensive Infrastruktur u.U. kurzfristige Geschäftschancen, könnten auf lange Sicht jedoch die Existenzgrundlagen und die Entwicklung gefährden. In Anbetracht der Tatsache, dass zahlreiche Geberländer begonnen haben, im Inland

Kasten 14.2 **WAVES, eine Initiative für die Bilanzierung des Naturkapitals**

Eine globale Partnerschaft zur Förderung der Bezahlung von Ökosystemleistungen hat in Form der Initiative „Wealth Accounting and the Valuation of Ecosystem Services" (WAVES) mit finanzieller und technischer Unterstützung Australiens, Kanadas, Frankreichs, Japans, Norwegens und des Vereinigten Königreichs ihre Arbeit aufgenommen. WAVES hilft bereits Ländern wie Botsuana, Kolumbien, Costa Rica, Madagaskar und den Philippinen dabei, ihren nationalen Politikgestaltungsprozess durch Berücksichtigung des Werts ihres Naturkapitals sowie der wahren Kosten des Wirtschaftswachstums in ihrer Wirtschaftsbilanz voranzubringen. Dies wird durch die Schaffung eines institutionellen Rahmens erreicht, an dem alle wichtigen Ministerien und Beteiligten aktiv mitwirken, um breite Unterstützung zu gewinnen, sowie durch die Entwicklung von Machbarkeitsstudien zur Identifizierung entscheidender Politikfragen im Bereich der Naturressourcen, wichtiger Ansatzpunkte für die Politikgestaltung sowie relevanter Elemente der Umweltrechnungslegung und durch die Formulierung eines Vierjahresarbeitsplans, der die Erhebung von Daten, die Stärkung fachlicher Kapazitäten sowie die Klärung der jeweiligen Rolle der verschiedenen Stellen im Arbeitsprozess umfasst.

Quelle: www.wavespartnership.org/waves.

Messgrößen jenseits des BIP zu prüfen, ist es wahrscheinlich, dass sie auch beginnen werden, die Bewertung von Naturkapital in ihre Finanztransfers in Entwicklungsländer einzubeziehen, weil hier das Kosten-Nutzen-Verhältnis am sichtbarsten sein wird.

Der Weg in die Zukunft

Rio+20 hat uns viel mehr gebracht als lediglich das verhandelte Ergebnisdokument. Das Konferenzsekretariat hat zusammen mit dem Globalen Pakt der Vereinten Nationen und der Initiative „Nachhaltige Energie für alle" über 700 „freiwillige Verpflichtungen für Rio+20" von nachgeordneten Gebietskörperschaften und nationalen Regierungen, Unternehmen, NRO und Gewerkschaften für Maßnahmen erhalten, die die Welt auf den nachhaltigen Pfad bringen, den wir alle wollen (Kasten 14.3). Diese greifbaren Zusagen werden in naher Zukunft voraussichtlich über 500 Mrd. US-$ für die nachhaltige Entwicklung mobilisieren (UNCSD, 2012b).

Kasten 14.3 **Beispiele für freiwillige Maßnahmen im Rahmen von Rio+20**

Die auf der Rio+20-Konferenz eingegangenen Hunderte von freiwilligen Verpflichtungen sind inspirierend und instruktiv, wie die folgenden Beispiele veranschaulichen:

- Die Länder im Kongobecken arbeiten zusammen, um den Handel mit Holz aus illegalem Einschlag zu bekämpfen und den zweitgrößten Regenwald der Erde zu bewahren.
- Zwanzig der größten Unternehmen der Welt haben sich verpflichtet, ihre Lieferketten umweltfreundlicher zu gestalten, indem sie nur noch Rindfleisch, Soja, Palmöl, Holz und Papier erwerben, die ohne die Abholzung von Wäldern produziert wurden.
- Der Präsident von Mosambik kündigte an, dass sein Land eine neue Green Economy Roadmap verabschieden wird, und zeigte damit, dass die Entwicklungsländer, einschließlich einiger der am wenigsten entwickelten Länder, mehr denn je davon überzeugt sind, dass Umweltverträglichkeit und Wachstum Hand in Hand gehen.
- Finnland, Norwegen, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten haben zugesagt, die Bemühungen zur Gewährleistung des Zugangs zu Energie sowie Trinkwasser und Sanitärversorgung für alle durch die Bereitstellung substanzieller Mittel zu unterstützen.

Der Abschluss der Rio+20-Konferenz stellt erst den Beginn einer langen Reise dar. Die Veranstaltung hat den Regierungen, dem privaten Sektor und der Zivilgesellschaft einen Fahrplan für die Prüfung eines neuen Wachstums- und Entwicklungsmodells geliefert, das sicherstellt, dass Umweltverträglichkeit und Wachstum Hand in Hand gehen. Die EZ-Fachleute müssen die Ergebnisse der Rio+20-Konferenz berücksichtigen. Sie können dazu beitragen, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts im Bereich der nachhaltigen Entwicklung zu überwinden, indem sie die international vereinbarten Prinzipien als Grundlage für die weltweite Partnerschaft einhalten: Eigenverantwortung der Partnerländer, Transparenz, Rechenschaftspflicht, Partnerausrichtung, Harmonisierung sowie Koordinierung. Nur, wenn Nachhaltigkeit und Entwicklung durch Strategien, die der Eigenverantwortung und Führung der Partnerländer obliegen, in vollem Umfang miteinander verbunden sind, können unsere Bemühungen auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit *Die Zukunft, die wir wollen* wahrhaft unterstützen – wobei bedacht werden sollte, dass die Zukunft heute beginnt.

Anmerkungen

1. *www3.weforum.org/docs/WEF_B20_GreenGrowthActionAlliance_Factsheet_2012.pdf*.
2. *www.bmu-klimaschutzinitiative.de*.
3. *http://eeas.europa.eu/delegations/vietnam/press_corner/all_news/news/2010/20101006_en.htm*.
4. *www.laceep.org/index.php*.
5. *www.oecd.org/document/52/0,3746,en_2649_34665_39145396_1_1_1_1,00.html*.

Literaturverzeichnis

OECD (2012a), "Busan Building Block: Climate Finance and Development Effectiveness", OECD, Paris, *www.oecd.org/dataoecd/63/39/50145480.pdf*.

OECD (2012b), "OECD DAC Policy Statement for the RIO +20 Conference", OECD Publishing, Paris, *www.oecd.org/dataoecd/52/29/50141822.pdf*.

UNCSD (Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung) (2012a), *Die Zukunft, die wir wollen*, Rio+20-Ergebnisdokument, *http://www.un.org/Depts/german/gv-66/band3/ar66288.pdf*.

UNCSD (2012b), "Summary of Rio+20 Voluntary Commitments", *www.uncsd2012.org/content/documents/790Summary%20of%20Voluntary%20Commitments%20Registered%20at%20Rio20%20v6.pdf*.

VN (Vereinte Nationen) (2012), *Millenniums-Entwicklungsziele – Bericht 2012*, VN, New York.

Wroughton, L. (2012), "World Bank Says U.N. Goal of Halving Poverty Met", Reuters website, 29. Februar 2012, *www.reuters.com/article/2012/02/29/us-worldbank-poverty-idUSTRE81S25520120229*.

WWF Deutschland (2012), *Living Planet Report 2012 – Kurzfassung*, *http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF_LPR_2012_Kurzfassung.pdf*.

TEIL V

Politik und Leistungen der bilateralen Geber

© OECD 2013

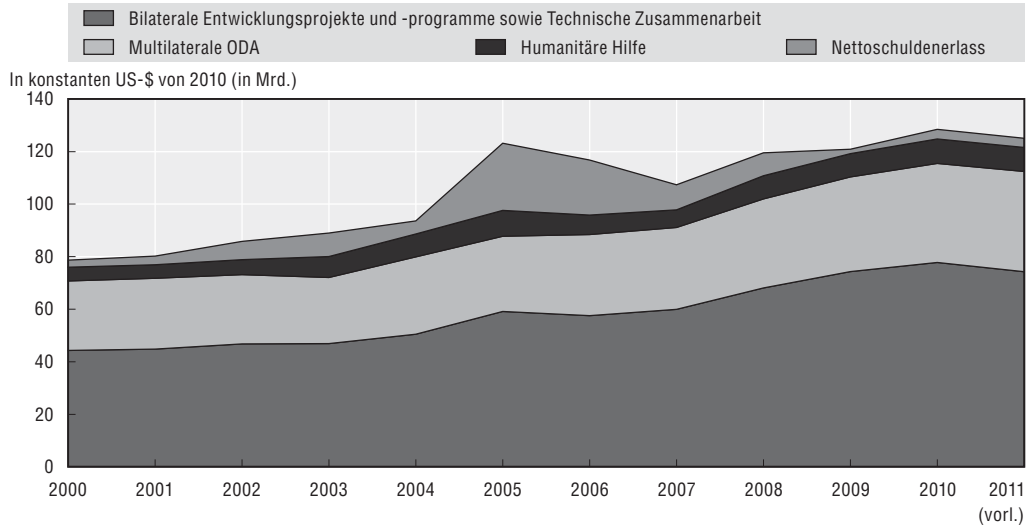
ODA-Leistungen der Mitglieder des Entwicklungsausschusses im Jahr 2011

Vorläufigen Zahlen zufolge verringerten sich die Nettoleistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) der Mitglieder des Entwicklungsausschusses (DAC) 2011 in realer Rechnung um 2,7% gegenüber 2010. Dies ist der erste Rückgang der Netto-ODA seit 1997 und stellt eine deutliche Wende in dem 2000-2010 beobachteten Aufwärtstrend dar. Dieser Rückgang ist auf die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte zurückzuführen, die sich auf die ODA-Budgets mehrerer DAC-Länder ausgewirkt hat. Während die ODA seit langem als wichtiger Puffer zur Abfederung der direkten Auswirkungen von Finanzkrisen in Entwicklungsländern dient, wächst inzwischen die Erkenntnis, dass auch die Nicht-ODA-Finanzierung wichtig für die Entwicklung ist. Die privaten Nettoleistungen der DAC-Mitglieder sind 2008 drastisch gesunken, seit 2009 sind sie jedoch wieder im Steigen begriffen. Länderprogrammierbare Entwicklungsleistungen – die Unterkategorie der gesamten ODA-Leistungen, die in der Regel in den mehrjährigen Ausgabenplänen berücksichtigt ist – machen 57% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen der DAC-Mitglieder aus (66 Mrd. US-$ im Jahr 2010). Dieses Kapitel enthält auch Daten über die Komponenten der Netto-ODA, die Zusammensetzung der bilateralen ODA, den Grad der Lieferaufbindung, die ODA-Zusagen zu Gunsten der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Frauen sowie die ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen.

Für das Jahr 2011 zeigen die vorläufigen von den Mitgliedern des Entwicklungsausschusses (DAC) gelieferten Daten, dass sich die Nettoleistungen im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) auf 133,5 Mrd. US-$ beliefen, 0,31% ihres kombinierten Bruttonationaleinkommens (BNE). Dies entspricht in realer Rechnung im Vergleich zu 2010 – dem Jahr, in dem die ODA-Volumen ihren Höchststand erreichten – einem Rückgang um 2,7%. Lässt man die Jahre außer Acht, in denen außergewöhnliche Schuldenerlasse gewährt wurden, war dies der erste Rückgang der Netto-ODA seit 1997 und darauf zurückzuführen, dass sich die angespannte Haushaltslage in mehreren DAC-Ländern auf die ODA-Budgets ausgewirkt hat. In der Tat konnten sich die ODA-Budgets 2011 weniger gut behaupten wie die durchschnittlichen Staatsausgaben der OECD-Länder, bei denen zwischen 2010 und 2011 in realer Rechnung eine geringfügige Zunahme festzustellen war[1].

Innerhalb der Netto-ODA insgesamt sind die eigentlichen Leistungen für bilaterale Projekte und Programme (d.h. ohne Schuldenerlasse und humanitäre Hilfe) in realer Rechnung um 4,5% gesunken.

Abbildung V.1 **Komponenten der Netto-ODA der DAC-Geber, 2000-2011**



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700333

Ergebnisse der einzelnen Geber

Die größten Geber waren 2011 die Vereinigten Staaten, Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Japan. Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden übertrafen erneut das von den Vereinten Nationen gesetzte Ziel, dem zufolge sich die ODA auf 0,7% des BNE belaufen soll. Die größte Zunahme der ODA-Leistungen in realer Rechnung wurde in Italien, Neuseeland, Schweden und der Schweiz verzeichnet. Im Gegensatz dazu sank die ODA in 16 anderen DAC-Ländern, wobei der stärkste Rückgang in Belgien, Griechenland, Japan, Österreich und Spanien registriert wurde (vgl. Tabelle A.1 im Statistischen Anhang).

In den zehn Jahren bis 2011 ist die ODA stetig gestiegen. Die Netto-ODA hat zwischen 2000 und 2010 – dem Jahr, in dem sie ihren Höchststand erreichte – um 63% zugenommen.

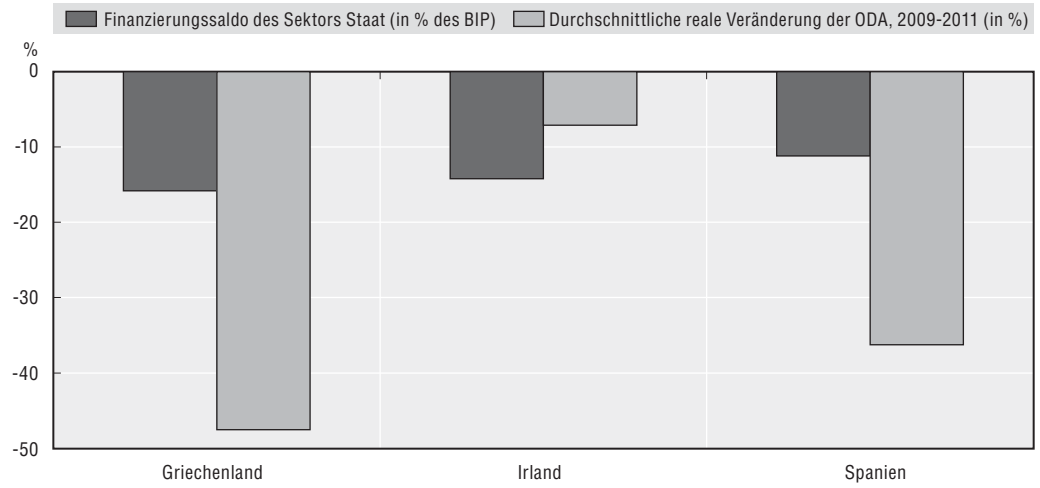
Die ODA-Leistungen sind seit langem eine stabile Quelle der Entwicklungsfinanzierung, durch die die direkten Auswirkungen früherer Finanzkrisen abgefedert werden konnten (z.B. nach der mexikanischen Schuldenkrise der frühen 1980er Jahre und der Rezession der frühen 1990er Jahre). Die Rezession in mehreren DAC-Geberländern hat jedoch deren Staatseinnahmen bereits erheblich geschmälert. Wegen der großen Haushaltsdefizite, die seit 2009 verzeichnet werden, sahen sich einige DAC-Länder veranlasst, ihre ODA-Budgets zu kürzen, und zunehmender Haushaltsdruck könnte andere Geber zwingen, dies in den kommenden Jahren ebenfalls zu tun. Ein im April 2012 veröffentlichter OECD-Bericht zeigt, dass drei der größten Geberländer – die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und Japan – eine rasche und nachhaltige Haushaltskonsolidierung im Umfang von 8-12% des BIP vornehmen müssen, um die Staatsschuldenquote bis 2050 auf 50% des BIP zu begrenzen (OECD, 2012a)[2]. Wenn diese Haushaltsanpassungen allein durch Ausgabenkürzungen erzielt werden sollen, wird eine Verringerung der Aufwendungen um 12-20% erforderlich sein.

Aus der Perspektive der Empfänger betrachtet, deutet die vom DAC durchgeführte Erhebung über die Ausgabenpläne der Geber für 2012-2015 (OECD, 2012b)[3] darauf hin, dass die globalen länderprogrammierbaren Leistungen (Country Programmable Aid – CPA, nachstehend definiert) für die Entwicklungsländer 2012 in realer Rechnung um rd. 6% steigen könnten. Dieser Anstieg wäre hauptsächlich durch die erwartete Zunahme der von multilateralen Stellen vergebenen vergünstigten Kredite bedingt, die im Zeitraum 2009-2011 durch Kapitalauffüllungen finanziert wurden. Nach 2013 dürften die globalen CPA-Leistungen stagnieren, wie schon nach der Rezession Anfang der 1990er Jahre zu beobachten war, als festgestellt wurde, dass es zwischen drei und fünf Jahre dauert, bis der Effekt auf die Entwicklungsleistungen vollständig zum Tragen kommt (OECD, 1996).

Letztes Jahr verabschiedeten die Mitglieder des DAC die *Recommendation on Good Pledging Practice*[4], die EZ-Gebern dabei helfen soll, glaubwürdige und umsetzbare Zusagen zu machen und die Rechenschaftspflicht wie auch die Transparenz in der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen. Diese Empfehlung könnte bei kommenden Konferenzen über globale Ziele und ihre Finanzierung einen nützlichen Bezugspunkt liefern. Der DAC begleitet und unterstützt solche Initiativen (u.a. im Zusammenhang mit Rio+20) und Anstrengungen zur Festlegung neuer Entwicklungsziele für die Zeit nach 2015.

Es gilt darauf hinzuweisen, dass für 2011 nur vorläufige ODA-Zahlen vorliegen; diese sind in den folgenden Kapiteln jeweils für die einzelnen DAC-Mitglieder angegeben. Die Analysen und

Abbildung V.2 **ODA-Kürzungen in DAC-Ländern mit großen Haushaltsdefiziten, 2009**



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700352

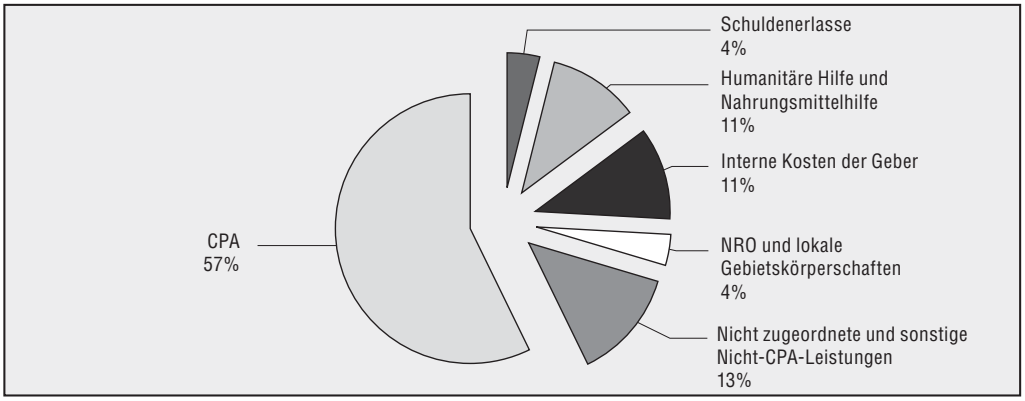
Erläuterungen in diesen Länderprofilen stützen sich indessen auf Daten aus dem Zeitraum bis 2010. Die meisten Angaben sprechen für sich, zu den Daten zu den länderprogrammierbaren Leistungen, zur Lieferaufbindung, zur Entwicklungszusammenarbeit zu Gunsten der Gleichstellung der Geschlechter und zu den umwelt- und klimaschutzbezogenen Leistungen bedarf es allerdings einiger erläuternder Anmerkungen.

Länderprogrammierbare Entwicklungsleistungen

Die länderprogrammierbaren Entwicklungsleistungen (CPA) bilden die Unterkategorie der gesamten ODA-Leistungen, die in der Regel in den mehrjährigen Ausgabenplänen berücksichtigt ist. Die CPA sind auch ein geeigneter Näherungswert für die gesamten Mittelzuflüsse, die in den ODA-Informationssystemen der einzelnen Länder erscheinen, und können daher für die Partnerländer nützlich sein. Die CPA-Leistungen werden anhand der Auszahlungen gemessen; die Kreditrückzahlungen werden dabei nicht herausgerechnet, da diese bei den Entscheidungen über die Allokation von ODA-Leistungen normalerweise nicht berücksichtigt werden. Die CPA-Leistungen werden auf der Basis von Angaben ermittelt, die über den DAC-Standardfragebogen und das Creditor Reporting System (CRS, weiter unten beschrieben) gemacht werden.

Das CPA-Volumen ist nach dem Ausschlussprinzip definiert als das Bruttogesamtvolumen der bilateralen ODA nach Abzug bestimmter Aktivitäten, die *a)* ihrer Art nach unvorhersehbar sind (humanitäre Hilfe und Schuldenerlasse), *b)* nicht mit grenzüberschreitenden Zahlungsströmen verbunden sind (Verwaltungskosten, kalkulatorische Studienplatzkosten, Programme zur Sensibilisierung für Entwicklungsfragen sowie Kosten für Entwicklungsforschung und Flüchtlinge in den Geberländern), *c)* nicht Bestandteil zwischenstaatlicher Kooperationsvereinbarungen sind (Nahrungsmittelhilfe, ODA-Leistungen nachgeordneter Gebietskörperschaften, Kernfinanzierung von NRO, ODA-Kapitalbeteiligungen, über Dritte erbrachte Leistungen und nicht nach Ländern oder Regionen aufschlüsselbare Leistungen).

Abbildung V.3 **Zusammensetzung der bilateralen ODA der DAC-Mitglieder, 2010**



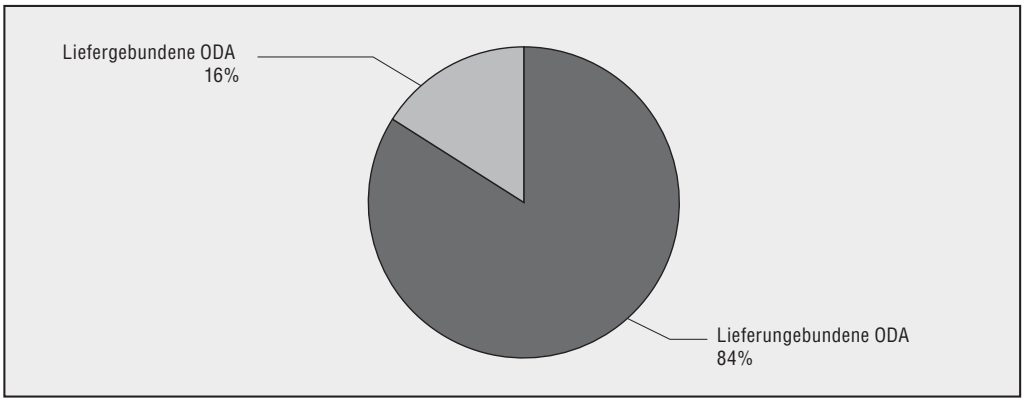
StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700371

Die CPA-Leistungen der DAC-Mitglieder, einschließlich der EU-Institutionen, beliefen sich 2010 insgesamt auf 66 Mrd. US-$, was 57% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen der DAC-Mitglieder entspricht. Als Anteil der gesamten bilateralen ODA sind die CPA-Leistungen seit 2004 unverändert geblieben, abgesehen von einem vorübergehenden Rückgang in den Jahren 2005 und 2006, als der DAC dem Irak und mehreren afrikanischen Ländern außergewöhnlich hohe Schuldenerleichterungen gewährte.

Lieferaufbindung

Bei der ODA ohne Lieferbindung handelt es sich gemäß der Definition des DAC um Kredite und Zuschüsse, die in vollem Umfang frei zur Finanzierung von Beschaffungen

Abbildung V.4 **Grad der Lieferaufbindung der ODA-Leistungen der DAC-Länder, 2010 (ohne Verwaltungskosten der Geber und Technische Zusammenarbeit)**



Anmerkung: Da für Australien für 2010 keine Daten zur Lieferaufbindung verfügbar sind, bezieht sich der Anteil der lieferungebundenen Leistungen in der Abbildung auf die übrigen 22 DAC-Geber. Die Verwaltungskosten der Geber und die Technische Zusammenarbeit sind in den Daten nicht berücksichtigt.

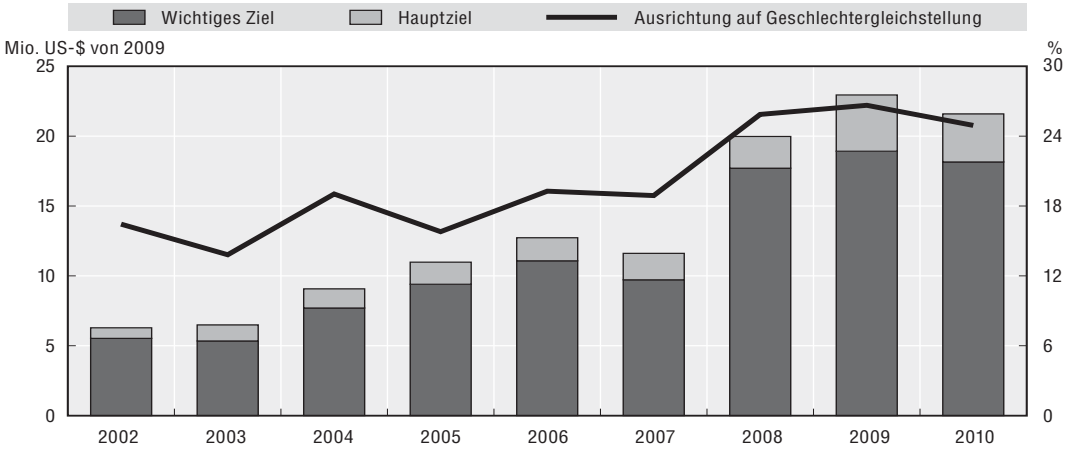
StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700390

in allen OECD-Ländern und so gut wie allen Entwicklungsländern verwendet werden können. Alle anderen Kredite und Zuschüsse gelten als gebundene Leistungen, unabhängig davon, ob dem eine formelle Lieferbindung oder nur eine informelle Vereinbarung zu Grunde liegt. Der DAC befasst sich schon seit seiner Gründung (1961) mit der Frage der Aufhebung der Lieferbindung. Zweck der Unterscheidung zwischen Leistungen mit und ohne Lieferbindung ist es, aufzuzeigen, welcher Teil der ODA der Mitglieder uneingeschränkt für wettbewerbsoffene Beschaffungen auf dem internationalen Markt genutzt werden kann. Die wettbewerbliche Auftragsvergabe auf internationaler Ebene ermöglicht eine kostengünstige Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen für Entwicklungsprojekte sowie -programme und fördert einen freien und offenen Handel. Die Berichterstattung des DAC zur Lieferaufbindung erstreckt sich nicht auf die multilaterale ODA (Beiträge zu den Kernhaushalten multilateraler Einrichtungen), da hierzu nur Daten zur bilateralen ODA erfasst werden. Wie in anderen Bereichen auch richtet der DAC auf diesem Gebiet seit vielen Jahren besondere Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries – LDC). 2001 verabschiedete der DAC die *Empfehlung zur Aufhebung der Lieferbindung von ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder*. 2008 wurde diese Empfehlung auf alle hochverschuldeten armen Länder (Heavily Indebted Poor Countries – HIPC) ausgedehnt (OECD, 2001; OECD, 2008). Die Zahlen zur Lieferaufbindung in den Länderprofilen beziehen sich auf die gesamte bilaterale ODA der jeweiligen DAC-Mitglieder an alle von ihnen unterstützten Länder (ohne Verwaltungskosten der Geber und Technische Zusammenarbeit). Die Berichterstattung des DAC zur Lieferaufbindung erstreckt sich nicht auf die multilaterale ODA (Beiträge zu den Kernhaushalten multilateraler Einrichtungen). Der Grad der Lieferaufbindung der ODA der DAC-Mitglieder erreichte nach dieser Definition 2008 mit 87% einen Höchststand, sank 2009 aber auf 85% und 2010 auf 84%.

Entwicklungszusammenarbeit zu Gunsten der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Was die Angaben bezüglich der Entwicklungsleistungen zur Unterstützung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen anbelangt, so bewerten alle DAC-Mitglieder mit Ausnahme der Vereinigten Staaten[5] ihre Aktivitäten anhand des Gender-Markers des DAC. Dieser Gender-Marker dient dazu, von den Gebern geförderte Aktivitäten

Abbildung V.5 **ODA-Zusagen der DAC-Mitglieder insgesamt für die Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2002-2010**



Anmerkung: Die Angaben der Geber sind in dieser Abbildung ab dem Jahr berücksichtigt, in dem der Erfassungsgrad ihrer Berichterstattung zum Gender-Marker vom DAC-Sekretariat als „gut" erachtet wird. Dasselbe Prinzip gilt für die Abbildungen zu den einzelnen Gebern.

Quelle: OECD DAC-Statistik, 2011.

StatLink *http://dx.doi.org/10.1787/888932700409*

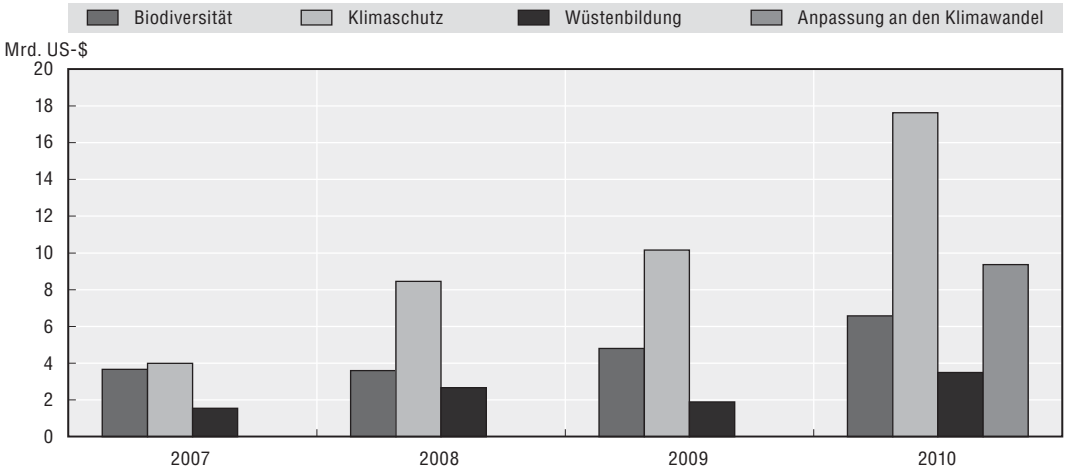
in Bezug auf ihre Ausrichtung auf das Ziel der Geschlechtergleichstellung einzuteilen. Die Einteilung in die Kategorie „Hauptziel" bedeutet, dass die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter ein explizites Ziel der jeweiligen Aktivität und für deren Gestaltung maßgeblich war. „Wichtiges Ziel" bedeutet, dass die Gleichstellung der Geschlechter ein bedeutendes, aber nur sekundäres Ziel der Aktivität war.

In den folgenden Länderprofilen ist die ODA der einzelnen Länder zu Gunsten der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Frauen dargestellt in Bezug auf *a)* das Volumen der zugesagten ODA-Leistungen für Aktivitäten, bei denen die Geschlechtergleichstellung ein „Hauptziel" oder „wichtiges Ziel" war (linke Achse in den Abbildungen der Länderprofile, dargestellt durch die Höhe der Balken), und *b)* ihren Anteil an den nach Sektoren aufschlüsselbaren Leistungen (rechte Achse in den Abbildungen der Länderprofile, dargestellt durch die Linie). Es gilt darauf hinzuweisen, dass Schwankungen bei den für die Förderung der Geschlechtergleichstellung bereitgestellten Leistungen der DAC-Mitglieder in einigen Fällen auf Unterschiede bei der Anwendung des Gender-Markers im Zeitverlauf zurückzuführen sind. Wie in Abbildung V.5 aufgezeigt, haben die gesamten ODA-Zusagen der DAC-Mitglieder zu Gunsten der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Frauen 2008 und 2009 beträchtlich zugenommen, 2010 aber leicht abgenommen.

Umwelt- und klimaschutzbezogene Leistungen

Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC), das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt (UNCBD) und das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD), die zusammen unter der Bezeichnung Rio-Übereinkommen laufen, wurden im Vorfeld der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992 ausgehandelt und unterzeichnet. In den Übereinkommen drückt sich das Engagement der Unterzeichnerstaaten aus, die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung und globale Umweltbelange in ihre nationalen Entwicklungsprogramme einfließen zu lassen und zugleich Mittel der finanziellen und technischen Zusammenarbeit für diese Zwecke bereitzustellen. Die Industriestaaten, die die drei Rio-Übereinkommen 1992 unterzeichnet haben, verpflichteten sich, Entwicklungsländern bei ihrer Umsetzung zu helfen. Der DAC

Abbildung V.6 **ODA-Zusagen der DAC-Geber insgesamt für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010**



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700428

beobachtet seit 1998 im Rahmen seines Creditor Reporting Systems die ODA-Zusagen, die auf die Ziele der Rio-Übereinkommen ausgerichtet sind, wobei die sogenannten „Rio-Marker" Anwendung finden. Sämtliche Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit, die im CRS erfasst werden, sollten einer Prüfung unterzogen und entsprechend eingestuft werden als *a)* auf die Umsetzung der Übereinkommen als „Hauptziel" oder als „wichtiges Ziel" ausgerichtet oder *b)* nicht auf die Umsetzung der Übereinkommen ausgerichtet. Wie der Gender-Marker messen die Rio-Marker die ODA-Zusagen und nicht etwa die tatsächlichen ODA-Auszahlungen. Es gilt jedoch darauf hinzuweisen, dass Schwankungen bei den umwelt- und klimaschutzbezogenen Leistungen der DAC-Mitglieder in einigen Fällen auf Unterschiede bei der Anwendung der Rio-Marker im Zeitverlauf zurückzuführen sind.

Im Jahr 2010 waren die ODA-Zusagen der DAC-Mitglieder insgesamt, die auf alle Ziele der Rio-Übereinkommen ausgerichtet waren, höher als im Vorjahr, was z.T. auf eine bessere Berichterstattung zurückzuführen ist. Die Zusagen beliefen sich für die Biodiversität auf 6,6 Mrd. US-$, den Klimaschutz auf 17,6 Mrd. US-$ und die Bekämpfung der Wüstenbildung auf 3,5 Mrd. US-$. 2010 fingen die DAC-Mitglieder auch an, Bericht über die ODA-Zusagen für die Anpassung an den Klimawandel zu erstatten, wofür sie sich mit 9,4 Mrd. US-$ engagierten.

Über die ODA-Leistungen hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

In den letzten Jahren wurde zunehmend erkannt, wie wichtig die Nicht-ODA-Finanzierung im Bereich der Entwicklungsfinanzierung ist. Viele DAC-Mitglieder vergeben öffentliche Finanzmittel an Entwicklungsländer, die nicht als ODA ausgewiesen werden, entweder weil die Aktivitäten eindeutig nicht auf die Entwicklung abzielen (z.B. exportbezogene Aktivitäten) oder weil die Finanzmittel zu marktüblichen Bedingungen bereitgestellt werden (z.B. nicht vergünstigte Kredite von bilateralen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen). Seit letztem Jahr misst der DAC diesen Finanzierungsströmen mehr Aufmerksamkeit bei, und er ist dabei, ein spezifisches Arbeitsprogramm zur Verbesserung der DAC-Statistiken in diesem Bereich aufzubauen[6] (in diesem Zusammenhang wird auch die private Finanzierung untersucht, die durch öffentliche Interventionen mobilisiert wird).

Die aktuellen DAC-Statistiken zeigen, dass sich die Nettoauszahlungen der DAC-Mitglieder in der Kategorie „sonstige öffentliche Leistungen" nach einem kräftigen Anstieg in den

beiden vorangegangenen Jahren im Jahr 2010 auf 4,8 Mrd. US-$ beliefen – was gegenüber 2009 einen Rückgang um 50% darstellt. Im Zweijahresdurchschnitt (2007-2008, 2009-2010) waren die Bruttoauszahlungen weitgehend konstant und betrugen 23,8 Mrd. US-$ bzw. 24 Mrd. US-$; die größten Leistungserbringer waren Japan, Korea, Kanada, Deutschland und die Vereinigten Staaten.

Bei den privaten Nettokapitalleistungen der DAC-Mitglieder an die Entwicklungsländer zu marktüblichen Bedingungen war 2008 ein starker Rückgang festzustellen (von 318,6 Mrd. US-$ 2007 auf 129,9 Mrd. US-$ 2008), was wahrscheinlich auf die Finanzkrise zurückzuführen war. Seit 2009 sind sie wieder im Steigen begriffen. 2010 kamen die höchsten privaten Kapitalleistungen zu marktüblichen Bedingungen für Entwicklungsländer aus den Vereinigten Staaten, Japan und Frankreich. Parallel dazu wurde bei den privaten Nettozuschüssen der DAC-Mitglieder insgesamt seit 2007 ein progressiver und kontinuierlicher Anstieg verzeichnet, wobei die Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet der wichtigste Akteur sind (sie stellen 74% der gesamten privaten Zuschüsse der DAC-Mitglieder an die Entwicklungsländer).

Anmerkungen

1. Die durchschnittlichen Staatsausgaben im OECD-Raum sind zwischen 2010 und 2011 von 44,6% auf 44% des BIP gesunken. Diesem Rückgang steht jedoch ein Anstieg des BIP um 1,9% gegenüber, so dass die Gesamtstaatsausgaben in diesen zwei Jahren effektiv um rd. 0,5% zugenommen haben (OECD, 2011).
2. Vgl. OECD (2012a), Abb. 2.
3. Die endgültigen Erhebungsergebnisse 2012 berücksichtigen zum ersten Mal detaillierte Programminformationen der Länder, die bereit waren, solche Daten zur Verfügung zu stellen. Diese Ergebnisse dürften die Diskussionen über künftige Mittelzuweisungen in den Geberzentralen beeinflussen.
4. *http://acts.oecd.org/Instruments/ShowInstrumentView.aspx?InstrumentID=269&Instrument PID=274.*
5. Die Angaben der Vereinigten Staaten zum Grad der Ausrichtung ihrer ODA-Leistungen auf die Gleichstellung der Geschlechter sind nicht mit den entsprechenden Angaben der anderen Geber vergleichbar. Die Vereinigten Staaten haben die Datenerhebung für den Gender-Marker inzwischen einer Prüfung unterzogen und beschlossen, die dabei angewandten Methoden im Interesse einer zuverlässigen und stichhaltigen Berichterstattung deutlich zu ändern.
6. Bisher wurden zwei wichtige statistische Prüfungen durchgeführt (über Exportkredite und Aktivitäten der Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen – EFI). Diese Prüfungen zeigen eine Reihe zu lösender Fragen auf, z.B. in Bezug auf die Erfassung (die für beide Datenreihen unvollständig ist), die Klassifizierung (die der Vielfalt der Finanzinstrumente besser Rechnung tragen sollte) und die Messung (Nettoauszahlungen gegenüber Bruttoauszahlungen).

Literaturverzeichnis

OECD (1996), *Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 1996*, OECD Publishing, Paris.

OECD (2001), "Untying Aid to the Least Developed Countries", *OECD Policy Brief,* Juli 2001, OECD Publishing, Paris, *www.oecd.org/dataoecd/16/24/2002959.pdf*.

OECD (2008), "DAC Recommendation on Untying ODA", OECD Publishing, Paris, *www.oecd.org/dataoecd/61/43/41707972.pdf*.

OECD (2011), *OECD-Wirtschaftsausblick 90, Ausgabe 2011/2*, OECD Publishing, Paris.

OECD (2012a), "Fiscal Consolidation: How Much is Needed to Reduce Debt to a Prudent Level?", *OECD Economics Department Policy Note 11*, April 2012, OECD Publishing, Paris, *www.oecd.org/eco/publicfinanceandfiscalpolicy/50100974.pdf*.

OECD (2012b), "Outlook on Aid. Survey on Donors' Forward Spending Plans 2012-2015", OECD, Paris, *www.oecd.org/dataoecd/45/25/50056866.pdf*.

Profile der einzelnen DAC-Mitglieder

In diesem Teil des Berichts sind die Profile der einzelnen DAC-Mitglieder in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Die Länderprofile enthalten auch Abbildungen zu den ODA-Schlüsseldaten für jedes Mitglied:

- *Bilaterale und multilaterale ODA, netto und brutto für 2011 sowie historische Trends seit 2006*
- *ODA nach Einkommensgruppe, Region, Sektor und zehn Hauptempfänger von ODA, brutto*
- *Zusammensetzung der bilateralen ODA*
- *Fokussierung der bilateralen Leistungen auf Schwerpunktländer und am wenigsten entwickelte Länder (LDC)*
- *Lieferungebundene ODA*
- *ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen*
- *ODA-Zusagen zu Gunsten des Umwelt- und Klimaschutzes*
- *Entwicklungsfinanzierung, die über ODA hinausgeht*

Australien

Australien zählt zu den wenigen DAC-Mitgliedsländern, die ihre ODA-Leistungen 2011 aufgestockt haben, da es die globale Wirtschafts- und Finanzkrise ohne Rezession überstanden hat und von den derzeitigen Turbulenzen im Euroraum relativ unberührt geblieben ist. Im Jahr 2011 belief sich Australiens Netto-ODA auf 4,8 Mrd. US-$, was in realer Rechnung einem Anstieg um 5,7% gegenüber 2010 entspricht. Diese Erhöhung diente 2010 und 2011 der Aufstockung der bilateralen Zuschüsse und sorgte dafür, dass die australischen ODA-Leistungen auf ihrem Wachstumspfad von jährlich 6% seit 2006 blieben.

Auch im Verhältnis zum Nationaleinkommen nahmen die ODA-Leistungen Australiens zu und erreichten 2011 0,35%, gegenüber 0,32% im Jahr 2010. Im Mai 2012 bekräftigte Australien erneut seine Zusage, seine Zielvorgabe eines ODA/BNE-Verhältnisses von 0,5% zu erreichen, verschob den Zieltermin aber auf 2016/2017.

Abbildung V.7 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Australien**

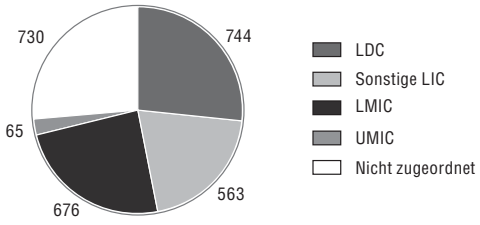
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	2 762	3 826	4 799	25.4
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	3 415	3 826	4 044	5.7
Austral. Dollar (Mio.)	3 535	4 171	4 651	11.5
ODA/BNE (%)	0.29	0.32	0.35	
Bilateraler Anteil (%)	84	85	85	

v = Vorläufige Daten.

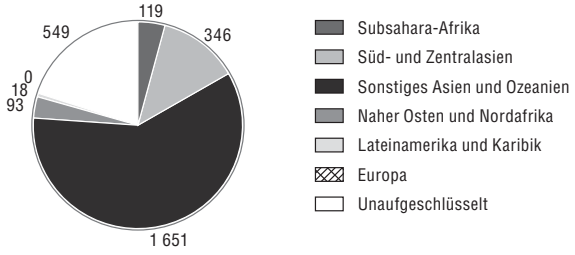
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Indonesien	349
2 Papua-Neuguinea	344
3 Salomonen	211
4 Philippinen	100
5 Afghanistan	98
6 Timor-Leste	92
7 Vietnam	92
8 Pakistan	78
9 Sri Lanka	52
10 Irak	52
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	40%
10 Hauptempfänger	53%
20 Hauptempfänger	66%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



Bilaterale und multilaterale ODA

Die Aufstockungen der australischen ODA zwischen 2006 und 2011 haben vorläufigen Daten für 2011 zufolge zu einer erhöhten Mittelallokation für die bilateralen und multilateralen Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit in einer Größenordnung von 4,08 Mrd. US-$ bzw. 716 Mio. US-$ geführt. Der Anteil der bilateralen ODA-Leistungen zählte (mit durchschnittlich 86% gegenüber einem DAC-Durchschnitt von 68%) weiterhin zu den größten unter allen DAC-Mitgliedern.

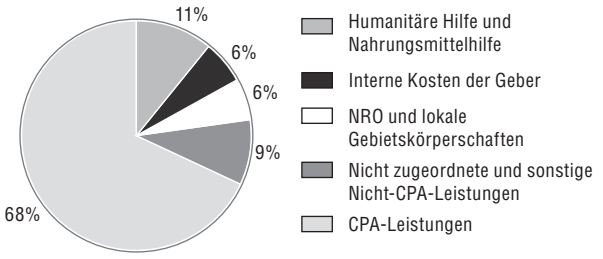
Zusammensetzung der bilateralen ODA

Australiens länderprogrammierbare EZ-Leistungen (CPA) beliefen sich 2010 auf 68% seiner bilateralen ODA-Bruttoleistungen, was deutlich über dem DAC-Durchschnitt von 57% liegt. Die allgemeine Budgethilfe – die Teil der CPA ist – machte 2,6% der bilateralen ODA-Leistungen Australiens aus. Auf die von Australien auf bilateraler Ebene erteilte humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe entfielen 11% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen.

Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Australiens Entwicklungszusammenarbeit bleibt auf Ostasien und den Pazifik konzentriert. Ferner leistet das Land erhebliche Beiträge zu den Partnerländern außerhalb dieser Regionen, wie Afghanistan und Irak. Die zehn Hauptempfänger der Gesamtleistungen Australiens erhielten 2010 52% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen des Landes, gegenüber 65% im Jahr 2007. Zurückzuführen ist diese verringerte Konzentration in erster

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



Linie auf die Senkung der zuvor erheblichen Beiträge an den Iran seit 2009. Der Anteil der ODA-Leistungen Australiens an seine 20 Hauptempfänger war ebenfalls rückläufig und schrumpfte von 73% im Jahr 2006/2007 auf 66% in 2009/2010.

Die Zahl der „wichtigen Beziehungen" (Länder, denen Australien mehr CPA gewährt, als seinem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entspricht und/oder bei denen Australien zu den Hauptgebern gehört, die zusammen 90% der gewährten CPA bereitstellen) stieg zwischen 2007 und 2010 von 22 von 60 Partnern (was 37% entspricht) auf 29 von 73 Partnern (40%). So haben sich Australiens CPA trotz der insgesamt höheren Zahl an Partnerländern im vergangenen Jahr etwas stärker konzentriert.

Australien hat seine Mittelzuweisungen für LDC stetig erhöht, von 23% im Jahr 2007 auf 28% im Jahr 2010. Die ODA-Bruttoleistungen an LDC beliefen sich 2010 auf 900 Mio. US-$.

Lieferaufbindung

Australien gehört zu den DAC-Mitgliedern, bei denen ein geringer Teil der ODA liefergebunden ist: 9% im Jahr 2009. Nachdem der Anteil der liefergebundenen Entwicklungszusammenarbeit mit 2% im Jahr 2007 einen Tiefstand erreicht hatte, stieg er 2008 auf 3% an und nahm auch im Jahresverlauf 2009 weiter zu.

Lieferbindungsstatus, 2009
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



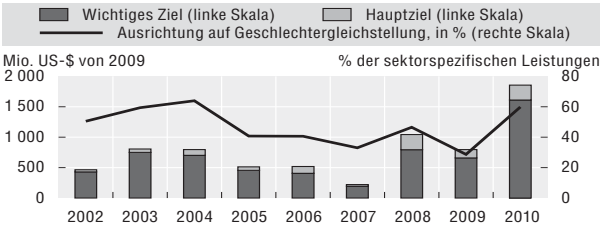
Anmerkung: Für 2010 stehen auf der Ebene der Gesamtzusagen keine Daten zur Lieferaufbindung zur Verfügung, so dass stattdessen die Daten von 2009 ausgewiesen werden.

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

In der letzten OECD/DAC-Länderprüfung der Entwicklungszusammenarbeit Australiens (2008) wurde festgehalten, dass die Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen feste Bestandteile des bilateralen Programms Australiens sind und Ziele darstellen, die von hochrangigen Entscheidungsträgern befürwortet und mit angemessenen Ressourcen ausgestattet werden. Australien hatte in seiner Grundsatzerklärung zur EZ-Politik für den Haushalt 2009/2010 die Bedeutung der Geschlechtergleichstellung nochmals betont und diese Position auch in Bezug auf den Haushalt 2010/2011 erneut vertreten.

Während die Beträge, die für Aktivitäten bereitgestellt wurden, deren Hauptziel oder wichtiges Ziel die Geschlechtergleichstellung darstellt, zwischen 2002 und 2009 erheblich schwankten, nahm die Mittelbereitstellung für diese Aktivitäten 2010 stark zu und erreichte 2,3 Mrd. US-$ (gegenüber 797 Mio. US-$ im Jahr 2009).

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2002-2010

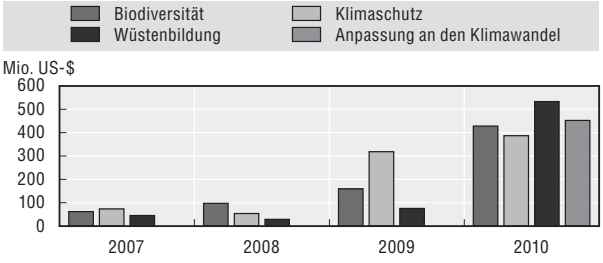


Anmerkung: Australien gibt die nicht erfüllten Zusagen als Gesamtgröße an, die nicht nach Sektoren aufgeschlüsselt ist und sich auf die Stornierung in früheren Jahren eingegangener Verpflichtungen bezieht. Die Negativbeträge sind in den oben angegebenen Daten nicht enthalten.

Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Seit 2007 hat Australien positive Schritte unternommen, um die Integration des Umwelt- und Klimaschutzes in sein EZ-Programm zu verbessern. Zwischen 2008 und 2010 hat Australien die Mittelallokation für Aktivitäten in Verbindung mit den Zielvorgaben der Rio-Übereinkommen bedeutend und stetig erhöht. 2010 erreichten alle Rio-Marker einen Höchststand, als sich die Zusagen Australiens für die Biodiversität auf 428 Mio. US-$, den Klimaschutz auf 387 Mio. US-$ und die Bekämpfung der Wüstenbildung auf 533 Mio. US-$ beliefen. 2010 begannen die DAC-Mitglieder auch mit der Berichterstattung über die Zusagen für die Anpassung an den Klimawandel, ein Bereich, für den Australien im Jahr 2010 453 Mio. US-$ bereitstellte.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Anmerkung: Australien gibt die nicht erfüllten Zusagen als Gesamtgröße an, die nicht nach Sektoren aufgeschlüsselt ist und sich auf die Stornierung in früheren Jahren eingegangener Verpflichtungen bezieht. Die Negativbeträge sind in den oben angegebenen Daten nicht enthalten.

Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Die als „sonstige öffentliche Leistungen (OOF)" erfassten Nettoauszahlungen Australiens – in erster Linie Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva – fallen im Vergleich zu den ODA-Leistungen des Landes, die 2010 insgesamt 266 Mio. US-$ erreichten, sehr gering aus. Wenngleich ein beachtlicher Teil der Leistungen an die Entwicklungsländer aus Zuschüssen privater Hilfsorganisationen (928 Mio. US-$ im Jahr 2010) und privaten Nettokapitalleistungen zu Marktkonditionen (9,51 Mrd. US-$ im Jahr 2010) besteht, waren die Trendentwicklungen für diese beiden Quellen zwischen 2007 und 2010 ungleichmäßig.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700447

Belgien

Im Jahr 2011 beliefen sich die ODA-Nettoleistungen Belgiens auf 2,80 Mrd. US-$. Das entspricht einem Rückgang um 13,3% in realer Rechnung nach einer Phase des kontinuierlichen Anstiegs – um durchschnittlich 15% jährlich – zwischen 2008 und 2010.

2010 erreichte Belgien zwar ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,64%, womit es das für jenes Jahr festgelegte EU-Zwischenziel von 0,51% übertraf, doch sank das Verhältnis 2011 auf 0,53%. Belgien hat ein Gesetz verabschiedet, in dem es sich zur Erreichung eines ODA/BNE-Verhältnisses von 0,7% bis 2015 verpflichtet.

Abbildung V.8. **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Belgien**

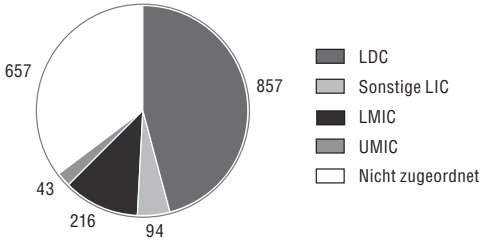
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	2 610	3 004	2 800	–6.8
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	2 527	3 004	2 605	–13.3
Euro (Mio.)	1 874	2 268	2 014	–11.2
ODA/BNE (%)	0.55	0.64	0.53	
Bilateraler Anteil (%)	61	68	57	

v = Vorläufige Daten.

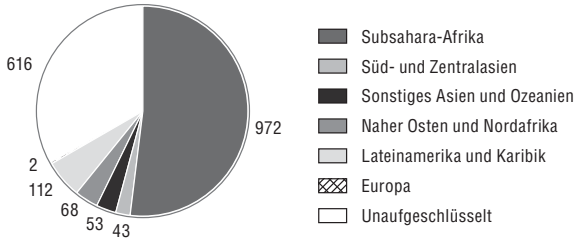
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Demokratische Republik Kongo	413
2 Ruanda	76
3 Burundi	56
4 Republik Kongo	35
5 Togo	34
6 Niger	31
7 Mosambik	29
8 Benin	28
9 Uganda	25
10 Vietnam	24
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	33%
10 Hauptempfänger	40%
20 Hauptempfänger	51%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



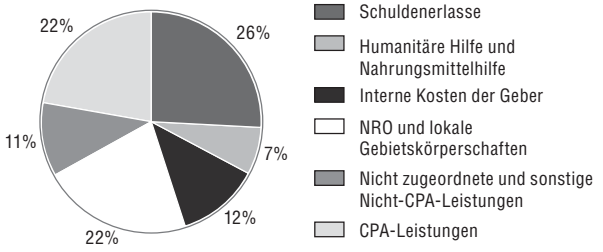
Bilaterale und multilaterale ODA

Der Anstieg der ODA-Leistungen Belgiens im Jahr 2008 betraf in erster Linie die multilaterale ODA, die im Vergleich zum Vorjahr um 31,6% in die Höhe schnellte (die bilateralen ODA-Leistungen nahmen in realer Rechnung nur um 3,3% zu). Durch diesen Anstieg erhöhte sich der Anteil der multilateralen ODA Belgiens von 37% im Jahr 2007 auf 42%. Demgegenüber waren vom Anstieg der ODA-Leistungen in den Jahren 2009 und 2010 vornehmlich die bilateralen Programme betroffen, wodurch der Anteil der bilateralen Leistungen 2009 auf 61% und 2010 dann auf 68% kletterte. Der 2011 verzeichnete Rückgang der ODA-Leistungen war hauptsächlich auf den völligen Schuldenerlass für die Demokratische Republik Kongo (DRC) im Jahr 2010 zurückzuführen. Nach Abzug dieses Schuldenerlasses entspricht der bilaterale Anteil von 2011 dem von 2010.

Zusammensetzung der bilateralen ODA

Im Jahr 2010 waren nur 22% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen Belgiens länderprogrammierbare Leistungen, was weit unter dem Durchschnitt der DAC-Mitglieder von 57% für dasselbe Jahr liegt. Die allgemeine Budgethilfe – die als länderprogrammierbare Leistungen (CPA) eingestuft wird – belief sich auf 12,1 Mio. US-$ bzw. 0,6% der bilateralen ODA-Leistungen. Auf die von Belgien auf bilateraler Ebene gewährte humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe entfielen 7% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen.

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Belgien hat sich zum Ziel gesetzt, seine ODA-Leistungen auf weniger Länder zu konzentrieren und ein wichtiger Partner für seine Schwerpunktländer zu werden. Dieses Ziel hat es in Bezug auf die länderprogrammierbaren EZ-Leistungen bereits erreicht. Belgien unterhält „wichtige Beziehungen" mit 14 seiner 17 Schwerpunktländer, was bedeutet, dass es ihnen mehr CPA gewährt, als seinem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entspricht und/oder bei denen sie zu den Hauptgebern gehören, die zusammen 90% der CPA an diese Länder bereitstellen. Überdies zählen die Schwerpunktländer Belgiens auch zu den zehn Hauptempfängern der ODA-Gesamtleistungen.

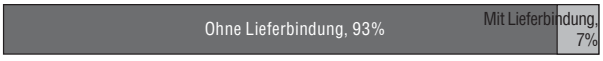
Die Zahl der Empfängerländer belgischer ODA ging zwischen 2007 (105) und 2010 (103) geringfügig zurück, während der auf die zehn Hauptempfänger entfallende ODA-Anteil von 37% im Jahr 2007 auf 49% im Jahr 2010 zunahm. Der Anteil der an die 20 Hauptempfänger gehenden Leistungen stieg im selben Zeitraum von 49% auf 58%. All dies deutet darauf hin, dass Belgien seine EZ-Leistungen immer stärker konzentriert.

Der Anteil der bilateralen ODA-Bruttoleistungen an den Zuweisungen Belgiens für LDC lag zwischen 2007 und 2009 bei durchschnittlich 38% und erreichte 2010 52% (1,09 Mrd. US-$).

Lieferaufbindung

Belgien gehört zu den DAC-Mitgliedern, deren ODA nur noch zu einem geringen Anteil liefergebunden ist: 7% im Jahr 2010. Belgien hat seine Lieferbindung zwischen 2006 und 2009 nach und nach abgebaut, und der Anteil der lieferungebundenen EZ erhöhte sich von 91% auf 95%, verringerte sich 2010 aber geringfügig auf 93%.

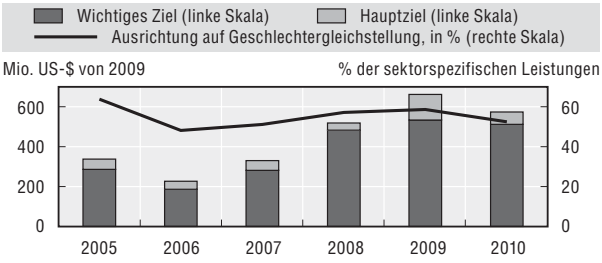
Lieferbindungsstatus, 2010
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Die politische Unterstützung Belgiens für die Gleichstellung der Geschlechter ist als eines der Querschnittsthemen der Entwicklungszusammenarbeit gesetzlich verankert. Zwischen 2006 und 2009 erhöhte sich die Mittelbereitstellung Belgiens zu Gunsten von Aktivitäten, die die Geschlechtergleichstellung als Hauptziel oder wichtiges Ziel angeben, von 194 Mio. US-$ auf 662 Mio. US-$. Die Zusagen gingen 2010 in realer Rechnung um 13% zurück und lagen bei 554 Mio. US-$. Auch der Anteil

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2005-2010

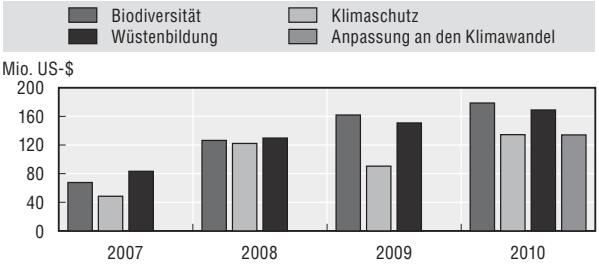


der auf die Geschlechtergleichstellung ausgerichteten ODA an den sektorspezifischen Gesamtleistungen sank von 59% im Jahr 2009 auf 52% im Jahr 2010.

Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Die politische Unterstützung Belgiens für die Umwelt ist ebenfalls als eines der Querschnittsthemen der belgischen Entwicklungszusammenarbeit gesetzlich verankert. Bestätigt wird diese Priorität durch die finanziellen Zusagen des Landes zur Erreichung der Ziele der Rio-Übereinkommen, die 2010 für alle Ziele höher ausfielen als 2007. Die Zusagen für die Wahrung der biologischen Vielfalt und die Bekämpfung der Wüstenbildung haben seit 2007 stetig zugenommen, wohingegen die Zusagen für den Klimaschutz im Zeitraum 2007-2008 gestiegen, 2009 aber gesunken sind, bevor sie 2010 erneut erhöht wurden. 2010 nahmen die DAC-Mitglieder – darunter auch Belgien – die Berichterstattung über die Zusagen für die Anpassung an den Klimawandel auf, ein Bereich, für den Belgien im Jahr 2010 261 Mio. US-$ bereitstellte.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Wie bei den meisten DAC-Mitgliedern macht die ODA den Großteil der von Belgien gemeldeten öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit aus. Die als „sonstige öffentliche Leistungen (OOF)" erfassten Nettoauszahlungen waren 2008 negativ (-138 Mio. US-$) und erhielten 2009 ein positives Vorzeichen (90 Mio. US-$). Die privaten Nettozuschüsse nahmen zwischen 2007 und 2009 zu und beliefen sich 2009 wie auch 2010 auf 377 Mio. US-$. Die privaten Leistungen zu Marktbedingungen sind beachtlich, unterliegen aber recht starken Schwankungen; sie sanken von 1,82 Mrd. US-$ im Jahr 2008 auf 417 Mio. US-$ im Jahr 2009 und schnellten dann 2010 auf 4,53 Mrd. US-$ in die Höhe.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700485

Dänemark

Im Jahr 2011 beliefen sich die ODA-Nettoleistungen Dänemarks auf 2,98 Mrd. US-$. Dies stellt im Vergleich zu 2010 einen nominalen Anstieg um 3,8%, in realer Rechnung aber einen Rückgang um 2,4% dar. Voraus ging eine Periode, in der die ODA-Leistungen Dänemarks eine jahresdurchschnittliche reale Zuwachsrate von 2% aufwiesen (zwischen 2007 und 2010). Im Kontext eingefrorener öffentlicher Ausgaben im Zeitraum 2011-2013 hatte Dänemark die Aufrechterhaltung der ODA auf dem nominalen Niveau von 2010 (in DKK) bis 2013 geplant, verfehlte dieses Ziel 2011 aber um 1%.

2011 behielt Dänemark seinen Platz unter den 5 DAC-Mitgliedsländern, die 0,7% oder mehr ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) in Form von ODA bereitstellen, sein ODA/BNE-Verhältnis betrug in jenem Jahr 0,86%.

Abbildung V.9 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Dänemark**

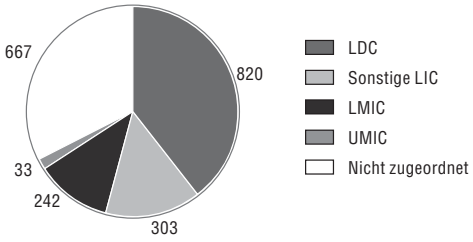
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	2 810	2 871	2 981	3.8
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	2 764	2 871	2 803	–2.4
Dänische Kronen (Mio.)	15 023	16 142	15 977	–1.0
ODA/BNE (%)	0.88	0.91	0.86	
Bilateraler Anteil (%)	68	73	74	

v = Vorläufige Daten.

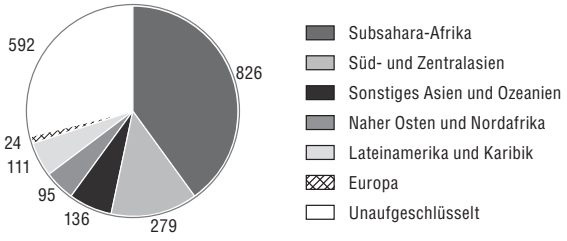
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Tansania	118
2 Mosambik	96
3 Ghana	95
4 Uganda	87
5 Afghanistan	82
6 Vietnam	70
7 Bangladesch	66
8 Kenia	64
9 Benin	45
10 Nepal	41
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	23%
10 Hauptempfänger	37%
20 Hauptempfänger	52%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



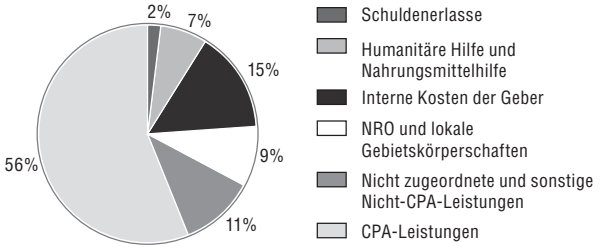
Bilaterale und multilaterale ODA

Dänemark konnte das Verhältnis zwischen seinen bilateralen und multilateralen ODA-Leistungen in den Jahren 2005-2008 stabil halten (in einer Größenordnung von etwa 65% zu 35%). Seit 2009 hat es seinen bilateralen Anteil erhöht, der 2010 bei 73% lag. Vorläufigen Daten für 2011 zufolge beliefen sich die bilateralen Leistungen Dänemarks auf 2,20 Mrd. US-$, was den Anteil der bilateralen ODA-Nettoleistungen Dänemarks auf 74% steigen lässt. 2011 betrugen die multilateralen ODA-Leistungen insgesamt 777 Mio. US-$.

Zusammensetzung der bilateralen ODA

Im Jahr 2010 waren nur 56% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen Dänemarks länderprogrammierbare Entwicklungsleistungen (CPA), was unter dem Durchschnitt der DAC-Mitglieder von 57% für dieses Jahr liegt. Die allgemeine Budgethilfe – die Teil der CPA ist – belief sich auf insgesamt 71,65 Mio. US-$, was 3,3% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen Dänemarks entspricht. Dänemarks humanitäre und Nahrungsmittelhilfe machte 14% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen aus.

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Die bilaterale ODA Dänemarks konzentrierte sich auf eine begrenzte Zahl von Schwerpunktländern. Nach Abschluss der Phase des schrittweisen Abbaus der ODA an Nicaragua im Jahr 2011, zählt Dänemark derzeit 25 Schwerpunktländer und hat beschlossen, die EZ-Leistungen an fünf weitere dieser Länder auslaufen zu lassen.

Im Zeitraum 2009-2010 erhielten neun der fünfzehn langfristigen Schwerpunktländer ein Drittel der bilateralen ODA-Bruttoleistungen des Landes. Zwischen 2007 und 2010, als der Anteil der ODA an die zehn Hauptempfänger von 43% auf 36% und der Anteil an die 20 Hauptempfänger von 64% auf 50% schrumpfte, verloren die ODA-Leistungen Dänemarks an Konzentration. Was die CPA-Zuweisungen betrifft, so belief sich der Anteil der Länder, mit denen Dänemark „wichtige Beziehungen" unterhält (Länder, denen Dänemark mehr CPA gewährt, als seinem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entspricht und/oder bei denen Dänemark zu den Hauptgebern gehört, die zusammen 90% der gewährten CPA bereitstellen), in allen Partnerschaften zwischen 2007 und 2010 auf durchschnittlich 36%.

Seit 2007 liegt der Anteil der ODA-Leistungen Dänemarks an die LDC bei durchschnittlich 40% pro Jahr, d.h. über dem Durchschnitt der DAC-Mitgliedsländer von 26% im selben Zeitraum. Die ODA-Bruttoleistungen Dänemarks an LDC beliefen sich 2010 auf insgesamt 827 Mio. US-$.

Lieferaufbindung

Dänemark gehört zu den DAC-Mitgliedern, bei denen nur noch ein geringer Teil der ODA-Leistungen liefergebunden ist: 7% im Jahr 2010. Die lieferungebundene ODA erreichte 2008 mit 99% einen Höchststand (gegenüber 94% im Jahr 2005), ging 2009 aber auf 97% und 2010 auf 93% zurück.

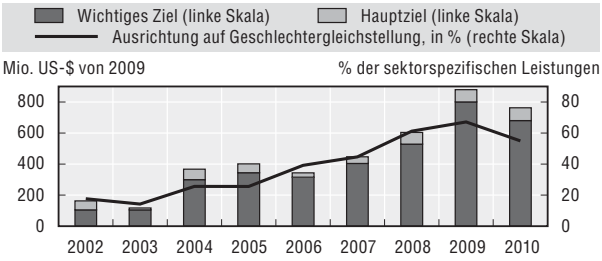
Lieferbindungsstatus, 2010
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Die Gleichstellung der Geschlechter zählt seit einigen Jahren zu den strategischen Prioritäten der dänischen Entwicklungszusammenarbeit. Die Unterstützung Dänemarks zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung schlägt sich in den Beträgen nieder, die für Aktivitäten aufgewendet werden, die

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2002-2010

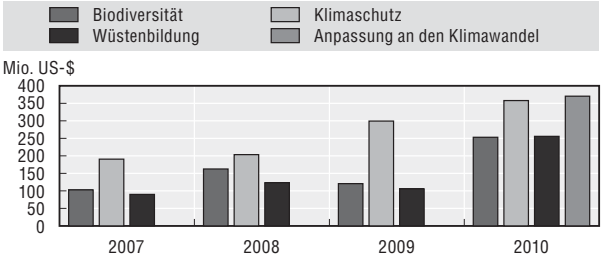


Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen als Hauptziel oder wichtiges Ziel angeben. Diese sind zwischen 2007 und 2009 mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 45% gestiegen. Jedoch ließen die Zusagen 2010 gegenüber 2009 in realer Rechnung um 13% nach. Die Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen beliefen sich 2010 insgesamt auf 746 Mio. US-$.

Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Dänemark räumt der Umwelt politische Priorität ein, was in der zunehmenden Unterstützung des Landes zu Gunsten des Klimaschutzes zum Ausdruck kommt. Im Jahr 2010 verpflichtete sich Dänemark zu höheren ODA-Leistungen für alle Zielsetzungen der Rio-Übereinkommen als je zuvor. Auf der Grundlage der Rio-Marker beliefen sich die Zusagen Dänemarks für die Biodiversität im Jahr 2010 auf 253 Mio. US-$, für den Klimaschutz auf 358 Mio. US-$ und für die Bekämpfung der Wüstenbildung auf 256 Mio. US-$. Alle DAC-Mitglieder – darunter auch Dänemark – haben die Berichterstattung über die Zusagen für die Anpassung an den Klimawandel aufgenommen, ein Bereich, für den Dänemark im Jahr 2010 532 Mio. US-$ bereitstellte.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Zwischen 2007 und 2010 fielen die Nettoauszahlungen Dänemarks für „sonstige finanzielle Leistungen" – wie jene, die mit öffentlichen Exportkrediten und Beteiligungen assoziiert werden – moderat aus, außer im Jahr 2009, wo sie negativ waren. Sowohl die privaten Zuschüsse als auch die privaten Nettoleistungen zu Marktbedingungen nahmen 2007 und 2008 zu, waren 2009 aber rückläufig. Die Daten für 2010 deuten auf einen Anstieg hin, liegen aber weiterhin unter dem Niveau von 2008.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700523

Deutschland

Im Jahr 2011 beliefen sich Deutschlands ODA-Leistungen auf 14,5 Mrd. US-$. Deutschland hat seine ODA-Leistungen von 2010 bis 2011 um 5,9% erhöht, was auf einen Anstieg seiner bilateralen Zuschüsse zurückzuführen ist. Durch diese Zunahme übertrafen Deutschlands ODA-Leistungen den Stand des Jahres 2008, das höchste Niveau der letzten fünf Jahre.

Deutschlands ODA/BNE-Verhältnis erreichte 2011 einen Wert von 0,4%, was einen Anstieg gegenüber 0,39% im Jahr 2010 darstellt, aber immer noch unter dem für 2010 festgelegten EU-Zwischenziel in Höhe von 0,51% liegt. Deutschland hält an seinem Engagement fest, das EU-Ziel, bis 2015 0,7% des BNE als ODA zu vergeben, zu erreichen.

Abbildung V.10 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Deutschland**

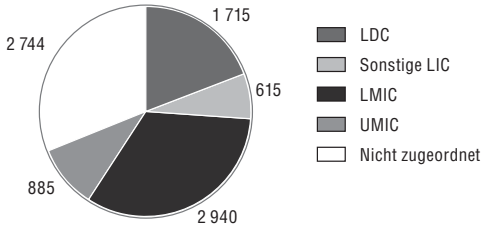
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	12 079	12 985	14 533	11.9
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	11 557	12 985	13 746	5.9
Euro (Mio.)	8 674	9 804	10 452	6.6
ODA/BNE (%)	0.35	0.39	0.40	
Bilateraler Anteil (%)	59	62	61	

v = Vorläufige Daten.

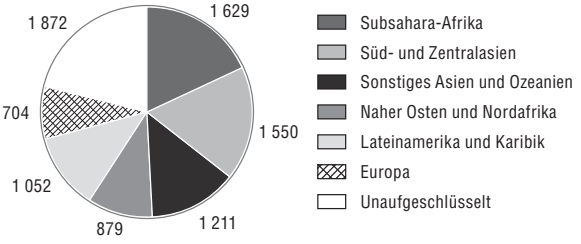
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 China	534
2 Indien	509
3 Afghanistan	404
4 Brasilien	229
5 Ägypten	174
6 Indonesien	172
7 Türkei	137
8 Serbien	137
9 Pakistan	134
10 Marokko	123
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	21%
10 Hauptempfänger	29%
20 Hauptempfänger	40%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



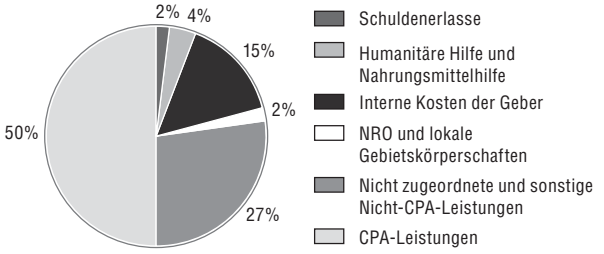
Bilaterale und multilaterale ODA

Deutschland verfolgt die Politik, zwei Drittel seiner ODA auf bilateraler Ebene und ein Drittel auf multilateraler Ebene zu vergeben. Das für Deutschland festgestellte Verhältnis von bilateraler zu multilateraler ODA (61:39 im Jahr 2011) steht weitgehend mit dieser Politik im Einklang und liegt nahe beim DAC-Durchschnitt. Deutschland ist im Hinblick auf die multilateralen ODA-Leistungen derzeit der größte Beitragszahler der Welt, wobei der Großteil dieser Mittel als Teil seines Pflichtbeitrags über die EU geleitet wird. Aus vorläufigen Daten für 2011 geht hervor, dass sich das bilaterale Programm Deutschlands auf insgesamt 8,92 Mrd. US-$ belief, während 5,61 Mrd. US-$ über multilaterale Organisationen vergeben wurden.

Zusammensetzung der bilateralen ODA

Deutschlands länderprogrammierbare Leistungen (CPA) beliefen sich 2010 auf 4,7 Mrd. US-$, was 50% seiner bilateralen ODA-Bruttoleistungen entspricht und leicht unter dem DAC-Durchschnitt in Höhe von 57% liegt. Das unterdurchschnittliche Volumen von Deutschlands CPA ist teilweise darauf zurückzuführen, dass ein hoher Anteil seiner bilateralen ODA-Leistungen keinem bestimmten Land zugeordnet ist – 2010 wurde mehr als ein Viertel der deutschen ODA ohne Länderzuordnung zur Verfügung gestellt. Die allgemeine Budgethilfe – die als CPA gezählt wird – belief sich 2010 auf insgesamt 97,40 Mio. US-$ bzw. 1% der in diesem Jahr von Deutschland vergebenen bilateralen ODA-Leistungen. Auf die von Deutschland auf bilateraler Ebene erteilte humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe entfielen 4% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen.

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Deutschland hat Schritte unternommen, um seine bilaterale ODA auf weniger Sektoren und Länder zu konzentrieren und sich aus Ländern zurückzuziehen, bei denen Deutschland seiner Ansicht nach keinen komparativen Vorteil besitzt. Deutschland hat ein politisches Gesamtkonzept für seine Entwicklungszusammenarbeit („Chancen schaffen – Zukunft entwickeln", veröffentlicht im August 2011) und eine ressortübergreifende Strategie für Afrika („Deutschland und Afrika: Konzept der Bundesregierung") eingeführt. Die Zahl der Empfängerländer deutscher ODA-Leistungen ist von 130 im Jahr 2007 auf 140 im Jahr 2010 angestiegen, der Anteil der bilateralen ODA-Leistungen für die 20 Hauptempfänger ist dagegen von 60% auf 39% zurückgegangen. Die Daten über Deutschlands CPA deuten auf eine zunehmende Fragmentierung hin, da die Zahl der „signifikanten Beziehungen" (Länder, denen Deutschland mehr CPA gewährt, als seinem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entspricht und/oder bei denen Deutschland zu den Hauptgebern gehört, die zusammen 90% der gewährten CPA bereitstellen) leicht zurückgegangen ist – 2007 waren es 85 von insgesamt 106 (80% der Länder insgesamt), 2010 waren es 86 von insgesamt 112 (77%).

Während Deutschland in der Vergangenheit seine ODA auf Länder der mittleren Einkommensgruppe konzentrierte, stellt es heute mehr Ressourcen für Länder der unteren Einkommensgruppe und für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) bereit, um seinem übergeordneten Ziel der Armuts-bekämpfung besser gerecht zu werden. Der auf LDC entfallende Anteil der deutschen ODA ist von 14% der ODA-Bruttoleistungen im Jahr 2007 auf 19% im Jahr 2010 gestiegen. Der auf LDC entfallende Anteil der deutschen ODA-Bruttoleistungen belief sich 2010 auf insgesamt 1,78 Mrd. US-$.

Lieferaufbindung

Deutschland gehört zu den DAC-Mitgliedern, bei denen nur noch ein geringer Teil der ODA liefergebunden ist: 4% im Jahr 2010. Der Anteil ist jedoch höher als 2008, als die lieferungebundene ODA einen Höchststand von 98% erreichte.

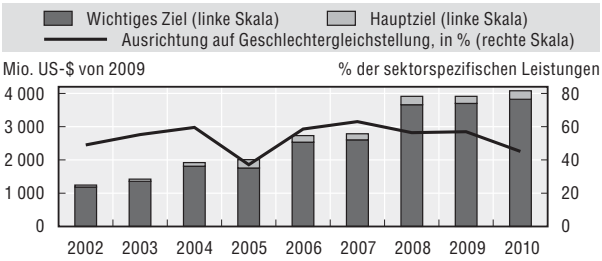
Lieferbindungsstatus, 2010
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Deutschlands Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen zeigen, dass das Land diesen ressortübergreifenden Fragen eine hohe Priorität einräumt. Deutschland stellte 2010 45% seiner

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2002-2010

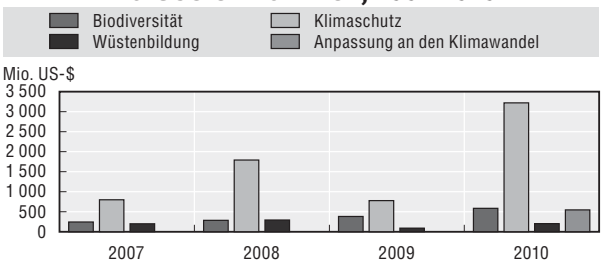


sektorspezifischen ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen bereit (3,99 Mrd. US-$), und in den letzten drei Jahren war ebenfalls ein beträchtliches Niveau von Zusagen zu verzeichnen.

Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Deutschland bringt erhebliche ODA-Mittel für die Zielvorgaben der Rio-Übereinkommen auf. Die Zusagen für die biologische Vielfalt sind seit 2007 allmählich gestiegen und beliefen sich 2010 auf 584 Mio. US-$. Die Zusagen für Klimaschutz waren unbeständiger: Sie gingen 2009 zurück, nachdem sie sich von 2007-2008 mehr als verdoppelt hatten, und erreichten 2010 einen Höchststand von 3,2 Mrd. US-$. Desgleichen stiegen die Zusagen für die Bekämpfung der Wüstenbildung 2008 an, um 2009 wieder zurückzugehen und 2010 auf mehr als das Doppelte anzusteigen, so dass sie einen Wert von 202 Mio. US-$ erreichten. 2010 begannen die DAC-Mitglieder – darunter auch Deutschland – mit der Berichterstattung über die Zusagen für die Anpassung an den Klimawandel, ein Bereich, für den Deutschland im Jahr 2010 546 Mio. US-$ bereitstellte.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Das Niveau der von Deutschland gemeldeten „sonstigen öffentlichen Leistungen" schwankte von 2007-2010 stark: Die Nettoauszahlungen waren 2007 und 2008 negativ (-2,53 Mrd. US-$ bzw. -462 Mio. US-$), lagen 2009 mit einem Wert von 187 Mio. US-$ wieder im positiven Bereich und gingen 2010 wieder auf -408 Mio. US-$ zurück. Die Zuschüsse der deutschen privaten Hilfsorganisationen beliefen sich zwischen 2007 und 2010 auf durchschnittlich 1,43 Mrd. US-$ und betrugen 2010 insgesamt 1,46 Mrd. US-$, eine Steigerung um 7% gegenüber 2009. Nachdem Deutschlands private Nettokapitalleistungen zu Marktbedingungen 2009 auf 15,50 Mrd. US-$ zurückgegangen waren, erreichten sie im Jahr 2010 einen Wert von 17,16 Mrd. US-$, ein beachtlicher Betrag, der aber immer noch unter dem Stand von 2008 in Höhe von 20,58 Mrd. US-$ liegt.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700599

Institutionen der Europäischen Union

2011 beliefen sich die ODA-Zuschüsse, die von den Institutionen der Europäischen Union (EU) verwaltet werden, auf 12,63 Mrd. US-$, was in realer Rechnung einem Rückgang um 6,4% gegenüber 2010 (12,68 Mrd. US-$) entspricht. Das von den EU-Institutionen verwaltete ODA-Volumen ist gemäß dem mehrjährigen Finanzierungsrahmen der EU festgelegt. Der mehrjährige Finanzierungsrahmen für 2014-2020, der zurzeit von der Europäischen Kommission ausgearbeitet wird, schlägt eine erhebliche Budgeterhöhung für das außenpolitische Handeln vor (bis zu 25% in Preisen von 2011 gegenüber dem vorherigen Finanzierungsrahmen). Eine Billigung dieses Budgets wird die höhere Priorität bestätigen, die die EU dem außenpolitischen Handeln einräumt, und dürfte zu einem Anstieg des EU-Finanzierungsniveaus für die Einwicklungszusammenarbeit führen. 2012 wurde die Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union vom DAC-geprüft (vgl. S. 260 wegen einer Zusammenfassung der Ergebnisse).

Abbildung V.11 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Institutionen der Europäischen Union**

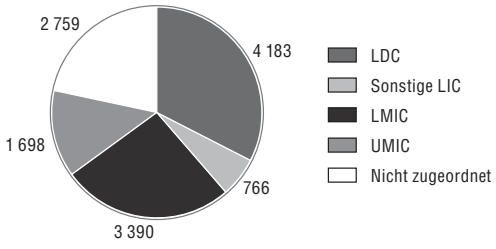
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	13 444	12 679	12 627	–0.4
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	12 876	12 679	11 870	–6.4
Euro (Mio.)	9 654	9 573	9 081	–5.1
Bilateraler Anteil (%)	97	98	97	

v = Vorläufige Daten.

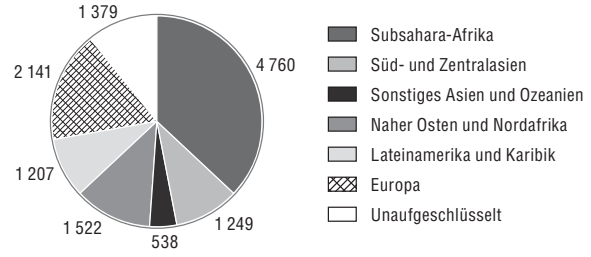
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Türkei	541
2 Westjordanland und Gazastreifen	490
3 Afghanistan	340
4 Demokratische Republik Kongo	299
5 Kosovo	298
6 Serbien	292
7 Sudan	255
8 Marokko	253
9 Äthiopien	220
10 Mosambik	199
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	15%
10 Hauptempfänger	25%
20 Hauptempfänger	38%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



Bilaterale und multilaterale ODA

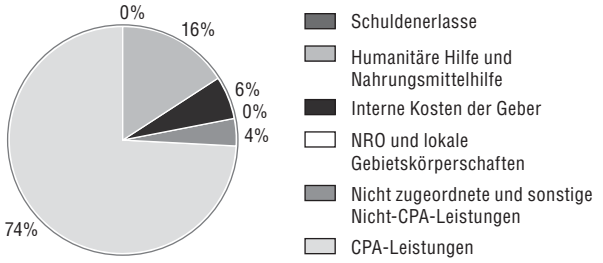
Die Europäische Union ist unter den DAC-Mitgliedern insofern einzigartig, als sie in der Entwicklungszusammenarbeit eine Doppelrolle einnimmt. Im Gegensatz zu anderen multilateralen Organisationen, die von ihren Mitgliedern ausschließlich Transferzahlungen erhalten, ist die EU ein eigenständiger Geber mit eigenen Mitteln und eigener Haushaltsbefugnis, wie im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union dargelegt. Zur EZ-Struktur der EU gehört die Europäische Investitionsbank (die Finanzierungsinstitution der EU). Die EU verwaltet auch den Europäischen Entwicklungsfonds, der durch außeretatmäßige Beitragszahlungen der EU-Mitgliedstaaten finanziert wird. In diesem Fall agiert die EU wie eine multilaterale Stelle.

Als individueller Geber arbeitet die EU mit multilateralen Organisationen zusammen, zu deren Finanzierung sie einen Beitrag leistet. Die Beitragszahlungen der EU-Institutionen an multilaterale Organisationen beliefen sich zwischen 2006 und 2011 im Durchschnitt auf 3% der gesamten ODA der EU.

Zusammensetzung der bilateralen ODA

Im Jahr 2010 wurden 74% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen in Form von Zuschüssen der EU als länderprogrammierbare Entwicklungsleistungen (CPA) eingestuft, was deutlich über dem DAC-Durchschnitt von 57% liegt. Die EU-Institutionen sind ein wichtiger Leistungserbringer der allgemeinen Budgethilfe, die Teil der CPA ist und sich 2010 insgesamt auf 1,55 Mrd. US-$ (bzw. 12,4% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen der EU) belief.

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



Auf die von den EU-Institutionen 2010 erteilte humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe entfielen 16% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen.

Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Die EU-Institutionen vergeben Entwicklungsleistungen an rd. 150 Länder. 2010 gingen 38% der EU-Leistungen an ihre zwanzig Hauptempfänger, gegenüber 42% im Jahr 2007. Angesichts des Umfangs ihrer Programme sind die EU-Institutionen in einer großen Zahl von Partnerländern nach wie vor ein wichtiger Geber: 2010 waren sie in 121 Ländern unter den fünf größten Gebern und in 75 Ländern unter den drei größten Gebern. Im Hinblick auf die länderprogrammierbaren Entwicklungsleistungen unterhielten die EU-Institutionen „wichtige Beziehungen" mit 84% ihrer Empfängerländer, was bedeutet, dass sie diesen Ländern mehr CPA gewähren, als ihrem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entspricht und/oder bei denen sie zu den Hauptgebern gehören, die zusammen 90% der gewährten CPA bereitstellen.

Ein großer Anteil der ODA-Leistungen der EU wird an LDC vergeben, die 35% der von den EU-Institutionen 2010 verwalteten bilateralen ODA erhielten (was einem Gesamtbetrag von 4,44 Mrd. US-$ entspricht).

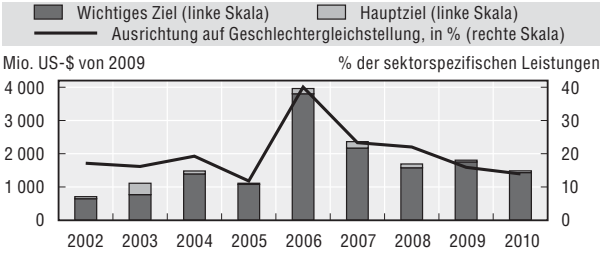
Lieferaufbindung

Die EU-Institutionen haben bei der Öffnung des Beschaffungswesens und des Wettbewerbs unter Bietern Fortschritte erzielt, aber ihr Ansatz zur Aufhebung der Lieferbindung entspricht nur teilweise der DAC-Empfehlung von 2001. Die EU arbeitet an individuellen bilateralen Abkommen, um den Öffnungsgrad gegenüber manchen Ländern zu erhöhen und die Lieferbindung auf der Basis der Gegenseitigkeit und der Verhältnismäßigkeit in den Entwicklungsländern aufzuheben.

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Ein solider Aktionsplan und ein gut konzipiertes Toolkit für die Gleichstellung der Geschlechter hat den EU-Delegationen dabei geholfen, die Geschlechtergleichstellung systematisch in ihre Programme einzubeziehen und ihr starkes Engagement dafür erneut zu bekräftigen. Die von der Kommission unternommenen Anstrengungen für einen stärkeren Einsatz des Gender-Markers sind ebenfalls positiv zu vermerken. Die im Bereich der Geschlechtergleichstellung eingegangenen Zusagen haben im Jahr 2006 einen Höchststand erreicht, unterliegen seither aber Fluktuationen. 2010 beliefen sich die Zusagen für Aktivitäten, deren Hauptziel oder wichtiges Ziel die Gleichstellung der Geschlechter war, auf insgesamt 1,48 Mrd. US-Dollar, was 14% der von der EU gewährten sektorspezifischen Leistungen entsprach.

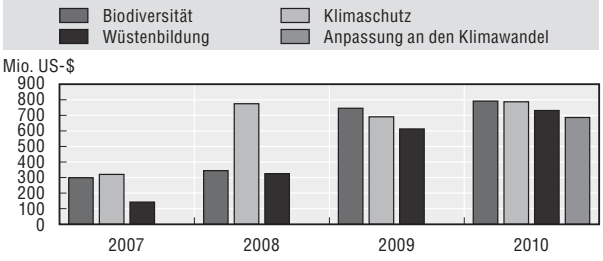
ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2002-2010



Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

2007 richtete die Kommission die Globale Allianz für den Klimaschutz ein, ein anerkanntes globales Modell zur Bekämpfung des Klimawandels. Eine Strategie für die systematische Einbeziehung von Umwelt- und Klimaschutzfragen in die Entwicklungszusammenarbeit würde jedoch zusätzliche Dynamik für die systematischere Anwendung bereits existierender Leitlinien und Instrumente schaffen, insbesondere die Berücksichtigung von strategischen Umweltverträglichkeitsprüfungen. Die zu Gunsten der Biodiversität und der Bekämpfung der Wüstenbildung gemachten Zusagen haben sich zwischen 2007 und 2010 allmählich erhöht und erreichten 792 Mio. US-$ (was einem nominalen Anstieg um 6% entspricht) bzw. 731 Mio. US-$ (was einem nominalen Anstieg um 19% entspricht). Die Zusagen für den Klimaschutz haben sich zwischen 2007 und 2008 mehr als verdoppelt, sie sind jedoch 2009 in nominaler Rechnung um 11% zurückgegangen, bevor sie 2010 787 Mio. US-$ erreichten (was einem nominalen Anstieg um 14% gegenüber 2009 entspricht). 2010 begannen die DAC-Mitglieder – darunter auch die EU-Institutionen – mit der Berichterstattung über die Zusagen für die Anpassung an den Klimawandel, ein Bereich, für den die EU-Institutionen im Jahr 2010 686 Mio. US-$ bereitstellten.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Im Zeitraum 2007-2008 leiteten sich rd. 33% der öffentlichen Leistungen aus „sonstigen öffentlichen Leistungen" ab, wie Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva. Ausgehend von ihrem hohen Stand von 4,72 Mrd. US-$ im Jahr 2007 bzw. 2,89 Mrd. US-$ im Jahr 2008 gingen diese Ströme 2009 und 2010 auf die negativen Werte von -0,63 Mrd. US-$ bzw. -1,10 Mrd. US-$ zurück.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700542

Finnland

Finnlands ODA-Nettoleistungen beliefen sich im Jahr 2011 auf 1,41 Mrd. US-$. Dieser Betrag stellt zwar einen nominalen Anstieg von 3% gegenüber dem Jahr 2010 dar, in realer Rechnung aber gingen die ODA-Leistungen Finnlands um 4% zurück. Damit verzeichnete Finnland – ebenso wie mehrere andere DAC-Mitglieder – den ersten Rückgang nach vielen Jahren des ODA-Wachstums. Zwischen 2008 und 2009 stiegen die finnischen ODA-Leistungen mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von real 12% deutlich an, im Jahr 2010 begann sich das Wachstum jedoch zu verlangsamen. 2013-2014 wird die ODA-Wachstumsrate voraussichtlich bei null liegen, da das ODA-Volumen für diese Jahre auf dem nominalen Niveau von 2012 eingefroren wird.

Finnlands ODA/BNE-Verhältnis lag 2011 bei 0,52%. Mit einem ODA/BNE-Verhältnis von 0,55% im Jahr 2010 übertraf Finnland das EU-Zwischenziel für 2010 von 0,51%. Das ist zwar erfreulich, doch angesichts der ODA-Ausgabenpläne des Landes für 2013-2014 ist es unwahrscheinlich, dass Finnland den EU-Zielwert einer ODA/BNE-Quote von 0,7% im Jahr 2015 erreichen kann.

Abbildung V.12 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Finnland**

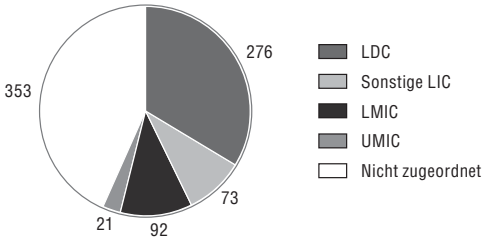
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	1 290	1 333	1 409	5.7
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	1 232	1 333	1 275	–4.3
Euro (Mio.)	926	1 006	1 013	0.7
ODA/BNE (%)	0.54	0.55	0.52	
Bilateraler Anteil (%)	61	63	61	

v = Vorläufige Daten.

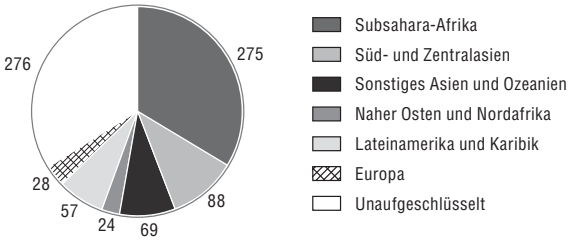
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Tansania	52
2 Mosambik	45
3 Afghanistan	27
4 Vietnam	26
5 Äthiopien	25
6 Sambia	23
7 Kenia	22
8 Nepal	21
9 Sudan	17
10 Nicaragua	16
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	21%
10 Hauptempfänger	34%
20 Hauptempfänger	44%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



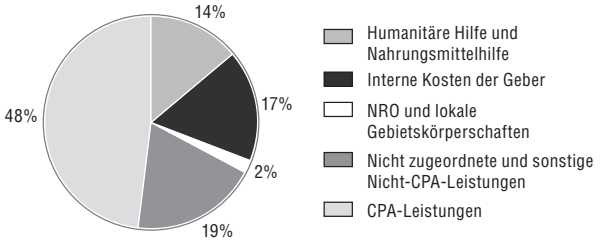
Bilaterale und multilaterale ODA

Durch die Anhebung des finnischen ODA-Volumens zwischen 2006 und 2011 erhöhten sich sowohl die bilateralen als auch die multilateralen ODA-Allokationen. Während sich jedoch die bilateralen ODA-Leistungen fast verdoppelten (von 455 Mio. auf 854 Mio. US-$), stieg das multilaterale ODA-Volumen lediglich um 25% (von 380 Mio. auf 555 Mio. US-$), was im Einklang mit den Leitlinien der Regierungspolitik in diesem Zeitraum stand. Da jedoch das entwicklungspolitische Programm Finnlands aus dem Jahr 2012 der Nutzung der multilateralen Kanäle einen hohen Stellenwert einräumt, dürfte der Anteil dieser Art von ODA künftig zunehmen. Vorläufigen Daten für 2011 zufolge entfielen 61% der finnischen Netto-ODA auf bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, während 39% an multilaterale Organisationen gingen.

Zusammensetzung der bilateralen ODA

Im Jahr 2010 waren nur 48% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen Finnlands länderprogrammierbare Entwicklungsleistungen (CPA), was unter dem Durchschnitt der DAC-Mitglieder von 57% für das Jahr 2010 lag. Die allgemeine Budgethilfe – die Teil der CPA ist – belief sich 2010 auf 36,8 Mio. US-$, was 4,4% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



Finnlands entsprach. Auf bilaterale humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe entfielen 14% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen Finnlands im Jahr 2010.

Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Finnland verfügt über langjährige Entwicklungspartnerschaften mit acht Ländern, die allesamt zu den zehn Hauptempfängern finnischer ODA-Leistungen zählen. Zudem unterhält Finnland „wichtige Beziehungen" mit allen diesen Ländern, was bedeutet, dass es ihnen mehr CPA gewährt, als seinem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entspricht und/oder bei denen sie zu den Hauptgebern gehören, die zusammen 90% der gewährten CPA bereitstellen.

Die Zahl der Empfängerländer finnischer ODA-Leistungen ist von 103 im Jahr 2007 auf 122 im Jahr 2010 angestiegen, und der Anteil der 20 Hauptempfänger an den gesamten bilateralen ODA-Allokationen ist in diesem Zeitraum von 49% auf 44% zurückgegangen. Finnlands CPA wies 2010 ebenfalls eine etwas stärkere Fragmentierung auf, da sich die Zahl der CPA-Empfänger von 66 im Jahr 2007 auf nunmehr 73 erhöhte, während die Zahl der CPA-Empfänger, mit denen Finnland „wichtige Beziehungen" unterhält, von 26 im Jahr 2007 auf 23 im Jahr 2010 zurückging.

Der auf LDC entfallende Anteil der bilateralen Brutto-ODA Finnlands blieb zwischen 2006 und 2010 relativ stabil und betrug im Durchschnitt rd. 34%. Die bilateralen ODA-Bruttoleistungen Finnlands an LDC beliefen sich 2010 auf 283 Mio. US-$.

Lieferaufbindung

Finnland zählt zu den DAC-Mitgliedern, bei denen nur noch ein geringer Teil der ODA-Leistungen liefergebunden ist. Zwischen 2005 und 2010 verschlechterte sich der Grad der Lieferaufbindung der finnischen ODA-Leistungen jedoch sukzessive von 95% im Jahr 2005 auf 84% im Jahr 2010.

Lieferbindungsstatus, 2010

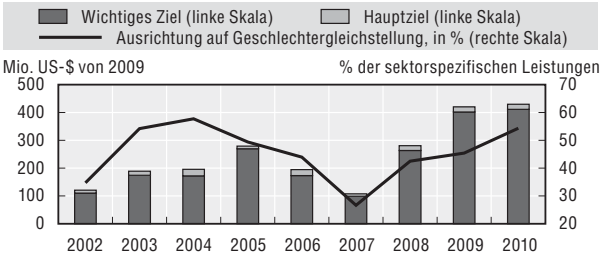
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

In dem 2012 verabschiedeten entwicklungspolitischen Programm der finnischen Regierung wird die Geschlechtergleichstellung als eines der zentralen Querschnittsthemen der finnischen Entwicklungszusammenarbeit genannt. Nach erheblichen Schwankungen zwischen 2002 und 2007 werden nun wachsende ODA-Volumen für die Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen zugesagt. Die Zusagen für Aktivitäten, bei denen die Geschlechtergleichstellung als

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2002-2010

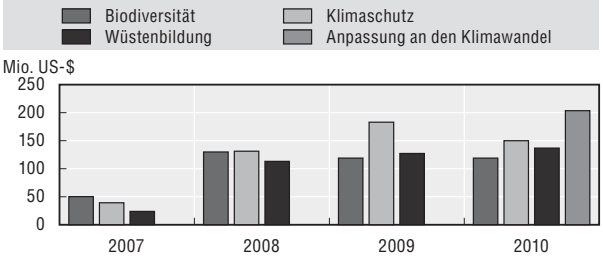


Hauptziel oder wichtiges Ziel ausgewiesen ist, beliefen sich 2010 auf 416 Mio. US-$.

Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Finnland hat seit Mitte der 1980er Jahre die Integration von Umweltbelangen in allen seinen EZ-Maßnahmen in den Vordergrund gerückt. Die ODA-Zusagen für die Bekämpfung der Wüstenbildung sind seit 2007 stark gestiegen und beliefen sich 2010 auf 137 Mio. US-$. Die Zusagen für Biodiversität wurden zwischen 2007 und 2008 mehr als verdoppelt, fielen jedoch 2009 um 8% und blieben 2010 unverändert (119 Mio. US-$). Die Zusagen für den Klimaschutz stiegen zwischen 2007 und 2008 um mehr als das Dreifache und verzeichneten 2009 einen Anstieg um 40%, bevor sie 2010 um fast 20% auf 150 Mio. US-$ zurückgingen. 2010 begannen die DAC-Mitglieder, einschließlich Finnlands, mit der Berichterstattung über Zusagen für die Anpassung an den Klimawandel – ein Bereich, für den Finnland im Jahr 2010 204 Mio. US-$ bereitstellte.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Zwischen 2007 und 2010 machten ODA-Leistungen im Durchschnitt 94% der insgesamt ausgewiesenen öffentlichen finanziellen Leistungen Finnlands aus. Die Entwicklung der gesamten öffentlichen Leistungen entspricht daher weitgehend der ODA-Entwicklung, mit Ausnahme des Rückgangs im Jahr 2010, der sich durch außergewöhnlich hohe „sonstige öffentliche Leistungen" im Jahr 2009 ergab. Im Gegensatz zu den nur unerheblichen privaten Nettozuschüssen haben die privaten Leistungen zu Marktbedingungen einen erheblichen und weiter steigenden Umfang. Diese sind jedoch schwankungsanfälliger als öffentliche Leistungen und wurden durch die Finanzkrise 2008 stark beeinträchtigt. 2010 beliefen sich die privaten Nettoleistungen zu Marktbedingungen auf 2,92 Mrd. US-$, was einem nominalen Anstieg von 68% gegenüber 2009 entspricht.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/10.1787/888932700561

Frankreich

Im Jahr 2011 beliefen sich Frankreichs ODA-Leistungen auf 12,99 Mrd. US-$, was einem Rückgang um 5,6% gegenüber dem Jahr 2010 entspricht. Es handelt sich dabei um den ersten realen ODA-Rückgang seit 2007, da die ODA-Leistungen zwischen 2008 und 2010 jedes Jahr um durchschnittlich 13% gestiegen waren.

Auch das ODA/BNE-Verhältnis fiel von 0,50% im Jahr 2010 auf 0,46% im Jahr 2011 und lag damit unter dem Stand von 2009 (0,47%). Trotz dieses Rückgangs bekräftigte Frankreich sein Engagement, bis 2015 das ODA-Ziel von 0,7% seines BNE zu erreichen.

Abbildung V.13 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Frankreich**

ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	12 602	12 915	12 994	0.6%
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	12 083	12 915	12 195	–5.6
Euro (Mio.)	9 049	9 751	9 345	–4.2
ODA/BNE (%)	0.47	0.50	0.46	
Bilateraler Anteil (%)	57	60	65	

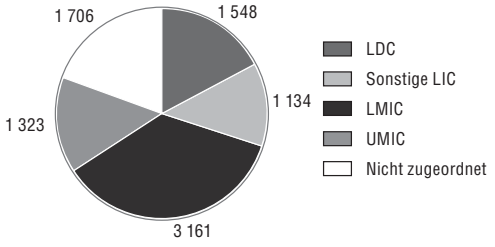
v = Vorläufige Daten.

Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)

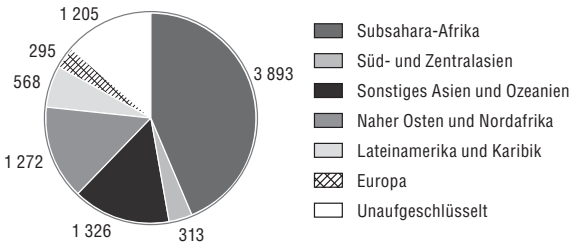
1	Côte d'Ivoire	699
2	Mayotte	579
3	Republik Kongo	516
4	China	402
5	Marokko	387
6	Indonesien	326
7	Vietnam	245
8	Tunesien	235
9	Kamerun	213
10	Ägypten	199
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto		
5 Hauptempfänger		29%
10 Hauptempfänger		43%
20 Hauptempfänger		58%

Bilateraler ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



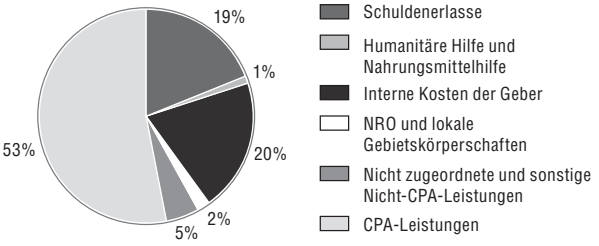
Bilaterale und multilaterale ODA

Der Anteil der bilateralen ODA an Frankreichs ODA-Gesamtvolumen fiel zwischen 2005 und 2009 von 72% auf 57%, bevor 2010 und 2011 wieder ein leichter Anstieg auf 65% im Jahr 2011 verzeichnete wurde. Frankreich entrichtete 2011 einen Anteil von 35% seiner gesamten ODA an die Europäische Union und multilaterale Organisationen und ist damit einer der führenden Geberstaaten von multilateralen Organisationen. Der Großteil dieser ODA-Leistungen ging an drei multilaterale Stellen, nämlich die europäischen Institutionen, die Weltbank und den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria.

Zusammensetzung der bilateralen ODA

2010 waren 53% der bilateralen ODA Frankreichs länderprogrammierbare Leistungen (CPA). Ein hoher Anteil der bilateralen ODA entfiel auf Schuldenerlasse (19%), ein sehr geringer Anteil auf humanitäre Hilfe (1%) und NRO (3%). Allgemeine Budgethilfe machte 4% der bilateralen ODA aus.

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Frankreich hat Subsahara-Afrika zu einer Schwerpunktregion erklärt, die über Spenden und subventionierte Kredite 60% des französischen ODA-Budgets erhalten soll. Frankreichs Entwicklungspartner teilen sich je nach ihren spezifischen Merkmalen und dem von Frankreich verfolgten Ansatz bei der Entwicklungszusammenarbeit in vier Kategorien. Frankreich unterhält „wichtige Beziehungen" mit 54 seiner 55 Schwerpunktländer sowie 32 Nicht-Schwerpunktländern, was bedeutet, dass es ihnen mehr CPA gewährt, als seinem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entspricht, und/oder bei denen sie zu den Hauptgebern gehören, die zusammen 90% der gewährten CPA bereitstellen. Die französischen ODA-Leistungen weisen daher nach wie vor eine sehr breite geografische Streuung auf. 2010 gingen 61% der ODA-Leistungen Frankreichs an die 20 Hauptempfänger, der Rest verteilte sich auf 115 weitere Länder.

1,73 Mrd. US-$, d.h. 19% der bilateralen ODA-Leistungen Frankreichs, gingen 2010 an Staaten aus der Kategorie der am wenigsten entwickelten Länder. Dieser Prozentsatz ist in den letzten Jahren stabil geblieben.

Lieferaufbindung

Die französischen ODA-Leistungen sind größtenteils ungebunden. 2010 waren nur noch 3% der ODA liefergebunden.

Lieferbindungsstatus, 2010
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



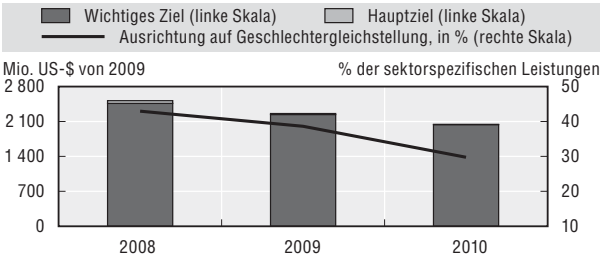
ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Frankreich hat Ende 2007 ein Strategiepapier zur Geschlechtergleichstellung verabschiedet und 2008 mit der Anwendung des „Gender-Markers" begonnen. Nach einem Rückgang zwischen 2008 und 2009 fiel der Anteil der nach Sektoren aufschlüsselbaren ODA mit Ausrichtung auf Geschlechtergleichstellung im Jahr 2010 weiter auf 30%. Gleichzeitig verzeichneten auch die Zusagen für Aktivitäten mit Geschlechtergleichstellung als Hauptziel oder wichtigem Ziel einen leichten Abwärtstrend und lagen 2010 bei 1,95 Mrd. US-$.

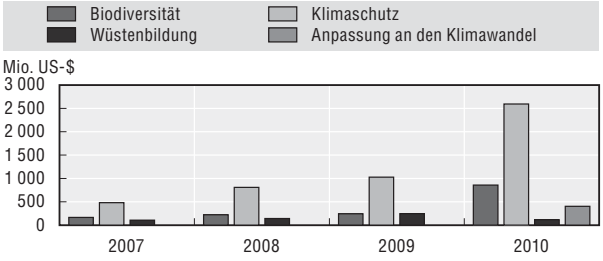
Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Frankreich misst dem Schutz der Umwelt und der biologischen Vielfalt einen hohen Stellenwert bei. Das Land hat sich im Rahmen seiner mehrjährigen Sektorstrategie sowie eines speziellen Strategiepapiers zur Bekämpfung der Wüstenbildung und Landdegradation mit diesen Belangen befasst. Die Aktivitäten zur Bekämpfung der Wüstenbildung wurden jedoch 2010 verringert, während die ODA-Volumen für den Schutz der biologischen Vielfalt weiter stiegen (2010 erreichten die Zusagen in diesem Bereich 860 Mio. US-$). Frankreich weitet seine Aktivitäten im Bereich Klimawandel zunehmend aus und baute seine Unterstützung für Klimaschutzprogramme seit 2007 um das nahezu Sechsfache auf 2,6 Mrd. US-$ im Jahr 2010 aus. Die Zusagen für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel bewegten sich auf niedrigerem Niveau und lagen 2010 bei 404 Mio. US-$.

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2008-2010



ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Die sonstigen öffentlichen Leistungen, die bereits 2009 niedrig waren, fielen 2010 auf einen negativen Wert (–573 Mio. US-$). Auf Grund der Wirtschaftskrise sind die privaten Nettoleistungen seit 2007, als sie bei 34,4 Mrd. US-$ lagen, kontinuierlich zurückgegangen. Sie sind jedoch nach wie vor sehr umfangreich und fielen mit 22,8 Mrd. US-$ im Jahr 2010 deutlich höher aus als die ODA-Leistungen im selben Jahr (13 Mrd. US-$).

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700580

Griechenland

Im Jahr 2011 beliefen sich Griechenlands ODA-Nettoleistungen auf 331 Mio. US-$, nachdem sie 2010 noch bei 508 Mio. US-$ gelegen hatten. Dieser Rückgang um 39,3% ist eine direkte Folge der schweren Wirtschaftskrise des Landes. Griechenlands ODA-Leistungen waren in den Jahren 2007 (+5%) und 2008 (+27%) gestiegen, bevor ab 2009 (–13%) der Rückgang einsetzte.

Das ODA/BNE-Verhältnis fiel von 0,17% im Jahr 2010 auf 0,11% im Jahr 2011. Die Aussichten für eine zukünftige Erhöhung der griechischen ODA sind angesichts der finanziellen Lage des Landes schlecht. 2011 wurde Griechenlands Programm der Entwicklungszusammenarbeit einer DAC-Länderprüfung unterzogen (vgl. S. 261 wegen einer Zusammenfassung der Ergebnisse).

Abbildung V.14 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Griechenland**

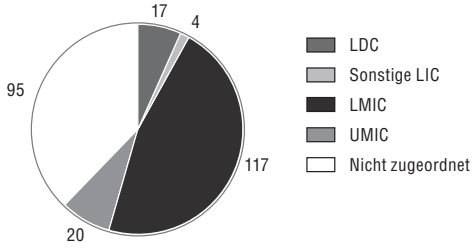
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	607	508	331	–34.9
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	587	508	308	–39.3
Euro (Mio.)	436	383	238	–37.9
ODA/BNE (%)	0.19	0.17	0.11	
Bilateraler Anteil (%)	49	42	18	

v = Vorläufige Daten.

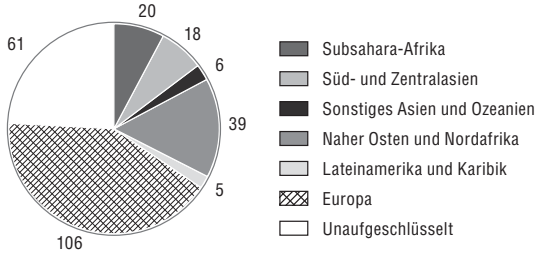
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Albanien	53
2 Kosovo	16
3 Ägypten	12
4 Afghanistan	9
5 Westjordanland und Gazastreifen	9
6 Serbien	7
7 Türkei	6
8 Syrien	5
9 Jordanien	4
10 Ukraine	3
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	39%
10 Hauptempfänger	49%
20 Hauptempfänger	56%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



Bilaterale und multilaterale ODA

Obwohl das Verhältnis von bilateralen zu multilateralen Leistungen in Griechenlands ODA-Budget zwischen 2006 und 2010 Schwankungen unterlag, betrugen die multilateralen ODA-Leistungen nie weniger als 50% der Netto-ODA. Als Griechenland seine ODA im Jahr 2008 deutlich steigerte, geschah dies überwiegend durch eine Erhöhung der Mittelallokationen an multilaterale Stellen um real 41%. Im Zuge der Verringerung des ODA-Budgets ab 2009 stellte Griechenland eine Reihe von bilateralen Programmen ein, erfüllte aber weiterhin seine multilateralen Verpflichtungen. Dadurch reduzierte sich der bilaterale ODA-Anteil 2010 auf 42% und fiel 2011 weiter auf 18%. 2011 stellte Griechenland vorläufigen Daten zufolge 59,87 Mio. US-$ für sein bilaterales Programm und 270,87 Mio. US-$ für multilaterale Organisationen bereit.

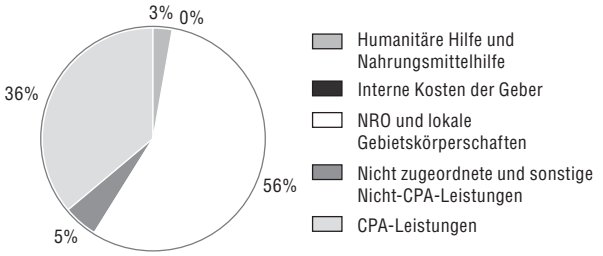
Zusammensetzung der bilateralen ODA

Im Jahr 2010 entfielen nur 36% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen Griechenlands auf länderprogrammierbare Entwicklungsleistungen (CPA), was deutlich unter dem DAC-Durchschnitt von 57% lag. Interne Geberkosten stellten 56% der bilateralen Brutto-ODA dar, was vor allem auf den hohen Anteil von Stipendien für die Tertiärbildung sowie Studienplatz- und Flüchtlingskosten an Griechenlands ODA-Allokation zurückzuführen ist. Bilaterale humanitäre und Nahrungsmittelhilfe machte 3% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen Griechenlands aus. Griechenland stellte 2010 keine allgemeine Budgethilfe bereit.

Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Griechenland plant, die Zahl seiner Schwerpunktländer im Zuge der Umsetzung seines neuen Entwicklungsprogramms zu

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



reduzieren. Die Gesamtzahl der ODA-Empfängerländer wurde bereits von 124 im Jahr 2007 auf 97 im Jahr 2010 reduziert. Allerdings verringerte sich der Anteil der 10 Hauptempfänger an den ODA-Allokationen von 52% im Jahr 2007 auf 47% im Jahr 2010, während der Anteil der 20 Hauptempfänger im selben Zeitraum von 63% auf 52% fiel.

Im Hinblick auf die CPA-Allokationen unterhielt Griechenland 2010 „wichtige Beziehungen" mit 13 seiner 16 Schwerpunktländer, was bedeutet, dass es ihnen mehr CPA gewährte, als seinem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entsprach, und/oder bei denen sie zu den Hauptgebern gehören, die zusammen 90% der gewährten CPA bereitstellen. Zwar verringerte sich zwischen 2007 und 2010 die Zahl der „wichtigen Beziehungen" Griechenlands (von 23 auf 16), aber auch die Gesamtzahl seiner CPA-Empfänger (von 30 auf 21), so dass der Fragmentierungsgrad weitgehend unverändert blieb.

Der auf LDC entfallende Anteil an Griechenlands bilateralen ODA-Bruttoleistungen betrug zwischen 2007 und 2009 um die 10%, fiel aber 2010 auf 3%. Insgesamt beliefen sich die bilateralen ODA-Bruttoleistungen Griechenlands an LDC im Jahr 2010 auf 5,86 Mio. US-$.

Lieferaufbindung

Griechenland gehört zu den DAC-Mitgliedern mit einem hohen Anteil liefergebundener ODA. Der Anteil der griechischen ODA ohne Lieferbindung fiel von 74% im Jahr 2005 auf einen Tiefstand von 38% im Jahr 2008. Seither konnte Griechenland den Anteil der lieferungebundenen ODA wieder auf einen Stand von 62% im Jahr 2010 erhöhen.

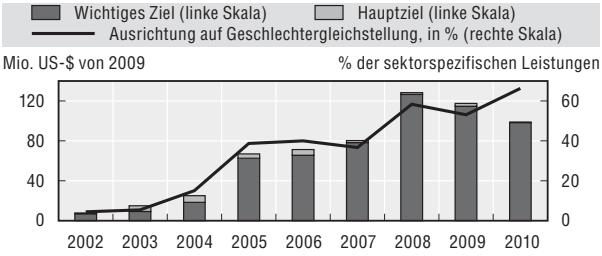
Lieferbindungsstatus, 2010
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Griechenland hat die Geschlechtergleichstellung im vergangenen Jahrzehnt zu einem Sektorschwerpunkt entwickelt und seine Finanzierungszusagen für die Geschlechtergleichstellung und Stärkung der Frauen erhöht. Die ODA-Allokationen für Aktivitäten mit Geschlechtergleichstellung als Hauptziel oder wichtiges Ziel verzeichneten einen rasanten Anstieg von 4 Mio. US-$ im Jahr 2002 auf einen Höchstwert von 131 Mio. US-$ im Jahr 2008. Obwohl aber der prozentuale Anteil der auf Geschlechtergleichstellung ausgerichteten ODA an den nach Sektoren aufschlüsselbaren Leistungen von 53% im Jahr 2009 auf 66% im Jahr 2010 stieg, verringerten sich die ODA-Allokationen für Aktivitäten im Bereich der Geschlechtergleichstellung nach 2009 und betrugen 2010 nur noch 97 Mio. US-$.

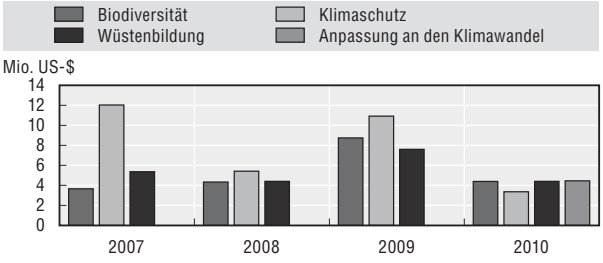
ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2002-2010



Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Griechenland hat seine Fokussierung auf den Sektor Umwelt- und Klimaschutz seit 2007 verstärkt. Das Land will einem neuen Gesetzentwurf und Fünfjahresprogramm zufolge diesen Querschnittsthemen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit widmen. Dies ist Ausdruck der hohen politischen Priorität, die der Premierminister und die Regierung der grünen Entwicklung, dem Schutz der biologischen Vielfalt, der Steigerung der Energieeffizienz und dem Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene einräumen. Die Rio-Marker signalisieren jedoch eine eher moderate Unterstützung der Ziele der Rio-Übereinkommen. Nach einer Verdopplung zwischen 2008 und 2009 gingen Griechenlands Zusagen für die Biodiversität, den Klimaschutz sowie Maßnahmen zur Bekämpfung der Wüstenbildung im Jahr 2010 um 40% und mehr zurück. Dennoch hat Griechenland trotz seiner schwierigen Finanzlage an – wenn auch reduzierten – finanziellen Zusagen in diesen Bereichen festgehalten und im Jahr 2010 4 Mio. US-$ für die Anpassung an den Klimawandel zugesagt.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Zwischen 2007 und 2010 machten ODA-Leistungen 99% der gesamten öffentlichen finanziellen Leistungen Griechenlands an Entwicklungsländer aus; sonstige öffentliche Leistungen wurden in diesem Zeitraum entweder nicht oder in nur unerheblichem Umfang verzeichnet. Die privaten Nettozuschüsse fielen von 7 Mio. US-$ im Jahr 2007 auf 2 Mio. US-$ in den Jahren 2008 und 2009. Im Jahr 2010 aber verfünffachten sie sich auf 10 Mio. US-$. Der Umfang der privaten Nettoleistungen zu Marktbedingungen hat sich seit Beginn der Finanzkrise in Griechenland 2008 drastisch verringert – von 2,88 Mrd. US-$ im Jahr 2007 auf 460 Mio. US-$ im Jahr 2008 – und ist seither niedrig geblieben (243 Mio. US-$ im Jahr 2010).

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700618

Irland

Irlands ODA-Leistungen beliefen sich 2011 auf 904 Mio. US-$, was gegenüber 2010 einem Rückgang von gut 3% in realer Rechnung entspricht. Nach der Anhebung seiner ODA-Leistungen in den Jahren 2007 und 2008 (um 6% bzw. 8%) begann Irland 2009, seine ODA zu kürzen (um 18%), und fuhr 2010 damit fort (um 4%).

Im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen betrugen Irlands ODA-Leistungen sowohl 2010 als auch 2011 0,52%, gegenüber 0,54% im Jahr 2009. Irland hält an seinem Engagement fest, das EU-Ziel zu erreichen, bis 2015 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) als ODA zu vergeben. 2011 nahm Irland an einer Zwischenevaluierung seines Programms der Entwicklungszusammenarbeit teil. Eine Zusammenfassung findet sich auf Seite 263.

Abbildung V.15 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Irland**

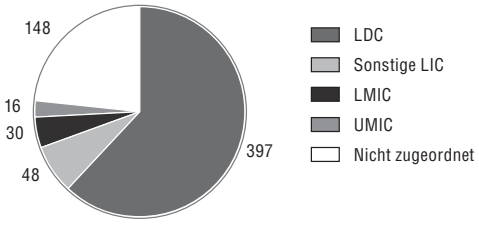
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	1 006	895	904	1.0
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	933	895	867	–3.1
Euro (Mio.)	722	676	650	–3.8
ODA/BNE (%)	0.54	0.52	0.52	
Bilateraler Anteil (%)	69	65	68	

v = Vorläufige Daten.

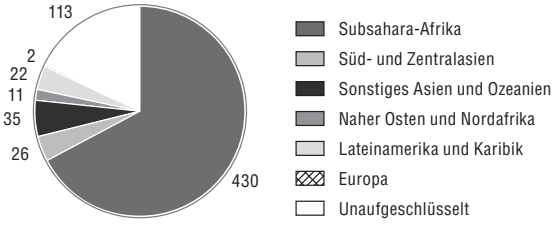
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Uganda	61
2 Mosambik	60
3 Tansania	52
4 Äthiopien	51
5 Sambia	36
6 Malawi	21
7 Vietnam	19
8 Lesotho	17
9 Sudan	15
10 Sierra Leone	13
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	41%
10 Hauptempfänger	54%
20 Hauptempfänger	67%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



Bilaterale und multilaterale ODA

Irlands ODA-Leistungen stiegen im Zeitraum 2006-2008 beträchtlich an, wobei ein bedeutender Anteil der zusätzlichen ODA über multilaterale Stellen erbracht wurde. Die Aufteilung der ODA-Leistungen Irlands auf die bilateralen und multilateralen Kanäle hat sich in den vergangenen fünf Jahren leicht verändert, von einem Verhältnis von 62:38 (bilateral:multilateral) im Jahr 2006 zu 68:32 im Jahr 2011. Aus vorläufigen Daten für 2011 geht hervor, dass sich Irlands bilaterale Leistungen auf 612,98 Mio. US-$ beliefen, während multilaterale Organisationen 291,10 Mio. US-$ erhielten.

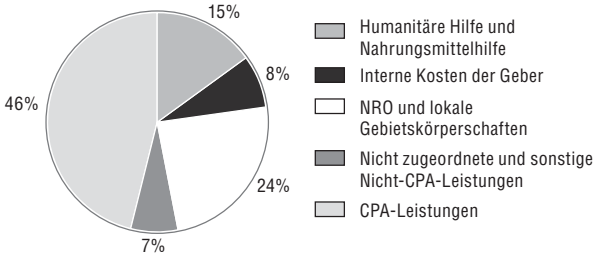
Zusammensetzung der bilateralen ODA

Irlands länderprogrammierbare Leistungen (CPA) beliefen sich 2010 auf 274,22 Mio. US-$, was 46% seiner bilateralen ODA-Bruttoleistungen entspricht und unter dem DAC-Durchschnitt in Höhe von 57% liegt. Irlands niedrige CPA-Zahlen sind durch den hohen Anteil seiner bilateralen ODA-Leistungen (24%) bedingt, die NRO zufließen, sowie seinen hohen Anteil an bilateraler humanitärer Hilfe (16%). Die allgemeine Budgethilfe – die Teil der CPA ist – belief sich auf insgesamt 29,14 Mio. US-$, was 5% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen Irlands entspricht.

Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Das ODA-Volumen Irlands hat sich seit 2009 zwar verringert, die Struktur der Mittelzuweisungen hat sich indessen nicht wesentlich verändert; 2010 lag der bilaterale Anteil an den irischen ODA-Leistungen bei 65%, wobei im Mittelpunkt weiterhin Afrika stand. In den vergangenen Jahren hat die Zahl der Empfängerländer irischer ODA-Leistungen leicht

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



abgenommen – von 93 im Jahr 2007 auf 89 im Jahr 2010 –, während der Anteil der ODA-Leistungen für die 20 Hauptempfänger von 61% auf 70% gestiegen ist. Aus den Daten über die CPA geht hervor, dass zwischen 2007 und 2010 im Durchschnitt 47% der Beziehungen Irlands „wichtig" waren, was bedeutet, dass Irland in diesem Zeitraum für 47% seiner CPA-Empfänger mehr CPA gewährte, als seinem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entspricht und/oder bei denen Irland zu den Hauptgebern gehört, die zusammen 90% der gewährten CPA bereitstellen.

Der auf LDC entfallende Anteil der gesamten irischen bilateralen ODA-Leistungen hat sich seit 2007 schrittweise erhöht und belief sich 2010 auf 64%; der Großteil hiervon wurde für Subsahara-Afrika aufgewendet. Der auf LDC entfallende Anteil der irischen bilateralen ODA-Leistungen belief sich 2010 auf 382 Mio. US-$.

Lieferaufbindung

Irlands ODA-Leistungen werden nach wie vor vollständig ohne Lieferbindung erbracht.

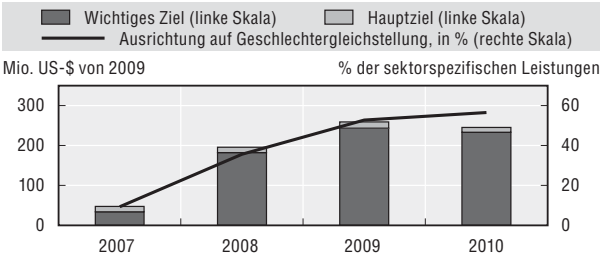
Lieferbindungsstatus, 2010
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Irland hat die Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen erfolgreich in all seinen Programmen berücksichtigt. Dieser Erfolg kommt in der Fokussierung der irischen Maßnahmen auf die Geschlechtergleichstellung zum Ausdruck, die 2010 nahezu 60% erreichte. Die Zusagen im Bereich der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen vervierfachten sich im Zeitraum 2007-2008 nahezu und nahmen 2009 weiter zu (+23% in nominaler Rechnung), verringerten sich 2010 jedoch leicht (-12%). Irland hat geschlechtsspezifische Interventionen, die Gender-Berichterstattung sowie Orientierungshilfen im Bereich des Gender-Mainstreaming verstärkt. Der irische Ansatz bei der systematischen Berücksichtigung von Gender-Fragen bietet weiterhin Beispiele für sehr empfehlenswerte Praktiken, von denen andere lernen können.

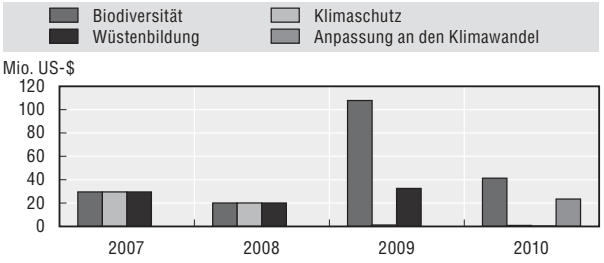
ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2007-2010



Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Die Unterstützung der Ziele der Rio-Übereinkommen unterliegt seit 2007 starken Schwankungen. Nach einem leichten Rückgang im Jahr 2008 erreichten die Zusagen im Bereich Biodiversität 2009 mit 108 Mio. US-$ ihren Höhepunkt, sanken 2010 jedoch auf 41 Mio. US-$. Die Zusagen im Bereich Klimaschutz belaufen sich seit 2009 auf 1 Mio. US-$, was einen Abwärtstrend von 29 Mio. US-$ im Jahr 2007 auf 20 Mio. US-$ im Jahr 2008 fortsetzt. Die Zusagen im Bereich Wüstenbildung betrugen 2010 null, gegenüber dem Höchststand von 33 Mio. US-$ im Jahr 2009. 2010 begannen die DAC-Mitglieder – darunter auch Irland – mit der Berichterstattung über die Zusagen für die Anpassung an den Klimawandel, ein Bereich, für den Irland im Jahr 2010 23 Mio. US-$ bereitstellte.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Irland stellt den Entwicklungsländern keine sonstigen öffentlichen Leistungen bereit, was die Tatsache widerspiegelt, dass sich das Land im Hinblick auf seine Entwicklungszusammenarbeit allein auf ODA-Leistungen stützt. Irlands private Investoren haben seit 2007 substanzielle Mittel bereitgestellt, nach der Finanzkrise von 2008 kam es hier jedoch zu einem deutlichen Rückgang. Die privaten Kapitalleistungen Irlands für die Entwicklungsländer beliefen sich 2010 auf 1,5 Mrd. US-$, verglichen mit 4,5 Mrd. US-$ im Jahr 2008.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700637

Italien

Im Jahr 2011 erhöhten sich die ODA-Nettoleistungen Italiens in realer Rechnung um 33% auf 4,24 Mrd. US-$. Dieser bemerkenswerte Anstieg ist auf eine Erhöhung der Schuldenerlasse sowie die hohen Aufwendungen für Flüchtlingshilfe im Zuge der Ankunft von Flüchtlingen aus Nordafrika in Italien zurückzuführen. Die Zunahme folgt einer Phase starker Fluktuation beim italienischen ODA-Volumen im Zeitraum 2006-2010.

Italiens ODA-Leistungen entsprachen im Jahr 2011 0,19% seines BNE, gegenüber 0,15% im Jahr 2010, was jedoch deutlich unter dem für 2010 festgelegten EU-Ziel von 0,51% liegt. Italien wird die Zielvorgabe für den ODA/BNE-Anteil von 0,7% bis 2015 voraussichtlich verfehlen. 2011 nahm Italien an einer Zwischenevaluierung seines EZ-Programms teil (vgl. Seite 264 wegen einer Zusammenfassung der Ergebnisse)

Abbildung V.16 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Italien**

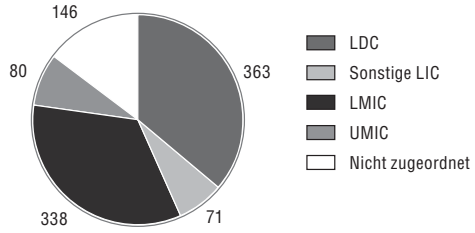
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	3 297	2 996	4 241	41.5
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	3 148	2 996	3 987	33.0
Euro (Mio.)	2 368	2 262	3 050	34.8
ODA/BNE (%)	0.16	0.15	0.19	
Bilateraler Anteil (%)	27	25	37	

v = Vorläufige Daten.

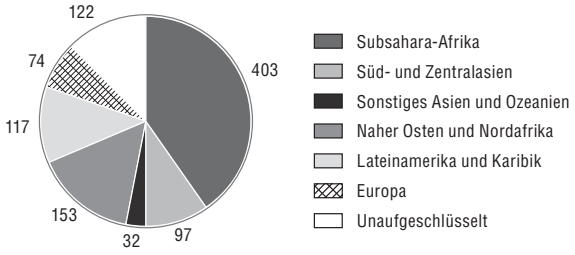
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Republik Kongo	75
2 Afghanistan	61
3 Albanien	53
4 Liberia	39
5 Westjordanland und Gazastreifen	37
6 Äthiopien	36
7 Côte d'Ivoire	34
8 Haiti	32
9 Mosambik	30
10 Libanon	27
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	27%
10 Hauptempfänger	43%
20 Hauptempfänger	59%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



Bilaterale und multilaterale ODA

Ein Merkmal der italienischen Entwicklungszusammenarbeit ist der hohe Anteil seiner ODA, der in das multilaterale System fließt, im Zeitraum 2006-2011 im Durchschnitt 64% jährlich und 63% im Jahr 2011 selbst. Dieser Anteil – der höchste aller DAC-Mitglieder – belief sich 2011 auf 2,65 Mrd. US-$. Der bilaterale Anteil an den italienischen ODA-Nettoleistungen sank im Zuge der beträchtlichen Kürzungen des ODA-Haushalts im Zeitraum 2009-2010 auf seinen Tiefstand. Im Jahr 2011 beliefen sich die bilateralen ODA-Leistungen Italiens auf 1,59 Mrd. US-$.

Zusammensetzung der bilateralen ODA

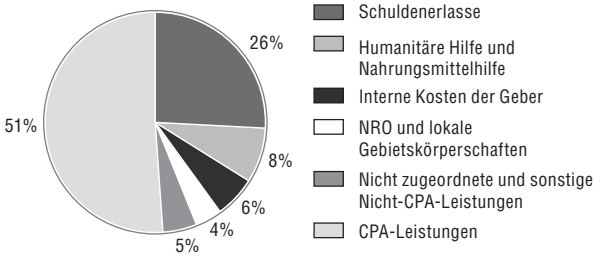
Im Jahr 2010 entfiel gut die Hälfte der bilateralen ODA-Bruttoleistungen Italiens auf länderprogrammierbare Entwicklungsleistungen (CPA), was unter dem Durchschnitt der DAC-Mitglieder von 57% für dasselbe Jahr liegt. Die allgemeine Budgethilfe – die Teil der CPA ist – belief sich 2010 auf 5,5 Mio. US-$ (0,6% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen Italiens). Italiens humanitäre und Nahrungsmittelhilfe machte 4% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen aus.

Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

In Italiens Programm-Leitlinien für die Entwicklungszusammenarbeit im Zeitraum 2011-2013 wird eine einzige Kategorie von Schwerpunktländern identifiziert, die von 35 auf 25 reduziert werden.

Die geografische Verteilung der ODA-Leistungen Italiens weist eine stärkere Konzentration auf als die der meisten

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



DAC-Mitglieder, wobei die zehn Hauptempfänger nahezu die Hälfte der italienischen ODA-Bruttoleistungen erhalten (im Zeitraum 2009-2010 im Durchschnitt 43%). Dies ist indessen weniger, als sie zur Zeit der letzten Länderprüfung erhielten (2007-2008 im Durchschnitt 63%), und der ODA-Anteil der 20 Hauptempfänger Italiens sank im selben Zeitraum von 78% auf 62%. Dieser Rückgang ist z.T. durch die Senkung des Beitrags Italiens an den Irak bedingt, auf den allein im Zeitraum 2007-2008 über 30% der bilateralen ODA-Leistungen Italiens entfielen.

Was die CPA-Zuweisungen betrifft, so ist die Zahl der Länder gestiegen, mit denen Italien „wichtige Beziehungen" unterhält: von 28 – von insgesamt 80 Beziehungen – im Jahr 2007 auf 40 – von insgesamt 85 Beziehungen – im Jahr 2010.

Im Zeitraum 2007-2010 hat Italien seine Unterstützung für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) stetig erhöht. Der Anteil der italienischen bilateralen ODA-Leistungen, der auf diese Länder entfiel, stieg deutlich von 23% im Jahr 2007 auf 37% im Jahr 2010. Die ODA-Bruttoleistungen Italiens an LDC beliefen sich 2010 auf 346 Mio. US-$.

Lieferaufbindung

Italien ist eines der DAC-Mitglieder, die ihre Anstrengungen im Bereich der Lieferaufbindung beschleunigen müssen: 2010 waren nur 58% der italienischen ODA lieferungebunden, womit der Anteil seit 2007 ungefähr auf demselben Niveau verharrt. Italien verfügt über keinen Plan für die Aufhebung der Lieferbindung bei der Gesamtheit seiner ODA-Leistungen.

Lieferbindungsstatus, 2010

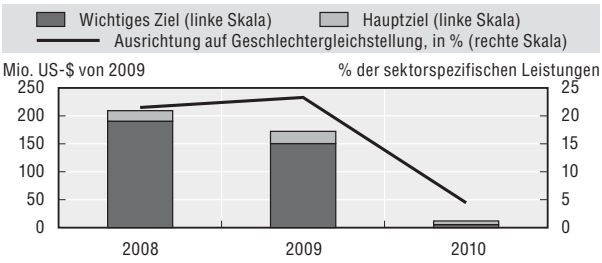
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

2010 erstellte Italien neue Leitlinien für die Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, und das Land berücksichtigt in seinen Programm-Leitlinien für den Zeitraum 2011-2013 systematisch Genderfragen. Italien nahm die Berichterstattung über seine Zusagen im Bereich der Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen an den DAC erst 2008 auf. Das Volumen der für diese Maßnahmen zugesagten ODA ging von 2008-2009 leicht und 2010 drastisch zurück. Die Zusagen im Bereich der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen beliefen sich 2010 insgesamt auf 35 Mio. US-$.

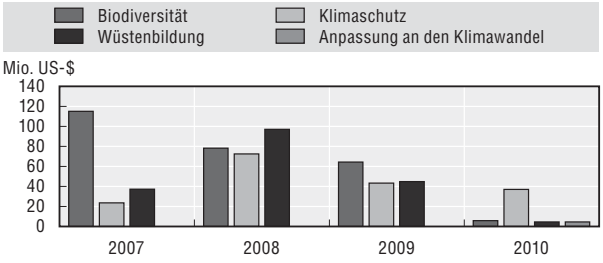
ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2008-2010



Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Italien beschloss 2007, die Umwelt zu einem Schwerpunktbereich zu machen, und entwickelte 2011 sektorspezifische Leitlinien für die Umwelt. Den Rio-Markern zufolge sind die Zuweisungen in den Bereichen Biodiversität, Klimaschutz und Wüstenbildung seit 2008 jedoch stetig gesunken, was z.T. wahrscheinlich auf die unzureichende Übermittlung von Daten zurückzuführen ist. Auf der Grundlage der Rio-Marker beliefen sich die Zusagen Italiens für die Biodiversität im Jahr 2010 auf 6 Mio. US-$, für den Klimaschutz auf 37 Mio. US-$ und für die Bekämpfung der Wüstenbildung auf 5 Mio. US-$. Im selben Jahr nahm Italien darüber hinaus die Berichterstattung über die Anpassung an den Klimawandel auf, für die das Land 5 Mio. US-$ bereitstellte.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Das Volumen der Nettoauszahlungen, die sich aus öffentlichen Exportkrediten, Beteiligungen und sonstigen öffentlichen Leistungen von Italien an die Entwicklungsländer ableiten, nahm sich im Zeitraum 2007-2010 gering aus und trug ein negatives Vorzeichen (mit Ausnahme des Jahres 2008). Dies bedeutet, dass die Zuflüsse nach Italien, die sich aus der Veräußerung von Beteiligungen, Kapitalrückzahlungen usw. ableiteten, die Abflüsse aus Italien in die Entwicklungsländer überstiegen. Die Finanzhilfen privater Hilfsorganisationen erhöhten sich im Lauf der Zeit von 63 Mio. US-$ im Jahr 2007 auf 150 Mio. US-$ im Jahr 2010. Die privaten Nettokapitalleistungen zu Marktbedingungen haben sich zwischen 2008 und 2009 in nominaler Rechnung verdoppelt und nahmen 2010 auf 6,6 Mrd. US-$ weiter zu.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700656

Japan

Im Jahr 2011 beliefen sich Japans ODA-Nettoleistungen auf 10,6 Mrd. US-$. Dies entsprach in realer Rechnung einem Rückgang von nahezu 11% gegenüber 2010 (wenngleich das Niveau von 2010 um 12% über dem Vorjahresniveau lag). Dieser Rückgang war zum großen Teil durch den sinkenden Umfang staatlicher Kredite bedingt. Japans ODA leidet unter der längeren Stagnationsphase und schwankte im Zeitraum 2006-2011 um die 10 Mrd. US-$-Marke.

Das ODA/BNE-Verhältnis sank ebenfalls wieder von 0,2% im Vorjahr auf 0,18%. Dieses Niveau liegt deutlich unter dem DAC-Durchschnitt von 0,31% und ist noch weit entfernt von der Zielvorgabe der Vereinten Nationen von 0,7%. In Anbetracht der gegenwärtigen fiskalpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durch die Zerstörungen auf Grund der Naturkatastrophen verstärkt werden, ist es jedoch unwahrscheinlich, dass das japanische ODA-Niveau in den kommenden Jahren signifikant steigen wird.

Abbildung V.17 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Japan**

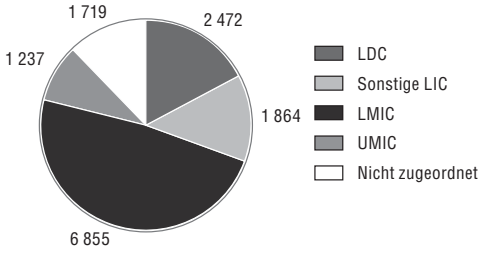
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	9 457	11 021	10 604	–3.8
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	9 841	11 021	9 829	–10.8
Yen (Mio.)	883	967	845	–12.6
ODA/BNE (%)	0.18	0.20	0.18	
Bilateraler Anteil (%)	65	67	59	

v = Vorläufige Daten.

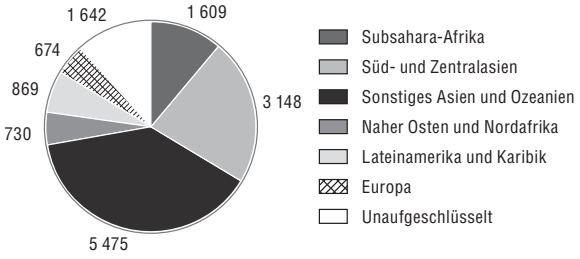
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Indonesien	1 505
2 Indien	1 466
3 Vietnam	1 266
4 China	1 096
5 Philippinen	686
6 Türkei	570
7 Afghanistan	541
8 Sri Lanka	358
9 Pakistan	209
10 Peru	197
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	43%
10 Hauptempfänger	56%
20 Hauptempfänger	66%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



Bilaterale und multilaterale ODA

Traditionell ist die bilaterale ODA in der japanischen Entwicklungszusammenarbeit dominierend. Die allgemeine Aufteilung der japanischen ODA auf die bilateralen und die multilateralen Erbringungswege ist konstant geblieben, wobei auf erstere rd. 70% aller Nettoauszahlungen entfallen. Im Jahr 2011 reduzierte Japan seine bilaterale ODA jedoch um 15%, wohingegen seine Beiträge an multilaterale Organisationen um 18% stiegen, wodurch der Anteil letzterer deutlich auf 41% zunahm.

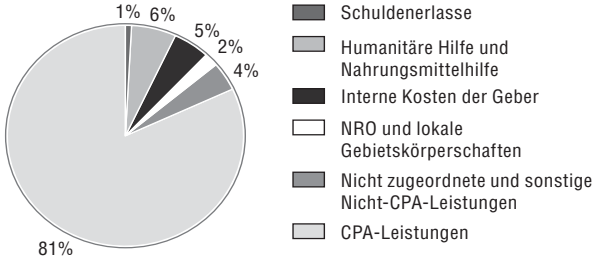
Zusammensetzung der bilateralen ODA

Japans bilaterales Programm ist durch einen hohen Anteil an länderprogrammierbaren Leistungen (CPA) gekennzeichnet. Japans CPA belief sich 2010 auf 12,3 Mrd. US-$, was 81% seiner bilateralen ODA-Bruttoleistungen entspricht und weit über dem DAC-Durchschnitt von 57% liegt. Japan stellte 2010 3,8% seiner CPA (bzw. 3,2% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen) in Form allgemeiner Budgethilfe bereit.

Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Japan engagiert sich sehr breit und fördert jährlich über 140 Länder. Japan hat nicht die Absicht, die Zahl der von ihm unterstützten Länder zu verringern, und benennt auch keine Schwerpunktländer. Einerseits gewährt Japan allen großen Entwicklungsländern der Welt gewisse Leistungen; andererseits stellt das Land umfangreiche Beträge für Länder bereit, die von ökonomischer und strategischer Bedeutung sind. Ein großer

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



Teil der bilateralen ODA-Leistungen Japans wird für die 20 Hauptempfänger bereitgestellt, auch wenn dieser Anteil in den vergangenen Jahren zurückgegangen ist, von 70% auf 66% im Zeitraum 2007-2010.

Japan konzentriert in der Regel einen großen Teil seiner Aufmerksamkeit auf Länder der mittleren Einkommensgruppe, was hauptsächlich durch die Tatsache bedingt ist, dass ein Großteil seiner ODA auf Infrastrukturhilfe ausgerichtet ist, die in der Tendenz eine Priorität größerer Volkswirtschaften darstellt. In den vergangenen Jahren hat Japan indessen Schritte unternommen, um seine ODA-Leistungen für Niedrigeinkommensländer bedeutend aufzustocken, insbesondere für LDC. 2010 stellte Japan 2,85 Mrd. US-$ für LDC bereit, was 19% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen entsprach.

Auf der Grundlage der CPA scheint die geografische Fragmentierung der japanischen ODA zuzunehmen. Japan reduzierte die Zahl seiner „wichtigen Beziehungen" von 117 im Jahr 2007 auf 107 im Jahr 2010, während sich die Zahl der „nicht wichtigen Beziehungen" im selben Zeitraum von 19 auf 32 erhöhte.

Lieferaufbindung

Japan hat den Anteil seiner lieferungebundenen ODA-Leistungen im Einklang mit der DAC-Empfehlung von 2001 (OECD, 2001) deutlich erhöht. Wenngleich sich Japans Anteil an lieferungebundenen Leistungen insgesamt von 96% im Jahr 2006 auf 94% im Jahr 2010 verringerte, liegt er nach wie vor deutlich über dem DAC-Durchschnitt von 84% für 2010.

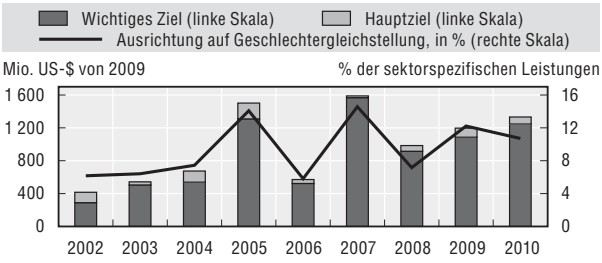
Lieferbindungsstatus, 2010
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Auch wenn Japan den Anteil seiner ODA erhöht hat, der für die Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen bereitgestellt wird, ist dieser im Vergleich zu dem der meisten anderen DAC-Mitglieder nach wie vor relativ gering.

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2002-2010

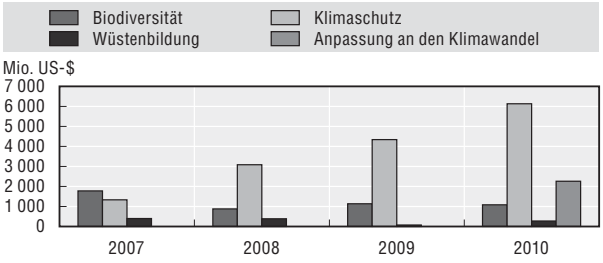


2010 wurden rd. 11% der nach Sektoren aufschlüsselbaren ODA Japans für Maßnahmen bereitgestellt, die auf Genderfragen ausgerichtet waren.

Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Japan betrachtet die Bewältigung globaler Umweltprobleme als eine seiner wichtigsten Prioritäten, und seine auf Umweltziele ausgerichtete ODA wurde im Lauf der Jahre erhöht, insbesondere im Bereich Klimaschutz. 2010 stieg die bilaterale ODA Japans für entsprechende Maßnahmen im Vergleich zum Vorjahr um über 40% und erreichte 6,1 Mrd. US-$. Es ist wahrscheinlich, dass der Anteil der japanischen ODA zur Förderung der Umwelt in Anbetracht des starken Engagements des Landes in den Bereichen Klimawandel und Entwicklung weiter wachsen wird.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Auf die ODA-Nettoleistungen Japans entfielen im Zeitraum 2007-2010 im Durchschnitt 79% seiner gesamten öffentlichen Leistungen. Der Umfang der privaten Nettokapitalleistungen (zu Marktbedingungen) beträgt nahezu das Dreifache der ODA und nimmt weiter zu. Die privaten Hilfsorganisationen in Japan stellen mehr Zuschüsse für die Entwicklungsländer bereit, ihre Volumen sind verglichen mit anderen Quellen der Entwicklungsfinanzierung jedoch unerheblich.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700675

Kanada

Kanadas Netto-ODA belief sich im Jahr 2011 auf 5,29 Mrd. US-$. Nachdem Kanadas ODA 2010 um 14% gestiegen war, ging sie 2011 infolge von Kanadas Entscheidung, das EZ-Budget auf den Stand von 2010 zu kürzen, in realer Rechnung zurück (um etwas über 5%).

Kanadas ODA/BNE-Verhältnis lag 2011 bei 0,31% und damit weit unter dem von den Vereinten Nationen gesetzten langfristigen, von Kanada jedoch nicht gebilligten Ziel, 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) als ODA zu vergeben. 2012 wurde Kanadas Programm der Entwicklungszusammenarbeit einer DAC-Länderprüfung unterzogen (vgl. S.259 wegen einer Zusammenfassung der Ergebnisse).

Abbildung V.18 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Kanada**

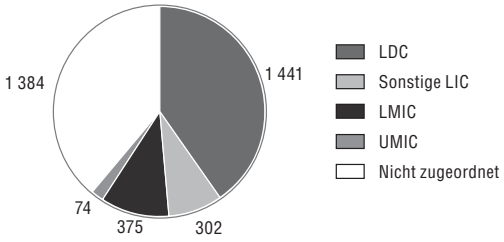
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	4 000	5 209	5 291	1.6
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	4 561	5 209	4 930	–5.3
Kanadische Dollar (Mio.)	4 564	5 366	5 234	–2.5
ODA/BNE (%)	0.30	0.34	0.31	
Bilateraler Anteil (%)	79	75	76	

v = Vorläufige Daten.

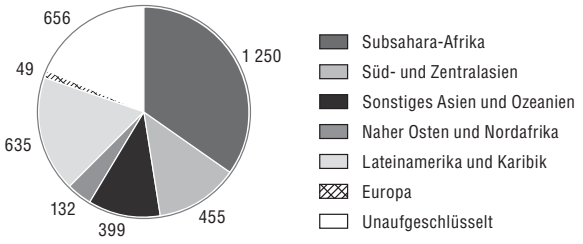
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Haiti	289
2 Afghanistan	250
3 Äthiopien	114
4 Ghana	107
5 Sudan	107
6 Tansania	103
7 Mali	90
8 Mosambik	79
9 Pakistan	72
10 Bangladesch	69
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	24%
10 Hauptempfänger	36%
20 Hauptempfänger	46%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



Bilaterale und multilaterale ODA

2010 erreichte Kanada sein 2001 festgelegtes Ziel, seine Leistungen für die internationale Entwicklungszusammenarbeit innerhalb von zehn Jahren zu verdoppeln, indem es den entsprechenden Finanzrahmen um 8% pro Jahr erhöhte. Kanadas Entwicklungsleistungen wuchsen im Zeitraum 2006-2010 erheblich, sie sind dabei allein zwischen 2009 und 2010 auf Grund einer Aufstockung der bilateralen Zuschüsse und höherer Beitragszahlungen an die Weltbank um über 14% gestiegen. In den letzten fünf Jahren variierte das Verhältnis von Kanadas bilateralen und multilateralen ODA-Leistungen von 69:31 (bilateral/multilateral) im Jahr 2006 bis 75:25 im Jahr 2010. Den vorläufigen Daten für 2011 zufolge belief sich Kanadas bilaterales Programm auf 4,05 Mrd. US-$, was bedeutet, dass der bilaterale Anteil der kanadischen Netto-ODA bei 76% aufrechterhalten wurde.

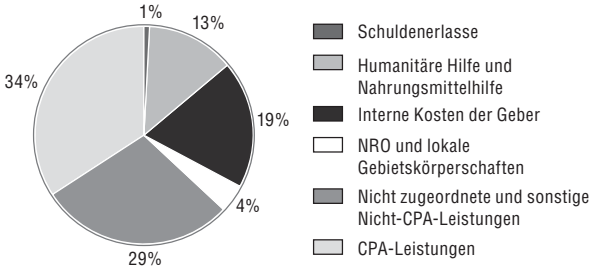
Zusammensetzung der bilateralen ODA

Kanadas länderprogrammierbare Leistungen (CPA) betrugen 2010 1,34 Mrd. US-$, was 34% seiner bilateralen ODA-Bruttoleistungen entspricht (im Vergleich zu einem DAC-Durchschnitt von 57%). Kanadas niedriger CPA-Anteil ist hauptsächlich durch den hohen Anteil der bilateralen ODA, die für interne Kosten der Geber, z.B. für Flüchtlinge, Verwaltung und Stipendien aufgewendet wird, sowie durch Partnerschaftsprogramme und durch die von anderen nachgeordneten Gebietskörperschaften erbrachten Entwicklungsleistungen bedingt. Auf die allgemeine Budgethilfe – die Teil der CPA ist – entfielen 1,5% der ODA-Bruttoleistungen Kanadas, während die bilaterale humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe 13% der ODA-Bruttoleistungen in Anspruch nahmen.

Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Um einer Empfehlung der vorangegangenen Länderprüfung (2007) Folge zu leisten, hat Kanada Maßnahmen ergriffen, die

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



dafür sorgen, dass sich seine bilaterale ODA auf weniger Sektoren und Länder konzentriert, und es sich aus Ländern zurückziehen kann, in denen es keinen komparativen Vorteil besitzt. Kanada hat die Zahl seiner Partnerländer von 77 auf 43 reduziert, und es hat von diesen 20 „Schwerpunktländer" ausgewählt. Zwischen 2007 und 2010 ist die Zahl der ODA-Empfängerländer Kanadas von 146 auf 125 gesunken, und der Anteil der bilateralen ODA-Leistungen für die zehn bzw. zwanzig wichtigsten Partnerländer ist von 31% auf 40% bzw. von 43% auf 50% gestiegen. Die Zahl der „wichtigen Beziehungen" Kanadas (Länder, denen Kanada mehr CPA gewährt, als seinem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entspricht und/oder bei denen Kanada zu den Hauptgebern gehört, die zusammen 90% der gewährten CPA bereitstellen) erhöhte sich von 40% aller Beziehungen im Jahr 2007 auf 44% im Jahr 2010, was auf eine etwas stärkere Ausrichtung des bilateralen Programms hindeutet.

Entsprechend seinen Verpflichtungen im Hinblick auf die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) hat Kanada seine Unterstützung für Niedrigeinkommensländer erheblich erhöht, wobei der Anteil der gesamten bilateralen ODA für die LDC im Zeitraum 2007-2010 von 37% auf 43% gestiegen ist. 2010 belief sich die Unterstützung für die LDC insgesamt auf 1,73 Mrd. US-$.

Lieferaufbindung

Kanada hat 2008 die Lieferbindung für seine gesamte Nahrungsmittelhilfe aufgehoben und plant, bis zum Ende des Finanzjahrs 2012-2013 die Lieferbindung für alle seine ODA-Leistungen aufzuheben. Zwischen 2006 und 2010 ist der Prozentsatz der lieferungebundenen Leistungen von 63% auf 99% gestiegen.

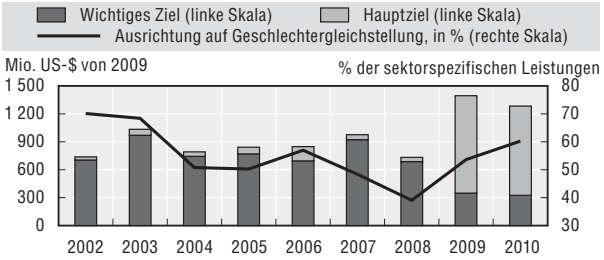
Lieferbindungsstatus, 2010
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Kanadas nachdrückliche Unterstützung zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen im Zeitraum 2009-2010 zeigt, dass das Land diesem Querschnittsthema hohe Priorität einräumt. Nach großen Schwankungen zwischen 2002 und 2008 ist Kanadas Unterstützung für die Geschlechtergleichstellung von 795 Mio. US-$ im Jahr 2008 auf 1,4 Mrd. US-$ im Jahr 2009 erheblich gestiegen. Die Leistungen wurden für Aktivitäten bereitgestellt, deren Hauptziel die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Frauen ist. Im Jahr 2010 beliefen sich die Zusagen auf 1,46 Mrd. US-$, was in realer Rechnung einem Rückgang um 8% entspricht. Insgesamt wurden 2010 60% der nach Sektoren aufschlüsselbaren ODA Kanadas für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Frauen bereitgestellt.

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2002-2010

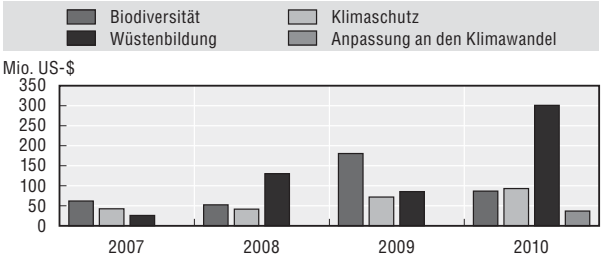


Anmerkung: Der Gender Equality Policy Marker der Kanadischen Behörde für internationale Entwicklung (CIDA) ist nicht dazu gedacht, mit den Auszahlungen verknüpft zu werden. Er weist auf den Grad der Einbeziehung der im Bereich der Geschlechtergleichstellung geplanten Ergebnisse in die Projekte der CIDA bzw. die Kapazität einer Institution hin, die Geschlechtergleichstellung bei ihren Aktivitäten zu berücksichtigen. Er spiegelt nicht die Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung in einem Budget wider. Die Möglichkeit, methodische Klarheit bei der Verbindung des Gender Equality Policy Marker der CIDA mit dem DAC-Marker herzustellen, wird derzeit untersucht.

Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Kanada bezieht die ökologische Nachhaltigkeit als Querschnittsthema in seinen entwicklungspolitischen Rahmen ein. Kanadas nach Ländern aufschlüsselbare ODA-Zusagen für den Klimaschutz haben im Zeitraum 2007-2010 im Durchschnitt um 33% pro Jahr zugenommen und erreichten 2010 93 Mio. US-$. Die zu Gunsten der Biodiversität und der Bekämpfung der Wüstenbildung gemachten Zusagen haben sich unterschiedlich entwickelt. Während die Zusagen zu Gunsten der Biodiversität zwischen 2009 und 2010 um 52% abnahmen, stiegen die Zusagen zu Gunsten der Bekämpfung der Wüstenbildung im selben Zeitraum um das Vierfache an. 2010 nahmen alle DAC-Mitglieder die Berichterstattung über die Zusagen für die Anpassung an den Klimawandel auf, ein Bereich, für den Kanada 2010 37 Mio. US-$ bereitstellte.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Nach Jahren des stetigen Wachstums gingen die sonstigen öffentlichen Leistungen und die privaten Nettokapitalleistungen Kanadas an für ODA in Frage kommende Länder im Anschluss an die globale Finanzkrise 2008 drastisch zurück. Obwohl die kanadischen Anleger ihre Finanzierungsströme an für ODA in Frage kommende Länder im Zeitraum 2008-2009 von 16 Mrd. US-$ auf 3 Mrd. US-$ (Nettoauszahlungen) reduzierten, sind die Finanzierungsströme 2010 wieder auf 14 Mrd. US-$ angestiegen. Um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern, zielt Kanada darauf ab, seine ODA so einzusetzen, dass bessere Investitionsbedingungen geschaffen und in Partnerländern Investitionen des privaten Sektors mobilisiert werden.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700504

Korea

Im Jahr 2011 beliefen sich Koreas ODA-Leistungen auf 1,32 Mrd. US-$. Das entspricht einem Anstieg von nahezu 6% gegenüber dem Jahr 2010, als die koreanischen EZ-Leistungen erstmals die Grenze von 1 Mrd. US-$ überschritten. Korea erhöhte seine ODA zwischen 2006 und 2010 um eine durchschnittliche Jahresrate von 29%. So rangierte das Land mit seinem ODA-Volumen 2011 unter den DAC-Mitgliedern auf Platz 17, einen Platz höher als 2010; sein Engagement zu Gunsten einer ODA-Aufstockung könnte das Land bis 2015 auf Platz 15 klettern lassen.

Koreas ODA belief sich 2011 auf 0,12% des BIP, d.h. es verharrte auf demselben Niveau wie 2010. Wenngleich Korea in Bezug auf diesen Wert unter den DAC-Ländern den vorletzten Platz einnimmt, hat es sich verpflichtet, diesen Anteil bis 2015 auf 0,25% anzuheben. Korea erhöhte sein ODA/BNE-Verhältnis von 0,06% im Jahr 2003 auf 0,09% im Jahr 2008. Es ist derzeit auf dem besten Weg, sein Zwischenziel eines ODA/BNE-Verhältnisses von 0,15% bis 2012 zu erreichen.

Abbildung V.19 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Korea**

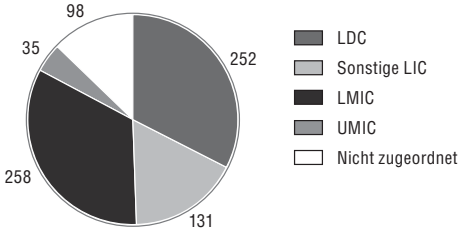
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	816	1 174	1 321	12.6
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	933	1 174	1 242	5.8
Won (Mio.)	1 040	1 356	1 463	7.9
ODA/BNE (%)	0.10	0.12	0.12	
Bilateraler Anteil (%)	71	77	73	

v = Vorläufige Daten.

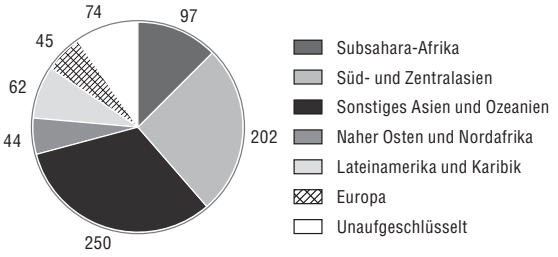
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Vietnam	82
2 Afghanistan	59
3 Mongolei	36
4 Bangladesch	36
5 Sri Lanka	34
6 Indonesien	30
7 Kambodscha	27
8 Philippinen	27
9 Laos	26
10 Angola	24
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	32%
10 Hauptempfänger	49%
20 Hauptempfänger	68%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



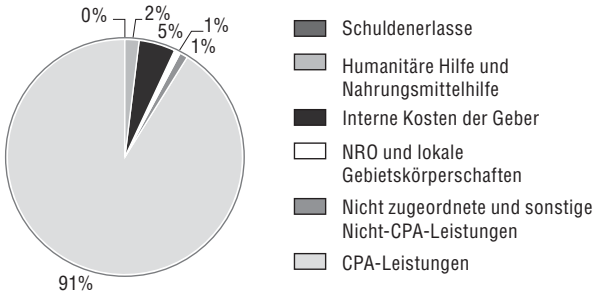
Bilaterale und multilaterale ODA

Die Aufstockung der ODA Koreas in den letzten Jahren hat sich in einer erhöhten Mittelallokation für die bilateralen und multilateralen Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit niedergeschlagen. Allerdings hat sich die Aufteilung der koreanischen ODA auf die bilateralen und multilateralen Erbringungswege in den vergangenen fünf Jahren leicht verändert, von einem Verhältnis von 83:17 (bilateral:multilateral) im Jahr 2006 zu einem Verhältnis von 73:27 im Jahr 2011.

Zusammensetzung der bilateralen ODA

Koreas länderprogrammierbare Leistungen (CPA) beliefen sich 2010 auf 847,5 Mio. US-$, was 91% seiner bilateralen ODA-Bruttoleistungen und mithin einem Prozentsatz entspricht, der deutlich über dem DAC-Durchschnitt von 57% liegt. Koreas hohe CPA-Zahlen sind hauptsächlich durch die geringen internen Kosten der Geber, humanitären Hilfeleistungen und Schuldenerleichterungen bedingt. Ferner ist der Anteil seiner bilateralen ODA-Leistungen, der bestimmten Ländern zugeordnet wird, im Vergleich zu anderen DAC-Mitgliedern sehr hoch, was die CPA Koreas ebenfalls anhebt.

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Koreas bilaterale EZ-Leistungen sind auf eine Vielzahl von Ländern verteilt, wenngleich die zehn Hauptempfänger im Zeitraum 2009-2010 mehr als die Hälfte der Leistungen auf sich vereinten. Korea hat derzeit 26 Schwerpunktländer, die größtenteils in Asien, vornehmlich Ostasien, angesiedelt sind, was auf eine starke Fokussierung der bilateralen ODA-Leistungen Koreas hindeutet und die Überzeugung des Landes zum Ausdruck bringt, dass die eigene jüngste Entwicklungserfahrung für andere ostasiatische Länder von größter Bedeutung sein kann. Zudem hat Korea seine ODA-Leistungen an Afrika erhöht, indem es seine Unterstützung für die Region zwischen 2005 und 2008 im Rahmen der Initiative Koreas für die Entwicklung Afrikas verdoppelt hat. Diese Initiative endete 2008; auf dem Korea-Afrika-Forum im November 2009 kündigte Korea ein zweites EZ-Programm an.

Der Anteil der für LDC bereitgestellten bilateralen ODA-Bruttoleistungen Koreas ist progressiv von 24% im Jahr 2007 auf 36% im Jahr 2010 gestiegen. 2010 beliefen sich die bilateralen ODA-Bruttoleistungen an LDC auf 338 Mio. US-$.

Lieferaufbindung

Traditionell waren die ODA-Leistungen Koreas stark liefergebunden. 2007 war nur ein Viertel der koreanischen ODA lieferungebunden, was deutlich unter dem Durchschnitt der derzeitigen DAC-Mitglieder liegt. Jedoch hat Korea im Hinblick auf seinen Beitritt zum DAC einen Fahrplan für die Aufhebung der Lieferbindung aufgestellt und diesbezüglich Fortschritte erzielt: Bis 2010 waren bereits 36% seiner ODA-Leistungen ungebunden. Insgesamt sieht Korea vor, bis 2015 die Lieferbindung bei 75% seiner ODA aufzuheben. Gemäß der DAC-Empfehlung räumt Korea der Lieferaufbindung bei seiner Unterstützung der am wenigsten entwickelten und anderen hochverschuldeten armen Länder Priorität ein (OECD, 2001).

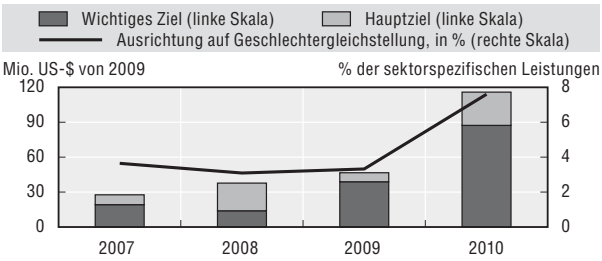
Lieferbindungsstatus, 2010
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Bisher hat Korea noch keine Strategie für den Umgang mit Querschnittsthemen entwickelt, wie Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen. Korea wendete 2010 nur einen geringen Anteil seiner nach Sektoren aufschlüsselbaren ODA für die Geschlechtergleichstellung und Stärkung der Frauen auf (etwas unter 8% bzw. 132 Mio. US-$.); das ist weniger als die meisten anderen DAC-Mitglieder. Gleichwohl stellt dies einen bedeutenden Anstieg gegenüber dem Betrag dar, den Korea dieser Aktivität im Jahr 2007 gewidmet hatte, als dieser geringfügig unter 36 Mio. US-$ lag.

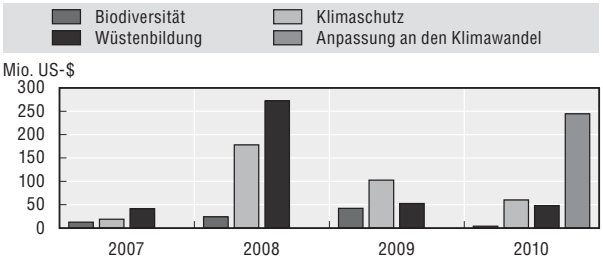
ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2007-2010



Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Korea hat noch keine Strategie für den Umwelt- und Klimaschutz entwickelt. In den Jahren 2009 und 2010 stellte Korea nur einen geringen Anteil seiner ODA-Leistungen für die Biodiversität, den Klimaschutz und die Bekämpfung der Wüstenbildung bereit, obwohl das Land 2010 insgesamt nahezu 250 Mio. US-$ für die Anpassung an den Klimawandel aufwendete.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Die „sonstigen öffentlichen Leistungen" (OOF) Koreas an Entwicklungsländer belaufen sich angesichts des starken Rückgriffs auf Darlehen bei der Entwicklungszusammenarbeit des Landes seit 2007 im Durchschnitt auf 1,3 Mrd. US-$ jährlich. Koreas private Investoren haben in diesem Zeitraum auch substanzielle Mittel bereitgestellt, nach der Finanzkrise von 2008 kam es hier jedoch zu einem leichten Rückgang. Die privaten Kapitalleistungen Koreas für die Entwicklungsländer beliefen sich 2010 auf 8,7 Mrd. US-$, was nicht weit von dem 2007 erreichten Niveau entfernt ist (9,8 Mrd. US-$).

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700694

Luxemburg

2011 beliefen sich die ODA-Nettoleistungen Luxemburgs auf 413 Mio. US-$, was einer Abnahme um 5,4% gegenüber 2010 entspricht. Wie bei anderen DAC-Mitgliedern ist dies der erste Rückgang nach mehreren aufeinanderfolgenden Jahren des Anstiegs. Die Netto-ODA Luxemburgs nahm zwischen 2006 und 2010 mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 4% zu.

Auch wenn das ODA/BNE-Verhältnis unter den 2010 verzeichneten 1,05% liegt, verharrt es mit 0,99% auf hohem Niveau und liegt deutlich über dem EU-Ziel von 0,7%. Wie am Regierungsprogramm für die Jahre 2009-2014 dargelegt, beabsichtigt Luxemburg, sein EZ-Volumen bei 1% des BNE zu halten, was zu loben ist.

Abbildung V.20 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Luxemburg**

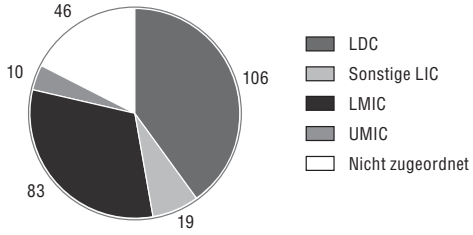
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	415	403	413	2.7
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	414	403	381	–5.4
Euro (Mio.)	298	304	297	–2.2
ODA/BNE (%)	1.04	1.05	0.99	
Bilateraler Anteil (%)	64	65	69	

v = Vorläufige Daten.

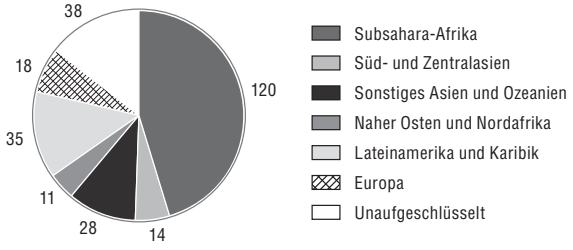
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Senegal	21
2 Mali	18
3 Burkina Faso	16
4 Kap Verde	16
5 Vietnam	13
6 Namibia	11
7 Nicaragua	11
8 El Salvador	10
9 Laos	10
10 Niger	9
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	32%
10 Hauptempfänger	51%
20 Hauptempfänger	69%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



Bilaterale und multilaterale ODA

Zwischen 2006 und 2011 lag der Anteil der multilateralen ODA-Nettoleistungen Luxemburgs im Durchschnitt bei etwa 33%. Vorläufigen Daten für 2011 zufolge belief sich die multilaterale ODA auf insgesamt 129,39 Mio. US-$, was 31% der ODA-Nettoleistungen ausmachte, während auf die bilateralen ODA-Leistungen 284,01 Mio. US-$ entfielen, was 69% der Netto-ODA entsprach.

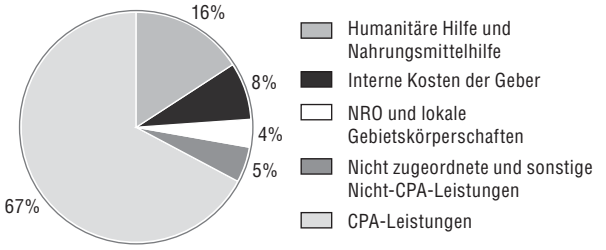
Zusammensetzung der bilateralen ODA

Mit einem Anteil von 67% an den bilateralen ODA-Bruttoleistungen Luxemburgs im Jahr 2010 lagen die länderprogrammierbaren Entwicklungsleistungen (CPA) weit über dem Durchschnitt der DAC-Mitglieder von 57% für dieses Jahr. Luxemburg leistet keine allgemeine Budgethilfe. Die von Luxemburg auf bilateraler Ebene geleistete humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe machte 16% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen aus.

Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Luxemburg konzentriert sein Programm der Entwicklungszusammenarbeit auf eine kleine Zahl von Schwerpunktländern (10 im Jahr 2011). Mit diesen 10 Ländern unterhält Luxemburg „wichtige Beziehungen", was bedeutet, dass es ihnen mehr CPA gewähren, als ihrem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entspricht und/oder bei denen sie zu den Hauptgebern gehören, die zusammen 90% der gewährten CPA bereitstellen. Die CPA-Leistungen weisen seit einigen Jahren eine stärkere

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



Fragmentierung auf; während Luxemburg 2007 noch „wichtige Beziehungen" mit 64% seiner CPA-Empfänger unterhielt, ging diese Zahl bis 2010 auf 47% zurück.

Die Zahl der ODA-Empfängerländer Luxemburgs erhöhte sich zwischen 2007 und 2010 geringfügig von 88 auf 90. Der Anteil der ODA-Leistungen, der 2010 auf die 10 Hauptempfänger entfiel, ist zu seinem 2007 verzeichneten Niveau von 51% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen zurückgekehrt, nachdem er 2008 auf 55% gestiegen war. Der Anteil der ODA-Leistungen für die 20 Hauptempfänger erreichte 2008 72%, bevor er bis 2010 nach und nach auf 69% zurückging.

Ein bedeutender Anteil der bilateralen ODA Luxemburgs wird an LDC vergeben: 33% im Jahr 2010. Das war etwas weniger als die im Zeitraum 2007-2009 geleisteten 42%. 2010 teilte Luxemburg den LDC 103 Mio. US-$ zu.

Lieferaufbindung

Luxemburg gehört zu den DAC-Mitgliedern, die die Lieferbindung für nahezu die Gesamtheit ihrer ODA aufgehoben haben. Im Jahr 2010 waren 99% der ODA-Programme des Landes lieferungebunden, das war geringfügig weniger als die zwischen 2006 und 2009 erreichte Lieferaufbindung von 100%.

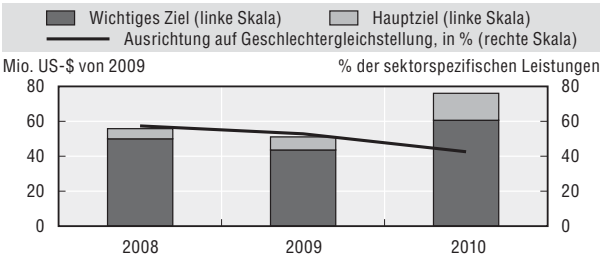
Lieferbindungsstatus, 2010
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Luxemburg konzentriert seine Leistungen auf die als Querschnittsthema betrachtete Geschlechtergleichstellung und erstattet diesbezüglich seit 2008 über die Gender-Marker Bericht. Diese Marker veranschaulichen, dass die Zusagen für Aktivitäten, deren Hauptziel oder wichtiges Ziel die Geschlechtergleichstellung und Stärkung der Frauen darstellen, 2009 rückläufig waren, 2010 in realer

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2008-2010

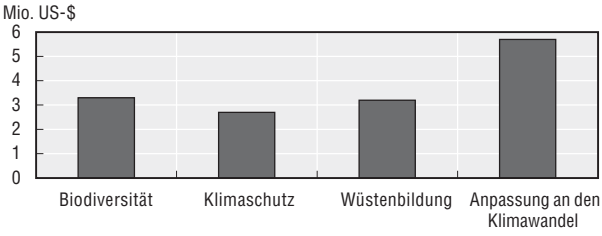


Rechnung dann aber wieder um 49% zunahmen und 73 Mio. US-$ erreichten. Indessen sank der Anteil der auf die Geschlechtergleichstellung ausgerichteten ODA an den sektorspezifischen Gesamtleistungen von 53% im Jahr 2009 auf 43% im Jahr 2010.

Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Luxemburg unternimmt Anstrengungen, um Umwelt- und Klimaschutz systematisch in sein Programm der Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen. Es begann mit der Berichterstattung über die Rio-Marker im Jahr 2010; in jenem Jahr stellte es 3 Mio. US-$ für Aktivitäten zur Wahrung der biologischen Vielfalt bereit, wobei Aktivitäten zu Gunsten des Klimaschutzes und zur Bekämpfung der Wüstenbildung eine ebenso hohe Unterstützung erfuhren. Auf Aktivitäten zur Anpassung an den Klimawandel entfielen 6 Mio. US-$.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Die privaten Nettozuschüsse Luxemburgs für die Entwicklungsländer erhöhten sich zwischen 2007 und 2009 progressiv, als sie 13 Mio. US-$ erreichten, bevor sie im Jahr 2010 auf 9 Mio. US-$ sanken. Zu den „sonstigen öffentlichen Leistungen" bzw. den privaten Leistungen zu Marktbedingungen Luxemburgs stehen keine Daten zur Verfügung.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700713

Neuseeland

Im Jahr 2011 beliefen sich die ODA-Nettoleistungen Neuseelands auf 429 Mio. US-$. Das entspricht einem Anstieg um 10,7% gegenüber 2010, womit Neuseeland zu den wenigen DAC-Mitgliedern zählt, die ihre ODA – in realer Rechnung – 2011 erhöht haben. Gleichzeitig ist dies auch der erste Anstieg der neuseeländischen ODA nach den Rückgängen um 2% im Jahr 2009 und 6% im Jahr 2010. Neuseeland hat sich verpflichtet, ein ODA-Volumen von 600 Mio. NZ$ zu erreichen und wird seine ODA-Leistungen gemäß dem mittelfristigen Ausgabenplan weiter aufstocken.

Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich 2011 auf 0,28%, liegt aber nach wie vor unter dem 2008 verbuchten Höchststand von 0,30%.

Abbildung V.21 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Neuseeland**

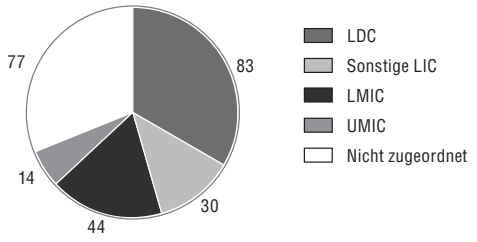
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	309	342	429	25.4
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	366	342	379	10.7
Neuseel. Dollar (Mio.)	494	475	543	14.4
ODA/BNE (%)	0.28	0.26	0.28	
Bilateraler Anteil (%)	73	79	76	

v = Vorläufige Daten.

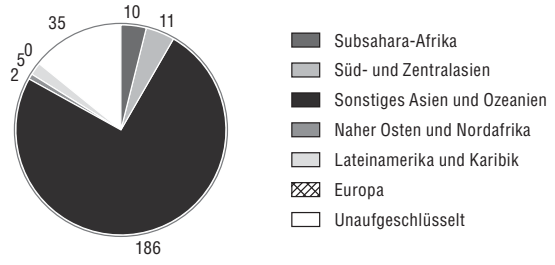
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Salomonen	26
2 Papua Neuguinea	19
3 Vanuatu	14
4 Samoa	14
5 Tokelau	11
6 Tonga	9
7 Niue	9
8 Cookinseln	6
9 Indonesien	6
10 Timor-Leste	6
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	34%
10 Hauptempfänger	49%
20 Hauptempfänger	62%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



Bilaterale und multilaterale ODA

Im Jahr 2011 stellte Neuseeland 76% seiner ODA-Nettoleistungen für das bilaterale Programm bereit, während 24% über multilaterale Stellen vergeben wurden. Dieses Verhältnis schwankte zwischen 2006 und 2011 nur geringfügig und lag durchschnittlich bei 77% (bilaterale Leistungen) und 33% (multilaterale Leistungen). Der bilaterale Anteil der neuseeländischen ODA erreichte 2008 mit 80% einen Höchststand, als die ODA-Leistungen deutlich gestiegen waren. Die Vereinigten Staaten sind Neuseelands größter multilateraler Partner.

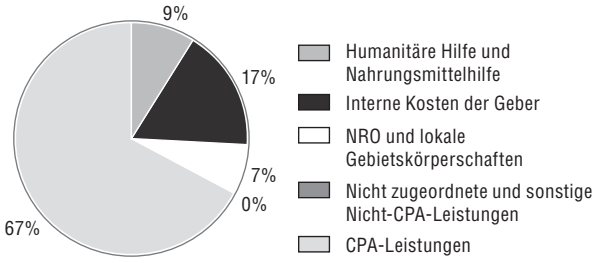
Zusammensetzung der bilateralen ODA

2010 stellte Neuseeland insgesamt 183,93 Mio. US-$ in Form von länderprogrammierbaren EZ-Leistungen (CPA) bereit. Das entspricht 68% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen Neuseelands, was weit über dem DAC-Durchschnitt von 57% für das Jahr 2010 liegt. Die allgemeine Budgethilfe – die Teil der CPA ist – belief sich auf 16,37 Mio. US-$ bzw. 6% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen.

Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Das neuseeländische ODA-Programm ist weiterhin geografisch stark auf den Pazifik und Asien ausgerichtet. Die ODA-Leistungen Neuseelands sind mit nur 17 bilateralen Partnern stark konzentriert; 14 dieser Länder unterhalten „wichtige Beziehungen“ mit Neuseeland, was bedeutet, dass sie diesen Ländern mehr CPA gewähren als es ihrem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entspricht und/oder bei denen sie zu den Hauptgebern gehören, die zusammen 90% der

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



gewährten CPA bereitstellen. Trotz seiner Fokussierung auf 17 Schwerpunktländer wird der übrige Teil der neuseeländischen ODA auf mehr als 100 Länder verteilt. Jedoch hat die Regierung ihre Absicht bekundet, das ODA-Programm weiter stärker auf den Pazifischen Raum zu konzentrieren.

Einige bilaterale Partner Neuseelands sind LDC, was den wachsenden Anteil dieser Länder an den bilateralen ODA-Allokationen erklärt, der von 25% im Jahr 2007 auf 37% im Jahr 2009 gestiegen ist. 2010 ging dieser Anteil geringfügig – auf 31% – zurück, und das bereitgestellte ODA-Gesamtvolumen belief sich auf 84 Mio US-$.

Lieferaufbindung

Neuseeland gehört zu den DAC-Mitgliedern, deren ODA nur noch zu einem geringen Anteil liefergebunden ist: 11% im Jahr 2010. Die lieferungebundenen Leistungen erreichten 2008 ein Niveau von 93%, das seither aber gesunken ist: zunächst auf 90% im Jahr 2009 und dann auf 89% im Jahr 2010.

Lieferbindungsstatus, 2010
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



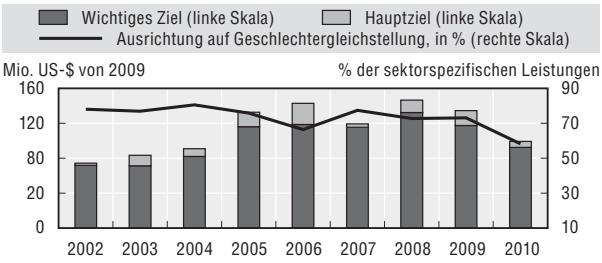
ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Neuseeland hat die Geschlechtergleichstellung zu einem Querschnittsthema erklärt und versucht, diese Dimension in das ODA-Programm und in den internationalen Politikdialog einzubeziehen. Die Zusagen zu Gunsten von Aktivitäten, bei denen die Geschlechtergleichstellung als Hauptziel oder wichtiges Ziel ausgewiesen ist, sind zwischen 2002 und 2006 gestiegen. Nach einem Rückgang im Jahr 2007 erreichten sie 2008 mit 160 Mio. US-$ einen Höchststand, bevor sie in den Jahren 2009 und 2010 nachließen. 2010 beliefen sich die Zusagen auf 118 Mio. US-$, was gegenüber 2009 einem Rückgang um 26% in realer Rechnung entspricht.

Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

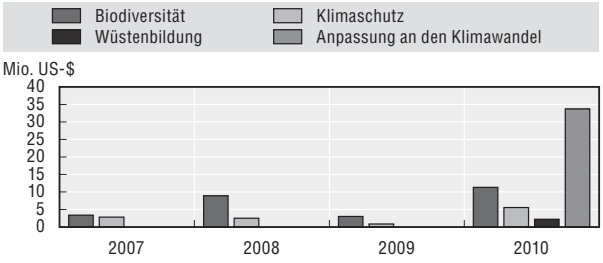
Neuseeland hat den Umweltschutz zu einer Querschnittsaufgabe erklärt. In Anbetracht der vielfältigen tatsächlichen

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2002-2010



bzw. potenziellen Naturkatastrophenrisiken auf zahlreichen Pazifikinseln plant das Land, Fragen der Katastrophenrisikominderung und -vorbeugung in all seinen ODA-Programmen systematisch zu berücksichtigen. Ferner beabsichtigt Neuseeland, Fragen der Anpassung an den Klimawandel in das Lebenszyklusmanagement sämtlicher Programme einzubeziehen. Die Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen waren zwischen 2007 und 2010 Schwankungen ausgesetzt. 2010 stellte Neuseeland 11 Mio. US-$ für Aktivitäten zur Wahrung der Biodiversität und 2 Mio. US-$ für Aktivitäten zur Bekämpfung der Wüstenbildung zur Verfügung. Klimaschutzaktivitäten wurden mit 6 Mio. US-$ unterstützt, während für Aktivitäten zur Anpassung an den Klimawandel 34 Mio. US-$ bereitgestellt wurden.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Im Zeitraum 2007-2010 machten die ODA-Leistungen 98% der öffentlichen Finanzströme Neuseelands in die Entwicklungsländer aus, wobei nur 8 Mio. US-$ jährlich als „sonstige öffentliche Leistungen" (OOF) ausgewiesen wurden. Die privaten Nettozuschüsse liegen im Zeitverlauf stabil bei etwa 49 Mio. US-$. Das Volumen der privaten ODA-Nettoleistungen zu Marktbedingungen, die aus Direktinvestitionen bestehen, war mit durchschnittlich 27 Mio. US-$ zwischen 2007 und 2010 wesentlich niedriger als das entsprechende Volumen anderer DAC-Mitglieder.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700751

Niederlande

Im Jahr 2011 beliefen sich die ODA-Nettoleistungen der Niederlande auf 6,32 Mrd. US-$, was in realer Rechnung einem Rückgang um 6,4% gegenüber 2010 entsprach. Nachdem 2007 und 2008 jährliche Wachstumsraten in Höhe von 3% bzw. 4% verzeichnet wurden, sank die ODA der Niederlande 2009 um 4%, bevor sie sich 2010 erholte und um 3% anstieg.

Die Niederlande sind eines von lediglich fünf DAC-Ländern, die den Richtwert der Vereinten Nationen von 0,7% des BNE für ODA-Leistungen übertroffen haben, was jedes Jahr seit 1975 der Fall war. Das ODA/BNE-Verhältnis der Niederlande betrug 2011 0,75%, was gegenüber 0,81% im Jahr 2010 einen leichten Rückgang darstellte.

Abbildung V.22 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Niederlande**

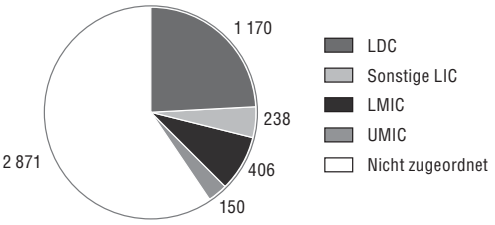
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	6 426	6 357	6 324	–0.5
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	6 192	6 357	5 950	–6.4
Euro (Mio.)	4 615	4 800	4 548	–5.2
ODA/BNE (%)	0.82	0.81	0.75	
Bilateraler Anteil (%)	75	73	66	

v = Vorläufige Daten.

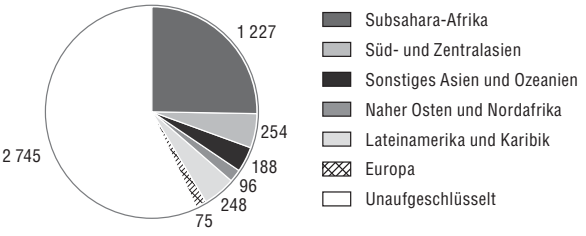
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Demokratische Republik Kongo	232
2 Indonesien	124
3 Afghanistan	104
4 Suriname	96
5 Mosambik	91
6 Ghana	86
7 Sudan	77
8 Bangladesch	74
9 Äthiopien	70
10 Mali	67
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	13%
10 Hauptempfänger	21%
20 Hauptempfänger	31%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



Bilaterale und multilaterale ODA

In den letzten vier Jahren (2007-2010) beliefen sich die multilateralen Leistungen als Teil der gesamten Netto-ODA im Durchschnitt auf 25%, im Vergleich zum DAC-Durchschnitt, der für diese Jahre 27% betrug. Dem Volumen nach standen die Niederlande in diesem Zeitraum unter den größten DAC-Gebern multilateraler ODA an achter Stelle. Während die ODA-Leistungen im Jahr 2011 rückläufig waren und die bilateralen Leistungen um 10% sanken, stiegen die multilateralen Leistungen um 24%, womit sich der Anteil der multilateralen Leistungen an den ODA-Nettoleistungen der Niederlande auf 34% (bzw. 2,13 Mrd. US-$) erhöhte.

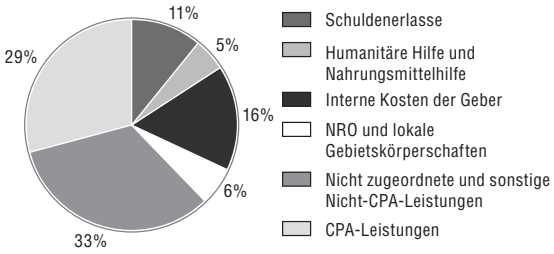
Zusammensetzung der bilateralen ODA

Die länderprogrammierbaren Entwicklungsleistungen (CPA) beliefen sich 2010 auf 1,38 Mrd. US-$ (bzw. 29% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen der Niederlande), was einem Rückgang um 8% gegenüber 2009 entsprach und weit unter dem DAC-Durchschnitt von 57% lag. Dieser geringe CPA-Anteil ist hauptsächlich auf das hohe Volumen der unaufgeschlüsselten bilateralen ODA-Leistungen, die durch zentrale Programme bereitgestellt wurden – insbesondere über Organisationen der Zivilgesellschaft – sowie auf eine ungewöhnlich hohe Schuldenerlasskomponente (11% der gesamten niederländischen bilateralen ODA-Leistungen) zurückzuführen. Die allgemeine Budgethilfe – die Teil der CPA ist – belief sich 2010 insgesamt auf 140,33 Mio. US-$ (bzw. 3% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen).

Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Die Niederlande haben die Konzentration ihrer ODA-Leis-tungen durch die Fokussierung auf arme Länder seit

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



2007 erhöht. Probleme im Hinblick auf die niederländische ODA-Erfassung seit 2006 machen es jedoch schwierig, ein vollständiges Bild ihres Portfolios wiederzugeben. Seit 2006 lag der von den Niederlanden gemeldete Anteil der bilateralen unaufgeschlüsselten ODA jedes Jahr zwischen 45% und 55% der gesamten bilateralen ODA. Aus den vorgelegten Daten geht hervor, dass die Zahl der Länder, die niederländische ODA empfingen, 2009 auf 93 zurückgegangen ist, aber 2010 wieder auf 97 anstieg. Die 20 Hauptempfänger der niederländischen ODA erhielten 2010 zusammen nur 31% der niederländischen bilateralen ODA-Bruttoleistungen, gegenüber 39% im Jahr 2007.

Die Daten über die CPA-Leistungen deuten auch darauf hin, dass die Fragmentierung der niederländischen Entwicklungszusammenarbeit zugenommen hat. Die Zahl der „wichtigen Beziehungen" ist von 55% aller Beziehungen im Zeitraum 2007-2009 auf 42% im Jahr 2010 gesunken (d.h. die Niederlande gewährten 42% ihrer CPA-Empfängerländer mehr CPA, als ihrem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entspricht, und/oder gehörten in diesen Ländern zu den Hauptgebern, die zusammen 90% der gewährten CPA bereitstellen.

Im Jahr 2010 gingen 27% der niederländischen bilateralen ODA-Bruttoleistungen (bzw. 1,24 Mio. US-$) an LDC, was gegenüber dem Stand im Zeitraum 2007-2009 einem Anstieg um 1% entsprach.

Lieferaufbindung

Obgleich die Niederlande die Lieferbindung ihrer ODA 2006 vollständig aufgehoben haben, unterlag der Anteil der nicht liefergebundenen ODA-Leistungen seitdem starken Fluktuationen: 81% im Jahr 2007, 93% im Jahr 2008, erneut 81% im Jahr 2009 und dann wieder 93% im Jahr 2010. Trotz dieser Fluktuationen gehören die Niederlande zu den DAC-Ländern, die die Lieferbindung ihrer ODA-Leistungen nahezu vollständig aufgehoben haben.

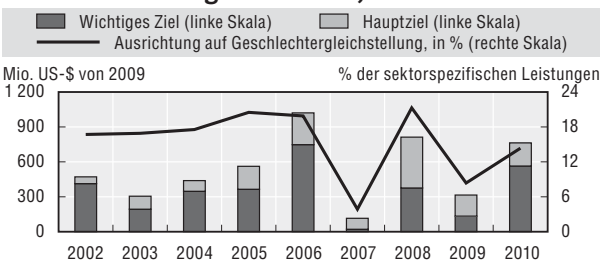
Lieferbindungsstatus, 2010
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Die Geschlechtergleichstellung ist ein Schwerpunktthema für die Niederlande, und das Land gab 2008 einen höheren Anteil ihrer ODA zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen (842 Mio. US-$) aus als die meisten anderen DAC-Mitglieder. Dennoch waren die gemeldeten Beträge in jüngster Zeit von Fluktuationen geprägt, mit einem Rückgang 2009, dem dann 2010 ein Anstieg um mehr als das Doppelte auf einen Wert von 737 Mio. US-$ folgte.

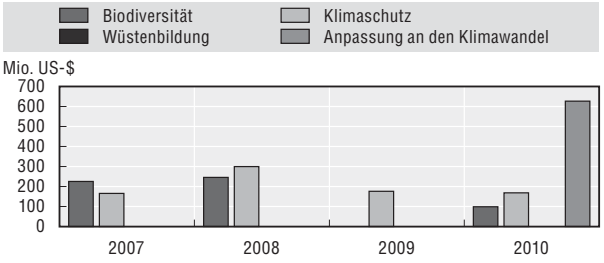
ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2002-2010



Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Das niederländische Engagement für die Umwelt und den Klimawandel kommt auch in den ODA-Allokationen zum Ausdruck, die seit 2007 beträchtliche, wenn auch schwankende Beträge für den Klimawandel beinhalten. Die Niederlande haben zudem Fortschritte bei den 2009 in Kopenhagen gemachten Zusagen für die „Fast-Start"-Finanzierung erzielt. Das Land hat 467 Mio. US-$ für die „Fast-Start"-Finanzierung zugesagt, wobei 427,5 Mio. US-$ über die bereits zu diesem Zeitpunkt gewährte ODA hinausgehen. Diese Zusagen stellen zusätzliche 0,1% des BNE dar und kommen zu den fast 500 Mio. US-$ hinzu, die bereits für den Zeitraum 2010-2012 für klimabezogene Aktivitäten im ODA-Budget veranschlagt waren. Trotz des rückläufigen ODA-Budgets hat die Regierung bestätigt, dass die Zusagen für die „Fast-Start"-Finanzierung in den insgesamt für 2011 und 2012 vorgesehenen 0,75% bzw. 0,7% des BNE aufrechterhalten werden.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Die Niederlande liefern keine Angaben über ihre sonstigen öffentlichen Leistungen an Entwicklungsländer. Nach Jahren steten Wachstums gingen die privaten Nettokapitalleistungen der Niederlande an ODA-berechtigte Länder 2008 im Anschluss an die globale Finanzkrise drastisch zurück. Niederländische Investoren zogen 2008 private Investitionen in Höhe von über 21 Mrd. US-$ aus ODA-berechtigten Ländern ab. Dies entsprach dem Dreifachen des Gesamtbetrags der niederländischen ODA, der für diese Länder bereitgestellt wurde. 2009 zogen die niederländischen Investoren weniger Mittel ab (insgesamt fast 2 Mrd. US-$), und diese Abflüsse wurden in gewissem Maße durch die Erneuerung von Direktinvestitionen, Exportkrediten und multilateralen Leistungen kompensiert. Dennoch zogen die niederländischen Investoren 2009 im zweiten Jahr in Folge mehr Mittel ab, als sie in den Entwicklungsländern investierten. 2010 sind die privaten Nettoleistungen wieder auf 6 Mrd. US-$ angestiegen, im Vergleich zu 11,6 Mrd. US-$ im Jahr 2007.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700732

Norwegen

Norwegens ODA belief sich 2011 auf 4,94 Mrd. US-$, womit sie sich gegenüber 2010 real um 8,3% verringert hatte. Dies war der erste Rückgang, nachdem Norwegens ODA zwischen 2006 und 2010 kontinuierlich gestiegen war (mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von real 7%).

Norwegen erreichte 2009 sein Ziel, 1% seines BNE für die ODA aufzuwenden, und hat dieses hohe ODA-Niveau im Verhältnis zum BNE seitdem aufrechterhalten.

Abbildung V.23 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Norwegen**

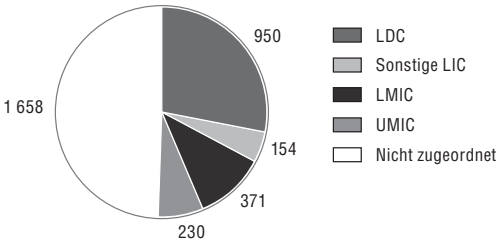
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	4 081	4 580	4 936	7.8
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	4 524	4 580	4 197	–8.3
Norw. Kronen (Mio.)	25 624	27 681	27 664	–0.1
ODA/BNE (%)	1.06	1.10	1.00	
Bilateraler Anteil (%)	78	78	76	

v = Vorläufige Daten.

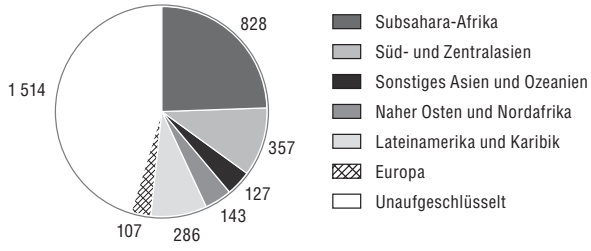
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Brasilien	137
2 Tansania	120
3 Afghanistan	118
4 Westjordanland und Gazastreifen	105
5 Sudan	104
6 Mosambik	77
7 Uganda	69
8 Pakistan	65
9 Malawi	64
10 Sambia	58
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	17%
10 Hauptempfänger	27%
20 Hauptempfänger	37%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



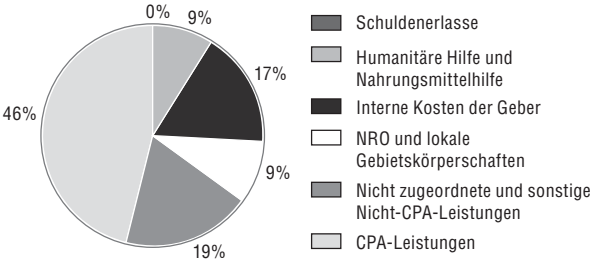
Bilaterale und multilaterale ODA

Der Großteil des in Norwegens ODA-Budget seit 2007 verzeichneten Wachstums entfiel auf sein bilaterales Programm. Der Anteil der bilateralen Leistungen an Norwegens Netto-ODA erhöhte sich zwischen 2006 und 2010 von 73% auf 78%. Der Rückgang der realen Netto-ODA im Jahr 2011 war mit einer leichten Abnahme des Anteils der bilateralen Leistungen auf 76% verbunden.

Zusammensetzung der bilateralen ODA

Die länderprogrammierbaren Leistungen (CPA) Norwegens beliefen sich 2010 auf 1,62 Mrd. US-$. Dies entspricht 46% seiner bilateralen Brutto-ODA, weniger als der DAC-Durchschnittswert (57%). Norwegens geringer CPA-Anteil erklärt sich aus dem hohen Anteil der bilateralen ODA-Leistungen, die: *a)* nicht für bestimmte Länder bestimmt sind, *b)* andere Nicht-CPA-Posten umfassen wie z.B. Kapitalbeteiligungen (19%) und *c)* über NRO laufen. Zudem sind in Norwegen die internen Kosten hoch (17%). Im Rahmen seiner CPA-Leistungen stellte Norwegen 178,56 Mio. US-$ allgemeiner Budgethilfe zur Verfügung, was 5% seiner bilateralen Brutto-ODA entsprach.

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Norwegens Mittelzuweisungen für seine 10 wichtigsten Empfängerländer verringerten sich zwischen 2007 und 2010 geringfügig von 31% auf 30% seiner Brutto-ODA. Der Anteil der Brutto-ODA, der auf die 20 wichtigsten Empfängerländer entfiel, sank im gleichen Zeitraum von 44% auf 40%.

Bei den CPA-Leistungen vollzog sich zwischen 2007 und 2010 eine Entwicklung hin zu einer stärkeren Konzentration, hauptsächlich weil Norwegen die Zahl seiner Empfängerländer reduzierte: 2010 unterhielt Norwegen „wichtige Beziehungen" mit 44% seiner CPA-Empfängerländer, 2007 nur mit 38%. Dies bedeutet, dass Norwegen für 44% seiner CPA-Empfängerländer mehr CPA bereitstellte, als seinem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entsprach, und/oder bei denen sie zu den Hauptgebern gehören, die zusammen 90% der gewährten CPA bereitstellen.

2010 stellte Norwegen 997 Mio. US-$ für LDC zur Verfügung, was 28% seiner bilateralen Brutto-ODA entsprach. Das war etwas weniger als in den Vorjahren (2008 betrug dieser Anteil noch 35%).

Lieferaufbindung

Norwegens ODA-Leistungen werden nach wie vor vollständig ohne Lieferbindung erbracht.

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Lieferbindungsstatus, 2010

(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



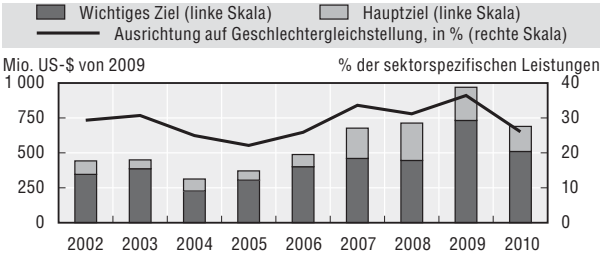
Stärkung der Frauen

Norwegen ist es gelungen, die Frage der Gleichstellung der Geschlechter systematisch in seinem gesamten EZ-Programm zu berücksichtigen. Diese Schwerpunktsetzung wurde, unterstützt durch ausreichende Ressourcen, voll und ganz institutionell verankert. Seit 2007 arbeitet Norwegen an der Umsetzung eines Plans zur Stärkung der Rechte der Frauen und der Geschlechtergleichstellung in der Entwicklungszusammenarbeit; dabei wurde auch eine straffere Verwaltungsstruktur geschaffen mit Zielen und Berichterstattung über die Umsetzung des Plans bis 2013. Das Engagement für Aktivitäten, bei denen die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Frauen Hauptziel oder wichtiges Ziel ist, wurde zwischen 2004 und 2009 erheblich ausgebaut, 2010 aber um 29% auf 746 Mio. US-$ zurückgeschraubt.

Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

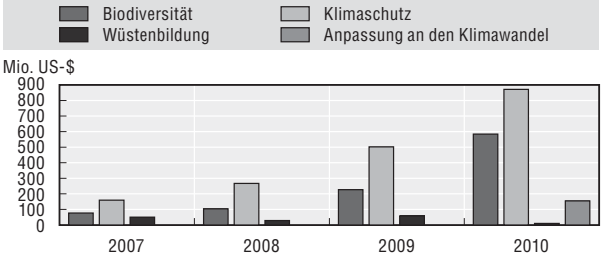
2010 veröffentlichte Norwegen einen *Practical Guide on Assessment of Environmental and Social Sustainability and Climate Change Risk Management (Climate Proofing)*. Das Außenministerium hat 2008 begonnen, zusätzliche Mitarbeiter einzustellen, die sich mit Umwelt- und Klimafragen befassen (in den Zentralen und vor Ort), und unternimmt weiter

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2002-2010



Anstrengungen, um eine optimale Arbeitsteilung und wirkungsvolle interministerielle Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium zu gewährleisten. Norwegens Aktivitäten in diesem Bereich stützen sich u.a. auf den REDD-Ansatz (Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern) und eine Partnerschaft mit Indonesien zur Verringerung der Treibhausgasemissionen aus der Abholzung und der Schädigung von Wäldern und Moorgebieten. Die ODA-Zusagen für den Erhalt der biologischen Vielfalt und den Klimaschutz wurden zwischen 2007 und 2010 erheblich erhöht (nominale jahresdurchschnittliche Zuwachsrate von +104% für die Biodiversität und +76% für den Klimaschutz). Wie alle anderen DAC-Mitglieder begann Norwegen 2010, Daten über die für die Anpassung an den Klimawandel bereitgestellten ODA-Mittel zu liefern (Zusagen in Höhe von 164 Mio. US-$ im Jahr 2010).

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

2010 wandte Norwegen laut eigenen Angaben weniger als 1 Mio. US-$ für sonstige öffentliche Leistungen auf. Nach Jahren steten Wachstums gingen die privaten Nettokapitalleistungen Norwegens an ODA-berechtigte Länder 2008 im Anschluss an die globale Finanzkrise drastisch zurück. Norwegische Investoren zogen 2008 private Investitionen in Höhe von 247 Mio. US-$ aus ODA-berechtigten Ländern ab. 2009 stiegen die privaten Nettoleistungen wieder auf insgesamt 895 Mio. US-$ an, lagen damit aber immer noch unter dem vor der Krise verzeichneten Niveau von 2,6 Mrd. US-$ im Jahr 2007.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700770

Österreich

2011 beliefen sich Österreichs ODA-Nettoleistungen auf 1,11 Mrd. US-$. Im Vergleich zu 2010 – dem Jahr, in dem sich die österreichischen ODA-Leistungen erholten, nachdem sie 2008 und 2009 drastisch gesunken waren – entspricht das ODA-Volumen 2011 in realer Rechnung einem Rückgang um 14,3%.

Trotz eines Anstiegs auf 0,32% im Jahr 2010 lag Österreichs ODA/BNE-Verhältnis unter dem für das Jahr 2010 festgelegten EU-Zwischenziel in Höhe von 0,51%, und 2011 verringerte es sich auf 0,27%. Österreich hat zwar erneut seine Entschlossenheit bekräftigt, das EU-Ziel eines ODA/BNE-Verhältnisses von 0,7% zu erreichen, räumt aber ein, dass es fristgerecht bis 2015 nicht dazu in der Lage sein wird, da Haushaltskürzungen angekündigt wurden, die bis 2014 gültig bleiben werden.

Abbildung V.24 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Österreich**

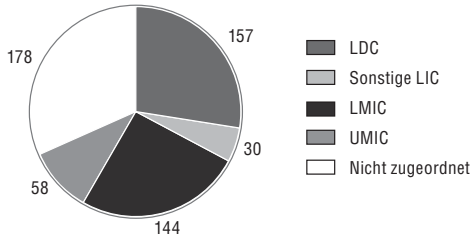
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	1 142	1 208	1 107	–8.4
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	1 104	1 208	1 036	–14.3
Euro (Mio.)	820	912	796	–12.7
ODA/BNE (%)	0.30	0.32	0.27	
Bilateraler Anteil (%)	44	51	43	

v = Vorläufige Daten.

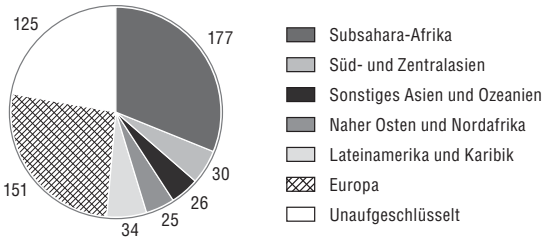
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Demokratische Republik Kongo	66
2 Bosnien-Herzegowina	30
3 Türkei	27
4 Kosovo	19
5 China	15
6 Uganda	13
7 Serbien	13
8 Äthiopien	11
9 Côte d'Ivoire	11
10 Tschad	10
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	28%
10-Hauptempfänger	38%
20 Hauptempfänger	51%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



Bilaterale und multilaterale ODA

Obgleich der bilaterale Anteil der österreichischen Netto-ODA zwischen 2006 und 2008 im Durchschnitt rd. 73% betrug, verringerte er sich 2009 im Zuge der Kontraktion der ODA drastisch auf 44%. Mit dem Anstieg der Netto-ODA im Jahr 2010 wuchs auch der bilaterale Anteil und erreichte 51%. 2011 verringerte er sich jedoch erneut, was – wie für viele EU-Mitgliedsländer – anzeigt, dass sich ODA-Kürzungen hauptsächlich auf die bilateralen Programme auswirken, da sich die multilaterale ODA häufig weitgehend aus Pflichtbeiträgen an die EU-Institutionen zusammensetzt. 2010 entfielen auf Österreichs bilaterale ODA-Leistungen insgesamt 612 Mio. US-$, während sich die multilateralen ODA-Leistungen auf 596 Mio. US-$ beliefen.

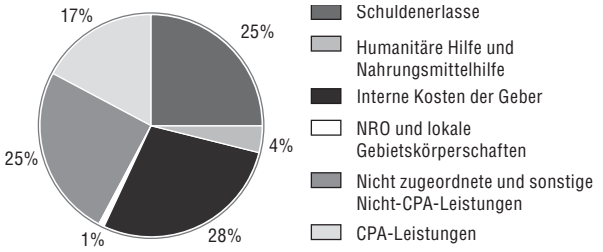
Zusammensetzung der bilateralen ODA

2010 handelte es sich nur bei 17% von Österreichs bilateralen ODA-Bruttoleistungen um länderprogrammierbare Entwicklungsleistungen, was weit unter dem Durchschnitt der DAC-Mitglieder von 57% für das Jahr 2010 lag. Die allgemeine Budgethilfe – die als länderprogrammierbare Entwicklungsleistungen eingestuft wird – belief sich auf 4,24 Mio. US-$, oder 0,7% der bilateralen ODA. Auf die von Österreich erteilte humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe entfielen 4% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen.

Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Die Gesamtzahl der Empfängerländer österreichischer Leistungen verringerte sich zwischen 2007 und 2010 von

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



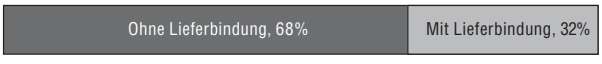
117 auf 111. Dennoch fallen heutzutage die bilateralen ODA-Leistungen für die einzelnen Empfänger niedriger aus: Der Anteil der österreichischen ODA für die zehn Hauptempfänger sank im Zeitraum 2007-2010 von 78% auf 45%, und der Anteil für die zwanzig Hauptempfänger verringerte sich im selben Zeitraum von 83% auf 57%.

Im Kontext seiner jüngsten ODA-Kürzungen hat Österreich die Zahl seiner Partnerländer reduziert und konzentriert seine Entwicklungszusammenarbeit nunmehr auf LDC in Afrika. Der auf LDC entfallende Anteil der ODA-Bruttoleistungen ist zwischen 2007 und 2010 stark gestiegen, von 6% auf 33%. Die ODA-Bruttoleistungen Österreichs an LDC beliefen sich 2010 insgesamt auf 206 Mio. US-$. Im Hinblick auf die Allokation von länderprogrammierbaren Entwicklungsleistungen unterhält Österreich „wichtige Beziehungen" mit all seinen Schwerpunktländern, was bedeutet, dass es diesen Ländern mehr CPA gewährt als es ihrem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entspricht und/oder bei denen sie zu den Hauptgebern gehören, die zusammen 90% der gewährten CPA bereitstellen. Darüber hinaus war das Land im Zeitraum 2007-2010 für etwa 79% der Länder, die von Österreich länderprogrammierbare Entwicklungsleistungen erhielten, ein „wichtiger Partner".

Lieferaufbindung

Österreich gehört zu den DAC-Mitgliedsländern, die ihre Anstrengungen zur Lieferaufbindung beschleunigen müssen: 2010 waren nur 68% seiner ODA lieferungebunden. Die lieferungebundene ODA ging zwischen 2006 und 2009 drastisch von 89% auf 55% zurück und stieg 2010 leicht auf 68% an.

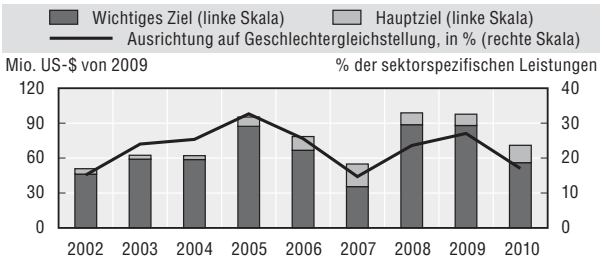
Lieferbindungsstatus, 2010
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

In Österreichs Entwicklungspolitik wird die Geschlechtergleichstellung als eines der wichtigen Querschnittsthemen herausgestellt. Die Unterstützung für Aktivitäten, deren Hauptziel oder wichtiges Ziel die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Frauen ist, war im Zeitraum 2002-2010 von Fluktuationen geprägt: Die Zusagen erreichten 2008 mit 101 Mio. US-$ ihren Höchststand, sanken dann 2009 geringfügig und gingen 2010 auf 69 Mio. US-$ zurück.

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2002-2010

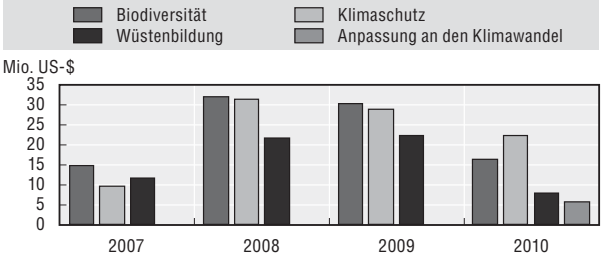


Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Der Umwelt und dem Klimawandel wird in Österreichs nationaler Politik Bedeutung beigemessen, und in den letzten Jahren hat das Land Anstrengungen unternommen, um diesen Aspekten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit Rechnung zu tragen. Umwelt ist eines der Querschnittsthemen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Österreichs Zusagen im Hinblick auf die Ziele der Rio-Übereinkommen haben 2008 zugenommen, waren 2009 aber rückläufig und sind 2010 noch stärker gesunken. Im Jahr 2010 beliefen sich Österreichs Zusagen für die Biodiversität auf 16 Mio. US-$, für den Klimaschutz auf 22 Mio. US-$ und für die Bekämpfung der Wüstenbildung auf 8 Mio. US-$. 2010 begannen alle DAC-Mitglieder – darunter auch Österreich – mit der Berichterstattung über die Zusagen für die Anpassung an den Klimawandel, ein Bereich, für den Österreich im Jahr 2010 6 Mio. US-$ bereitstellte.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Außer 2008 weist Österreich in der Kategorie „sonstige öffentliche Leistungen" (öffentliche Exportkredite und Beteiligungen plus sonstige bilaterale Aktiva) jährlich negative Nettoleistungen aus, die im Vergleich zu seinen ODA-Leistungen gering sind. Die privaten Nettozuschüsse nahmen zwischen 2007 und 2010 in nominaler Rechnung mit einer durchschnittlichen Rate von 4% zu und beliefen sich 2010 insgesamt auf 167 Mio. US-$. Die privaten Nettokapitalleistungen zu marktüblichen Bedingungen sind beträchtlich (3,6 Mrd. US-$ im Jahr 2010), sie unterliegen aber starken Fluktuationen, da sie zwischen 2007 und 2008 um 47% und zwischen 2008 und 2009 um 70% gesunken sind, bevor sie 2010 wieder um 48% zunahmen.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700466

Portugal

2011 belief sich die Netto-ODA Portugals auf 669 Mio. US-$. Dies stellte im Vergleich zu 2010 einen nominalen Anstieg um 3,1% dar, in realer Rechnung aber einen Rückgang um 3%. Dieser Rückgang der Netto-ODA entspricht in etwa der Abnahme um real 2,7%, die im Durchschnitt der DAC-Länder verzeichnet wurde. Portugals ODA ist 2011 relativ stabil geblieben; wesentlich größere Veränderungen waren 2008 (+23%), 2009 (-15%) und 2010 (+32%) zu verzeichnen (alle Werte netto).

Im Verhältnis zum BNE blieb die ODA 2011 mit 0,29% unverändert und lag so deutlich unter dem Zwischenziel der EU von 0,51% und auch unter dem von der portugiesischen Regierung anvisierten Ziel von 0,40%. Da dieses Verhältnis schon mehrere Jahre unter 0,3% verharrt, ist nicht zu erwarten, dass Portugal das 0,7%-Ziel für das Verhältnis ODA/BNE 2015 erreichen wird.

Abbildung V.25 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Portugal**

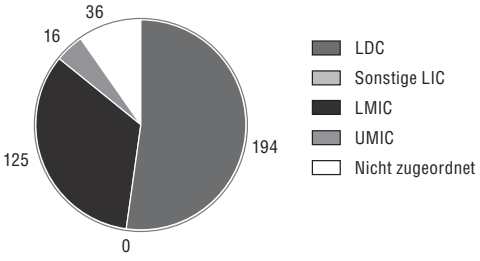
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	513	649	669	3.1
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	493	649	630	–3.0
Euro (Mio.)	368	490	481	–1.8
ODA/BNE (%)	0.23	0.29	0.29	
Bilateraler Anteil (%)	54	61	67	

v = Vorläufige Daten.

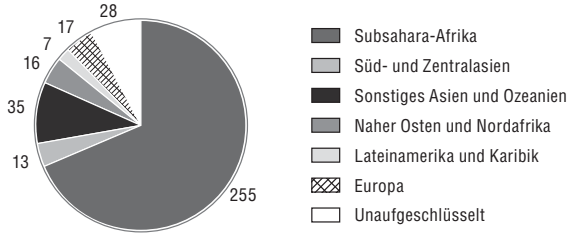
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Cape Verde	103
2 Mosambik	93
3 Timor-Leste	34
4 São Tomé und Príncipe	20
5 Angola	17
6 Guinea-Bissau	15
7 Afghanistan	13
8 Marokko	10
9 Serbien	6
10 Kosovo	5
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	72%
10 Hauptempfänger	85%
20 Hauptempfänger	90%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



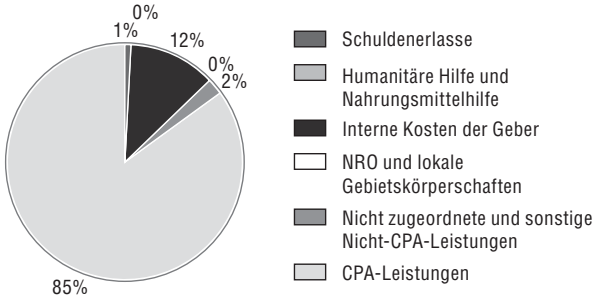
Bilaterale und multilaterale ODA

2011 entfielen rd. 67% der portugiesischen Netto-ODA auf die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, während 33% an multilaterale Organisationen gingen. Dies stellt eine deut-liche Abweichung von dem zwischen 2006 und 2010 beobach-teten Trend da, als der multilaterale Anteil von Portugals ODA bei etwa 40% des Gesamtvolumens verharrte. Diese Verän-derung könnte jedoch nur vorübergehender Natur sein. 2009 beschloss Portugal eine multilaterale Strategie, die vorsieht, dass rd. 40% der ODA über multilaterale Kanäle laufen sollen (vgl. OECD, 2010, OECD DAC Peer Review of Portugal, OECD Publishing, Paris).

Zusammensetzung der bilateralen ODA

Portugals länderprogrammierbare Leistungen (CPA) machten 2010 85% seiner bilateralen Brutto-ODA aus, deutlich mehr als im Durchschnitt der DAC-Länder (57% im selben Jahr). Die allgemeine Budgethilfe, die den CPA zugerechnet wird, belief sich auf 4,64 Mio. US-$, was 1,1% der bilateralen Brutto-ODA entsprach. Auf die humanitäre und die Nahrungsmittelhilfe ebenso wie auf die Leistungen für NRO und lokale Gebietskörperschaften entfielen weniger als 1% von Portugals bilateraler Brutto-ODA.

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Portugal lässt seine bilaterale ODA schwerpunktmäßig einer begrenzten Zahl von Ländern zukommen. Es hat sechs Schwerpunktpartnerländer, die alle zur Gruppe der portugiesischsprachigen Länder gehören: Angola, Cap Verde, Guinea-Bissau, Mozambik, São Tomé & Principe und Timor-Leste. Diese sechs Länder gehörten seit 2005 ununterbrochen zu den zehn wichtigsten Empfängerländern Portugals, und 2010 gingen an sie 82% der portugiesischen bilateralen ODA. In den vergangenen fünf Jahren erhielten die 20 wichtigsten Empfängerländer über 80% der bilateralen portugiesischen ODA, im letzten Jahr waren es sogar 91%.

Portugal unterhält „wichtige Beziehungen" mit allen seinen Schwerpunktländern, was bedeutet, dass es diesen Ländern mehr CPA gewährt als es ihrem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entspricht und/oder bei denen sie zu den Hauptgebern gehören, die zusammen 90% der gewährten CPA bereitstellen. 2010 unterhielt Portugal „wichtige Beziehungen" mit neun Ländern und „nicht wichtige Beziehungen" mit sechs anderen.

Der Anteil der bilateralen ODA, der an LDC ging, schwankte in den letzten Jahren. Er sank 2008 auf 35%, erhöhte sich 2009 auf 53% und verringerte sich 2010 geringfügig auf 51%. Damit lag ihr Anteil während dieses Zeitraums über dem entsprechenden Durchschnittswert der DAC-Mitglieder (26%). 2010 stellte Portugal 222 Mio. US-$ für LDC zur Verfügung.

Lieferaufbindung

Der Großteil der portugiesischen ODA ist liefergebunden: 67% im Jahr 2010. Nachdem dieser Anteil 2008 auf 24% gesunken war, stieg er 2009 wieder auf 72% und erreichte dann sein derzeitiges Niveau von 67%. Portugal muss größere Anstrengungen unternehmen, um diesen Trend umzukehren.

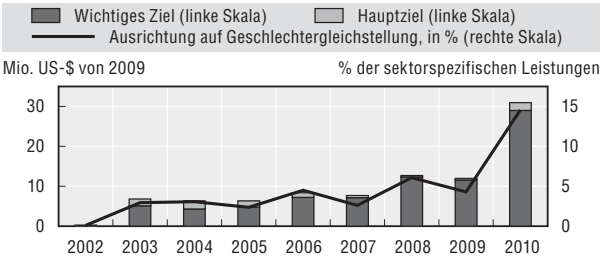
ODA für Geschlechtergleichstellung und die Lieferbindungsstatus, 2010 (ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



Stärkung der Frauen

Der Anteil der portugiesischen ODA, der auf die Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen ausgerichtet ist, erreichte 2010 einen Höchststand von 30 Mio. US-$ (15% der nach Sektoren aufschlüsselbaren ODA). Er ist damit deutlich

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2002-2010

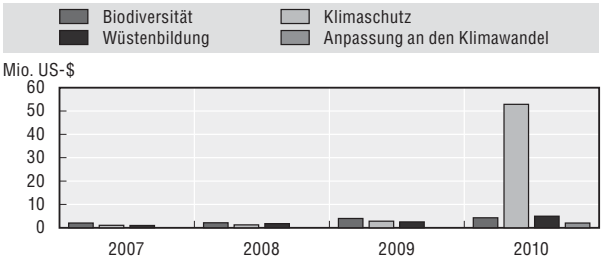


gestiegen, da in den sieben Vorjahren nie mehr als 6% der ODA für Aktivitäten bereitgestellt wurden, bei denen die Geschlechtergleichstellung Haupt- oder wichtiges Ziel war.

Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Bis 2009 war nur ein geringer Teil der portugiesischen ODA auf die Ziele der Rio-Übereinkommen ausgerichtet. 2010 kam es zu einer beispiellosen Erhöhung der ODA-Zusagen für den Klimaschutz auf 53 Mio. US-$, gegenüber nur 3 Mio. US-$ im Jahr 2009. Die ODA-Zusagen für den Erhalt der Biodiversität, die Bekämpfung der Wüstenbildung und die Anpassung an den Klimawandel sind jedoch immer noch sehr gering.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Im Zeitraum 2008-2010 handelte es sich bei 100% der gesamten öffentlichen Finanzleistungen für Entwicklungsländer um ODA-Leistungen. In diesem Zeitraum wies Portugal keine Leistungen in der Kategorie „sonstige öffentliche Leistungen" aus (öffentliche Leistungen, die nicht den Kriterien für die Anerkennung als ODA entsprechen). 2007 waren diese Leistungen negativ: Es wurden Nettozahlungen von Entwicklungsländern an Portugal in Höhe von 237 Mio. US-$ verbucht, bei denen es sich hauptsächlich um Rückzahlungen von Nicht-ODA-Krediten handelte. Die privaten Nettoleistungen zu marktüblichen Bedingungen – insbesondere Direktinvestitionen – sind wesentlich höher und schwankungsanfälliger als die öffentlichen Finanzleistungen. Während sie 2007 (mit 1,98 Mrd. US-$) und 2008 (mit 906 Mio. US-$) positiv waren, lagen sie 2009 (-1,58 Mrd. US-$) und 2010 (-492 Mio. US-$) im negativen Bereicht.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700789

Schweden

2011 beliefen sich die ODA-Nettoleistungen Schwedens auf 5,61 Mrd. US-$. Da das Budget der schwedischen ODA an das Bruttonationaleinkommen (BNE) des Landes geknüpft ist, unterlag es in den vergangenen Jahren Schwankungen. Das ODA-Volumen war 2011 um real 10,5% höher als 2010, was deutlich mehr ist als die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate von 1%, die die schwedische ODA in den Jahren 2006-2010 verzeichnet hatte.

Seit 2006 stellt Schweden jährlich mehr als 0,9% seines BNE für ODA-Leistungen bereit. 2011 betrug das ODA/BNE-Verhältnis 1,02%.

Abbildung V.26 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Schweden**

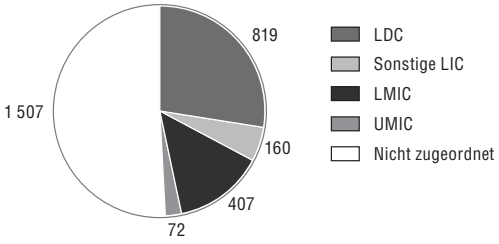
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	4 548	4 533	5 606	23.7
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	4 891	4 533	5 008	10.5
Schedische Kronen (Mio.)	34 713	32 651	36 380	11.4
ODA/BNE (%)	1.12	0.97	1.02	
Bilateraler Anteil (%)	66	64	65	

v = Vorläufige Daten.

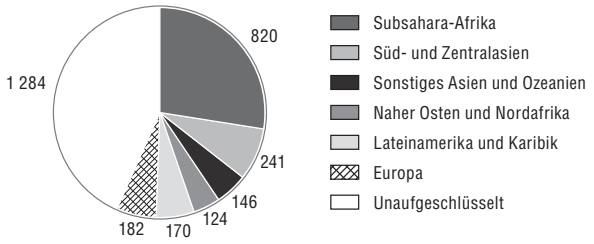
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Tansania	96
2 Mosambik	92
3 Afghanistan	86
4 Demokratische Republik Kongo	67
5 Westjordanland und Gazastreifen	63
6 Sudan	58
7 Kenia	57
8 Uganda	48
9 Äthiopien	42
10 Bangladesch	41
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	14%
10 Hauptempfänger	22%
20 Hauptempfänger	32%

Bilateraler ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



Bilaterale und multilaterale ODA

Im Jahr 2011 entfielen nahezu zwei Drittel (3,66 Mrd. US-$) der schwedischen Netto-ODA auf die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, während 35% der ODA an multilaterale Organisationen gingen (1,94 Mrd. US-$). In relativer Rechnung schlugen sich die Erhöhungen der schwedischen ODA zwischen 2006 und 2011 hauptsächlich in einer Aufstockung der Leistungen an multilaterale Organisationen nieder, da der Anteil der multilateralen ODA in diesem Zeitraum von 28% auf 36% gestiegen ist.

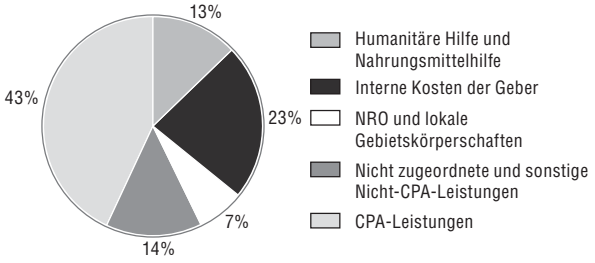
Zusammensetzung der bilateralen ODA

Im Jahr 2010 bestand die bilaterale ODA Schwedens zu 43% aus länderprogrammierbaren Leistungen; damit lag dieser Anteil unter dem Durchschnitt der DAC-Mitglieder von 57% für dasselbe Jahr. Die allgemeine Budgethilfe – die Teil der CPA ist – belief sich insgesamt auf 119,82 Mio. US-$, was 4% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen entsprach. Zurückzuführen ist dieser geringe CPA-Anteil z.T. auf die hohen Flüchtlingskosten, die in den internen Geberkosten Schwedens erfasst sind. Diese Flüchtlingskosten machten 2010 14% der gesamten bilateralen ODA Schwedens aus, womit sie deutlich über dem DAC-Durchschnitt von 3% lagen. Auf die von Schweden auf bilateraler Ebene geleistete humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe entfielen 13% der bilateralen Brutto-ODA.

Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Schweden konzentriert seine ODA auf 29 Schwerpunktländer und ist für 27 dieser Länder ein wichtiger Geber, was bedeutet, dass es diesen Ländern mehr CPA gewährt als es ihrem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entspricht und/oder bei denen

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



sie zu den Hauptgebern gehören, die zusammen 90% der gewährten CPA bereitstellen.

Zwischen 2007 und 2010 wurden die schwedischen ODA-Leistungen auf 111 Länder verteilt, und der Anteil der bilateralen ODA für die 20 Hauptempfänger betrug durchschnittlich 32-33%, deutlich weniger als der DAC-Durchschnittswert in diesen Jahren. Die Zahl der „wichtigen Beziehungen" (berechnet in Bezug auf die CPA) ging in diesem Zeitraum geringfügig von 52% (was 40 wichtigen Beziehungen bei insgesamt 77 Empfängern entspricht) im Jahr 2007 auf 48% (38 wichtige Beziehungen bei insgesamt 80 Empfängern) im Jahr 2010 zurück.

Der auf LDC entfallende Anteil der schwedischen ODA blieb zwischen 2007 und 2010 stabil und entsprach durchschnittlich etwa 27% der bilateralen ODA. 2010 beliefen sich die ODA-Bruttoleistungen an LDC auf 831 Mio. US-$.

Lieferaufbindung

Schweden gehört zu den DAC-Mitgliedern, die die Lieferbindung bei ihren ODA-Leistungen vollständig aufgehoben haben.

Lieferbindungsstatus, 2010
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



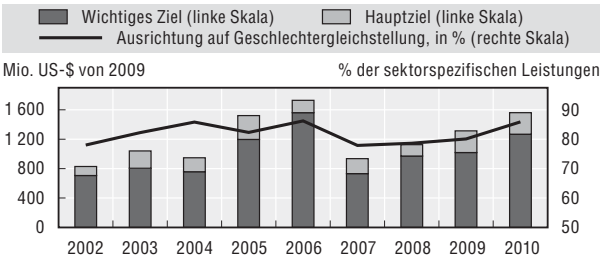
ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Die schwedische Regierung hat drei thematische Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit identifiziert: 1. Demokratie und Menschenrechte, 2. Umwelt und Klimaschutz sowie 3. Geschlechtergleichstellung und die Rolle der Frauen. Die ODA-Mittelzuweisungen für Aktivitäten, bei denen die Geschlechtergleichstellung als Hauptziel oder wichtiges Ziel ausgewiesen ist, beliefen sich 2010 auf 1,67 Mrd. US-$, nachdem sie seit 2007 stetig gestiegen waren.

Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

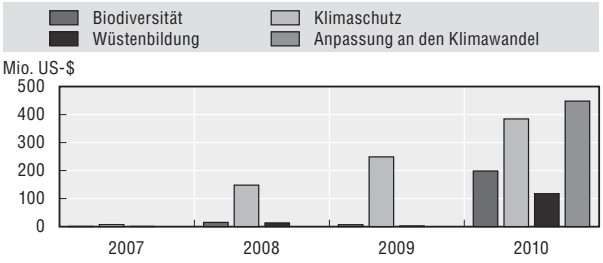
Die neue Politikstrategie der schwedischen Regierung (2010-2014) für Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes in der Entwicklungszusammenarbeit befasst sich mit dem Klimawandel und anderen Themen, wie Ökosysteme und

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2002-2010



Wasserbewirtschaftung. Schwedens ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen haben seit 2007 zugenommen. Während die Zusagen zu Gunsten des Klimaschutzes stetig gestiegen sind und 2010 bei 384 Mio.US-$ lagen, nahm auch die Unterstützung für die Wahrung der biologischen Vielfalt und Bekämpfung der Wüstenbildung zwischen 2009 und 2010 rasch zu (von 7 Mio. US-$ auf 199 Mio. US-$ für die Biodiversität und von 2 Mio. US-$ auf 118 Mio. US-$ für die Bekämpfung der Wüstenbildung). 2010 begannen die DAC-Mitglieder – darunter auch Schweden – mit der Berichterstattung über die Zusagen für die Anpassung an den Klimawandel, ein Bereich, für den Schweden im Jahr 2010 448 Mio. US-$ bereitstellte.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

2008 und 2009 machte Schwedens ODA 99% seiner gesamten gemeldeten öffentlichen Finanzleistungen aus. Das verbleibende 1% unter den „sonstigen öffentlichen Leistungen" (OOF) wie z.B. öffentliche Exportkredite und Beteiligungen, belief sich 2008 auf insgesamt 31 Mio. US-$ und 2009 auf 68 Mio. US-$ (für 2010 stehen keine Daten zur Verfügung). Die privaten Nettozuschüsse Schwedens erreichten mit 221 Mio. US-$ 2010 einen Höchststand und waren damit dreimal so hoch wie im vorangegangenen Jahr. Die privaten ODA-Nettoleistungen zu Marktbedingungen sind beträchtlich, unterliegen aber starken Fluktuationen; zwischen 2009 und 2010 sind sie von 2,5 Mrd. US-$ auf 372 Mio. US-$ gesunken.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700827

Schweiz

Im Jahr 2011 beliefen sich die ODA-Nettoleistungen der Schweiz auf 3,09 Mrd. US-$, was einem realen Zuwachs um 13,2% gegenüber 2010 entsprach. Diese Zunahme folgte auf einen Nettorückgang der ODA um 4% im Jahr 2010 und ein stetes Wachstum um 8% im Jahr 2008 und 12% im Jahr 2009.

Das ODA/BNE-Verhältnis der Schweiz erhöhte sich zwischen 2010 und 2011 von 0,40% auf 0,46% und lag damit über dem vorherigen Höchststand von 0,45% im Jahr 2009. Die Bundesversammlung bestätigte im Februar 2011 das von der Schweiz eingegangene Engagement, bis 2015 ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,5% zu erreichen, was durch eine Erhöhung des schweizerischen ODA-Budgets um durchschnittlich 9% pro Jahr gewährleistet werden soll. 2012 wurde die Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz einer Zwischenevaluierung unterzogen (vgl. S. 264 wegen einer Zusammenfassung der Ergebnisse).

Abbildung V.27 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Schweiz**

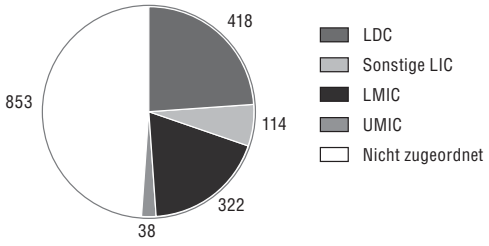
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	2 310	2 300	3 086	34.2
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	2 403	2 300	2 604	13.2
Schweizer Franken (Mio.)	2 504	2 398	2 738	14.2
ODA/BNE (%)	0.45	0.40	0.46	
Bilateraler Anteil (%)	76	74	76	

v = Vorläufige Daten.

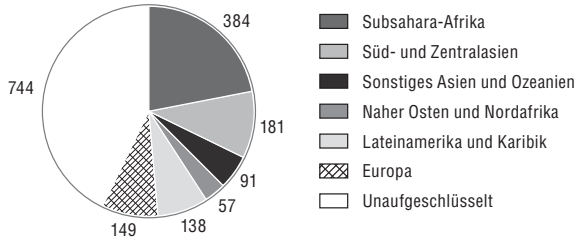
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Togo	80
2 Kosovo	49
3 Mosambik	27
4 Nepal	26
5 Burkina Faso	26
6 Vietnam	24
7 Tansania	23
8 Bangladesch	22
9 Peru	22
10 Pakistan	21
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	12%
10 Hauptempfänger	18%
20 Hauptempfänger	29%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



Bilaterale und multilaterale ODA

Obgleich das ODA-Volumen der Schweiz seit 2006 schwankte, beliefen sich die bilateralen Leistungen jedes Jahr auf durchschnittlich 76% der Netto-ODA, wobei der Rest an multilaterale Organisationen ging; zwei Drittel des multilateralen Anteils entfielen auf die internationalen Finanzierungsinstitutionen. Der größte Teil der multilateralen Finanzierung der Schweiz besteht aus Beiträgen zu den Kernhaushalten und mehrjährigen Zuschüssen.

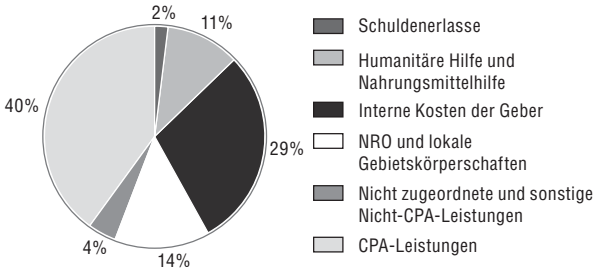
Zusammensetzung der bilateralen ODA

Im Jahr 2010 handelte es sich bei 40% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen der Schweiz um länderprogrammierbare Entwicklungsleistungen (CPA), weniger als im Durchschnitt der DAC-Länder (57%). Die allgemeine Budgethilfe – die Teil der CPA ist – belief sich auf 29,16 Mio. US-$, was nur 1,7% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen darstellte. Der niedrige Anteil der CPA an der bilateralen ODA erklärt sich z.T. aus dem hohen Anteil der in den internen Geberkosten der Schweiz erfassten Flüchtlingskosten, die 2010 21% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen ausmachten, mehr als in allen anderen DAC-Ländern.

Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

In Anbetracht ihrer unterschiedlichen Stärken führen die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) Entwicklungsaktivitäten

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



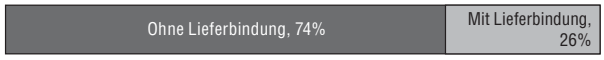
in unterschiedlichen Ländertypen durch: Die DEZA konzentriert ihre Anstrengungen auf LDC (20 Schwerpunktländer/-regionen), während das SECO seine Aktivitäten auf Länder der mittleren Einkommensgruppe (acht Schwerpunktländer) ausrichtet. In Osteuropa leisten die beiden Stellen koordinierte Übergangshilfe in denselben neun Schwerpunktländern. Die schweizerischen bilateralen ODA-Leistungen sind jedoch nach wie vor auf eine viel größere Anzahl von Empfängerländern verteilt. Der Anteil der bilateralen ODA-Leistungen der Schweiz, der auf ihre zehn bzw. zwanzig Hauptempfängerländer entfällt, ist zwischen 2007 und 2010 von 20% auf 16% bzw. von 32% auf 27% zurückgegangen.

2010 stellte die Schweiz 365 Mio. US-$ für LDC zur Verfügung, was 19% ihrer bilateralen ODA-Bruttoleistungen entsprach. Zwischen 2007 und 2009 war der Anteil der bilateralen ODA-Bruttoleistungen, die an LDC gingen, mit durchschnittlich 23% etwas höher, was in erster Linie auf außergewöhnliche Schuldenerleichterungsmaßnahmen im Jahr 2007 (Sierra Leone und Kamerun) und im Jahr 2009 (Togo) zurückzuführen war.

Lieferaufbindung

2010 bestand bei 74% der ODA der Schweiz keine Lieferbindung. Der Anteil der nicht liefergebundenen ODA ist damit gegenüber einem durchschnittlichen Stand von 98% im Zeitraum 2007-2009 stark gesunken. Es gilt jedoch zu erwähnen, dass die Schweiz die Leistungen für Flüchtlinge im Geberland 2010 den Anweisungen entsprechend als Leistungen mit Lieferbindung verbucht hat. Wenn dieser Posten aus den bilateralen Leistungen ausgeklammert würde, stünde einem Anteil von Leistungen mit Lieferbindung von 3% ein Anteil von Leistungen ohne Lieferbindung von 97% gegenüber.

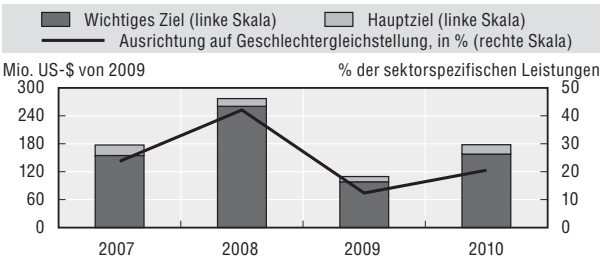
Lieferbindungsstatus, 2010
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Die Schweiz räumt der Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsthema Priorität ein, und die DEZA ist seit 2008 bestrebt, die Geschlechtergleichstellung weiter in ihre Programme einzubinden. Nach einem nominalen Anstieg um 75% im Jahr 2008 sind die ODA-Zusagen für Aktivitäten, deren Hauptziel oder wichtiges Ziel die Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen war, 2009 drastisch zurückgegangen, erholten sich 2010 aber und beliefen sich wieder auf 185 Mio. US-Dollar.

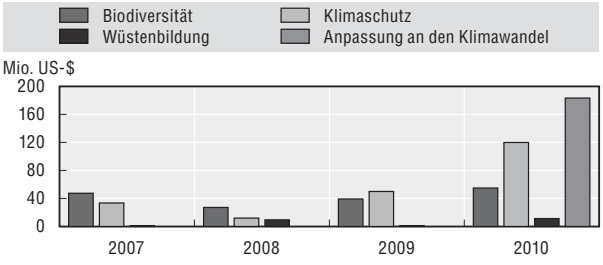
ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2007-2010



Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Nach einem Rückgang im Jahr 2008 stiegen die gemeldeten ODA-Zusagen der Schweiz zu Gunsten der biologischen Vielfalt und des Klimaschutzes 2009 und 2010 an und erreichten ein Niveau von 55 Mio. US-$ (Biodiversität) bzw. 120 Mio. US-$ (Klimaschutz). Dieser Anstieg ist z.T. durch die verbesserte Datenerhebung bedingt. 2010 meldete die Schweiz ein Engagement für die Anpassung an den Klimawandel in Höhe von 183 Mio. US-$. Der Klimawandel und damit zusammenhängende Umweltanliegen sind seit langem ein Schwerpunkt der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, und die Schweiz plant, ihr Engagement für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel in den kommenden Jahren auszuweiten.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Zwischen 2007 und 2010 meldete die Schweiz keine über die ODA-Leistungen hinausgehenden sonstigen öffentlichen Leistungen. Die privaten Nettozuschüsse nahmen zwischen 2007 und 2008 in nominaler Rechnung um 36% zu, sanken aber 2009 um 10% und stiegen 2010 schließlich wieder auf 414 Mio. US-$ an. Nach erheblichen Fluktuationen zwischen 2006 und 2009 nahmen die privaten Nettokapitalleistungen zu Marktbedingungen (vor allem Direktinvestitionen) beträchtlich zu und erreichten 2010 ein Niveau von 19,26 Mrd. US-$. Dieser beachtliche Anstieg ist jedoch hauptsächlich auf Veränderungen des Wechselkurses Schweizer Franken/US-Dollar zurückzuführen.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700846

Spanien

Im Jahr 2011 beliefen sich die ODA-Nettoleistungen Spaniens auf 4,26 Mrd. US-$. Spaniens ODA hatte sich im Zeitraum 2006-2008 mit jahresdurchschnittlichen realen Zuwachsraten von nahezu 22% wesentlich erhöht. Die weltweite Wirtschaftskrise und ihre Folgen haben seit 2009 jedoch zu Kürzungen in Spaniens ODA-Budget geführt, die inzwischen umfangreicher ausfallen (2011 hat sich die ODA gegenüber 2010 real um 32,7% verringert). Das ODA-Niveau wird voraussichtlich weiter sinken, da die neue spanische Regierung in Reaktion auf die schwierige Haushaltslage weitere Budgetkürzungen beabsichtigt.

Spaniens ODA/BNE-Verhältnis betrug im Jahr 2011 0,29%, gegenüber 0,43% im Jahr 2010. Spanien konnte 2010 weder das ODA/BNE-Zwischenziel der EU von 0,51% erreichen, noch sein eigenes nationales Ziel von 0,56%. In Anbetracht der geplanten Haushaltskürzungen bleibt abzuwarten, ob Spanien das ODA/BNE-Ziel von 0,7% im Jahr 2015 erreichen kann. 2011 wurde Spaniens Programm der Entwicklungszusammenarbeit einer DAC-Länderprüfung unterzogen (vgl. S. 262 wegen einer Zusammenfassung der Ergebnisse).

Abbildung V.28 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Spanien**

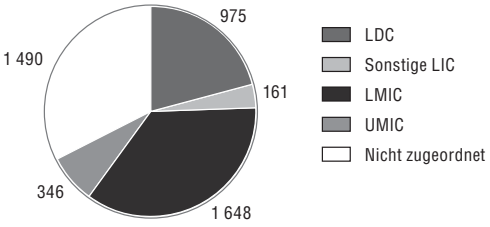
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	6 584	5 949	4 264	–28.3
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	6 288	5 949	4 007	–32.7
Euro (Mio.)	4 728	4 492	3 067	–31.7
ODA/BNE (%)	0.46	0.43	0.29	
Bilateraler Anteil (%)	68	67	55	

v = Vorläufige Daten.

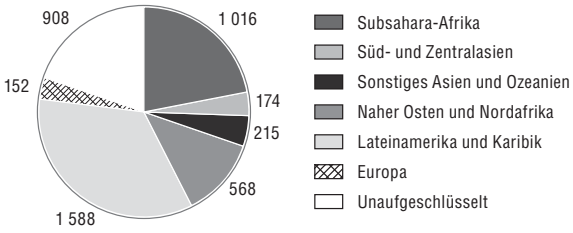
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Demokratische Republik Kongo	174
2 Marokko	170
3 Haiti	152
4 Tunesien	147
5 Nicaragua	126
6 Bolivien	124
7 Peru	114
8 Kolombien	110
9 El Salvador	108
10 Guatemala	103
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	17%
10 Hauptempfänger	29%
20 Hauptempfänger	44%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



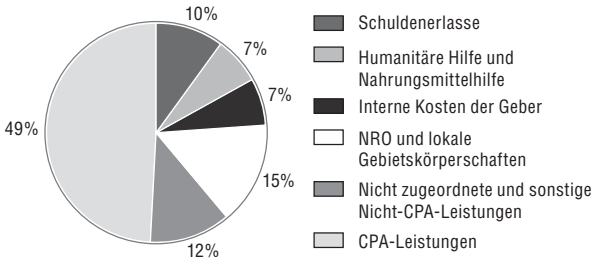
Bilaterale und multilaterale ODA

Als Spanien seine ODA im Zeitraum 2006-2008 erhöhte, flossen die zusätzlichen Mittel hauptsächlich in seine bilateralen Programme. 2008 entfielen auf diese 70% der spanischen ODA-Nettoleistungen, gegenüber 55% im Jahr 2006. Die Kürzungen der ODA-Leistungen, die Spanien seit 2009 vorgenommen hat, betrafen hauptsächlich den bilateralen Teil seiner Entwicklungszusammenarbeit, der 2008 mit 70% einen Höchststand erreichte und 2011 auf 55%, das Niveau von 2006, zurückging.

Zusammensetzung der bilateralen ODA

Im Jahr 2010 entfielen 49% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen Spaniens auf länderprogrammierbare Entwicklungsleistungen (CPA), etwas weniger als der DAC-Durchschnittswert von 57%. Die allgemeine Budgethilfe – die Teil der CPA ist – belief sich auf insgesamt 27,52 Mio. US-$, was 0,6% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen Spaniens entsprach. Spanien erbrachte im Jahr 2010 15% seiner ODA an bzw. über NRO und nachgeordnete Gebietskörperschaften. Letzteres ist auf Spaniens dezentrale politische Struktur zurückzuführen, da die meisten nachgeordneten Gebietskörperschaften Spaniens ihre eigenen Entwicklungsprogramme durchführen.

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

Spanien hat 50 Partnerländer, die in drei Kategorien von Partnerschaften aufgeteilt sind („allgemeine Partnerschaften“: 23 Länder, „Schwerpunktpartnerschaften“: 14 Länder und „Konsolidierung der Entwicklungserfolge“: 13 Länder). Nur sieben der Länder, mit denen eine „allgemeine Partnerschaft“ besteht, gehörten 2010 zu den zehn Hauptempfängern spanischer ODA-Leistungen.

Der Anteil der bilateralen ODA-Bruttoleistungen Spaniens, der für seine zehn bzw. zwanzig wichtigsten Empfängerländer bereitgestellt wurde, begann 2009 zu steigen, nachdem er 2008 gesunken war. 2010 wuchs er weiter auf 32% (in Bezug auf die zehn wichtigsten Empfängerländer) bzw. 45% (in Bezug auf die zwanzig wichtigsten Empfängerländer).

Der Anteil der Partnerländer, mit denen Spanien „wichtige Beziehungen“ unterhält, unterlag im Zeitraum 2007-2009 Schwankungen und belief sich 2010 auf 60%. Anders ausgedrückt stellte Spanien 2010 für 60% seiner CPA-Empfängerländer mehr CPA bereit, als seinem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entsprach, und/oder gehörte zu den Hauptgebern, die zusammen 90% der CPA an diese Länder bereitstellten. Dies ist indessen hauptsächlich durch eine Verringerung der Zahl der Länder bedingt, die 2010 spanische CPA erhielten, und nicht durch eine Verstärkung der wichtigen Beziehungen.

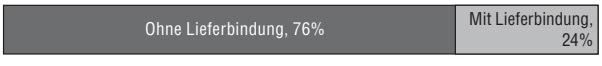
Der Anteil der bilateralen ODA Spaniens, der für LDC bereitgestellt wird, ist seit 2007 kontinuierlich jedes Jahr gestiegen, was auf Spaniens politischen Willen zurückzuführen ist, bis 2015 25% seiner ODA an LDC zu vergeben. Spaniens ODA-Leistungen für LDC beliefen sich 2010 insgesamt auf 915 Mio. US-$ (21% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen Spaniens im Jahr 2010).

Lieferaufbindung

Der Anteil der lieferungebundenen Leistungen Spaniens erreichte 2007 mit 89% der ODA-Gesamtleistungen einen Höchststand, sank 2008 jedoch auf 69% und erhöhte sich 2009 dann wieder auf 77%. 2010 wurden 76% der spanischen ODA-Leistungen ohne Lieferbindung erbracht, womit Spanien unter dem DAC-Durchschnitt des Jahres 2010 von 84% lag.

Lieferbindungsstatus, 2010

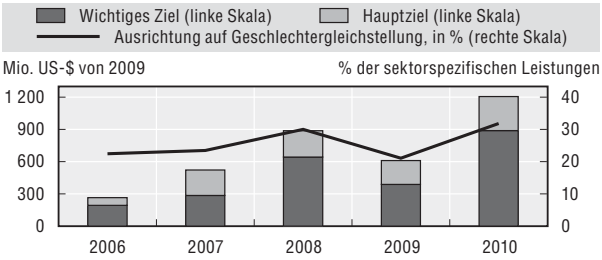
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Die Gleichstellung der Geschlechter wird von Spanien seit 2005 als Schwerpunktbereich behandelt und ist auch ein Querschnittsthema, ein „Arbeitsprinzip“ und einer von vier „besonderen Schwerpunktbereichen“ der spanischen Entwicklungszusammenarbeit. Spanien hat dieses entwicklungspolitische Engagement durch bedeutende Beiträge untermauert. 2010 machte die auf Genderfragen ausgerichtete ODA 32% der anhand des Gender-Markers geprüften sektorspezifischen ODA Spaniens aus, gegenüber 21% im Jahr 2009. Die Förderung von Maßnahmen, bei denen die Geschlechtergleichstellung als Hauptziel oder wichtiges Ziel ausgewiesen ist, erreichte 2010 mit 1,15 Mrd. US-$ einen Höchststand.

ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2006-2010

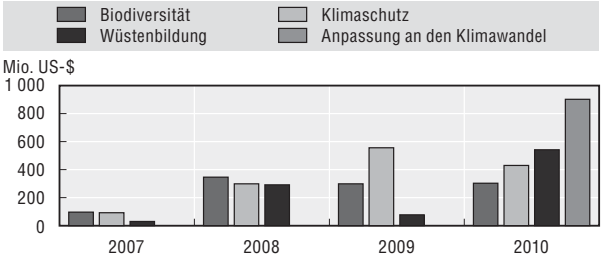


Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Umwelt und Klimaschutz gehören ebenfalls zu Spaniens „besonderen Schwerpunktbereichen“ bzw. „Schwerpunktsektoren“. Spanien zielt darauf ab, Umwelt- und Klimafragen durch gezielte Programme sowie ihre systematische Berücksichtigung in allen seinen Aktivitäten zu begegnen. Im Rahmen seiner umweltbezogenen ODA leistet Spanien darüber hinaus Beiträge im Bereich der Wasser- und Sanitärversorgung.

Nach einer deutlichen Anhebung im Zeitraum 2007-2008 stabilisierten sich Spaniens Zusagen für die Biodiversität und den Klimaschutz 2009 auf hohem Niveau, ehe sie 2010 wieder sanken, insbesondere im Bereich Klimaschutz. Während desselben Zeitraums erhöhte Spanien seine Zusagen im Bereich der Bekämpfung der Wüstenbildung. Spanien sagte 2010 ferner substanzielle Mittel für die Anpassung an den Klimawandel zu; mit 903 Mio. US-$ übertrafen diese Zusagen alle seine anderen Zusagen für Ziele der Rio-Übereinkommen.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Während keine privaten Nettozuschüsse von Spanien an Entwicklungsländer gemeldet wurden, ist das Volumen der privaten Nettokapitalleistungen zu Marktbedingungen erheblich gesunken, seit Spanien im Jahr 2008 von der Finanzkrise getroffen wurde, und betrug 2010 4,4 Mrd. US-$, gegenüber dem Vorkrisenniveau von 23,22 Mrd. US-$ im Jahr 2008.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700808

Vereinigtes Königreich

2011 belief sich die Netto-ODA des Vereinigten Königreichs auf 13,74 Mrd. US-$, was in realer Rechnung einem Rückgang um knapp 1% gegenüber 2010 entspricht. Die ODA-Nettoleistungen des Vereinigten Königreichs sanken 2007 um nahezu 30%, nahmen aber zwischen 2008 und 2010 durchschnittlich um 13% jährlich zu.

In ihrer letzten umfassenden Ausgabenprüfung (Comprehensive Spending Review) für den Zeitraum 2007-2011 sah das Vereinigte Königreich vor, im Finanzjahr 2010-2011 0,56% seines BNE in Form von ODA bereitzustellen. Mit einem ODA/BNE-Verhältnis von 0,57% im Jahr 2010 übertraf das Vereinigte Königreich dieses Ziel ebenso wie das für das Jahr 2010 festgelegte EU-Zwischenziel von 0,51%. 2011 entfielen auf die ODA-Leistungen 0,56% des BNE des Vereinigten Königreichs. Das Vereinigte Königreich hat sich verpflichtet, bis 2013 0,7% des BNE bereitzustellen und befindet sich auf dem besten Weg, dieses Ziel auch zu erreichen.

Abbildung V.29 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Vereinigtes Königreich**

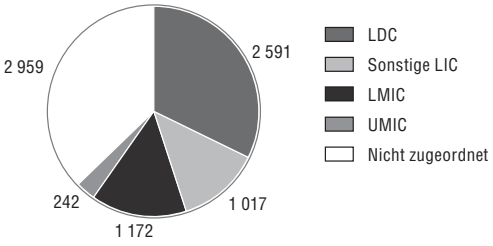
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Veränderung 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	11 283	13 053	13 739	5.3
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	11 470	13 053	12 951	–0.8
Pfund Sterling (Mio.)	7 223	8 452	8 570	1.4
ODA/BNE (%)	0.51	0.57	0.56	
Bilateraler Anteil (%)	66	61	58	

v = Vorläufige Daten.

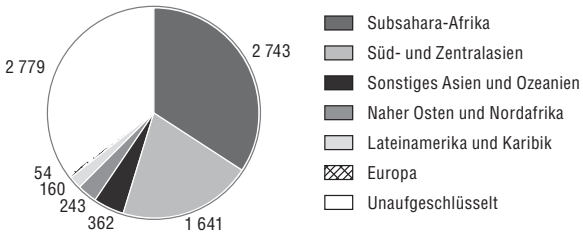
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Indien	657
2 Äthiopien	375
3 Afghanistan	281
4 Pakistan	258
5 Nigeria	241
6 Bangladesch	240
7 Demokratische Republik Kongo	238
8 Tansania	229
9 Sudan	206
10 Ghana	162
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	23%
10 Hauptempfänger	36%
20 Hauptempfänger	50%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



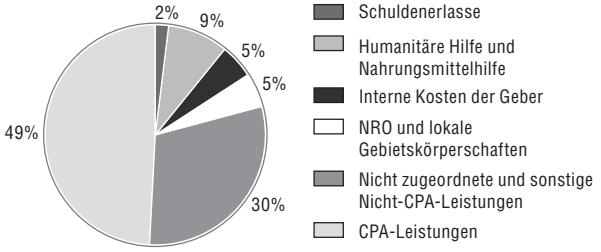
Bilaterale und multilaterale ODA

Mit dem Rückgang der Netto-ODA im Jahr 2007 schrumpfte das bilaterale Programm deutlich; der bilaterale Anteil an den ODA-Nettoleistungen des Vereinigten Königreichs sank auf 57%, gegenüber 70% im Vorjahr. Nachdem der bilaterale Anteil der Netto-ODA des Vereinigten Königreichs zwischen 2008 und 2010 durchschnittlich bei 64% lag, ging er 2011 erneut zurück und erreichte 58%. 2011 stellte das Vereinigte Königreich vorläufigen Daten zufolge 8,02 Mrd. US-$ für sein bilaterales Programm bereit und vergab in jenem Jahr 5,72 Mrd. US-$ über multilaterale Organisationen.

Zusammensetzung der bilateralen ODA

Im Jahr 2010 hat das Vereinigte Königreich 49% seiner bilateralen ODA-Bruttoleistungen in Form von länderprogrammierbaren Entwicklungsleistungen (CPA) zur Verfügung gestellt, was unter dem DAC-Durchschnitt von 57% liegt. Die allgemeine Budgethilfe – die Teil der CPA ist – belief sich auf 649,63 Mio. US-$ bzw. 8% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen. Ein Großteil der bilateralen ODA ist nicht zugeordnet und besteht aus Kapitalbeteiligungen (30%).

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

In den letzten Jahren war das Vereinigte Königreich bestrebt, seine ODA auf weniger Länder zu fokussieren. Derzeit konzentriert es sein bilaterales Programm auf 28 Schwerpunktländer. Das Vereinigte Königreich unterhält „wichtige Beziehungen" mit diesen Schwerpunktländern sowie mit 14 anderen Ländern, was bedeutet, dass es 36 Ländern mehr als den gewöhnlichen Anteil an CPA zur Verfügung stellt und/oder zu den Hauptgebern gehört, die zusammen 90% der CPA an diese Länder bereitstellen. In 50 anderen Ländern bleibt das Vereinigte Königreich ein „nichtwesentlicher Partner".

Der auf LDC entfallende Anteil der ODA des Vereinigten Königreichs ist in den vergangenen Jahren geringfügig zurückgegangen, es fließt aber weiterhin ein hohes Volumen an bilateralen ODA-Leistungen in die LDC. Im Jahr 2010 betrug dieses Volumen 2,62 Mrd. US-$ bzw. 31% der gesamten bilateralen ODA des Landes.

Lieferaufbindung

Das Vereinigte Königreich hat die Lieferbindung für seine ODA-Leistungen vollständig aufgehoben.

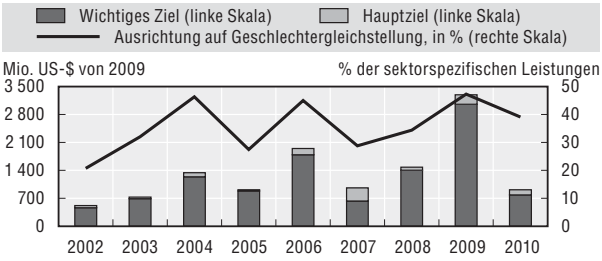
Lieferbindungsstatus, 2010
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Das Vereinigte Königreich hat bei der Integration von Fragen der Geschlechtergleichstellung in die internationalen Verpflichtungen zu Gunsten effizienterer ODA-Leistungen eine Vorreiterrolle eingenommen. Ferner hat es bei der Berücksichtigung von Fragen der Geschlechtergleichstellung in seinem eigenen EZ-Programm durch die Umsetzung eines großangelegten Akionsplans zur Gleichstellung der Geschlechter Fortschritte erzielt. ODA-Zusagen zu Gunsten von Aktivitäten, bei denen die Geschlechtergleichstellung als Hauptziel oder wichtiges Ziel ausgewiesen ist, erreichten 2009 mit 3,29 Mrd. US-$ einen Höchststand. Diese Dynamik muss aber insofern aufrechterhalten werden, als die für diese Aktivitäten gemeldeten Allokationen 2010 drastisch auf 931 Mio. US-$ gesunken sind.

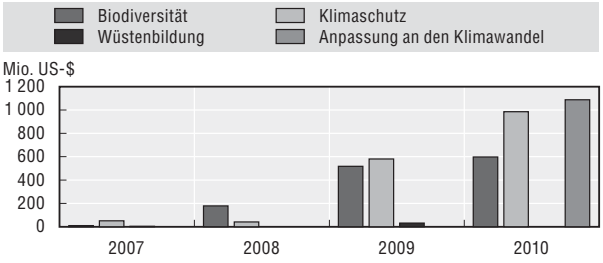
ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, 2002-2010



Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Der Klimaschutz stellt eine neue strategische Priorität des Vereinigten Königreichs dar, das über einen starken rechtlichen und institutionellen Rahmen zur Behandlung dieser Thematik verfügt. Ferner spielt das Vereinigte Königreich in der internationalen Debatte über Umwelt- und Klimaschutz eine einflussreiche Rolle. Die ODA-Zusagen für den Erhalt der biologischen Vielfalt und den Klimaschutz wurden 2009 und 2010 erheblich erhöht und erreichten 2010 598 Mio. US-$ (Biodiversität) bzw. 986 Mio. US-$ (Klimaschutz). 2010 erstattete das Vereinigte Königreich auch über seine Zusagen für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel Bericht, die sich insgesamt auf 1,09 Mrd. US-$ beliefen.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Zwischen 2007 und 2010 machte die ODA mehr als 98% der gesamten vom Vereinigten Königreich gemeldeten öffentlichen Finanzleistungen aus. Die privaten Nettozuschüsse verzeichneten zwischen 2007 und 2009 einen nominalen jahresdurchschnittlichen Rückgang von 30% und nahmen 2010 nur geringfügig (um 7%) auf 352 Mio. US-$ zu. Das Volumen der privaten ODA-Nettoleistungen zu Marktbedingungen lag 2010 bei 12,25 Mrd. US-$, deutlich unter dem kurz vor Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 verzeichneten Wert von 39,41 Mrd. US-$.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700865

Vereinigte Staaten

Die Vereinigten Staaten sind mit einem ODA-Volumen, das sich im Jahr 2011 netto auf insgesamt 30,75 Mrd. US-$ belief, der größte Erbringer von Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit. Im Vergleich zu 2010 bedeutet dieses ODA-Niveau in realer Rechnung einen Rückgang um knapp 1%. Nach einer Abnahme um 10% im Jahr 2007 erholten sich die ODA-Nettoleistungen der Vereinigten Staaten 2008 schnell wieder, als sie einen Anstieg um 19% verzeichneten, und dieses Wachstum setzte sich 2009 und 2010 mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 6% fort.

Das ODA/BNE-Verhältnis der Vereinigten Staaten belief sich 2011 auf 0,20%, womit es gegenüber den 2010 verzeichneten 0,21% leicht gesunken ist.

Abbildung V.30 **Öffentliche Entwicklungsleistungen: Vereinigte Staaten**

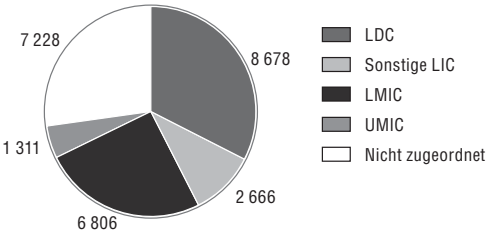
ODA, netto	2009	2010	2011[v]	Change 2010/11 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	28 831	30 353	30 745	1.3
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	29 163	30 353	30 086	–0.9
ODA/BNE (%)	0.21	0.21	0.20	
Bilateraler Anteil (%)	87	88	88	

v = Vorläufige Daten.

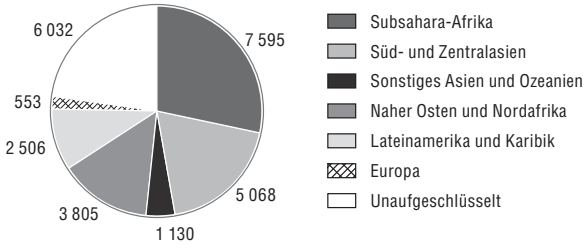
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Afghanistan	2 991
2 Irak	1 985
3 Pakistan	906
4 Sudan	840
5 Äthiopien	801
6 Westjordanland und Gazastreifen	783
7 Haiti	714
8 Kenia	579
9 Kolombien	539
10 Südafrika	527
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	28%
10 Hauptempfänger	40%
20 Hauptempfänger	52%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



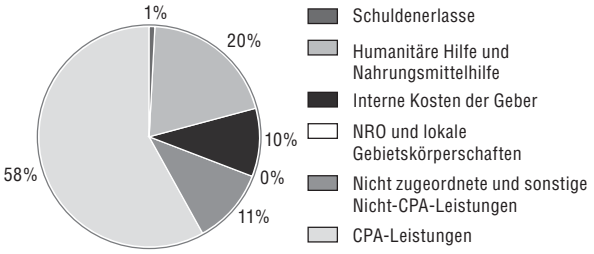
Bilaterale und multilaterale ODA

Das Verhältnis zwischen den bilateralen und den multilateralen ODA-Leistungen der Vereinigten Staaten blieb zwischen 2006 und 2010 recht stabil, wobei in all diesen Jahren durchschnittlich etwa 88% der Netto-ODA auf das bilaterale Programm entfielen. Die Vereinigten Staaten stellten 2011 27,11 Mrd. US-$ für ihr bilaterales Programm bereit, während 3,64 Mrd. US-$ an bzw. über multilaterale Organisationen vergeben wurden.

Zusammensetzung der bilateralen ODA

Im Jahr 2010 entfielen 58% der bilateralen ODA-Bruttoleistungen auf länderprogrammierbare Entwicklungsleistungen (CPA), mehr als der DAC-Durchschnittswert von 57%. Die Vereinigten Staaten vergaben 2010 keine allgemeine Budgethilfe, stellten vor 2010 allerdings jedes Jahr mehrere Hundert Millionen US-Dollar allgemeine Budgethilfe bereit.

Zusammensetzung der bilateralen ODA, 2010



Fokussierung auf Schwerpunktländer und LDC

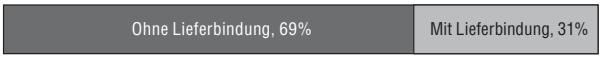
Die Vereinigten Staaten führen EZ-Programme mit etwa 140 Entwicklungsländern durch. Sie haben ihre geografische Schwerpunktsetzung bis vor kurzem nicht verstärkt, die Regierung unternimmt jedoch inzwischen Schritte, um ihre Entwicklungszusammenarbeit auf weniger Partner zu konzentrieren; 52% der ODA-Leistungen der Vereinigten Staaten gehen an ihre 20 Hauptempfängerländer. Die Vereinigten Staaten unterhalten auf Grund der Größe ihres Programms „wichtige Beziehungen" mit 105 Ländern, was bedeutet, dass sie diesen Ländern mehr CPA gewähren, als ihrem Anteil am weltweiten CPA-Volumen entspricht, und/oder zu den Hauptgebern gehören, die zusammen 90% der von diesen Ländern empfangenen CPA bereitstellen. Darüber hinaus unterhalten die Vereinigten Staaten „nicht wichtige Beziehungen" mit 23 Ländern.

Ein zunehmender Anteil der ODA der Vereinigten Staaten wird an LDC vergeben, wobei zwischen 2007 und 2010 ein Anstieg von 24% auf 34% festzustellen war. Darin drückt sich die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten aus, einen höheren Anteil ihrer ODA für die ärmsten und fragilsten Staaten bereitzustellen. Dieses Engagement hat dazu geführt, dass die Vereinigten Staaten ihre ODA-Leistungen für Subsahara-Afrika seit 2005 verdoppelt haben.

Lieferaufbindung

Derzeit sind noch 31% der ODA der Vereinigten Staaten gänzlich oder teilweise liefergebunden. Dieser Anteil liegt zwar unter dem im Jahr 2006 verzeichneten Wert von 37%, aber immer noch über dem 2008 erreichten Niveau von 25%.

Lieferbindungsstatus, 2010
(ohne Verwaltungskosten u. Techn. Zusammenarbeit)



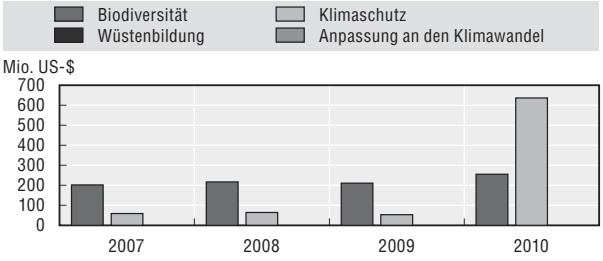
ODA für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen

Mit starkem politischem Rückhalt intensivieren die Vereinigten Staaten ihre Anstrengungen zur Integration der Geschlechtergleichstellung in ihr ODA-Programm. Die Fortschritte zeigen sich darin, dass diese Dimension systematisch in den jüngsten Initiativen des Präsidenten für Ernährungssicherheit und Gesundheit berücksichtigt wurde. In den Vereinigten Staaten wurde der Gender-Marker 2009 auf Grundlage einer Textsuche in den Projektbeschreibungen angewandt (mit Suchbegriffen wie „Mädchen" oder „Frauen"); die so ermittelten Daten über die Ausrichtung der ODA auf die Gleichstellung der Geschlechter sind nicht vergleichbar mit den Daten anderer Geber. Die Vereinigten Staaten verbessern zurzeit das Datenerhebungsverfahren für den Gender-Marker und werden die Berichterstattung wieder aufnehmen, wenn die Leistungen des Jahres 2011 erfasst werden.

Umwelt- und klimaschutzbezogene ODA

Der Klimawandel ist in der Entwicklungspolitik der Vereinigten Staaten sowohl aus Sicherheitsgründen als auch aus Gründen der Nachhaltigkeit zu einem zentralen Thema geworden. Die *Global Climate Change Initiative* des Präsidenten macht Erwägungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu einem wichtigen Aspekt der amerikanischen Auslandshilfe. Solche Fragen werden jedoch im Gegensatz zu anderen Umweltbelangen nicht systematisch genug in der Entwicklungszusammenarbeit der Vereinigten Staaten berücksichtigt, da es an klaren Vorgaben hierfür fehlt. Die gemeldeten ODA-Mittelzuweisungen für Biodiversität und Klimaschutz erhöhten sich 2010 deutlich auf 255 Mio. US-$ (Biodiversität) bzw. 636 Mio. US-$ (Klimaschutz), während der Durchschnittswert zwischen 2007 und 2009 bei 209,80 Mio. US-$ bzw. 58,54 Mio. US-$ lag.

ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2007-2010



Über die ODA hinausgehende Entwicklungsfinanzierung

Beim Großteil der öffentlichen Leistungen der Vereinigten Staaten handelt es sich um Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit. Die übrigen Leistungen (Nettoleistungen aus Kapitalbeteiligungen und sonstigen bilateralen Aktiva) waren bis 2009 negativ und lagen 2010 nahezu bei null (5 Mio. US-$). Die privaten Nettozuschüsse sind stark angestiegen, und zwar von 12,16 Mrd. US-$ im Jahr 2007 auf 22,79 Mrd. US-$ im Jahr 2010, während das Volumen der privaten Nettoleistungen zu marktüblichen Bedingungen auf Grund der globalen Finanzkrise größeren Schwankungen unterworfen war. Es sank zwischen 2007 und 2008 von 98 Mrd. US-$ auf -29 Mrd. US-$, um dann infolge einer starken Zunahme der bilateralen Portfolioinvestitionen 2009 auf 69 Mrd. US-$ und 2010 auf 161 Mrd. US-$ anzusteigen.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700884

© OECD 2013

OECD/DAC-Länderprüfungen

OECD/DAC-Länderprüfung Kanada (15. Mai 2012)

Prüfer: Frankreich und die Niederlande

Kanada hat sich in den letzten sechzig Jahren hohes Ansehen für seinen Beitrag zur internationalen Entwicklung, zu multilateralen Organisationen und zur Förderung der Menschenrechte erworben. Zu den Stärken der kanadischen Entwicklungszusammenarbeit gehören die anerkannte Präsenz des Landes in den Partnerländern vor Ort, sein entschlossener Einsatz für Forschung im Dienst der Entwicklung über das International Development Research Centre (IDRC), seine bedeutende und strategische Unterstützung für das multilaterale System, sein effektiver ressortübergreifender Ansatz bei Katastrophenschutz und fragilen Staaten, insbesondere in Afghanistan und Haiti, und seine gute Erfolgsbilanz als konstruktiver Partner der im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe tätigen Akteure.

Kanadas ODA-Programm belief sich 2011 auf 5,3 Mrd. US-$ (0,31% des Nationaleinkommens), wodurch das Land zum achtgrößten Geber aller DAC-Mitglieder wurde. Kanada hat die ehrgeizigen Ziele, die sich das Land im Hinblick auf das Volumen seiner internationalen ODA-Leistungen gesetzt hat, seit 2007 erreicht; in den zehn Jahren zwischen 2001 und 2010 ist es Kanada gelungen, seine ODA-Leistungen in nominaler Rechnung (d.h. ohne Berücksichtigung der Inflation) zu verdoppeln. Der DAC sprach Kanada für diese Leistung seine Anerkennung aus. Einige dieser Erfolge werden aber voraussichtlich wieder zunichte gemacht werden, da Kanadas ODA-Volumen zwischen 2010 und 2011 in realer Rechnung (d.h. inflationsbereinigt) um mehr als 5% zurückgegangen ist und 2012 weiter sinken dürfte. Kanada muss noch einen Zeitplan für die Erfüllung der internationalen Verpflichtung, 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) als ODA bereitzustellen, vorlegen.

Kanada hat den rechtlichen und strategischen Rahmen seiner Entwicklungszusammenarbeit seit der letzten Länderprüfung 2007 in zweierlei Hinsicht gestärkt. Erstens wurde durch das Gesetz von 2008 (ODA Accountability Act) die Rechenschaftspflicht der Entwicklungszusammenarbeit verbessert und festgelegt, dass Armutsbekämpfung und die Förderung der Menschenrechte als Schlüsselkriterien der ODA gelten. Zweitens wird Kanadas ODA durch den 2009 eingeführten neuen EZ-Ansatz auf eine geringere Anzahl thematischer und geografischer Prioritäten konzentriert. Darüber hinaus würdigte der DAC Kanadas Fortschritte beim Abbau der Lieferbindung seiner ODA-Leistungen, insbesondere im Bereich der Nahrungsmittelhilfe.

Empfehlungen zur Verbesserung der Wirksamkeit von Kanadas ODA

Der DAC begrüßte Kanadas Anstrengungen, seine ODA stärker zu fokussieren und gleichzeitig die Rechenschaftspflicht zu verbessern. Er empfahl Kanada:

- eine klare, einfache und schlüssige Vision für seine ODA-Leistungen zu entwickeln – eine Vision, die nachhaltig in der Außenpolitik des Landes verankert ist und langfristig stabil bleibt,

- einen Zeitplan für die Erfüllung der internationalen Verpflichtung vorzulegen, 0,7% des BNE als ODA bereitzustellen,
- mehr zu tun, um die Lieferbindung seiner ODA-Leistungen gemäß den Zusagen von Accra und Busan abzubauen*,
- in mehreren Bereichen weitere Fortschritte zu erzielen und insbesondere die Politikkohärenz für Entwicklung zu verbessern, sein EZ-System in Einklang mit der Initiative zur Modernisierung der Geschäftsabläufe zu straffen und die Vorhersehbarkeit seiner ODA-Leistungen zu erhöhen.

OECD/DAC-Länderprüfung Europäische Union (28. März 2012)

Prüfer: Japan und Norwegen

Die Europäische Union (EU) ist auf Grund des großen Volumens, der geografischen Reichweite und der Partnerschaftsdimension ihres ODA-Programms ein überaus wichtiger Akteur im Bereich der globalen Entwicklung. Die EU-Institutionen sind insofern einzigartig, als sie Entwicklungsländer direkt unterstützen und für die 27 Mitgliedstaaten eine Rolle als „Föderator" spielen – indem sie ihre Arbeit koordinieren, um den Entwicklungseffekt zu verbessern und gemeinsame Standpunkte vorbereiten, um die Stimme der EU in den Debatten auf globaler Ebene zu stärken. Die Zuständigkeit für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe wird von der EU und ihren Mitgliedstaaten gemeinsam wahrgenommen. Um ihr Führungspotenzial auszuschöpfen, sollte die EU sich deshalb auf den *Europäischen Entwicklungskonsens von 2005* stützen. Die im Oktober 2011 von der Kommission verabschiedete *Agenda für den Wandel* kommt zum richtigen Zeitpunkt, um einen solchen Konsens zu erreichen und den mehrjährigen Finanzrahmen von 2014-2020 zu beeinflussen.

Die EU-Institutionen verwalten ein großes ODA-Volumen. Allein schon wegen ihres Zuschussprogramms in Höhe von 12,7 Mrd. US-$ gehörte die EU 2010 zu den größten Gebern unter den DAC-Mitgliedern. Die Darlehen und Beteiligungen der EU in den Partnerländern beliefen sich auf einen Bruttobetrag von insgesamt 8,3 Mrd. US-$, was einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung darstellt. Die EU-Institutionen haben seit der DAC-Prüfung von 2007 positive Schritte unternommen, um das Programm effektiver zu gestalten und seine Wirkung zu erhöhen. Diese Schritte umfassen eine weitreichende organisatorische Umstrukturierung, Anstrengungen zur Straffung der Finanzinstrumente und einen strategischen Ansatz, um die Zusammenarbeit besser zu koordinieren und aufeinander abzustimmen. Sie haben ferner ihren Dialog mit der Zivilgesellschaft intensiviert. Um die Umstrukturierung der Entwicklungszusammenarbeit der EU abschließen zu können, müssen die Zuständigkeiten aller an der Umsetzung des Programms beteiligten Institutionen klar definiert werden.

Empfehlungen zur Verbesserung der Wirksamkeit der von der EU bereitgestellten ODA

- Die vorgeschlagene Agenda für den Wandel sollte als Chance genutzt werden, um mit – und zwischen – den EU-Mitgliedsländern eine gemeinsame Strategie für Entwicklungszusammenarbeit zu entwerfen.

* Der am 4. September 2008 in Accra verabschiedete Aktionsplan von Accra (AAA) ist Ausdruck des internationalen Engagements für die nötigen Reformen, um die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit rascher zu steigern, und soll die Verwirklichung der MDG bis 2015 unterstützen. Das Vierte Hochrangige Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit fand 2011 im koreanischen Busan statt und führte zur Partnerschaft von Busan für wirksame Entwicklungszusammenarbeit.

- Es sollte dafür Sorge getragen werden, dass der Finanzrahmen 2014-2020 angemessene Finanzmittel und Instrumente für die strategischen Entwicklungsprioritäten der EU vorsieht, insbesondere in den Bereichen Sicherheit und Transformation, systematische Einbeziehung der Geschlechtergleichstellung und der Umwelt sowie Förderung der Entwicklung des privaten Sektors.
- Es sollte sichergestellt werden, dass die Politikmaßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten mit ihren internationalen Entwicklungszielen übereinstimmen. Die Kommission hat einen soliden strategischen Rahmen zur Förderung der Politikkohärenz für Entwicklung entworfen, dessen Potenzial sie so weit wie möglich ausschöpfen sollte.
- Die positiven Effekte der Entwicklungsanstrengungen sollten öffentlich verbreitet werden, um die Unterstützung der Politik und der Öffentlichkeit zu gewinnen.
- Der für die Partner und das EU-Personal entstehende Verwaltungsaufwand sollte reduziert werden, indem die komplexen Haushalts- und Verwaltungsverfahren vereinfacht und die Befugnisse des Personals vor Ort ausgeweitet werden.

OECD/DAC-Länderprüfung Griechenland (8. November 2011)

Prüfer: Belgien und Portugal

In der DAC-Länderprüfung von 2011 wird eingeräumt, dass Griechenland bei der Überwindung der Wirtschaftskrise mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert ist. Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) ist infolge dieser Krise seit 2009 zurückgegangen und erreichte 2010 einen Wert von 508 Mio. US-$, was 0,17% des griechischen Nationaleinkommens entspricht. Griechenland hat in der Zwischenzeit beschlossen, den Schwerpunkt auf den Entwurf und die Verabschiedung neuer Gesetze und eines mittelfristigen Entwicklungsprogramms zu legen, um so das griechische EZ-System zu verbessern. Die griechischen Reformen zielen darauf ab, eine moderne, effiziente und wirksame EZ-Politik einzuführen, um die Erbringung der ODA-Leistungen transparenter zu machen und stärker auf den Bedarf auszurichten.

Die Länderprüfung 2011 konzentrierte sich auf Empfehlungen, die Griechenland als Orientierung dienen können, um das ODA-Programm auf eine solide Grundlage zu stellen und in den nächsten vier bis fünf Jahren ein solides EZ-System aufzubauen. Die meisten Empfehlungen der letzten Länderprüfung (2006) sind nach wie vor relevant, und Griechenland hat sich bemüht, sie in dem neuen Gesetzentwurf und im Fünfjahresprogramm zu berücksichtigen.

Griechenlands Entwicklungsprogramm muss sich stärker auf Ergebnisse und Qualität konzentrieren. Die Generaldirektion Hellenic Aid – die für Entwicklungszusammenarbeit zuständige Behörde, die das Mandat hat, die Entwicklungszusammenarbeit zu koordinieren – muss gestärkt werden. Außerdem muss die Koordinierung zwischen allen an der Entwicklungszusammenarbeit beteiligten Ministerien verbessert werden. Darüber hinaus hätten die griechischen Entwicklungsleistungen einen größeren Effekt, wenn sie in weniger Ländern und über weniger Organisationen bereitgestellt würden.

Empfehlungen zur Verbesserung der Wirksamkeit von Griechenlands ODA

- Griechenlands Entwicklungszusammenarbeit ist in vielerlei Hinsicht fragmentiert: Es gibt zu viele Akteure, Prioritäten (geografisch und sektorbezogen) und Empfängerländer. Koordinierung und Politikkohärenz für Entwicklung stellen nach wie vor eine Herausforderung dar. Griechenland muss sicherstellen, dass die Generaldirektion für internationale Entwicklungszusammenarbeit (Hellenic Aid) die Kapazität besitzt, in diesen Bereichen eine Führungsrolle einzunehmen, indem sie alle EZ-Akteure auf eine gemeinsame koordinierte Strategie verpflichtet.

- Griechenland muss sein Geschäftsmodell ändern und seine Mechanismen zur Auszahlung von ODA-Leistungen (bilateral, multilateral, NRO, humanitäre Hilfe) überprüfen, um sie stärker zu fokussieren und die Wirksamkeit zu erhöhen (weniger Länder, weniger Sektoren, größere Projekte, weniger Akteure).
- Die strategische und programmatische Budgetierung der Entwicklungszusammenarbeit stellt in Griechenland angesichts der Reform des staatlichen Haushaltsmanagements und der intensiven Beobachtung durch die Troika eine anspruchsvolle Aufgabe dar.
- Die Struktur der Generaldirektion Hellenic Aid muss flacher und schlanker werden, was jedoch von der Reorganisation des gesamten Außenministeriums abhängt. Es ist außerdem dringend erforderlich, eine Evaluierungsfunktion einzuführen und eine ergebnisorientierte Kultur zu entwickeln – zurzeit konzentriert sich Griechenland auf Inputs und Überwachung. Der Personalmangel stellt für die Verbesserung von Griechenlands Entwicklungszusammenarbeit eine Herausforderung dar.

OECD/DAC-Länderprüfung Spanien (13. Dezember 2011)

Prüfer: Irland und Schweden

Spanien ist volumenmäßig der siebtgrößte Geber der Welt. Das Land hat seine ODA zwischen 2003 und 2009 verdoppelt und das ODA-Niveau von 0,23% des BNE auf 0,46% erhöht. Die schweren Auswirkungen der Wirtschaftskrise veranlassen Spanien, seine öffentlichen Ausgaben, einschließlich der Entwicklungszusammenarbeit zu kürzen, was 2010 zu einer Reduzierung der ODA auf 0,43% des BNE (5,9 Mrd. US-$) führte. Die Regierung hat für die Zukunft weitere Kürzungen angekündigt.

Spanien hat in den letzten Jahren sowohl in Bezug auf das Volumen (bis 2009) als auch hinsichtlich der Qualität seiner EZ-Programme beachtliche Fortschritte erzielt und ist entschlossen, die Wirksamkeit seiner ODA zu erhöhen. Spanien hat Personal eingestellt, um das gestiegene ODA-Niveau effizient bewältigen zu können, und Regelwerke für eine effektivere Zusammenarbeit mit seinen Partnerländern, den multilateralen Stellen und dem Privatsektor entwickelt. Das Land hat zudem wertvolle Erfahrungen beim Kapazitätsaufbau in Ländern der mittleren Einkommensgruppe gesammelt – es sollte diese Kenntnisse mit anderen Gebern teilen. Spanien hat darüber hinaus sein Programm für humanitäre Hilfe durch eine Reihe von innovativen Ansätzen, u.a. im Bereich der Soforthilfe, gestärkt.

Spanien kann seine Entwicklungszusammenarbeit auf verschiedene Art und Weise noch verbessern, u.a. durch die Fokussierung und Priorisierung seiner Finanz- und Humanressourcen im Hinblick auf seine 50 Partnerländer, 10 Grundsätze, 12 Sektoren und 4 Bereiche von besonderem Interesse. Spanien hat die Zahl der Länder, denen es ODA-Leistungen gewährt, in den letzten Jahren von 56 auf 50 reduziert, die Mittelbereitstellung ist jedoch nach wie vor zu dünn über zu viele Länder verteilt. Spanien könnte den Entwicklungseffekt verstärken, indem das Land seine ODA an weniger Länder vergibt und sie auf die ärmsten Menschen dieser Länder konzentriert. Darüber hinaus könnte eine bessere Aufklärung über die Auswirkungen seines Entwicklungsprogramms dazu beitragen, die öffentliche Unterstützung für ODA zu sichern.

Empfehlungen zur Verbesserung der Wirksamkeit von Spaniens ODA

- Spanien hat eine Reihe von Institutionen und Mechanismen für das ODA-Management eingeführt und sollte jetzt dafür Sorge tragen, dass alle Entwicklungspartner koordiniert vorgehen, reibungslos zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen.

- Spanien ist ein dezentralisiertes Land, in dem fast 20% der ODA auf subnationaler Ebene vergeben werden. Dies kann die Transparenz, Kohäsion und Koordinierung der spanischen ODA beeinträchtigen, wenngleich dadurch die Entwicklung auf lokaler Ebene gefördert wird. Die spanische ODA wäre jedoch transparenter, wenn alle spanischen EZ-Akteure und die Partnerländer auf nationaler und lokaler Ebene umfassend über die spanischen Entwicklungsaktivitäten auf allen Ebenen informiert würden.
- Spanien hat die Konzeption seines Entwicklungsprogramms überprüft, um die Wirksamkeit der ODA in den Entwicklungsländern, die seine Partner sind, zu vergrößern. Spanien sollte klarere Indikatoren entwickeln, um seinen Erfolg zu messen – d.h. ob die ODA dazu beiträgt, nachhaltige Volkswirtschaften aufzubauen und Menschen aus der Armut herauszuhelfen. Spaniens Evaluierungsbemühungen werden darüber hinaus durch einen Mangel an klaren Wirkungsindikatoren beeinträchtigt. Die Evaluierungsergebnisse sollten genutzt werden, um die Politik und die Programmplanung zu beeinflussen.
- Die Zivilgesellschaft spielt in der spanischen Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle, und ein erheblicher Teil der EZ-Leistungen wird über NRO vergeben. Diese Zusammenarbeit könnte durch klare Grundsätze hinsichtlich der Frage, warum und wie NRO in die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit einbezogen werden sollten, noch verbessert werden.
- Spanien hat ein mutiges und strategisch ausgerichtetes Programm für humanitäre Hilfe, und das Land hat große Fortschritte in Bezug auf die empfehlenswerten Praktiken der humanitären Hilfe erzielt. Das Land könnte jedoch noch mehr tun, um den Verwaltungsaufwand der NRO-Partner zu reduzieren und ein systematisches Risikomanagement einzuführen.

Zwischenevaluierungen

Der DAC hat seit Oktober 2011 Zwischenevaluierungen für Irland, Italien und die Schweiz durchgeführt. Diese Zwischenevaluierungen haben dabei geholfen: *a)* Veränderungen, Ergebnisse und Auswirkungen zu verfolgen, *b)* den Bemühungen der Mitglieder zur Umsetzung der Empfehlungen Auftrieb zu verleihen und *c)* Erfahrungen öfter als alle vier bis fünf Jahre (der übliche Zeitraum zwischen den Länderprüfungen) mit anderen DAC-Mitgliedern auszutauschen. Die Zwischenevaluierungen bieten auch die Gelegenheit, die jüngsten internationalen und nationalen Entwicklungen sowie deren Auswirkungen auf das ODA-Programm des geprüften Landes zu erörtern. Es folgt eine Zusammenfassung der Erkenntnisse der drei seit der Veröffentlichung des *Berichts über die Entwicklungszusammenarbeit 2011* durchgeführten Zwischenevaluierungen.

Zwischenevaluierung Irlands

Irlands Zwischenevaluierung fand am 3. Oktober 2011, zwei Jahre nach seiner Länderprüfung, statt. In der Zwischenevaluierung wurde festgestellt, dass Irland in Bezug auf alle in der Länderprüfung aufgeführten Empfehlungen eindeutige Fortschritte erzielt hat. Irland reagierte auf die Empfehlung der Länderprüfung, sich auf eine kleine Gruppe thematischer Prioritäten zu konzentrieren, bei denen das Land einen Mehrwert bringen kann. Irland hat bisher der Bekämpfung des weltweiten Hungers Priorität beigemessen und möchte sich in Zukunft verstärkt mit umwelt- und klimabezogenen Fragen auseinandersetzen. Irland hat seinen geografischen Schwerpunkt in Subsahara-Afrika beibehalten, insbesondere im Hinblick auf seine sieben Programmländer aus dieser Region. Irlands neue *Afrika-Strategie*,

die 2011 auf dem ersten *Africa Ireland Economic Forum* in Dublin eingeleitet wurde, schlägt ein breiteres und tieferes Engagement auf diesem Kontinent vor, das über ODA hinausgeht und Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie kulturellen Austausch umfasst. Die größte Herausforderung für Irish Aid ist der durch das aktuelle Moratorium für Einstellungen, Gehälter und Beförderungen im öffentlichen Dienst verursachte Personalmangel. Der Personalmangel muss behoben werden, um die hohe Qualität der von Irish Aid durchgeführten Programme aufrechtzuerhalten. Die Zwischenevaluierung zog das Fazit, dass Irland ein gutes ODA-Programm hat, das gut verwaltet wird, und dass das Land mit einer ausreichenden Personalausstattung sogar noch mehr leisten kann.

Zwischenevaluierung Italiens

Italiens Zwischenevaluierung fand am 9. November 2011, zwei Jahre nach seiner Länderprüfung, statt. In der Zwischenevaluierung wurde festgestellt, dass Italien in Bezug auf die in der Länderprüfung aufgeführten Empfehlungen einige Fortschritte erzielt hat, dass jedoch noch viele Herausforderungen bestehen. Italien reagierte auf die Empfehlungen der Länderprüfung, sich auf weniger Länder zu konzentrieren und behielt den Schwerpunkt auf Ernährungssicherheit und Landwirtschaft gleichzeitig bei. Italien verfolgt nach wie vor die 2009 eingeführten strategischen Leitlinien, die sich als wichtige Innovation seiner Entwicklungszusammenarbeit erwiesen haben. Italien hat darüber hinaus ein breitgefasstes partizipatorisches Verfahren zur Formulierung einer neuen Vision für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes eingeleitet. Dies ist eine Gelegenheit, genauer zu definieren, welche Art von Geber das Land sein will und wie die ODA als Schlüsselelement seiner Außenpolitik eingesetzt werden soll. Trotz dieser und anderer positiver Entwicklungen steht Italien vor großen Herausforderungen in Bezug auf das Volumen, die Organisation und das Management der ODA. Die ODA nahm 2011 um 33% zu, was hauptsächlich auf einen sprunghaften Anstieg der Flüchtlingskosten und Schuldenerlasse zurückzuführen ist, während die lieferungebundenen Entwicklungsleistungen von 58% auf 68% stiegen. Die für das bilaterale Programm verfügbaren Mittel gehen auf Grund der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftslage zurück. Zudem führt das Moratorium für Einstellungen, Gehälter und Beförderungen im öffentlichen Sektor zu Personalproblemen und gefährdet die Bemühungen zur Verbesserung der Qualität der italienischen Programme. Um diese großen Herausforderungen in Bezug auf das Volumen, die Organisation und das Management der ODA zu bewältigen und bessere Ergebnisse zu erzielen, wird Italien auf den gegenwärtigen Fortschritten aufbauen und hochrangige politische Unterstützung für sein ODA-Programm sichern müssen.

Zwischenevaluierung der Schweiz

Die Zwischenevaluierung der Schweiz fand am 9. März 2012, drei Jahre nach der Länderprüfung, statt. In der Zwischenevaluierung wurde festgestellt, dass die Schweiz in Bezug auf fast alle in der Länderprüfung aufgeführten Empfehlungen eindeutige Fortschritte erzielt hat. Als Reaktion auf eine Empfehlung der Länderprüfung von 2009 stärkte die Schweiz den gesetzlichen Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit des Landes durch eine einheitliche Botschaft über die internationale Zusammenarbeit für den Zeithorizont der Legislaturperiode 2013-2016. Die Schweiz hat zum ersten Mal eine übergreifende Strategie für internationale Zusammenarbeit formuliert, die als gemeinsamer Bezugspunkt für die wichtigsten Bereiche der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit dienen wird. Der Bundesrat und das Parlament der Schweiz haben im Februar 2011 in Einklang mit der Empfehlung der Länderprüfung von 2009 ein ODA/BNE-Ziel von 0,5% verabschiedet. Um dieses Ziel bis 2015 zu erreichen, wurde ein ehrgeiziger (eine ODA-Steigerung von

9% pro Jahr), aber realistischer Fahrplan entwickelt. Entsprechend der Empfehlung von 2009 entwickelte die Schweiz einen gemeinsamen Aktionsplan für die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit und das Staatssekretariat für Wirtschaft, und sie führte Berichterstattungsmechanismen ein, um die Fortschritte bei der Umsetzung der Prinzipien für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit zu überwachen. Wie ebenfalls im letzten Prüfbericht empfohlen wurde, führt die Schweiz ressortübergreifende Ansätze für das Engagement in fragilen Staaten ein. Derzeit werden für einige Länder (namentlich Ägypten, Nepal und Tunesien) in Zusammenarbeit mit allen relevanten Ministerien gemeinsame Länderstrategien entwickelt.

Literaturverzeichnis

OECD (2012a), *DAC Peer Review of Canada*, OECD Publishing, Paris, *www.oecd.org/peerreviews/canada*.

OECD (2012b), *DAC Peer Review of the European Union*, OECD Publishing, Paris, *www.oecd.org/dac/ peerreviews/eu*.

OECD (2011a), *DAC Peer Review of Greece*, OECD Publishing, Paris, *www.oecd.org/peerreviews/greece*.

OECD (2011b), *DAC Peer Review of Spain*, OECD Publishing, Paris, *www.oecd.org/peerreviews/spain*.

© OECD 2013

Profile der anderen OECD-Geber

Die OECD zählt derzeit 34 Mitgliedsländer, von denen 23 Mitglieder des DAC sind, dem auch die Europäische Kommission angehört. In diesem Teil werden die ODA-Leistungen der 11 OECD-Länder beleuchtet, die kein DAC-Mitglied sind: Chile, Estland, Island, Israel, Mexiko, Polen, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik, die Türkei und Ungarn.

Die OECD zählt derzeit 34 Mitgliedsländer, von denen 23 Mitglieder des DAC sind[1]. In diesem Teil werden die ODA-Leistungen der 11 OECD-Länder beleuchtet, die kein DAC-Mitglied sind:

Chile

Die Chilenische Behörde für Internationale Zusammenarbeit (AGCI) plant, im Jahr 2012 mit der OECD zusammenzuarbeiten, um die statistischen Daten des Landes gemäß den DAC-Standards zu erheben und zu übermitteln. In Zukunft wird Chile dann dem Entwicklungsausschuss Daten zu seiner ODA übermitteln können.

Über die AGCI setzt sich die chilenische Regierung für die Reduzierung der Armut ein und unterstützt nationale Entwicklungsprozesse in den Partnerländern im Rahmen der Süd-Süd-Kooperation. Die AGCI ist für die Koordinierung der Arbeiten der nationalen Ministerien und Einrichtungen verantwortlich, die im Bereich der internationalen Zusammenarbeit tätig sind, und hat einen Kooperationsangebots- und -nachfragekatalog erstellt, in dem die Kapazitäten Chiles zur Förderung der Süd-Süd-Kooperation durch Technische Zusammenarbeit, Ausbildung und Politikdialog im Einzelnen dargelegt sind. Zu den Bereichen der Zusammenarbeit zählen der soziale Zusammenhalt, die demokratische Governance, die produktive Entwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit.

Estland

Im Jahr 2010 legten die ODA-Nettoleistungen Estlands geringfügig zu und erreichten 19 Mio. US-$, gegenüber 18 Mio. US-$ im Jahr 2009, was einem Anstieg um 5,6% in realer Rechnung entspricht. Das ODA/BNE-Verhältnis blieb bei 0,10% stabil.

Die gesamten Leistungen wurden in Form von Zuschüssen, darunter 74% der ODA als Beiträge zu den Kernhaushalten multilateraler Organisationen erbracht. Die bilateralen ODA-Leistungen wurden großenteils in Form Technischer Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt und konzentrierten sich auf Länder in Osteuropa und dem Kaukasus.

Estland hat jüngst im Einklang mit der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, dem Aktionsplan von Accra und den Millenniumsentwicklungszielen der Vereinten Nationen seine Strategie für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe für 2011-2015 verabschiedet. In dieser Strategie werden die nachstehenden Partnerländer für den Zeitraum 2011-2015 besonders hervorgehoben: Afghanistan, Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Moldau und die Ukraine.

Prioritäre Aktionsfelder der ODA-Leistungen Estlands sind die Förderung von nachhaltigem Wirtschaftswachstum, Bildung, Gesundheit sowie Staat und Zivilgesellschaft. Zu den horizontalen Prioritäten zählen Frauen und Kinder, die Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien und E-Governance zur Bekämpfung von Korruption und Erhöhung von Transparenz und demokratischer Teilhabe.

Island

Islands ODA belief sich 2010 netto auf 29 Mio. US-$, was im Vergleich zum Vorjahr (34 Mio. US-$) einem Rückgang von 22,6% in realer Rechnung entspricht, der Haushaltszwängen zuzuschreiben ist. Das ODA/BNE-Verhältnis sank ebenfalls von 0,35% auf 0,29%.

Die bilateralen Leistungen betrugen 21 Mio. US-$ und machten 72% des ODA-Gesamtvolumens aus. Im Jahr 2010 waren Uganda, Malawi, Namibia und Mosambik die größten Empfänger bilateraler ODA-Leistungen Islands.

Die Isländische Behörde für Internationale Entwicklung (ICEIDA) zahlte 2010 etwa 41% der isländischen ODA aus (etwa 12 Mio. US-$). Die Direktion Internationale Entwicklungszusammenarbeit des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten verwaltet die verbleibenden 59% der isländischen ODA-Leistungen. Diese dienen der Finanzierung der multilateralen Zusammenarbeit mit VN-Stellen und der Weltbank sowie der humanitären Hilfe und Unterstützung von NRO. Die Teilnahme an Friedensoperationen und am Wiederaufbau nach Konflikten erfolgt über die isländische Krisenreaktionseinheit (*Crisis Response Unit*) der Direktion.

Israel[2]

2010 beliefen sich die ODA-Nettoleistungen Israels auf 145 Mio. US-$, womit sie gegenüber den 124 Mio US-$ im Jahr 2009 in realer Rechnung um 9,8% gestiegen sind. Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich zwischen 2009 und 2010 ebenfalls von 0,06% auf 0,07%. Die bilateralen ODA-Leistungen verharrten bei 128 Mio. US-$, was 88% der israelischen ODA insgesamt entspricht.

40 Mio. US-$ (bzw. 32%) davon entfielen auf Unterhaltskosten für Übersiedler aus Entwicklungsländern (in denen oft Bürgerkriege oder schwere Unruhen herrschten) oder Personen, die ihr Land aus humanitären oder politischen Gründen verlassen mussten, im ersten Jahr ihres Aufenthalts in Israel.

Im Jahr 2010 war Jordanien der größte Empfänger israelischer ODA-Auszahlungen, das 35,5 Mio. US-$ erhielt, gefolgt von Eritrea (15,8 Mio US-$), Äthiopien (15,3 Mio US-$) und der Ukraine (14,4 Mio. US-$). Zusammengenommen vereinten diese Länder 63% der bilateralen ODA-Leistungen Israels auf sich.

Mexiko

Mexiko übermittelte dem DAC keine Angaben zu seinen EZ-Leistungen im Jahr 2010. Jedoch hat Mexiko in den vergangenen Jahren die notwendigen institutionellen Kapazitäten aufgebaut, um in naher Zukunft mit einer angemessenen und nachhaltigen Berichterstattung zu beginnen. Mexiko hat seine EZ-Anstrengungen vor allem in Lateinamerika und der Karibik intensiviert. Im Rahmen seiner Bemühungen um eine Verstärkung seiner Rolle als Erbringer von Entwicklungsleistungen in der Süd-Süd-Zusammenarbeit hat Mexiko den institutionellen und rechtlichen Rahmen seiner Entwicklungszusammenarbeit verbessert. Im April 2011 hat Mexiko das Gesetz zur Internationalen Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet, durch das die Mexikanische Behörde für Internationale Entwicklungszusammenarbeit (AMEXCID) im September 2011 ins Leben gerufen wurde. Mit dem Gesetz wurden ferner ein Nationales Register, ein Informationssystem zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit, ein Kooperationsprogramm und ein Fonds für Entwicklungszusammenarbeit eingerichtet.

Die bilaterale und regionale Entwicklungszusammenarbeit Mexikos ist hauptsächlich auf Lateinamerika und die Karibik ausgerichtet und wird in erster Linie in Form technischer und wissenschaftlicher Zusammenarbeit für den Kapazitätsaufbau erbracht. Die prioritären Bereiche der mexikanischen Technischen Zusammenarbeit sind öffentliche Verwaltung, Bildung, Wissenschaft und Technologie, Landwirtschaft, Umweltschutz und Gesundheit.

Polen

2010 beliefen sich die ODA-Nettoleistungen Polens auf 378 Mio. US-$, was im Vergleich zu den 375 Mio US-$ im Jahr 2009 in realer Rechnung einen Rückgang von 3,9% darstellte. Das ODA/BNE-Verhältnis sank ebenfalls von 0,09% auf 0,08%.

Die bilateralen ODA-Leistungen verharrten bei 96 Mio. US-$, was 25% der polnischen ODA insgesamt entspricht. Als Mitglied der Europäischen Union erbringt Polen seine Leistungen überwiegend durch Beiträge zum Entwicklungsbudget der Europäischen Kommission. Hierauf entfielen im Jahr 2010 96% der multilateralen ODA-Leistungen Polens.

Die Schwerpunktempfängerländer polnischer bilateraler ODA waren 2010 Afghanistan, Weißrussland, die Ukraine, Georgien, Moldau, Angola sowie das Westjordanland und der Gazastreifen.

Im Jahr 2010 setzte sich das polnische EZ-Programm auch für die Unterstützung von Querschnittsthemen ein, wie die Förderung der Demokratie und guten Staats- und Regierungsführung, nachhaltige Entwicklung sowie Stärkung der Zivilgesellschaft. Mehrere Länder erhielten humanitäre Hilfe, darunter Haiti und Afghanistan.

Slowakische Republik

2010 beliefen sich die ODA-Nettoauszahlungen der Slowakischen Republik auf insgesamt 74 Mio. US-$, was in realer Rechnung einem Anstieg um 2,3% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Das ODA/BNE-Verhältnis blieb bei 0,09% stabil. Der Großteil der slowakischen ODA besteht aus Beiträgen zu den Kernhaushalten multilateraler Organisationen, von denen 93% an die Europäische Union gehen. 27% der slowakischen ODA-Leistungen werden auf bilateralem Wege erbracht.

Das slowakische EZ-Programm beruht auf der Mittelfristigen ODA-Strategie (2009-2013) des Landes und nationalen ODA-Jahresprogrammen. In der Strategie werden die Kernprioritäten der Entwicklungszusammenarbeit skizziert, darunter die Stärkung der Stabilität sowie guter Staats- und Regierungsführung, Förderung der Entwicklung sowie Reduzierung von Armut und Hunger in Entwicklungsländern. Ferner enthält die Strategie eine Liste regionaler und sektorspezifischer Prioritäten für die slowakische Entwicklungszusammenarbeit und identifiziert drei Programmländer – Afghanistan, Kenia und Serbien – ebenso wie sechzehn Projektländer – Albanien, Weißrussland, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Äthiopien, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Mazedonien (EJR), Moldau, die Mongolei, der Sudan, Tadschikistan, die Ukraine, Usbekistan und Vietnam. Im Jahr 2010 war die Zahl der Projektländer auf elf gesunken. Die Entwicklungsleistungen an die westlichen Balkanstaaten und die osteuropäischen EU-Partnerschaftsländer bestanden schwerpunktmäßig aus Übergangshilfe und Unterstützung der europäischen Integrationsbestrebungen.

Slowenien

2010 beliefen sich die ODA-Nettoauszahlungen Sloweniens auf insgesamt 59 Mio. US-$, womit sie gegenüber den im Jahr 2009 ausgezahlten 71 Mio US-$ in realer Rechnung um 12,6% zurückgegangen sind. Das ODA/BNE-Verhältnis sank ebenfalls von 0,15% auf 0,13%. 38% der slowenischen ODA-Leistungen wurden auf bilateralem Wege erbracht. 28 Mio. US-$ wurden über die EU vergeben, das entspricht 78% der multilateralen Beiträge Sloweniens.

Slowenien misst den Leistungen an die Westbalkanländer ganz besondere Bedeutung bei. Die Zusammenarbeit mit Montenegro und Mazedonien (EJR) erfolgt auf Programmbasis, während die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern der Region auf Projektbasis durchgeführt wird. Auf Platz zwei unter den prioritären Regionen stehen Osteuropa, der Kaukasus und Zentralasien (wobei Moldau als Schwerpunktland identifiziert wurde), gefolgt von Afrika.

Auf Ersuchen des slowenischen Außenministeriums stimmte der DAC einer Sonderprüfung der EZ-Politik und -programme Sloweniens im Jahr 2011 zu (Kasten V.1).

Kasten V.1. **Sonderprüfung der slowenischen Entwicklungszusammenarbeit: Zusammenfassung**

Seit Slowenien im Jahr 2004 Geber geworden ist, hat das Land viele Kernelemente seines EZ-Programms etabliert, darunter die rechtliche Grundlage, der Festlegung der Prioritäten und ein konsolidiertes ODA-Budget. Verwaltet wird das Budget vom Außenministerium, dem ausgewiesenen nationalen Koordinator der slowenischen internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Bis zum Wirtschaftsabschwung im Jahr 2009 waren die ODA-Leistungen Sloweniens stetig gestiegen, und das Land befand sich auf dem besten Weg, bis 2010 ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,17% zu erreichen, was dem Zwischenziel entspricht, das Slowenien mit der Europäischen Union vereinbart hatte.

Da derzeit nur mit einem moderaten Zuwachs der ODA zu rechnen ist, wird Slowenien in der Sonderprüfung empfohlen, zu innovieren – d.h. die „Entwicklungszusammenarbeit anders zu gestalten" – und seine Ressourcen und Kapazitäten dank eines stärker auf bestimmte Länder ausgerichteten Programms sorgfältig auszutarieren (d.h. zu einem sog. „Nischengeber" zu werden). Sloweniens ODA sollte vorwiegend multilateral ausgerichtet bleiben, damit das Land seinen Einfluss als Akteur ausbauen und die Wirksamkeit seiner ODA verbessern kann, so dass es sich in einer stärkeren Position zur Verwaltung des ODA-Budgets befindet, sobald dieses wieder zu steigen beginnt. Eine ergebnisorientierte Kommunikationsstrategie würde Slowenien helfen, die Öffentlichkeit stärker für die Entwicklungszusammenarbeit zu sensibilisieren und ihre Unterstützung zu gewinnen.

Die wichtigsten Erkenntnisse der Sonderprüfung wurden im Rahmen einer Veranstaltung in Ljubljana am 18. April 2012 präsentiert. Der DAC begrüßt derartige Sonderprüfungen als eine Chance, mit Erbringern von EZ-Leistungen, die nicht zum Kreis seiner Mitglieder gehören, Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen.

Tschechische Republik

2010 beliefen sich die tschechischen ODA-Leistungen netto auf 228 Mio. US-$, was in realer Rechnung einem Anstieg um 8,4% gegenüber 2009 entspricht. Das ODA/BNE-Verhältnis des Landes kletterte – hauptsächlich durch eine Erhöhung der tschechischen Beiträge zum Entwicklungsbudget der Europäischen Union bedingt – von 0,12% auf 0,13%.

Die multilaterale ODA machte 65% des tschechischen Entwicklungsprogramms aus, während die bilateralen ODA-Leistungen einen Anteil von 35% des ODA-Gesamtvolumens stellten. Die bilateralen Leistungen konzentrierten sich auf Asien und die Balkanländer, dabei wurden die Programme in den Schwerpunktländern fortgesetzt. Die Entwicklungszusammenarbeit mit den Partnerländern umfasst: EZ-Leistungen an Afghanistan und die Mongolei,

rasch wachsende Leistungen an Äthiopien, humanitäre Hilfe in Haiti und Pakistan sowie Wiederaufbauhilfe in Georgien. Bei der Umsetzung bilateraler Entwicklungsprojekte spielt die tschechische Entwicklungsbehörde eine wachsende Rolle.

Das Entwicklungsprogramm der Tschechischen Republik stützt sich auf das Gesetz über die Internationale Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe und orientiert sich an der ODA-Strategie für den Zeitraum 2010-2017. In dieser Strategie wird die Zahl der Programmländer auf fünf reduziert – Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Äthiopien, Moldau und die Mongolei. Das ODA-System der Tschechischen Republik wird derzeit vom Außenministerium durchgreifend umgestaltet, um seine Gesamtwirksamkeit und Leistungsfähigkeit zu steigern.

Abbildung V.31 **ODA-Eckdaten, 2010: Tschechische Republik**

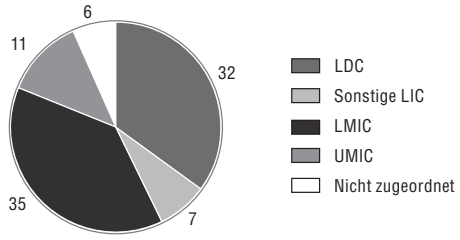
ODA, netto	2009	2010	Veränderung 2009/10 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	215	228	6.0
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	210	228	8.4
Tschechische Kronen (Mio.)	4 077	4 342	6.5
ODA/BNE (%)	0.12	0.13	
Bilateraler Anteil (%)	47	35	

V = Vorläufige Daten.

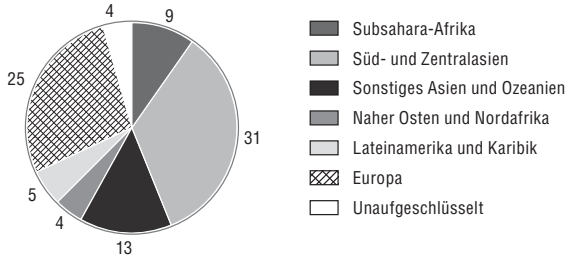
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Afghanistan	20
2 Mongolei	7
3 Georgien	5
4 Bosnien und Herzegowina	4
5 Serbien	4
6 Ukraine	4
7 Moldau	4
8 Kosovo	3
9 Vietnam	3
10 Angola	2
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	44%
10 Hauptempfänger	61%
20 Hauptempfänger	76%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700903

Türkei

2010 beliefen sich die türkischen ODA-Leistungen netto auf 967 Mio. US-$, was in realer Rechnung einem Anstieg um 24,8% gegenüber 2009 entsprach. Dadurch erhöhte sich auch das ODA/BNE-Verhältnis von 0,11% auf 0,13%. Die bilaterale ODA belief sich insgesamt auf 920 Mio. US-$ und machte 95% des türkischen ODA-Volumens aus.

Geografisch gesehen waren über 50% der türkischen bilateralen ODA auf Süd- und Zentralasien ausgerichtet. Pakistan erhielt 2010 EZ-Leistungen in Höhe von über 134 Mio. US-$ zur Flutkatastrophenhilfe, wodurch es zum Hauptempfänger türkischer bilateraler ODA wurde.

Abbildung V.32 **ODA-Eckdaten, 2010: Türkei**

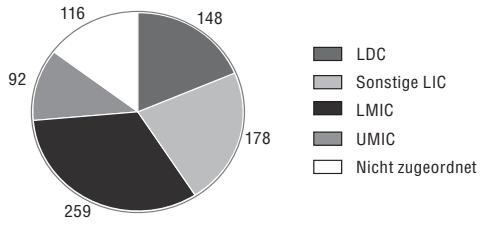
ODA, netto	2009	2010	Veränderung 2009/10 (%)
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	707	967	36.8
Konst. Preise (2010, Mio. US-$)	775	967	24.8
Türkische Lira (Mio.)	1 093	1 450	32.7
ODA/BNE (%)	0.11	0.13	
Bilateraler Anteil (%)	94	95	

V = Vorläufige Daten.

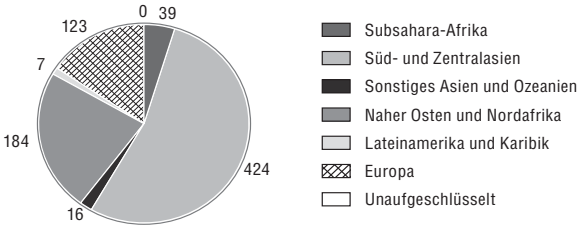
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Afghanistan	102
2 Pakistan	82
3 Kirgisistan	76
4 Kasachstan	58
5 Irak	45
6 Westjordanland und Gazastreifen	38
7 Bosnien und Herzegowina	29
8 Aserbaidschan	25
9 Kosovo	21
10 Libanon	19
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	46%
10 Hauptempfänger	63%
20 Hauptempfänger	77%

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2009-2010, wenn nicht anders angegeben

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



ODA nach Region (Mio. US-$)



ODA nach Sektor (in %)



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700922

Der Großteil der bilateralen Leistungen wurde in Form von Projekt- und Programmhilfe sowie Technischer Zusammenarbeit erbracht. Ferner wurden Friedensoperationen nach Konflikten unterstützt und humanitäre Hilfe geleistet. 77% der türkischen sektorspezifischen bilateralen Leistungen wurden für die soziale Infrastruktur und soziale Dienste bereitgestellt, insbesondere die Bereiche Bildung, Staat und Zivilgesellschaft.

Ungarn

Die internationale Entwicklungszusammenarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil der ungarischen Außenpolitik. Ihr Hauptziel besteht im Einklang mit den Millenniums-entwicklungszielen darin, einen Beitrag zu den globalen Anstrengungen zur Beseitigung der Armut zu leisten und die Partnerländer beim Aufbau demokratischer Institutionen auf der Grundlage der Menschenrechte zu unterstützen. Als Mitglied der Europäischen Union ist Ungarn bemüht, einen wachsenden Teil seines Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen.

Die ODA-Nettoleistungen Ungarns, die sich 2009 auf 117 Mio. US-$ beliefen, ließen 2010 geringfügig auf 114 Mio. US-$ nach und verzeichneten somit in realer Rechnung einen Rückgang um 2,2%. Das ODA/BNE-Verhältnis sank ebenfalls von 0,10% auf 0,09%, was hauptsächlich auf den Anstieg des Bruttonationaleinkommens im Jahr 2010 zurückzuführen

ist. Etwa 75% der ungarischen ODA wurden in Form multilateraler Leistungen bereitgestellt, hauptsächlich an die EU, aber auch an die Vereinten Nationen und die Weltbank.

Zu den prioritären Partnerländern Ungarns zählen Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Moldau, Serbien, Vietnam sowie das Westjordanland und der Gazastreifen. Ungarn konzentriert seine Hilfestellung in erster Linie auf Sektoren und Bereiche, in denen es über komparative Vorteile verfügt, wie insbesondere Transformationserfahrung, Kapazitätsaufbau, Bildung, öffentliche Gesundheit, Wasserressourcenmanagement und Sanitärversorgung sowie Umweltschutz.

Anmerkungen

1. Die Liste der OECD-Mitgliedsländer und der Beitrittsdaten findet sich unter: *www.oecd.org/document/58/0,3746,en_2649_ 201185_1889402_1_1_1_1,00.html*.
2. Die statistischen Daten für Israel werden von den zuständigen israelischen Stellen bereitgestellt, die für sie auch verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt unbeschadet des völkerrechtlichen Status der Golanhohen, von Ost-Jerusalem und der israelischen Siedlungen im Westjordanland.

© OECD 2013

Nicht der OECD angehörende Geber

Dieser Abschnitt enthält Informationen über das Volumen und die Hauptmerkmale der Entwicklungsprogramme von 16 Ländern, die nicht Mitglied der OECD sind; zwölf dieser Länder berichten dem OECD-Entwicklungsausschuss (DAC) über ihre ODA-Leistungen. Brasilien, China, Indien und Südafrika liefern dem DAC zwar keine Daten, leisten aber schon seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit; die in diesem Kapitel präsentierten Daten beruhen auf offiziellen Regierungsangaben. Die Bill and Melinda Gates Foundation ist die einzige private Finanzierungseinrichtung, die dem DAC berichtet.

Mehrere Nicht-OECD-Länder spielen in der Entwicklungszusammenarbeit seit langem eine wichtige Rolle, und viele erhöhen derzeit das Volumen der an Entwicklungsländer zu vergünstigten Bedingungen vergebenen Mittel für die Entwicklungsfinanzierung. Der Entwicklungsausschuss der OECD würdigt und begrüßt die wichtige Rolle dieser Länder in der internationalen Entwicklungslandschaft. Der DAC ist bestrebt, mit ihnen zusammenzuarbeiten, um die Armut zu reduzieren, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern und globale Entwicklungsherausforderungen zu bewältigen. Diese Ziele kommen in der DAC-Erklärung *Welcoming New Partnerships in International Development Co-operation* (OECD, 2011b) sowie seiner jüngst überarbeiteten *Global Relations Strategy* (OECD, 2011c) zum Ausdruck[1].

2011 unternahm die weltweite Entwicklungsgemeinschaft einen wichtigen Schritt in Richtung des Aufbaus einer inklusiveren Partnerschaft im Dienst der Entwicklung. Das Vierte Hochrangige Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, das vom 29. November bis 1. Dezember 2011 in Busan, Korea, stattfand, stellte einen Wendepunkt in der internationalen Diskussion über die öffentlichen Entwicklungsleistungen und Entwicklung dar. Bilaterale und multilaterale Geber, Schwellen- und Entwicklungsländer, Organisationen der Zivilgesellschaft, Vertreter des privaten Sektors und andere Beteiligte trugen allesamt zur Ausarbeitung eines Entwurfs und zur anschließenden Verabschiedung der *Partnerschaft von Busan für wirksame Entwicklungszusammenarbeit* bei[2]. Unter anderem wurde auf diesem Forum eine Partnerschaft besiegelt, die über die traditionelle „Geber-Empfänger"-Dichotomie hinausgeht, da große Süd-Süd-Partnerländer wie Brasilien, China und Indien das Dokument als freiwilligen Referenzrahmen für ihre Zusammenarbeit akzeptieren.

Dieser Abschnitt informiert über das Volumen und die Hauptmerkmale der Entwicklungsprogramme von 16 Ländern, die nicht Mitglied der OECD sind. Zwölf dieser Länder berichten der OECD offiziell über ihre ODA-Leistungen: Chinesisch Taipeh, Zypern[3], Kuwait, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Malta, Rumänien, die Russische Föderation, Saudi-Arabien, Thailand und die Vereinigten Arabischen Emirate. Brasilien, China, Indien und Südafrika liefern dem DAC keine Daten, leisten aber schon seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit[4].

Die Entwicklungsleistungen dieser 16 Nicht-OECD-Länder machten 2010 einen kleinen, aber wichtigen Anteil an den ODA-Leistungen insgesamt aus. Zusammen erbrachten diese Länder Schätzungen zufolge 2010 brutto Entwicklungsleistungen in Höhe von 8,6 Mrd. US-$, was 5,7% der gesamten ODA-Bruttoleistungen (ohne Brasilien) entspricht[5]. Die ODA-Leistungen einiger dieser Länder übertrafen den Beitrag mancher DAC-Mitglieder. Dies war insbesondere für Saudi-Arabien (3,5 Mrd. US-$ brutto) und China (geschätzte 2 Mrd. US-$ brutto) der Fall.

ODA-Leistungen der Länder, die dem DAC berichten

Drei der größten Geber der Golfregion liefern der OECD ihre ODA-Daten: Kuwait, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Der Großteil ihrer ODA wird bilateral vergeben und ist auf Sektoren wie Infrastruktur, Energie und Landwirtschaft ausgerichtet. Die Entwicklungszusammenarbeit ist für diese Länder auch ein wichtiges Instrument, um Solidarität innerhalb der arabischen Welt zu demonstrieren, indem Ländern der Region, die Konflikten

ausgesetzt sind oder sich in Situationen fragiler Staatlichkeit befinden, Unterstützung angeboten und bei der Stabilisierung geholfen wird. Beispielsweise organisierten die Einrichtungen der Arabischen Koordinierungsgruppe in Zusammenarbeit mit dem DAC einen Hochrangigen Partnerschaftsdialog[6] in London (Juli 2011), um zu erörtern, wie die internationale Gemeinschaft am besten auf die jüngsten Aufstände im Nahen Osten und Nordafrika reagieren könnte. **Saudi-Arabien** war 2010 mit einem ODA-Bruttoaufkommen von 3,5 Mrd. US-$ weiterhin der größte Geber außerhalb des Kreises der DAC-Mitglieder. Dies stellt eine leichte Anhebung im Vergleich zum Vorjahr dar, als sich Saudi-Arabiens ODA-Auszahlungen noch auf 3,2 Mrd. US-$ beliefen. **Kuwait** erhöhte seine Entwicklungsleistungen 2010 ebenfalls und stellte brutto 616,8 Mio. US-$ an ODA bereit, gegenüber 528,6 Mio. US-$ im Jahr 2009. Die Vereinigten Arabischen Emirate gaben an, dass sich ihre ODA 2010 brutto auf 571 Mio. US-$ belief, was gegenüber 2009 mit 1 Mrd. US-$ einen deutlichen Rückgang darstellt.

Als erstes Land unter den „BRICS" (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) übermittelte die **Russische Föderation** ihre ODA-Daten 2011 erstmals an die OECD (über die ODA-Leistungen im Jahr 2010). 2010 beliefen sich die ODA-Nettoauszahlungen der Russischen Föderation insgesamt auf 472,4 Mio. US-$, gegenüber 785 Mio. US-$ im Jahr 2009, wie das russische Finanzministerium angab. Zwei Drittel der ODA der Russischen Föderation werden bilateral, der Rest als Beiträge zu den Kernhaushalten verschiedener Unterorganisationen der VN, des Globalen Fonds und der Weltbank erbracht. Die russische bilaterale und multilaterale ODA beruht auf den Regelungen und Bedingungen des Konzeptpapiers *Russia's Participation in International Development Assistance*, das vom Präsidenten der Russischen Föderation im Juni 2007 gebilligt wurde[7]. Gesundheit ist ein Schwerpunktbereich der Russischen Föderation – insbesondere die Eindämmung von Infektionskrankheiten –, die Russische Föderation investiert jedoch auch in Ernährungssicherheit, Bildung und humanitäre Hilfe. Die wichtigsten Partnerländer der Russischen Föderation sind die Mitglieder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), gefolgt von Ländern im Asien-Pazifik-Raum und in Subsahara-Afrika.

Bei den nicht in der OECD vertretenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union fielen die Ergebnisse in Bezug auf die ODA-Leistungen 2010 unterschiedlich aus. Einerseits erhöhte **Zypern**[8] seine ODA-Bruttoauszahlungen von 45,5 Mio. US-$ im Jahr 2009 auf 51,2 Mio. US-$ im Jahr 2010, wohingegen die ODA-Bruttoleistungen **Litauens** und **Maltas** relativ konstant blieben (36,2 Mio. US-$ im Jahr 2009 gegenüber 36,7 Mio. US-$ im Jahr 2010 bzw. 13,7 Mio. US-$ im Jahr 2009 gegenüber 13,8 Mio. US-$ im Jahr 2010). Andererseits sanken **Rumäniens** ODA-Bruttoleistungen 2010 auf 114,3 Mio. US-$, gegenüber 152,5 Mio. US-$ im Vorjahr. **Lettlands** ODA-Bruttoleistungen waren ebenfalls das zweite Jahr in Folge rückläufig und sanken von 21 Mio. US-$ im Jahr 2009 auf 15,6 Mio. US-$ im Jahr 2010. Auf Grund ihrer begrenzten Kapazitäten, bilaterale Entwicklungsprogramme vor Ort durchzuführen, leiten diese EU-Länder ihre ODA größtenteils über multilaterale Einrichtungen, insbesondere über Organisationen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen.

Chinesisch Taipeh, Liechtenstein und Thailand liefern der OECD ebenfalls Statistiken zu ihrer ODA. Sowohl Liechtenstein als auch Thailand erhöhten ihre ODA-Leistungen im Jahr 2010: **Liechtenstein** zahlte ODA-Bruttoleistungen in Höhe von 26,6 Mio. US-$ und damit etwas mehr aus als 2009 (26,3 Mio. US-$); **Thailand** erbrachte 45,3 Mio. US-$, gegenüber 40,2 Mio. US-$ im Jahr 2009 (nach wie vor deutlich weniger als der Höchstbetrag von 178,5 Mio. US-$ im Jahr 2008). **Chinesisch Taipehs** ODA-Bruttoleistungen sanken 2010 auf 380,9 Mio. US-$, gegenüber 411,4 Mio. US-$ im Vorjahr. Diese drei Länder erbringen den Großteil ihrer Entwicklungszusammenarbeit bilateral: Der Anteil der bilateralen ODA beträgt für Chinesisch Taipeh 86%, für Liechtenstein 82% und für Thailand 69%.

ODA-Leistungen der Länder, die dem DAC nicht berichten

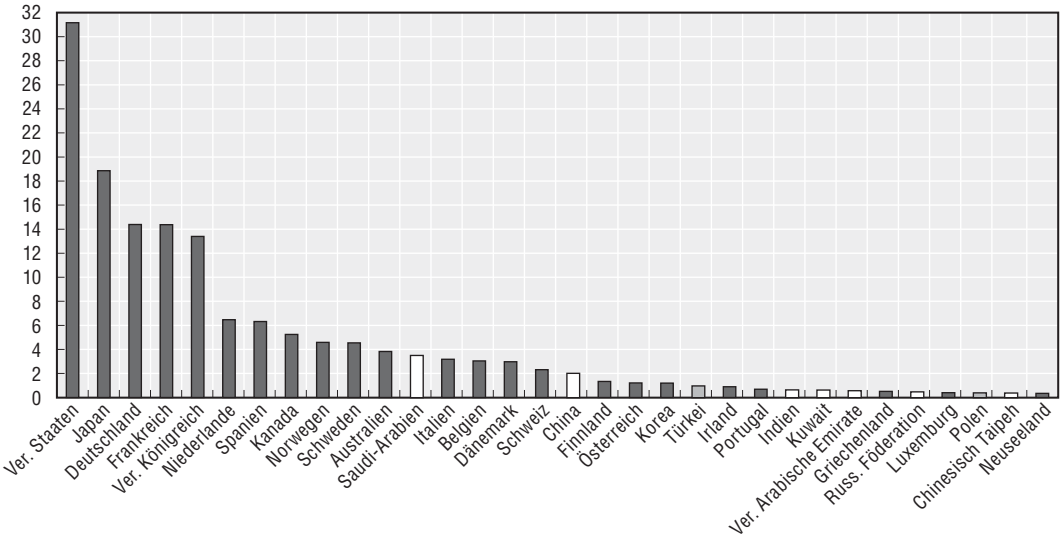
Der DAC schätzte darüber hinaus die Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit Brasiliens, Chinas, Indiens und Südafrikas für 2010, auch wenn diese Länder dem DAC ihre Daten nicht übermitteln.

Informationen und Daten über **Brasiliens** Programm der Süd-Süd-Entwicklungszusammenarbeit für 2010 sind noch nicht verfügbar. Laut einer neueren Untersuchung der brasilianischen Regierung belief sich die Entwicklungszusammenarbeit Brasiliens 2009 jedoch auf 362,2 Mio. US-$, womit ihr Volumen im Vergleich zu den 336,8 Mio. US-$ von 2008 gestiegen ist (IPEA und ABC, 2010). In diesen Zahlen sind nur Zuschüsse der brasilianischen Bundesregierung berücksichtigt; Kredite (zinslos oder vergünstigt), Schuldenerlasse und Entwicklungsleistungen nachgeordneter Gebietskörperschaften sind darin nicht inbegriffen. Das Volumen der brasilianischen EZ-Bruttoleistungen ist daher vermutlich höher als die gegenwärtige Schätzung. Laut dem Regierungsbericht entfielen 2009 mehr als 68% der brasilianischen EZ-Leistungen auf multilaterale Organisationen, 14% auf die Technische Zusammenarbeit, 12% auf die humanitäre Hilfe und weitere 6% auf Stipendien für ausländische Studierende in Brasilien (IPEA und ABC, 2010). Die brasilianische Entwicklungszusammenarbeit, die sich früher auf lateinamerikanische und auf portugiesischsprachige Länder konzentrierte, wird zunehmend auf andere afrikanische Partnerländer, wie z.B. Ghana, ausgedehnt.

Die **chinesische** Regierung erklärte in ihrem 2011 veröffentlichten Weißbuch *China's Foreign Aid*, dass sie zwischen 1950 und 2009 256,3 Mrd. Renminbi (rd. 37,9 Mrd. US-$) an Auslandshilfe zur Verfügung gestellt hat (GoC, 2011a). Diese Zahl setzt sich zusammen aus Zuschüssen (41%), zinslosen Darlehen (30%) und Subventionen für vergünstigte Kredite (29%). Im Hinblick auf die jährlichen Bruttoauszahlungen belief sich Chinas Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2010 laut dem Ausgabenbudget der Zentralregierung 2011 auf 2 Mrd. US-$, gegenüber 1,9 Mrd.

Abbildung V.33 **Konzessionäre Mittel der Länder für die Entwicklungsfinanzierung („ODA-ähnliche Mittel"), 2010**

Bruttoauszahlungen, in jeweiligen Preisen, Mrd. US-$



Anmerkung: Blau: OECD-Länder; grau: große nicht dem DAC angehörende OECD-Länder; weiß: ausgewählte Nicht-OECD-Länder.

Quelle: OECD/DAC-Statistiken sowie Schätzungen des Sekretariats für China, Indien und Südafrika auf der Grundlage der Jahresberichte der Länder.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700941

US-$ im Jahr 2009 (GoC, 2011b). In dieser Summe sind der Kapitalteil der vergünstigten Kredite und die Schuldenerlasse jedoch nicht berücksichtigt. Würden diese mit eingerechnet, wäre Chinas Entwicklungszusammenarbeit deutlich umfangreicher. Der DAC hofft, mehr über die Entwicklungszusammenarbeit Chinas zu erfahren, und baut den Dialog mit den chinesischen Behörden aus, insbesondere durch die China-DAC Study Group. Im Jahresverlauf 2011 schloss diese Gruppe ihre erste Arbeitsphase ab und veröffentlichte ihre Hauptergebnisse unter dem Titel *Economic Transformation and Poverty Reduction: How it Happened in China, Helping it Happen in Africa* (OECD, 2011d) (Kasten V.2).

Kasten V.2 **Wirtschaftliche Transformation und Armutsminderung: Aus den Erfahrungen Chinas lernen für Afrika**

Die Erkenntnisse aus der wirtschaftlichen Transformation und der Armutsminderung Chinas haben die große Aufmerksamkeit anderer Entwicklungsländer und der internationalen Entwicklungsgemeinschaft im weiteren Sinne auf sich gezogen. In Reaktion auf dieses Interesse an einem Gedanken- und Erfahrungsaustausch wurde im Jahr 2009 die China-DAC Study Group gemeinsam vom International Poverty Reduction Center in China (IPRCC) und dem Entwicklungsausschuss der OECD (DAC) eingerichtet.

Im Zeitraum 2009-2011 organisierte die Study Group eine Reihe internationaler Veranstaltungen zu wichtigen Themen im Zusammenhang mit Chinas Erfahrungen in den Bereichen Wachstum und Armutsbekämpfung, einschließlich Entwicklungspartnerschaften, Landwirtschaft, Infrastruktur und günstiger Rahmenbedingungen für die Unternehmensentwicklung. Über 500 Personen – darunter Wissenschaftler, Forscher, Beamte und Entwicklungspraktiker – aus China, Afrika und Mitgliedsländern des Entwicklungsausschusses der OECD nahmen an diesen Veranstaltungen teil, die abwechselnd in China und Afrika stattfanden. Es wurde zwar nicht versucht, aus diesen Erörterungen einen neuen Konsens abzuleiten, die Study Group identifizierte jedoch zwei Hauptpunkte, die besondere Erwähnung verdienen:

- **Chinas wirtschaftliche Transformation trug in hohem Maße zur Armutsbekämpfung bei**. Der Reformprozess und die Öffnung beruhten auf Experimenten, Erfolgskontrolle und der Ausweitung erfolgreicher Modelle. Dieser kontinuierliche Lern- und Innovationsprozess, in dessen Rahmen explizit angestrebt wurde, auf fortschrittlichen internationalen Praktiken aufzubauen, war die Triebfeder für Chinas Transformation. Dies beinhaltete die Präzisierung der Rolle des Staats und des Markts sowie die Absorption von Erkenntnissen durch Förderung von Lerninstitutionen und Schaffung von Anreizen für die Ausbildung von Talenten. China identifiziert kontinuierlich Schwächen sowie sich neu abzeichnende Herausforderungen und begegnet diesen, beispielsweise im Hinblick auf die umfassende Neuausrichtung seiner Wirtschaft, die nicht nachhaltige Entwicklung sowie die Herausforderungen in den Bereichen Globalisierung, Umweltprobleme und Klimawandel. Dies lässt sich am 12. Fünfjahresplan Chinas ablesen, in dem diese wichtigen Referenzpunkte für die staatliche Politik zu finden sind.
- **Afrikaner, Chinesen und die OECD/DAC-Länder haben ein gemeinsames Interesse an der Herausbildung gut funktionierender Volkswirtschaften und Staaten in Afrika, um die Beteiligung der Menschen am Entwicklungsprozess zu fördern**. Eine rasche Armutsminderung und das Wachstum der Mittelschicht werden das Humankapital liefern, das für eine rasche, lernbasierte Entwicklung im 21. Jahrhundert unerlässlich ist. Dies ist das grundlegende Projekt, das die afrikanischen Länder und Menschen selbst mit Hilfe der Afrikanischen Union sowie der ganzen Bandbreite der afrikanischen Institutionen und Prozesse verfolgen. Hiermit und mit der Herausbildung rechenschaftspflichtiger Regierungssysteme wird kontinuierlich die politische Grundlage für die wirtschaftliche Transformation auf dem gesamten afrikanischen Kontinent geschaffen. Wie im Fall Chinas kann die internationale Unterstützung Afrikas wirtschaftlichen Transformations- und Armutsminderungsprozess fördern und beschleunigen.

Dem Jahresbericht des **indischen** Außenministeriums ist zu entnehmen, dass sich das indische EZ- und Kreditprogramm im Finanzjahr 2010/2011 auf 639,1 Mio. US-$ belief, gegenüber 488 Mio. US-$ im Finanzjahr 2009/2010 (GoI, 2011). Das indische Programm für vergünstigte Kredite wird von der Abteilung Wirtschaft des Finanzministeriums verwaltet und von der Export Import Bank of India (EXIM Bank) umgesetzt. Im Februar 2012 wies die indische EXIM Bank 153 operative Kreditlinien aus, von denen die meisten für die Finanzie-rung spezifischer Infrastrukturprojekte indischer Unternehmen in Entwicklungsländern bestimmt sind, hauptsächlich in Sektoren wie Stromversorgung, Energie, Bewässerung und Verkehr (Indian EXIM Bank, 2012). Die Abteilung Technische und Wirtschaftliche Zusammenarbeit des Außenministeriums ist für die Technische Zusammenarbeit zuständig. Im Rahmen seines Programms für Internationale Technische und Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ITEC) bildet Indien Tausende von Fachkräften aus über 150 Ländern in so verschiedenen Bereichen wie Informationstechnologie, Bildung und Unternehmensentwicklung aus (GoI, 2011). Der Großteil des indischen Entwicklungsbudgets geht in Nachbarländer wie Bhutan, Bangladesch, Nepal, Sri Lanka, Myanmar und die Malediven. Allerdings entfällt auch auf Afrika ein zunehmender Anteil der indischen Entwicklungszusammenarbeit. Beim zweiten India-Africa Forum Summit im Mai 2011 kündigte Indiens Premierminister eine neue Kreditlinie im Umfang von 300 Mio. US-$ für die Bahnstrecke zwischen Dschibuti und Äthiopien an. Zwei wichtige Dokumente, die Indiens Verpflichtung zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern bekräftigen, wurden während des Gipfels verabschiedet: das *Africa-India Framework for Enhanced Co-operation* und die *Addis Ababa Declaration*[9].

Südafrikas Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit sind von 119,5 Mio. US-$ im Finanzjahr 2009/2010 auf 98,4 Mio. US-$ im Finanzjahr 2010/2011 zurückgegangen (South African National Treasury, 2011). Seine bilaterale Zusammenarbeit wird hauptsächlich über den African Renaissance and International Co-operation Fund abgewickelt. Südafrika hat 2011 die Einrichtung einer neuen Entwicklungsagentur angekündigt, der South African Development Partnership Agency, der der Renaissance Fund unterstellt werden wird und die die Koordinierung verschiedener EZ-Aktivitäten und -Instrumente verbessern soll. Die neue Agentur wird sich darauf konzentrieren, den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Raum zu schaffen, um im Rahmen von bilateralen, trilateralen und multilateralen Partnerschaften Armut, Unterentwicklung und die Marginalisierung Afrikas und des Südens zu bekämpfen. Sie wird sich auf Südafrikas Stärken bei der Förderung und Wahrung von Frieden und Sicherheit, der Unterstützung von Wahlen und der Förderung der Infrastrukturentwicklung stützen.

Private Entwicklungsleistungen

Neben den im Vorstehenden erwähnten bilateralen Gebern stellen auch einige private Geber in großem Umfang konzessionäre Mittel für die Entwicklungsfinanzierung zur Verfügung. Gegenwärtig ist die **Bill and Melinda Gates Foundation** die einzige private Finanzierungseinrichtung, die der OECD berichtet. Die Bill and Melinda Gates Foundation vergab 2010 Zuschüsse in Höhe von 1,6 Mrd. US-$ zu Gunsten der Verbesserung der Gesundheitssituation in Entwicklungsländern – ein leichter Rückgang gegenüber 1,8 Mrd. US-$ im Jahr 2009. Sie unterstützte u.a. die Entwicklung von Impfstoffen, die Bekämpfung von Poliomyelitis, HIV/AIDS, Malaria, Lungenentzündung, Tuberkulose, Durchfallerkrankungen und sonstigen Infektionskrankheiten sowie die Bereiche Familienplanung, Ernährung und Gesundheit von Müttern, Neugeborenen und Kindern. Damit ist die Gates Foundation der drittgrößte internationale Geber im Gesundheitsbereich nach den Vereinigten Staaten und dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria. Ein großer Teil

der Ausgaben der Gates Foundation für Gesundheit dient der Erforschung und Entwicklung von Impfstoffen, Arzneimitteln und Diagnoseverfahren, so dass potenziell alle Länder aus ihnen Nutzen ziehen können. 2010 erfolgten somit 50% ihrer Gesamtausgaben für Gesundheit auf internationaler Ebene ohne Zuordnung zu einer bestimmten Region oder einem bestimmten Land. Die Gates Foundation investiert aber auch in die Verbesserung des Zugangs zu bewährten Methoden der Bekämpfung von Gesundheitsproblemen, was Entwicklungsländern besonders zugute kommt. Diese Arbeit umfasst hauptsächlich Beiträge an Länder in Afrika und Asien. Fünf Länder erhielten 2010 Auszahlungen in Höhe von über 10 Mio. US-$, namentlich Indien (78 Mio. US-$), Malawi (20,9 Mio. US-$), Uganda (11,5 Mio. US-$), China (11,2 Mio. US-$) und Bangladesch (10,5 Mio. US-$).

Als anerkannte Quelle für Statistiken zur Entwicklungszusammenarbeit ist der DAC um eine umfassendere Berichterstattung über die weltweiten ODA-Leistungen mit Informationen über die großen Geber bemüht. Der DAC hofft, dass alle Länder mit bedeutenden EZ-Aktivitäten und die großen privaten Einrichtungen in naher Zukunft beginnen werden, Informationen über ihre Finanzierungsströme zu übermitteln. Dies wird es ihnen nicht nur ermöglichen, Anerkennung für ihre großen Anstrengungen zu erhalten, sondern auch dazu beitragen, dass in den Geber- und Partnerländern gleichermaßen Entscheidungen in voller Sachkenntnis getroffen werden können.

Anmerkungen

1. Eine Zusammenfassung dieser Strategie ist unter *www.oecd.org/dataoecd/60/5/49102914.pdf* verfügbar, und der vollständige Text kann abgerufen werden unter: *www.oecd.org/officialdocuments/displaydocumentpdf/?cote=DCD/DAC(2011)36/ FINAL&doclanguage=en*.
2. Der vollständige Text ist unter *www.oecd.org/dataoecd/54/15/49650173.pdf* verfügbar.
3. *a)* Anmerkung der Türkei: „Die Informationen in diesem Bericht unter der Überschrift ‚Zypern' beziehen sich auf den südlichen Teil der Insel. Es existiert keine den türkischen und den griechischen Bevölkerungsteil der Insel gemeinsam vertretende Instanz. Die Türkei erkennt die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) an. Bis im Rahmen der Vereinten Nationen eine dauerhafte und gerechte Lösung gefunden ist, wird sich die Türkei ihre Stellungnahme zur ‚Zypernfrage' vorbehalten". *b)* Anmerkung aller in der OECD vertretenen EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission: „Die Republik Zypern wird von allen Mitgliedern der Vereinten Nationen mit Ausnahme der Türkei anerkannt. Die Informationen in diesem Bericht beziehen sich auf das Gebiet, das sich de facto unter der Kontrolle der Regierung der Republik Zypern befindet".
4. Die Zahlen in diesem Abschnitt sind im Interesse einer besseren Vergleichbarkeit mit den Schätzungen zu den EZ-Anstrengungen Brasiliens, Russlands, Indiens, Chinas und Südafrikas, für die Angaben zu Kreditrückzahlungen nicht verfügbar sind, auf Basis der Bruttoauszahlungen angegeben.
5. Zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Berichts lag keine Schätzung über die Entwicklungsleistungen Brasiliens für 2010 vor.
6. Weitere Informationen sind verfügbar unter: *www.oecd.org/dac/arabanddacdonorsdeepenpartnership.htm*.
7. *www.minfin.ru/common/img/uploaded/library/2007/06/concept_eng.pdf*.
8. Vgl. Endnote 3.
9. Beide Dokumente sind verfügbar unter: *www.au.int/en/summit/documents/AfricaIndia*.

Literaturverzeichnis

GoC (Chinesische Regierung) (2011a), "China's Foreign Aid", *White Paper*, Information Office of the State Council of the People's Republic of China, Beijing, *www.china.org.cn/government/whitepaper/node_7116362.htm*.

GoC (2011b), "Expenditure Budget for Central Level Government", Ministry of Finance, Beijing.

GoI (Indische Regierung) (2011), *Annual Report 2009-2010*, Ministry of Foreign Affairs, Neu-Delhi.

Indian EXIM Bank (Indian Export Import Bank) (2012), "Operative Line of Credit", Stand Februar 2012, Neu-Delhi, *www.eximbankindia.com/loc.asp*.

IPEA und ABC (Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada und Agência Brasileira de Cooperação) (2010), "Cooperação Brasileira para o Desenvolvimento Internacional: 2005-2009", IPEA, Brasilien, *www.ipea.gov.br/portal/images/stories/PDFs/Book_Cooperao_ Brasileira.pdf*.

OECD (2011a), *OECD-Wirtschaftsausblick 90, Ausgabe 2011/2*, Anhangstabellen 10 und 25, OECD Publishing, Paris, *www.oecd.org/eco/economicoutlookanalysisandforecasts/economicoutlook annextables.htm*.

OECD (2011b), "Welcoming New Partnerships in International Development Co-operation", OECD, Paris, *www.oecd.org/dataoecd/7/3/ 47652500.pdf*.

OECD (2011c), "Global Relations Strategy", OECD, Paris, *www.oecd.org/officialdocuments/displaydocument pdf/?cote=DCD/DAC(2011)36/ FINAL&doclanguage=en*.

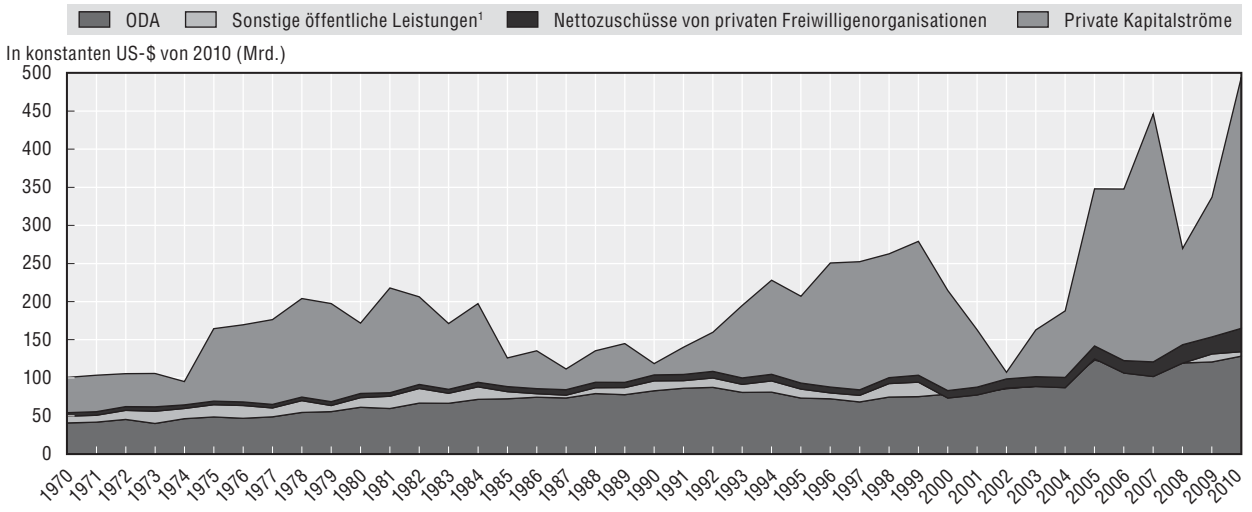
OECD (2011d), *Economic Transformation and Poverty Reduction: How it Happened in China, Helping it Happen in Africa*, OECD, Paris, *www.oecd.org/officialdocuments/publicdisplaydocumentpdf/?cote=DCD(2011) 4&docLanguage=En*.

South African National Treasury (2011), "National Budget 2011", International Relations and Co-operation, Johannesburg.

© OECD 2013

Statistischer Anhang

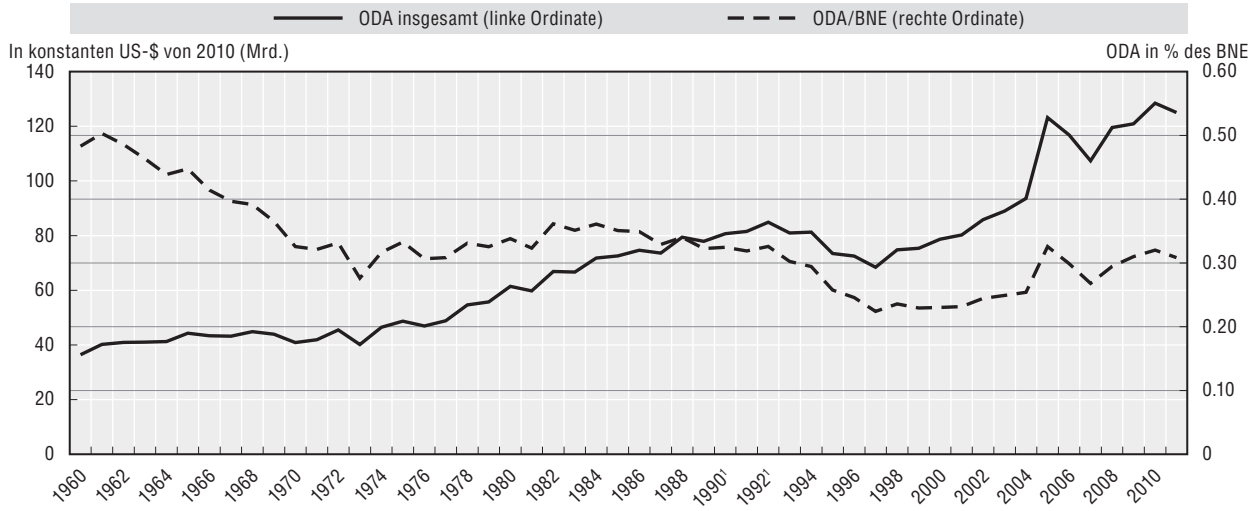
Abbildung A.1 **Nettogesamtleistungen der DAC-Mitglieder an Entwicklungsländer, 1970-2010**



1. Die sonstigen offiziellen Nettoleistungen fielen 2000-2001, 2003-2004 und 2006-2008 negativ aus.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700960

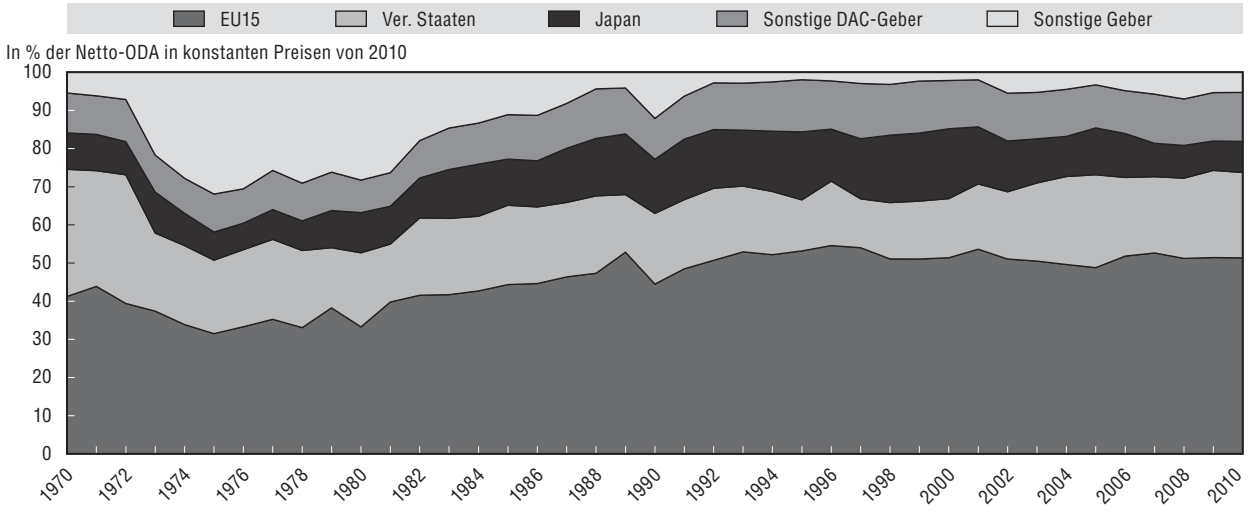
Abbildung A.2 **ODA-Nettoleistungen, 1960-2011**



1. DAC-Gesamtsumme ohne Erlass von Nicht-ODA-Schulden für die Jahre 1990, 1991 und 1992.

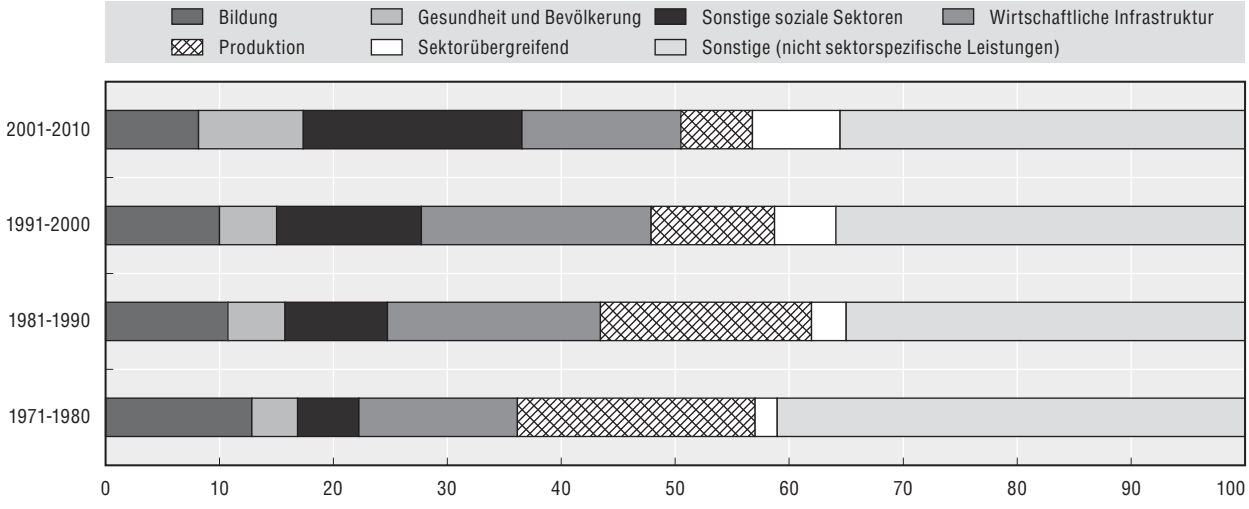
StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700960

Abbildung A.3 **Anteile der einzelnen Geber an den ODA-Nettoleistungen, 1970-2010**



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932700998

Abbildung A.4 **Trends bei den sektorspezifischen Leistungen, 1971-2010**



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932701017

Tabelle A.1 **ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2011**

Vorläufige Daten für 2011

	2011		2010		Reale Veränderung in %[1]
	ODA	ODA/BNE	ODA	ODA/BNE	2010-2011
	Mio. US-$, jeweilige Preise	%	Mio. US-$, jeweilige Preise	%	
Australien	4 799	0.35	3 826	0.32	5.7
Belgien	2 800	0.53	3 004	0.64	-13.3
Dänemark	2 981	0.86	2 871	0.91	-2.4
Deutschland	14 533	0.40	12 985	0.39	5.9
Finnland	1 409	0.52	1 333	0.55	-4.3
Frankreich	12 994	0.46	12 915	0.50	-5.6
Griechenland	331	0.11	508	0.17	-39.3
Irland	904	0.52	895	0.52	-3.1
Italien	4 241	0.19	2 996	0.15	33.0
Japan	10 604	0.18	11 021	0.20	-10.8
Kanada	5 291	0.31	5 209	0.34	-5.3
Korea	1 321	0.12	1 174	0.12	5.8
Luxemburg	413	0.99	403	1.05	-5.4
Neuseeland	429	0.28	342	0.26	10.7
Niederlande	6 324	0.75	6 357	0.81	-6.4
Norwegen	4 936	1.00	4 580	1.10	-8.3
Österreich	1 107	0.27	1 208	0.32	-14.3
Portugal	669	0.29	649	0.29	-3.0
Schweden	5 606	1.02	4 533	0.97	10.5
Schweiz	3 086	0.46	2 300	0.40	13.2
Spanien	4 264	0.29	5 949	0.43	-32.7
Vereinigtes Königreich	13 739	0.56	13 053	0.57	-0.8
Vereinigte Staaten	30 745	0.20	30 353	0.21	-0.9
DAC INSGESAMT	**133 526**	**0.31**	**128 465**	**0.32**	**-2.7**
Durchschnittliche Leistung der Länder		0.46		0.49	
Nachrichtliche Positionen:					
EU-Institutionen	12 627		12 679		-6.4
DAC-EU-Mitglieder	72 315	0.45	69 661	0.46	-2.7
G7-Länder	92 148	0.27	88 533	0.28	-0.9
Nicht-G7-Länder	41 378	0.46	39 933	0.49	-6.5

1. Unter Berücksichtigung von Inflation und Wechselkursbewegungen.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932701036

Tabelle A.2 **Nettogesamtleistungen der DAC-Mitglieder, nach Leistungsarten**

Nettoauszahlungen zu konstanten Preisen und Wechselkursen

	In Mio. US-$							In % des Gesamtbetrags						
	Durchschnitt 1994-1995	Durchschnitt 1999-2000	2006	2007	2008	2009	2010	Durchschnitt 1994-1995	Durchschnitt 1999-2000	2006	2007	2008	2009	2010
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit	58 928	53 756	104 814	104 206	121 954	119 778	128 465	35	33	34	24	44	36	26
1. Bilaterale ODA	40 790	37 085	77 268	73 379	86 805	83 665	90 760	24	23	25	17	31	25	18
davon: Allgemeine Budgethilfe	..	..	2 090	2 575	2 915	2 723	1 400	..	..	1	1	1	1	0
Allgemeine Unterstützung für nationale NRO	1 013	1 176	2 042	2 183	2 517	2 130	1 568	1	1	1	1	1	1	0
Investitionsprojekte	4 477	7 274	6 431	4 290	8 320	10 568	10 965	3	4	2	1	3	3	2
Schuldenerlass	3 102	1 865	18 874	8 983	8 834	1 709	3 666	2	1	6	2	3	1	1
Verwaltungskosten	2 758	3 080	4 275	4 650	5 399	5 295	5 976	2	2	1	1	2	2	1
Sonstige interne Ausgaben der Geber[1]	951	1 135	2 094	2 196	2 833	3 496	3 924	1	1	1	1	1	1	1
2. Beiträge an multilaterale Stellen	18 138	16 671	27 546	30 828	35 149	36 113	37 705	11	10	9	7	13	11	8
davon: VN	4 324	4 500	5 287	5 872	5 870	6 202	6 557	3	3	2	1	2	2	1
EU	5 022	4 974	9 877	11 714	13 039	13 789	13 154	3	3	3	3	5	4	3
IDA	5 025	3 310	6 784	5 691	8 150	7 175	8 059	3	2	2	1	2	2	1
Regionale Entwicklungsbanken	1 952	2 029	2 509	2 408	3 208	3 105	3 143	1	1	1	1	1	1	1
II. Sonstige öffentliche Leistungen	11 114	5 067	-9 822	-5 491	-55	10 119	5 878	7	3	-3	-1	-0	3	1
1. Bilateral	9 799	4 662	-9 528	-5 957	-643	8 050	5 393	6	3	-3	-1	-0	2	1
2. Multilateral	1 315	405	-294	466	588	2 069	485	1	0	-0	0	0	1	0
III. Private Leistungen zu Marktbedingungen	91 408	97 582	202 108	318 626	129 921	181 860	329 434	55	60	65	73	47	54	67
1. Direktinvestitionen	51 555	83 540	135 272	185 059	186 909	116 442	164 104	31	51	43	42	68	35	33
2. Bilaterale Wertpapieranlagen	34 826	13 996	60 910	130 122	-53 573	44 199	144 402	21	9	20	30	-19	13	29
3. Multilaterale Wertpapieranlagen	-1 904	-4 578	2 789	-9 737	-9 986	18 767	-6 150	-1	-3	1	-2	-4	6	-1
4. Exportkredite	6 931	4 624	3 137	13 182	6 571	2 452	27 078	4	3	1	3	2	1	5
IV. NRO-Nettozuschüsse	6 010	6 850	14 749	18 352	23 787	22 047	30 639	4	4	5	4	9	7	6
NETTOLEISTUNGEN INSGESAMT	**167 460**	**163 255**	**311 849**	**435 693**	**275 607**	**333 804**	**494 416**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**
Nettoleistungen zu Preisen und Wechselkursen von 2010[2]	**219 846**	**233 179**	**347 460**	**448 861**	**270 116**	**336 903**	**494 416**							

1. Einschl. Programme zur Sensibilisierung für Entwicklungsfragen und Kosten für Flüchtlinge in den Geberländern.
2. Bereinigt um den Deflator der DAC-Mitglieder insgesamt.

Quelle für die privaten Leistungen: Angaben der DAC-Mitglieder im jährlichen DAC-Fragebogen zu den gesamten öffentlichen und privaten Leistungen.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932701055

Tabelle A.3 **Nettogesamtleistungen nach DAC-Mitgliedern**

Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Mio. US-$							In % des BNE						
	Durchschnitt 1994-1995	Durchschnitt 1999-2000	2006	2007	2008	2009	2010	Durchschnitt 1994-1995	Durchschnitt 1999-2000	2006	2007	2008	2009	2010
Australien	2 336	2 002	9 003	10 249	3 828	3 133	14 531	0.70	0.53	1.25	1.24	0.41	0.33	1.23
Belgien	971	3 904	5 308	3 818	4 425	3 224	7 896	0.39	1.63	1.34	0.83	0.89	0.68	1.68
Dänemark	1 559	2 084	2 686	4 807	5 150	3 757	4 794	1.01	1.27	0.96	1.51	1.50	1.18	1.52
Deutschland	22 572	16 168	25 992	36 739	35 727	29 130	31 197	1.00	0.82	0.89	1.10	0.98	0.86	0.93
Finnland	578	972	1 413	2 149	- 222	3 185	4 312	0.53	0.79	0.67	0.86	-0.08	1.34	1.78
Frankreich	12 597	7 359	22 329	43 126	40 641	38 420	35 198	0.86	0.52	0.99	1.66	1.44	1.43	1.35
Griechenland	..	212	2 896	3 391	1 166	850	761	..	0.18	1.18	1.10	0.35	0.26	0.26
Irland	223	496	5 237	5 840	6 101	4 188	2 695	0.46	0.63	2.77	2.70	2.71	2.27	1.57
Italien	3 110	11 092	5 512	4 422	5 581	5 569	9 608	0.30	0.99	0.30	0.21	0.25	0.27	0.47
Japan	35 391	14 528	26 179	30 333	31 805	45 444	48 076	0.71	0.31	0.58	0.67	0.63	0.88	0.86
Kanada	5 680	6 737	14 233	17 161	24 069	7 340	22 636	1.06	1.04	1.14	1.22	1.63	0.56	1.46
Korea	1 996	389	6 514	11 582	10 700	6 442	11 834	0.43	0.08	0.73	1.19	1.14	0.77	1.17
Luxemburg	68	127	299	384	426	428	411	0.42	0.71	0.91	0.94	0.99	1.08	1.07
Neuseeland	146	153	338	404	433	387	426	0.29	0.32	0.35	0.34	0.38	0.35	0.32
Niederlande	5 724	7 466	28 616	18 142	-14 022	6 045	13 013	1.57	1.94	4.23	2.35	-1.61	0.77	1.67
Norwegen	1 575	1 748	5 459	6 377	3 759	4 977	4 589	1.25	1.09	1.64	1.63	0.83	1.29	1.10
Österreich	893	1 588	3 455	20 405	10 831	3 273	4 830	0.42	0.81	1.08	5.62	2.71	0.87	1.29
Portugal	332	3 539	666	2 215	1 528	-1 060	162	0.35	3.35	0.36	1.03	0.67	-0.48	0.07
Spanien	2 778	26 250	11 146	21 662	30 087	12 812	10 340	0.54	4.59	0.92	1.55	1.96	0.89	0.74
Schweden	2 297	3 422	4 175	6 911	5 896	7 164	5 127	1.12	1.49	1.08	1.49	1.22	1.77	1.10
Schweiz	598	2 561	12 555	5 825	12 141	9 106	21 968	0.20	0.96	2.98	1.33	2.63	1.77	3.86
Ver. Königreich	12 673	12 764	26 941	49 887	41 878	24 713	25 632	1.17	0.89	1.11	1.80	1.57	1.11	1.12
Ver. Staaten	53 361	37 695	90 897	129 862	13 678	115 276	214 378	0.75	0.39	0.69	0.93	0.09	0.82	1.46
DAC INSGESAMT	**167 460**	**163 255**	**311 849**	**435 693**	**275 607**	**333 804**	**494 416**	**0.77**	**0.67**	**0.89**	**1.14**	**0.68**	**0.87**	**1.23**
davon: DAC-EU-Mitglieder	66 377	97 442	146 670	223 898	175 193	141 699	155 976	0.85	1.19	1.08	1.43	1.05	0.93	1.04

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932701074

Tabelle A.4 **ODA-Nettoleistungen der einzelnen DAC-Mitglieder**

Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Mio. US-$							In % des BNE						
	Durchschnitt 1995-1996	Durchschnitt 2000-2001	2007	2008	2009	2010	2011 (vorläufig)	Durchschnitt 1995-1996	Durchschnitt 2000-2001	2007	2008	2009	2010	2011 (vorläufig)
Australien	1 134	930	2 669	2 954	2 762	3 826	4 799	0.31	0.26	0.32	0.32	0.29	0.32	0.35
Belgien	974	843	1 951	2 386	2 610	3 004	2 800	0.36	0.36	0.43	0.48	0.55	0.64	0.53
Dänemark	1 698	1 649	2 562	2 803	2 810	2 871	2 981	1.00	1.05	0.81	0.82	0.88	0.91	0.86
Deutschland	7 562	5 010	12 291	13 981	12 079	12 985	14 533	0.31	0.27	0.37	0.38	0.35	0.39	0.40
Finnland	398	380	981	1 166	1 290	1 333	1 409	0.32	0.32	0.39	0.44	0.54	0.55	0.52
Frankreich	7 947	4 151	9 884	10 908	12 602	12 915	12 994	0.51	0.31	0.38	0.39	0.47	0.50	0.46
Griechenland	184	214	501	703	607	508	331	0.15	0.19	0.16	0.21	0.19	0.17	0.11
Irland	166	260	1 192	1 328	1 006	895	904	0.30	0.31	0.55	0.59	0.54	0.52	0.52
Italien	2 019	1 502	3 971	4 861	3 297	2 996	4 241	0.18	0.14	0.19	0.22	0.16	0.15	0.19
Japan	11 964	11 677	7 697	9 601	9 457	11 021	10 604	0.24	0.26	0.17	0.19	0.18	0.20	0.18
Kanada	1 931	1 638	4 080	4 795	4 000	5 209	5 291	0.35	0.24	0.29	0.33	0.30	0.34	0.31
Korea	138	238	696	802	816	1 174	1 321	0.03	0.05	0.07	0.09	0.10	0.12	0.12
Luxemburg	74	131	376	415	415	403	413	0.40	0.74	0.92	0.97	1.04	1.05	0.99
Neuseeland	122	112	320	348	309	342	429	0.22	0.25	0.27	0.30	0.28	0.26	0.28
Niederlande	3 236	3 154	6 224	6 993	6 426	6 357	6 324	0.81	0.83	0.81	0.80	0.82	0.81	0.75
Norwegen	1 278	1 305	3 735	4 006	4 081	4 580	4 936	0.85	0.78	0.95	0.89	1.06	1.10	1.00
Österreich	573	536	1 808	1 714	1 142	1 208	1 107	0.25	0.29	0.50	0.43	0.30	0.32	0.27
Portugal	238	270	471	620	513	649	669	0.23	0.26	0.22	0.27	0.23	0.29	0.29
Spanien	1 300	1 466	5 140	6 867	6 584	5 949	4 264	0.23	0.26	0.37	0.45	0.46	0.43	0.29
Schweden	1 851	1 732	4 339	4 732	4 548	4 533	5 606	0.80	0.78	0.93	0.98	1.12	0.97	1.02
Schweiz	1 055	899	1 685	2 038	2 310	2 300	3 086	0.34	0.34	0.38	0.44	0.45	0.40	0.46
Ver. Königreich	3 200	4 534	9 849	11 500	11 283	13 053	13 739	0.28	0.32	0.36	0.43	0.51	0.57	0.56
Ver. Staaten	8 372	10 692	21 787	26 437	28 831	30 353	30 745	0.11	0.11	0.16	0.18	0.21	0.21	0.20
DAC INSGESAMT	**57 415**	**53 324**	**104 206**	**121 954**	**119 778**	**128 465**	**133 526**	**0.25**	**0.22**	**0.27**	**0.30**	**0.31**	**0.32**	**0.31**
davon: DAC-EU-Mitglieder	31 329	25 832	61 538	70 974	67 211	69 661	72 315	0.37	0.33	0.39	0.43	0.44	0.46	0.45
Nachrichtlich: Durchschnittliche Leistung der Länder								0.37	0.38	0.43	0.46	0.48	0.49	0.46

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932701093

Tabelle A.5 **Private Nettokapitalleistungen[1] der DAC-Mitglieder**

Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Mio. US-$							In % des BNE						
	Durchschnitt 1994-1995	Durchschnitt 1999-2000	2006	2007	2008	2009	2010	Durchschnitt 1994-1995	Durchschnitt 1999-2000	2006	2007	2008	2009	2010
Australien	1 040	331	6 074	6 948	314	..	9 511	0.31	0.09	0.84	0.84	0.03	..	0.80
Belgien	- 444	3 080	3 514	1 686	1 816	147	4 530	- 0.18	1.28	0.89	0.37	0.36	0.03	0.96
Dänemark	- 49	446	454	2 242	2 303	599	1 779	- 0.03	0.27	0.16	0.71	0.67	0.19	0.56
Deutschland	12 146	10 295	19 938	25 702	20 583	15 495	17 156	0.54	0.52	0.68	0.77	0.56	0.46	0.51
Finnland	100	503	553	1 051	-1 422	1 741	2 922	0.09	0.41	0.26	0.42	- 0.53	0.73	1.21
Frankreich	3 774	2 481	14 069	34 422	29 962	25 524	22 856	0.26	0.18	0.62	1.32	1.06	0.95	0.88
Griechenland	..	..	2 454	2 880	460	241	243	..	..	1.00	0.93	0.14	0.08	0.08
Irland	43	208	3 877	4 329	4 500	3 000	1 500	0.09	0.26	2.05	2.00	2.00	1.62	0.88
Italien	44	9 511	2 705	649	207	2 181	6 612	0.00	0.85	0.15	0.03	0.01	0.10	0.33
Japan	16 927	- 786	12 290	21 979	23 738	27 217	32 837	0.34	- 0.02	0.27	0.49	0.47	0.53	0.59
Kanada	2 720	4 552	9 093	11 731	16 184	3 140	14 124	0.51	0.70	0.73	0.83	1.10	0.24	0.91
Korea	1 084	605	4 934	9 827	7 863	5 018	8 716	0.23	0.13	0.56	1.01	0.84	0.60	0.86
Luxemburg	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Neuseeland	13	17	24	26	29	24	26	0.03	0.04	0.02	0.02	0.03	0.02	0.02
Niederlande	2 473	4 025	22 544	11 575	-21 345	- 923	5 999	0.68	1.04	3.33	1.50	- 2.46	- 0.12	0.77
Norwegen	275	258	2 509	2 638	- 247	895	9	0.22	0.16	0.75	0.67	- 0.05	0.23	0.00
Österreich	139	947	2 285	19 099	8 878	2 035	3 609	0.07	0.48	0.72	5.26	2.22	0.54	0.96
Portugal	- 168	3 174	286	1 980	906	-1 577	- 492	- 0.18	3.00	0.15	0.92	0.39	- 0.72	- 0.22
Spanien	1 628	24 964	7 333	16 516	23 220	6 225	4 391	0.32	4.36	0.61	1.18	1.51	0.43	0.32
Schweden	450	1 659	210	2 541	1 108	2 473	372	0.22	0.72	0.05	0.55	0.23	0.61	0.08
Schweiz	- 612	1 530	10 490	3 847	9 705	6 438	19 255	- 0.21	0.57	2.49	0.88	2.10	1.25	3.39
Ver. Königreich	8 840	8 340	14 127	39 414	29 938	12 798	12 246	0.82	0.58	0.58	1.42	1.12	0.58	0.54
Ver. Staaten	40 986	21 442	62 345	97 545	-28 781	69 168	161 234	0.58	0.22	0.47	0.70	- 0.20	0.49	1.10
DAC INSGESAMT	**91 408**	**97 582**	**202 108**	**318 626**	**129 921**	**181 860**	**329 434**	**0.42**	**0.40**	**0.58**	**0.83**	**0.32**	**0.47**	**0.82**
davon: DAC-EU-Mitglieder	26 873	28 730	82 708	123 207	66 255	64 220	106 038	0.28	0.29	0.62	0.83	0.41	0.41	0.65

1. Ohne Zuschüsse von NRO.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932701112

Tabelle A.6 **Öffentliche Mittel zur Entwicklungsfinanzierung an Entwicklungsländer**

In Milliarden konstanten US-$ von 2010

	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
ÖFFENTLICHE MITTEL ZUR ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG (ODF)	**97.4**	**110.8**	**115.3**	**89.1**	**84.0**	**92.5**	**96.6**	**89.8**	**90.2**	**136.8**	**121.5**	**127.2**	**145.8**	**169.7**	**168.0**
1. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)	80.9	81.1	89.7	74.0	73.3	80.5	91.1	92.0	94.2	124.1	119.6	112.1	125.3	127.9	130.7
davon: Bilaterale Geber[1]	62.9	60.6	70.2	51.5	53.6	54.5	64.2	68.5	68.0	98.1	91.1	82.1	93.8	90.6	96.2
Multilaterale Stellen	18.0	20.6	19.5	22.4	19.7	26.0	26.9	23.4	26.1	26.0	28.4	30.0	31.5	37.4	34.5
2. Sonstige ODF	16.5	29.7	25.5	15.2	10.7	12.0	5.5	-2.2	-3.9	12.6	2.0	15.2	20.5	41.7	37.2
davon: Bilaterale Geber[1]	5.3	10.1	10.0	10.9	-2.2	-0.5	8.4	5.6	0.4	12.0	3.3	1.3	1.8	10.4	5.6
Multilaterale Stellen	11.2	19.6	15.5	4.3	12.9	12.5	-2.9	-7.7	-4.4	0.6	-1.3	13.9	18.7	31.3	31.6
Zum Vergleich:															
Gesamte Netto-ODA[2] der DAC-Mitglieder	61.4	72.6	83.0	73.5	78.7	80.2	85.8	89.0	93.6	123.2	116.8	107.4	119.5	120.9	128.5
davon: Bilaterale Zuschüsse	31.4	41.5	49.7	46.5	49.3	51.3	58.2	65.3	67.4	95.4	88.6	78.4	87.0	82.4	87.3

1. Bilaterale Leistungen von DAC-Mitgliedern und Nicht-DAC-Mitgliedern (vgl. Tabelle A.12 wegen der Liste der Nicht-DAC-Mitglieder, für die Daten verfügbar sind).
2. Umfasst die oben angegebene bilaterale ODA zuzüglich der Beiträge an multilaterale Stellen statt der oben angegebenen ODA-Auszahlungen von multilateralen Stellen.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932701131

Tabelle A.7 **ODA-Nettoleistungen der einzelnen DAC-Länder zu Preisen und Wechselkursen von 2010**

Nettoauszahlungen — In Mio. US-$

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011[v]
Australien	2 263	2 283	2 316	2 466	2 993	3 249	3 430	3 415	3 826	4 044
Belgien	1 770	2 503	1 757	2 304	2 246	1 986	2 256	2 527	3 004	2 605
Dänemark	2 777	2 424	2 513	2 533	2 606	2 674	2 675	2 764	2 871	2 803
Deutschland	8 044	8 457	8 451	11 234	11 477	12 197	13 066	11 557	12 985	13 746
Finnland	706	716	789	1 042	946	991	1 093	1 232	1 333	1 275
Frankreich	8 868	9 588	10 019	11 630	11 920	9 933	10 146	12 083	12 915	12 195
Griechenland	496	522	409	476	507	531	675	587	508	308
Irland	582	596	640	735	998	1 055	1 141	933	895	867
Italien	3 855	3 253	2 923	5 935	4 132	4 036	4 573	3 148	2 996	3 987
Japan	12 079	10 870	10 298	15 621	14 138	9 964	11 030	9 841	11 021	9 829
Kanada	3 745	3 276	3 776	4 920	4 399	4 472	5 053	4 561	5 209	4 930
Korea	365	440	475	751	423	618	827	933	1 174	1 242
Luxemburg	282	293	319	331	349	398	400	414	403	381
Neuseeland	235	250	270	321	321	337	374	366	342	379
Niederlande	5 282	5 131	4 903	5 821	6 037	6 205	6 479	6 192	6 357	5 950
Norwegen	3 244	3 365	3 273	3 659	3 540	4 004	3 812	4 524	4 580	4 197
Österreich	833	667	800	1 822	1 686	1 830	1 614	1 104	1 208	1 036
Portugal	537	431	1 234	440	446	470	579	493	649	630
Schweden	3 126	3 050	3 120	3 884	4 434	4 344	4 533	4 891	4 533	5 008
Schweiz	1 531	1 813	1 981	2 274	2 083	1 991	2 148	2 403	2 300	2 604
Spanien	3 010	2 761	2 999	3 558	4 275	5 115	6 336	6 288	5 949	4 007
Ver. Staaten	15 999	19 242	22 597	31 005	25 301	22 764	27 023	29 163	30 353	30 086
Ver. Königreich	6 190	7 059	7 748	10 415	11 527	8 193	10 260	11 470	13 053	12 951
DAC INSGESAMT	**85 820**	**88 993**	**93 608**	**123 175**	**116 783**	**107 356**	**119 525**	**120 890**	**128 465**	**125 060**
davon: DAC-EU-Mitglieder	46 359	47 453	48 622	62 159	63 586	59 958	65 827	65 684	69 661	67 748
Nachrichtlich: DAC-Leistungen insgesamt zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen	**58 575**	**69 432**	**79 854**	**107 838**	**104 814**	**104 206**	**121 954**	**119 778**	**128 465**	**133 526**

v: Vorläufige Daten.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932701150

Tabelle A.8 **ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder an multilaterale Stellen[1] (2010)**

Nettoauszahlungen — In Mio. US-$

	Insgesamt	Weltbank-gruppe	*davon:* IDA	Regionale Entwicklungs-banken	*davon:* Afrikan. Entw.-bank	*davon:* Asiat. Entw.-bank	VN-Stellen	*davon:* IFAD	UNDP	WEP	UNICEF	UNHCR	EU	*davon:* EEF	Sonstige multi-laterale Stellen	*davon* IWF[2]	GAVI	Globaler Fonds
Australien	585	202	156	94	5	89	163	-	17	32	23	13	-	-	126	28	9	43
Belgien	952	151	141	39	35	2	146	9	26	-	25	11	546	194	70	-	-	28
Dänemark	762	98	93	47	31	16	276	4	63	33	32	23	252	102	89	5	6	31
Deutschland	4 950	763	763	299	205	75	371	21	30	31	9	11	2 926	1 157	591	-	-	270
Finnland	494	74	74	35	26	9	145	4	25	8	21	9	200	73	40	7	-	5
Frankreich	5 128	872	600	210	175	32	255	15	24	-	13	20	2 661	1 204	1 132	327	28	398
Griechenland	296	-	-	1	-	-	13	-	-	-	0	1	278	62	4	-	-	-
Irland	310	26	24	12	-	12	87	3	12	13	11	8	164	29	21	-	4	12
Italien	2 237	439	386	6	5	-	170	45	4	13	11	6	1 557	416	65	-	-	-
Japan	3 684	1 931	1 378	924	182	719	518	-	75	7	16	16	-	-	311	32	-	247
Kanada	1 282	423	423	168	98	46	281	61	49	18	17	14	-	-	411	39	-	184
Korea	273	111	79	67	14	43	77	2	6	0	3	3	-	-	18	4	0	2
Luxemburg	141	27	18	6	0	3	61	1	11	5	7	2	36	13	11	1	1	1
Neuseeland	71	12	12	-	-	-	36	-	6	-	4	4	-	-	24	-	-	1
Niederlande	1 713	181	74	92	0	-	672	24	163	53	92	56	610	259	158	-	25	82
Norwegen	1 019	147	147	95	83	12	577	13	127	24	74	54	-	-	200	-	81	62
Österreich	596	151	151	56	43	11	52	15	10	0	2	1	325	131	12	6	-	-
Portugal	253	21	21	28	16	6	14	-	2	-	0	2	185	45	5	-	-	1
Schweden	1 618	299	299	25	6	15	666	33	87	67	65	89	394	135	234	1	2	69
Schweiz	588	271	271	68	56	13	168	7	52	2	19	11	-	-	80	-	-	7
Spanien	1 951	272	269	165	57	40	287	-	49	24	32	14	1 012	268	214	-	3	136
Ver. Staaten	3 766	1 263	1 263	380	155	-	947	30	101	-	132	-	-	-	1 176	-	78	791
Ver. Königreich	5 036	1 441	1 420	324	225	67	573	13	85	-	32	29	2 009	656	690	-	21	456
DAC INSGESAMT	**37 705**	**9 173**	**8 059**	**3 141**	**1 417**	**1 213**	**6 556**	**299**	**1 022**	**330**	**643**	**395**	**13 154**	**4 745**	**5 681**	**450**	**259**	**2 826**
davon: DAC-EU-Mitglieder	26 438	4 815	4 332	1 345	825	290	3 789	186	591	247	353	280	13 154	4 745	3 335	348	91	1 490

1. Nicht zweckgebundene Beiträge.
2. PRGF und PRG-HIPC Trust Fonds.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932701169

Tabelle A.9 **ODA-Leistungen nach Hauptverwendungszwecken, 2010**

Zusagen

	In % der bilateralen ODA-Gesamtleistungen																								In % der gesamten multilateralen Entwicklungsfinanzierung (ODF)	
	Australien	Belgien	Dänemark	Deutschland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Japan	Kanada	Korea	Luxemburg	Neuseeland	Niederlande	Norwegen	Österreich	Portugal	Schweden	Schweiz	Spanien	Ver. Königreich	Ver. Staaten	DAC INSGESAMT	EU-Institutionen	Weltbank[4]	Region. Entw.-banken[5]
Soziale und admin. Infrastruktur	50.2	28.6	44.7	39.6	36.5	29.3	50.8	54.6	33.0	22.5	40.8	50.1	45.4	50.5	20.9	34.7	40.6	38.7	39.0	20.7	35.8	43.7	48.2	37.7	39.7	42.0	31.8
Bildungswesen[1]	8.2	9.4	6.6	15.4	3.9	17.0	40.7	10.9	7.8	4.9	9.4	17.9	13.4	21.0	7.6	7.4	20.8	16.9	4.1	1.9	8.4	9.0	3.5	8.1	6.1	8.5	3.6
davon: Grundbildung	2.6	0.9	1.7	1.6	0.9	1.9	2.9	2.6	1.1	0.5	3.1	0.8	2.4	9.3	2.6	4.3	0.4	0.2	3.0	0.6	3.1	3.2	2.6	2.1	1.0	3.1	0.8
Gesundheitswesen	7.4	8.5	1.3	2.1	3.8	1.9	2.9	12.0	7.5	2.2	15.0	7.3	13.0	7.9	2.8	3.4	8.1	2.7	4.0	2.9	4.0	8.4	4.4	4.3	4.9	7.6	1.7
davon: Medizinische Grundversorgung	3.1	3.7	1.0	1.3	1.3	0.8	0.9	5.6	3.6	1.4	8.3	2.8	8.1	4.2	1.0	1.8	0.7	0.5	2.7	1.9	2.4	-	4.3	2.5	4.1	3.7	0.8
Bevölkerungsfragen[2]	2.9	0.5	2.9	1.1	0.3	0.5	-	4.6	0.8	0.3	0.4	0.3	1.9	1.9	1.4	2.1	0.3	0.2	2.6	1.4	1.7	6.2	17.8	6.2	1.0	0.8	0.1
Wasserversorgung u. sanitäre Einrichtungen	5.3	2.3	8.1	6.7	9.2	4.6	0.1	1.7	6.7	11.1	0.5	15.6	7.7	0.6	2.5	1.4	2.7	0.2	1.6	2.6	6.6	1.9	1.3	4.5	5.0	7.9	4.4
Staat u. Zivilgesellschaft	23.1	5.6	22.5	13.2	16.5	1.9	0.2	19.7	6.0	3.0	13.8	8.5	5.4	16.8	6.3	18.1	7.5	13.9	24.4	11.7	10.8	13.6	17.2	11.9	18.8	8.7	17.8
Sonstige soziale Infrastruktur/Dienste	3.2	2.2	3.4	1.1	2.8	3.5	7.0	5.9	4.2	1.0	1.7	0.5	3.9	2.3	0.3	2.3	1.2	4.8	2.2	0.3	4.4	4.8	3.9	2.7	4.0	8.5	4.2
Wirtschaftl. Infrastruktur	6.2	10.8	11.4	34.1	8.0	8.8	8.6	1.2	6.5	47.9	3.0	33.7	6.2	6.6	3.2	6.9	9.9	19.7	5.0	7.1	11.1	8.1	10.3	17.2	10.1	37.9	41.0
Verkehr und Kommunikationswesen	5.4	0.7	4.2	4.6	2.5	3.0	8.5	0.3	4.9	30.0	0.5	23.2	0.4	4.8	0.2	0.0	2.7	7.9	1.0	1.6	4.7	3.5	4.0	7.5	6.4	13.2	19.5
Energiesektor	0.2	3.1	0.8	21.4	2.4	4.9	0.0	0.0	0.4	17.6	0.1	10.2	0.5	0.2	0.5	4.8	1.3	11.5	2.0	1.8	2.3	1.6	3.6	6.9	2.8	17.4	13.1
Sonstige	0.6	7.0	6.4	8.2	3.0	0.9	0.0	0.9	1.2	0.4	2.4	0.3	5.3	1.6	2.5	2.1	5.9	0.2	2.0	3.7	4.0	3.0	2.7	2.8	0.9	7.3	8.4
Produktion	7.8	9.1	12.6	5.4	15.9	7.6	0.6	9.5	9.5	5.9	15.2	5.5	5.7	5.5	4.4	16.4	4.4	0.5	5.8	7.8	15.2	6.4	7.1	7.6	11.5	8.1	7.1
Landwirtschaft	7.0	8.1	4.7	4.2	13.3	3.9	0.6	9.1	4.0	4.2	12.9	5.1	4.0	2.7	0.9	14.3	2.4	0.4	2.8	4.5	13.8	1.8	6.2	5.6	8.2	5.2	5.4
Industrie, Bergbau und Bauwirtschaft	0.4	0.7	7.7	0.7	1.5	3.7	-	0.4	5.0	1.1	1.8	0.4	0.2	1.3	0.0	1.5	1.7	0.1	1.6	1.8	1.2	1.9	0.4	1.3	1.6	2.1	1.2
Handel und Fremdenverkehr	0.4	0.3	0.1	0.4	1.1	0.0	-	-	0.4	0.5	0.5	0.1	1.4	1.5	3.5	0.7	0.2	0.0	1.3	1.5	0.3	2.7	0.5	0.8	1.7	0.7	0.5
Multisektorale Leistungen	18.0	5.0	9.6	9.7	10.5	23.3	9.1	4.9	8.8	8.7	8.8	6.5	8.3	5.5	53.2	10.1	5.9	2.2	8.8	11.6	11.8	17.2	6.5	12.8	13.7	9.1	10.9
Programmhilfe	1.6	0.6	6.2	1.7	1.2	4.4	-	7.2	1.2	5.3	0.1	-	1.6	6.1	2.1	5.0	0.7	32.6	4.3	0.8	1.1	9.7	2.0	3.4	7.6	0.9	3.2
Maßnahmen bzgl. Schulden[3]	0.2	26.5	2.7	1.2	-	15.9	-	0.0	26.5	1.1	1.5	0.1	-	-	0.0	0.5	21.8	0.8	-	1.6	9.2	2.0	0.1	3.2	0.0	0.0	5.2
Humanitäre Hilfe	10.1	6.3	9.1	3.4	11.5	0.5	2.6	13.7	7.5	4.1	13.4	1.1	14.0	8.8	4.4	8.6	3.7	0.0	13.1	14.5	7.0	6.8	16.8	8.9	12.1	2.0	0.9
Verwaltungskosten	5.2	4.4	1.5	3.5	8.3	4.1	7.1	6.9	3.3	4.2	7.6	2.1	7.6	11.9	6.0	6.7	5.4	4.7	7.7	5.4	4.1	4.4	6.5	5.2	4.5	-	-
Sonstige, unaufg.	0.6	8.9	2.1	1.4	8.2	6.1	21.2	1.9	3.7	0.2	9.6	0.8	11.2	5.1	5.6	11.0	7.7	0.8	16.3	30.5	4.7	1.6	2.5	4.0	0.8	-	-
INSGESAMT	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**
Nachrichtlich: Nahrungsmittelhilfe, insg.	1.7	3.2	0.1	0.8	1.8	0.4	0.3	2.7	0.5	2.4	4.3	0.1	5.8	1.1	0.5	0.8	0.3	0.0	0.7	2.8	2.1	3.6	6.8	6.3	4.4	-	-

1. Einschl. Studierende und Praktikanten.
2. Bevölkerungsfragen und Reproduktivgesundheitsfürsorge.
3. Einschl. Erlass von Nicht-ODA-Schulden.
4. Einschl. IDA und IBRD
5. Einschl. der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932701188

Tabelle A.10 **Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach Einkommensgruppen**[1]

Nettoauszahlungen in % der gesamten ODA

	ODA an LDC		ODA an sonstige LIC		ODA an LMIC		ODA an UMIC	
	1999-2000	2009-2010	1999-2000	2009-2010	1999-2000	2009-2010	1999-2000	2009-2010
Australien	32.5	38.3	32.5	26.8	28.6	31.7	6.3	3.1
Belgien	43.5	62.2	12.9	10.1	32.8	21.2	10.7	6.5
Dänemark	51.7	56.3	15.1	19.8	27.7	19.5	5.5	4.4
Deutschland	33.9	40.0	10.1	12.8	43.4	35.0	12.6	12.3
Finnland	42.7	54.9	9.9	15.0	36.9	23.1	10.5	7.0
Frankreich	37.0	34.2	11.0	16.3	41.2	34.2	10.8	15.3
Griechenland	17.0	28.9	3.4	5.6	41.7	50.3	37.9	15.2
Irland	64.0	69.4	7.1	11.0	20.4	13.8	8.6	5.8
Italien	43.7	46.8	6.5	11.0	38.6	30.6	11.3	11.6
Japan	20.3	47.6	17.9	27.7	56.6	17.0	5.2	7.7
Kanada	41.8	63.6	14.3	15.2	35.6	17.4	8.3	3.8
Korea	33.7	41.7	22.2	20.2	40.3	33.9	3.7	4.2
Luxemburg	32.8	48.5	5.8	11.1	46.2	34.5	15.2	5.9
Neuseeland	39.4	48.8	17.4	18.0	32.3	25.4	10.9	7.8
Niederlande	42.1	56.7	9.3	13.1	38.2	21.7	10.4	8.4
Norwegen	48.0	55.5	7.5	11.8	30.5	21.9	14.0	10.8
Österreich	27.7	45.4	6.5	11.9	46.8	30.9	19.0	11.7
Portugal	71.6	51.0	2.3	4.0	21.4	36.3	4.7	8.7
Schweden	43.1	53.0	11.5	13.2	35.7	27.5	9.6	6.3
Schweiz	42.7	49.0	10.7	15.9	34.8	31.1	11.9	3.9
Spanien	23.2	38.6	6.8	7.8	55.1	43.1	14.9	10.5
Ver. Königreich	42.8	50.9	11.9	18.4	32.6	24.2	12.7	6.4
Ver. Staaten	32.8	46.7	11.6	15.1	53.4	32.0	2.1	6.2
DAC INSGESAMT	**33.2**	**46.6**	**13.1**	**16.0**	**45.3**	**28.9**	**8.3**	**8.5**
davon: DAC-EU-Mitglieder	39.3	45.2	10.3	14.1	38.8	30.4	11.6	10.3

1. Einschl. der rechnerisch ermittelten ODA-Leistungen an multilaterale Stellen, ohne MADCT und nicht nach Ländern aufgeschlüsselte Beträge.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932701207

Tabelle A.11 **Geografische Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach DAC-Gebern[1]**

	Subsahara-Afrika			Süd- und Zentralasien			Sonstige asiatische Länder und Ozeanien			Naher Osten und Nordafrika			Europa			Lateinamerika und Karibik		
	1999-2000	2004-2005	2009-2010	1999-2000	2004-2005	2009-2010	1999-2000	2004-2005	2009-2010	1999-2000	2004-2005	2009-2010	1999-2000	2004-2005	2009-2010	1999-2000	2004-2005	2009-2010
Australien	10.9	9.5	11.3	13.6	14.8	17.8	68.1	69.8	64.5	2.1	4.2	4.3	3.8	0.6	0.4	1.6	1.0	1.6
Belgien	49.0	57.2	66.2	6.3	7.0	8.2	11.4	5.1	4.6	10.5	17.3	7.1	9.5	4.4	5.0	13.4	8.9	8.9
Dänemark	50.7	51.7	54.5	16.6	16.3	18.0	10.7	12.7	8.2	8.2	6.8	7.5	4.1	4.2	4.0	9.8	8.3	7.8
Deutschland	36.0	39.8	37.2	11.8	10.9	20.3	14.7	10.2	9.3	12.7	22.8	11.1	12.2	6.7	10.9	12.6	9.5	11.2
Finnland	40.3	39.7	50.9	12.6	13.8	16.0	14.7	9.8	9.0	9.4	20.7	6.9	13.1	8.6	7.4	9.8	7.3	9.8
Frankreich	44.3	56.4	53.7	4.8	6.6	7.7	16.1	7.2	12.4	20.5	17.8	11.5	7.4	5.8	7.1	6.9	6.2	7.7
Griechenland	18.7	24.6	28.4	7.1	14.4	10.4	4.2	3.2	3.4	12.0	16.4	16.3	52.0	36.7	34.4	6.1	4.8	7.0
Irland	63.4	70.5	68.9	6.4	9.5	9.0	5.2	5.6	7.2	6.5	5.4	5.2	11.1	3.9	4.2	7.4	5.1	5.6
Italien	44.9	45.2	47.3	8.9	10.1	13.9	5.7	4.4	2.9	10.4	25.4	12.8	19.6	6.9	13.4	10.4	8.0	9.8
Japan	16.0	20.4	35.1	19.2	16.6	35.3	46.6	31.2	18.8	6.4	24.7	3.5	2.1	1.7	6.7	9.8	5.3	0.6
Kanada	37.8	41.0	50.6	17.7	17.8	17.7	14.6	10.4	6.8	5.9	14.4	4.4	6.2	2.7	2.0	17.7	13.6	18.5
Korea	24.3	15.4	21.0	34.3	23.5	28.3	24.6	22.8	29.7	6.8	25.2	5.5	2.0	1.7	5.7	8.1	11.5	9.9
Luxemburg	42.5	48.3	50.6	6.8	11.1	10.0	9.4	14.6	11.4	8.1	7.3	6.5	13.5	6.5	8.4	19.6	12.1	13.2
Neuseeland	10.9	13.5	11.2	9.1	14.6	7.8	74.6	65.8	74.9	1.1	2.7	2.1	1.2	0.5	0.8	3.0	2.8	3.1
Niederlande	39.7	52.2	55.6	11.2	12.3	14.0	13.0	10.0	6.6	7.7	9.6	7.0	12.3	6.0	6.1	16.0	9.9	10.6
Norwegen	44.2	48.3	48.1	13.8	21.2	19.3	8.2	7.8	6.9	9.3	8.1	8.1	16.1	7.8	5.2	8.4	6.9	12.4
Österreich	28.0	24.9	45.8	9.7	8.3	11.7	8.4	3.7	6.5	15.3	46.2	7.1	28.8	12.7	21.5	9.8	4.2	7.3
Portugal	58.3	78.9	60.9	2.8	3.6	7.8	25.4	6.5	9.1	4.4	4.7	7.7	6.2	4.4	9.7	3.0	1.9	4.8
Schweden	42.8	48.9	49.3	13.8	14.9	15.6	11.4	10.0	8.0	7.9	7.4	8.8	9.0	8.4	9.3	15.1	10.3	9.0
Schweiz	38.5	37.2	43.9	18.9	20.8	19.5	8.1	7.8	9.1	5.9	11.8	5.8	16.7	10.9	10.7	11.9	11.5	11.0
Spanien	25.9	33.7	36.4	4.6	8.4	9.1	11.5	6.1	4.6	10.4	16.8	14.7	14.5	7.4	7.6	33.3	27.7	27.7
Ver. Königreich	44.8	52.3	51.9	16.6	19.5	25.1	8.8	4.9	6.8	7.2	15.7	6.4	10.6	3.8	5.0	12.1	3.8	4.8
Ver. Staaten	27.1	25.5	40.2	16.6	13.9	24.0	12.3	5.1	5.7	17.9	43.1	15.9	10.4	3.5	2.8	15.9	8.9	11.4
DAC INSGESAMT	**31.6**	**38.1**	**43.9**	**14.3**	**13.5**	**19.5**	**22.6**	**11.1**	**10.4**	**10.9**	**24.3**	**10.2**	**8.7**	**4.8**	**6.2**	**12.0**	**8.1**	**9.7**
davon: DAC-EU-Mitglieder	41.4	48.8	48.6	10.5	11.7	15.1	12.4	7.5	8.1	11.9	17.5	9.8	11.4	6.2	8.2	12.3	8.3	10.1

1. Einschl. der rechnerisch ermittelten multilateralen Leistungen, d.h. unter Berücksichtigung der über multilaterale Stellen geleisteten Beiträge, die anhand der geografischen Verteilung der Auszahlungen dieser Stellen in den Referenzjahren ermittelt wurden, ohne regional nicht aufgeschlüsselte Beträge.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932701226

Tabelle A.12 **ODA von Nicht-DAC-Gebern**

Nettoauszahlungen

	2006	2007	2008	2009	2010	*Nachrichtlich*: 2010	
						Anteil der bilateralen ODA	ODA/BNE
	In Mio. US-$					In %	In %
Nicht-DAC-OECD-Länder							
Tschechische Republik	161	179	249	215	228	35	0.13
Estland	14	16	22	18	19	26	0.10
Ungarn	149	103	107	117	114	25	0.09
Island	42	48	48	34	29	72	0.29
Israel [1,2]	90	111	138	124	145	88	0.07
Polen	297	363	372	375	378	25	0.08
Slowakische Republik	55	67	92	75	74	27	0.09
Slowenien	44	54	68	71	59	38	0.13
Türkei	714	602	780	707	967	95	0.13
Sonstige Geber							
Chinesisch Taipeh	513	514	435	411	381	86	0.10
Zypern[3,4]	26	35	37	46	51	59	0.23
Kuwait (KFAED)	158	110	283	221	211	100	..
Lettland	12	16	22	21	16	10	0.06
Liechtenstein	..	20	23	26	27	82	..
Litauen	25	48	48	36	37	45	0.10
Malta	..	..	..	14	14	61	0.18
Rumänien	..	..	123	153	114	23	0.07
Russische Föderation	..	..	..	..	472	64	0.03
Saudi-Arabien	2 025	1 551	4 979	3 134	3 480	82	..
Thailand	74	67	178	40	10	-46	0.00
Vereinigte Arabische Emirate	783	2 426	1 266	834	412	92	0.16
INSGESAMT	**5 181**	**6 329**	**9 271**	**6 672**	**7 235**	**76**	**..**

1. Die statistischen Daten für Israel wurden von den zuständigen israelischen Stellen bereitgestellt, die für sie verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt unbeschadet des völkerrechtlichen Status der Golanhöhen, von Ost-Jerusalem und der israelischen Siedlungen im Westjordanland.
2. Diese Zahlen umfassen auch Unterhaltskosten in Höhe von 45,5 Mio. US-$ im Jahr 2006, 42,9 Mio. US-$ im Jahr 2007, 43,6 Mio. US-$ im Jahr 2008, 35,4 Mio. US-$ im Jahr 2009 und 40,2 Mio. US-$ im Jahr 2010 für das erste Jahr von Übersiedlern aus Entwicklungsländern (in denen oft Bürgerkriege oder schwere Unruhen herrschen) oder für Personen, die ihr Land aus humanitären oder politischen Gründen verlassen mussten.
3. Anmerkung der Türkei: „Die Informationen in diesem Bericht unter der Überschrift ‚Zypern' beziehen sich auf den südlichen Teil der Insel. Es existiert keine den türkischen und den griechischen Bevölkerungsteil der Insel gemeinsam vertretende Instanz. Die Türkei erkennt die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) an. Bis im Rahmen der Vereinten Nationen eine dauerhafte und gerechte Lösung gefunden ist, wird sich die Türkei ihre Stellungnahme zur ‚Zypernfrage' vorbehalten".
4. Anmerkung aller in der OECD vertretenen EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission: „Die Republik Zypern wird von allen Mitgliedern der Vereinten Nationen mit Ausnahme der Türkei anerkannt. Die Informationen in diesem Bericht beziehen sich auf das Gebiet, das sich de facto unter der Kontrolle der Regierung der Republik Zypern befindet."

Anmerkung: In der oben stehenden Tabelle sind die Leistungen mehrerer großer aufstrebender Nicht-OECD-Geber nicht erfasst, da noch keine Informationen über ihre Leistungen offengelegt wurden.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932701245

Tabelle A.13 **Vergünstigte und nicht vergünstigte Leistungen multilateraler Stellen[1]**

Mio. US-$, zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Bruttoauszahlungen							Nettoauszahlungen						
	Durchschnitt 1994-1995	Durchschnitt 1999-2000	2006	2007	2008	2009	2010	Durchschnitt 1994-1995	Durchschnitt 1999-2000	2006	2007	2008	2009	2010
VERGÜNSTIGTE LEISTUNGEN														
Internationale Finanzinstitutionen														
AfDB	625	438	9 797	1 822	1 932	3 175	2 345	580	380	2 180	1 424	1 802	2 750	1 760
AsDB	1 287	1 124	1 488	1 768	2 331	2 790	1 930	1 173	932	1 020	1 182	1 654	1 943	1 023
CarDB	14	34	47	59	83	85	75	- 17	16	32	41	64	68	55
EBWE	13	8	11	8	7	-	-	13	8	11	8	7	-	-
IDA	5 770	5 693	40 310	10 829	9 291	12 793	12 123	5 268	4 212	6 292	7 463	6 689	9 006	7 779
IDB-Sonderfonds	490	477	514	4 452	552	1 025	1 204	164	188	216	257	310	380	501
IWF[2]	1 738	905	4 718	521	1 038	2 605	2 973	1 295	108	387	- 72	307	1 825	1 230
Nordischer Entwicklungsfonds	37	39	73	74	104	76	65	37	38	68	68	91	64	50
Int. Finanzinstitutionen, insg.	**9 973**	**8 718**	**56 959**	**19 534**	**15 339**	**22 549**	**20 716**	**8 513**	**5 881**	**10 206**	**10 371**	**10 924**	**16 035**	**12 399**
Vereinte Nationen[3]														
IFAD	178	241	348	461	491	399	521	79	137	226	322	347	230	284
UNAIDS	-	-	181	193	209	243	246	-	-	181	193	209	243	246
UNDP	529	449	437	439	495	631	613	529	449	437	439	495	631	602
UNFPA	216	159	214	218	275	348	815	216	159	212	216	273	346	810
UNHCR	963	373	184	257	278	301	393	963	373	184	257	278	301	393
UNICEF	797	570	739	982	987	1 104	1 050	797	570	736	981	984	1 086	1 046
UNRWA	339	293	372	388	473	473	545	339	293	372	388	473	473	545
UNTA	412	441	371	462	645	-	-	412	441	371	462	645	-	-
WEP	1 244	355	473	233	317	293	244	1 244	355	473	233	316	290	243
WHO	-	-	-	-	-	437	366	-	-	-	-	-	437	366
Sonstige VN-Stellen[4]	-	-	74	82	120	121	151	-	-	74	82	120	120	151
Vereinte Nationen, insg.	**4 678**	**2 882**	**3 392**	**3 715**	**4 291**	**4 348**	**4 943**	**4 578**	**2 779**	**3 266**	**3 574**	**4 141**	**4 157**	**4 686**
EU-Institutionen	4 841	5 001	10 132	11 435	12 868	13 024	12 570	4 649	4 662	9 699	11 327	12 868	13 021	12 428
GAVI	-	-	-	968	748	501	783	-	-	-	936	719	469	772
GEF[d]	-	-	557	1 062	814	711	530	-	-	557	1 062	814	711	530
Globaler Fonds	-	-	1 254	1 627	2 172	2 337	3 031	-	-	1 252	1 627	2 168	2 333	3 003
Fonds des Montrealer Protokolls	-	50	81	94	76	29	21	-	50	81	94	76	29	21
Arabische Fonds[6]	357	221	680	751	1 790	1 827	1 864	118	36	440	453	1 058	965	993
Vergünstigte Leistungen, insg.	**19 849**	**16 872**	**73 056**	**39 187**	**38 097**	**45 327**	**44 457**	**17 858**	**13 408**	**25 501**	**29 444**	**32 767**	**37 722**	**34 831**

Tabelle A.13 *(Forts.)* **Vergünstigte und nicht vergünstigte Leistungen multilateraler Stellen[1]**

Mio. US-$, zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Bruttoauszahlungen							Nettoauszahlungen						
	Durchschnitt 1994-1995	Durchschnitt 1999-2000	2006	2007	2008	2009	2010	Durchschnitt 1994-1995	Durchschnitt 1999-2000	2006	2007	2008	2009	2010
NICHT VERGÜNSTIGTE LEISTUNGEN														
AfDB	1 264	614	825	1 398	1 121	3 626	2 042	694	- 209	- 420	109	405	2 475	1 214
AsDB	2 472	3 296	4 420	5 234	6 472	7 898	5 272	1 214	1 834	2 685	3 798	4 574	6 035	3 230
CarDB	15	71	84	102	101	114	247	7	56	35	46	29	54	132
EBWE	199	402	1 349	2 227	2 759	3 606	3 629	198	228	463	1 408	1 988	2 300	2 033
EU-Institutionen	346	732	3 286	5 997	4 284	833	942	121	532	1 855	4 716	2 888	- 625	-1 099
IBRD	10 461	12 518	11 533	9 990	13 393	21 408	26 511	-1 350	3 229	-4 853	86	3 786	11 519	18 215
IDB	4 731	7 298	6 080	6 715	7 158	11 415	10 352	1 880	5 158	-2 529	1 455	2 411	6 852	4 749
IFAD	-	37	39	40	53	38	44	-	9	11	7	22	6	11
IFC	1 334	1 436	3 768	4 322	5 022	4 471	4 184	608	446	1 544	1 990	3 210	2 245	1 693
Arabische Fonds[6]	-	-	-	-	-	362	1 983	-	-	-	-	-	259	1 448
Nicht vergünstigte Leistungen, insg.	**20 821**	**26 406**	**31 385**	**36 025**	**40 364**	**53 771**	**55 206**	**3 373**	**11 282**	**-1 209**	**13 615**	**19 313**	**31 120**	**31 625**

1. An Länder und Territorien gemäß DAC-Liste der ODA-Empfänger.
2. IWF-Treuhandfonds.
3. Die Daten für die VN-Sonderorganisationen wurden so revidiert, dass sie nur noch die Ausgaben aus dem Kernhaushalt umfassen. Bei den UNDP-Daten wurden dementsprechend ab 1990 Revisionen vorgenommen, wohingegen die WEP- und UNHCR-Daten erst ab 1996 revidiert werden konnten. Für die UNICEF gelten ab 1997 revidierte Daten. Seit 2000 arbeitet das UNHCR mit einem jährlichen Programmbudget, bei dem die länderspezifischen Aktivitäten, die globalen Aktivitäten und die Verwaltungskosten in einem einheitlichen Budget zusammengefasst sind. Jedoch beziehen sich die Datenangaben für den UNHCR ab 2004 nur auf Ausgaben aus nicht limitierten oder weitgehend zweckgebundenen Fonds. Die UNFPA-Daten vor 2004 umfassen Ausgaben aus dem Kernhaushalt und sonstige Ausgaben.
4. IAEO, UNECE und UNPBF.
5. Die Daten für die Globale Umweltfazilität basieren auf den Zusagen und enthalten Zusagen aller Durchführungsorganisationen.
6. AFESD, BADEA, Islamische Entwicklungsbank und OFID.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932701264

Tabelle A.14 **Deflatoren für die Leistungen der DAC-Geber[1] (2010 = 100)**

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Australien	51.24	55.22	52.96	44.83	46.58	43.60	40.31	43.68	53.37	63.05	68.14	70.94	82.14	86.13	80.87	100.00	118.65
Belgien	80.01	76.49	66.85	67.07	64.49	56.83	56.43	60.55	74.04	83.27	85.21	88.03	98.24	105.73	103.28	100.00	107.49
Dänemark	72.03	71.01	63.58	63.45	61.90	55.02	54.82	59.18	72.12	81.06	83.27	85.80	95.82	104.81	101.67	100.00	106.33
Deutschland	92.52	88.67	77.15	76.48	73.44	63.10	62.01	66.19	80.22	89.16	89.75	90.92	100.77	107.00	104.52	100.00	105.73
Finnland	83.33	78.95	71.28	71.54	69.16	61.38	61.44	65.48	77.97	86.15	86.58	88.17	99.03	106.66	104.74	100.00	110.50
Frankreich	78.60	77.80	68.81	68.79	66.03	58.01	57.51	61.86	75.64	84.57	86.21	88.93	99.50	107.50	104.29	100.00	106.55
Griechenland	63.45	65.54	61.71	60.00	59.71	51.65	51.15	55.66	69.34	78.50	80.74	83.60	94.40	104.16	103.37	100.00	107.34
Irland	64.12	65.80	64.94	65.43	65.22	59.78	61.86	68.36	84.48	94.92	97.85	102.35	113.04	116.34	107.77	100.00	104.26
Italien	62.76	69.44	64.53	64.97	63.19	55.72	55.71	60.50	74.80	84.22	85.78	88.11	98.37	106.28	104.75	100.00	106.38
Japan	108.56	93.30	84.34	77.94	88.40	91.79	80.44	76.85	81.69	86.64	84.03	78.76	77.25	87.04	96.09	100.00	107.89
Kanada	55.20	56.45	56.25	52.29	53.13	55.35	53.68	53.52	61.98	68.82	76.35	83.74	91.23	94.89	87.71	100.00	107.33
Korea	101.07	101.75	89.43	63.70	74.39	78.86	71.76	76.41	83.14	89.07	100.24	107.71	112.60	97.02	87.44	100.00	106.40
Luxemburg	68.25	66.92	56.88	55.81	56.36	49.73	48.36	51.96	66.06	73.95	77.39	83.40	94.27	103.71	100.25	100.00	108.52
Neuseeland	65.05	69.96	67.68	55.36	54.85	48.29	46.57	51.90	66.14	78.47	85.16	80.54	94.88	92.95	84.58	100.00	113.26
Niederlande	75.14	72.46	64.28	64.41	62.90	56.64	57.84	63.19	77.41	85.75	87.87	90.31	100.32	107.93	103.78	100.00	106.28
Norwegen	50.32	51.44	48.29	44.91	46.34	47.50	47.27	52.28	60.73	67.17	76.36	83.20	93.28	105.08	90.21	100.00	117.60
Österreich	85.77	82.47	71.40	70.58	67.82	59.18	58.58	62.41	75.67	84.75	86.34	88.86	98.82	106.15	103.41	100.00	106.89
Portugal	67.35	67.02	61.32	61.88	61.20	54.65	55.01	60.05	74.16	83.56	85.70	88.95	100.10	107.14	104.00	100.00	106.20
Schweden	80.26	86.05	76.59	74.04	72.04	65.81	59.60	64.35	78.70	87.25	86.54	89.19	99.89	104.39	92.98	100.00	111.95
Schweiz	78.10	74.83	63.71	63.91	62.03	55.85	56.33	61.32	71.69	78.03	77.92	79.06	84.64	94.87	96.13	100.00	118.48
Spanien	64.31	65.48	58.01	58.27	57.20	51.16	51.80	56.88	71.03	81.26	84.82	89.21	100.48	108.38	104.71	100.00	106.42
Ver. Königreich	72.36	74.14	79.89	82.42	82.04	77.24	74.55	79.63	88.70	102.03	103.43	108.08	120.20	112.08	98.36	100.00	106.08
Ver. Staaten	73.46	74.86	76.18	77.04	78.18	79.87	81.67	83.07	84.81	87.20	90.10	93.01	95.71	97.83	98.86	100.00	102.19
DAC INSGESAMT	**80.17**	**76.87**	**71.12**	**69.88**	**71.05**	**68.58**	**65.68**	**68.25**	**78.02**	**85.31**	**87.55**	**89.75**	**97.07**	**102.03**	**99.08**	**100.00**	**106.77**
EU-Kommission	76.20	75.45	68.32	68.53	65.96	57.87	57.62	62.17	76.18	85.36	87.00	89.46	99.83	107.22	104.41	100.00	106.38

1. Einschl. des Effekts von Wechselkursänderungen, d.h. nur auf die Zahlen in US-Dollar anwendbar.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932701283

Tabelle A.15 **Jahresdurchschnittliche Dollar-Wechselkurse für die DAC-Mitglieder**

1 US-$ =		2007	2008	2009	52010	2011
Australien	Dollar	1.1952	1.2129	1.2800	1.0902	0.9692
Belgien	Euro	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	0.7192
Dänemark	Krone	5.4426	5.1675	5.3465	5.6218	5.3604
Deutschland	Euro	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	0.7192
Finnland	Euro	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	0.7192
Frankreich	Euro	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	0.7192
Griechenland	Euro	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	0.7192
Irland	Euro	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	0.7192
Italien	Euro	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	0.7192
Japan	Yen	117.8	103.5	93.4	87.8	79.7
Kanada	Dollar	1.0743	1.0753	1.1410	1.0302	0.9891
Korea	Won	929.5	1110.1	1273.9	1155.4	1107.3
Luxemburg	Euro	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	0.7192
Neuseeland	Dollar	1.3609	1.4455	1.5988	1.3876	1.2664
Niederlande	Euro	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	0.7192
Norwegen	Krone	5.8584	5.7073	6.2784	6.0445	5.6046
Österreich	Euro	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	0.7192
Portugal	Euro	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	0.7192
Schweden	Krone	6.7575	6.6797	7.6322	7.2022	6.4892
Schweiz	Franken	1.1998	1.0966	1.0839	1.0427	0.8872
Spanien	Euro	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	0.7192
Vereinigtes Königreich	Pfund Sterling	0.4997	0.5527	0.6402	0.6475	0.6238
EU12	*EURO*	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	0.7192

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932701302

Tabelle A.16 **Bruttonationaleinkommen und Einwohnerzahl der DAC-Mitgliedstaaten**

	Bruttonationaleinkommen (Mrd. US-$)				Einwohner (in Tsd.)			
	Durchschnitt 1999-2000	2008	2009	2010	Durchschnitt 1999-2000	2008	2009	2010
Australien	376	935	941	1 186	19 105	21 370	21 880	22 340
Belgien	240	498	474	470	10 240	10 690	10 810	10 840
Dänemark	164	343	319	316	5 330	5 510	5 530	5 560
Deutschland	1 976	3 652	3 403	3 358	82 150	82 140	81 840	81 770
Finnland	123	266	238	242	5 175	5 330	5 330	5 380
Frankreich	1 412	2 831	2 678	2 607	58 755	62 280	64 490	64 670
Griechenland	119	334	322	296	10 730	11 240	11 260	11 280
Irland	79	225	185	171	3 770	4 340	4 460	4 580
Italien	1 123	2 233	2 081	2 024	57 135	59 340	60 260	60 620
Japan	4 682	5 042	5 180	5 603	126 810	127 660	127 490	127 390
Kanada	650	1 473	1 320	1 550	30 635	33 390	34 020	34 110
Korea	475	935	837	1 015	46 945	48 610	48 750	48 870
Luxemburg	18	43	40	38	435	490	490	510
Neuseeland	47	114	111	134	3 820	4 270	4 350	4 370
Niederlande	385	869	783	780	15 870	16 480	16 580	16 500
Norwegen	161	451	386	416	4 475	4 800	4 860	4 920
Österreich	197	400	378	375	8 100	8 330	8 360	8 390
Portugal	106	229	219	221	10 230	10 340	10 340	10 560
Schweden	229	483	406	468	8 865	9 260	9 350	9 000
Schweiz	268	461	514	569	7 160	7 700	7 780	7 540
Spanien	572	1 537	1 434	1 389	39 780	46 160	46 750	47 020
Ver. Königreich	1 434	2 672	2 223	2 280	58 600	60 970	60 970	62 260
Ver. Staaten	9 614	14 410	14 011	14 636	274 160	304 060	307 010	309 050
DAC INSGESAMT	**24 450**	**40 438**	**38 483**	**40 141**	**888 275**	**944 760**	**952 960**	**957 530**
davon: DAC-EU-Mitglieder	8 178	16 616	15 182	15 034	375 165	392 900	396 820	398 940

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932701321

© OECD 2013

Technische Anmerkungen

Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen

Der Erfassungsbereich der im *Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit* enthaltenen Daten hat sich in den letzten Jahren geändert. Als Hauptpunkte sind dabei festzuhalten:

Änderungen in Bezug auf das Konzept der Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) und die Abgrenzung des Bruttonationaleinkommens (BNE)

Die Definition der Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit ist zwar seit 1972 unverändert geblieben, der Anwendungsbereich dieses Konzepts hat sich wegen dessen veränderter Interpretation jedoch tendenziell vergrößert. Wichtigste Änderungen: Verwaltungskosten werden als ODA erfasst (seit 1979), der den Ausbildungskosten für Studierende aus Empfängerländern der DAC-Liste entsprechende Anteil der für Bildungssysteme bestimmten Zuschüsse wird als ODA ausgewiesen (1984 erstmals ausdrücklich definiert), und schließlich werden fortan auch öffentliche Unterhaltsleistungen der Geber für Flüchtlinge aus Empfängerländern im ersten Jahr nach deren Ankunft berücksichtigt (diese Praxis ist zwar bereits seit Anfang der achtziger Jahre zulässig, wird jedoch erst seit 1991 auf breiter Basis angewendet).

Eine genaue Quantifizierung der Wirkungen, die aus diesen Änderungen resultieren, ist insofern schwierig, als Veränderungen der Datenerfassungsmethoden und des Erfassungsbereichs aus den statistischen Angaben der DAC-Mitglieder oft nicht ohne weiteres ersichtlich sind. Dabei kann es sich jedoch um sehr hohe Beträge handeln. Zum Beispiel enthielten die von Kanada gemachten Angaben für 1993 erstmals einen Zahlenwert für Flüchtlingshilfe in Kanada. Der hierfür ausgewiesene Betrag (184 Mio. US-$) entsprach fast 8% der gesamten kanadischen ODA. Die Ende der 1980er Jahre von Australien angegebenen ODA-Leistungen waren Schätzungen zufolge um rd. 12% höher als der Betrag, der sich nach den 15 Jahre zuvor geltenden Berechnungsregeln und -verfahren ergeben hätte[1].

Zudem hat das Konzept des Nationaleinkommens durch die Einbeziehung neuer Wirtschaftsbereiche und verbesserte Erhebungsmethoden eine Erweiterung erfahren. Das gemeinsam von der OECD und anderen großen internationalen Organisationen geförderte System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (SNA) von 1993 führte insbesondere zu einer breiteren Abgrenzung des Bruttosozialprodukts (BSP), das in Bruttonationaleinkommen (BNE) umbenannt wurde. Dies resultierte im Allgemeinen in einer Abnahme der ODA der Geber im Verhältnis zu ihrem BNE. Das ODA/BNE-Verhältnis Norwegens und Dänemarks verringerte sich Mitte der 1990er Jahre infolge der Umstellung auf das neue SNA um 6-8%.

1. S. Scott (1989), „Some Aspects of the 1988-89 Aid Budget“, in *Quarterly Aid Round-up*, No. 6, AIDAB, Canberra, S. 11-18.

Finnland und Australien verzeichneten in der Folgezeit geringere Rückgänge um 2-4%, während in einigen anderen Ländern kaum Veränderungen festzustellen waren. Die durchschnittliche Verringerung betrug rd. 3%. Alle DAC-Mitglieder wenden nunmehr das neue SNA an.

Berücksichtigte Empfängerländer

Seit 1990 wurden in den in Klammern angegebenen Jahren folgende Länder und Ländergruppen neu in die Liste der ODA-Empfänger aufgenommen: der schwarze Bevölkerungsteil in Südafrika (1991, jetzt aufgeführt als Südafrika), Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan (1992), Armenien, Georgien und Aserbaidschan (1993), Palästinensische Autonomiegebiete (1994, jetzt aufgeführt als Westjordanland und Gazastreifen), Moldau (1997), Weißrussland, Libyen und Ukraine (2005), Kosovo (2009), Südsudan (2011).

Im selben Zeitraum wurden folgende Länder und Gebiete aus der Liste der ODA-Empfänger gestrichen: Portugal (1991), Französisch-Guayana, Guadeloupe, Martinique, Réunion und St. Pierre und Miquelon (1992), Griechenland (1994), Bahamas, Brunei, Katar, Kuwait, Singapur und Vereinigte Arabische Emirate (1996), Bermuda, Chinesisch Taipeh, Falkland Inseln, Hongkong (China), Israel, Kaimaninseln und Zypern (1997), Aruba, Britische Jungferninseln, Französisch-Polynesien, Gibraltar, Korea, Libyen, Macau, Neukaledonien, Niederländische Antillen und die Nördlichen Marianen (2000), Malta und Slowenien (2003), Bahrain (2005), Saudi-Arabien sowie Turks- und Caicosinseln (2008), Barbados, Kroatien, Mayotte, Oman sowie Trinidad und Tobago (2011).

Von 1993-2004 wurden mehrere Transformationsländer Mittel- und Osteuropas und die Neuen Unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion in einem separaten Verzeichnis von Empfängern „öffentlicher Hilfe“ geführt. Dieses Verzeichnis wurde inzwischen abgeschafft.

Berücksichtigte Geberländer

Spanien und Portugal traten dem DAC 1991, Luxemburg 1992, Griechenland 1999 und Korea 2010 bei. Die von diesen Ländern geleistete öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ist heute mit in der DAC-Gesamtsumme enthalten. Die vor dem Beitritt von ihnen erbrachten ODA-Leistungen wurden, soweit datenmäßig verfügbar, den Zahlen für die Vorjahre hinzugerechnet. Die ODA-Gesamtsumme der DAC-Länder hat sich mit jedem neuen Mitglied erhöht, das Gesamtverhältnis ODA/BNE ist jedoch in der Regel zurückgegangen, da die Programme dieser Länder im Verhältnis zu ihrem BNE oft weniger umfangreich sind als die Programme der schon länger zum Kreis der Geber zählenden Länder.

Behandlung des Schuldenerlasses

Der Erlass von Schulden aus ursprünglich nicht bei der ODA miterfassten Krediten wurde früher unterschiedlich behandelt. Bis Ende 1992 konnte der Erlass von Nicht-ODA-Schulden, soweit die ODA-Kriterien erfüllt waren, als ODA notifiziert werden. Von 1990 bis 1992 konnte er zwar weiterhin als Teil der von dem betreffenden Land geleisteten ODA gemeldet werden, doch war er nicht mehr in der DAC-Gesamtsumme berücksichtigt. Die fraglichen Beträge sind Tabelle B.1. zu entnehmen. Seit 1993 werden Schuldenerlasse bei ursprünglich für militärische Zwecke gewährten Krediten unter „Sonstige öffentliche Leistungen“ verbucht, während der Schuldenerlass bei anderen als ODA erfassten Nicht-ODA-Krediten (hauptsächlich Exportkrediten) entsprechend der bis 1989 geübten Praxis sowohl in den Länderdaten als auch in der ODA-Gesamtsumme für die DAC-Länder enthalten ist.

Der Verzicht auf die Rückzahlung eines ursprünglich als ODA verbuchten ausstehenden Kredits zieht keine neue ODA-Nettoauszahlung nach sich. In den Statistiken drückt sich der durch den Schuldenerlass entstehende Nutzen darin aus, dass es auf Grund des Ausbleibens der Tilgungszahlungen nicht zu einer entsprechenden Verringerung der ODA-Nettoauszahlungen kommt.

Berichtszeitraum

Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich alle in dieser Veröffentlichung enthaltenen Daten auf Kalenderjahre.

Tabelle B.1 **Erlassene Nicht-ODA-Schulden**[1]

In Mio. US-$

	1990	1991	1992
Australien	-	-	4.2
Belgien	-	-	30.2
Deutschland	-	-	620.4
Frankreich	294.0	-	108.5
Japan	15.0	6.8	32.0
Niederlande	12.0	-	11.4
Norwegen	-	-	46.8
Österreich	-	4.2	25.3
Schweden	5.0	-	7.1
Vereinigtes Königreich	8.0	17.0	90.4
Vereinigte Staaten	1 200.0	1 855.0	894.0
DAC INSGESAMT	**1 534.0**	**1 882.9**	**1 870.2**

1. Diese Daten sind in den ODA-Angaben der einzelnen Länder berücksichtigt, in den Tabellen, in denen die Leistungen nach Gebern aufgeschlüsselt sind, werden sie jedoch nicht dem Gesamtbetrag der ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder zugerechnet.

Tabelle B.2 **DAC-Liste der ODA-Empfänger**

Laut Angaben über die EZ-Ströme von 2011

LDC	Sonstige LIC (Pro-Kopf-BNE, 2010: < 1 005 US-$)	LMIC (Pro-Kopf-BNE, 2010: 1 006 – 3 975 US-$)	UMIC (Pro-Kopf-BNE, 2010: 3 976 – 12 275 US-$)
Afghanistan	Kenia	Ägypten	Albanien
Angola	Kirgisistan	Armenien	Algerien
Äquatorialguinea	Korea, Dem. Volksrep.	Belize	*Anguilla
Äthiopien	Südsudan	Bolivien	Antigua und Barbuda
Bangladesch	Tadschikistan	Côte d'Ivoire	Argentinien
Benin	Simbabwe	El Salvador	Aserbaidschan
Bhutan		Fidschi	Belarus
Burkina Faso		Georgien	Bosnien und Herzegowina
Burundi		Ghana	Botsuana
Dschibuti		Guatemala	Brasilien
Eritrea		Guayana	Chile
Gambia		Honduras	China
Guinea		Indien	Cookinseln
Guinea-Bissau		Indonesien	Costa Rica
Haiti		Irak	Dominica
Jemen		Kamerun	Dominikanische Republik
Kambodscha		Kap Verde	Ecuador
Kiribati		Kosovo[1]	Gabun
Komoren		Kongo, Republik	Grenada
Kongo, Dem. Rep.		Marokko	Iran
Laos		Marshallinseln	Jamaika
Lesotho		Mikronesien	Jordanien
Liberia		Moldau	Kasachstan
Madagaskar		Mongolei	Kolumbien
Malawi		Nicaragua	Kuba
Mali		Nigeria	Libanon
Mauretanien		Pakistan	Libyen
Mosambik		Papua-Neuguinea	Malaysia
Myanmar		Paraguay	Malediven
Nepal		Philippinen	Mauritius
Niger		Sri Lanka	Mazedonien (EJR)
Ruanda		Swasiland	Mexiko
Salomonen		Syrien	Montenegro
Sambia		*Tokelau	*Montserrat
Samoa		Tonga	Namibia
São Tomé und Príncipe		Turkmenistan	Nauru
Senegal		Ukraine	Niue
Sierra Leone		Usbekistan	Palau
Somalia		Vietnam	Panama
Sudan		Westjordanland und Gazastreifen	Peru
Tansania			Serbien
Timor-Leste			Seychellen
Togo			*St. Helena
Tschad			St. Kitts und Nevis
Tuvalu			St. Lucia
Uganda			St. Vincent und die Grenadinen
Vanuatu			Südafrika
Zentralafrikanische Republik			Suriname
			Thailand
			Tunesien
			Türkei
			Uruguay
			Venezuela
			*Wallis und Futuna

Anmerkungen:
* Gebiet.
1. Unbeschadet des völkerrechtlichen Status des Kosovo.

© OECD 2013

Glossar entwicklungspolitischer Begriffe

(Querverweise sind in GROSSBUCHSTABEN angegeben)

(Noch) AUSZUZAHLENDE MITTEL: Bezeichnung für zugesagte, aber noch nicht ausgezahlte Beträge (siehe ZUSAGE, AUSZAHLUNG).

AKTIONSPLAN VON ACCRA (AAA)**:** Drei Jahre nach der Verabschiedung der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit von 2005 wurde 2008 auf dem dritten Hochrangigen Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Accra, Ghana, Bilanz gezogen und auf raschere Fortschritte hingewirkt, wobei auf der Paris-Erklärung aufgebaut wurde. Der am 4. September 2008 in Accra verabschiedete AAA ist Ausdruck des internationalen Engagements für die nötigen Reformen, um die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit rascher zu steigern, und soll die Verwirklichung der MDG bis 2015 unterstützen.

AUFGESCHLÜSSELTES MONITORING: Bedeutet, dass Ergebnisse aus statistischen Beobachtungen nach Geschlecht, Region des jeweiligen Landes, ethnischen und sozialen Gruppen unterteilt werden.

AUSZAHLUNG: Die Mittelvergabe an bzw. der Kauf von Gütern oder Dienstleistungen für einen Empfänger; im weiteren Sinne der hierfür ausgegebene Betrag. Als Auszahlungen erfasst werden effektive internationale Transfers von Finanzmitteln bzw. von Gütern oder Dienstleistungen, bewertet zu den dem Geber entstehenden Kosten. Bei im Geberland durchgeführten Aktivitäten, wie z.B. Ausbildungs- und Verwaltungsprogrammen oder Programmen der Öffentlichkeitsarbeit, gilt die Auszahlung als erfolgt, wenn die Mittel an den Dienstleistungserbringer oder den Empfänger transferiert wurden. Sie können als **Bruttobetrag** (innerhalb einer gegebenen Rechnungsperiode ausgezahlter Gesamtbetrag) oder als **Nettobetrag** (Bruttobetrag abzüglich etwaiger Tilgungszahlungen auf die Kapitalsumme eines DARLEHENS oder Rückführungen erhaltener ZUSCHÜSSE während desselben Zeitraums) ausgewiesen werden.

BILATERAL: Siehe EMPFANGENE GESAMTLEISTUNGEN.

BUSAN: Viertes Hochrangiges Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, das vom 29. November bis zum 1. Dezember 2011 im koreanischen Busan stattfand.

DAC-LISTE der Empfängerländer und -gebiete: Der Entwicklungsausschuss (DAC) der OECD verwendet für statistische Zwecke eine Liste der Empfänger von Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA), die alle drei Jahre aktualisiert wird. Einzelheiten zu den Änderungen, die die Liste in jüngster Zeit erfahren hat, sind den „Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen" zu entnehmen. Die Liste gliedert sich seit dem 1. Januar 2011 in folgende Kategorien (der Begriff „Länder" umfasst auch „Gebiete"):

- **LDC** (Least Developed Countries): Am wenigsten entwickelte Länder. Von den Vereinten Nationen (VN) eingerichtete Kategorie. Aufgenommen werden nur Länder, die in

Bezug auf Volkseinkommen, wirtschaftliche Diversifizierung und Sozialentwicklung bestimmte Schwellenwerte unterschreiten. Die DAC-Liste der Empfängerländer und -gebiete wird laufend aktualisiert, um allen Veränderungen in der LDC-Gruppe Rechnung zu tragen.

- **Sonstige LIC (Other Low Income Countries):** Sonstige Länder der unteren Einkommensgruppe. Diese Gruppe umfasst alle nicht zur LDC-Gruppe zählenden Länder mit einem Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen (BNE) von höchstens 1 005 US-$ im Jahr 2010 (laut Weltbank-Atlas).
- **LMIC (Lower Middle-Income Countries):** Länder der mittleren Einkommensgruppe, oberer Bereich. Länder mit einem Pro-Kopf-BNE (laut Weltbank-Atlas) zwischen 1 006 US-$ und 3 975 US-$ im Jahr 2010. LDC, die gleichzeitig zu den LMIC gehören, sind ausschließlich als LDC (und nicht als LMIC) aufgeführt.
- **UMIC (Upper Middle-Income Countries):** Länder der mittleren Einkommensgruppe, oberer Bereich. Länder mit einem Pro-Kopf-BNE (laut Weltbank-Atlas) zwischen 3 976 US-$ und 12 275 US-$ im Jahr 2010.

Wenn ein Land zur LDC-Gruppe hinzugefügt oder aus ihr entfernt wird, werden die Gesamtsummen für die Einkommensgruppen rückwirkend bereinigt, um die Vergleichbarkeit mit der aktuellen Liste im Zeitverlauf zu optimieren.

DARLEHEN: Transfers mit Rückzahlungsverpflichtung. Die DAC-Statistik berücksichtigt lediglich Darlehen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr. Die Daten beziehen sich auf die tatsächlichen Kapitalströme während der gesamten Laufzeit der Darlehen und nicht auf das **Zuschussäquivalent** der Darlehen (vgl. ZUSCHUSSELEMENT). Bei den Angaben über die Nettodarlehensbeträge sind die Tilgungszahlungen auf die Darlehenssumme für frühere Kredite abgezogen (nicht jedoch die Zinszahlungen). Wenn ein Darlehen vollständig getilgt wurde, ist seine Wirkung auf die gesamten NETTOLEISTUNGEN während der Darlehenslaufzeit also gleich null.

EMPFANGENE GESAMTLEISTUNGEN: Die Mittelzuflüsse in die Empfängerländer umfassen außer den ODF öffentliche und private EXPORTKREDITE sowie langfristige private Transaktionen (vgl. PRIVATE LEISTUNGEN). Die empfangenen Gesamtleistungen verstehen sich abzüglich der TILGUNGSZAHLUNGEN und der Kapitalrückführungen seitens privater Investoren. **Die bilateralen** Leistungen gehen direkt von einem Geberland an ein Empfängerland. Die **multilateralen** Leistungen laufen über multilaterale Stellen. In den Tabellen zu den insgesamt von den Empfängerländern erhaltenen Leistungen werden die Mittelabflüsse von den multilateralen Stellen in diese Länder ausgewiesen, nicht jedoch die Beiträge, die diese Stellen von den Gebern empfangen.

ENTWICKLUNGSAUSSCHUSS (DAC): Ausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der für Fragen der Entwicklungszusammenarbeit zuständig ist. Eine Beschreibung seiner Ziele und ein Verzeichnis seiner Mitglieder finden sich unter *www.oecd.org/dac*.

ERKLÄRUNG VON PARIS ÜBER DIE WIRKSAMKEIT DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT: Die Paris-Erklärung (2005) – der über 100 Länder beigetreten sind – ist ein praxistauglicher, handlungsorientierter Aktionsplan für die Verbesserung der Qualität der Entwicklungszusammenarbeit und ihrer Entwicklungseffekte bis 2010. Mit ihr wurde eine Reihe spezifischer Umsetzungsmaßnahmen vorgegeben und ein internationales Monitoring-System eingerichtet, das gewährleisten soll, dass Geber und Empfänger einander für ihre Zusagen Rechenschaft schuldig sind, was in internationalen Übereinkommen einzigartig

ist. Die 56 PARTNERSCHAFTSGRUNDSÄTZE bauen auf fünf wesentlichen Grundsätzen auf, die die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit steigern sollen:

- **Eigenverantwortung**: Die Entwicklungsländer legen selbst ihre Entwicklungsstrategien fest, verbessern ihre Institutionen und bekämpfen die Korruption. In Accra (2008) wurde allgemein anerkannt, dass zur Eigenverantwortung auch die Einbeziehung eines breiten Spektrums wichtiger Akteure auf Länderebene gehört.
- **Partnerausrichtung**: Die Geberländer erbringen ihre Unterstützung im Einklang mit den Zielen der Entwicklungsländer und nutzen die lokalen Systeme.
- **Harmonisierung**: Die Geberländer koordinieren ihre Aktionen, vereinfachen die Verfahren und tauschen Informationen aus, um Doppelarbeit zu vermeiden.
- **Ergebnisorientierung**: Das Hauptaugenmerk der Entwicklungsländer wie der Geber liegt auf der Erzielung – und Messung – von Ergebnissen.
- **Gegenseitige Rechenschaftspflicht**: Geber- wie Partnerländer sind einander und ihren Bürgern gegenüber Rechenschaft über die Entwicklungsergebnisse schuldig.

Der AKTIONSPLAN VON ACCRA (AAA, 2008), der die Umsetzung der Paris-Erklärung stärken und vertiefen soll, stellt eine Bestandsaufnahme der erzielten Fortschritte dar und macht Vorgaben für die Beschleunigung der Anstrengungen zur Verwirklichung der für 2010 gesetzten Ziele. Der AAA ist das Ergebnis einer beispiellosen Allianz von über 80 Entwicklungsländern, DAC-Gebern, etwa 3 000 zivilgesellschaftlichen Organisationen, aufstrebenden Volkswirtschaften, Organisationen der Vereinten Nationen und sonstigen multilateralen Einrichtungen sowie globalen Fonds.

EXPORTKREDITE: DARLEHEN für Außenhandelszwecke, die nicht durch ein negoziierbares Instrument verkörpert werden. Sie können vom öffentlichen oder vom privaten Sektor vergeben werden. Im letztgenannten Fall können sie durch öffentliche Bürgschaften abgesichert werden.

FÄLLIGKEIT (auch LAUFZEIT): Fälligkeitstermin für die endgültige Rückzahlung des DARLEHENS; im weiteren Sinne die Darlehenslaufzeit.

FORDERUNG: Anspruch eines Gläubigers auf Rückzahlung seines DARLEHENS; im weiteren Sinne das Darlehen selbst bzw. dessen ausstehender Betrag.

FRAGMENTIERUNG DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT: Umschreibt den Umstand, dass die Entwicklungsleistungen in zu vielen Einzeltranchen von zu vielen Gebern bereitgestellt werden, was zu unnötigen und überhöhten Verwaltungskosten führt und es schwierig macht, die Leistungen dorthin zu lenken, wo sie am meisten benötigt werden.

FREIJAHRE: Siehe ZUSCHUSSELEMENT.

GRÜNE ÖKONOMIE: Laut der Definition des UNEP steigert die grüne Ökonomie („Green Economy") das menschliche Wohlergehen und schafft mehr soziale Gerechtigkeit, während zugleich Umweltrisiken und ökologische Knappheiten deutlich verringert werden. In einer „grünen Wirtschaft" sollte das Einkommens- und Beschäftigungswachstum durch öffentliche und private Investitionen beschleunigt werden, die zu einer Verringerung der CO_2-Emissionen und der Umweltbelastungen führen, die Energie- und Ressourceneffizienz erhöhen und den Verlust von biologischer Vielfalt und Ökosystemleistungen verhindern.

GRÜNES WACHSTUM (auch: **UMWELTVERTRÄGLICHES WACHSTUM:** Laut OECD-Definition bedeutet umweltverträgliches Wachstum („Green Growth"), Wirtschaftswachstum und Entwicklung zu fördern und gleichzeitig sicherzustellen, dass Naturgüter weiter

die Ressourcen und Umweltleistungen liefern können, die Voraussetzung für unser Wohlergehen sind. Um dies zu erreichen, müssen Investitionen und Innovationen herbeigeführt werden, die ein dauerhaftes Wachstum unterstützen und neue wirtschaftliche Chancen entstehen lassen.

HOCHRANGIGE FOREN ZUR WIRKSAMKEIT DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT: Vier hochrangige Veranstaltungen, die zwischen 2003 und 2011 stattfanden. Anfang der 2000er Jahre kam zunehmend Besorgnis darüber auf, dass die Entwicklungszusammenarbeit nicht die gewünschten Ergebnisse brachte. In Antwort darauf wurden in den hochrangigen Foren Prinzipien für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit aufgestellt und anschließend weiterentwickelt, wobei es darum ging, die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) zu unterstützen. Vgl. Erklärung von Rom über Harmonisierung (2003), Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (2005), Aktionsplan von Accra (2008). Die letzte Veranstaltung, die 2011 in Busan stattfand und an der über 2 000 Vertreter von staatlichen Stellen, internationalen Organisationen, gesetzgebenden Organen, privatwirtschaftlichen Einrichtungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und sonstigen Stellen teilnahmen, mündete in der Verabschiedung der Partnerschaft von Busan für wirksame Entwicklungszusammenarbeit (2011).

INTENSIVIERUNG DER ANSTRENGUNGEN: Dieser in Bezug auf die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit verwendete Begriff beinhaltet nicht nur eine Erhöhung der Leistungen, sondern auch eine Verbesserung ihrer Wirkung und Wirksamkeit durch mehrere Maßnahmen: bessere Verteilung der Leistungen entsprechend den Bedürfnissen/Prioritäten des Empfängerlands; Ausdehnung der Leistungen auf Bevölkerungsteile und geografische/thematische Gebiete, die proportional gesehen bisher zu wenig erhielten; breitere Anwendung gewonnener Erkenntnisse zur Verbesserung der Wirksamkeit der Bereitstellung und Verwaltung von Entwicklungsleistungen; Erfüllung der Zusagen (sowohl in Bezug auf die Höhe der Leistungen als auch die Verbesserung der Mechanismen ihrer Bereitstellung und Verwaltung); größere Anstrengungen zur Überwindung bekannter und erkannter Hindernisse für die EZ-Wirksamkeit.

KURZFRISTIG: Bezieht sich auf DARLEHEN mit einer LAUFZEIT von einem Jahr oder weniger (siehe LANGFRISTIG).

KURZLEBIGE KLIMASCHADSTOFFE: Chemikalien, die nur wenige Tage oder höchstens wenige Jahrzehnte in der Atmosphäre verbleiben. Dazu gehören Rußpartikel (bzw. Ruß, der z.B. bei Holzfeuerung freigesetzt wird), Methan (bei der Öl- und Gasförderung und von Siedlungsabfällen) und troposphärisches Ozon (von Kraftfahrzeugen). Es handelt sich nicht nur um starke Treibhausgase, sondern auch um gefährliche Luftschadstoffe mit verschiedenen schädlichen Auswirkungen auf menschliche Gesundheit, Landwirtschaft und Ökosysteme.

LÄNDERPROGRAMMIERBARE LEISTUNGEN (Country Programmable Aid – CPA): Bezieht sich auf den Teil der ODA, bei dem die Empfängerländer ein großes Mitspracherecht geltend machen bzw. geltend machen können und bei dem die Geber dafür Rechenschaft schuldig sein sollten, dass die Leistungen „programmgemäß" bereitgestellt werden. In den CPA drückt sich der Umfang der ODA aus, der einer mehrjährigen Planung auf nationaler oder regionaler Ebene unterliegt; sie sind nach dem Ausschlussprinzip definiert als das Bruttogesamtvolumen der ODA nach Abzug aller Leistungen, die:

- naturgemäß nicht vorhersehbar sind (humanitäre Hilfe und Schuldenerlasse);
- nicht mit grenzüberschreitenden Zahlungsströmen verbunden sind (Verwaltungskosten, kalkulatorische Studienplatzkosten, Programme zur Sensibilisierung für Entwicklungsfragen, Forschung und Flüchtlingskosten in den Geberländern);

- nicht Bestandteil zwischenstaatlicher Kooperationsvereinbarungen sind (Nahrungsmittelhilfe und ODA-Leistungen nachgeordneter Gebietskörperschaften, Beiträge zu den Kernhaushalten von NRO, über Dritte erbrachte Leistungen und nicht nach Ländern aufschlüsselbare Leistungen).

In den CPA sind die Kreditrückzahlungen nicht herausgerechnet, da diese bei den Entscheidungen über die Allokation von ODA-Leistungen normalerweise nicht berücksichtigt werden.

LÄNDERPRÜFUNGEN (AUCH: PEER REVIEWS): Jedes DAC-Mitgliedsland wird im Rahmen eines Peer-Review-Prozesses etwa alle vier Jahre einer Prüfung unterzogen, die vor allem zwei Zielen dient: *a)* dem Land dabei helfen zu analysieren, in welchen Bereichen es seine EZ-Strategien und -Strukturen im Hinblick auf eine Steigerung der Wirksamkeit seiner Investitionen verbessern kann; *b)* Beispiele guter Praxis im Bereich Entwicklungspolitik und -strategien identifizieren und verbreiten. Die Länderprüfungen werden jeweils von Prüfern aus zwei anderen DAC-Ländern geleitet.

LANGFRISTIG: Bezieht sich auf DARLEHEN mit einer ursprünglichen oder verlängerten LAUFZEIT von mehr als einem Jahr (siehe KURZFRISTIG).

LAUFZEIT: siehe FÄLLIGKEIT.

LIEFERGEBUNDENE ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSLEISTUNGEN: Öffentliche ZUSCHÜSSE oder DARLEHEN, bei denen die Beschaffung der betreffenden Güter und Dienstleistungen auf das Geberland oder eine Gruppe von Ländern beschränkt ist, die nicht alle ODA-Empfängerländer einschließt. Bei liefergebundenen Darlehen, Krediten und MISCHFINANZIERUNGEN müssen bestimmte Kriterien hinsichtlich Vergünstigungsgrad, in Frage kommende Empfängerländer und Entwicklungsnutzen erfüllt sein, um die Verwendung von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit für Projekte zu verhindern, die bei privater Finanzierung wirtschaftlich lebensfähig wären, und um sicherzustellen, dass die Empfängerländer den bestmöglichen Gegenwert erhalten.

LIEFERUNGEBUNDENE LEISTUNGEN: Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit, bei denen die Beschaffung der mit ihnen finanzierten Güter und Dienstleistungen vollständig und uneingeschränkt in praktisch allen Ländern erfolgen kann.

MISCHFINANZIERUNG: Kombination von als ZUSCHUSS oder DARLEHEN bereitgestellten Mitteln der ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT und beliebigen sonstigen öffentlichen oder privaten Mitteln im Rahmen eines Finanzpakets. Für Mischfinanzierungen gelten in Bezug auf Vergünstigungsgrad, Entwicklungsnutzen und Beschränkungen bezüglich der Empfängerländer die gleichen Kriterien wie für LIEFERGEBUNDENE Entwicklungskredite.

MULTILATERAL: Siehe EMPFANGENE GESAMTLEISTUNGEN.

MULTILATERALE STELLEN: In den DAC-Statistiken bezieht sich dieser Begriff auf diejenigen internationalen Institutionen mit staatlicher Mitgliedschaft, deren Aktivitäten ganz oder zu einem wesentlichen Teil dem Ziel der Entwicklung in den Empfängerländern und -gebieten der DAC-Liste dienen. Zu diesen Institutionen gehören die multilateralen Entwicklungsbanken (z.B. die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken), VN-Einrichtungen sowie regionale Zusammenschlüsse (wie bestimmte Stellen der Europäischen Union und bestimmte arabische Organisationen). Ein Beitrag eines DAC-Mitglieds an eine solche Stelle wird als multilateral eingestuft, wenn er mit anderen Beiträgen zusammengelegt und von der betreffenden Stelle nach eigenem Ermessen ausgezahlt wird. Soweit nicht anders angegeben, werden Kapitalzeichnungen bei multilateralen Entwicklungsbanken

auf Hinterlegungsbasis ausgewiesen, d.h. zu dem Betrag und zu dem Datum, an dem das entsprechende Akkreditiv bzw. ein anderes Negoziierungsinstrument hinterlegt wird. Daten auf Kassenbasis, d.h. auf der Basis der Termine und Beträge der Ziehungen der jeweiligen Stelle auf Akkreditive bzw. andere Instrumente, sind nur begrenzt vorhanden.

NETTOLEISTUNGEN: Innerhalb einer gegebenen Rechnungsperiode ausgezahlter Gesamtbetrag nach Abzug von Tilgungszahlungen auf die Darlehenssumme während desselben Zeitraums, ohne Berücksichtigung der Zinszahlungen.

NETTOTRANSFER: In den DAC-Statistiken bezieht sich dies auf NETTOLEISTUNGEN abzüglich Zinszahlungen.

ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (ODA): ZUSCHÜSSE oder DARLEHEN an die in der DAC-Liste der Empfängerländer und -gebiete aufgeführten Länder und Gebiete sowie multilaterale Entwicklungsstellen, die vom öffentlichen Sektor zu vergünstigten Bedingungen (d.h. mit einem ZUSCHUSSELEMENT von mindestens 25%) vergeben werden und in erster Linie der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Verbesserung des Lebensstandards von Entwicklungsländern dienen. Neben den finanziellen Leistungen umfasst die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auch die TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT. Zuschüsse, Darlehen und Kredite für militärische Zwecke werden nicht berücksichtigt. Zur Behandlung des Schuldenerlasses bei ursprünglich für militärische Zwecke gewährten Darlehen vgl. die „Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen" im Statistischen Anhang.

ÖFFENTLICHE MITTEL ZUR ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG (ODF): Messgröße für Mittelzuflüsse in die Empfängerländer. Sie umfasst *a)* bilaterale ODA, *b*) ZUSCHÜSSE und Entwicklungskredite der MULTILATERALEN STELLEN zu vergünstigten und zu marktüblichen Bedingungen sowie *c)* jene SONSTIGEN ÖFFENTLICHEN LEISTUNGEN, die Entwicklungszwecken dienen (einschl. Refinanzierungsdarlehen), wegen ihres zu geringen ZUSCHUSSELEMENTS aber nicht als ODA gelten können.

OFFSHORE-BANKZENTREN: Länder oder Gebiete, deren Finanzinstitute ihre Geschäfte hauptsächlich mit Gebietsfremden abwickeln.

PARTNERLAND: Bezeichnet Länder, die von anderen Ländern erbrachte Leistungen nutzen, um ihre eigene Entwicklung zu finanzieren.

PARTNERSCHAFTSGRUNDSÄTZE: Siehe ERKLÄRUNG VON PARIS ÜBER DIE WIRKSAMKEIT DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT.

PRIVATE LEISTUNGEN: Hierbei handelt es sich um Leistungen, die vom privaten Sektor zu Marktkonditionen erbracht werden (d.h. Bestandsveränderung bei den privaten langfristigen Aktiva im Besitz von Gebietsansässigen des Berichtslands) sowie um private Zuschüsse (d.h. Zuschüsse von Nichtregierungsorganisationen und anderen privaten Einrichtungen, abzüglich der vom öffentlichen Sektor empfangenen Subventionen). Liegt bei der Datenübersicht das Schwergewicht auf den vom Empfängerland erhaltenen Finanzmitteln, so werden die Leistungen zu marktüblichen Bedingungen wie folgt aufgeschlüsselt:

- **Direktinvestitionen**: Investitionen zum Erwerb bzw. zur Vergrößerung einer dauerhaften Beteiligung an einem Unternehmen in einem Land der DAC-Liste der ODA-Empfänger. Eine „dauerhafte Beteiligung" setzt eine langfristige Beziehung voraus, bei der der Direktinvestor einen beträchtlichen Einfluss auf die Unternehmensführung ausübt, der sich in einer Kapitalbeteiligung von mindestens 10% oder entsprechenden Stimmrechten und Kontrollmöglichkeiten niederschlägt. Solche Investitionen werden konkret als Veränderungen des Nettovermögens einer Tochtergesellschaft in einem

Empfängerland zu Gunsten der Muttergesellschaft ausgewiesen, wie sie aus den Rechnungslegungsunterlagen letzterer hervorgehen.

- **Internationale Bankausleihungen**: Die Nettoausleihungen an Länder der DAC-Liste der Empfängerländer und -gebiete durch Banken mit Sitz in den OECD-Ländern, mit Ausnahme der Darlehen von zentralen Währungsbehörden. Garantierte Bankkredite und Schuldverschreibungen sind hier unter sonstige private Leistungen oder Obligationsanleihen (siehe nachstehend) erfasst.
- **Obligationsanleihen**: Nettoemissionen internationaler Anleihen von Ländern der DAC-Liste der ODA-Empfänger.
- **Sonstige private Leistungen**: Im Wesentlichen die erfassten Bestände an von Unternehmen in den DAC-Empfängerländern emittierten Aktien.

Liegt bei den Datenübersichten das Schwergewicht auf den Mittelabflüssen aus den Geberländern, so werden die übrigen, nicht zu den Direktinvestitionen zählenden privaten Leistungen auf Kredite mit einer Laufzeit von über einem Jahr beschränkt und gewöhnlich wie folgt aufgegliedert:

- **Private Exportkredite**: Siehe EXPORTKREDITE.
- **Wertpapiere multilateraler Stellen**: Hierunter fallen die Transaktionen des privaten Nichtbanken- und Bankensektors mit von MULTILATERALEN STELLEN ausgegebenen Anleihen und Obligationen.

RECHNERISCH ERMITTELTE MULTILATERALE LEISTUNGEN: Geografische Verteilung der Geberbeiträge an multilaterale Stellen anhand der geografischen Aufschlüsselung der Auszahlungen dieser Stellen in den Referenzjahren.

REDD: Das Konzept der Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern in Entwicklungsländern (*Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation* - REDD) zielt darauf ab, über eine Reihe von Maßnahmen marktorientierte/finanzielle Anreize zur Verringerung von durch die Abholzung und Schädigung von Wäldern bedingten Treibhausgasemissionen schaffen.

RIO+20: Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung vom 20. - 22. Juni 2012 in Rio de Janeiro. Die erste VN-Konferenz über Nachhaltige Entwicklung war der „Erdgipfel", der 1992 ebenfalls in Rio stattfand und zur Verabschiedung der drei Rio-Übereinkommen führte (UNFCCC, UNCCD und UNCBD).

SONSTIGE ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN (OOF): Vom öffentlichen Sektor mit Ländern der DAC-Liste der ODA-Empfänger durchgeführte Transaktionen, die nicht den Kriterien der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit entsprechen, entweder weil sie nicht primär der Entwicklungsförderung dienen oder weil sie ein Zuschusselement von weniger als 25% aufweisen.

TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT: Umfasst sowohl *a)* ZUSCHÜSSE an Staatsangehörige von Empfängerländern, die von allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen in ihrem Heimatland oder im Ausland profitieren, als auch *b)* Zahlungen an in den Empfängerländern tätige Berater, Gutachter usw. sowie Lehr- und Verwaltungskräfte (einschl. der Kosten für die entsprechenden Ausrüstungen). Soll eine derartige Hilfe speziell die Umsetzung eines Investitionsvorhabens erleichtern, so wird sie in nicht näher aufgeschlüsselter Form in den bilateralen Projekt- und Programmausgaben erfasst und bleibt in den Ausgaben für Technische Zusammenarbeit in den Gesamtleistungsstatistiken unberücksichtigt.

TEILWEISE LIEFERUNGEBUNDENE LEISTUNGEN: Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit zur Finanzierung von Gütern und Dienstleistungen, die entweder im Geberland oder in einer begrenzten Gruppe anderer Länder zu beschaffen sind, zu der jedoch im Wesentlichen alle Empfängerländer zählen müssen. Die teilweise lieferungebundenen Leistungen unterliegen den gleichen Regeln wie LIEFERGEBUNDENE Entwicklungskredite und MISCHFINANZIERUNGEN.

TILGUNG: Rückzahlungen auf den Darlehensbetrag, ohne Zinszahlungen.

UMSCHULDUNG: Jede offizielle Vereinbarung zwischen Gläubigern und Schuldnern, mit der die ursprünglich festgelegten Tilgungsmodalitäten geändert werden. Dies kann beinhalten: **Schuldenerlass** (Löschung des DARLEHENS) oder **Neuterminierung**, entweder in Form einer Neufestlegung des Tilgungsplans oder der Gewährung eines neuen Darlehens zur **Refinanzierung**. Vgl. hierzu die „Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen" im Statistischen Anhang.

VERGÜNSTIGUNGSGRAD: Eine Messgröße für die „Weichheit" eines Kredits, die den für den Kreditnehmer entstehenden Vorteil gegenüber einem DARLEHEN zu marktüblichen Konditionen ausdrückt (vgl. ZUSCHUSSELEMENT). Wird technisch ermittelt als Differenz zwischen dem Nominalwert eines LIEFERGEBUNDENEN Entwicklungskredits und dem Gegenwartswert des Schuldendienstes zum Zeitpunkt der AUSZAHLUNG, berechnet zu einem auf die Transaktionswährung angewendeten Abzinsungssatz und ausgedrückt in Prozent des Nominalwerts.

VOLUMEN (reale Beträge): Die in den DAC-Statistiken gemachten Angaben über die Leistungen sind in US-Dollar ausgedrückt. Um eine wirklichkeitsgetreuere Vorstellung von der zeitlichen Entwicklung des Leistungsvolumens zu vermitteln, werden einige Daten zu konstanten Preisen und Wechselkursen für ein bestimmtes Referenzjahr angegeben. Das heißt, es wurde eine Anpassung vorgenommen, um dem Preisauftrieb in der Währung des Geberlandes zwischen dem betreffenden Jahr und dem Referenzjahr sowie den Wechselkursänderungen zwischen der betreffenden Währung und dem US-Dollar während dieses Zeitraums Rechnung zu tragen. Im Statistischen Anhang findet sich eine Tabelle, in der die Konversionsfaktoren (Deflatoren) zusammengefasst sind, mit deren Hilfe alle in jeweiligen US-Dollar genannten Zahlenangaben des DAC in Dollar des Referenzjahrs („konstante Preise") umgerechnet werden können.

WIRKSAMKEIT DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (EZ-Wirksamkeit): Konzept zur Bezeichnung der Anstrengungen der Entwicklungsgemeinschaft zur Verbesserung der Erbringung von Leistungen der ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT.

ZUSAGE: Eine durch entsprechende Mittel gedeckte, schriftlich eingegangene feste Verpflichtung seitens eines öffentlichen Gebers, einem Empfängerland oder einer multilateralen Stelle eine genau spezifizierte Hilfe zu gewähren. Bilaterale Zusagen werden in voller Höhe des erwarteten Transfers verbucht, ungeachtet der für die vollständige AUSZAHLUNG erforderlichen Zeit. Zusagen an multilaterale Stellen werden erfasst als die Summe *a)* der im betreffenden Jahr erfolgten Auszahlungen, die zuvor noch nicht als Zusagen gemeldet wurden, und *b)* der erwarteten Auszahlungen im folgenden Jahr.

ZUSCHUSSÄHNLICHE LEISTUNGEN: Eine Transaktion, bei der das Geberland formal seinen Rückzahlungsanspruch behält, aber in der ZUSAGE seine Absicht bekundet hat, die Rückzahlungsbeträge im Schuldnerland zu Gunsten dieses Landes zu belassen.

ZUSCHÜSSE: Transfers in Form von Barmitteln, Gütern oder Dienstleistungen, für die keine Rückzahlung gefordert wird.

ZUSCHUSSELEMENT: Bringt die **finanziellen Bedingungen** einer Zusage zum Ausdruck – Zinssatz, FÄLLIGKEIT und Freijahre (Zeit bis zur ersten Tilgungszahlung) – und wird zur Messung des Vergünstigungsgrads eines Darlehens verwendet, d.h. der in Prozent ausgedrückten Differenz zwischen dem Gegenwartswert der erwarteten Gesamtrückzahlungen und den Rückzahlungen, die zu einem vereinbarten Referenzzinssatz erfolgt wären. Der Referenzzins ist in der DAC-Statistik mit 10% angesetzt. Dieser Zinssatz wurde als Näherungswert für Grenzleistungsfähigkeit einer Inlandsinvestition gewählt, d.h. als Anhaltspunkt für die Opportunitätskosten, die dem Geber durch die Bereitstellung der Mittel entstehen. Demzufolge ist das Zuschusselement bei einem Kredit zu einem Zinssatz von 10% gleich null, beträgt bei einem ZUSCHUSS 100% und liegt bei einem Kredit zu einem Zinssatz von weniger als 10% zwischen diesen beiden Werten. Durch Multiplikation des Nennwerts eines Darlehens mit dessen Zuschusselement erhält man das sogenannte **Zuschussäquivalent** dieses Kredits (vgl. VERGÜNSTIGUNGSGRAD). *Anmerkung:* Das Konzept des Zuschusselements findet keine Anwendung auf die Transaktionen der multilateralen Entwicklungsbanken. Diese werden stattdessen als vergünstigte Ausleihungen eingestuft, wenn sie ein Zuschusselement enthalten (sogenannte „weiche Kredite"), bzw. als nicht vergünstigte Ausleihungen, falls sie kein Zuschusselement enthalten („harte Kredite").

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

Die OECD ist ein in seiner Art einzigartiges Forum, in dem die Regierungen gemeinsam an der Bewältigung von Herausforderungen der Globalisierung im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbereich arbeiten. Die OECD steht auch in vorderster Linie bei den Bemühungen um ein besseres Verständnis der neuen Entwicklungen und durch sie ausgelöster Befürchtungen, indem sie Untersuchungen zu Themen wie Corporate Governance, Informationswirtschaft oder Bevölkerungsalterung durchführt. Die Organisation bietet den Regierungen einen Rahmen, der es ihnen ermöglicht, ihre Politikerfahrungen auszutauschen, nach Lösungsansätzen für gemeinsame Probleme zu suchen, empfehlenswerte Praktiken aufzuzeigen und auf eine Koordinierung nationaler und internationaler Politiken hinzuarbeiten.

Die OECD-Mitgliedstaaten sind: Australien, Belgien, Chile, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Israel, Italien, Japan, Kanada, Korea, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, die Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Die Europäische Union nimmt an den Arbeiten der OECD teil.

OECD Publishing sorgt dafür, dass die Ergebnisse der statistischen Analysen und der Untersuchungen der Organisation zu wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Themen sowie die von den Mitgliedstaaten vereinbarten Übereinkommen, Leitlinien und Standards weite Verbreitung finden.

OECD PUBLISHING, 2, rue André-Pascal, 75775 PARIS CEDEX 16
(43 2012 01 5 P) ISBN 978-92-64-20158-3 – No. 60730 2013

Entwicklungszusammenarbeit Bericht 2012

NACHHALTIGKEIT UND ENTWICKLUNG VERBINDEN

Inhalt

Geleitwort, *Mary Robinson*
Zusammenfassung
Einführung, *J. Brian Atwood*

Teil I Herausforderungen und Fortschritte seit dem Erdgipfel von Rio 1992
Kapitel 1 Brasiliens Weg vom Erdgipfel bis Rio+20,
Izabella Teixeira
Kapitel 2 Die Arbeit des DAC zur Integration von Umwelt und Entwicklung,
DAC-Arbeitsgruppe Umwelt und Entwicklung (OECD)
Kapitel 3 Trends bei den umweltbezogenen ODA-Leistungen, eine Komponente nachhaltiger Entwicklungsfinanzierung (1991-2011),
OECD – Statistikabteilung des DAC

Teil II Es steht viel auf dem Spiel für Menschen und natürliche Ressourcen
Kapitel 4 Berücksichtigung der Bevölkerungsdynamik in Strategien für eine nachhaltige Entwicklung,
Michael Herrmann
Kapitel 5 Nachhaltige Energie für alle erreichen,
Andris Piebalgs
Kapitel 6 Reduktion von Luftschadstoffen für einen lang anhaltenden Klimanutzen,
Lena Ek
Kapitel 7 Stärkere Sensibilisierung für die lebenswichtige Rolle des Wassers,
Michel Camdessus, Gérard Payen und Pierre-Frédéric Ténière-Buchot
Kapitel 8 Sicherung von Lebensgrundlagen durch die Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten in Äthiopien,
Nick Chisholm und Tassew Woldehanna
Kapitel 9 Den Ressourcenfluch in Ghana brechen,
Heikki Holmås und Joe Oteng-Adjei

Teil III Umweltverträgliches Wachstum für eine nachhaltige Entwicklung
Kapitel 10 Geschäftsmodell für umweltverträgliches Wachstum,
André Laperrière
Kapitel 11 Umweltverträgliches Wachstum als nationales Projekt in China, Kenia und Korea,
Alice Akinyi Kaudia, Chaofei Yang und Bok-hwan Yu
Kapitel 12 Der Privatsektor als Triebfeder für umweltverträgliches Wachstum,
Jeff Seabright

Teil IV Kurs auf die Zukunft, die wir wollen
Kapitel 13 Zielgerichtete Anpassung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und Ökologisierung der Weltwirtschaft,
Achim Steiner
Kapitel 14 Die Entwicklungszusammenarbeit nach Rio+20 neu aufstellen,
DAC-Arbeitsgruppe Umwelt und Entwicklung (OECD)

Teil V Politik und Leistungen der bilateralen Geber

Anhang A Statistischer Anhang

Diese Publikation kann online eingesehen werden unter: ***http://dx.doi.org/10.1787/dcr-2012-de.***

Diese Studie ist in der OECD iLibrary veröffentlicht, die alle Bücher, periodisch erscheinenden Publikationen und statistischen Datenbanken der OECD enthält.
Weitere Informationen finden Sie unter: ***www.oecd-ilibrary.org.***

OECD*publishing*
www.oecd.org/publishing

ISBN 978-92-64-20158-3
43 2012 01 5 P

